Zur Homepage der Publikation

Oldenburgische Beiträge zu Jüdischen Studien
Band 14

Oldenburgische Beiträge zu Jüdischen Studien

Schriftenreihe des
Seminars Jüdische Studien in Fakultät IV
der Carl von Ossietzky Universität

Band 14

Herausgeber

Aron Bodenheimer, Michael Daxner
Kurt Nemitz, Alfred Paffenholz †
Friedrich Wißmann (Redaktion)

mit dem
Vorstand des Seminars Jüdische Studien
und dem Dekan der Fakultät IV

Mit der Schriftenreihe „Oldenburgische Beiträge zu Jüdischen Studien“ tritt ein junger Forschungszweig der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg an die Öffentlichkeit, der sich eng an den Gegenstand des Studienganges *Jüdische Studien* anlehnt. Es wird damit der Versuch unternommen, den Beitrag des Judentums zur deutschen und europäischen Kultur bewußt zu machen. Deshalb sind die Studiengebiete aber auch die Forschungsbereiche interdisziplinär ausgerichtet. Es sollen unterschiedliche Themenkomplexe vorgestellt werden, die sich mit Geschichte, Politik und Gesellschaft des Judentums von der Antike bis zur Gegenwart beschäftigen. Ein anderes Hauptgewicht liegt auf der biblischen und nachbiblischen Religion. Ergänzend sollen aber auch solche Fragen aufgenommen werden, die sich mit jüdischer Kunst, Literatur, Musik, Erziehung und Wissenschaft beschäftigen. Die sehr unterschiedlichen Bereiche sollen sich auch mit regionalen Fragen befassen, soweit sie das Verhältnis der Gesellschaft zur altisraelischen bzw. Jüdischen Religion berühren oder auch den Antisemitismus behandeln, ganz allgemein über Juden in der Nordwest-Region informieren und hier auch die Vernichtung und Vertreibung in der Zeit des Nationalsozialismus behandeln. Viele Informationen darüber sind nach wie vor unberührt in den Aktenbeständen der Archive oder auch noch unentdeckt in privaten Sammlungen und auch persönlichen Erinnerungen enthalten. Diese Dokumente sind eng mit den Schicksalen von Personen verbunden. Sie und die Lebensbedingungen der jüdischen Familien und Institutionen für die wissenschaftliche Geschichtsschreibung zu erschließen, darin sehen wir eine wichtige Aufgabe, die mit der hier vorgestellten Schriftenreihe voran gebracht werden soll.

Die Herausgeber

Bild 1

Zur Homepage der Publikation

Sylke Bartmann / Ursula Blömer / Detlef Garz (Hrsg.)

„Wir waren die Staatsjugend, aber der Staat war schwach“

Jüdische Kindheit und Jugend in Deutschland und Österreich zwischen Kriegsende und nationalsozialistischer Herrschaft

Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg
2003

Verlag / Druck / Vertrieb: Bibliotheks- und Informationssystem
der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
(BIS) – Verlag –
Postfach 25 41, 26015 Oldenburg
Tel.: 0441/798 2261, Telefax: 0441/798 4040
e-mail: verlag@bis.uni-oldenburg.de
Internet: www.bis.uni-oldenburg.de

ISBN 3-8142-0865-X

Inhalt

Friedrich Wißmann
„Eingegliedert und erfüllt von der neuen Freiheit“ – Jüdische Kindheit in der Weimarer Republik 11

Sylke Bartmann / Ursula Blömer / Detlef Garz
I. Einleitung 21

Sylke Bartmann / Karin Baumann / Ursula Blömer / Ilse Ernst / Ilse Heinken / Sandra Kirsch / Regina Mudrich
II. Biographien 29

Egon Salomon Zeitlin
„Aber alles, was wir damals taten, war von einem neuen Leben erfüllt“ 31

Rudolf Steiner
„Mich hatten die politischen Ereignisse dieser Monate aufs Tiefste aufgewühlt“ 41

Martin Andermann
„Was kann ich wissen? Was soll ich tun? Was darf ich hoffen?“ 49

Hilde Wenzel

„Und mitten im glühenden Patriotismus kommt mir plötzlich der Gedanke, bin ich denn überhaupt eine Deutsche?“ 61

Wolfgang Yourgrau

„Ich lächelte, wenn diese Teutomanen mit dem Worte ‚Deutsch‘ Schindluder trieben“ 71

W.M. Citron

„Wir waren die Staatsjugend, aber der Staat war schwach“ 87

Hettie Shiller

„Die Kinder waren begeistert, erfüllt von der neuen Freiheit“ 101

Sophoni Herz

„Bereits als Gymnasiast stand ich zu der saturierten Welt des deutschen Mittelständlers in Opposition“ 117

David Kollander

„Deutsch ist unsere Sprache. Es ist der Ausdruck und Beweis, dass wir eingegliedert sind und zum deutschen Volke gehoeren“ 125

Harry Kaufmann

„Ich habe mich selbst immer als Deutscher betrachtet und habe als solcher gefühlt“ 135

Wolf Elkan

„Und ich war davon überzeugt, dass es nur ein Land gab, in dem ich leben wollte: Deutschland“ 143

Erica Stein

„Ich begann, Marx zu lesen, um meinen Mitschülerinnen das sozialistische Gedankengut überzeugend zu erklären“ 151

Margot Spiegel

„Ich wünschte mir oft, daß ich nicht als Jüdin zur Welt gekommen wäre“ 165

Margot Littauer

„Wir wurden alle gleichmäßig deutsch erzogen“ 173

Oskar Scherzer

„Ueberlasst die Erziehung Eurer Kinder auch ein bisschen der freien Natur“ 189

Walter Sussmann

„Zum ersten Mal wurde mir richtig bewußt, daß ich Jude war, und daß diese Tatsache für manche Leute einen Unterschied machte“ 201

Robert B. Lawrence

„Ich erklärte ihm unumwunden, dass ich zwar meiner Religion nach Jude sei, mich aber bisher immer für einen ebensoguten Österreicher gehalten habe wie jeden anderen“ 211

Rose Marie Papanek

„Aber in den ersten Jahren der jungen oesterreichischen Republik fanden wir uns alle in unserer Liebe für dieses kleine ‚befreite‘ Vaterland“ 221

III. Historische Rahmung

Ursula Blömer
Die Weimarer Republik: Politische Entwicklung, Regierungen, Parlament und Parteien 229

Sylke Bartmann
Die Erste Republik und der Ständestaat Österreichs 249

Ilse Ernst
Der Antisemitismus in der Weimarer Republik 293

Sandra Kirsch
Berlin in der Weimarer Republik: Kultur und Zeitgeist 337

Sylke Bartmann
Die jüdische Gemeinde in Wien 375

Ilse Heinken
Das Schulwesen in der Weimarer Republik 385

Karin Baumann / Ursula Blömer
Die Jugendbewegung 407

IV.

Literatur 423
Bildnachweis 440

Friedrich Wißmann

„Eingegliedert und erfüllt von der neuen Freiheit“ – Jüdische Kindheit in der Weimarer Republik

Mit der demokratischen Verfassung der Republik von Weimar brach eine Zeit an, in der viele Juden in Deutschland voller Hoffnung auf eine bessere gesellschaftliche Grundhaltung des deutschen Volkes blickten. Endlich waren die großen politischen Ziele zum Verfassungsrang erhoben worden, die viele Juden und mit ihnen die demokratisch und republikanisch Ambitionierten angestrebt hatten. Ganz im optimistischen Habitus der Aufklärung dürfte wohl ein Wort des zu seiner Zeit verehrten jüdischen Lehrers und Begründers der sog. Neo-Orthodoxie, Samson Raphael Hirsch, der auch als Landrabbiner in Oldenburg von 1830-1838 gewirkt hat, verstanden worden sein und gegolten haben:

> „Wären wir selbst nicht so glücklich, unsere Zeit als die Morgenröthe einer zunächst in reinerem Rechtsbewusstsein sich bethätigenden Humanität begrüßen zu dürfen, die auch die Söhne des jüdischen Volkes zur aktiven Betheiligung an allen humanen, socialen, und politischen Bestrebungen des Völkerlebens ladet; trüge selbst unsere Berührung mit dem allgemeinen Kulturleben noch wie zu Zeiten der Väter mehr den passiven Charakter: von welcher eminenten religiösen Wichtigkeit wäre nicht selbst dann die Fürsorge, unsere Jugend auf die Höhe der Einsicht zu führen, die sie in den Stand setzt, alle persönlichen, socialen, politischen und confessionellen Verhältnisse, unter denen und in Beziehung auf welche sie, sei es aktiv oder passiv, ihre jüdisch menschliche und bürgerliche Pflichtaufgabe zu lösen haben werden, in Wahrheit und Gerechtigkeit zu würdigen, – von welcher eminenten religiösen Wichtigkeit, sie durch Kenntniß vor Ungerechtigkeit und Vorurtheil zu schützen, sie durch Kenntniß zu einer gerechten, alles Gute und Edle im Kulturleben ihrer Zeit mit Begeisterung ergreifenden Beurtheilung des europäischen Kulturlebens zu führen, in dessen Strömung sie selbst ihre eigene Aufgabe zu lösen haben!“ (Hirsch 2001, S. 42).

Ein friedliches und sozial verantwortbares Miteinander war ja das große Erziehungsziel des politischen Auftrages, den die Verfassung von Weimar formulierte. Dieser gipfelte in der bis dahin nicht ausgesprochenen Völkerverständigung.

Der Weltkrieg hatte mit dem Wort Kaiser Wilhelms II., er kenne von nun an nur noch Deutsche, das Volk geeint und damit die Juden in ihren bürgerlichen Rechten und Pflichten anerkannt. Jedenfalls haben es die vielen Freiwilligen unter ihnen so aufgefasst, als sie mit der allgemeinen Begeisterungswelle zu den Fahnen eilten, um ihr Leben für das Vaterland in die Waagschale zu geben. In dieser hohen Gefühlslage konnte auch die schon im Krieg selbst aufkommende Dolchstoßlegende keine Abstriche im neuen Selbstwert erzeugen. Vielmehr galt trotz der Judenzählung im Heer der hohe Blutzoll als Beleg dafür, dass auch die Juden sich zu ihren Aufgaben dem Gemeinwesen gegenüber bekannten und entsprechende Anerkennung verdienten.

Diese Stimmungslage ist für die Mehrheit der Juden in Deutschland zu einer gesellschaftlich tragenden Gemeinschaftsstiftung geworden. So hat es wohl keine jüdische Schule gegeben, an der nicht mit einer Gedenktafel auf die gefallenen ehemaligen Schüler hingewiesen wurde, die der Krieg 1914 bis 1918 der eigenen Gruppe nahm, wie es gerne formuliert wurde. Das entsprach auch der von Vernunft bestimmten Überzeugung, dass mit diesen weltbewegenden Ereignissen die gesellschaftlichen Diskriminierungen in Form des Antisemitismus, der beim Kaiserhaus geherrscht hatte, ein für allemal aufgehoben seien. Dieser Optimismus war geprägt von der Überzeugungskraft einer aufgeklärten Vernunft, so wie es der bereits zitierte Samson Raphael Hirsch in seinen Anmerkungen zu den „Beziehungen der allgemeinen Bildungselemente zu der speziell jüdischen Bildung“ schon 1867 treffend ins Wort gesetzt hat:

> „Nur Kenntniß schützt vor Vorurtheil, nur Kenntniß vor eigenem Unrecht in Beurtheilung und Behandlung der Menschenbrüder; Unkenntniß ist nach jeder Richtung hin die Mutter des Wahns und des Vorurtheils. Wollte Gott, es würde auch in nichtjüdischen Schulen die heranzubildende Jugend mit jüdischem Wissen, jüdischem Leben, jüdischen Verhältnissen und Zuständen auch nur annähernd also bekannt, wie die jüdischen Schulen die Jugend mit Geist und Bestreben der nichtjüdischen Welt vertraut wird!“ (ebda.)

Viele Juden glaubten an diese Wirkung der Aufklärung und vermieden insofern eine öffentliche Diskussion oder Auseinandersetzung zu latent vorhandenen aber auch ganz offenen antisemitischen Tendenzen der unmittelbaren Nachkriegszeit, die ja bis in die abgelegenen Gebiete des deutschen Reiches hineingetragen wurden. Sie wurden aus unterschiedlichen Ressentiments gespeist und hatten für viele einen Ventilcharakter, um mit den Enttäuschungen, die mit den Ergebnissen des Weltkrieges entstanden waren, fertig zu werden. Denn das bis dahin in Deutschland dominante Bürgertum hatte nicht nur wegen der nun geltenden gleichen Bürgerrechte an Bedeutung verloren, auch die ökonomischen Vorteile erschienen mit dem Versailler Friedensvertrag bedroht.

Unter diesen Bedingungen kann die These unterstrichen werden, die postuliert, dass alle jüdischen Kinder und Jugendlichen während der Weimarer Republik mit antisemitischen Ausfällen konfrontiert worden sind. Diese waren schmerzhaft und konnten nicht auf der Ebene der Kinderbelustigung abgefedert werden (vgl. Hyams 2001).

Auf den Antisemitismus reagierten im Unterschied zum Kaiserreich diesmal auch staatliche Stellen, wie die Ereignisse nach der Ermordung Walther Rathenaus unterstreichen. Und es ist eine Tatsache, dass nicht nur in den Reichstagen und in den Länderparlamenten viele bedeutende Politiker jüdischer Herkunft agierten, sondern auch auf den Ebenen der Gemeinden und des Vereinswesens bis in kleine Dörfer hinein waren die Bürger israelitischen Glaubens aktiv und geschätzt. Juden waren anders als im Vergleich zum Kaiserreich deutlich in die republikanische Gesellschaft der Weimarer Republik integriert. Sie betrachteten sich als assimilierte Vertreter ihrer Glaubensgemeinschaft, die ihre gesellschaftliche Anerkennung in guter Überzeugung als gesichert ansehen konnten.

Diese Grundstimmung wurde in den zum Teil recht turbulenten Entwicklungsjahren zu Beginn der Weimarer Republik aufgebaut und fand insofern eine Bestätigung, als mit den stabilen Zeiten nach der Inflation bis in die Weltwirtschaftskrise hinein die Bürger jüdischen Glaubens ohne existentielle Bedrohung ihre gesamtgesellschaftlichen Ambitionen wahrnehmen konnten. Diese wurden schließlich auch dadurch anerkannt, dass mit einem entsprechenden Staatsvertrag, die Ausbildung jüdischer Religionslehrer an Gymna-

sien geregelt wurde, so dass auf diese Weise neben evangelischer und katholischer Religion die jüdische im Abitur als gleichrangig erklärt worden war.[1]

Es darf allerdings in diesem Zusammenhang nicht verschwiegen werden, dass speziell im Bereich des schulischen Kontextes es oft dennoch zu antisemitischen Vorfällen gekommen ist, wie Zeitzeugen aus eigenem Erleben heraus dokumentiert haben.[2] Und es dürften solche Äußerungsformen der Verachtung oder Abfälligkeit der Anlass dafür gewesen sein, dass in intellektuellen Kreisen auf die gesellschaftlichen Gefahren hingewiesen wurde, die die bis zum Ende der 20er Jahre unbedeutende NSDAP insbesondere für Juden darstellten. Es wurde mit aller Klarheit darauf verwiesen, was im Programm dieser Partei aus dem Jahre 1920 bereits ausführlich formuliert worden war. Dort heißt unter Punkt 4:

„Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein." (Michael/Schepp 1974, S. 135)

Die Bedrohung, die in diesen Formulierungen enthalten ist, war für die Identität und Anerkennung eines jeden Juden in Deutschland evident. Auch wenn es in der Blütezeit der Weimarer Republik kaum eine konkrete Gefährdung von Seiten der NSDAP für Juden gab, weil diese Partei bis zum Ende der 20er Jahre relativ unbedeutend blieb, so kann von einer latent vorhandenen antisemitischen Stimmung in Teilen der Bevölkerung durchaus die Rede sein, die sich oft auf Schulkinder erstreckte, die sich den Hänseleien ihrer Klassenkameraden ausgesetzt sahen. Die vielen antijüdischen Sprüche und Verse der damaligen Zeit legen davon reichlich Zeugnis ab. Meist bezogen sich die Inhalte auf die historisch üblichen Vorurteile, die sich auf das äußere Erscheinungsbild von Juden bezogen aber durchaus auch an die üblichen Ressentiments in Fragen der Glaubenszugehörigkeit anknüpften. Die gebogene Nase und krumme Beine wurden ebenso bemüht wie die Gottesmörderfloskel.

Wie tief diese Ansätze und Zeichen einer Ausgrenzung bei Kindern trafen, ist aus heutiger Sicht nur schwer zu rekonstruieren. Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass ganz allgemein solche Vorbehalte und Vorhaltungen wahrgenommen worden sind und zwar von allen Kindern, welchen

1 Vgl. Forschungsbericht Kaliski-Schule: Institutionelle Voraussetzung.
2 Vgl. TV-Film „Schulzucht und -disziplin" WDR 3.

Glaubens oder welcher Religionszugehörigkeit sie zuzuordnen waren. Wie ernst solche gesellschaftlichen Erscheinungen die jüdischen Kinder bewegt hat, müsste wohl von einzelnen Fällen her entschieden werden.

Davon unabhängig aber sind die Warnungen und Mahnungen in Betracht zu ziehen, die insbesondere Kinder und Jugendlichen aus jüdischen Familien vor solchen gesellschaftlichen Fallstricken warnten.

Der Kinderkalender für das Jahre 1928/29, das ist das Jahr 5689 der jüdischen Weltära, soll hier als Beispiel herausgestellt werden. In ihm findet sich ein szenisches Spiel, das als Schattenspiel vorgestellt wird und die „Geschichte von Daniel in der Löwengrube“ zum Inhalt hat. Belsazar nimmt den schönsten Kidduschbecher zum Weintrinken und lästert „Nieder mit dem Judengott!“ Er wirft den Becher zu Boden und es erscheint das Menetekel an der Wand:

„Doch sieh, doch sieh, kaum war‘s geschehn
Da war was an der Wand zu sehn:
mit Feuer ist es eingegraben,
scheint sonst auch manchen Haken zu haben,
Ein Zeichen grausig ohnegleichen,
O Gott, wer deutet uns dies Zeichen?“
... ...

Der Jude Daniel kann die Deutung geben:

„Und kaum weist man ihm mit der Hand
Das Zeichen an der weißen Wand,
Da lächelt er vorm Königsthron:
‚Dies Zeichen, Herr, das kenn‘ ich schon,
Heißt Menetekel, ist nichts Gescheuts,
in Deutschland nennt man‘s das Hakenkreuz.
Und wo man‘s sieht, und wo man‘s liest,
wird einem die ganze Welt vermiest.
Vor diesem Zeichen sei dir bang,
Denn das bedeutet Untergang.
O wehehe! O wehehe!
Daß ich dies Zeichen bei dir seh‘!“[3]

3 Jüdischer Kinderkalender. Hrsg. Emil Bernhard Cohn. (Jüdischer Verlag) Berlin 1927. S. 119 f.

Und dann nimmt das Unglück seinen Lauf für Belsazar.

Aber auch die Juden sind ja zu dieser Zeit nicht außer Gefahr, denn der „unterirdische“ Antisemitismus war in der Zeit der „golden twenties“ längst wieder aufgeblüht und richtete sich gegen die Tendenzen der nun weitgreifenden Assimilation mit den zahlreichen Konversionen und Mischehen. Die großen Verdienste um die unterschiedlichen Bereiche der Kultur in Deutschland sind von unzähligen Juden mitgetragen und aktiv mitgestaltet worden. Ob es die große Politik, ob Publizistik oder Theater, ob Schriftstellerei oder Philosophie, ob Medizin oder Mathematik, ob Wissenschaft oder Kunst: das geistige bürgerliche Leben war geprägt von Juden, die sich ganz dem freiheitlichen, kosmopolitischen Geist verschrieben hatten, der vormals als „deutscher Geist“ charakterisiert worden war, so wie wir ihn kennen aus der Zeit von der Aufklärung bis zu Herbart und Hegel. Davon waren auch die Schule und die Kultur der Kindheit und der Jugend betroffen. Die vielen reformpädagogischen Ansätze zur Erneuerung des Unterrichts und der außerschulischen Arbeit wurden von vielen jüdischen Schulen und von ihren Lehrerinnen und Lehrern produktiv umgesetzt und von Eltern für ihre Kinder gern angenommen. Das betrifft vornehmlich auch die in den zwanziger Jahren eingerichteten Privatschulen mit neuen Konzepten zur Überwindung der alten Schule. Die in das schulische Leben aufgenommenen jüdischen Feiertage wurden selbstbewusst mit entsprechenden Veranstaltungen begangen mit Spiel, Theater und Sport ausgefüllt und der interessierten Öffentlichkeit präsentiert, so wie es in jüdischen Schulkomplexen seit Jahrzehnten üblich war und nun belebt wurde.[4]

Dieses neue Selbstbewusstsein war in der Zeit bis zur Machtübergabe an Hitler allgemein lebendig, so dass die Gefahr, die von den Parteigängern Hitlers ausging, vielfach unterschätzt wurde. Auch die beeindruckenden Wahlerfolge der NSDAP seit 1928 konnten hier keine großen Bedenken und

---

4 Auch hier kann die Samson Raphael Hirsch Schule in Frankfurt als exemplarische bezeichnet werden. Ebenso war die Frankfurter Konkurrenzschule ‚Philanthropin‘ ein Musterbeispiel für reformpädagogische Ausgestaltung des Schullebens. Zahlreiche Schulen in Berlin gehörten ebenso dazu.
Aber auch Reformschulen wie die ‚Schule am Meer‘, von Martin Luserke auf der ostfriesischen Insel Juist an der Nordsee eingerichtet, können in diesem Zusammenhang hervorgehoben werden, weil in ihnen überproportional viele jüdische Lehrerinnen und Lehrer aber auch Schüler tätig waren. Im ‚Volksmund‘ war die Schule denn auch ‚Jödenschool‘ betitelt (vgl. Schwerdt, 1993).

Einschüchterungen auslösen. Vielmehr galten ihre Anhänger als in bürgerlichen Kreisen unakzeptable Radaumacher und unqualifizierte Gewalttäter, die mit den Mitteln einer zivilisierten Politik in die Schranken gewiesen werden konnten. Jedenfalls stellten diese Kreise keine ernsthafte Bedrohung der allgemein anerkannten und gelebten Geisteskultur dar, zumal die weltweite Ausstrahlung der Metropole Berlin ein Markenzeichen des Wandels der Deutschen im Vergleich zur verzopften Bürgerlichkeit der wilhelminischen Zeit geworden war. In diesem neuen Kosmopolitismus zählten freiheitlicher Geist und Toleranz, in denen die kulturellen Ansprüche jüdischen Bildungsverständnisses auflebten und so zum Alltag jüdischer Kindheit und Jugend in der Weimarer Republik wurden. Diese Elemente prägten und bestimmten das Selbstverständnis, dem auch die zu Beginn der dreißiger Jahre verstärkte Propaganda gegen Juden nur wenig anhaben konnte. So herrschte noch Ende des Jahres 1932 die Überzeugung:

„Die Nazis haben ausgespielt, sie sind erledigt. Wir werden es noch erleben, daß Hitler als historische Episode betrachtet werden wird.“ [5]

Diese Einschätzung des expressionistischen Dramatikers Paul Kornfeld, die von vielen Zeitgenossen auch geteilt wurde, schien mit den rückläufigen Stimmanteilen der NSDAP in den Novemberwahlen auch bestätigt. Auch wenn aus dem Ausland die eine oder andere Stimme mit deutlichen Warnungen laut wurden, die nicht nur nicht den Krieg von Deutschland aus kommen sahen sondern darüber auch eine Katastrophe für die Juden in vorher sagten, so blieb die Grundstimmung der meisten trotz des Bedrohungspotentials eher zuversichtlich. Es schien unvorstellbar, dass ein Volk wie die Deutschen, das nach Hermann Cohen wie kein anderes dem jüdischen Volk über Jahrhunderte hinweg bei allen Einschränkungen doch viel Freiheit und Entwicklungsmöglichkeiten gegeben hat, so dass Deutschland „das Mutterland der Kultur für die europäische Judenheit überhaupt“[6] werden konnte, in eine tiefe Barbarei abzusinken vermöchte.

---

5 Amos Elon: Zu einer anderen Zeit. Porträt der jüdisch-deutschen Epoche (1743–1933). München 2003, S. 377. Zu diesem Buch sei auf die Besprechung von Michael Naumann hingewiesen: Der große Kummer. Amos Elon erzählt die bewegende Geschichte von Glanz und Elend der jüdischen Emanzipation. DIE ZEIT, Nr. 17 vom 16. Apr. 2003 S. 45.

6 Aus Hermann Cohens „Jüdische Schriften“ Bd. I 1924 zitiert nach Zwi Erich Kurzweil: Hauptströmungen jüdischer Pädagogik von der Aufklärung bis zum Nationalsozialismus. Frankfurt a.M.1987, S. 31.

Was die mehr zum Optimismus neigenden und positiv eingestellten Menschen betrifft, so waren sie am ehesten darüber verwundert, dass mit der Machtübergabe an Hitler plötzlich alles so schnell ging mit der Ausbreitung der nationalsozialistischen Ideologie samt der Gewalttätigkeit gegenüber Juden. Die braune Flut machte keinen Halt und breitete sich sehr schnell in den Schulen aus, so dass Kinder und Jugendliche aus jüdischen Familien umgehend die Auswirkungen zu spüren bekamen. Die antijüdischen Gesetze, Erlasse, Verfügungen usw. sprechen eine deutliche Sprache und haben von Anfang an alle Deutschen Kinder mit einer jüdischen Abstammung in Mitleidenschaft gezogen.[7] Die Ausgrenzung und spätere Verfolgung der betreffenden Kinder ist sehr bewusst und schmerzhaft wahrgenommen worden, denn das Vorgehen gegen Juden durch SA und behördliche Instanzen spielte sich in aller Öffentlichkeit ab.[8] Und Ausnahmen wurden von den Nationalsozialisten nicht geduldet:

„So wurde [...] auch den völlig assimilierten Juden sowie den Dissidenten und den Christen jüdischer Abstammung das Jüdischsein auch gegen ihren Willen drastisch und mit zunehmender Dauer der nationalsozialistischen Herrschaft immer brutaler aufgezwungen. Die Frage nach einer jüdischen Identität konnte zwar immer noch sehr unterschiedlich nach dem jeweiligen Stand der Akkulturation und Assimilation beantwortet werden, aber ausweichen konnte ihr ab 1933 kein Deutscher mit einer jüdischen Abstammung mehr, wie weit auch immer der Assimilationsprozeß ihn von der Lebenswelt seiner Vorfahren entfernt haben mochte." (Fölling 1992, S. 26 f.).

Damit war das in der Weimarer Republik neu entstandene Bewusstsein, eingegliedert zu sein und die gewonnenen Freiheiten der Emanzipation leben zu können, empfindlich getroffenen. Dies galt speziell auch für Kinder und Jugendliche, die mehr und mehr sich stigmatisiert fühlen mussten. Die Reaktionen auf den jetzt existierenden offenen und gesellschaftlich sanktionierten Antisemitismus waren von Person zu Person wohl sehr unterschiedlich, je nachdem wie in den Familien darauf im Sinne einer Lebensplanung einge-

---

7 Nach wie vor unentbehrlich für die Information dazu: Joseph Walk: Jüdische Schule und Erziehung im Dritten Reich. Frankfurt a.M. 1991

8 Es soll hier auf verschiedene Arbeiten dazu verwiesen werden, die in dem Katalog zur 17. Oldenburger Kibum-Ausstellung „Jüdisches Kinderleben im Spiegel jüdischer Kinderbücher" 1998 erschienen sind: Hyams, Klattenhoff, Ritter, Wißmann (Hrsg.): Jüdisches Kinderleben im Spiegel jüdischer Kinderbücher. 2. Auflage, 2 Bände. Oldenburg 2001

gangen wurde. Die Aufgaben der jüdischen Schule waren dagegen anders differenziert:

„Den jüdischen Schulen fiel dabei die Aufgabe zu, für die Kinder, die sich nach der Logik des Assimilationsprozesses am weitesten von der traditionellen jüdischen Welt entfernt hatten, mit pädagogischen Mitteln eine konstruktive Hilfestellung bei der Wiederentdeckung des Judentums zu leisten.“ (ebd., S. 27).

Wenn denn der Ausdruck des Wiederentdeckens hier passt, dann sollte wenigstens ergänzt werden, dass dieser Versuch einher ging mit der Pflege der hohen kulturellen Standards, die im Laufe der Jahrzehnte in der Gestaltung der Moderne erreicht wurden. Dabei ist es unbedingt erforderlich, darauf hinzuweisen, dass es jetzt in den jüdischen Schulen auch darum ging, all die wichtigen Partikel des Humanismus weiter zu pflegen, die im Prozess der Akkulturation gewonnen wurden und die von den meisten anderen Deutschen in ihrer Nazi-Gefolgschaft schmählich verraten wurden. Der Hinweis auf die Bücherverbrennung und die Verfemung der humanen Wissenschaften bis hin zur Verleugnung deutschen Geistesgutes seit der Goethezeit muss in diesem Zusammenhang genügen.

$1,000 *Preisausschreiben*

★

AN ALLE

die Deutschland vor und nach Hitler gut kennen!

★

Zum Zweck rein wissenschaftlicher Materialsammlung, die für eine Untersuchung der *gesellschaftlichen und seelischen Wirkungen des Nationalsozialismus auf die deutsche Gesellschaft und das deutsche Volk* verwendet werden soll, stellen wir eintausend Dollar als Preis für die *besten unveröffentlichten Lebensbeschreibungen* (*Autobiographieen*) mit dem folgenden Thema zur Verfügung—

"MEIN LEBEN IN DEUTSCHLAND VOR UND NACH DEM 30. JANUAR 1933"

Das Preisausschreiben steht unter der persönlichen Leitung der folgenden Mitglieder des Lehrkörpers der Universität Harvard, die auch das Preisrichterkollegium bilden werden. Sie tragen die alleinige Verantwortung für die Beurteilung der eingereichten Manuskripte und für die Preisverteilung:

GORDON WILLARD ALLPORT	*Psychologe*
SIDNEY BRADSHAW FAY	*Historiker*
EDWARD YARNALL HARTSHORNE	*Soziologe*

Die folgenden Preise werden ausgesetzt:

ERSTER PREIS $500 ZWEITER PREIS $250 DRITTER PREIS $100
VIERTER PREIS $50 5 FÜNFTE PREISE JE $20

Manuskripte können unter *einem angenommen Namen* oder *ohne Namensnennung* eingereicht werden; sie müssen aber *wahrheitsgetreu* sein.

Die Manuskripte können *Deutsch oder Englisch* geschrieben sein: die Wahl der Sprache hat keinen Einfluss auf die Beurteilung. Die Arbeiten können *beliebig lang* sein, sollen aber ein Minimum von 20,000 Worte betragen. = 80 Tippseiten

Das Preisausschreiben schliesst am 1. April 1940. (Manuskripte müssen den Poststempel spätestens dieses Datums tragen.)

Die Arbeiten werden *streng vertraulich* behandelt werden.

BESONDERE RICHTLINIEN:

Manuskripte werden nur angenommen, wenn auf der ersten Seite klar die folgenden Angaben gemacht werden: ALTER (ungefähr) und GESCHLECHT des Verfassers; die GEGEND Deutschlands, in der der Verfasser lebte, und die EINWOHNERZAHL SEINES WOHNORTS; die RELIGION des Verfassers, sowie weitere wesentliche Angaben über die GESELLSCHAFTLICHE STELLUNG des Verfassers in Deutschland (z.B. verheiratet oder ledig, Kinder, ungefähres Einkommen, Ausbildung, usw.) (Ihre gesellschaftliche Stellung als solche hat keinen Einfluss auf Ihre Gewinnaussichten.)

Ihre Lebensbeschreibung sollte möglichst *einfach, unmittelbar, vollständig* und *anschaulich* gehalten sein. Bitte BESCHREIBEN Sie wirkliche Vorkommnisse, die WORTE und TATEN DER MENSCHEN, soweit erinnerlich. Die Preisrichter haben kein Interesse an philosophischen Erwägungen über die Vergangenheit, sondern vor allem an einem Bericht persönlicher Erlebnisse. Zitate aus *Briefen, Tagebüchern, Notizbüchern*, und *sonstigen persönlichen Schriftstücken* geben Ihrer Schilderung die erwünschte *Glaubwürdigkeit* und *Vollständigkeit*. Dies soll kein literarisches Preisausschreiben sein. Sie sollten sich daran wagen, selbst wenn Sie nie vorher geschrieben haben, wenn Sie nur ein gutes Gedächtnis, scharfe Beobachtungsgabe, und Menschenkenntnis besitzen. Selbst wenn Sie keinen Preis bekommen, kann Ihre Arbeit als Quelle für das Studium des neuen Deutschlands und des Nationalsozialismus sehr wertvoll sein.

Anschriften erbeten an:

S. B. FAY, 776 WIDENER LIBRARY, CAMBRIDGE, MASSACHUSETTS, U. S. A.

Weitere Exemplare dieser Ankündigung stehen auf Ansuchen gern zur Verfügung.

Sylke Bartmann / Ursula Blömer / Detlef Garz

I. Einleitung

Materialgrundlage

Diese Veröffentlichung ist der Nachfolgeband des im Jahr 2000 erschienenen Buches „‚Wir Kinder hatten ein herrliches Leben ...'. Jüdische Kindheit und Jugend im Kaiserreich 1871-1918"[1]. Die im vorliegenden Buch enthaltenen autobiographischen Kindheits- und Jugendberichte umspannen nun den Zeitrahmen zwischen 1918 und 1933 in Deutschland sowie von 1918 bis 1938 in Österreich. Sie sind ebenfalls den von Emigranten und Emigrantinnen verfassten Lebensbeschreibungen entnommen, die im Rahmen eines wissenschaftlichen Preisausschreibens der Harvard Universität erstellt wurden. Im Jahre 1939 forderten die drei Harvard-Wissenschaftler, Gordon Willard Allport (Psychologe), Sidney Bradshaw Fay (Historiker) und Edward Y. Hartshorne (Soziologe), Personen, „*die Deutschland vor und während Hitler gut kennen*" (siehe Ankündigungstext), durch ein Flugblatt sowie in mehreren Zeitungsanzeigen auf, unter dem Titel „*Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933*" (ebd.) autobiographische Texte zu verfassen. Als Preisgeld für die besten Autobiographien wurden eintausend Dollar zur Verfügung gestellt. Die Wissenschaftler erwarteten von den Autoren keine philosophischen oder literarischen Abhandlungen, sondern einen Bericht persönlicher Erlebnisse. Sie wollten anhand dieses Materials eine Untersuchung über „die gesellschaftlichen und seelischen Auswirkungen des Nationalsozialismus auf die deutsche Gesellschaft und das deutsche Volk" (ebd.) durchführen. Es konnten ca. 260 Manuskripte zwischen 30 und 300 Seiten Umfang eingeworben werden, überwiegend von Emigranten und Emigrantinnen aus den USA, aber in geringerem Umfang auch aus Palästina, England, Frankreich, der Schweiz, Shanghai, Südamerika

1 Das Buch ist ebenfalls im BIS-Verlag in der Reihe Oldenburgische Beiträge zu Jüdischen Studien erschienen (Band 5).

und Australien. Es reichten nicht nur Personen, die aus Deutschland stammten, ihre Manuskripte ein, sondern auch eine größere Zahl, die aus Österreich kam.

Bei diesem Material handelt es sich um Zeitzeugenbeschreibungen von hoher Eindringlichkeit und Dichte. Die Ereignisse wurden zeitnah formuliert, und die Erinnerung war noch nicht durch nachfolgende Geschehnisse (z. B. Berichte über den Holocaust) affiziert, das bedeutet, dass zeithistorisch und biographisch nachfolgende Ereignisse bis dato keinen Einfluss auf die Erzählungen ausübten. Oft waren die eigenen Erfahrungen kaum verarbeitet, und es lag in vielen Fällen noch keine Normalisierung im Alltag vor. Einerseits beeinflussten die nachfolgenden lebensgeschichtlichen Krisen die Erlebnisse nicht, andererseits sind diese zeitnah verfassten Texte noch stärker handlungs- und erleidensorientiert als später verfasste Autobiographien, da die Nähe zu den Ereignissen enger war, und das Erinnerungspotential somit umfangreicher aktualisiert werden konnte. Zudem hatten die Autobiographen möglicherweise andere Vorstellungen von der historischen Entwicklung und einer damit verbundenen biographischen Entwicklung. Nach unserem Kenntnisstand gibt es nur wenige elaborierte zeitgenössische narrative Berichte, die die Lebensverhältnisse vor Beginn des Nationalsozialismus in Deutschland und Österreich charakterisieren. Im heute sich vollziehenden Übergang von der Zeitzeugenkultur zur Erinnerungskultur besitzen diese Dokumente einen besonderen Wert.

Die Manuskripte gewähren Einblicke in das Leben der deutschsprachigen Emigrantinnen und Emigranten zwischen 1870 und 1940. Aufgrund der im Preisausschreiben gemachten Vorgaben, vor allem der geforderten Länge des Textes (20 000 Wörter, was etwa 80 Seiten entspricht), reagierte vorwiegend eine bestimmte Gruppe von Emigranten und Emigrantinnen mit adäquaten Beiträgen auf die Ausschreibung: Akademiker, zu deren Selbstverständnis der Umgang mit Geschriebenem gehört – eine weitere Differenzierung ergibt, dass die überwiegende Zahl der Teilnehmenden Professionelle sind, also Ärzte, Juristen, Theologen sowie Lehrer, Journalisten und Künstler.

Die Verfasser und Verfasserinnen beschränken sich in ihren Lebensbeschreibungen nicht nur auf die unmittelbare Zeit vor und nach 1933, in vielen Manuskripten wird die Epoche des Kaiserreichs und der Weimarer Republik bzw. der Ersten Republik (Österreich) in die Ausführungen miteinbezogen (vgl. dazu Bartmann 2002; Bartmann/Garz 2000; Blömer 1997; Blömer/Garz

1998a, 1998b, 1999, 2000; Blömer/Bartmann 2001; Garz 2000; Lohfeld 1998).

Einige der Autobiographen berichten in ihren Manuskripten über ihre Kindheit und Jugend. Die Schreiber und Schreiberinnen, deren Erinnerungen in das vorliegende Buch aufgenommen wurden, sind zwischen 1903 und 1920 geboren. Sie haben ihre Kindheit zum Teil noch im Kaiserreich und im Ersten Weltkrieg erlebt. Für diese Veröffentlichung haben wir uns jedoch auf die in der Phase nach dem Ersten Weltkrieg bis zum Beginn des Nationalsozialismus[2] gemachten Erfahrungen beschränkt.

Die Weimarer Zeit wird mit turbulenter und instabiler Politik, mit schwankender Konjunktur und mit aufregender Kultur verknüpft. Peukert bezeichnet die 14-jährige Existenz der Weimarer Republik als eine „Epoche eigener Art“ (1987, S. 10), deren Geschichte nicht nur entweder von ihrem Anfang oder ihrem Ende her gesehen werden sollte. Den Widerspruch, der diese Epoche kennzeichnet, leitet er aus „der optimistischen Zeichnung kultureller Avantgardeleistungen und der pessimistischen Vision politischer und sozialer Misere ab. [...] ‚Weimar‘ spielte uns in kurzer Zeit und in rasantem Tempo die faszinierenden und die fatalen Möglichkeiten unserer modernen Welt vor“ (ebd., S. 11f.).

Für Familien und somit auch für Kinder und Jugendliche veränderten sich die Lebenszusammenhänge. In der neuen demokratischen Republik waren die ständischen Privilegien aufgehoben, und die Vorrechte der adeligen und bürgerlichen Familien gerieten ins Wanken, die alten Werte und Normen der kaiserlichen Gesellschaft waren obsolet. Die Kinder und Jugendlichen wurden vor allem von vier Ereignissen dieser Epoche geprägt: dem Ersten Weltkrieg, der Revolution, der Inflation und dem krisenhaften Ende der Republik. Verbunden waren diese Ereignisse mit Erfahrungen von Entbehrungen, Gewalt und der Zerstörung gewohnter Lebensverhältnisse. Die Intensität und subjektive Ausprägung dieser Erfahrungen war jedoch abhängig von den individuellen Lebensbedingungen und der Milieuzugehörigkeit (vgl. Tenorth 1992, S. 199ff.). Die Sexualreformbewegung wirkte sich auf das familiäre Zusammenleben aus und begünstigte freiere Strukturen, z. T. als „Autoritätsverluste“ (Peukert 1987, S. 97) beklagt. Vor allem die Jugendlichen nutzten die neuen Freizeitformen, die sich in der Weimarer Republik ausbildeten.

---

2 Kindheitsberichte, die die Zeit nach 1933 in Deutschland berühren, liegen uns nicht vor. Dies resultiert aus der Altersstruktur der Manuskriptverfasser.

Nach dem Ersten Weltkrieg hatten auch jüdische Bürger aktiv an der Revolution in Deutschland teilgenommen und setzten sich für die neue Republik ein, wie z. B. Kurt Eisner, Hugo Haase, Gustav Landauer, Oskar Cohn, Otto Landsberg. Der „Vater“ (Winkler 2000, S. 403) der Weimarer Verfassung, Hugo Preuß, war ein Jude. Diese Verfassung gewährte allen Staatsbürgern uneingeschränkte Rechtsgleichheit, so dass nun auch den Juden die endgültige und volle Gleichberechtigung zugesprochen wurde und sie Zugang zu allen, auch den bislang noch verwehrten Berufsbereichen, hatten.

Doch insbesondere in der ersten Phase der jungen Republik unterlagen die Juden, ausgelöst durch die ‚Dolchstoßlegende‘ und der Zuschreibung als Kriegs- und Inflationsgewinnler, massiven Anfeindungen, und mehrere jüdische Politiker wurden ermordet. Golo Mann wagte die Behauptung: „Nie war die antisemitische Leidenschaft in Deutschland wütender als in den Jahren 1919 bis 1923“ (zit. in Gidal 1997, S. 327). Und auch wenn der politische und organisierte Antisemitismus ab Mitte der zwanziger Jahre in der Bedeutung abnahm, war ein gesellschaftlicher und kultureller Antisemitismus präsent (vgl. dazu Kapitel III). Dennoch gelang in der Folge, als sich die Verhältnisse in der Republik nach 1924 festigten, etlichen Juden ein Aufstieg in den verschiedensten Bereichen wie in Wissenschaft und Kultur aber auch in freien Berufen. Zu den fünfzehn deutschen Nobelpreisträgern, die diese Auszeichnung zur Zeit der Weimarer Republik erhielten, gehörten fünf deutsche Juden: Albert Einstein, Otto Meyerhof, James Franck, Gustav Hertz und Otto Warburg. Die Entwicklung des Mediums Film ist ebenso mit jüdischen Namen verbunden. Der erste deutsche Filmkonzern, die Ufa, wurde von Paul Davidson gemeinsam mit Hermann Fellner gegründet; Davidson baute in Mannheim auch das erste deutsche Kino. Die Filmlandschaft jener Zeit, in der auch unkonventionelle Ideen Eingang fanden, wurde gleichfalls von vielen jüdischen Regisseuren, Schauspielern und Autoren geprägt. In der Welt des Theaters feierten Juden große Erfolge, allen voran Max Reinhardt, und auch in Musik, Malerei, Literatur zeichneten sich jüdische Persönlichkeiten aus (vgl. Gay 1993, S. 227ff.; Gidal 1997, S. 318ff.).

Der Beginn der Ersten Republik Österreich setzt den Anfangspunkt für die hier veröffentlichten autobiographischen Ausschnitte. Dieser Beginn beinhaltete den Zerfall der Habsburger Monarchie, wodurch Österreich u. a. aus seinem wirtschaftlichen Zusammenhang gerissen wurde. Der Zusammenbruch des vorherigen Währungsgebietes bedeutete zunächst für viele Menschen Arbeitslosigkeit und finanzielle Not. ‚Ist dieser Staat überlebens-

fähig?‘ Diese Frage war in der Zwischenkriegszeit in Österreich immer wieder Thema – wenn auch mit unterschiedlicher Vehemenz und Intention.

Die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse hin zu einer demokratischen und republikanischen Staatsform machten selbstverständlich auch vor dem Leben der Kinder und Jugendlichen nicht halt. Mitunter waren aber die Lebensbedingungen stark abhängig vom Wohnort. Ab 1921 war die Sozialdemokratie auf Bundesebene in der Opposition. Im Bundesland Wien – das ab Januar 1922 den Status eines unabhängigen Bundesland besaß – war sie bis 1934 stärkste Partei und leitete somit die Gemeindeverwaltung. In dieser Zeit entstand eines der größten Wohnungsbauprogramme, und die Bereiche Kinder- sowie Jugendfürsorge, Gesundheitsfürsorge, Schul-, Bildungs- sowie Kulturarbeit wurden ausgebaut. Wien wurde in der Zeit oft als das ‚rote Wien‘ tituliert und es umfasste 33 % der österreichischen Bevölkerung (vgl. Frei 1984, S. 54).

Die von den vorliegenden Autobiographien umfasste Zeitspanne, Österreich in der Zwischenkriegszeit, war von vielen Krisen geprägt. Neben z. T. hoher Arbeitslosigkeit und Geldverfall kam es durch Korruption und Skandale insgesamt zu eine Krise der sich gerade entwickelnden Demokratie, was mit wechselnden Regierungen einherging. 1934 kam es dann zum Bürgerkrieg, u. a. wurden die Sozialdemokratie sowie die freien Gewerkschaften verboten und der österreichische Ständestaat unter Dollfuß errichtet. Nach dem erfolgreichen Attentat auf Dollfuß führte Schuschnigg den Ständestaat weiter, bis Österreich von Deutschland annektiert wurde (vgl. Kapitel III).

Wird die jüdische Kindheit und Jugendzeit betrachtet, so muss wieder zwischen Österreich und Wien differenziert werden, da 91 % der jüdischen Bevölkerung in Wien lebte. Der Prozentsatz von jüdischen Schülern an den Wiener Gymnasien betrug 1924 37 %, an den Realschulen waren es 20 % (vgl. Botstein 1991, S. 13). Demgegenüber steht, dass der Antisemitismus in Österreich während der Zwischenkriegszeit eine weit verbreitete Ideologie war, wenn auch sein Ursprung lange vor dieser Zeit zu finden ist (vgl. Bunzl/ Martin 1983, S. 15-38; Pauley 1993, S. 29-109; Häusler 1974; Sottopietra 1997, S. 29ff.; Pulzer 1990, S. 121-144). Vor dem Ersten Weltkrieg gab es unterschiedliche Varianten eines politischen Antisemitismus: den religiösen, den ökonomischen, den sozialen und den rassistischen. Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zeichnete sich durch keine qualitative Veränderung des Antisemitismus‘ aus, wohl aber nahm dieser stark zu. Wird der österreichische Antisemitismus der Zwischenkriegszeit im internationalen Zusammen-

hang betrachtet, so ergibt sich nach Bruce Pauley folgendes Bild: „Die österreichische Spielart des Judenhasses war vor Hitlers Machtübernahme in Deutschland [...] wahrscheinlich die ausgeprägteste in ganz Mittel- und Westeuropa. Andererseits war sie mit Sicherheit weniger virulent als in den osteuropäischen Ländern, wie etwa Polen, Litauen, Ungarn und Rumänien“ (1993, S. 20). Dies gilt insbesondere für Phasen sozialer und ökonomischer Krisen, wie in den Jahren von 1918 bis 1923 und 1930 bis 1933. Ebenfalls erfuhr in „Zeiten schwacher Exekutivkräfte und starker demokratischer Institutionen“ (ebd., S. 114) der Antisemitismus einen Aufschwung. Dementsprechend begünstigte die in der Ersten Republik verankerte Rede- und Versammlungsfreiheit das Hervortreten antisemitischer Parolen und Demonstrationen. Nachdem Dollfuß alle politischen Parteien aufgelöst und ein autoritäres Regime etabliert hatte, erfuhren die Vertreter des Antisemitismus zum Teil eine Einschränkung.

Der Fokus im vorliegenden Buch ist auf die jüdische Kindheit und Jugend im skizzierten Zeitraum gerichtet, womit gleichzeitig die Frage berührt wird, wer als Jude angesehen werden kann und wer nicht. Für die Auswahl der Autobiographien waren die Selbstdefinitionen der Autoren ausschlaggebend. Diese Haltung konnte aber auf der gesellschaftlichen Ebene, also bei der Darstellung des Einflusses von Gruppen oder Persönlichkeiten, wie beispielsweise Politikern oder Künstlern, nicht eingehalten werden. „Wenn vom ‚jüdischen Einfluß‘ auf die moderne Kultur die Rede ist, sind damit nicht so sehr bestimmte religiöse Traditionen gemeint, sondern vielmehr die sozialen und kulturellen Auswirkungen eines der bedeutendsten historischen Ereignisse der Geschichte Europas – die Integration der Juden“ (Beller 1993, S. 20). Dementsprechend ist der kulturelle Beitrag das Ergebnis eines – in einer kurzen Zeitspanne stattgefundenen – historischen Assimilationsprozesses.

Moshe Zimmermann weist jedoch auch darauf hin, dass proportional gesehen im Bereich der Kultur in Deutschland, Nichtjuden zahlreicher und populärer waren und außerdem „Vorsicht im Umgang mit dem Begriff ‚jüdisch‘ geboten [ist]. Ein Teil dieser Persönlichkeiten war der Herkunft oder ‚Rasse‘ nach jüdisch, d. h. nach der Definition der Nationalsozialisten, nicht nach dem eigenen Selbstverständnis“ (1997, S. 36). Häufig waren z. B. jüdische Journalisten und Redakteure besonders bemüht, jüdische Positionen zu vermeiden. Es gab jedoch auch andere, die sich deutlich als jüdisch definierten oder eine europäische bzw. eine universale Kultur propagierten.

Diese Publikation ist in Zusammenarbeit mit dem Seminar für Jüdische Studien an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg in einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Lehrenden und Studierenden, entstanden. Es wurden aus den Manuskripten Textausschnitte zusammengestellt, die das jüdische Kinder- und Jugendleben in dem benannten historischen Zeitraum dokumentieren. Durch die Verwendung zahlreicher Zitate wird authentisches Material der individuellen Lebensgeschichten präsentiert, und die Autoren und Autorinnen sprechen für sich. Die Texte als solches spiegeln Erlebnisse und Erfahrungen, die jüdische Kinder und Jugendliche zu dieser in Deutschland und Österreich in vielfältiger Weise machten und geben zugleich einen Einblick in biographisch bedingte individuelle Unterschiede.

Es wird über die Auswirkungen des Krieges geschrieben, die Revolution ist ein Thema, das z. T. einen breiten Raum in den Ausführungen einnimmt, über politisches Engagement wird berichtet und über die nachhaltigen Eindrücke miterlebter politischer Ereignisse. Die Aufbruchstimmung der Jugend spiegelt sich in den Texten wider, aber auch Gefühle von Verlust und Enttäuschung. Und auch die Konflikte zwischen den Generationen, durchlebt in Elternhaus und Schule, aber ebenso in der Öffentlichkeit, werden thematisiert. In einigen Texten findet sich eine Auseinandersetzung mit der jüdischen Herkunft und antisemitische Erlebnisse werden geschildert.

Für Leser, die weitergehende Informationen über den skizzierten Zeitraum erhalten möchten, sind dem autobiographischen Teil einige Übersichtsartikel angefügt (Kapitel III), die in kurzer Form die in den Manuskripten beschriebenen sozial-geschichtlichen Ereignisse erläutern. Nach einer Darstellung der geschichtlichen Entwicklung in der Weimarer Republik sowie der Ersten Republik und dem Ständestaat Österreich finden sich Beiträge zu den Komplexen Antisemitismus, Schulwesen und Jugendbewegung sowie Artikel, die auf unterschiedliche Art und Weise die Hauptstädte Berlin und Wien behandeln. Am Schluss des Buches findet sich ein Personenregister, in dem kurze biographische Angaben zu historischen Persönlichkeiten zu finden sind.

Noch einige Anmerkungen zur redaktionellen Bearbeitung: Die Zitate haben wir in Originalverschriftung übernommen, auch eigentümliche Schreibweisen der Autoren sind beibehalten worden. Offensichtliche Rechtschreibfehler haben wir allerdings – der besseren Lesbarkeit wegen – stillschweigend korrigiert.

II. Biographien

Sylke Bartmann, Karin Baumann, Ursula Blömer,
Ilse Ernst, Ilse Heinken, Sandra Kirsch,
Regina Mudrich

Bild 2

Egon Salomon Zeitlin

„Aber alles, was wir damals taten, war von einem neuen Leben erfüllt“

Egon Salomon Zeitlin, der Egon gerufen wurde, war am Beginn der Weimarer Republik 17 Jahre alt[1]. Am 3. März 1901 wurde er in Leipzig geboren, im Februar 1905 zog seine Familie nach Wiesbaden, in die Hauptstadt der preußischen Provinz Hessen-Nassau. Hier wuchs er mit seinen fünf jüngeren Geschwistern in einem toleranten, liberalen jüdischen Elternhaus auf. Vater und Mutter waren noch in Rußland, bzw. Weißrußland geboren, aber schon als Kinder deutsch erzogen worden. Tradition und Fortschritt verschränkten sich in der Familie. Der Vater vertrat mit seinem „ausserordentlich stark entwickelten Gefühl für Autorität und Ordnung“ (EZ 252/7) preußische Tradition und hatte sich vom Judentum gelöst hin zu einer pantheistischen Vorstellung von einem göttlichen Wesen, „das sich mit den Augen *einer* Religion nicht mehr begreifen liess“ (ebd., H. i. O.). Die Mutter vermittelte ihren Kindern mit ihrem Glauben und der Einhaltung der jüdischen Speisegesetze die jüdische Tradition und stand in Opposition zur preußischen Autorität, empfindsam gegen „die antisemitische Haltung des tonangebenden preussischen Junkertums“ (EZ 252/9); sie hatte sich in Leipzig der Deutschen Frauenbewegung angeschlossen.

Ab April 1907 besuchte Egon Zeitlin eine vierklassige Mittelschule. Ab 1909 nahm er am jüdischen Religionsunterricht teil, der von einem liberalen Rabbiner damals neu eingerichtet worden war. 1911 wechselte er auf ein humanistisches Gymnasium. Früh interessierte er sich für Geschichte und Politik; zu seiner „Barmizwah“[2] im Frühjahr 1914 wurden ihm „über fünfzig Bücher, durchweg geschichtlichen Inhalts“ (EZ 252/17) geschenkt.

---

1 Seine Kindheit und Jugend im Kaiserreich ist dargestellt in Blömer/Garz 2000, S. 213ff.
2 Feier der Religionsmündigkeit.

Im Krieg wurde die Familie von ihrem Vermögen, das in Polen und Rußland angelegt war, abgeschnitten. Verwandte aus Österreich halfen mit Geldmitteln aus. Als Ältester unter den Geschwistern konnte Egon Zeitlin durch Hamsterfahrten zum Lebensunterhalt der Familie beitragen und sich ab Mitte 1917 durch relativ gut bezahlten Nachhilfeunterricht eigene Wünsche erfüllen. Sein Erfahrungshorizont weitete sich durch die Einblicke in die Familien seiner Nachhilfeschüler. Ende 1916 nahm er eine Einladung in den zionistischen Jüdischen Wanderbund Blau-Weiß an, und im Laufe des Jahres 1917 wurde ihm die Jugendbewegung immer wichtiger. Er übernahm die Leitung des Wiesbadener Bundes des Blau-Weiß und bekam „Kontakt mit nichtjüdischen Mitschülern, die den Wandervogelbünden angehörten“ (EZ 252/26).

> „Zwar fehlte mir selbst jegliche Oppositionsstellung gegen das Elternhaus, und auch eine solche gegen die Schule hatte ich nur bedingt. Aber im Wandern, in der Kameradschaft, in der Unbedingtheit und dem ganzen Drum und Dran der Jugendbewegung, von Hermann Löns über Gustav Wyneken zu Gustav Blüher[3] erschloss sich mir eine neue Welt, die dem Leben einen neuen, einzigartigen Sinn zu geben verhiess.
>
> Diese neue Sinngebung konnte in mir und meinesgleichen um so mehr Raum gewinnen, als sich damals eine Umwertung alter, wenn auch nicht aller, Werte ankündigte“ (ebd.).

Im Sommer 1918 unternahm er „eine wundervolle Wanderfahrt durch ganz Süddeutschland“ (EZ 252/27). Auf den Dörfern nahmen Juden wie Nicht-Juden seine Gruppe auf, „Antisemitismus spürten wir nirgends“ (ebd.); die materielle Not und die Trauer um gefallene Angehörige oder die Sorge um diejenigen, die noch an der Front standen, bewegten alle in gleichem Maße und bestimmten die Gespräche.

Den militärischen und politischen Zusammenbruch erlebte Egon Zeitlin

> „als ein grosses unentrinnbares Geschehen. [...] Beherrschend in meiner Umgebung war nicht ein Gefühl der Verzweiflung, sondern es herrschte eine grosse Müdigkeit und ein Gefühl dumpfer Ausweglosigkeit“ (EZ 252/28).

3 Gemeint ist wahrscheinlich Hans Blüher.

Wie seine Mitschüler registrierte er die Abdankung des Kaisers, die Ausrufung der Republik und die Nachricht von der Revolution in Bayern, ohne einen Bezug zum eigenen Leben zu erkennen:

> „Wir kümmerten uns nicht darum. Wir übersahen nicht die Tragweite des Ereignisses“ (EZ 252/29).

Erst die Bekanntgabe der Waffenstillstandsbedingungen am 11. November löste Erregung aus. Für Wiesbaden war sie von unmittelbarer „praktischer“ Bedeutung:

> „Die Stadt gehörte zu dem rechtsrheinischen dreissig Kilometer breiten Brückenkopf um die Festung Mainz, der von den Franzosen innerhalb weniger Tage besetzt werden würde“ (ebd.).

Dies löste in der Familie eine heftige Diskussion darüber aus, ob Egon Zeitlin Wiesbaden verlassen müsse, weil die Franzosen ihn als „Waffenfähigen“ (ebd.) internieren könnten, denn der „knapp Achtzehnjährige [...] [war] bereits in die Stammrolle[4] eingetragen“ (ebd.). Egon Zeitlin blieb in Wiesbaden, und es geschah ihm nichts. „Im Ganzen war die Besatzung milde“ (EZ 252/30).

An den Reichstagswahlen im Januar 1919 nahm Egon Zeitlin lebhaften Anteil. Er besuchte Wahlveranstaltungen und setzte sich mit den Programmen der Parteien auseinander. Vor allem die Sozialdemokraten und Demokraten bestritten in Wiesbaden den Wahlkampf.

> „Die Rechte wagte sich in Wiesbaden nur schüchtern vor, und die Dolchstosslegende war noch nicht geboren. Die radikale Linke (Spartakusbund und Unabhängige Sozialisten) waren in Wiesbaden organisatorisch fast gar nicht vertreten“ (ebd.).

Der Soziologe Max Weber, Spitzenkandidat der demokratischen Partei in Hessen-Nassau, beeindruckte Egon Zeitlin sehr. Er selber hatte noch keinen festen politischen Standpunkt, beteiligte sich aber an der Wahlarbeit der Demokraten und verteilte ihre Flugblätter.

---

4 Stammrolle wurde früher das Verzeichnis der zu einem Truppenteil oder einer Dienststelle gehörenden Soldaten genannt, es existierte ursprünglich in Rollenform und enthielt die Personalangaben der Erfaßten (vgl. Brockhaus-Enzyklopädie Bd. 21 1993, S. 77).

> „Die übergrosse Mehrzahl aller meiner Bekannten wählten in dieser Wahl demokratisch, insbesondere die Juden, denen nach ihrer beruflichen Schichtung (Kaufleute und freie Berufe) eine Stimmabgabe für die Sozialdemokratie inopportun schien. Für die Stresemannsche Neugründung der Deutschen Volkspartei stimmten nur sehr gezählte Juden“ (EZ 252/31).

Noch vor den Wahlen erlebte Egon Zeitlin einen überaus großen persönlichen Verlust:

> „Meinen Vater hatte mir kurz zuvor, am 25. Dezember 1918, der Tod entrissen. Mein Vater war bereits die ganzen letzten Jahre hindurch leidend gewesen. Durch den Krieg war er in seinen geistigen Grundlagen aufs tiefste erschüttert worden. Die Welt, und insbesondere ihre geistige Spitze, die europäischen Nationen, schienen einen Rückfall in die Barbarei zu erleben, der allen geistigen metaphysischen und erkenntniskritischen Auseinandersetzungen den Boden zu entziehen schien. Hinzu kam die Lebensangst, die durch den Zusammenbruch der Existenzgrundlagen unserer Familie ausgelöst war, und als letztes der Zusammenbruch des preussisch-deutschen Staatsgebäudes. Der Tod war für meinen Vater eine Erlösung. Mich beraubte er des Menschen, der Wesentliches für meine geistige Formung und Weckung geleistet hat“ (ebd.).

Egon Zeitlin fühlte die Verantwortung, als Ältester von sechs Geschwistern zwischen sieben und siebzehn Jahren seiner Mutter zur Seite zu stehen. Hilfe aus der Verwandtschaft ermöglichte es der Familie, einen „eingeschränkten Lebensstandard“ (ebd.) aufrechtzuerhalten, und Egon Zeitlin konnte seine Gymnasialausbildung abschließen.

Das Leben bekam für ihn eine neue Intensität:

> „Für das Jahr 1919 gibt es, soweit ich es erlebte, nur die überragende Bezeichnung: Revolution. In der äusseren Lebensform hatte sich zwar nichts geändert: Ich blieb Gymnasiast, gab weiter Stunden, führte weiter den ‚Blau-Weiss‘. Aber alles, was wir damals taten, war von einem neuen Leben erfüllt. Die Beendigung des Krieges hatte Energien, die zuvor gehemmt oder gebunden gewesen waren, freigesetzt.
>
> Wir erlebten alles intensiv mit. Vor allem die Politik. Die offizielle Beendigung der Revolution durch die Niederwerfung des Spartakus-

> aufstandes[5], die Versuche der Regierung, eine Stabilität in die Wirtschaft zu bringen, lösten heftige Diskussionen in der Schule aus. Dann kam der Kampf um den Versailler Frieden. Ueberragend aber war damals noch das Gefühl, in einem neuen Staat zu leben, dessen Inneneinrichtung von unserem Willen, dem der Nachkriegsgeneration abhing, und wir, der Jahrgang, der als aeltester nicht mehr zur Frontgeneration zählte, hielt sich in diesem Zusammenhang besonders zur Mitarbeit berufen. Dabei ist bemerkenswert, dass ich mich an keinerlei Initiative von oben in dieser Richtung erinnere. Unsere Lehrer versanken in Passivität, denn die Periode, in der sie diesen neuen Staat bekämpfen sollten, war noch nicht gekommen“ (EZ 252/31f.).

Egon Zeitlin und seine Mitschüler beteiligten sich noch nicht aktiv an der Gestaltung ihrer Zukunft und der des Staates. Sie nahmen jedoch auf, was sich damals im kulturellen Bereich entwickelte:

> „Eine neue Literatur war entstanden. In Kunst und Theater machten sich die neuen expressionistischen Strömungen breit. Wir lasen die neuen Bücher von Toller, Mühsam, Gustav Landauer, hörten die Musik von Schreker und Pfitzner und die Dramen von Georg Kaiser und fühlten das Neue. Wobei wir sicherlich Vieles von dem, was wir infolge der gesteigerten Aufnahmebereitschaft der Achtzehnjährigen auch in anderen Zeitläuften als revolutionierend empfunden haben würden, der damaligen Revolution auf allen Lebensgebieten zurechneten“ (EZ 252/32).

Egon Zeitlin fühlte sich durch sein Engagement im zionistischen Blau-Weiß noch zusätzlich herausgefordert und bewegt. Die Zionisten erwarteten, dass England nach dem Krieg „sein in der Balfourdeclaration[6] gegebenes Versprechen von dem national home in Palästina einlösen“ (EZ 252/33) würde und die Vorbereitungen zur Übersiedlung bald in Angriff genommen werden könnten.

> „Voran ging jedoch 1919 ein grosses Ringen zwischen Zionismus und Antizionismus um die Seele des deutschen Juden. Im Zusammenhang mit dem Ruck nach Links im allgemeinen politischen Leben und der Auflockerung der traditionellen Gegebenheiten versuchte man, in der

---

5 Vgl. Blömer S. 231.

6 Der britische Außenminister Arthur J. Balfour gab im Auftrag der britischen Regierung dem Vertreter der Zionisten, Lord Rothschild, die Bestätigung, daß Großbritannien die Juden in ihrem Wunsch, in Palästina eine Heimat zu finden, unterstützen würde.

> grossen ideologischen Auseinandersetzung über die Frage, ob die Juden eine Nation und ein Volk seien, oder ob sich in der Begriffsbestimmung vom ‚deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens' die Abgrenzung erschöpfe, die deutschen Juden für den Zionismus zu gewinnen. Hinzu kam die galvanische Belebung, die die kleinen nationalen Bewegungen durch Wilsons Parole vom Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen und durch die Minoritätsbestimmungen des Genfer Völkerbundes erfuhren. Was Esten, Litauern und Albanesen gegeben wurde, musste, so war die These, auch dem Fünfzehnmillionenvolk der Juden gewährt werden.
>
> Fast jede Woche fand in Wiesbaden ein Diskussionsabend statt, der sich bis in die Nacht hinzog, und an mittelalterliche Redeturniere über Religionsfragen erinnerte. Wir, die Jugend, sassen dabei mit heissen Köpfen und verstanden nicht, dass es Menschen geben konnte, die den Zionismus bekämpften" (ebd.).

Auch innerhalb der Jugendbewegung erlebte Egon Zeitlin eine deutliche Veränderung:

> „Der Kampf gegen die Bürgerlichkeit verschärfte sich. Wir wollten nicht so leben, wie unsere Väter gelebt hatten, auch dann nicht, wenn wir in Deutschland blieben. Wir kämpften für unseren Lebensstil, für Guitarre und kurze Hose und gegen Unwahrhaftigkeit und Gesellschaftstanz. Allerorten entstanden Jugendbünde und wir fühlten uns als Teil einer grossen Jugendbewegung, die zu ihrem Teil das unerträglich gewordene bürgerliche Leben umformen würde. Rückblickend wird der Betrachter sagen, dass es dieser Jugendbewegung an konkreten Zielen fehlte. Aber uns war das damals nicht bewusst. Zudem war es im besonderen Falle des Blau-Weiss so, dass das Fehlen konkreter Ziele überlagert wurde von Gedanken an eine radikale Umwälzung unseres Lebens durch die Uebersiedlung nach Palästina. Palästina bedeutete ja dann nicht nur Berufsumschichtung, sondern auch Sozialismus der Wirtschaft. Und dann ade, Bürgerlichkeit!" (EZ 252/33f.).

Im Februar 1920 bestand Egon Zeitlin sein Abitur und nahm Abschied von seinem „nicht jüdisch zusammengesetzten Mitschülerkreis" (EZ 252/34) und von der Schule, an der ihm der „Antisemitismus [...] im großen und ganzen fern geblieben" (ebd.) war. Auf der Abschiedsfeier der Abiturienten begann

> „eine tiefgehende Freundschaft mit einem christlichen Mitschüler, Fritz K., die [...] ein Jahrzehnt anhielt. Ihre Basis mag durch die

> Namen Löns und Nietzsche angedeutet werden. Wir waren über die grossen Fragen nach dem Sinn des Lebens einer Auffassung. Es gab keinerlei Schranke der Geburt. [...] Er war evangelisch, ohne noch zu glauben, sowie ich, nur dem Namen nach Jude war, ohne eine Beziehung zu dem Gott meiner Väter. Und unsere Freundschaft war echt und vollständig. Die Brücke zwischen Juden und Nichtjuden war geschlagen“ (ebd.).

Die Berufswahl stand nun an und fiel ihm nicht leicht. Der Rabbiner in Wiesbaden forderte ihn auf, Rabbiner zu werden.

> „Nach langem Ueberlegen lehnte ich jedoch diesen Beruf ab und zwar mit der charakteristischen Begründung, ich wolle nicht Rabbiner in *Deutschland* sein, und keinen Beruf ergreifen, der mich so an Deutschland binde“ (EZ 252/35, H. i. O.).

Auch aus materiellen Gründen konnte sich Egon Zeitlin das lange Studium zum Rabbiner nicht vorstellen, waren seine fünf Geschwister doch noch alle in der Schule und nicht in der Lage, zum Lebensunterhalt der Familie beizutragen. Als Rabbiner würde er überdies nicht so viel verdienen, um Mutter und Geschwister unterstützen zu können. So verzichtete er schließlich auf jedes Studium und begann eine kaufmännische Lehre in einem „Lebensmittel- und Drogen-Engrosbetrieb“ (ebd.). Allerdings erkannte er schon in den ersten drei Monaten, dass seine Fähigkeiten nicht im kaufmännischen Bereich lagen. Die Angebote zweier Verwandter ermöglichten ihm eine neue Entscheidung. Ein Vetter seiner Mutter, der in England lebte, bot ihm für sein Studium ein Darlehen von etwa 20 000 RM an. Sein Onkel Leo Zeitlin in Berlin stellte ihm einen monatlichen Betrag in Aussicht, falls er studieren wolle. Für das Darlehen übernahm Egon Zeitlin die Rückzahlungsverpflichtung, das Geld gab er seiner Mutter für ihr Leben mit seinen fünf jüngeren Geschwistern. Von dem Monatswechsel seines Onkels und seinem Verdienst durch die Nachhilfestunden bestritt er den eigenen Lebensunterhalt während des Studiums. Im Mai 1920 nahm er an der jungen Universität in Frankfurt a.M. das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften auf. Er lebte zunächst in Wiesbaden und blieb „mehr Blau-Weisser als Student“ (EZ 252/36), im zweiten Semester zog er aber nach Frankfurt um und trat in das „akademische Leben“ (ebd.) ein.

***

Egon Zeitlin studierte bis zu seinem Examen in Frankfurt, nur im Sommer 1922 ging er für ein Semester an die Universität München. Während seines Studiums führte er Gruppen des Blau-Weiß in Wiesbaden, Frankfurt und München. Als auf dem Bundestag des Blau-Weiß im August 1922 eine neue autoritäre Verfassung verabschiedet wurde, trennte sich Egon Zeitlin vom Blau-Weiß. Er wandte sich verstärkt dem Studium zu, wurde Mitglied in einem studentischen Kreis um Fritz Sternberg, dessen Mitglieder in der Mehrzahl jüdisch und zionistisch waren. Im Februar 1924 bestand er sein Doktorexamen. Zwei Monate arbeitete er als Volontär in der Industrie- und Handelskammer Frankfurt. Im April 1924 brach er zu einer Reise nach Italien auf und beobachtete dort die Wahlen.

Ende Mai 1924 wurde er in Berlin wissenschaftlicher Mitarbeiter im Verbandsbüro seines Onkels Leo Zeitlin, der die Geschäftsführung von etwa 15 Wirtschaftsverbänden der Industrie sowie des Groß- und Einzelhandels innehatte, Mitglied im Präsidium der Spitzenverbände des Groß- und Einzelhandels, Mitglied im Reichswirtschaftsrat und Präsidialmitglied des Hansabundes war. In allen Zweigen seiner wirtschaftlichen Tätigkeit wurde Egon Zeitlin sein wissenschaftlicher Assistent und nahm teil an den Auseinandersetzungen um Profit und Verteilung des Nationaleinkommens.

1928 heiratete Egon Zeitlin die Jüdin Betty Bornstein (geb. 1909 in Neustadt) und wurde Vater eines Sohnes Manfred (geb. 1929) und einer Tochter (Ruth Garin, geb. 1932, Chemiestudium, Angestellte im Israelitischen Lebensmittelkontrollamt, 1959 Emigration in die USA). Das steigende Einkommen Egon Zeitlins reichte für die eigene Familie und für seine Mutter. Neben der Arbeit blieb ihm Zeit zum Studium der Rechtswissenschaften an der Berliner Universität. Er pflegte Kontakt zu vielen geistig interessierten Menschen und hielt Vorträge. Seit den Reichstagswahlen 1930 erlebte er die Verunsicherung der Großbourgoisie und ihren gleichzeitigen Optimismus, Widerstand gegen Hitler nahm er nicht wahr.

Nach dem Machtantritt Hitlers dachte Egon Zeitlin Mitte Februar 1933 zum ersten Mal an Emigration. Antisemitismus erlebte er im Wohnviertel; im Berufsleben wurde ihm deutlich, dass der wirtschaftliche und politische Einfluss der Juden abnahm. Ende Februar hörte er während des Urlaubs im Riesengebirge vom Reichstagsbrand, bei der Rückfahrt an der Grenze von Verhaftungen vieler Intellektueller. Den Gedanken, gar nicht nach Berlin zurückzukehren, verwarf er wieder. Am 24. März 1933 durchsuchten drei SA-Männer sein Haus; die Pässe des Ehepaares und Geld wurden eingezo-

gen. Verhaftet wurde Egon Zeitlin erst einige Tage später im Krankenhaus, in das er sich mit einer vorgetäuschten Krankheit geflüchtet hatte. Ohne gefoltert zu werden, wurde er wieder entlassen. Es gelang ihm die Neubeschaffung der Pässe und die Erlangung des Visums für eine Geschäftsreise nach Frankreich, doch noch einmal wurden die Pässe eingezogen. Nach langem Kampf erhielt er sie zurück und konnte am 20. Mai 1933 nach Lüttich ausreisen. Ende Juni folgte ihm seine Frau mit den beiden Kindern. 1933-1935 arbeitete Egon Zeitlin als Bankangestellter in Paris und Barcelona. 1935 emigrierte er nach Palästina, arbeitete 1937-1941 als Abteilungsleiter der Haavarah Trust & Transfer Ltd. in Tel Aviv, 1942-1948 als Leiter der Abteilung für Handel und Industrie bei der Jew Agency in Haifa, anschließend im israelitischen Ministerium für Handel und Industrie, ab 1948 als Leiter der Zentrale Haifa, ab 1951 als Versorgungskontrolleur für Haifa und den nördlichen Bezirk, gleichzeitig war er Dozent der Wirtschaftswissenschaft am Technion Haifa. 1953-1955 ging er als Vertreter der Wirtschaftsabteilung der Jew Agency nach Südamerika, in die Zweigstelle Buenos Aires. 1955-1958 war er Rechtsanwalt in Deutschland, 1961-1965 Präses der B‘nai B‘rith-Loge in Frankfurt a.M., hier hielt er Vorlesungen über Soziologie. 1965 starb er in Frankfurt a.M.

Rudolf Steiner

„Mich hatten die politischen Ereignisse dieser Monate aufs Tiefste aufgewühlt“

Rudolf Steiner wurde am 31. Januar 1903 in München geboren.[1] Er wuchs bei seinen Großeltern, den Eltern seiner Mutter, auf. Auf Wunsch seines Vaters wurde er freireligiös erzogen, obwohl Großeltern und Mutter jüdisch waren und er seinen Vater nie kennenlernte. Er fühlte sich nicht als Jude, seine Umgebung sah ihn allerdings als solchen an. In der Schule erlebte er antisemitische Schikane durch Lehrer. Erst im Alter von 14 Jahren erfuhr er, dass er unehelich geboren war, seither wurde die uneheliche Geburt beim Verlesen der Personalien in der Schulklasse auch öffentlich.

> „Zwei Fakten meines Lebens sind von Anbeginn bestimmend gewesen für meine weitere äussere und innere Entwicklung:
> Ich bin ein uneheliches Kind und von jüdischer Abkunft. Diese beiden Tatsachen bekam ich zu spüren, sobald ich denken konnte“ (RS 227/1).

1914 bis 1915 nahm er die Begeisterung für den Krieg wahr, darauf die zunehmende Kriegsmüdigkeit in der Bevölkerung. Als das ‚Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst‘ auf Fünfzehnjährige erweitert wurde, meldete er sich freiwillig und floh damit aus dem Schulbetrieb und aus der Familie. Auf Grund seiner französischen Sprachkenntnisse wurde er 1918 in Frankreich eingesetzt. Vor Kriegsende erkrankte er an einer Herzbeutelentzündung, kam ins Lazarett und kehrte Mitte September dienstuntauglich nach München zurück. Seine Großeltern waren inzwischen gestorben; seine Mutter lebte von den Einnahmen durch Pensionsgäste. Die Bayerische Militärbehörde schickte Rudolf Steiner zur Erholung nach Bad Kissingen, im Lazarett dort

1 In seiner Biographie nennt er sich Fabian. Seine Kindheit im Kaiserreich ist in Blömer/Garz 2000, S. 260ff. dargestellt.

hörte er zum ersten Mal von dem bevorstehenden Kampf für eine demokratische Republik.

> „Ich kehrte nach München zu meiner Mutter zurück. Und zwei Wochen später trat das unwahrscheinliche Ereignis ein – die *deutsche Revolution*“ (RS 227/16, H. i. O.).

Rudolf Steiner erlebte den Beginn der Revolution mit. Am 2. November nahm er an einer politischen Versammlung im Löwenbräukeller in München teil, auf der der erste Redner über die ‚Nationale Verteidigung‘ und die Pflicht der Heimat sprach:

> „Er fordere die allgemeine Volksbewaffnung, verbunden mit dem Widerstand, der in jeder Stadt und jedem Dorf organisiert werden müsse ...“ (ebd.).[2]

Der zweite Redner war vom notwendigen Ende aller Kämpfe und vom Frieden überzeugt:

> „Er erzählte, dass weder die Truppen noch die Flotte noch die Heimat imstande seien weiterzukämpfen – der Friede müsse geschlossen werden – zu diesem Zwecke aber müsse eine neue Regierung gebildet werden – eine Regierung aus Arbeiter, Bauern und Soldaten. Die Arbeiter warteten nur auf das Signal und er könne versichern, das Signal würde bald gegeben werden“ (RS 227/16f.).

Vier Tage später besuchte Rudolf Steiner eine weitere Versammlung, die der Menge der Menschen wegen nicht in dem dafür vorgesehenen Saal stattfinden konnte, sondern auf die Theresienwiese verlegt wurde. Der Redner, der schon auf der ersten Versammlung vom Frieden geredet hatte, stand am Rednerpult und die Menge jubelte ‚Hoch, Eisner‘. Die Rede Eisners beeindruckte Rudolf Steiner, es prägten sich ihm einzelne Sätze ein:

> „Genossen! Ich habe Ihnen eine Mitteilung zu machen! Die deutsche Revolution hat begonnen. Die Matrosen von Kiel und Wilhelmshafen haben sich geweigert auszufahren – sie haben ihre Schiffe besetzt und die rote Fahne gehisst. Ein revolutionärer Vollzugsrat, der alle Macht in Händen hat, ist gebildet. Genossen! Das rote Signal von Kiel ist

---

2 Eine Eigenart im Schriftbild von Rudolf Steiner ist der häufige Gebrauch von zwei Punkten am Satzende.

> das Zeichen für uns..! [...] Ich verpfände Ihnen mein Wort, dass München in zwei Tagen in Aufruhr sein wird!“ (RS 227/17f.).

Tatsächlich erlebte Rudolf Steiner zwei Tage später eine unblutige Revolution in München und beobachtete in der Zeit danach die verschiedenen politischen Strömungen der USPD, der SPD und der Kommunisten, die um die Macht rangen.

> „Trotz Revolution und Machtkampf musste ich die Lösung für mein künftiges Dasein finden. Ich entschloss mich Buchhändler zu werden und trat Ende November in die Z.sche Buchhandlung in München als Voluntär ein“ (RS 227/19).

Die Erfahrungen, die er während der Ausbildung in dieser Buchhandlung machte, bestimmten seine weitere Entwicklung entscheidend mit:

> „Literatur und Menschen, die ich in überreichem Masse konsumierte, formten mir ein Bild der Welt, das ich bisher nicht oder doch nur in vagen Umrissen besessen hatte. Die Buchhandlung Z. war ein geistiges und politisches Zentrum Münchens. In ihr traf sich, was in München Klang und Namen hatte. Der Buchhandlung angeschlossen war ein Saal, in dem beinahe jeden Tag in der Woche die verschiedenartigsten Darbietungen stattfanden. Musikabende, literarische Vorlesungen – politische Diskussionsabende, Theateraufführungen usf. Diese sechs Monate von der Novemberrevolution 1919 [sic!] bis zur blutigen Niederwerfung der ‚Münchner Räterepublik‘ waren eine unerhört angespannte und erregende Epoche – eine Periode in der künstlerisches Leben zur stärksten Entfaltung kam. Neue Zeitungen und Zeitschriften schossen wie Pilze aus dem Boden – das antiquierte Theaterleben Münchens wurde auf eine völlig neue Basis gestellt. *Wedekind*, der revolutionäre Dichter dieser Generation erlebte seine Auferstehung – Strindberg, Hasenclever, Georg Kaiser, die ganz junge Generation kam zum Zug und München wurde die führende Theater und Kunststadt des Reiches. Auch die jungen Talente der bildenden Künste hatten in München eine Wirkungsstätte, wie bisher nicht im Reich. Und unabsehbar war die Bücherproduktion. Unzählbar und auch lesbar die Manifeste, Broschüren, die zum Neuaufbau des Staates und der nun kommenden Welt ihre Rezepte beisteuerten.. Ein völlig Neues war die ‚Jugendbewegung‘, deren Führer Gustav Wyneken vor dem Krieg hier eine Revolution versucht hatte. München wurde zum Mittelpunkt dieser Bestrebungen. Wynekens Schriften die eine Reform des gesamten Erziehungswesens forderten, wur-

> den gelesen diskutiert – die Loslösung von Schule und Elternhaus – die Selbsterziehung in Landschulheimen wurden theoretisch und praktisch verwirklicht. Mein Chef – gab eine Zeitschrift ‚der Neue Anfang' heraus – es war eine Zeitschrift, die nur von Schülern geschrieben wurde und in der die Jugend selbst und nur sie unbevormundet zu ihren Fragen Stellung nahm. Eine weitere revolutionäre Erscheinung auf dem Gebiet des deutschen Kulturellen Lebens war die Beachtung die dem Körper geschenkt wurde. Gymnastik und Tanzschulen entstanden. Lange noch bevor Victor Magueritte in seinem berühmt gewordenen Roman ‚La Garconne' das Recht auf den eigenen Körper proklamierte, wurde in dieser Periode diese Forderung verwirklicht. Die jungen Menschen bekannten sich zu dem ‚Ideal' der freien Liebe – sie redeten und schrieben darüber – sie diskutierten sehr ernsthaft über alle diese Probleme – Ausdruck dieser Epoche waren Stücke wie ‚Vatermord' von Arnolt Bronnen (der später Nazi wurde) in der der Kampf der jungen gegen die alte Generation gepredigt wurde. Es war eine unendlich bewegte Epoche, in der alles, auf allen Gebieten, nach Neuem drängte. Der Pazifismus aller Schattierungen gewann an Boden. Der Verständigungswille in der Jugend war stark" (RS 227/19ff., H. i. O.).

Der Staat erschien Rudolf Steiner dagegen als ein Gebilde, „das nicht Fisch und nicht Fleisch war" (RS 227/21); in den politischen Entwicklungen in Bayern und im Reich beobachtete er das Schwanken zwischen den Extremen eines internationalen Sozialismus und den reaktionären Kräften des geschlagenen Regimes, „der Kampf um die Macht war weder in Bayern noch im übrigen Reich ausgetragen worden" (RS 227/21). Er hörte Eisners Reden:

> „Eine neue Generation, die europäisch denke und fühle sei angetreten. Aufgabe dieser Jugend sei es, die Schranken nationalistischer Vorurteile niederzureissen und das neue Europa zu bauen. *Abrüstung* sei die erste Voraussetzung für diesen neuen Weg – Nie wieder dürfe Deutschland ein Militärstaat sein oder werden. Dieses mutige Bekenntnis trug Eisner den Hass von beiden Seiten ein. Die Rechte nannte ihn ein ‚landfremdes Element' – einen vaterlandslosen Gesellen, der die Nation entwürdige – die Linke beschimpfte ihn als einen Utopisten, der als Literat wohl Fähigkeiten besitze, der aber nicht zur Führung eines Staates geeignet sei. Eine rote Armee müsse geschaffen – mit dieser Armee nach Berlin marschiert und eine rote Diktatur aufgerichtet werden. Eisner lehnte schroff ab. Sozialismus habe nichts mit Gewalt und nichts mit Militarismus zu tun, auch wenn er rot gefärbt sei" (RS 227/23, H. i. O.).

Die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Berlin, bald darauf der Tod von Kurt Eisner und anschließend – aus Rache für Kurt Eisner – die Ermordung von Politikern im bayerischen Landtag in München bewegten Rudolf Steiner sehr.

> „Wenn ich diese historisch-politischen Ereignise in einer Autobiographie schildere und ihnen breiteren Raum gönne, so vor allem deshalb weil dieses geschichtliche Geschehen auf die damalige Generation der Jungen der 17-20jährigen den stärksten Eindruck gemacht und ihr werdendes Weltbild entscheidend beeinflusst hat..
>
> Meine äussere Existenz als Volontär in der B. [sic!] Buchhandlung war zwar interessant und für meine äussere Entwicklung von Belang, doch jenes bürgerliche Leben trat in diesen Monaten des Jahres 1919 in den Hintergrund“ (RS 227/26).

Die Ausrufung, Entwicklung und Niederschlagung der ‚Münchner Räterepublik‘ verfolgte Rudolf Steiner aufmerksam. Am 1. Mai 1919 erlebte er, weil er dort zufällig vorbeikam, am Karlsplatz in München einen Kampf der preußischen Truppen gegen die Räterepublik mit. Ein Mann, der sich wie er in einen Hoteleingang geflüchtet hatte, wurde neben ihm von einem Geschoss getroffen und schwer verletzt. Das Reichsheer siegte; Exekutionen, Prozesse gegen die Revolutionäre, Todesurteile folgten – Rudolf Steiner beobachtete, dass München trotzdem „sein Alltagsgesicht“ (RS 227/31) zurückgewann.

> „Das Leben ging weiter. Das Jahr 1920 kam und mit ihm der Abschluss meiner Tätigkeit in der B.schen Buchhandlung. Mich hatten die politischen Ereignisse dieser Monate aufs Tiefste aufgewühlt. Ich trat kurz nach diesen Ereignissen in die Kommunistische Jugend ein. Und dort fand ich Menschen, Gesinnung und Handlung, die mir für immer vorbildlich sein werden. Das Bekenntnis dieser jungen Menschen zum Sozialismus war kein Lippenbekenntnis – es war Glaube und Bereitschaft. Diese Jugend war von einer Entschlossenheit, von einem Mut und einer Begeisterung, die beispiellos war. Heute wo diese Dinge längst der Vergangenheit angehören, kann ich darüber sprechen. Wir zählten sechzig Mann alles Jungens, unter denen ich mit meinen 18 Jahren der älteste war. Aber diese sechzig stellten eine Macht im damaligen München dar – eine Macht, die das Bürgertum und die Polizei respektierte. Wenn wir durch die Stadt zogen, alle im dunklen Russenhemd, braungebrannt die Gesichter und sangen, dann standen die Bürger am Strassenrand und gafften.. Wenn wir an politischen Versammlungen teilnahmen an denen der Partei oder auch an gegnerischen Versammlungen, so wurden wir als ein

> Faktor gewertet und beachtet. Die Stimme der Jugend galt und wurde gehört“ (RS 227/32f., H. i. O.).

Politisch siegte in Bayern die Reaktion. Von Kahr wurde Ministerpräsident, für Rudolf Steiner begann mit diesem die „dunkle politische Geschichte“ (RS 227/33) Bayerns.

Die berufliche und wirtschaftliche Situation Rudolf Steiners änderte sich und wirkte sich auf sein Leben aus:

> „Von 1920 ab geriet mein Leben in neue Bahnen. Vom Voluntär der B.schen Buchhandlung war ich zum Angestellten avanciert, der ein Gehalt bezog, das erträglich war. Ich fühlte mich plötzlich frei von einem Druck, der seit Jahren auf mir gelastet hatte. Die nun errungene materielle Selbstständigkeit änderte meine *äussere* Einstellung zum Leben. Ich war Sozialist – ich blieb es und ich habe mich in diesen kommenden 18 Jahren nicht geändert... aber die Müdigkeit, der Ekel vor allem politischen Tun, das so zwecklos erschien, so zwecklos, wie die Opfer, die dafür gebracht worden waren, ergriff auch mich – der reale Lebenshunger packte mich – ich hatte das Bedürfnis mich gut zu kleiden, Theater und Konzerte zu besuchen, mir eine Bibliothek zuzulegen usf. Und so glitt ich in eine völlig entgegengesetzte Phase meiner Entwicklung, ohne dass ich mir dieser Wandlung eigentlich bewusst geworden wäre.. Ich wurde ein junger Mann, mit Ambitionen wie 20jährige sie zu haben pflegen..
>
> Ich ‚verbürgerlichte‘ ... und dieses erste Jahr meiner Freiheit wurde für mich das Jahr einer Häutung. Doch bald genug musste ich erkennen, dass auch das ‚bürgerliche‘ Ideal seine Kehrseite besass – ein Zusammenstoss mit meinem Chef belehrte mich darüber“ (RS 227/34f., H. i. O.).

Als Rudolf Steiner sich bei seinen Kollegen über die stumpfsinnige Arbeit beklagte und dieses seinem Chef hinterbracht wurde, erhielt er seine Entlassung.

> „Ich stand auf der Strasse – ich war erwerbslos. Ein schreckliches Wort – mit einem noch schrecklicheren Inhalt. Mein Leben schien plötzlich wie abgeschnitten. Denn wer würde einen jungen Menschen nehmen, der nach halbjähriger Tätigkeit aus einem Betrieb ausscheidet.
>
> Diese veränderte Situation trieb mich wieder in die Arme der Politik“ (RS 227/35).

***

Rudolf Steiner bekam erneut Kontakt zur Kommunistischen Partei, als er sich bei der Gewerkschaft für mehr Rechte der Erwerbslosen eingesetzt hatte, er trat in die Partei ein und leistete Propagandaarbeit mit Versammlungsreden und journalistischer Arbeit. Bald wurde er verhaftet und aus München ausgewiesen. In Berlin versuchte er einen Neuanfang, die kommunistische Jugend besorgte ihm Quartier; er fand Anstellung als ungelernter Metallarbeiter. 1921 konnte er nach München zurückkehren, bis Ende Januar 1923 fand er Arbeit in einem Münchener Verlag. Anschließend war er nach einer Phase der Arbeitslosigkeit in Berlin als Vertreter einer Großbuchhandlung tätig. Auf dem Höhepunkt der Inflation verdiente er am Schwarzhandel. 1924/1925 lebte er in München vom Geld seiner Mutter, studierte Philosophie und Geschichte, bewegte sich in einem Kreis von Schriftstellern, Malern, Sozialisten und Anarchisten und konnte einige eigene Gedichte veröffentlichen. Nach einer Herzattacke machte er eine Kur, zog anschließend wieder nach Berlin und fand nach geraumer Zeit Arbeit im Kaufhaus des Westens. Als ihm Anfang 1928 gekündigt wurde, schlug er sich als freier Schriftsteller mit Arbeiten für Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunk durch; im Wesentlichen schrieb er für sozialdemokratische und kommunistische Zeitungen und für den Simplizissimus.

Er lernte in Berlin die Künstlerin Magda Lenner kennen, die ihren Lebensunterhalt als Gebrauchsgraphikerin verdiente. 1931 heirateten sie, und sein Leben verlief nun in gesicherteren Bahnen: Drei-Zimmer-Wohnung, Arbeit, Verdienst, Freundeskreis. 1929 war innerhalb eines Preisausschreibens eine Novelle von ihm veröffentlicht worden. Sein Roman kam trotz der Zusage eines Verlegers nicht heraus; das Angebot eines nationalistischen Verlages zur Romanveröffentlichung lehnte er ab. Nach unerlaubter kommunistischer Propaganda während einer Rundfunklesung verlor er die Verdienstmöglichkeit im Rundfunk. Nur die Mitarbeit am antifaschistischen ‚Kranich' brachte ihm noch Geld. Die Beziehung zu seiner Frau verschlechterte sich, 1933 wurde die Scheidung ausgesprochen. Mit dem Machtantritt Hitlers waren alle Verdienstquellen für ihn versiegt, als Jude fand er keine Aufnahme in der Reichskulturkammer. Er lebte von Arbeitslosenunterstützung und durfte an einem Freitisch für jüdische Akademiker teilnehmen. Illegal arbeitete er für die Kommunistische Partei. Dabei lernte er seine Freundin Lisa kennen, die jedoch bald nach Spanien emigrierte. Die illegale Arbeit wurde ihm immer fragwürdiger, weil sie keinen Erfolg versprach. Gedanken an Aus-

wanderung kamen auf. Als ein Genosse verhaftet wurde, mit dem er eng zusammengearbeitet hatte, reiste er im Juli 1934 nach Prag, um einer eigenen Verhaftung zu entgehen. Hier blieb er bis zum Mai 1939, flüchtete nach dem Einmarsch der Deutschen am 15. März zunächst in die französische Gesandtschaft, dann über die polnische Grenze nach England, wo er am 28. Mai 1939 ankam. Er lebte dann (fortan) in London.

Martin Andermann

„Was kann ich wissen? Was soll ich tun? Was darf ich hoffen?“

Martin Andermann wurde 1904 in Königsberg geboren. Sein Vater war ein in Ostpreußen bekannter Rechtsanwalt, langjähriges Mitglied des Königsberger Stadtparlaments und für kurze Zeit Abgeordneter des Preußischen Landtags. Diese Stadt an der Ostsee war für Martin Andermann eine Stadt

> „mit Charakter, mit bedeutenden geschichtlichen Traditionen und Erinnerungen, und vor allem: eine Stadt, die sich voller Stolz ihrer Beiträge zur Gesamtdeutschen Kultur bewusst war. [...] Königsberg bot genug, um die Phantasie zu beschäftigen, das Gemüt mit patriotischem Stolz zu erfüllen und den Geist mit dem Besten deutscher Kultur vertraut zu machen – es war ein guter Boden für heranwachsende, aufgeschlossene Knaben“ (MA 6/3).

Martin Andermanns Kinder- und Jugendzeit wurde geprägt vom „Königsberger Kantianismus“ (MA 6/6), Kant, Schiller und Goethe waren die „Hausgeister und -götter“ (MA 6/8) im Elternhaus, Beethoven, Mozart, Schubert, Brahms gehörten zum Alltag.

> „Daß ich in Königsberg als jüngster Sohn eines *jüdischen* Anwalts geboren wurde, tat meinen lokalpatriotisch-preußischen Gefühlen keinen Abbruch. Nicht, weil das Judentum in unserer Familie in den Hintergrund gedrängt worden wäre, sondern weil der Geist, in dem ich aufwuchs, eine vollkommene Synthese Deutschtum-Judentum, bis zu einem gewissen Grade sogar Preussentum-Judentum ausdrückte“ (MA 6/4, H. i. O.).

Die Überzeugung des Vaters, dass Judentum und Deutschsein sich ohne Widersprüche miteinander vereinbaren ließen, übernahm auch Martin.

> „Die jüdischen Traditionen, in denen ich aufwuchs, schienen aufs harmonischste sich mit dem deutschen Geiste, so wie er mir bekannt

> wurde, zu vermählen, es schien keine Bruchstelle, geschweige denn ein Gegensatz zwischen diesen beiden Welten zu bestehen. Es war eine beglückende Einheit“ (MA 6/8).

Ein Freund der Familie charakterisierte das Familienleben der Andermanns mit dem Vers: „‚Seht die Kinder musizieren‘ ‚Und den Vater Kant studieren‘“ (ebd.). Entsprechend wuchs der junge Martin auf.

Die Schulzeit war für Martin eine Zeit, an die er ungern zurückdachte, und das hatte zwei Gründe:

> „Es ist gewiss eine Tatsache, dass ich von meinen Mitschülern von vorneherein als etwas Nicht-recht-zu-ihnen-gehörendes betrachtet wurde, und erst viel später bin ich mir darüber klar geworden, dass für die meisten von ihnen der Unterschied Jude-Nichtjude etwas viel scharfer Umrissenes, und viel bewusster Gehandhabtes war, als das damals bei mir der Fall war“ (MA 6/10f.).
>
> „Denn, obzwar wir alle in Deutschland aufgewachsen waren, kamen wir im Grunde aus verschiedenen Ländern. Mein Deutschland war ein idealistisches Traumland, von den Märchen der Brüder Grimm angefangen, über die Klassiker zu den Romantikern in Literatur, Musik und Malerei – ihr Deutschland war das Deutschland des preussischen Beamtentums, der Königstreue, in dem alles, was mit Militär nur irgendwie in Zusammenhang stand, den Glorienschein von etwas Unantastbarem und fast Heiligem erhielt, in dem ganz andere Namen als Goethe und Kant mit verklärten Augen genannt wurden – kurz, wir kamen im Grunde aus verschiedenen Ländern“ (MA 6/11f).

Während des Krieges nivellierten sich die Gegensätze für Martin Andermann im Umgang mit seinen Klassenkameraden, und die Kriegserfahrungen schufen ein Gemeinschaftsgefühl. Und so wurde dann auch der verlorene Krieg als gemeinsame Schande empfunden und stellte etwas Unvorstellbares dar.

> „Als Ende des Jahres 1918 die Nachrichten von den Waffenstillstandsbedingungen durch Anschlag bekanntgegeben wurden, war es zunächst für mich genau so, wie für alle meine Altersgenossen: es war uns, als ob wir einen Schlag mit einem Hammer vor den Kopf bekommen hatten, etwas Unausdenkbares, Entsetzliches hatte sich ereignet, etwas, was nicht sein konnte, denn wir wußten doch, dass unsere siegreiche Armee tief im Feindeslande stand und dass es bis zum Endsieg nur noch einige Monate sein konnte“ (MA 6/16f.).

Dass letztlich der Krieg die Unterschiede nicht aufgehoben hatte, sondern dass sie nun um so deutlicher hervortraten, zeigte sich in der nachfolgenden Zeit. Die Revolution und die Bedingungen des Versailler Vertrages öffneten wieder neue Gräben in der Gesellschaft; dies zeigte sich auch im Leben von Martin Andermann.

> „Diese beiden Ereignisse zeigten nun allerdings mit aller Schärfe, welche Kluft zwischen der Gefühlswelt und dem Denken meiner Klassenkameraden und mir vorhanden war – lediglich überbrückt durch das gemeinsame Kriegserlebnis“ (MA 6/17).

Zunächst war Martin Andermann über den Zusammenbruch der alten Welt und den damit verbundenen Bruch des Lebenszusammenhangs genauso schockiert wie seine Mitschüler.

> „Auch für mich war der Zusammenbruch des Kaiserreiches zunächst etwas Unfassbares, weil es mir zum ersten Mal die Vergänglichkeit, den relativen Wert von etwas vor Augen führte, was für mich bisher als etwas Absolutes, als Inbegriff höchster irdischer Macht und Ausdruck einer gewissen gegebenen Ordnung der Dinge war. Das dergleichen zusammenbrechen konnte, gleichsam über Nacht, machte einen tiefen, unauslöschlichen Eindruck auf mich. Es war eine tiefe Erschütterung meines bis dahin noch recht unerschütterten Glaubens an eine Ordnung in dieser Welt“ (ebd.).

Dieser Ordnungszusammenbruch traf ihn doppelt, da er sich altersmäßig in einer Entwicklungsphase befand, die ihn generell nach dem Sinn des Lebens fragen ließ. Die Phase der eigenen persönlichen Unsicherheit wurde durch die gesellschaftliche Instabilität verstärkt.

> „Ich war damals vierzehn Jahre alt, und machte tiefgehende persönliche Krisen durch, religiöse und weltanschauliche Krisen, die besonders das Problem der absoluten Wahrheit, der Möglichkeit der Erkenntnis des Absoluten und absoluter Werte zum Inhalt hatte. In diese Krise hinein kam das Erlebnis der Revolution, das Zusammenbrechen der anscheinend so fest gefügten Ordnung des Kaiserreiches. Dieses Ereignis musste den Glauben an unerschütterliche traditionelle Gegebenheiten tief erschüttern, und ich weiss, dass es sehr schwer war, aus diesem Gefühl tiefster Enttäuschung an einem Ideal, das wenn auch nur irdisch-weltlicher Art doch als Darstellung einer gewissen sittlichen Ordnung empfunden wurde, zu einem neuen Glauben an Ideale überhaupt sich wieder aufzuraffen“ (MA 6/17f.).

Die Wiederherstellung einer Übereinstimmung zwischen den gesellschaftlichen Verhältnissen und seinen inneren Überzeugungen gelang Martin Andermann, indem er sich mit den republikanischen Ideen anfreunden konnte.

> „Dass ich damals einen gewissen inneren Anschluß fand an die junge republikanische Bewegung in Deutschland, verdanke ich gewiss in erster Linie der Tradition, in der ich aufgewachsen war – einer Tradition, die zweifellos von der der meisten Deutschen erheblich abwich“ (MA 6/18).

Diese Tradition sah er begründet durch den Großvater, der bei der Revolution 1848 „auf den Barrikaden gestanden hatte“ (ebd.). Durch diese in der Familie „gepflegte freiheitliche Tradition“ konnte er

> „irgend eine geistige und historische Kontinuität herstellen zwischen dem, was damals das Ideal der besten Deutschen gewesen war, und dem, was die junge Republik erstrebte. Ich konnte es um so eher, weil es eine gemeinsame Quelle aller dieser Ideale gab, die schliesslich zu dem deutschen Humanismus zurückführte und – in unserm Hause unvermeidlich – mit Kant in Verbindung gebracht wurde. Kants Wort in jenem ‚Traktat zum Ewigen Frieden‘, dass ‚alle Staaten Republiken sein sollten‘, spielte in jenen Tagen eine grosse Rolle in all jenen königsberger kantisch gesonnenen Kreisen, die ein positives Verhältnis zum neuen Deutschland herzustellen suchten. Da die meisten bürgerlich-jüdischen Familien eine ähnlich gefärbte humanistisch-deutsche Tradition pflegten wie meine Familie, so waren sicher eine besonders grosse Anzahl von Juden mit ihren Herzen der jungen Republik zugetan“ (ebd.).

So gab es auch in seiner Schule nur jüdische Schüler mit einer republikanischen Gesinnung. Anders war das bei den Lehrern, wenn auch bei einer Minderheit. Dort waren vor allem bei den über Sechzigjährigen Sympathisanten der Republik zu finden, weniger bei den Jüngeren.

> „Diese ältere demokratische Generation, die man hin und wieder traf, hatte wohl Traditionen burschenschaftlicher Art, sie begrüsste das Banner schwarz-rot-gold als eine wiederauferstandene Jugenderinnerung, und sie hatte noch lebendige Erinnerungen an eine Zeit, in der Bismarck und die Hohenzollern noch keineswegs als identisch mit der Idee Deutschland gegolten hatte“ (MA 6/18f.).

Aber „angesichts der herrschenden Stimmung“ waren „republik-freundliche Lehrer gezwungen, ihre wahre Meinung möglichst zu verbergen, um sich nicht einer Art moralischem Boykott auszusetzen“ (MA 6/21). Für die große Mehrheit der Lehrer und Schüler kam die Revolution einer Katastrophe gleich.

> „Das Erlebnis der Revolution und der Zusammenbruch der Monarchie war für diese Menschen letztlich unvollziehbar, denn es bedeutete nicht das Verschwinden einer politischen Form oder eines Regierungssystems. Für diese Menschen, so wie sie mir lebendig vor Augen stehen, alle diese Bürgersöhne, Offiziersangehörigen, Pastorenkinder, für sie war Deutschland in erster Linie das friedrizianische Preussen-Deutschland, die militärische Laufbahn war der sichtbare Ausdruck der sittlichen Rangordnung, und der Kaiser war der Papst dieses preussisch-protestantischen Weltbildes. Was es sonst noch an deutschen Leistungen gab, selbst Goethe, Schiller, Kant und Beethoven, waren Verzierungen, schöngeistige Ausschmückungen, die man gern zur Kenntnis nahm, und deren Schönheit man sich auch gerne rühmte. Aber alles das war nicht der Inbegriff des Deutschtums. War schon für mich die Revolution in erster Linie eine Erschütterung meiner naiven Wertgläubigkeit, so bedeutete sie für alle diese Menschen einen Zusammenbruch ihrer sittlichen Weltordnung, etwas, was nicht sein konnte und durfte, und das, wenn es sich tatsächlich ereignete, nur das gewollte, teuflische Werk böser Mächte sein konnte. Ein Schulkamerad sagte mir damals, dass er beim Lesen der Nachricht von der siegreichen Revolution so etwas wie ein Aussetzen seines Verstandes gespürt habe. Dann habe er sich gesagt, wenn so etwas geschehe, dann müsse es etwas sein, wie eine Krankheit, wie ein Fieber, das schließlich auch den Gesündesten befallen könne – das aber dann natürlich wieder vergehe und nach kurzer Zeit der ‚Gesundheit‘, d. h. in diesem Falle der Wiederherstellung des früheren Zustandes, Platz machen würde. Es mag erwähnenswert sein, daß derselbe Klassenkamerad nicht sehr lange Zeit später durch Selbstmord geendet ist. Er war, nebenbei bemerkt, ein schlechter Schüler, aber, wie so oft schlechte Schüler, ein anständiger, ehrlicher, schlichter Mensch, der sich in der neuen Welt nicht mehr zurechtfand. Als die Wiederherstellung des normalen Zustandes zu lange auf sich warten ließ, muß er eine Art seelischen und sittlichen Zusammenbruchs erlebt haben: er soll angefangen haben zu trinken, und schließlich beendete er mit etwa 19 oder 20 Jahren sein Leben durch eine Kugel. Die anderen Klassenkameraden blieben zwar am Leben, aber sie gerieten wohl sämtlich in eine verbitterte, verbissene, der Gegenwart von Grund auf

> feindliche Einstellung, deren einzige Hoffnung für die Zukunft – wie unjugendlich! – die Wiederherstellung des Vergangenen in seinem ganzen Glanze war. Bei keinem habe ich auch nur eine schwache Sympathie mit den Bemühungen der republikanischen Regierung, ein neues Deutschland aus den Traditionen des deutschen Humanismus aufzubauen, bemerken können. Mit der Mehrzahl der Lehrer war es nicht anders. ‚Jene teuflischen Kräfte, die mutwillig das herrliche Gefäß zerschlagen haben, das Deutschland hieß' sagte unser Mathematiklehrer. Damit meinte er nicht die Entente, denn nach allgemeiner Ansicht war Deutschland im Felde unbesiegt, und nur durch feigen, inneren Verrat gefallen, unter Anführung von Vaterlandsverrätern und Juden" (MA 6/19f.).

Diese durch die Folgen des Krieges und die Revolution verschärften und nun noch viel härter zutage tretenden Gegensätze zwischen Martin und seinen Mitschülern ließen ihm die Schuljahre zwischen 1918 und 1922 zur fast unerträglichen Belastung werden, mit Auswirkungen auf seine psychische Gesundheit. Auch der Antisemitismus zeigte sich jetzt offener, „das ursprünglich Latente, Unterirdische [kam] immer mehr ans Tageslicht" (MA 6/12).

> „Unter diesen Voraussetzungen mag es verständlich erscheinen, dass die folgenden Jahre für mich in der Schule qualvoll waren" (ebd.).

Martin Andermann wandte sich ab seinem 15. Lebensjahr intensiv der Philosophie zu. Vor allem beschäftigte er sich „als Kind meiner von nihilistischer Verzweiflung gepeinigten Generation" (MA 6/29) mit den drei großen Fragen „Was kann ich wissen? Was soll ich tun? Was darf ich hoffen?" (ebd.). Er konnte jedoch für sich keine befriedigende Antwort finden und „seine philosophische Verzweiflung wurde zu einer echten persönlichen Existenzkrise, die sich rein äusserlich als eine Art Depression äusserte" (ebd.).

Im September 1922 konnte er die Schule nach bestandener Reifeprüfung verlassen, aufgrund seiner psychischen Verfasstheit ein halbes Jahr früher als seine Klassenkameraden.

> „Ich war freilich in einem solchen Zustand seelischer Depression, dass ich auf Betreiben unseres Arztes die Erlaubnis erhielt, dieses Examen ein halbes Jahr früher abzulegen. Ich will nicht behaupten, dass mein damaliger Zustand einzig und allein auf die unerquickliche Atmosphäre in der Schule zurückzuführen war, aber diese Dinge spielten eine wesentliche Rolle. Waren doch, angesichts der herrschenden Stimmung, selbst republik-freundliche Lehrer gezwungen,

> ihre wahre Meinung möglichst zu verbergen, um sich nicht einer Art moralischem Boykott auszusetzen. Umsoviel eher musste ich, und die meisten anderen jüdischen Schüler, in eine Isolierung hineingedrängt werden, aus der es kaum mehr eine Brücke zu meinen Mitschülern gab. Es waren dies die Jahre, wo fast ständig mit Flugzetteln, die man allenthalten an den Wänden gewisser Örtlichkeiten fand, mit Schmierereien auf den Schulbänken und mit mehr oder minder offenen Schmähworten seiner Verachtung für Juden und die Judenrepublik und für alles, was damit zusammenhing, Luft zu machen suchte. Alle diese Äußerungen eines mühsam unterdrückten Hasses blieben mehr oder weniger unterirdisch, nur selten kam es zu offenen Prügeleien, aber immerhin, es kam auch das vor. Aber schließlich nahmen auch diese Jahre ein Ende, und dank der Hilfe unseres Hausarztes, der einsah, daß diese Atmosphäre für einen an sich schon überempfindsamen Siebzehnjährigen nicht gerade günstig war, konnte ich im September des Jahres 1922, noch bevor ich das 18. Lebensjahr vollendet hatte, der Schule für immer Lebewohl sagen. Der Abschied fiel mir gewiß nicht schwer. Ich hatte mir das Studium der Medizin vorgenommen und mich entschlossen, das erste Semester in der baden-württembergischen Universität Freiburg zu verbringen. Dorthin zog mich nicht nur der Ruf einer guten medizinischen, sondern vor allem der einer berühmten philosophischen Fakultät, der Name Edmund Husserls an der Spitze“ (MA 6/20f.).

Martin Andermann sah seine Depression jedoch nicht nur als ein auf ihn selbstbezogenes individuelles Problem an, auch wenn sie möglicherweise verstärkt wurde, weil er als Jude einer besonderen Situation ausgesetzt war. Er betrachtet sie vielmehr als ein generationsspezifisches Problem, das ihn und seine Altersgenossen in die Auseinandersetzung mit philosophischen Themen drängte. Dieses von ihm als „nihilistische Existenzkrise“ bezeichnete Problem erläuterte er in einem eigenen Kapitel:

> „Doch ich glaube, daß meine ‚Krise‘ damals ein sehr typischer Ausdruck meiner Generation, meiner Zeit war, so wie das ‚Weltschmerzerlebnis‘ Ausdruck der Werthergeneration gewesen ist. Was ich damals durchmachte, war eine ‚nihilistische Existenzkrise‘, und sie war es eigentlich, die mir mein medizinisches Studium als verhältnismäßig unwichtiges Brotstudium, dagegen meine philosophischen Interessen als das einzig Wesentliche erschienen liess. Nicht nur mir, sondern allen denjenigen meiner Generation, die damals gleich mir die philosophischen Hörsäle bevölkerten, und deren grosse, unge-

> wöhnlich grosse Anzahl selbst für deutsche Universitäten, die Verlegung philosophischer Vorlesungen in die Auditoria maxima oftmals notwendig werden liess. Diese Studenten der Philosophie, die oft genug, wie ich selbst, einer anderen Fakultät als Hauptfach angehörten, die aber die Problematik der Zeit zur Beschäftigung mit den Grundfragen der Erkenntnis trieb, diese Studenten waren gewiss ein ebenso charakteristischer Ausdruck des Deutschland nach der Revolution, wie meine reaktionären Klassenkameraden. Sie waren in den Folgejahren das eigentliche Deutschland für mich, so wie es in meiner Kinderzeit die grossen Gestalten der klassischen Tradition gewesen waren. Sie alle kamen im Grunde von demselben Ausgangspunkt zur Beschäftigung mit Philosophie wie ich: von dem Katastrophenerlebnis der nihilistischen Situation“ (MA 6/22).

Sah er die Entstehungsursachen für die „nihilistische Existenzkrise“ noch bei den davon Betroffenen als vergleichbar an, so galt dies für die Konsequenzen nicht:

> „Sie sind verschieden je nach Veranlagung und Temperament, vielleicht auch nach Tradition“ (MA 6/23).

Dass aus dieser Krise ein Ausweg gesucht werden musste, war für ihn ohne Frage, da sie „auf die Dauer nicht nur unerträglich, sondern mit dem Leben nicht vereinbar ist“ (ebd.).

Wie dieser Ausweg gesucht wurde, ist jedoch entscheidend:

> „In welcher Richtung dieser Ausweg gesucht wird, davon hängt unter Umständen nicht nur das Schicksal des betreffenden Individuums, sondern vielleicht das einer ganzen Nation ab“ (ebd.).

Martin Andermann entwickelte auf der Suche nach dem ‚Geheimnis des Lebens‘ und den ‚letzten Dingen‘ ein ausgeprägtes naturwissenschaftliches Interesse, fand bei den Naturwissenschaften jedoch keine befriedigende Antwort.

> „Das Geheimnis des Lebens, und wie man es wohl ‚natürlich‘ erklären könne, beschäftigte meine Phantasie und mein Denken aufs tiefste. Ich fand keine Antwort darauf, oder höchstens diejenige, dass man über die letzten Dinge eben nichts ausmachen könne. Soviel schien mir gewiss: die Naturwissenschaften, so sehr sie mich fessel-

> ten, schienen nicht der Weg zu irgendeiner ‚höheren' Erkenntnis zu sein" (MA 6/25).

Eine vorläufige Antwort gab ihm ein Lehrer, der den 13-Jährigen auf seine Einsegnung mit einem Zitat von Gotthold Ephraim Lessing vorbereitet hatte:

> „‚Wenn Gott mir erschiene, und er würde zu mir sprechen: siehe in meiner rechten Hand halte ich die göttliche Wahrheit, in meiner Linken dagegen ist das ewige Streben nach Wahrheit enthalten – so würde ich demütig niederfallen und sprechen: gib mir, o Herr, was Deine Linke enthält, das ewige Streben nach Wahrheit – denn die ganze, die göttliche Wahrheit in Deiner Rechten ist nicht für den Menschen bestimmt'" (ebd.).

Doch diese Beruhigung durch das Streben nach der ‚letzten Wahrheit' dauerte nicht lange. In Diskussionen mit Gleichaltrigen wurde die Frage der göttlichen Existenz und ihres wissenschaftlichen Beweises erörtert. Martin Andermann bezeichnet die Auffassung, dass die Existenz Gottes nicht beweisbar und es folglich auch nichts beweisbares Gutes gebe und deshalb niemand zu einer bestimmten moralischen Auffassung genötigt werden könne, als ein „Allgemeingut der Generation" (MA 6/26).

> „Man war schon sehr traditionsgebunden, wenn man nicht weiter ging, als zu sagen, dass man Gott nicht beweisen könne. Die meisten gingen weiter. Man bekannte sich zu einem naturwissenschaftlichen ‚Monismus', war Darwinist und Häcklianer, und war sich darüber einig, dass zum mindesten die kirchliche Form der Religion etwas Ueberholtes, Mittelalterliches war, das eine etwas gesellschaftsfähigere Form des Aberglaubens darstellte. [...] Es war das unkirchliche Glaubensbekenntnis aller derjenigen Kreise, die sich als fortschrittlich bezeichneten, insbesondere waren die politisch links orientierten Parteien nahezu identisch mit dieser Form einer antikirchlichen, wissenschaftlichen Weltanschauung" (MA 6/26f.).

Diese Weltanschauung, die für ihn mitbegründend ist für die nihilistische Existenzkrise, sah Martin Andermann vor allem von den Sozialdemokraten befürwortet und verbreitet.

> „[D]a die Sozialdemokratie die grösste Partei Deutschlands war, hat sie ungeheuer dazu beigetragen, eine gewisse oberflächliche ‚naturwissenschaftliche', antikirchliche und antireligiöse Haltung zu erzeugen. Diese Haltung, moralisch getragen durch einen echten Fort-

> schrittsglauben, musste eine völlige seelische und moralische Leere zurücklassen, sobald einmal der [...][1] Fortschrittsglaube erschüttert wurde. Es blieb dann nichts als die ‚Entwertung der obersten Werte', kurz eine nihilistische Situation" (MA 6/27).

Diese Situation war für Martin Andermann nach dem verlorenen Krieg, dem Zusammenbruch Deutschlands und durch die Revolution gegeben. Insbesondere bei den Protestanten stellte er eine größere Gleichgültigkeit in religiöser Hinsicht fest als bei den durchschnittlichen Juden und Katholiken. Anderseits empfand er die Protestanten als „liberaler, toleranter, freiheitlicher" (MA 6/28), konstatierte einen Zusammenfall von „religiöser Toleranz und religiöser Indifferenz" (ebd.).

> „Mit der Monarchie war selbst die staatliche Fassade, die der offizielle Protestantismus Deutschlands bis dahin gehabt hatte, zusammengebrochen. Die echte religiöse Gesinnung war zum mindesten in protestantischen Kreisen, schon längst unterhöhlt worden durch jene rationalisierende Aufklärungsphilosophie naturwissenschaftlicher Prägung" (MA 6/27f.).

Die Darstellung dieser Dinge hielt Martin Andermann deshalb für wichtig, „weil sie mir so wesentlich erscheinen zur Erkenntnis der seelischen Voraussetzungen für alles das, was sich seither in Deutschland abgespielt hat" (MA 6/28).

> „Nur wenn man sich darüber klar ist, dass die grossen Massen, nämlich soweit sie von der Sozialdemokratie erfasst waren, ebenso wie das fortschrittliche Bürgertum ihren ganzen moralischen Halt nur jenem dünnen Religionsersatz eines fortschrittsgläubigen Monismus verdankte, kann man ermessen, welche nihilistische Verzweiflung ein ganzes grosses Volk überkommen musste, als durch Krieg, Religion und – last but not least – Inflation jeder Glaube, vor allem aber der an einen ‚Fortschritt' genommen wurde" (ebd.).

Den Weg, den er selbst für sich gewählt hatte, um eine Lösung zu finden, sah er nur als individuelle Möglichkeit an, nicht aber als einen Weg, den ein ganzes Volk gehen konnte: „den der philosophischen Besinnung und Contemplation" (MA 6/29).

---

1 Unleserliches Wort im Manuskript.

Als er in Freiburg mit seinem Studium begann, stellte er fest, dass die nihilistische Existenzkrise nicht sein individuelles persönliches Problem war, sondern mit ihm viele die gleichen unbeantwortet bleibenden Fragen stellten.

> „In dieser geistigen und seelischen Verfassung kam ich im Winter 1922 nach Freiburg, wo ich nach kurzer Zeit feststellen musste, dass die Fragen, die ich stellte, und die Krise, die ich glaubte als Einzelpersönlichkeit durchzumachen, nichts weiter war, als die Krise meiner Generation, die Problematik meiner Zeit“ (ebd.).

***

Nach seinem Abitur begann Martin Andermann ein Medizinstudium in Freiburg. Nachdem er dort neben seinen medizinischen Seminaren philosophische Vorlesungen bei Husserl und Heidegger gehört hatte, setzte er sein Studium in Berlin fort und besuchte dort die Veranstaltungen Romano Guardinis. Er beendete sein Medizinstudium in Marburg, dorthin war er gegangen, um weiterhin Philosophie bei Heidegger studieren zu können. Seine Assistentenjahre verbrachte er in Heidelberg und Berlin, bevor er sich in Berlin als Arzt niederließ und schließlich 1934 – in der Hoffnung, dort einen größeren Stamm von Privatpatienten aufbauen zu können, da er als jüdischer Arzt keine Kassenzulassung mehr besaß – seine Praxis nach Königsberg verlegte. Als ihm 1937 auf einem Kongress in der Schweiz die Nachricht zugetragen wurde, dass seine Wohnung von der Gestapo durchsucht worden war, beschloss er, in der Schweiz zu bleiben. Er erhielt dort eine befristete Arbeitserlaubnis. Martin Andermann war verheiratet mit einer Frau, deren Eltern er nie kennenlernte, „da sie als Nationalsozialisten es mir nie verziehen haben, dass ich ihre Tochter geheiratet habe“ (MA 6/90). Zum Zeitpunkt der Manuskriptabfassung lebte er in Buffalo, N.Y.

Hilde Wenzel

„Und mitten im glühenden Patriotismus kommt mir plötzlich der Gedanke, bin ich denn überhaupt eine Deutsche?“

Hilde Wenzel, geb. Chodziesner, wurde am 27.12.1905 in Berlin geboren. Der Vater, ein „sehr bekannter Strafverteidiger“ (HW 241/I), kam aus einer märkischen Kleinstadt, in der die Großeltern einen kleinen Laden besaßen; ihre Mutter hingegen stammte aus einer begüterten Kaufmanns- und Gelehrtenfamilie und war in Berlin aufgewachsen. Hilde Wenzel hatte zwei wesentlich ältere Schwestern und einen (ebenfalls älteren) Bruder. Die Familie, „mehr als wohlhabend“ (HW 241/I), wohnte in der Ahornallee 37 im Berliner Westend „in einer geräumigen Villa mit schönem alten Garten“ (ebd.). Abgesehen von dem komfortablen Zuhause gab es jedoch wenig Luxus, die Kinder wurden „sehr einfach erzogen“ (HW 241/I). Obgleich sie als Kind „viel sich selbst überlassen“ (ebd.) war, da der Vater außer Haus, die Mutter im Haus beschäftigt und der Altersabstand zu den Geschwistern groß war, erlebte Hilde Wenzel die ersten Kindheitsjahre als geradezu märchenhaft unbeschwert.

> „Wenn ich heute in meinem dritten Lebensjahrzehnt nach meinem Leben gefragt werde, so antworte ich immer: ‚Wir haben ja nichts wie Krieg, Krieg, Inflation, Revolution erlebt und doch erinnere ich mich noch gut an meine Kleinkinderjahre vor 1914 ohne ‚Weltgeschehen‘, die mir jetzt allerdings wie ein Märchen, wie etwas ganz unwirkliches erscheinen, das sich in grauer Vorzeit abspielte“ (ebd.).

Das ‚Weltgeschehen‘, der Krieg, konfrontierte die knapp neunjährige Hilde Wenzel mit Tod, materieller Not und Hunger. Im Herbst 1918 war die 13-Jährige so ausgezehrt, dass sie „mit einem Kindertransport in die Schweiz geschickt“ wurde (HW 241/5), wo sie mehr als zwei Monate blieb und wieder zu Kräften kam. Noch während des Aufenthaltes dort geriet das Weltbild

der kaisertreu und „militaristisch“ (HW 241/2) erzogenen Hilde Wenzel ins Wanken.

> „Es kam der November, eines Tages fuhren Züge mit italienischen Soldaten durch den Ort, und die Bevölkerung jubelte ihnen zu. Italiener dachte ich, das sind doch Feinde, das sind doch Verräter, wie kann man ihnen zujubeln. Da war wieder etwas, das ich nicht verstand. Und noch weniger als ich hörte, der Kaiser sei fort. Als wir dann endlich heimkonnten, kamen wir in ein anderes Deutschland, in ein verändertes Deutschland zurück. Mit uns fuhren die Soldaten, die von der Front zurückkamen, wir fuhren viele Stunden und Tage. Im Abteil sass ein Soldat: ‚Der Kaiser, der Schuft.....‘. So spricht er über den Kaiser, dachte ich. Aber das ist doch unmöglich. Ich sah mir den Soldaten an, er sah müde und schmutzig aus, elend und verhungert, aber nicht schlecht“ (HW 241/5).

Bild 3: Hilde Wenzel (rechts) mit Freundin Marion Warmboldt

Es fiel Hilde Wenzel schwer, zu begreifen, dass der Krieg verloren war, dass die Menschen diese Niederlage nach vier Jahren voller Patriotismus und Entbehrungen als Schmach empfanden und sich vom Kaiser verraten fühlten. Als sie – wieder zu Hause – feststellen musste, dass auch ihr Vater, der treue Monarchist, vom Kaiser nichts mehr hielt, nahm sie dies zum Anlass, sich ebenfalls von ihm abzuwenden und das in den vergangenen Jahren Erlebte zu überdenken und neu einzuordnen.

> „Als ich frischgewaschen und ausgeschlafen ins Esszimmer hinunterkam, stand mein Vater am Fenster. ‚Vati' sagte ich, ‚Nicht wahr, Du bist doch noch für den Kaiser?' ‚Für den Kaiser?, er ist doch fortgelaufen, hat alles im Stich gelassen.' Das erfasste ich damals noch nicht, auch nicht den verlorenen Krieg, aber mein Vater (der übrigens in Zeitungen abgebildet war als sein Doppelgänger, merkwürdiges Spiel der Natur) war nicht mehr für den Kaiser. Das war unmöglich. Etwas schreckliches musste geschehen sein. Es war ja geschehen.– [...] Aber langsam vollzog sich auch in meinem Denken eine Wandlung. Wenn ein Mann wie mein Vater nicht mehr für den Kaiser war, dann konnte ich es auch nicht mehr sein. Und ich begann nachzudenken, denn nun war ich gross genug dazu" (HW 241/5).

Von der Zeit kurz nach dem Krieg ist Hilde Wenzel wenig im Gedächtnis geblieben; sie erlebte vor allem die Kriegsjahre als einschneidend und prägend.

> „An diese unmittelbare Nachkriegszeit erinnere ich mich nicht mehr so gut wie an das, was vorher und nachher geschah, wahrscheinlich wurde es überdeckt. Oftmals stand unsere Gärtnersfrau am Zaun und sagte, wenn man ein fernes Grollen hörte: ‚Spartakus schiesst schon wieder', wobei sie konsequent die zweite Silbe betonte" (HW 241/6).

Die Schule begann wieder für Hilde Wenzel, doch eine labile Gesundheit – Folge der kriegsbedingten Unterernährung – beeinträchtigte sie, sie „war viel, lange und ernsthaft krank" (ebd.); das Zerbrechen von Freundschaften, ein erstes Erleben von Antisemitismus, vor allem aber der sehr schmerzlich erlebte Verkauf des Elternhauses im Jahre 1920 markierte für sie schließlich das Ende der Kindheit im wilhelminischen Kaiserreich.

> „Die Schulleistungen waren dementsprechend, – als kleines Kind, ganz im Anfang war ich eine gute Schülerin gewesen, – und so kam es zu häuslichem Ärger. Nicht zuletzt gingen Freundschaften ausein-

> ander, die einen waren deutschnational, die anderen demokratisch, und bald hörte ich antisemitische Äusserungen, die mir nahegingen.
>
> Die Preise gingen in die Höhe, die Kriegsanleihe war verloren, mein Vater verkaufte das Haus mit dem alten Garten, in dem er fast dreissig Jahre lang gewohnt hatte, in dem ich geboren und gross geworden war. Als die Gartentür zum letzten Mal zufiel, verlor ich meine eigentliche Heimat, endgültig war ich aus dem Kinderparadies vertrieben, ich habe es nie ganz verwunden, dass fremde Menschen in den Stuben wohnen, lachen und weinen sollten, die uns gehörten. Beim Umzug war ich nicht dabei, ich hätte es nicht ertragen" (HW 241/6).

Anfang 1921 bezog die Familie eine Wohnung am Kurfürstendamm 43. Hilde Wenzel schloss etwa um 1922 herum die Mittelschule ab, und auch zu dieser Zeit vermisste sie noch ihr altes Zuhause.

> „Wir bekamen eine schöne, grosse, komfortable Wohnung in der Stadt in einer guten Strasse. Aber es gab dort keinen Garten, keinen Hund, kein Feld, keine Spazierwege. Es war eine moderne Grosstadtwohnung wie tausend andere. Ich beendete die Schule, ging in die Frauenschule, aber ich war nicht glücklich" (ebd.).

Als Jugendliche, die sich inzwischen als glühende Anhängerin der Republik verstand, begann Hilde Wenzel, aufmerksamer das politische Geschehen zu beobachten und ihre Eindrücke in Tagebuchaufzeichnungen zu verarbeiten. Insbesondere die unruhige, gespannte Atmosphäre nach dem Mord an Walter Rathenau ängstigte die 16-Jährige.

> „Am 25. Juni 1922 finde ich in meinem Tagebuch, in dem sonst nur recht persönliche und etwas belangslose Angelegenheiten stehen, war ich doch noch im Backfischalter, folgende Eintragung:
>
> ‚Gestern haben sie Rathenau erschossen. Ich weiss nicht, es liegt so eine Schwüle in der Luft. Ich fürchte mich vor etwas Ungreifbarem. Ich habe Angst, es könnte noch Schreckliches passieren. Möge ich mich irren. Es ist nur gut, dass ich morgen wieder zur Schule gehe.
>
> 28. 6. abends.
>
> Es ist, als ob ich das schreckliche Eisenbahnunglück vorausgeahnt hätte. – Noch nie – ich glaube, ich kann es sagen ausser der Revolution – hat mich ein politisches Ereignis so mitgerissen wie der Tod von Rathenau. Ich habe ihn doch nie gesehen, nie sprechen hören, nichts dergleichen und doch. Es ist merkwürdig, ich traure um ihn wie

> um einen guten Bekannten. Ich muss immerzu weinen, wenn ich nur daran denke, wenn ich allein bin, denke ich immer wieder daran. – Es lebe die Republik! Für sie will ich kämpfen, soweit es in meinen Kräften steht'" (ebd.).

Auch Eindrücke von der immer rasanteren Inflationsentwicklung hielt sie im August 1923 im Tagebuch fest:

> „‚Ich glaube, dass es mit Deutschland sehr schlimm steht.
>
> Wegen Generalstreik bin ich eher nach Haus gefahren. Es ist alles so teuer. Die Frauen sitzen von ein Uhr nachts bis unbegrenzt nach Butter. An jeder Strassenecke raunts und flüsterts, die Geschäfte geben nur die kleinsten Quantitäten Lebensmittel ab zu Phantasiepreisen. Die Banken geben nur bis eine Million (!). Schwüle liegt in der Luft, und die phantastischsten Gerüchte schwirren umher. ‚Ebert ist fort, Hölz sitzt an der Spitze.'[1] Wie der Wind vor einem Gewitter. Oder Sommer 1914, November 1918'" (HW 241/7).

Im Sommer 1923 zog die Familie aus der Stadt hinaus nach Finkenkrug, in einen Villenvorort im Nordwesten Berlins, wo der Vater ein kleines Haus gekauft hatte. Alle waren „glücklich wieder auf dem Lande zu sein" (ebd.), auch deshalb, weil es dort angesichts der Inflation etwas leichter war, sich mit Lebensmitteln zu versorgen.

> „Kam mein Vater aus der Stadt, so erwarteten wir ihn bereits am Bahnhof, um das mitgebrachte Geld sofort in Ware umzusetzen, da wir am Nachmittag nicht ein Stück Brot mehr dafür bekommen hätten. Nur meiner Freundschaft mit dem Milchmann verdankte ich den halben Liter täglich. Das war fünf Jahre nach Kriegsende" (ebd.).

Im September 1923 erreichte die Inflation ihren Höhepunkt. Hilde Wenzel fiel in diesen Tagen die starke Diskrepanz zwischen einer reichen Minderheit und der verarmten Mehrheit der Bevölkerung besonders auf; sie notierte im gleichen Monat in ihrem Tagebuch:

---

1 Max Hölz (auch Hoelz) war Mitbegründer der KPD. 1920 hatte er im Vogtland die Räterepublik ausgerufen und war 1921 mitbeteiligt an kommunistischen Aufständen in Mitteldeutschland. Das Gerücht von seiner Machtübernahme fußte vermutlich darauf, daß es 1923 Anzeichen für weitere Aufstände gegeben hatte, die dann jedoch nicht stattfanden (vgl. Hürten, 1998, S. 91; Schwabe 1998, S. 115).

„‚Mir ist gestern in der Stadt wieder der Unterschied zwischen Juli und jetzt aufgefallen. Viele Geschäfte geschlossen, Polonaisen, wenn zwei Leute zusammen stehen sprechen sie nur von Preisen. Auch in der Kleidung macht sich ein grosser Unterschied bemerkbar. Auf der einen Seite die höchste Eleganz der Ausländer, die sich im übrigen bis auf Japaner sehr vermindert haben. Auf der anderen, aber weit grösseren Seite die Armut, die sich zuweilen durch schäbige Eleganz zu verbergen sucht. Diese beiden Gegensätze prallen krass aufeinander ohne Mittelding, denn gut angezogene Leute (in der Art wie ich) gibt es nicht mehr, der Mittelstand ist ausgestorben.‘ .....“ (ebd.).

Im Jahre 1923 beendete Hilde Wenzel die Frauenschule, begann zu arbeiten und konnte so die Familie in finanzieller Hinsicht etwas entlasten.

„Da ich selbst etwas verdienen musste, trat ich als Bürohilfe in einen kleinen Verlag ein, nachdem ich mir die nötigsten Kenntnisse in Stenographie und Schreibmaschine selbst angeeignet hatte“ (HW 241/8).

Die psychische Anspannung, die sich im täglichen Zusammenleben der Menschen aus der notgedrungenen Fixierung auf das Materielle entwickelte, setzte Hilde Wenzel mehr zu als die wirtschaftliche Not selbst.

„Schlimmer war das ausschliessliche Beschäftigtsein fast aller Menschen mit materiellen Dingen, das keine Gedanken-mehr-haben für geistige Dinge und Genüsse. Ich zog mich zurück zu Büchern, die mir reichlich zur Verfügung standen. Bald sollten sie mein Schicksal werden. [...]

1923 schrieb ich noch nach einer kleinen Tanzfestlichkeit:

‚Ich bin jetzt auch nicht in Stimmung dazu. Ich muss immer an die Leute denken, die nicht das tägliche Brot zu essen haben.... und ich tanze! Das ist furchtbar. Es ist kein Getue, es geht mir wirklich so.‘ ‚..... und es wurde endlich mal eine Unterhaltung geführt nicht über Preise.....‘

‚Das Aufreibende unserer Zeit sind oft keine grossen Dinge, sondern das stete Aufeinanderplatzen durch die gesteigerte Nervosität und Abgespanntheit. Dies ewige Gereiztsein, das Sichgehenlassen, das Alltagsleben mit all‘ seinen ermüdenden Nichtigkeiten. Und jedes erste und letzte Wort ist: ‚Geld, Geld‘ ..... ‚Man reibt sich so mit Kleinigkeiten auf und ist dann bei grossen Dingen verbraucht.‘ ..... Und nachmittags heissts Licht sparen und in einem Zimmer sitzen. Und durch dieses viele Beisammensein wird man viel gereizter, als

> man so schon ist, und um jede Kleinigkeit gibts Krach, Verstimmtheit und Ärger. Kein gemütliches Zusammensein, sondern ein ständiges unnötiges Aufeinanderplatzen. Es ist alles so unerquicklich. Schrecklich.....'" (ebd.).

In dieser Zeit hörte Hilde Wenzel sowohl in der Öffentlichkeit als auch in persönlichen Begegnungen häufiger antisemitische Äußerungen, die sie wütend machten, aber auch Fragen und Zweifel hinsichtlich ihrer nationalen und religiösen Zugehörigkeit in ihr aufsteigen ließen.

> „‚28. 8. Gestern war S. hier, den ganzen Tag. (Ein Inder, sehr schwarz aussehend, der einmal bei uns als Untermieter gewohnt hatte, und meiner Mutter für ein komfortables Zimmer mit voller Verpflegung 4 englische Pfund im Monat zahlte!). Wir gingen spazieren, da kamen ein paar Leute vorbei und sagten: ‚frisch importiert, die Juden kommen aus Palästina.' Darauf sagte K. (mein Vetter) ‚Schwein', und zwei Männer stürzten sich auf ihn und fingen eine Schlägerei an. (K. war ein Junge von 18 Jahren!) Schliesslich zogen sie unter wiederholtem Schimpfen ab. Wozu sowas immer sein muss. Wir tun ihnen doch auch nichts. Es ist schrecklich. Warum müssen sie immer anfangen. Die Stimmung war hin. Es hat mich sehr aufgeregt.'
>
> Das war 1923. Zehn Jahre vorher. [...]
>
> ‚Mich beschäftigt jetzt wieder die Nationalitäts- und Rassenfrage. Und mitten im glühenden Patriotismus (darunter ist kein Hurrapatriotismus zu verstehen) kommt mir plötzlich der Gedanke, bin ich denn überhaupt eine Deutsche, habe ich ein Anrecht darauf, eine zu sein? Und dann überkommt mich meine Heimatlosigkeit und Vertriebenheit. Denn Palästina kann ich nicht als meine Heimat anerkennen. Vati lacht (!), wenn er Leute auf die Juden schimpfen hört oder es in Zeitungen liest, aber mich deprimiert es fürchterlich, und ich komme mir dann noch verlassener als sonst vor. Auch auf religiösem Gebiet bin ich nicht ganz mit mir einig'" (HW 241/7).

Mit dem Ende des Jahres 1923, an dem durch die Einführung der Rentenmark auch der Inflation allmählich ein Ende bereitet wurde, brachen für Hilde Wenzel „viel bessere" Zeiten (HW 241/8) an, die sie rückblickend als „die besten seit Kriegsausbruch 1914" betrachtete (ebd.). Sie trat – zunächst eher unfreiwillig – 1924 eine Stelle als Buchhändlerin „in einer wissenschaftlichen und später in einer belletristischen Buchhandlung" (ebd.) an.

> „Ursprünglich hatte ich mir diesen Beruf nicht ausgesucht, ich wollte Gärtnerin werden, mein Vater, der schon eine Tochter hatte, die Zoo-

> logie studierte, war gegen diese ‚brotlose, Kunst. Dann als ich Geld verdienen musste, kam ich mehr durch Zufall zum Buchhandel, was ihm lieb war. Einmal nach getroffener Wahl ging ich bald auch in diesem Beruf so völlig auf wie ich es nie für möglich gehalten hätte“ (HW 241/11).

***

Hilde Wenzel arbeitete bis 1930 als Verkäuferin in verschiedenen Buchhandlungen. Dabei lernte sie den Kollegen Peter Wenzel kennen, den sie 1930 heiratete. Bald darauf verlor sie ihre Halbtagsstelle und fand keine neue Arbeit mehr, da die mit der Wirtschaftskrise verbundenen Stellenstreichungen vor allem verheiratete Frauen betrafen. Im selben Jahr starb ihre Mutter im Alter von 58 Jahren an Krebs. Im Winter 1932 begann Hilde Wenzel, als selbständige Stenotypistin für verschiedene Geschäfte zu arbeiten, um den kärglichen Lebensunterhalt aufzubessern. 1933 wurde aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit auch ihr Mann entlassen. Da er angeblich nicht über eine ‚einwandfreie Gesinnung‘ verfügte, erhielt er anschließend keine Arbeitslosenunterstützung, so dass das Ehepaar aus dem gemieteten Zimmer in das Haus von Hilde Wenzels Vater ziehen musste. Die Sorgen um die künftige Existenzsicherung wurden verstärkt durch die gleichzeitige Schwangerschaft Hilde Wenzels (die Tochter Sabine wurde im November 33 geboren). Ein halbes Jahr später gelang es ihnen, eine kleine Buchhandlung mit Antiquariat, Leihbücherei und dahinter gelegener Wohnung in der Nähe des Kurfürstendamms zu übernehmen, die sie bis 1938, wenn auch unter erschwerten Bedingungen, erfolgreich führten (vgl. Woltmann 2001, S. 219). Peter Wenzel wurde zwar bereits 1935 aus dem Buchhändler-Börsenverein ausgeschlossen, da er eine ‚nichtarische Großmutter‘ hatte, dieser Ausschluss war jedoch zunächst noch keine große Beeinträchtigung; erst im Jahre 1938 wurden die Bedrängungen durch die Reichschrifttumskammer so massiv, dass eine Weiterarbeit unmöglich schien. Hilde Wenzel gelang es, am 30. März 1938 über die Schweiz nach Italien zu reisen, wo sie versuchen wollte, einen neuen Laden aufzubauen; dieser Plan scheiterte jedoch. Sie kehrte nach Zürich zurück, die Tochter wurde später von Bekannten zu ihr gebracht, während ihr Mann noch zögerte und in Berlin blieb. Er verkaufte das Geschäft und wurde dann zum Militär eingezogen. Hilde Wenzel war nun abgeschnitten von der restlichen Familie und erlebte aus der Emigration deren Zerfall und schließlich ihre Zerstörung: Der Vater war in Berlin geblieben, und die älteste Schwester, die Dichterin Gertrud Kolmar, mit der Hilde Wenzel bis 1943 in Briefwechsel stand, konnte sich nicht entschließen, den alten

Vater dort allein zurückzulassen. Während es Hilde Wenzels Bruder Georg nach einer Internierung auf der Isle of Man noch gelungen war, sich nach Australien zu retten, wohin auch die ältere Schwester Margot emigriert war, lebten Vater und Schwester in immer erbärmlicheren Verhältnissen, bis der Vater 1942 nach Theresienstadt deportiert wurde und dort starb. Gertrud Kolmar, die Zwangsarbeit leisten musste, wurde im Rahmen einer sogenannten Fabrikaktion 1943 nach Auschwitz verschleppt und umgebracht. Walter Benjamin, ein Cousin mütterlicherseits, hatte seine Flucht vor der Gestapo 1940 durch Suizid in Spanien beendet (vgl. Zeitler 1970, S. 215ff.).

Hilde Wenzel litt in Zürich auch darunter, nicht arbeiten zu dürfen. Sie erhielt Unterstützung von der jüdischen Flüchtlingshilfe und besserte den Lebensunterhalt für sich und die Tochter durch illegale Arbeiten in einer Flickstube, später auch durch Schreibarbeiten auf, musste deshalb jedoch ständig befürchten, denunziert und ausgewiesen zu werden. Die Bemühungen ihres Mannes um Visa für die Familie nach Übersee blieben erfolglos; ihre Ehe scheiterte und wurde 1942 schließlich geschieden. Nach dem Krieg engagierte sich Hilde Wenzel ebenso wie ihr geschiedener Mann sehr für die Herausgabe des lyrischen Werks ihrer Schwester, das sie 1960 mit einem Nachwort versah (vgl. Woltmann 1995). Des weiteren verfasste sie für deutsche und schweizerische Zeitungen und Zeitschriften Kurzgeschichten und mehrere Artikel über die Schwester. 1962 begann sie, für eine Biographie mit dem Titel ‚Meine Schwester Gertrud' eine (unvollständig gebliebene) Familienchronik zu erstellen, die sie ‚Gertruds Ahnen' nannte (ebd.). Hilde Wenzel starb am 4.11.1972 bei Lugano im Tessin.

Wolfgang Yourgrau

„Ich lächelte, wenn diese Teutomanen mit dem Worte ‚Deutsch' Schindluder trieben"

Wolfgang Yourgrau wurde 1908 in Kattowitz geboren. Dort verbrachte er die ersten Lebensjahre überwiegend im Hause der Großeltern mütterlicherseits, da seine Mutter als Inhaberin eines Geschäftes berufstätig war. Seine Eltern hatten sich scheiden lassen, als er ein Jahr alt war; daher kannte er den Vater nicht, und Geschwister gab es keine. Wolfgang Yourgraus Großvater war

> „ein frommer Jude, in der Stadt angesehen, den besseren bürgerlichen Kreisen angehörend. Er kam in jungen Jahren aus Russland in die Stadt, wurde Deutscher, erlernte das Glaserhandwerk und bildete sich daneben in Rabbinerschulen zu einem gelehrten Manne aus" (WY 251/1).

Er habe stets stolz die deutsche Herkunft der jüdischen Familie betont: Seine eigenen Großeltern stammten aus Augsburg; deren Familie wiederum war dort bereits seit Jahrhunderten ansässig. Seine 6 Kinder entfernten sich „mit fortschreitendem Bildungsgang" (WY 251/2) von den jüdischen Glaubenstraditionen, verstanden sich eher als liberal und definierten sich schließlich als deutschnationale Preußen. Auch Wolfgang Yourgrau fühlte sich als Kind vom Großvater wenig zum Festhalten an religiösen Traditionen gedrängt und entwickelte sich zum Atheisten, „las aber sehr viele Bücher, die religiöse Fragen behandelten, besonders viel über den Katholizismus, Buddhismus und den Islam" (WY 251/23f.).

> „Als mein Grossvater Mitte 1920 starb, fand man unter seinem Kopfkissen mein Bild. In seinem Testament stand, man solle sich bemühen, mich dem Judentum zu erhalten, aber keinen Zwang auf mich ausüben. Ich war sein Lieblingsenkel und stand ihm, trotz meiner fast atheistischen Einstellung menschlich sehr nahe" (ebd.).

Wolfgang Yourgrau fiel das Lernen leicht, er verfügte auch über musikalische Begabung, zeigte jedoch „mehr Neigung zum Beobachten, zur Anschauung der Dinge als zur Aktivität. Man war schweigsam, aber nicht verschlossen“[1] (WY 251/2).

Als die Russen 1914 in Schlesien einmarschierten, griff Angst in der Bevölkerung um sich, und viele Menschen flüchteten. Die Großeltern hatten sich bereits zu Kriegsbeginn zu ihrem ältesten Sohn nach Berlin begeben, und auch der sechsjährige Wolfgang wurde nun von der Mutter, die zunächst noch in Kattowitz blieb, nach Berlin geschickt. Mit dem Weggang war für Wolfgang Yourgrau „die Phase der frühen Kindheit abgeschlossen“ (WY 251/3); das Erleben der Kontraste zwischen schlesischer Provinz und Großstadt prägte sich bei ihm tief ein:

> „Die Heimat, Oberschlesien mit seinen Gruben, Hochöfen, seinen derben, plumpen, aber warmherzigen Kumpels, seinem saturierten Bürgertum, seiner strengen, ernsten Landschaft, der die Heiterkeit andrer katholischer Provinzen wie Bayern und dem Rheinland abging, – die Heimat verblasste gegenüber dem gewaltigen Erlebnis: Berlin.
> ...
> Berlin war keine Stadt, sondern ein Naturereignis. Staunend betrachtete man die Wunder der Technik, die Ausdehnung der Räume, den Lärm, den Trubel auf den Strassen. Das Leben war hier leichter, die Frauen blickten anders, man sprach eine andere Sprache, sehr rasch, das Tempo wirkte beinahe quälend, so dass man dankbar das stille Heim der Grosseltern betrat“ (WY 251/3f.).

Auch in Berlin lebte Wolfgang Yourgrau überwiegend bei den Großeltern, da seine Mutter als Handelsreisende berufstätig war. Da die Nahrungsmittelversorgung infolge des Krieges immer schlechter wurde, litt Wolfgang Yourgrau bald an Unterernährung, so dass die Mutter ihn kurzerhand zu ihrem Bruder schickte, der als leitender Arzt in einem Kriegslazarett in Plochingen bei Stuttgart arbeitete. Dort fühlte der Junge sich schon bald zum „Inventar“ gehörig (WY 251/6); als er schließlich nach einigen Monaten nach Berlin zurückkehren musste, fiel ihm dies sehr schwer, da das Lazarett ihm „teuer wie eine Heimat geworden war“ (WY 251/8).

---

1 Wolfgang Yourgrau schreibt über sich selbst häufig in der 3. Person Singular oder verwendet das unpersönliche ‚man‘.

> „Meine Grosseltern und meine Mutter waren mir fremd geworden, ich fühlte mich in der Sphäre von Zivilisten überhaupt nicht wohl, trug eine feldgraue Uniform und wäre am liebsten ins Feld gezogen. Es galt aber jetzt mit Hochdruck die allzu lange Schulversäumnis einzuholen, ich wurde ins Werner Siemens Realgymnasium eingeschult“ (WY 251/8f.).

Weil die Mutter weiterhin – wenngleich nicht mehr als Handelsreisende – berufstätig war, hatte sie wenig Zeit für den Sohn, so dass dieser viel Zeit im Hause des ältesten Onkels zubrachte, der es als „Heereslieferant für Schmierseife“ während des Krieges zu großem Vermögen brachte. Wolfgang Yourgrau war von allen Kindern der Familie das jüngste, wurde in diesem Haus deshalb sehr verwöhnt und erlebte dort „Prunk“ und „Prachtentfaltung“ von immensem Ausmaß (WY 251/9):

> „Der Aufstieg dieses Hauses ging wie in einem Märchen vor sich: als der Krieg aus war, wohnte mein Onkel in einer luxuriösen Villa im Grunewald, einem Villenvorort Berlins, in der Nähe der Rathenauschen Villa. Man besass zwei elegante Wagen, Pferdeequipagen, Diener, Gouvernante für die Kinder“ (ebd.).

Als bekanntgegeben wurde, der Kaiser habe abgedankt, erlebte Wolfgang Yourgrau Chaos, „Verwirrung“ (ebd.) und hörte von Soldatenaufständen und Schießereien auf den Straßen. Im Zuge der Arbeiter- und Soldatenaufstände streikten auch die Arbeiter in der Fabrik des Onkels, der zunächst außer sich war:

> „Erst hörte er ihre Forderungen an, dann brüllte er sie an, nannte sie Scheisskerle, die er zu Menschen gemacht hätte, wurde gerührt, als er sie daran erinnerte, wie er sie stets patriarchalisch behandelt habe, bot ihnen Zigarren an, fragte den einen Arbeiter, was die Grete, seine Tochter, mache, ob die Lungen wieder in Ordnung seien, meinte zu einem andern, er müsse den Ältesten, der ein begabter Junge sei, etwas lernen lassen, er würde ihm dabei behilflich sein - - - kurz, die Arbeit wurde wieder aufgenommen, mein Onkel war mit der Republik ausgesöhnt“ (WY 251/11).

Dem Onkel war es möglich, sich mit der neuen Zeit zu arrangieren – mit einem Angehörigen des Soldatenrats schloss er bald enge Freundschaft –, da seine Firma noch stärker florierte als zuvor und der alte Lebensstil beibehalten werden konnte.

Wolfgang Yourgrau konnte, geprägt durch sein patriotisches Umfeld, den heftigen Diskussionen in der Schule nicht recht folgen:

> „In der Schule gab es erregte Debatten, ich verstand eigentlich nicht worum es ging. Ich hatte nie gehört, dass wir den Krieg verloren hatten, nicht in der Schule, nicht in meiner Familie. Ich wusste überhaupt nicht, dass es Sozialisten gab. Ich wusste nur von Bluthunden, von Verbrechern und Mördern, die Offiziere überfielen, Geld raubten, Fenster einschlugen und den Kaiser vertrieben hatten. [...] Ich verstand von all dem Trubel nichts, redete den Erwachsenen nach, was immer sie auch erzählten und sehnte die alte Zeit wieder herbei, den Kaiser, den Krieg, die Paraden, die Feiern“ (WY 251/10f.).

Die Sozialisten, von denen nun zu hören war, blieben für Wolfgang Yourgrau etwas Exotisches; da soziale Probleme zu Hause nicht thematisiert wurden, entwickelte er für „die Tatsache einer sozialen Frage“ (WY 251/23) noch kein Bewusstsein. Gemeinsam mit einem Freund entwarf er eine „Kinderzeitung“ (ebd.), in der er – ohne Kenntnis sozialistischer Theorien – je nach Laune im Wechsel Artikel und Gedichte für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg oder aber gegen den Spartakusbund schrieb.

> „Die Zeitung verteilten wir an Freunde gratis, mein reicher Onkel in der Villa musste mehrere Exemplare kaufen, er zahlte Überpreise, las sie und fand sie köstlich. Als mein Freund, der mit mir das Blatt redigierte, über den dummen Offiziersgeist der Preussen sprach und sich über die Deutschen lustig machte (er war Russe), da schlug ich solange auf ihn ein, bis er aus dem Fenster fiel, – es war nicht weiter gefährlich, denn wir wohnten Parterre“ (ebd.).

Wolfgang Yourgraus Schule, das Werner-Siemens-Realgymnasium, befand sich im Westen Berlins, im Stadtteil Schöneberg. Bei einem großen Teil der Schüler handelte es sich um Juden aus dem Bürgertum, während die Lehrer Christen waren, „Durchschnittsmenschen“, die von den Schülern kaum respektiert wurden und die ihrerseits häufig antisemitisch motivierte Vorbehalte gegenüber den Schülern hegten:

> „die meisten, mässig begabte Burschenschaftler, versoffene oder verspiesserte Existenzen, pauken ihr Pensum herunter, tragen einen Stehkragen, auch um ihren Geist, soweit sie über dergleichen verfügen, sprechen noch immer von ‚mehr Murr [sic!] in den Knochen‘, davon, dass es endlich Zeit wird, ‚DASS ES MAL ANDERS WIRD‘, sind zu innerst alle Teutomanen, mit nur graduellen Differenzierungen, alle

> antisemitisch, die Gebildeteren verbergen es geschickter als die Ungebildeten. Bemühen sich zum grossen Teil um Objektivität, nicht immer gelingt der Versuch“ (WY 251/15, H. i. O.).

Deutlich zu erkennen war das Ausmaß des Antisemitismus an der Schule für Wolfgang Yourgrau auch anhand der Zusammensetzung des Ruderclubs:

> „Ich kann mich nicht entsinnen, dass zu meiner Zeit auch nur ein Jude Mitglied dieses Klubs wurde“ (ebd.).

Auch für die Republik hatten viele der Lehrer nur wenig übrig. Als Hindenburg 1925 zum Reichspräsidenten gewählt wurde, teilte der Französischlehrer der Klasse „mit scharfer Kommandostimme“ mit (WY 251/18), „dass jetzt wieder Ordnung herrschen würde. Anschliessend liess er uns mehrere Male nach Kommando setzen und aufstehen, mit militärischem Ton - - - - dann erst begann der Unterricht“ (WY 251/18f.).

An der Schule, die „als erste deutsche Schule“ (WY 251/19) die Schüler-Selbstverwaltung einführte[2], konterkarierten solche reaktionären Gesten die liberale Einstellung des Direktors Wetekamp, der als glühender Verfechter der Republik galt.

> „Er war ein äusserst liberaler, aktiver Mann, von seltener Lauterkeit des Charakters, den wir alle trotz seines ungestümen Temperamentes tief verehrten. Er litt sehr unter der Schikane der deutschnationalen Lehrer, die die Ausübung seines Amtes scharf beobachteten. Für diesen alten Demokraten waren die Farben Schwarz-Rot-Gold, die Farben der Republik, wirklich eine Offenbarung. Und wenn wir bei Schulfeierlichkeiten diese Fahne aufrollten, dann war unser Direktor stets von neuem sichtlich gerührt“ (ebd.).

Wolfgang Yourgrau war kein guter Schüler; zwar war er wißbegierig und las aus eigenem Antrieb „viel zu Haus, bis spät in die Nacht hinein“ (WY 251/12), doch da es sich bei den Lehrern meist um geistig unbewegli-

---

2 Das Werner-Siemens-Realgymnasium im Bezirk Schöneberg befand sich ab 1903 im Aufbau und wurde 1905 eröffnet; der Direktor Wilhelm Wetekamp übernahm das an einer Charlottenburger Volksschule bereits 1896 von Oscar Seinig eingeführte reformpädagogische Prinzip des Hand- und Werkunterrichts für eine lebendige, alltagsnahe Unterrichtsgestaltung. Neben der von W. Yourgrau genannten Schülerselbstverwaltung waren Gemeinschaftsaktivitäten, Elternbeteiligung, Schulreisen und -feste Teil des Schulkonzepts (vgl. Richter 1981, S. 93).

che Beamte handelte, die noch dem Kaiserreich nachtrauerten und lediglich an reiner Stoffvermittlung interessiert waren, langweilte er sich in der Schule, bis eines Tages ein neuer Lehrer an der Schule eingestellt wurde – „und jetzt wurde das Leben, die Welt auf einmal anders, – schöner, tiefer, inhaltvoll“ (ebd.). Der Lehrer Reinhold Knick, der Wolfgang Yourgrau sechs Jahre lang in Mathematik, Physik, Chemie, Biologie und Deutsch unterrichtete, ermunterte die Schüler zu eigenständigem, kritischem Denken und wurde für Wolfgang Yourgrau zum großen Vorbild, durch das die eigene Existenz vor ihm selbst „erst eine innere Rechtfertigung erhielt“ (ebd.):

> „Seine persönliche Integrität, die unerbittliche Strenge und Härte, die er seiner Person gegenüber übte, wurden mir Vorbild, das Ideal, dem man sich zu nähern bemühte. Er nahm uns voll, er spielte nicht mit uns. Er gestaltete den naturwissenschaftlichen Unterricht interessant, verzichtete auf mechanisches Formelnlernen zugunsten der Anwendung des common sense. Er hat mich gelehrt, auch an Phänomene der Geschichte, der Soziologie, der reinen Geisteswissenschaft mit der Methodik und Geduld des theoretischen Physikers heranzugehen“ (WY 251/13).

Um den Lehrer, dessen „Dasein ausgefüllt war vom Drange nach Erkenntnis, nach Klarheit“ (ebd.), bildete sich ein kleiner Kreis von Schülern, der „in der Schule mit einer Mischung aus Hohn und Achtung betrachtet“ wurde (WY 251/14) und mit dem Knick außerhalb der Unterrichtszeit las und philosophische Fragen erörterte, aber auch lange Wanderungen unternahm.

> „[Er] wies uns Blüten der Literatur, an der der Durchschnittsdeutsche, sogar der Gebildete, achtlos vorüberging, machte uns mit ‚den Stillen im Lande‘ vertraut, lehrte uns Skepsis gegenüber den allzu Lauten, allzu Redseligen - - - er schliff unsern Geschmack, feilte unsern Stil, formte unser Urteil. [...] In der Oberprima schrieb ich eine freiwillige Ferienarbeit über Probleme der griechischen Philosophie, eine Studie von einigen 80 Seiten, die den Niederschlag bildete von all dem Wissensstoff, den mir dieser wunderbare Mensch erschloss. [...] Wir wanderten mit ihm in die Berge, blieben oft viele Wochen mit ihm zusammen. Er lehrte uns Achtung vor dem Lebewesen, vor den natürlichen Erscheinungen der Umwelt. Unter seiner Leitung wagten wir uns an schwere Kletterpartien, vergassen die Fremdheit der Natur gegenüber, die dem Städter eigen ist. Er sprach mit uns über die geistige Aristokratie, die in Verehrung vor allem Grossen und Erhabenen besteht, die Bescheidenheit übt, deren Kritik wohlwollend, nie boshaft ist. Er

> lehrte uns den Spiesser verachten, den Karrieristen, den Demagogen“ (WY 251/13f.).

Wolfgang Yourgrau arbeitete „stolz als Assistent mit“ (WY 251/15) bei Theaterstücken, die der Lehrer gemeinsam mit den Schülern aufwendig inszenierte und die sowohl von Künstlern als auch in der Presse sehr gelobt wurden:

> „Anlässlich einer Aufführung der Schiller-Gozzischen ‚Turandot‘ schreibt Otto Alfred Palitzsch in der Vossischen Zeitung:
>
> > ‚Was drei Sechzehn- oder Siebzehnjährige als Pantalone, Tartaglia und Truffaldino zeigten, das war mehr als Dilettantismus, das war die Darstellung einer Gestalt als persönliches Erlebnis..... Hier liegen die Ansätze zu einem lebendigen Schülertheater.‘
>
> [...] Bedeutende Regisseure wie Barnowsky sind von einigen Aufführungen ehrlich begeistert“ (WY 251/14f.).

In der Pubertät erlebte Wolfgang Yourgrau das Zusammenleben allein mit der Mutter als schwierig, ihm fehlte der Vater, und die in diesem Alter aufkeimenden Fragen, das Empfinden von Verwirrung quälten ihn. In dem Lehrer Knick fand Wolfgang Yourgrau einen väterlichen Ratgeber und Freund, mit dem er bei privaten Zusammenkünften nach einigem Zögern auch über seine Probleme und Nöte sprechen konnte:

> „Da sitze ich nun, habe Hemmungen, finde nicht so richtig den Anfang. Er schaut schweigend auf den Tisch, dann kommt mit wenigen Worten die Hilfe aus seinem Munde, der Bann ist gebrochen, jetzt ergiesst sich ein wilder Strom über ihn: Nöte der Pubertät, Schwierigkeiten im Hause der Mutter, Sehnsucht nach dem Vater, alle seelische und geistige Not bestürmt ihn, dessen Verständnis jeden Fehltritt, jede Leidenschaft, jede Verzweiflung versteht. Man spricht manchmal Stunden, – erschöpft bricht man ab und wartet auf die Reaktion, auf die Antwort. Da gerät man wie verzaubert in ein Vacuum, ein furchtbares Schweigen wird wie aggressiv, fast physisch schmerzend empfunden. Minuten vergehen, sind es gar Stunden? Endlich vernimmt man, leise und langsam, beruhigend schon mit dem ersten Satz, die ersehnte Antwort. Keine Anklagen, aber sittliche Forderungen, Erklärungen, Freundesworte, die Hilfe bringen wollen. Immer wieder, durch all die Jahre hindurch, erfährt man die Erkenntnis, dass im Menschen selbst all das schlummert, was er in die Aussenwelt proji-

> ziert, dass Gott und Teufel neben einander in der eigenen Brust leben, dass es immer wieder gilt, an sich zu arbeiten, sich wieder auf eine höhere Stufe zu *erarbeiten*, nach dem Symbol der Spirale. [...] man [dankt] scheu für . . . . alles, dann fühlt man plötzlich die Hand über den Scheitel streichend, ist mit einem Mal unendlich glücklich und springt wie ein Sextaner, strahlend vor innerer Freude, in die Bahn. Das Leben ist wieder licht geworden" (WY 251/14, H. i. O.).

Wolfgang Yourgrau war durch die stolze Pflege nationalistischen Preußentums in seiner Familie geprägt, eine Haltung, die er zunächst unreflektiert übernahm, so dass er sich als Deutscher verstand, der stolz war auf die Leistungen deutscher Kultur, auf das Verwobensein mit klassisch-humanistischen Bildungstraditionen:

> „In meiner Kindheit und frühen Knabenzeit war ich deutsch-national bis an den Rand eines verzückten Chauvinismus, meine Familie hat diese Eigenschaft noch vertieft und unterstützt, die männlichen Mitglieder meiner Familie hatten, bis auf eine Ausnahme, freiwillig das Gewehr ergriffen, um das Vaterland zu verteidigen, gegen die ‚Welschen' und ‚slawischen Barbaren' und gegen das ‚perfide Albion'[3]. [...] Ich lächelte, wenn diese Teutomanen mit dem Worte ‚Deutsch' Schindluder trieben. I c h wusste, was deutsch war, deutsch war eben die Wissenschaft der Welt, sofern sie geniale Leistungen aufwies, deutsch war der Faust Goethes, die edle Reinheit Novalis, das Pathos Hölderlins, die Weisheit und Toleranz des Humanismus. [...] Deutsch sein hiess eben nach dem Krieg edel sein, gebildet sein, weise und überlegen sein, männlich sein, musikalisch sein, Volk der Dichter und Denker sein, überall führend. Wenn man mit der Gleichung Deutsch = alles Positive rechnete, gingen alle Aufgaben spielend leicht auf, es gab überhaupt keine Probleme mehr, nur noch innerdeutsche" (WY 251/16, H. i. O.).

Diese ‚innerdeutschen Probleme' und Ereignisse allerdings, auch kritische zeitgenössische Kommentare in Blättern wie der ‚Weltbühne', erschütterten Wolfgang Yourgrau durchaus, denn ganz allmählich entwickelte der knapp

---

3 Albion ist ein alter, aus dem Keltischen stammender Name für England (erstmals im 6. Jh. belegt), mit dem aufgrund der sprachlichen Nähe zum lat. ‚albus' (‚weiß') die Kreidekliffküste bei Dover assoziiert wurde. Die pejorative Bezeichnung ‚perfides Albion' wurde 1793 in Frankreich geprägt, nachdem sich die Briten der europäischen Koalition gegen das revolutionäre Frankreich angeschlossen hatten (vgl. Meyers Großes Taschenlexikon 1987, Bd. 1).

14-Jährige, in seiner seelischen und geistigen Reifung durch den Lehrer unterstützt, ein politisches Bewusstsein.

> „Es gab Ereignisse, die rührten an dieser Konstruktion erheblich. So, als ich von dem Rathenaumord erfuhr, dessen Tatort nur 50 Meter von der Villa meines Onkels lag. Ich habe mit Entsetzen das erste Extrablatt der 12 Uhr Zeitung gelesen, das als erste Zeitung den Mord meldete. [...] [Z]u tief reichten aber die Fundamente der Teutophilie als dass sie durch solche Mahnungen ernstlich gefährdet werden konnten“ (WY 251/16).

Bei aller Vaterlandsliebe distanzierte sich Wolfgang Yourgrau gleichzeitig vom Militarismus und einer Fixierung auf die ‚gute alte Kaiserzeit‘. Als er eines Tages eine Einladung erhielt zur Beisetzung des Prinzen Joachim von Hohenzollern, jenes Prinzen, dem er als kleiner Junge in Kattowitz Blumen überreicht hatte, fühlte er diese Distanz besonders deutlich:

> „Man sah die höchsten Offiziere der alten deutschen Armee, ich glaube, dass auch v. Mackensen dort war. Ich fühlte mich in dieser Gesellschaft nicht wohl und wartete nicht mehr das Ende der Feier ab. Es kam mir alles wie ein Spuk vor, diese von der Geschichte schon totgeglaubten Schemen in Uniform, in Paradekostümen. [...] [E]in peinliches Gefühl überkam mich. Die Tragödie verwandelte sich in eine Komödie, deren Figuren durch ihren Ernst, durch die Art wie sie sich wichtig nahmen, so lächerlich, so erschütternd komisch wirkten“ (WY 251/22f.).

Mit dem Antisemitismus der völkischen und nationalsozialistischen Bewegung befasste Wolfgang Yourgrau sich zwar, nahm ihn jedoch nicht ernst, da er die „Rassenlehre nach Art der populären Darstellungen gewisser völkischer Kreise“ als „ein wissenschaftlich nicht zu vertretendes Axiom“ (WY 251/16), „als Ignoranz, ganz einfach als ungebildet“ (WY 251/15f.) ansah. Wolfgang Yourgrau, für den die religiöse Zugehörigkeit keine große Rolle spielte, nahm sich selbst nicht als ‚anders‘ wahr:

> „Ich habe helle Augen, dunkle Haare, bin 1.72 m gross, breitschultrig, guter Sportsmann, der Religion nach Jude, besuche aber den Religionsunterricht nur sporadisch, [...] in meiner Familie gibt es rein christliche Linien“ (WY 251/15).

Dennoch erlebte er auch in der Verwandtschaft Antisemitismus – der Onkel aus Schwaben heiratete nach Kriegsende eine junge Frau, die aus einer christlichen Weimarer Bürgerfamilie stammte und lange kämpfen musste, um die Heirat ihrer Familie gegenüber durchzusetzen. „Die Tatsache, dass er Jude war, fiel schwerer ins Gewicht als sein [kriegsbedingtes] körperliches Gebrechen“ (WY 251/21). Als die beiden später nach Eisenach zogen, lebten sie dort ohne jeden Kontakt zu den Einheimischen, nachdem die Religionszugehörigkeit des Onkels publik geworden war.

Die Inflation 1923 erlebte der 15-jährige Wolfgang, noch ohne Verständnis für wirtschaftliche Mechanismen, „als natürlichen Übergang“ (ebd.):

> „Meine Mutter hatte damals ein Geschäft, zuerst verlor sie viel, dann verdiente sie gut, da sie ein grosses Warenlager besass. Ich sammelte zusammen mit Briefmarken Notgeld und die rasch aufeinander folgenden Noten der Reichsbank mit Interesse, schimpfte mit den Erwachsenen auf die Inflation, fand aber eben alles natürlich, *weil es so war“* (ebd., H. i. O.).

Nach und nach begann Wolfgang Yourgrau sensibler zu werden für die sozialen Probleme der Zeit. Er hörte Vorträge von Gustav Wyneken, Ludwig Klages und Paul Oestreich, und während er bei dem Vortrag von Klages „bittere Enttäuschung“ empfand, weil er dabei „intellektuelle Unsauberkeit, Unernst, ein Appellieren an Sensationen, die im Sensuellen, im Irrationalen lagen“ (WY 251/25), wahrnahm, beeindruckte ihn Oestreich besonders, der „unbarmherzig gegen die Verlogenheit der nationalen Phrase, gegen die haarsträubende Diskrepanz zwischen den Postulaten der Verfassung und dem deutschen Schulwerk“ kämpfte (WY 251/24):

> „Durch Österreich [sic!] wurde ich zum ersten Mal stutzig in bezug auf die Gerechtigkeit in der Verteilung irdischer Güter, durch ihn wurden Dinge, an denen ich bisher achtlos vorüberging, die ich hinnahm so wie ich die Tatsache meiner Gliedmassen ohne nachzudenken einfach als notwendig anerkannte, mit einem Mal wichtig. Das führte noch keineswegs zu sozialistischen Erkenntnissen, sondern blieb vorerst in der Fragestellung stecken. Mich riss Österreich als Persönlichkeit mit, ich bewunderte ihn wie einen herrlichen Fechter, erst allmählich betrachtete ich genau die Probleme, die er beleuchtete“ (ebd.).

Der Jugendbewegung, die ihm „zu viel Künstlich-Gewolltes, Krampfhaftes“ beinhaltete (WY 251/25), blieb Wolfgang Yourgrau fern; er verstand sich zunehmend als ‚Individualist‘ und fühlte sich besonders von den Schriften Hermann Hesses angezogen:

> „Wollte ich in der frühen Jugend durchaus Offizier oder Diplomat werden, so hatte ich mich später einem extrem-geistigen Lebensziel verschrieben, war Individualist, mir war jegliche Cliquenbildung, auch die Clique der Exclusivität zuwider. Ich ging modern, aber bescheiden angezogen, meine Mutter legte viel Wert darauf, dass ich stets sauber und ruhig-elegant, salopp gekleidet war. Da empfand ich schon die Tracht der Bündischen Jugend mit ihrem Schillerkragen, den langen Haaren, den unkleidsamen Gewändern der Mädchen als eine Herausforderung meines Geschmackes. Hesses Demian war das zentrale Erlebnis meiner Jugend, das mich bis in alle Tiefen aufwühlte und erschütterte. Immer wieder las ich dieses Werk, ich träumte von ihm, beschäftigte mich damit. Jedes Gedicht, jeden Aufsatz verschlang ich leidenschaftlich“ (WY 251/25f.).

Auch mit der Medizin beschäftigte sich Wolfgang Yourgrau viel. In der langen Zeit, die er als Kind bei seinem Onkel im Lazarett verbracht hatte, war sie war ihm ein vertrautes Gebiet und „so selbstverständlich wie die Beschäftigung mit Literatur, Kunst und Philosophie“ (WY 251/26) geworden.

> „Ich galt in der Schule als Arzt, man befragte mich in Krankheitsfällen, ich hielt im biologischen Unterricht Vorträge über allerlei medizinische Themen. In meiner Familie ist der Ärzteberuf der am stärksten vertretene, ich verbrachte viele Jahre im Hause eines Arztes, eben meines Onkels, las sehr viel auf diesem Gebiet. Ich hatte manchmal Gelegenheit, meinem Onkel zu assistieren, ich lernte schon mit 14 Jahren Präparate färben, mikroskopieren, Apparate bedienen“ (ebd.).

Als 18-Jähriger kümmerte er sich ein Jahr lang „mit beträchtlichen Erfolgen“ (ebd.) um einen behinderten 16-jährigen Jungen, gab dies dann jedoch auf, weil er „mit der Mutter wegen ihrer Behandlung des Jungen nicht einverstanden“ war (ebd.).

Seinen Interessen und Fähigkeiten entsprechend, reifte in ihm der Plan, Chemie, Medizin oder Pädagogik zu studieren, dabei entwickelte er eine romantische Idealvorstellung der späteren Studienzeit, die in ähnlicher Form bei vielen seiner Generation zu finden gewesen sei:

> „Nun hatte ich die Einseitigkeit des Berufslebens, die damit verbundene Beschränkung auf einen Spezialberuf grade als etwas erkannt, das es zu überwinden galt; die Weite eines Paracelsus, eines Lessing, Novalis, Goethes unbegrenzte Erfassen der Erscheinungen in allen Formen, Typen und Gestalten waren die Wegweiser für die Zukunft. Das Idealbild, das mir vorschwebte, war vielfältig zusammengesetzt. Es galt zunächst zu studieren, alle Wissensgebiete, sofern sie mir etwas bedeuten konnten, zu erforschen trachten, exakte- und Geisteswissenschaften als eine Einheit aufzufassen, das Studium nicht als ein Brotstudium zu betreiben, sondern als Persönlichkeits Bildung; keinem wie immer gearteten ‚ismus' anhängen, lesen, experimentieren, arbeiten, hören, in esoterischem Kreis das Erfahrene durch geistigen Austausch läutern. Dann, mochten ruhig viele Jahre darüber vergehen, bei einer kleinen Universität bleiben, die Habilitation in der Philosophischen Fakultät durchführen und junge Menschen lehren, die Welt mit neuen Augen zu sehen, sie lehren, das Hirn zu gebrauchen, gemäss den Erkenntnissen der modernen Naturwissenschaft, mit Hilfe der Lehren Freuds, Einsteins. War doch alles dem Fortschritt, der Technisierung hingegeben. [...] Und so war das endliche Ziel, das Ideal, wenn man so will, das Dasein eines Gelehrten, abseits vom Tagesbetrieb, aber wirklichkeitsnah, modern, lebendig und offen allem Neuen. Nicht heiraten, da die Ehe für den geistigen Menschen eben einen Kerker bildete. Verkehr mit klugen, katholischen Gelehrten, mit Ostasiaten, mit amerikanischen Forschern, Gedankenaustausch mit Dichtern und Denkern, Reisen, Konzerte, eine ungeheuer grosse Bibliothek. Das war das Milieu, in dem ich arbeiten wollte, das war das Ideal meines Lebensbildes" (WY 251/26f.).

Der Schule wurde Wolfgang Yourgrau in den letzten beiden Jahren vor dem Abitur überdrüssig, er fühlte sich ihr „innerlich längst entwachsen" (WY 251/19). Er begann gemeinsam mit einigen gleichgesinnten Mitschülern, die Schule zu schwänzen:

> „[M]an [traf] sich in einem Café im Zentrum der Stadt, spielte Billard oder Ping Pong, frühstückte mehrmals, fuhr in irgendeinen Vorort, philosophierte, las, – tauschte intime Erfahrungen aus – und erschien gegen Mittag zu Haus, abgekämpft vom anstrengenden Pensum der Schule. Wir gingen sehr elegant angezogen, dünkten uns den Lehrern auf allen Gebieten überlegen, ärgerten sie durch Ironie und Spott, ihre Strafandrohungen machten keinerlei Eindruck auf uns" (WY 251/19).

Wolfgang Yourgrau war intelligent und begabt; er war jedoch aufgrund der Umzüge während des Krieges schon älter als die meisten seiner Mitschüler und fühlte sich im Unterricht nicht recht gefordert, lediglich den Unterricht des Lehrers Knick wusste er noch zu schätzen:

> „Ich [...] war ungemein faul, war am Schulbetrieb überhaupt nicht interessiert, fand die Lehrer ungemein dumm und ungebildet, mit Ausnahme von Knick. Im Deutschunterricht ragte ich weit über die Klasse, schrieb die besten Aufsätze, war philosophisch schon universitätsreif, mathematisch war ich begabt, aber auch in diesem Fach faul, Chemie und Physik interessierten mich, dafür arbeitete ich auch, im Geschichtsunterricht war ich nicht selten der Beste, meine Belesenheit brachte mir einen grossen Vorsprung gegenüber den andern ein. Wir waren ein Kreis von 3-4 Schülern, der eng zusammenhielt und der sich als Elite und geistige Auslese betrachtete“ (WY 251/19f.).

Im August 1925 absolvierte Wolfgang Yourgrau „als dritt- oder viertbester“ (WY 251/21) das Abitur.

> „Ich war überaus glücklich, die Schulzeit überwunden zu haben; der Abschied von Knick war nicht so schmerzvoll, da wir Freunde geworden waren und grade jetzt, nach Beendigung der Schulzeit, ohne dienstliche Rücksichten zusammensein konnten. In meinem Zeugnis steht, dass ich beabsichtige, Chemie zu studieren“ (ebd).

***

Nach dem Abitur begann Wolfgang Yourgrau, in Berlin Chemie zu studieren. Er zog aus der Wohnung der Mutter aus und verdiente sich das nötige Geld für Lebensunterhalt und Zimmermiete zunächst als Klavierspieler in einem Kino, dann als Arbeiter im Straßenbau. So kam er zum ersten Mal in engeren Kontakt mit Arbeitern und wurde durch die eigene Erfahrung von Arbeitslosigkeit und Existenzangst sensibel für ihre Nöte. Er wurde Gewerkschaftsmitglied und Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei, setzte sich mit sozialistischen Theorien auseinander, lehnte es jedoch ab, selbst politisch aktiv zu werden.

Eine Bekannte stellte für Wolfgang Yourgrau Kontakt zu Albert Einstein her, der seine Arbeiten begutachtete, um ihn für ein Stipendium vorzuschlagen. Von 1930-32 erhielt er ein Stipendium von der Abraham-Lincoln-Stiftung und studierte unter anderem Physiologie bei Wolfgang Köhler, Ordina-

rius für Philosophie und Experimentalpsychologe sowie Physik bei Erwin Schrödinger, bei dem er 1932 promovierte und dessen Assistent er wurde. Für einige Zeit arbeitete Wolfgang Yourgrau nebenbei noch als Regieassistent an den Berliner Barnowsky-Bühnen, fühlte sich in der Theaterwelt jedoch zunehmend unwohler und beendete diese Arbeit. Er nahm Kontakt zu seinem Vater auf, der, wieder verheiratet, in Brüssel lebte, und den er dort besuchte. Auf der Rückreise brach im Zug ein Feuer aus, von dem Wolfgang Yourgrau schwere Verletzungen davontrug; für die Klage auf Schadensersatz musste er sich – letztlich erfolglos – zermürbenden Prozeduren aussetzen.

Am 1. April 1933, dem sogenannten Boykottag, wurde er im Geschäft seiner Mutter zusammengeschlagen und hatte anschließend Mühe, ärztliche Behandlung zu erhalten. Perspektivlosigkeit angesichts fehlender Arbeit und des erfolglosen Prozesses, der erfahrene Antisemitismus sowie das allmählich von ihm erkannte Gefahrenpotential der politischen Entwicklung brachten Wolfgang Yourgrau zu dem Entschluss auszuwandern. Er wurde darin durch einen Brief Hermann Hesses, mit dem er offenbar in Briefwechsel stand, bestärkt. Er verließ Deutschland im gleichen Jahr, ging zunächst nach Lettland, wurde dort ausgewiesen, und ging über Polen weiter nach Palästina, wo er als Dozent und Lektor für die Gewerkschaft *Histadrut* tätig wurde und sich Studien über den Nahen Osten widmete. Ab 1942 gab er gemeinsam mit Arnold Zweig die antifaschistische deutsche Exil-Wochenzeitschrift *Orient* heraus, deren Lizenz er erworben hatte und die sich stark an der deutschen *Weltbühne* orientierte. Die Zeitschrift, in der u. a. Else Lasker-Schüler, Alfred Polgar, Lion Feuchtwanger, Max Brod und Siegmund Freud veröffentlichten, war massiven Angriffen von Zionisten ausgesetzt, die in einem Bombenanschlag auf die Druckerei gipfelten.

Im April 1943 musste das Erscheinen der Zeitschrift eingestellt werden. In Palästina heiratete Wolfgang Yourgrau eine Augenärztin, die er bereits in Berlin kennengelernt hatte. 1935 wurde das erste Kind, eine Tochter, geboren; es folgten noch die Söhne Barry, Tug und Palle. In Jerusalem war Wolfgang Yourgrau tätig für den englischen Militärrundfunk, lehrte an der ‚School of Higher Studies‘ und publizierte unter dem Pseudonym Hermann Tuggelin. 1949 ging er mit der Familie nach Südafrika, dem Geburtsland seiner Frau, wo auch der Sohn Barry geboren wurde. Dort lehrte und forschte Wolfgang Yourgrau an den Universitäten von Kapstadt, Witwatersrand und Natal. Ab 1959 war er Professor für Wissenschaftsgeschichte und -philoso-

phie in den USA, zunächst an der Universität in Minnesota, ab 1963 in Denver. Er veröffentlichte mehrere Werke zur Quanten- und Thermophysik und war Mitherausgeber der Zeitschrift ‚Foundations of Physics'. Wolfgang Yourgrau starb am 18. Juli 1979 in Denver.

W.M. Citron

„Wir waren die Staatsjugend, aber der Staat war schwach“

W.M. Citron wurde 1905 in Berlin geboren und wuchs dort mit einem vier Jahre älteren Bruder in einer gut situierten jüdischen Familie auf.[1] 1914 erlebte er die Kriegsbegeisterung mit, wie auch später die zunehmende Knappheit aller Güter und Lebensmittel und die Einschränkungen des Schulunterrichtes. Sein Vater meldete sich als Arzt freiwillig zum Militärdienst und kam in Rußland zum Kriegseinsatz. Niederlage und Revolution waren für W.M. Citron völlig unerwartete Ereignisse; in seiner Familie und im weiteren Bekanntenkreis wurde die Niederlage nicht vermutet; Kontakte zur Arbeiterbevölkerung gab es nicht, die Revolutionsstimmung nahm die Familie nicht wahr. Am Tag nach der Revolution, dem 10. November 1918, feierte W.M. Citron seinen 13. Geburtstag. Sein Vater war aus dem Krieg zurückgekommen.

> „Ich bekam zum Geburtstag u. a. zwei kleine Schiffchen aus Metall, die im Wasser schwimmen konnten. Und nach langen Debatten wegen der Wasserknappheit die Erlaubnis sie in der Badewanne auszuprobieren. Die Stimmung war sehr gedrueckt. Ich entsinne mich, dass unsere Lehrer in der Schule in diesen Tagen wortkarg und ungewoehnlich waren“ (WMC 44/5).

In der folgenden Zeit wurde W.M. Citron mit den unterschiedlichen politischen Strömungen konfrontiert. Er suchte darin nach seinem Standort:

> „Mit dem Jahre 1919 veraenderte sich unser Schul- und Privatleben voellig. Die oeffentlichen Probleme die Fragen nach dem ‚Wohl des Vaterlandes‘ waren in der Kriegszeit reichlich unserer geistigen Kost beigesetzt worden, jetzt folgte die Erkenntnis dass es darueber viele, in Deutschland besonders viele Meinungen gab. Es war der Einbruch der Politik. In dieser Periode endete der Burgfrieden in der Schule

1 Seine Kindheit im Kaiserreich ist in Blömer/Garz 2000, S. 199ff. dargestellt.

> zwischen links und rechts das hiess Republik und Monarchie, arm und reich, Proletarier und Buerger, Jude und Christ. Z. B. hatten wir einen Geschichtslehrer, der in jeder Geschichtsstunde auf das Verbrechen der deutschen Revolution hinwies, und ich entsinne mich sehr deutlich, weil es fuer mein ganzes spaeteres Leben von ausserordentlicher Wichtigkeit war, dass ich jedesmal widersprochen habe. Nun war der Mann ein sehr bekannter Politiker im Nebenberuf. Er war Leitartikler der ‚Taeglichen Rundschau'. Sein Name war Prof. Reichel. Natuerlich war auch mein politisches und historisches Wissen das eines 14jaehrigen den Argumenten des Lehrers nicht gewachsen. Dazu bedeutete das Mitreden oder sogar Diskutieren mit dem Lehrer ein Verstoss gegen die Schulordnung, der ein Schuljahr kosten konnte" (WMC 44/5f.).

Schüler „der verschiedensten sozialen Gruppen" (WMC 44/6) besuchten seine Schule, die Kaiser-Friedrich-Schule in Berlin-Charlottenburg. Sehr viele wohlhabende Familien, darunter besonders viele wohlhabende jüdische Familien, schickten ihre Söhne dorthin.

> „Ich weiss, dass aus einer Klasse von 36 Schuelern ungefaehr 15 Juden waren. Mein Bruder dagegen, der einen weiteren Schulweg in eine einfachere Stadtgegend als ich hatte besuchte eine Schule, deren Schueler vorwiegend kleinbuergerlicher Herkunft waren, und auf der in dieser Zeit die Spannungen auch nicht so gross waren" (WMC 44/6).

Die Schüler der Kaiser-Friedrich-Schule traten „allen moeglichen Organisationen politischer Faerbung" (ebd.) bei. Heftige Diskussionen begleiteten die Einrichtung eines Schülerrates und eines Schülerparlamentes; an der Politisierung des Schulbetriebes waren Schüler und Lehrer in gleichem Maße beteiligt.

> „Wichtig aus dieser Zeit erscheint mir die Entwicklung der reaktionaeren Jugendbewegung in Deutschland, die ich selbst miterlebt habe, und die die Keimzelle der nationalsozialistischen Bewegung darstellen sollte. Es gab den sogenannten ‚Deutschnationalen Jugendbund'. Das waren junge Leute, die in sportaehnlichen und halbmilitaeren Verbaenden z. T. auch unter Anlehnung an Studentenverbindungen die Reaktion in Deutschland wollten. [...] In dieser Zeit faellt auch der erste Zusammenstoss mit dem Antisemitismus für mich. Es wurde naemlich offenbar, dass alle die Mitschueler, die diesen reaktionaeren Jugendbuenden angehoerten, soweit das nicht schon frueher der Fall

war, mit den juedischen Mitschuelern privat nicht verkehrten. Die Situation war aber so, dass wir juedischen Mitschueler mit diesen antisemitisch von Hause aus beeinflussten Kameraden gerade ueber die Judenfrage sehr viel diskutiert hatten. Es war uebrigens nicht schwer, die Gesinnung unserer Kameraden zu erraten, denn die Mitglieder des deutschnationalen Jugendbundes trugen auch in der Schulzeit zwar verbotene, aber geduldete schwarz-weiss-rote Abzeichen. Die Argumentation mit unseren christlichen Kameraden ueber die Judenfrage endete theoretisch immer zu Gunsten der Juden. Die Christen stellten Behauptungen auf, ‚dass Lenin ein Jude war', ‚dass die Juden alle Banken, die ganze Industrie in Deutschland beherrschten', ‚dass die Berliner Juden alle vorgestern aus Russland kaemen usw.'. Die juedischen Schueler widerlegten diese Behauptungen am naechsten Tage mit Konservationslexika und Statistiken. Es ist ja bekannt, dass bei Kindern grosse Unterschiede in kurzen Zeitraeumen sich entwickeln, und die juedischen Schueler waren wesentlich fruehreifer, argumentationssicherer. Das Konversationslexikon wurde anerkannt, aber der Mitschueler aus dem deutschnationalen Jugendbund kam aus jedem Heimabend mit neuen Argumenten in die Schule. Wesentlich erschwert war die ganze Situation auch noch dadurch, dass es viele juedische Mitschueler gab, die teils aus zionistischen, teils aus orthodox-juedischen Gruenden sich von den Christen ihrerseits absonderten. Meine Eltern haben mir auch als Kind niemals Vorschriften ueber meinen Umgang gemacht, aber ein grosser Teil der sogenannten Schulfreunde aus anderen sozialen Kreisen verlor ich damals unbemerkt" (WMC 44/7f.).

Wohlhabende Familien besaßen damals Abonnements für den Zoologischen Garten. Viele Kinder verbrachten dort ihre freien Nachmittage. Auch W.M. Citron gehörte dazu und erlebte einmal eine gewaltsame Auseinandersetzung.

„Es gab einen Kinderspielplatz, und wenn die jungen Leute heranwuchsen, gingen sie zu den Nachmittags-Konzerten, wo sich eine Art Korso auch der Eltern bildete. Es ist mir natuerlich als Kind nicht klar geworden, dass die Tatsache eines regelmaessigen Besuchs dieses Kinderspielplatzes die Zugehoerigkeit zu einer bestimmten sozialen Klasse voraussetzte. Erinnerlich ist mir, dass auch in diese Spielatmosphaere mit der Revolution in Deutschland eine politische Gruppierung kam. Und sehr deutlich erinnerlich ist mir eine Gruppe von aelteren Spielgefaehrten, die uns juengere einschuechtern wollte, sodass es einmal zu einer regelrechten Schlacht auf diesem Spielplatz

kam. Es handelte sich darum, dass auf diesem Spielplatz auch Murmeln gespielt wurden. Und zwar auf ganz besondere Weise mit ganz besonderen Murmeln ‚Zoomurmeln', die nur auf diesem Platz in einem sehr eleganten Spielzeugladen zu einem festen aber sehr teuren Preis zu haben waren. Ich erinnere mich noch die Murmeln hatten nach ihrer Farbe verschiedene Werte. Das Spiel wurde in einem Kreis gespielt aus dem man mit noch teueren ungefaehr 5 cm starken Stahlkugeln, sogenannten ‚Schiebern' die einzelnen Murmeln herausstossen musste. Die Murmeln, die auf dem Spielplatz verkauft wurden, verkauften die Kinder unter sich. Der Preis war fuenf Pfennig für 1 000 Murmeleinheiten. Es entwickelte sich eine Art Boerse, und wer den Preis unterbot, wurde vom Boersenvorstand verpruegelt und von Beteiligung am Spiel ausgeschlossen. Auch hier wurde die juedische Frage akut. Die angedeutete Szene spielte sich so ab, daß 6 oder 7 aeltere Jungens von ca. 17, 18 Jahren die Fortsetzung des Spiels inhibierten, alle Spieler zusammen riefen und folgendes erklaerten:

‚Wir werden jeden verhauen und euch nicht weiterspielen lassen, wenn ihr nicht jeden von uns jeden Tag tausend Murmeleinheiten gebt. Ihr seid alles Juden und habt Geld euch Murmeln zu kaufen, weil eure Vaeter Schieber sind. Wir sind Soehne von preussischen Offizieren, und werden hier für Ordnung sorgen.'

Die Anfuehrer dieser Revolte waren zwei Brueder von denen der eine sehr gross und schlacksig war. Sein Bruder war kleiner und hatte eine verstuemmelte Hand. Es fehlte ihm der kleine Finger der rechten Hand, was wir beim Murmelspielen und auch sonst mit dem aus Ekel und Bewunderung gemischtem Gefuehl, das Kinder fuer Gebrechen haben, gemerkt hatten. Es gehoerte zum Comment auf diesem Spielplatz, dass sich die Kinder zum groessten Teil nicht beim Namen kannten. Die Szene endete mit einer fuerchterlichen Pruegelei. Die Direktion des Zoologischen Gartens in Person der Parkwaechter schritt ein. Ruhe und Ordnung wurde wieder hergestellt. Einige Jahre spaeter habe ich das Bild der beiden Raedelsfuehrer in allen deutschen Zeitungen wiedergesehen, die Personalbeschreibung des juengeren mit der verstuemmelten Hand gelesen: ‚Es waren die Brueder Techow, die den demokratischen Verstaendigungsminister Walter Rathenau ermordet haben.' Ich habe diese Episode hier erwaehnt, weil es damals viele Techows in Deutschland gab, und weil deren Verhalten ueberaus typisch war" (WMC 44/8ff.).

W.M. Citron ging schon als 15-jähriger mit Begeisterung ins Theater. Als Max Reinhardt das Schauspielhaus in Berlin eröffnete, war er bei der ersten Vorstellung dabei:

> „Wie viele meiner Schulfreunde gingen wir damals auf die billigen Galerieplaetze, zu den sogenannten Premieren. Laenger als die Vorstellung dauerte das Besorgen der Karten und das Anstehen vor Beginn der Vorstellung. Die Orestie des Aeschilos in dieser Auffuehrung beginnt mit einer Szene, in der ein Krieger aus dem Felde nachhause kommt, und den Boden der Heimat kuesst. Diese Szene wirkte nach dem Kriegsende so ueberwaeltigend, wie es zu keiner Zeit sonst erklaerlich gewesen waere. Ich erinnere mich sehr vieler Theaterbesuche auf den lebensgefaehrlichen Galerieplaetzen des Reinhardtschen deutschen Theaters in Berlin. Es wurden besonders seine beruehmten Shakespeare- und deutschen Klassikerauffuehrungen fuer uns eindrucksvoll. In dieselbe Zeit faellt auch die Politisierung des Berliner Theaters. Ich entsinne mich vieler Raufereien um Leopold Jessners unkonventionelle Inszenierungen deutscher Klassiker, die das konservative Stammpublikum des frueher koeniglichen Schauspielhauses reizte“ (WMC 44/10f.).

Auch die Literatur begeisterte W.M. Citron in dieser Zeit, er las „sehr viel und sehr wahllos“ (WMC 44/11). Im Deutschunterricht erlebte er „neuartige Unterrichtsmethoden. Der deutsche Unterricht wurde zu einem politischen-literarischen Forum“ (ebd.). W.M. Citron hielt 40-minütige Vorträge über Dostojewski, Gottfried Keller und Gerhart Hauptmann und lernte dabei, frei zu sprechen. Die Schüler diskutierten auch über die pädagogischen Methoden, die sie erlebten:

> „Eine merkwuerdige Erscheinung war, dass viele von uns – wir waren damals ungefaehr 15 Jahre alt – sich sehr lebhaft fuer die theoretische Paedagogik interessierten. Wir wurden in den Kampf hineingezogen, den die sogenannte entschiedene Schulreform um moderne Unterrichtsmethoden in Deutschland fuehrte. Unserer eigenen Fortbildung hat das nichts genutzt. Die Schule wurde immer mehr der Mittelpunkt unserer Interessen, während frueher zwischen Schule und Haus eine scharfe Trennung war. Es wurden Vereine aller Art gegruendet. In diese Zeit faellt auch die erhoehte sportliche Betätigung in der Schule. Ich entsinne mich von Fahrten über Land mit Schulteams zu Wettturnen und Handballmatch“ (ebd.).

W.M. Citron erbrachte in einigen Fächern wie Deutsch, Geschichte, Turnen und Religion gute Leistungen, mit denen er die weniger guten Leistungen in Griechisch und Mathematik ausgleichen konnte.

> „Hauptsaechlich mag das daher gekommen sein, dass wir Schueler nie gelernt haben, wie man eigentlich arbeitet, und dass Jeder nur gerade das tat, was ihn interessierte. Die revolutionaere Stimmung der Zeit machte auch den Lehrer unsicher. Ich selbst habe viele Jahre spaeter viele Dinge nachholen muessen, die zu lernen mich damals niemand gezwungen hatte. Mein Vater war ein sehr viel beschaeftigter Arzt, dem es zwar Spass machte sich an seine Jugend zu erinnern, wenn er mit mir griechische Klassiker las, aber keine Zeit hatte, sich eingehender mit uns zu beschaeftigen“ (WMC 44/12).

1921 wechselte W.M. Citron die Schule und ging auf das Sophien Gymnasium:

> „Ich glaubte dass es dort angenehmer fuer mich waere. Diese Schule war ein sehr altes, humanistisches Berliner Gymnasium. Dort war kein so moderner Geist, wie in der anderen Schule“ (ebd.).

Immer wieder erlebte er politische Unruhen in Berlin:

> „Als ich kurz vor meinem Abschlussexamen stand, waren vor meiner neuen Schule Unruhen und Schiessereien. Ich entsinne mich auch, dass auch einmal grosse Unruhe bei uns zuhause war, weil ich waehrend der sogenannten Spartakus-Unruhen in Berlin[2] um viele Stunden zu spaet nachhause kam. Ich entsinne mich dieser Tage sehr deutlich. Die Schule lag in der Naehe des Alexander Platzes, und wir gingen oefters zu Fuss bis unter die Linden. Vor einem ungeheuren Menschenhaufen stand ein Mann auf einem Gefaehrt und redete. Ich konnte damals schon nicht vorbeigehen, wenn ich den Strom oeffentlicher Erregung spuerte. Der Mann redete hinreissend von der verpassten Gelegenheit der deutschen Revolution. Kurz danach war er ermordet. Es war Karl Liebknecht“ (ebd.).

Nach dem Abitur bekam W.M. Citron auf Grund verwandtschaftlicher Beziehungen einen Lehrvertrag als kaufmännischer Lehrling bei der Karl Lindström Aktiengesellschaft, einer Grammophonfabrik, mit der Zusage, dass er nach der Ausbildung im Ausland beschäftigt würde. Die Firma hatte keine eigene Ausbildungsstätte für Lehrlinge, so wusste der Personalchef zunächst

---

2 Vgl. Blömer S. 231.

nicht viel mit ihm anzufangen. Doch im Laufe der Zeit arbeitete W.M. Citron in vielen Abteilungen mit. Ein immer gleich bleibendes Taschengeld war sein Verdienst. Die Auswirkungen der Inflation erlebte er zu Hause wie auch im Betrieb unmittelbar mit.

> „Das Geld veraenderte taeglich seinen Kurs. Wir hatten z. B. neben dem Sprechzimmer meines Vaters einen Salon, und waehrend der Sprechzeit am Nachmittag musste da immer jemand sein. Die Krankenschwester schob, wenn der Patient das Zimmer verlassen hatte das Honorar durch die Tuerritze, und davon wurde irgend etwas gekauft, bevor der Dollar wieder gestiegen war. Mein Vater hatte eine Anstellung am Berliner Gesundheitsamt und die schickten alle drei Tage nach komplizierten Schluesseln errechnete Betraege. Im Geschaeft bekam ich nur ein Taschengeld, und das veraenderte sich nicht. Die Firma besorgte ihren Angestellten, wie die meisten Berliner Grossbetriebe Lebensmittel soviel sie heranschaffen konnte, die am Ende des Monats mit dem in Gold berechneten Gehalt verrechnet wurden. Ich habe mich damals um mein Gehalt in der Firma nie gekuemmert, als sich aber herausstellte, dass ich zuzahlen sollte, weil ich im Laufe des Monats fuenf Pfund Erbsen bezogen hatte, wurde ich vorstellig, und mein Gehalt wurde auf monatlich 10 Pfund Erbsen [...] festgelegt. Dabei ist es auch bis zum Ende der Inflation geblieben“ (WMC 44/13f.).

Neben seiner Arbeit im Betrieb verdiente sich W.M. Citron als Buchhändler zusätzliches Geld:

> „Nun war das kein normaler Buchhandel. Es basierte darauf, dass ich eine Reihe von an Buechern interessierten, beruflich taetigen Leuten kannte, die keine Zeit hatten in die Buchhandlungen zu gehen. Die meisten selbstaendigen Berufstaetigen, besonders Bankiers und Kaufleute hatten damals bis in die Nacht zu tun. Auch ich ging in keine Buchhandlung und in keinen Laden. Es gab damals wie fuer nichts auch fuer Buecher keine festen Preise und keine festen Geschaefte. Auf der Strasse standen Wagen, die sonst Obsthaendlern gehoert hatten und verkauften Buecher. Worauf es ankam war der Dollarkurs, er ging fast taeglich herauf. In Stunden und halben Tagen war ein Gegenstand in Mark 5-20 % mehr wert und fuer die Mark konnte man sich vieles noch zum gleichen Preise als vorher kaufen, denn sehr viele Betriebe und Geschaefte kamen mit den Preisen nicht so schnell nach und es war verboten in Gold Preise zu machen. Jeden Abend nach dem Geschaeft ging ich zwei Stunden durch die Strassen und kaufte fuer meine Kunden Buecher ein und lieferte sie am anderen

> Tage zum neuen Dollarkurs ab. Fuer die Differenz kaufte ich mir zu einem Teil selber Buecher, und versuchte den Rest so schnell wie moeglich auszugeben“ (WMC 44/14f.).

Die Inflation hatte groteske Auswirkungen. In der Firma, in der W.M. Citron arbeitete, waren 100 Personen damit beschäftigt, die Löhne auszurechnen und auszuzahlen, wozu vor der Inflation drei bis vier Personen ausgereicht hatten.

> „Drei volle Tage in der Woche sass ich mit ca. 100 anderen Leuten in einer grossen Halle und sortierte Geld. Wir hatten grosse Mengen verschiedenster Scheine vor uns, die wir zu Paketen buendelten. Diese Pakete wurden mit Stricken zusammen gebunden und jedes derselben wurde dem Arbeiter als Wochenlohn uebergeben. Ich entsinne mich z. B., dass die Papiergeldwochen-Loehnung so schwer war, dass keiner von uns Beamten fuer mehr als 10 Arbeiter das Geld tragen konnte, und dass kein Arbeiter seine Loehnung in die Tasche stecken konnte. Jeder brachte sich eine Tuete mit ungefaehr so gross als man zu 5 Pf. Kartoffeln braucht, und verliess damit beladen die Fabrik“ (WMC 44/15f.).

Als W.M. Citron einige Millionen Mark durch einen Kunden bei seinem Buchhandel verdient hatte, kaufte er sich einen etwa einen Meter langen Pappkoffer, presste seine Geldbündel von 5 000 Markscheinen hinein, Zahnbürste und Pyjama hinzu und reiste nach Weimar, um diese Stadt und das Nietzsche-Museum dort zu besichtigen. Bei der Rückkehr reichten die letzten 5 000 Markscheine nicht mehr für ein Mittagessen.

Wesentlich für die weitere Entwicklung W.M. Citrons wurde seine Mitarbeit in der politischen Jugendbewegung und seine Begegnung mit Arbeiterkreisen.

> „Ausserdem hatten alle Parteien Jugendorganisationen und in den Köpfen vieler junger Menschen damals war ueberhaupt die Idee, dass die Jugend in Deutschland, worunter man Leute bis zu 20 Jahren verstand, gegenueber der Vorkriegs-Generation eigene Ziele hatte. Die Studenten hatten hunderte von Organisationen. Ich selbst war damals Mitglied eines Jugendverbandes, der sich republikanischer Jugendbund, ‚schwarz-rot-gold‘ nannte. Das war eine Sammelorganisation der verschiedensten Gruppen. Die Regierung unterstuetzte alle nichtreaktionaeren Jugendorganisationen. Wir hatten hunderte von Versammlungen. Minister kamen zu uns, und wir waren tatsaechlich in die Tagespolitik eingespannt. Es ging um demokratische und pazifis-

> tische Ideale, besonders aber um den Kampf gegen die Reaktion. Wir gingen aufs Land, und sahen nach, dass an jedem Gebaeude der oeffentlichen Hand der kaiserliche Adler abgenommen und durch die schwarz-rot-goldene Fahne ersetzt war. Sehr haeufig war dies nicht der Fall. Wir wurden verpruegelt und verpruegelten andere. Wir waren die Staatsjugend, aber der Staat war schwach. Wir gaben eine Zeitschrift heraus, in der ich manchmal in derselben Nummer lyrische Gedichte und aussenpolitische Leitartikel ueber die Notwendigkeit der deutsch-franzoesischen Verstaendigung schrieb. Wir hatten Gruppen fuer alles. Es waren alles junge Leute und fuer viele war die ganze Sache auch nur eine Gelegenheit mit anderen jungen Leuten zusammen zu sein. Die politischen Fahrten mit Versammlungen, Reden und Diskussionen wurden verbunden mit alkoholischen und sonstigen Freuden. Es war – wenn ich heute darueber nachdenke – ausgesprochene revolutionaere Gaehrung. [...] Ich selbst habe damals meine Bureuarbeit gemacht und bin bis spaet am morgen in Versammlungen, Redaktionssitzungen, auf Festen gewesen. Aus diesen Bewegungen sind sehr viele der juengeren deutschen, fortschrittlichen Politiker hervorgegangen, besonders da natuerlich auch an der wirklichen politischen Schulung gearbeitet wurde“ (WMC 44/17f.).

Einmal bekam W.M. Citron Gelegenheit, die Idee der Jugendbewegung in einem Gespräch mit dem ehemaligen Botschafter in Tokio, Dr. Solf, vorzustellen. Dr. Solf war 1920 nach Berlin zurückgekehrt und wollte sich über alles Neue, auch über die Jugendbewegung, informieren. Der zuständige Geheimrat des Innenministeriums hatte große Mühe, passende und bereitwillige Jugendvertreter zu finden, bis er bei einem Besuch bei seinem Freund, „dem Kommerzienrat Guggenheim, dem Inhaber einer schwer-industriellen Maschinenfabrik Augsburg-Nuernberg“ (WMC 44/19), diesen sagen hörte: „Mein Sohn ist naemlich, wie heute viele 19jaehrige Millionaerssoehne, Kommunist“ (ebd.). Sofort fragte der Geheimrat den jungen Guggenheim, ob er Mitglied einer kommunistischen Jugendorganisation und zum Gespräch mit Dr. Solf bereit sei. Der junge Guggenheim war Vorsitzender einer kommunistischen Jugendgruppe, nahm die Einladung an und forderte W.M. Citron auf, am Gespräch teilzunehmen, weil unterschiedliche Jugendgruppen vertreten sein sollten.

> „Die kommunistische Jugend war nur 10% der republikanischen Jugendbewegung, und Excellenz Solf wollte doch ein genaues Bild haben. Guggenheim versprach einen jungen Demokraten mitzubringen. Und in dieser Eigenschaft war ich dann bei dem Fruehstueck und

> habe dem Minister erzaehlt und zu erklaeren versucht, was wir wollten. Diese Episode ist mir umso erinnerlicher, und sie ist umso typischer, als mir meine Freunde aus der Jugendbewegung die Tatsache, dass ich dieser Einladung Folge geleistet habe, damals sehr uebel genommen haben. Sie hielten naemlich unsere Bewegung für kaempferisch und die aeltere Generation d. h. alle Leute ueber zwanzig en bloc fuer Feinde. Ich habe aus dieser Rede etwas profitiert. Der Minister Solf hat mir naemlich damals den Rat gegeben doch auch etwas akademisch fuer meine Bildung zu tun, und hat mir nahe gelegt, doch einige Vorlesungen ueber Geschichte, Nationaloekonomie an der Universitaet zu belegen, was ich auch getan habe" (WMC 44/19f.).

W.M. Citron bekam durch seine Mitarbeit in der Jugendgruppe Einblick in unterschiedliche Gesellschaftskreise:

> „[In der republikanischen Jugendbewegung] trafen sich proletarische Elemente, buergerliche und die damals sehr stark hervortretenden Zwischengruppen, naemlich entwurzelte Buerger und ins buergerlich tendierende Proletarier. Wir hatten kommunistische Grafen und Arbeitersoehne, die fuer Gobineau schwaermten. Zu unseren Vorstandsmitgliedern gehoerte der zweite Sohn des damaligen Reichspraesidenten Karl Ebert. [...] Mit ungefaehr ein Dutzend Freunden waren wir einmal zu Besuch bei dem jungen Ebert in der Wohnung seines Vaters. Von den offiziellen Raeumen ging man in eine recht bescheidene 5Zimmerwohnung. Es gab Kaffee und Kuchen und war wesentlich bescheidener als der durchschnittliche deutsche Buerger gewohnt war" (WMC 44/20).

In seiner Firma wurde W.M. Citron unerwartet aus dem Büro in die Fabrikation versetzt, als dort ein Hilfsexpedient erkrankte. Plötzlich musste er 70 bis 80 Packer kommandieren und bekam „engere Fuehlung mit deutschen Proletariern" (ebd.):

> „Ich habe in diese Arbeit mehr hineingelegt, als wahrscheinlich noetig war. Aber ich habe mit diesen 70 Leuten gut gearbeitet, und viel gesehen, was jemand meiner Art in Deutschland damals verschlossen war. Deutsche Arbeiter auch im Privatleben, ihr Elend, ihre Sorgen, und die unbeschreibliche Kluft die sie von den sogenannten Buergern trennte. [...] Es ist mir damals gelungen diesen 70 Leuten klar zu machen, dass ich nichts anderes war, und nichts anderes sein wollte als sie. Aber es hat fast ein Jahr gedauert" (WMC 44/21).

W.M. Citron entzog sich der Mitarbeit an liberalen Zeitungen oder einer republikanischen Partei, die Karl Vetter und Carl von Ossietzky bei ihren Besuchen im republikanischen Jugendbund forderten. Er wollte zunächst Auslandserfahrungen machen.

> „Ich hatte damals das Gefuehl, dass man in Deutschland in meiner Lage in einer dauernden geistigen Unsicherheit lebte, und dass jede Ruhe und Sammlung nur erkaempft werden konnte, wozu ohne aeussere Krafteinfluesse ich damals zu schwach war. Durch den Besuch einiger Vorlesungen kam ich in einen Kreis moderner, deutscher Geistiger, der sogenannten philosophischen Gruppe von Erich Unger. Hier waren lauter Leute, die viel aelter waren, als ich mit sehr ausgeglichener Bildung, akademischen Graden. In dieser Gruppe wurden die politischen Entwicklungen unter einem zeitloseren Gesichtspunkt betrachtet, als ich es gewohnt war. Ich weiss, dass mir diese Abende an denen ich entgegen meiner sonstigen Gewohnheit damals stundenlang lediglich zuhoerte, klar gemacht haben, dass es Dinge gibt, die man ohne Erfahrung nicht lernen kann, und dass die geistige Erfahrung, die zur Erkenntnis geistiger Dinge fuehrt, nur durch Abstand von zeitlicher Reife erreicht werden kann“ (WMC 44/22).

Endlich hatte er 1925 seine Ausbildung beendet und musste entscheiden, wo und wie er weiterleben und arbeiten wollte:

> „Eines Tages erklaerte man mir in meiner Firma, meine Lehrzeit waere jetzt beendet. Ob ich ein Kaufmann waere wuesste man nicht, aber die Stellung in der Fabrik haette ich gut ausgefuellt, und man waere bereit mich jetzt ins Ausland zu schicken. Ich fragte einen sehr erfolgreichen Bekannten um Rat, der war in einem schwerindustriellen Kartell als Chef eines grossen Verwaltungsapparates taetig. Er sagte mir:
>
> ‚Sie sind verrueckt. In Deutschland dreht sich jetzt alles um. Hier koennen Sie etwas werden. Im Ausland sind die Leute ruhiger und vernuenftiger. Mit den Erfahrungen, die Sie da erwerben, werden Sie zeitlebens in dem deutschen Tollhausbetrieb nichts anfangen koennen.‘ Er bot mir an in seinem Tollhaus Sekretaer zu werden, mit einem schoenen Gehalt, wenn ich nicht bei meiner Firma bleiben wollte. Ich habe dann noch jemand anders um Rat gefragt. Der hatte keine sehr grossen praktischen Erfahrungen. Das war ein mueder und sehr kluger alter Gelehrter. Dieser hat mir gesagt, und das werde ich nie vergessen:

> ‚Sehen ist gut, was man kennt macht faul. Fahren Sie so weit Sie koennen.‘ Ein Dritter, sehr erfolgreicher Bankier hat mir folgendes geraten: ‚Fahren Sie, wo Sie hinfahren koennen. Verschaffen Sie sich eine anstaendige Nationalitaet, und einen anstaendigen Pass. In diesem Land wird bald kein Mensch mehr atmen koennen.‘
>
> Ueber diesen Rat war ich entsetzt, denn Deutschland war meine Heimat, und ich habe es ohne Nachdenken geliebt. Als Fazit aus diesen drei Auskuenften und meiner eigenen Lust etwas zu erleben, bin ich 1925 nach Spanien gegangen“ (WMC 44/23).

***

Ab 1925 arbeitete W.M. Citron zwei Jahre in Spanien. Nach Deutschland zurückgekehrt, wurde er Sekretär eines Direktors seiner Firma und schrieb nebenbei für Zeitungen. 1928 bis 1930 arbeitete er in Paris und kam nur zu Geschäftsreisen nach Deutschland zurück.

Auf Drängen eines Freundes, der Redakteur war, gab er nach seiner Rückkehr nach Deutschland seinen kaufmännischen Beruf auf und arbeitete als freier Publizist in Berlin für verschiedene Zeitungen und für den Rundfunk. Seine Sprachkenntnisse ermöglichten ihm Interviews mit Ausländern. Er wurde beauftragt, sich um die Leserzuschriften zu kümmern, die sich mit Kritik und Erwartungen auf den Rundfunk bezogen. Auf Reisen durch Deutschland nahm er die gesellschaftliche Situation aufmerksam wahr. In einer Reportage über ‚Jugend auf der Walze‘ schilderte er die Folgen der hohen Arbeitslosigkeit. Politisch engagierte er sich in einer neu gegründeten radikal-demokratischen Partei. Die Inhaftierung Carl von Ossietzkys, der einen kritischen Artikel über die verbotene geheime Aufrüstung geschrieben hatte, zeigte ihm, dass in der Republik 1931 die Pressefreiheit bedroht war. Es wurde für ihn immer schwieriger, Tatsachen zu berichten, weil nationalistische Zeitschriften gegen die Autoren unliebsamer Artikel hetzten. Ab September wurde er nicht mehr vom Rundfunk beschäftigt, nachdem dort ein Personalwechsel in der Leitung vollzogen worden war. Damals schon entschied sich W. M. Citron, Deutschland auf Dauer zu verlassen.

1931 heiratete er. Seine Frau führte einen kleinen kunstgewerblichen Betrieb. Citron gab nach einiger Zeit seine journalistische Tätigkeit auf und pachtete mit seiner Frau zusammen eine Stoffdruckerei in der Hoffnung, dass die Erfahrung mit dieser Arbeit ihm nach der Emigration nützlich sein könnte. Die Auswirkungen des Machtantritts Hitlers bestärkten ihn in seinen Ausreiseplänen. Sein Leben schien ihm auf Grund der früheren Tätigkeit und

seiner Zugehörigkeit zu vielen Organisationen gefährdet. Trotzdem blieb er bis 1934 in Deutschland.

Sein Betrieb wurde nicht boykottiert. Ab Anfang 1934 geriet er jedoch in geschäftliche Schwierigkeiten durch Schikanen des Steueramtes. Er wurde von einem ihm bekannten Mitarbeiter des Steueramtes gewarnt, dass er gezwungen werden könne, mit Verlust weiterzuarbeiten, ohne sein Geschäft schließen zu dürfen. Dies entschied den Zeitpunkt der Emigration. Im Mai 1934 zog er mit seiner Frau in die USA.

Hettie Shiller

„Die Kinder waren begeistert, erfüllt von der neuen Freiheit“

Hettie Shiller wurde 1906 als Tochter eines leitenden Bankangestellten in Berlin geboren. Die frühen Kindheitsjahre im großbürgerlichen Milieu blieben ihr als Zeit der Geborgenheit, voll „heiterer Ruhe und behaglicher Ordnung“ in Erinnerung (H 210/1). Die Familie bewohnte in „diesen Vorkriegsjahren der Wohlhabenheit“, in denen „eine gewisse Überladenheit“ herrschte (H 210/3), eine große Wohnung im Westen der Stadt, mit riesigen Vorderzimmern und Salon, jeweils „nur benutzt, wenn Besuch kam“ (H 210/4), langen Fluren und verschlagartigen Zimmern für die Bediensteten, „in die sie häufig über angelegte Leitern halbgebückt kriechen mussten. Was nicht ‚vorne‘ gezeigt wurde, war nicht wichtig“ (ebd.). In ihrem Stadtviertel erlebte Hettie Shiller das enorme Anwachsen Berlins mit.

> „Berlin hat um 1900 angefangen, sich seinen Westen aufzubauen. Ich erinnere mich noch deutlich dieses ‚Wachstumsprozesses‘. Als kleines Mädchen war ich gewöhnt, in grüner Vorstadtgegend spazieren zu gehen, wo nach 10 Jahren ganze Strassenzüge wie die Pilze aus der Erde schossen. Die damaligen Baumeister hatten nur einfache Maurer- und keinerlei Architektenschulung. So waren die Fassaden der Häuser überladen mit Türmchen, nackten Frauengestalten und Schnörkeln. Erst nach der Inflation, als die ‚Sachlichkeit‘ einsetzte, wurden die meisten solcher Häuser ‚abgeputzt‘ und auf glatte Linie gebracht“ (H 210/3f.).

Das bis dahin recht sorglose, behütete Leben Hettie Shillers änderte sich grundlegend durch das Erleben von wirtschaftlicher Not, Hunger und Todesfällen in der Verwandtschaft infolge des Krieges. Die zahlreichen Belastungen, die dieser mit sich brachte, wurden, je länger er andauerte, als immer unerträglicher empfunden; die Sinnlosigkeit des Todes unzähliger Soldaten wurde zunehmend mehr Menschen bewusst.

> „Offener Hass gegen Krieg, Regierung und System loderte auf. Die republikanische Einstellung gewann immer mehr Anhänger: ‚Wenn nur mal Schluss wäre und Willy (Der Kaiser) weg käme!'" (H 210/9).

Die Revolution, mit der am 9. November 1918 die Beendigung des Krieges und die Abdankung des Kaisers gefordert wurde, sah für Hettie Shiller „in Berlin zunächst unblutig und ganz friedlich aus" (ebd.), sie war „eine Antwort [des Volkes] auf die langen harten Kriegsjahre mit allen Entbehrungen und politischen Enttäuschungen" (H 210/11). Als am selben Tag die Republik ausgerufen und mitgeteilt wurde, der Kaiser habe abgedankt, erlebte Hettie Shiller einerseits große Erleichterung und Freude in der Bevölkerung, andererseits wurde jedoch auch deutlich, mit wieviel dünkelhaftem Befremden das Bürgertum auf die neuen Repräsentanten des Staates aus dem Arbeiter- und Kleinbürgermilieu reagierte.

> „Unter Den Linden stand Herr Hoffmann auf dem Schlossbalkon und verkündete, dass ‚Willy' nun weg sei. Der Jubel, der dieser Ankündigung folgte, war genau der gleiche wie der von 1914 bei der Kriegserklärung des Kaisers. Herr Hoffmann sprach kein korrektes Deutsch und war aus Ulk zum Kultusminister gemacht worden" (H 210/11).
>
> „Bürgerkreise konnten garnicht fassen, dass ein socialdemokratischer ‚Sattlermeister' von nun ab an der Spitze des Deutschen Reichs stehen sollte. Jahrelang kamen immer wieder neue Witze auf, die Ebert und seine Frau gesellschaftlichem Gelächter preisgaben; wie sie sich angeblich bei offiziellen Empfängen durch ihr falsches Deutsch und ihre Essmanieren unmöglich machten. In Wirklichkeit wirkten der feine Herzenstakt und die unauffällige Zurückhaltung, die beide Eberts vom ersten Tag ab dokumentierten, für den unvoreingenommenen Beobachter bewunderungswürdig. Die gesellschaftliche Position war für Reichskanzler Ebert in einem damals noch recht snobistischen Deutschland zweifellos ungeheuer schwer. Die beginnende Umwälzung der an Einfluss gewinnenden Arbeiterklasse vollzog sich sehr allmählich. So war bei Kriegsende der Einfluss der zurückgekehrten Offiziere zwar nicht mehr so stark wie zu Kriegsanfang, wo die deutschnationale Partei d i e gesellschaftlich anerkannte gewesen war, aber er war immerhin noch vorhanden" (H 210/10, H. i. O.).

Nicht nur einfache Bürger und Arbeiter, sondern auch Juden hatten fortan eher die Chance, ein politisches Amt auszuüben.

> „Durch die Revolution bekamen die Juden Deutschlands zum ersten Mal Zutritt zu hohen politischen Ämtern; aber nur sehr wenige waren in all‘ den Jahren in Minister- oder Staatssekretär-Positionen. Nach meinen Erinnerungen und Presse-Informationen waren diese jüdischen Politiker durchaus unauffällig. Im Volke war auch niemals ein spontaner Widerstand gegen die politische Tätigkeit der Juden zu spüren gewesen, bis die Hitler-Propaganda einsetzte. Der einzige jüdische Reichsminister war Walther Rathenau gewesen, der 1922 von Nationalisten ermordet wurde, jedoch nicht, weil er Jude war, sondern weil er in seiner Tätigkeit als Aussenminister eine politische Verständigungspolitik anstrebte, in die er auch Russland einbezog“ (H 210/11).

Den Anhängern der Monarchie, vor allem den ehemals hoch angesehenen Soldaten und Offizieren, machte die Kriegsniederlage und die Etablierung der Republik schwer zu schaffen:

> „Ich lag um diese Zeit im Krankenhaus, in dem dreiviertel aller verfügbaren Betten von Soldaten, meistens Offizieren mit schweren Verwundungen, belegt waren. Damals spürte ich in der Art und Haltung dieser – nach einem verlorenen Krieg – Zurückgekehrten schon ein gewisses Entwurzeltsein, Nicht-Mehr-Gebraucht-Werden, das diese Menschen von einem Tag zum andern ins Elend brachte. Wir wissen von zwei aktiven Offizieren, die Droschkenchauffeur und Fabrikarbeiter geworden sind. Selbstverständlich haben all‘ diese aus ihrem socialen Milieu gestossenen Männer die Republik glühend gehasst; sie waren es vor allem, die voller Hoffnung zur neu sich bildenden nationalsocialistischen Partei stiessen, wo soldatische Disziplin wieder herangezüchtet wurde, und wo sie deshalb gebraucht wurden“ (ebd.).

Monarchistische und nationalistische Gruppierungen, die häufig aus dem Militär oder den Freikorps hervorgingen, blieben bestehen, wirkten später an den Kämpfen gegen die Kommunisten mit und bildeten so den rechten Gegenpol zu linksradikalen Gruppierungen.

> „Die Adelsschicht war in dieser Zeit wie im ‚Mauseloch‘ verschwunden; man sah und hörte nichts mehr von ihr. Immerhin sind auch nach 1918 einzelne militärische Gruppen zusammen geblieben, die ihre nationale, monarchistische Gesinnung nicht aufzugeben gewillt waren. Diese Gruppen haben dann an den Kämpfen gegen die Kommunisten teilgenommen und sind später zum grossen Teil zur ‚Reichs-

> wehr‘ übergegangen. Ich erinnere mich, dass in dieser Richtung die Baltikum-Kämpfer[1] und die sogenannte ‚Gardekavallerie-Schützendivision‘ von sich reden machten. Einzelnen Offizieren ist es damals auch gelungen, ihre Truppen geordnet zurückzubringen. Ein General ist mit seinen Offizieren gradezu feierlich in Berlin einmarschiert, hat eine grosse Parade abgehalten und erst danach seine Leute offiziell in den Friedensstand entlassen“ (H 210/11).

Bald nahm Hettie Shiller eine nervöse Anspannung wahr, die jener in den Tagen „kurz vor Ausbruch des Krieges“ (H 210/14) ähnelte. Die politische Situation verschärfte sich, eine „Krise“ (ebd.) deutete sich an, da die Spartakisten zusammen mit anderen linksstehenden Gruppen eine sozialistische Räterepublik anstrebten.

> „Jeden Moment rechnete man mit dem Ausbruch eines bewaffneten Aufstands. In jenen Tagen habe ich Liebknecht auf einem Lastauto durch die Strassen fahren sehen, an der Spitze eines Demonstrationszuges und umgeben und beschützt von raudihaft aussehenden Genossen. An allen vier Ecken des Lastwagens waren Maschinengewehre aufgepflanzt“ (H 210/14).

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg waren in Hettie Shillers Augen politisch Besessene, deren Radikalität sie als Bürgerstochter mit einer Mischung aus Misstrauen und Respekt beobachtete.

> „Aus der Gruppe der einflusslos gewordenen Unabhängigen Socialdemokraten spaltete sich schliesslich unter Karl Liebknechts Führung der ‚Spartakus-Bund‘ ab, der die allerextremste Richtung verkörperte. Er stand in direkter Verbindung mit Russland, und es wurde angenommen, dass Russland ihn auch mit Geldmitteln versorgte. Liebknecht war ein jüdischer Rechtsanwalt, dessen Vater bereits führender socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter während des Krieges 1870 gewesen war[2]. Er war der Typ des Demagogen: voller Dynamik

---

1 Bei den Baltikum-Kämpfern handelte es sich um Freikorps, die noch nach Kriegsende in Lettland und Estland von den Alliierten geduldete Kämpfe gegen russische Kommunisten geführt hatten (vgl. Winkler 2000, S. 409).

2 Wilhelm Liebknecht gründete mit August Bebel 1866 die Sächsische Volkspartei, als deren Abgeordnete beide im Reichstag vertreten waren; 1869 wurde unter Mitwirkung Liebknechts die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands (SDAP) gegründet. 1870 verweigerten Liebknecht und Bebel im Norddeutschen Reichstag ihre Zustimmung zur Bewilligung von Krediten für den Krieg gegen Frankreich (vgl. Winkler 2000, S. 203).

> und Besessenheit, mit Suggestionskraft auf die Massen und ein hervorragender Redner. Seine Helferin durch lange Jahre war Rosa Luxemburg, ebenso besessen wie er und politisch skrupellos, dabei offenbar ein feiner und anständiger Mensch. Märtyerhaft liess sie sich ins Gefängnis stecken für die ‚Partei', ertrug Entbehrungen und Beschimpfungen als Teil ihrer ‚Aufgabe'. Klein und bucklig, sehr hässlich, war sie in Berliner Bürgerkreisen gehasst wie ein Gespenst. Ich habe kurz nach ihrem Tode ihre Briefe nicht ohne Ergriffenheit gelesen; Aufzeichnungen voll menschlicher Güte und Zartheit. Ich gestehe, dass eine solche Veröffentlichung als Propagandamittel für sehr junge Menschen recht zweckvoll ist. Sie lässt den Menschen in liebenswertem Licht erscheinen und eine unbewusste Verquickung mit den Partei-Idealen entstehen" (H 210/13).

Liebknecht gelang „ohne einen Schuß das Kunststück [...], eine ganze Kaserne von 2000 Mann vor den Augen der Offiziere" (ebd.) auf seine Seite zu ziehen.

> „Er erschien bei einem Berliner Garderegiment, verkündete ihnen seine neue ‚Botschaft', dass sie nun alle Kameraden wären und die Offizieren stehen lassen sollten, – was auch geschah. Nun setzte eine wilde Strassenpropaganda ein. Erst nahm man sie nicht so ernst, aber allmählich wurde das von Tag zu Tag bedrohlicher. An den Strassenecken schrieen Redner mit wilden Handbewegungen, dass die Regierung verschwinden müsse; die Kapitalisten hätten wieder gesiegt und die socialdemokratischen Genossen hätten in gemeinster Weise die Arbeiter verraten!" (ebd.).

Weit entfernt von proletarischen Verhältnissen aufgewachsen, fehlten Hettie Shiller jegliche Informationen über die Lebenssituation der Arbeiter. Fragte sie nach, erfuhr sie, wie sehr sich das Bürgertum durch die anti-bürgerlichen Kommunisten in seiner Existenz bedroht fühlen musste. Dass letztere, die teilweise selbst aus bürgerlichem Milieu kamen, sich nun gegen die eigene Herkunftsschicht wandten, irritierte sie.

> „Ich habe damals erstaunt gefragt, ob denn wirklich nichts für die Arbeiter geschehe und dabei gehört, dass sie weit besser dran waren als vor dem Kriege. Sie hatten ihre Arbeiterräte in jedem Betrieb, waren wirtschaftlich gesicherter als in der Vorkriegszeit und sind politisch gleichberechtigt geworden, was damals beim herrschenden Drei-Klassen-Wahlrecht nicht der Fall war. Sicher war die Not im Proletariat noch nicht behoben, und in der daniederliegenden Wirt-

> schaft nach dem Kriege auch nicht wesentlich zu bessern. So strebten die Spartakus-Kommunisten nach absoluter Diktatur und Vernichtung des Bürgertums. Seltsam war, dass ihre Führer selbst aus dem intellektuellen Bürgertum stammten – und sich somit selbst vernichten wollten“ (ebd.).

Im Januar 1919 kündigten „die Kommunisten riesenhafte Demonstrationszüge nach den Regierungsgebäuden in der Wilhelmstrasse“ (H 210/14) an, die Regierung reagierte darauf jedoch mit (erfolgreichen) Gegendemonstrationen, um ihnen den Weg abzuschneiden und so eine Besetzung der Gebäude zu verhindern, ohne Militär einsetzen zu müssen. Als Spartakus-Anhänger schließlich Barrikaden in den Straßen errichteten und es zum ‚Spartakusaufstand‘ kam, spielte dieser sich hauptsächlich im Osten der Stadt ab und „breitete sich nicht weiter aus“ (H 210/15), so dass Hettie Shillers Familie im Westen davon nicht unmittelbar betroffen war und über die Vorgänge hauptsächlich von anderen erfuhr.

> „An einem der nächsten Abende hörte man in regelmässigen kurzen Abständen Schüsse abfeuern. Am Fenster sah man zwei Leute, jeder auf einer Strassenseite, den Bürgersteig entlang rennen und mit Pistolen in sämtliche Gaslaternen feuern. Diese Aktion war für das ganze Stadtviertel organisiert worden, und in wenigen Minuten waren diese Stadtteile in völligem Dunkel. In der Nacht brach der Bürgerkrieg aus. Man hörte schiessen, Tumult, und fand am nächsten Morgen verblüfft ein verändertes Strassenbild. An den Ecken waren Sandsäcke aufgetürmt, hinter denen raudihafte Gestalten an Maschinengewehren hockten. Sie schossen mit längeren oder kürzeren Unterbrechungen in die Richtung, in der sie die Regierungstruppen vermuteten. Wenn grade mal Gefechtspause war, kam das Publikum aus den Häusern vorsichtig heraus und sah sich den Rummel an. Gesprochen wurde dabei nichts; die Kommunisten hatten ihr Ziel lediglich auf die Regierungstruppen gerichtet und waren an Civilpersonen gänzlich uninteressiert. Sie kamen bis in die Wohnungen, demolierten kein Privateigentum und liessen Privatpersonen ganz in Ruhe. [...] Dieser Zustand hielt viele Tage an, Tag und Nacht wurde geschossen. Die Kommunisten hatten sich mit ihren Maschinengewehren auch auf die Dächer verzogen und feuerten von oben, wo sie bessere Sicht hatten. [...] Es war für die Regierungstruppen, die zunächst auch nur Maschinengewehre verwendeten, um nicht Unschuldige zu treffen, einfach unmöglich, den Aufstand niederzuschlagen. Gefangene wurden auf beiden Seiten nicht gemacht; jeder, der der anderen Partei in die

> Hände fiel, wurde sofort an die Wand gestellt und erschossen. Mein Vater hat von seinem Bureaufenster in der Innenstadt miterlebt, wie Regierungstruppen auf dem Dach der gegenüberliegenden Reichsbank fünf Kommunisten erschossen. [...]
>
> Besonders heftig ging der Kampf um das Polizeipräsidium am Alexanderplatz, das die Kommunisten besetzt hielten. Schliesslich drangen die Regierungstruppen durch den Untergrundbahntunnel vor, dessen Ausgang direkt neben dem Polizeipräsidium ist, und stürmten es. Die Situation der kämpfenden Regierungstruppen erschien zu Anfang recht undurchsichtig. Sie waren letzten Endes Nationalisten, die keine Anhänger der neugebildeten Regierung waren. Da sie aber das kommunistische System noch viel mehr hassten, setzten sie sich für deren Bekämpfung ein und erwiesen sich als zuverlässig.
>
> Als die Schiessereien immer weiter anhielten, ohne dass man den Kommunisten beikommen konnte, entschloss sich die Regierung, Geschütze einzusetzen; das bedeutete natürlich Gefährdung der Civilbevölkerung, schien aber unvermeidlich. Die Granaten der Geschütze haben ganze Häuser verwüstet, dabei auch Frauen und Kinder getroffen. Immerhin war damit der Aufstand nach zwei Tagen beendet" (H 210/14f.).
>
> „In diesen Tagen hatten sich Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in einem Hotel versteckt gehalten, wurden gefunden, verhaftet und erschossen. Es wurde gesagt, sie hätten nach der Verhaftung einen Fluchtversuch gemacht und seien deshalb erschossen worden. Nach Jahren erst klärte sich auf, dass sie von vier Offizieren der Regierungstruppen ermordet worden waren" (H 210/16).

Die folgenden Jahre waren einerseits von der Inflation und andererseits von zahlreichen Streiks geprägt, mit denen die Arbeiter um Lohnerhöhungen kämpften, da „sich bald nach 1918 eine empfindliche Veränderung der Preise bemerkbar machte" (H 210/18), die „schleichend und unheimlich immer weiter [ging], ohne dass man eigentlich recht wusste, wie das möglich war" (ebd.).

> „Wegen Lohnerhöhung, mehr Freizeit, Entlassung von missliebigen und Anstellung erwünschter Leute war die Waffe der Arbeiter der Streik, von dem sie in jenen Jahren reichlichsten Gebrauch machten. Die Verkehrsmittel gingen in Streik; mal war es Stadtbahn und Untergrundbahn, mal die Omnibusse und Strassenbahnen, manchmal alle miteinander. Ich erinnere mich, wie mein Vater stundenweit zu Fuss in sein Bureau marschierte, und wie auf dem Kurfürstendamm grosse

> Leiterwagen lang fuhren, um den Verkehr einigermassen aufrecht zu erhalten. Ein anderes Mal streikte die Müllabfuhr, so dass sich in den Höfen der Abfall auftürmte, ohne dass jemand ihn wegräumte. Dann streikten die Elektrizitätsarbeiter und Berlin sass im Dunkeln; bald folgten die Arbeiter der Gaswerke diesem Beispiel und die Hausfrauen konnten kein Essen kochen. Diese Zustände hielten jahrelang an“ (H 210/17).

Erst später habe man realisiert, dass die enorme Preissteigerung, schließlich die Geldentwertung darauf zurückzuführen war, dass die Reichsbank Geld zu drucken begonnen hatte, „das aber nicht in Goldmark vorhanden war“ (HC 210/18), um die „enormen und aus vorhandenen Steuermitteln nicht zu deckenden Ausgaben der Regierung für die Reparation des verlorenen Kriegs, die neu geschaffenen Socialausgaben für die Arbeiterklasse, neue Bauten und Reparierung von Kriegsschäden“ (ebd.) begleichen zu können.

Je mehr die Inflation fortschritt, desto schwieriger gestaltete sich der tägliche Kampf, für das Geld noch Waren zu bekommen, ehe es wertlos wurde.

> „Mit dem eingenommenen Geldbetrag stürzten die Männer nach Hause, wo die Frauen schon auf sie lauerten, um sofort alles in Ware umzusetzen. Am nächsten Morgen würde das schon wieder so viel teurer sein, dass man nur einen Bruchteil dessen kaufen könnte, was in jenem Moment möglich war. Die Frauen waren durch diese Geldwirtschaft auch völlig verwirrt. Am Tage, bevor der Mann abends das Geld brachte, rannten sie überall in der Stadt herum, um Einkaufsquellen zu finden, die noch zu Vortags-Preisen verkauften. Kamen sie dann atemlos mit ihrem Geld nach ein paar Stunden an, war die Ware mittlerweile höher ausgezeichnet – und es reichte wieder nicht“ (ebd.).

Hettie Shillers Familie durchlebte diese Jahre ohne gravierende Beeinträchtigungen, da „die Löhne und festen Einkünfte [...] mit der Entwertung einigermassen Schritt [hielten] und ständig der Teuerung angepasst [wurden]“ (HC 210/18). Die Inflation war für „gehobene Angestellte hoher Einkommensschichten kaum“ und für „Lohnempfänger in mittleren Einkommenslagen [...] nicht so bedrohlich“ (ebd.).

> „So haben wir die Inflationsjahre zwar auch mit Unsicherheitsgefühlen und Aufregungen, aber wirtschaftlich relativ gesichert durchlebt, weil das Gehalt meines Vaters am Bankhaus M. immer wieder erhöht wurde und an sich zur hohen Einkommensstufe gehörte“ (ebd.).

Menschen mit niedrigem Einkommen oder kleiner Rente sowie freiberuflich Tätige hingegen gerieten häufig in Schwierigkeiten von lebensbedrohlichen Ausmaßen; insbesondere „Rentner und diejenigen, die von Zinsen lebten“ (H 210/19), versanken oft im Elend und konnten nichts mehr tun, um ihr Überleben zu sichern.

> „Viele sind in diesen Jahren untergegangen; teils buchstäblich verhungert, wenn sie zu schamhaft waren, Wohlfahrt anzunehmen, teils haben sie sich das Leben genommen. Eine grosse Zahl dieser plötzlich verarmten Reichen ist in Heimen untergebracht worden“ (ebd.).

Hingegen profitierten von der Inflation Spekulanten und „Schieber“ (H 210/20):

> „Ihre ‚Arbeitsmethode‘ war denkbar einfach: sie borgten sich eine grössere Geldsumme von einer Bank und kauften dafür Wertpapiere, die als Sachwerte die Chance hatten, mit der steigenden ausländischen Valuta mitzusteigen – und bezahlten ihre Bankschulden nach Monaten, wenn das Geld nur noch einen Bruchteil wert war. Mein Vater hat mit Erbitterung in seinem Bankhaus solche Fälle miterlebt, die den Börsenvertretern plötzlich Vermögen in die Hände spielten“ (H 210/21).

Nach einem ganz ähnlichen Prinzip verfuhren Großindustrielle und reiche Kaufleute, die im großen Stil die unterschiedlichsten bankrottgegangenen Firmen „als eine Form der Geldanlage“ (ebd.) erwarben.

> „Hotels und Kohlengruben, Schiffe und Glasfabriken gehörten oft einem Einzelnen. Stinnes betrieb diese Form der Jobberei wohl in grösstem Umfang. Man hielt ihn damals für genial in seinen Wirtschaftsdispositionen. In Wirklichkeit wandte er immer den gleichen schmarotzerhaften Trick an, der die Banken schädigte, sich Geld zu leihen, Sachwerte zu kaufen – und das Geld entwertet wiederzugeben“ (ebd.).

Im November 1923 wurde unter Reichskanzler Stresemann in Zusammenarbeit mit Finanzminister Hans Luther und Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht die Rentenmark eingeführt, und die Währung stabilisierte sich schließlich wieder.

> „Plötzlich war über Nacht, wie ein unwirklicher Spuk, alles vorbei. Schacht hatte die Währung stabilisiert und ein normales Wirtschafts-

> leben kam allmählich in Deutschland wieder in Gang. Die Grössen der Inflationszeit und die Börsenjobber hatten keine guten Tage mehr; die Akademiker, die aus Not Kaufleute geworden waren, kehrten zu ihren Berufen zurück, und Arzt und Anwalt wurden wieder Beschäftigungen, von denen man leben konnte“ (H 210/23).

In der Politik blieb es zwar auch nach der Inflation unruhig, denn in „diesen ganzen Jahren wechselte die Regierung ununterbrochen“ (H 210/35), doch blieben diese Veränderungen im wesentlichen ohne spürbare Auswirkungen, „weil die Gesetzgebung und die Verwaltungsmassnahmen – wie zum Beispiel Steuern – [...] sich kaum änderten“ (ebd.).

> „Für den Einzelnen kamen nun Jahre einer gewissen Ruhe und Ordnung, ja Behaglichkeit. Wer in einem Beruf eingeordnet war – und das waren fast Alle in der Mittelschicht – konnte wieder reisen und in einem erfreulichen Lande leben, in dem die kulturellen und künstlerischen Interessen einen schnellen und schönen Aufschwung nach all‘ den Jahren der Entbehrung und Verwirrung nahmen“ (ebd.).

Die ersten Jahre der Weimarer Republik erlebte Hettie Shiller jedoch nicht nur in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht als turbulent. Im Wandel begriffene Moral- und Erziehungsvorstellungen, Reformbestrebungen im Bildungswesen, die Etablierung der neuen Angestelltenberufe in der modernen Industriewirtschaft und nicht zuletzt die Gleichstellung der Frau im Hinblick auf Wahlrecht und Zugang zu den Universitäten eröffneten den Mädchen der Generation Hettie Shillers einerseits neue Bildungs- und Berufschancen und trugen andererseits dazu bei, dass die Jugend in dieser Zeit des Umbruchs konflikthafter verlief als die der Elterngeneration.

> „Ich hatte mich damals zu entscheiden, ob ich das Gymnasium besuchen wollte, das mit dem Abschluss des Abiturums die Vorbedingung zum Studium war. Die Einrichtung von Mädchengymnasien bestand erst wenige Jahre. Bis dahin wurden die Mädchen auf Lyceen mit zehn Schulklassen erzogen, während die Knaben das zwölfklassige Gymnasium absolvierten. Die wenigen Frauen, die studieren wollten, mussten mit auf die Knabenschule oder durch Extraunterricht sich für das Abitur vorbereiten lassen. Mit der Einführung der Mädchengymnasien wurde den Mädchen der Weg zum Studium frei gemacht“ (H 210/28).

Weil man jedoch verhindern wollte, dass sich ‚zu viele' Mädchen für ein Studium entschieden, wurden im Unterricht hohe Anforderungen an die Schülerinnen gestellt, und es wurde streng selektiert. Wenngleich Hettie Shiller rückblickend „dieses Denk- und Lerntraining" (ebd.) als positiv für das Erlangen einer „breite[n] Basis der Allgemeinbildung" (ebd.) beurteilte, erlebte sie es damals vor allem als angsteinflößenden Drill, bei dem ihr das Lernen kaum Freude bereitete.

> „Der Lehrplan war auf Gehirntraining abgestellt und der Intellektualismus erschien in diesen ersten Jahren der Mädchengymnasien recht überspitzt. Schon nach fünf bis sechs Jahren sahen wir, die noch so streng gedrillt worden waren, mit Neid und Verwunderung die straffen Zügel gelockert für die Nachrückenden. Für uns war die ‚Gymnasiale Studienanstalt' weiss Gott kein Vergnügen gewesen.
>
> Das Schwergewicht lag auf alten Sprachen (Latein, Griechisch als Wahlfach) und Mathematik. Dazu kamen Französisch und Englisch. Mit dreizehn Jahren hatten wir daneben gründlichen Physik und Chemieunterricht, Geographie und Geschichte. Mit vierzehn mussten wir imstande sein, Vorträge in Deutsch, Französisch und Englisch halten zu können und lateinische Bücher zu übersetzen.
>
> Unsere Lehrer waren ebenso befähigt wie fast durchweg sadistisch. Sie schraubten rücksichtslos die Forderungen so hoch, dass Abschreiben und Betrügen an der Tagesordnung waren. Jeder Aufsatztag war ein Schreckenstag und ich habe oft bedauert, was ich alles nicht gelernt habe, weil ich so voller Widerstand war. Wir hatten das Gefühl, das ‚Gepauke' nur irgend wie hinter uns zu bringen, um zur Universität zu können" (ebd.).

An der Schule stand nach wie vor die Unterordnung unter „preussische Ordnung und Disciplin" (ebd.) an erster Stelle; der Direktor war die von allen Schülerinnen gefürchtete Autoritätsperson.

> „Er verkörperte die alte, auf Respekt und Gehorchen aufgebaute Elterneinstellung, die nicht nach Gründen fragt, sondern anordnet; der man zwar folgt, aber kein Vertrauen entgegen bringt" (H 210/28).

Dennoch wurden im Zuge der Schulreform demokratische Elemente der Mitbestimmung für Schüler und Eltern an der Schule eingeführt; auch sollten die Kinder nun mehr zu unabhängigem Denken und Handeln erzogen werden.

> „Der neue Geist der Demokratie hatte eine ‚Schulreformbewegung' geschaffen, die die jungen Menschen zur Selbstbestimmung erziehen wollte; nicht mit Zwang und Drill, sondern indem sie ihnen die freiwillige Entscheidung über sich und die Kameraden zuschob. Das gab zunächst viel böses Blut unter den Eltern, die selbst nichts anderes gekannt hatten als Zwang und Gehorchen und nun sich vorstellten, dass ihre Kinder in der neuen Freiheit völlig verdorben würden" (H 210/28).

Auch Hettie Shillers Mutter hatte erhebliche Vorbehalte gegen diese pädagogischen Neuerungen, so dass es häufig zu Konflikten kam zwischen der Tochter, die „begeistert, erfüllt von der neuen Freiheit" (H 210/29) war, und den verständnislosen, autoritär-kontrollierenden Eltern.

> „Meine Mutter sprach von den neuen Ideen und den beiden Lehrern, die sie bei uns vertraten, nie anders als den ‚Vergiftern der Kinderseelen' – da auch für sexuelle Aufklärung gekämpft wurde – und den ‚Schmähern der Erziehung'. [...] Ich habe erbitterte Dispute mit meinen Eltern gehabt, die mich nicht aus ihrer Disciplin und Aufsicht entlassen wollten und die Teilnahme an solchen ‚allen Erziehungsgrundsätzen Hohn sprechenden' Veranstaltungen verweigerten. Hier entstand eine Kluft in dieser Eltern-Kindergeneration die noch durch die sexuelle Revolution vertieft wurde, wie sie vordem nie bestanden hatte" (H 210/28f.).

Die Kinder und Jugendlichen, selbst bis dahin nach den alten wilhelminischen Prinzipien erzogen, waren irritiert angesichts der neuen Freiheiten und unternahmen bisweilen eigenwillige Versuche, die Diskrepanzen zu überwinden, wie an einem Erlebnis Hettie Shillers deutlich wird, das für sie selbst „eines der sonderbarsten Ereignisse [darstellt], das wohl je eine Schule zu verzeichnen hatte" (H 210/29). Der Direktor der Schule hatte die schulreformerischen Bestrebungen zweier Lehrer mit allen Mitteln zu torpedieren versucht.

> „So verklagten sie den Direktor und er strengte gegen sich selbst das Disciplinar-verfahren an. Die Stimmung in der Schule war in jenen Wochen geladen mit Erregung und Spannung. Für uns Kinder brach plötzlich der Glaube an die ‚unbedingte Autorität' zusammen – und mir scheint nachträglich, dass dieser Vorgang für die Entwicklung mancher Kinder unheilvoll war – Der Direktor – die Verkörperung von Ordnung und Respekt – steht vor einer Strafverhandlung!" (ebd.).

Die Schülerinnen beschlossen, „nun ihre Selbstbestimmung dafür einzusetzen“, mit einem großen Demonstrationszug die Entbindung des Direktors vom Verfahren beim Kultusministerium zu erwirken.

> „Leider sind sie aber heraus geworfen worden! So wurde uns für die nächsten Tage ein Schulstreikkommando gegeben und ich erklärte meinen sprachlosen Eltern, dass ich nun streike und nicht zur Schule ginge. Am nächsten Morgen hatten sich Streikposten – die man ja damals sich schnell verschaffen konnte – dramatisch vor die Schule gepflanzt und liessen weder Lehrer noch Schüler herein. Schliesslich wurde alles abgeblasen und wir wurden wieder ‚Schulkinder‘. Der Direktor ist übrigens mit einer Verwarnung im Amt belassen worden. Seitdem war er der auf so stürmische Weise durchgesetzten Schulreform nicht mehr im Wege und machte ‚gute Miene zum bösen Spiel‘“ (H 210/29).

Das gesellschaftliche und kulturelle Leben in Berlin stellte sich für die Jugendliche Hettie Shiller nun ganz anders dar als jenes zur Zeit ihrer Kindheit vor dem Krieg. Im Unterschied zu früheren Jahren – aber auch zur Provinz – herrschte in der Großstadt, die zur Zeit der Weimarer Republik offen war für „jedes Ereignis“ (H 210/32), ein besonders schnelles Lebenstempo.

> „Jede Strömung konnte sich in dieser Stadt entwickeln und ausbreiten, ohne durch ein unumstössliches ‚Das widerspricht dem Althergebrachten‘ gehemmt zu werden.
>
> Das Tempo in deutschen Provinzstädten war grade damals auffällig anders. Neues wurde langsam oder kaum angenommen, hingegen zäh an feudaler und bürgerlicher Tradition gehangen, was oft bis zum Lächerlichen ging. So haben sich all die Umwälzungen jener Jahre in der deutschen Provinz nicht derart einschneidend ausgewirkt. Das Leben verfloss in deutschen Kleinstädten auch damals noch geruhsam und in sich abgeschlossen“ (ebd.).

In der Großstadt jedoch versuchte man die alten Sitten- und Moralvorstellungen der Kaiserzeit, die als so übermäßig prüde und einengend empfunden wurden, zu durchbrechen, um endlich mehr geistige und körperliche Freiheit zu erlangen und Bedürfnisse zu befriedigen, die man während der Kriegsjahre in noch stärkerem Maße als ohnehin schon hatte unterdrücken müssen. Diesen offenbar hemmungslosen Lebenshunger beobachtete Hettie Shiller mit einer Mischung aus Faszination und Abscheu.

> „Das Drunter und Drüber eines verzweifelten, ausgehungerten Volkes hat sich nach dem verlorenen Krieg in jeder Form des socialen Gemeinschaftslebens ausgewirkt. Ausgehend von politischen Umwälzungen, denen ein wirtschaftliches Durcheinander folgte, wurden gleichzeitig mit hysterischem Fanatismus alle bisherigen Sitten und Moralgrenzen aufgehoben und durchbrochen, wobei der Nächste immer noch etwas fescher sein wollte als der Vorige. Gutes und Sinnvolles sexueller Reformen und Freiheiten wurde verquickt mit Lächerlichem, Ordinärem und Rowdihaftem – und wurde zum Auswuchs. Alles überschlug sich förmlich in einer zu lange aufgestapelten Gier.
>
> Was damals in einem toll gewordenen Berlin an Jazz getrommelt, jede Nacht getanzt und gesoffen wurde, ist schwer zu beschreiben. Man hatte wirklich das Empfinden, dass sich hier etwas hemmungslos austobte, was nicht mehr länger einzudämmen war.
>
> Da waren die Reimann-Bälle, veranstaltet von Schülern der Kunstschule Reimann, die an Frivolität in Berlin nicht zu schlagen waren. Dass Frauen der besten Gesellschaft so gut wie nackend auf öffentlichen Bällen erschienen, war schon nicht mehr ‚dernier cri'. Statt dessen bemalten sie sich ihre unbekleideten Körper an entsprechenden Stellen. Auch dafür gab es dann bestimmte ungeschriebene Modegesetze. Ich habe auf dem ‚Akademie-Ball' mit aufgerissenen Augen die Pärchen bestaunt, die die Treppen und dunklen Ecken für den intimsten Aufenthaltsort eines Liebespaars zu halten schienen. Alles hat völlig wahllos durcheinander geliebt, wovon ein gutes Teil ins private Leben übernommen wurde" (H 210/30).

Dieser neuen sexuellen Freizügigkeit stand die Elterngeneration zumeist fassungslos gegenüber, „ohne damals übersehen zu können, dass solche extremen Ausschläge nur die zeitweise Antwort auf extrem gewesene Beschränkungen war" (ebd.).

Insbesondere die Mädchen und jungen Frauen der Großstadt wollten nicht mehr so leben müssen wie zuvor ihre Mütter, „weil die unwahren Konventionen der älteren Generation zu viel Unglück angestiftet hätten" (ebd.). Einen Freund zu haben, ohne sich an diesen gleich durch Verlobung oder Heirat binden zu müssen, wurde zunehmend selbstverständlicher, da die Heirat aus Liebe und auch das Verfolgen eigener Berufsziele wichtiger wurde als die bloße Versorgungsehe.

> „Oder aber sie erklärten klar und offen, dass neben ihrem Berufsaufbau eine Haushaltsbelastung und womöglich Kinder nicht denkbar

> seien, und sie deshalb vorzögen, mit Männern in freier gleichberechtigter Kameradschaft zu leben. Schliesslich haben aber doch von allen meinen Kolleginnen die meisten – wenn auch ziemlich spät – geheiratet; Kinder haben allerdings sehr wenige“ (ebd.).

Im Ausprobieren dieser neuen Freiheiten überforderten sich viele Frauen dann jedoch auch, da für sie ein vom Mann tatsächlich unabhängiges Dasein noch ungewohnt war – mit der Folge, dass sie sich von Männern, die ihren Freiheitswillen ausnutzten, schließlich enttäuscht fühlten.

> „Es wurden Freundschaften-‚Beziehungen‘ eingegangen, manchmal mehrere neben einander, die sich dadurch auszeichneten, dass sie mit Liebe verflucht wenig zu tun hatten und den Frauen einen gänzlich verantwortungslosen Partner gaben. ‚Ihr seid solch ‚good sports‘, dass Ihr nichts prätendiert‘, sagten die jungen Männer und fanden es herrlich, so frei zu sein. Die Mädchen durften für ihre selbst gewählte Freiheit teuer bezahlen. Bitterkeit und Enttäuschungen, Demütigungen und Einsamkeit hiess der Preis. Es sprach sich bald herum, dass der Preis zu hoch wurde“ (H 210/30f.).

Die wenigsten fanden dann Rückhalt oder Verständnis bei den Eltern, „die in so ganz anderen Welten erzogen waren und lebten“ (H 219/31) und die ihre Töchter entweder verständnislos gewähren ließen oder aber mit zuviel Strenge „aus dem Haus trieben und innerlich verloren“ (ebd.). Auch die Mütter, von denen Hettie Shiller wusste, dass sie unter den früheren gesellschaftlichen Einzwängungen oftmals gelitten hatten, standen den Töchtern ratlos und distanziert gegenüber.

> „Seltsamer Weise haben die wenigsten Mütter ihren Töchtern in deren Konflikten wirklich beistehen können. Sie waren selbst zu unsicher, hatten den falschen Ton in ihrer eigenen Ehe zu stark erlebt. ‚Vielleicht ist diese Form des ‚Auslebens‘ wirklich richtiger‘? sagten sie zaghaft. Manche gingen sogar bei den erfahrenen Töchtern in die Schule. So konnten sie den Kindern meist nicht zeigen, dass ihre ‚Beziehungen‘ ärmlich und flüchtig waren; eine Flucht vor Verantwortung – weg von sich selbst“ (ebd.).

Hettie Shiller selbst ist in dieser Zeit allzu kühnen Ausschweifungen und Experimenten gegenüber eher auf Distanz geblieben; nach dem Abitur begann sie ca. 1924 zu studieren.

***

Hettie Shiller studierte nach Abschluss des Gymnasiums Biologie und Psychologie in Berlin und für etwa jeweils ein Jahr auch in England und Zürich. Noch vor dem Staatsexamen arbeitete sie einige Monate lang als Laborantin bei der Berliner Sittenpolizei. Später war sie an der Humboldt-Universität als Dozentin beschäftigt, arbeitete mit an Zeitschriften für Ernährungsfragen, veröffentlichte das Buch ‚Ernährung und Diät' und hielt zum gleichen Thema Vorträge an der Deutschen Hochschule für Leibesübungen. 1930 heiratete Hettie Shiller einen Rechtsanwalt und bekam im September 1932 eine Tochter. 1933 wurde ihr die Stelle an der Universität gekündigt; sie eröffnete eine Schule für Diätküche, in der sie ab 1935 auch psychologische Kurse abhielt, um so jüdische Frauen bei ihren Auswanderungsvorbereitungen unterstützen zu können. Ihr Mann hatte nach der Wahl Hitlers zum Reichskanzler seine Zulassung als Anwalt verloren und konnte nur noch gelegentlich etwas zum Lebensunterhalt beitragen. Er leitete eine Beratungsstelle für jüdische Richter und Anwälte. 1938 emigrierte die Familie in die USA; dort absolvierte Hettie Shiller ein Aufbaustudium und eröffnete eine eigene Praxis (vgl. Limberg/Rübsaat 1990, S. 369).

Sophoni Herz

„Bereits als Gymnasiast stand ich zu der saturierten Welt des deutschen Mittelständlers in Opposition“

Bad Homburg vor der Höhe, „ein an Naturschönheit und Tradition gleich reicher Ort“ (SH 96/1), ist die Geburts- und Heimatstadt von Sophoni Herz, der dort 1906 als jüngster Sohn des Lehrers und Oberkantors der Jüdischen Gemeinde geboren wurde.[1] Zusammen mit seinen drei Geschwistern erlebte Sophoni Herz eine harmonische Kindheit in der Familie. Die Eltern legten trotz des geringen Gehaltes des Vaters sehr viel Wert auf eine ‚gut bürgerliche‘ Lebenshaltung und eine gute schulische Erziehung ihrer vier Kinder. Sie setzten ihre ganze Kraft dafür ein; sie nahmen Pensionsgäste auf, der Vater gab Privatstunden, und die Mutter nähte die Anzüge ihrer beiden jüngeren Söhne selbst. Bad Homburg war ein bekanntes Kurbad, das auch der Kaiser mit seiner Familie gern aufsuchte.

Sophoni Herz besuchte drei Jahre die Elementarschule, ehe er im April 1914 die Aufnahmeprüfung des Humanistischen Gymnasiums bestand. Er erlebte den Spott der Klassenkameraden über den jüdischen Vornamen seines Vaters, Moses, und über die jüdische Religion. Vom Klassenlehrer wurde der Spott „wohlwollend“ (SH 96/3) hingenommen, und Sophoni konnte sich gegen ihn nicht wehren. Vor dem Lehrer hatte er Respekt, er galt ihm so viel wie ein Offizier. Außerdem hatte er vom Rabbiner gelernt, dass jüdische Jungen sich besonders zurückhalten und in acht nehmen sollten. In der Klasse schlossen sich „die drei jüdischen Schüler mit einigen Kameraden aus ‚kleineren Verhältnissen‘ zusammen“ (ebd.). Manches Mal noch im Laufe seiner Schulzeit fühlte sich Sophoni von den Lehrern ungerecht behandelt, weil er Jude war.

Sophoni Herz erlebte den Krieg in Bad Homburg mit. Der Vater und der ältere Bruder waren Anfang 1915 einberufen worden, schon 1916 wurde der

1 Seine Kindheit im Kaiserreich ist in Blömer/Garz 2000, S. 247ff. dargestellt.

Vater vom Militärdienst entlassen. Mit ihm begab sich Sophoni Herz nun auf Hamsterfahrten. Schließlich erlebte er die Deklaration des Friedens von Brest-Litowsk durch den Kaiser mit, danach die Einquartierung von Militär im Elternhaus und das Chaos, als der Krieg endgültig verloren war und die Revolution ausbrach. Der 13-jährige Sophoni beobachtete auf den Straßen von Bad Homburg:

> „Auf der einen Seite die selbstverständliche Disziplin der einmarschierenden Fronttruppen, auf der anderen Seite zur gleichen Stunde Revolutions-Demobilmachungspsychose. Hier sah ich Offiziere mit heruntergerissenen Achselklappen und roter Rose, die kameradschaftlichst den Gemeinen grüßten, dort wiederum einfache Soldaten, die so – als ob nichts geschehen wäre – den Vorgesetzten in strammster Haltung grüßten. Es war schon ein großes, unverständliches Durcheinander. Das konnte ich auch als 13jähriger fühlen und begreifen. Besonders trostlos sah es auf der Kurhausterrasse aus. Da wurden nun zu Schleuderpreisen alle einstigen G.-H-Qu.-Güter[2] an den Mann gebracht. Neben dem Arbeiter hatte sich vor allem – wie ich sah – H's Geschäftswelt eingefunden. Der Möbelhändler steigerte Schlafzimmer- oder Eßzimmereinrichtungen, der Bürstenhändler 200 Teppichbesen. Alles für einige Mark! Böse Zungen behaupteten später, diese tüchtigen Geschäftsleute hätten diese Mobiliare und Utensilien wieder zu Regulärpreisen ihrer Kundschaft empfohlen“ (SH 96/8).

Auch in der Schule erlebte Sophoni Herz die Veränderung; Lehrer und Schüler zeigten ihre Einstellung zur neuen Republik:

> „Natürlich hatte auch in der Schule die Situation gründlich gewechselt. Professor Grimmig sagte uns kurz: ‚Ihr habt ja sicher gehört, daß infolge der Revolution andere Menschen die Regierung an sich gerissen haben. Ihr wißt, daß ich alltäglich vor Beginn des Unterrichts mit Euch betete. Ich werde es – trotz Revolution – auch weiter tun!‘ Anders der Professor für Griechisch: ‚Schaut mal her, Jungens, schaut Euch einmal die beiden Kerle an, die auf der Titelseite der neuesten ‚Berliner Illustrierten‘ zu sehen sind. Ich werde sie am Kartenständer aufhängen, damit Ihr das Bild richtig begucken könnt. Die beiden

2 In Bad Homburg galt als „öffentliches Geheimnis“ (SH 96/8), daß das Große Hauptquartier (GHQ) von Bad Kreuznach nach Bad Homburg verlegt werden sollte. Möbel und Einrichtungsgegenstände, die zum GHQ gehören sollten, waren auf der Kurhausterrasse gelagert worden. „Infolge des Novemberereignisses zog nicht das GHQ in H. ein, sondern Teile der von der Westfront heimkehrenden Feldarmee“ (ebd.).

> Männer in Badehosen sind die führenden Männer des jetzigen Deutschlands, ‚Ebert und Noske im Bad'[3]. Die Reichsfarben waren inzwischen schwarzrotgold geworden. Die meisten Schüler aber trugen schwarzweißrote Abzeichen mit der Aufschrift DNJ (Deutschnationaler Jugendbund). Man versuchte in den Frühstückspausen in der Schule seiner antirepublikanischen und damit auch z. T. antisemitischen Gesinnung in allen möglichen Formen Ausdruck zu geben" (SH 96/8f.).

Sophoni Herz erlebte, dass ein antisemitisch eingestellter Schulkamerad ihn verspottete, als er um seinen Großvater trauerte:

> „Da starb mein Großvater, der Rabbiner in Berlin war. In der Todesanzeige der Lokalpresse war zu lesen: R a b b i n e r Isaak X. Ohne daß ich es merken konnte, hängte mir der Mitschüler Franz G. während einer Unterrichtsstunde diesen Ausschnitt der Zeitung an, nachdem er zuvor aus dem ‚Rabbiner' das Wort ‚Karabiner' machte. Ich hatte noch nie in meiner Schulzeit einen Kameraden beim Lehrer oder Direktor angezeigt. Aber diesmal konnte ich nicht anders. Franz lehnte es auch ab, sich bei mir zu entschuldigen. Die Sache wurde zur Entscheidung dem Direktor und unserem Ordinarius vorgelegt. Man erklärte mir: ‚Sicher, das, was sich da unter dem Gejohle der Klasse der Franz Gr. erlaubte, ist ungehörig. Aber er hat es ja nicht so gemeint. Er hat das Wort Rabbiner ja in ‚Karabiner' abgebogen, um Dir nicht direkt weh zu tun. Es soll nicht mehr vorkommen. Dann ist es auch kurz vor der Versetzung. Wer will denn einem Kameraden da noch Schwierigkeiten machen. Der Fall dürfte damit erledigt sein.' Der Fall war erledigt. Ich war grenzenlos unglücklich, daß man mich mit Unterstützung von gewissen Lehrern so beleidigen durfte. Ich war aber so machtlos!" (SH 96/9, H. i. O.).

Er wollte die Schulsituation nicht länger ertragen, sondern eine Arbeit suchen:

> „Nur heraus aus diesem Pennal! Das war mein tägliches Ceterum censeo. Das politische Interesse begann bei mir zu steigen, das für die Schule war kaum mehr vorhanden. Weihnachten 1920 verließ ich die Anstalt mit gerade nicht imponierenden Noten und dem Vermerk: ‚..... verläßt die Schule, um in ein Geschäft einzutreten'. [...]

---

3 Am 24. August 1919 war ein solches Foto auf der Titelseite der ‚Berliner Illustrierten' veröffentlicht worden.

> Beschäftigungslos saß ich nun einige Wochen zu Hause, ohne zu wissen, wie ich mein Leben weiter gestalten soll. Endlich gelang es meinem Vater, mir eine Lehrlingsstelle in einer großen Verlagsbuchhandlung im benachbarten F. ausfindig zu machen. Dr. K., mein neuer Chef, wollte mich erst nicht nehmen: ‚Das ist doch nichts; ein junger Mensch ohne Abitur, sogar ohne Obersekundareife, nur fünf Jahre Gymnasium, ausgerechnet für eine Buchhandlung!?' Nach einer dreimonatigen Probezeit ließ man mich aber nicht wieder laufen, und ich war zufrieden" (ebd.).

Sein geringes Lehrlingsgehalt wurde bald durch die Inflation entwertet.

> „Infolge der immer mehr in Bewegung gekommenen Inflation zahlte man mir das Gehalt nicht mehr monatlich, sondern vierzehntäglich, dann sogar wöchentlich aus. Um das Geld von meiner Fahrt von F. nach H. keiner Entwertung auszusetzen, kaufte ich in der Mittagspause, bevor die neuen Kurse an den Zeitungsgebäuden angeschlagen wurden, Lebensmittel und Lebensnotwendiges für zu Hause ein" (SH 96/10).

Der Einmarsch der französischen Besatzungsmacht ins Rheinland, bei dem auch Truppen nach Bad Homburg einrückten, hatte für ihn unangenehme Auswirkungen im Alltag:

> „Eine neue Erschwerung war inzwischen für mich eingetreten. Die direkte Bahnstrecke H. - F. wurde auf halber Strecke von den Franzosen unterbrochen. Ich war nun wie so viele andere gezwungen, fast ein Jahr lang diese Fahrt alltäglich nur mit einem riesigen Umweg zu bewältigen. Morgen für morgen ging's jetzt zwei Stunden früher aus dem Bett, um den Zug 6.02 zu erreichen" (ebd.).

Auf diesen langen Bahnfahrten sah er zum ersten Mal Anhänger Hitlers mit dem Hakenkreuz auf der Uniform.

> „Morgen für morgen fielen mir drei grau uniformierte junge Menschen, die das Hakenkreuz trugen, auf. Ein Bekannter sagte mir, das seien sogenannte Hitlerleute. Was die so den ganzen Tag in F. machten, wüßte er nicht. Der eine, Hans Dr., sei ihm bekannt. Der habe noch nie etwas Richtiges gearbeitet. Die Hakenkreuzler benahmen sich im Zugabteil aber immer sehr ruhig und anständig und machten nie Bemerkungen. Anfangs November waren die drei Nationalsozialisten nicht mehr zu sehen. Sie hatten inzwischen – wie ich später

> über Hans Dr. erfuhr – die Reise nach München angetreten, um am 9. Novemberputsch mitzuwirken“ (ebd.).

Wie überall im Reich entstanden auch in Bad Homburg Bürgerwehren. Der Vater von Sophoni Herz musste sich an nächtlichen Patrouillen des Bürgerselbstschutzes beteiligen:

> „In dieser Zeit hatte die Sicherheit in H. angeblich sehr nachgelassen. Man sprach aber eigenartigerweise trotz Kapp-Putsch, trotz Hitlerputsch, trotz Rathenaumord im Bürgertum, in dem ich verkehrte, nie von einer rechtsradikalen, sondern von einer allgemeinen Linksgefahr. Der Haus- und Grundbesitzerverein forderte seine Mitglieder auf, zum Selbstschutz zu greifen. Die Mitglieder sollten sich einmal wöchentlich zu einem nächtlichen Kontrollgang zur Verfügung stellen. Als Hausbesitzer und ehemaliger Soldat mußte auch mein Vater einmal in der Woche, mit dem Gewehr bewaffnet, diesen Nachtsicherheitsdienst verrichten. Ich erfuhr, daß die sozialdemokratische und kommunistische Arbeiterschaft als Gegenmaßnahme einen ‚Sozialistischen Selbstschutz‘ aufgestellt hatte, da sie von der Bürgerwehr her einen Umsturz befürchtete“ (SH 96/10f.).

Sophoni Herz hatte schon als Schüler politisches Interesse gezeigt und den Sozialdemokraten nahe gestanden:

> „Bereits als Gymnasiast stand ich zu der saturierten Welt des deutschen Mittelständlers in Opposition, lehnte allerdings auch jeden Extremismus ab. Ich fühlte mich am wohlsten in sozialdemokratischen Versammlungen, in denen es nur selten vorkam, daß der Gegner – sei er Kommunist oder Deutschnationaler – persönlich angegriffen wurde. Es machte auf mich einen ungeheuren Eindruck, wenn ein Redner dieser Partei, der nur die Volksschule besucht hatte, wie ein Fachmann über Schul- oder Sozialfragen sprach, wie er anständig blieb, wenn ein Gegner im Saal einen unflätigen Zwischenruf machte. Ich konnte es einfach nicht verstehen, daß man diese Leute so haßte“ (SH 96/11).

Als er den Aufruf zur Gründungsversammlung des Reichsbanners Schwarz Rot Gold in der Presse las, fühlte er sich sofort angesprochen. Er wollte die Republik unterstützen.

> „Denn im Juli 1925 erschien in der Lokalpresse H.‘s ein Aufruf der republikanischen Parteien (Sozialdemokratische Partei, Zentrum und

Demokratische Partei), zur Gründungsversammlung eines ‚Reichsbanners Schwarzrotgold', der neuen Kampforganisation gegen reaktionäre Kräfte im Staate, zu erscheinen. Ich trat dieser Organisation sofort als Mitglied bei. Am 11. August, Verfassungstag, fand dann der erste Aufmarsch der aktiven Republikaner der Stadt statt. Es war ein imponierender Festzug mit viel Schwarzrotgold, und der Erfolg ließ nicht lange auf sich warten. Die reaktionären Kräfte, insbesondere die im ‚Stahlhelm'[4] organisierten, räumten immer mehr demokratischen Elementen das Feld. Aber das blieb in H. nur einige Wochen so.

Bereits anfangs Oktober des gleichen Jahres trat der erste Rückschlag ein. Die bürgerlichen Mitglieder meiner Ortsgruppe, die parteipolitisch im ‚Zentrum' oder in der ‚Demokratischen Partei' organisiert waren, erschienen zumeist nur in geschlossenen Versammlungen und lehnten es ab, aktiv dem ‚Reichsbanner' zu dienen. Begründung: Sie hätten Geschäfte, Praxen als Rechtsanwälte oder Ärzte und könnten sich eine politische Betätigung nicht leisten. Sie hätten Kundschaft, die bei schwarzweißroten Verbänden organisiert sei und auf die sie nicht verzichten wollten.

So stellten bereits von Anfang an die Sozialdemokraten die meisten aktiven Mitglieder. [...]

Fast Sonntag für Sonntag zog der bleibende Stamm der aktiven Reichsbannerleute, zu denen ich auch zählte, auf's Land, in die tiefe Provinz, um so in das letzte Dorf den demokratischen Gedanken zu tragen. Bei der robusten Art des Gegners waren diese Propagandamärsche, die oft bei Sturm und Wetter von unserer Ortsgruppe unternommen wurden, alles andere als angenehme Spaziergänge. Der Gegner war hartnäckig und scheute sich nicht, im Schutze der Dunkelheit auf uns Steine, Schlittschuhe oder alte Stühle zu werfen. [...]

Mit immer größerem Elan setzte ich mich für die republikanische Sache ein, da ich hier die Sprache hörte, die ich in meiner Schulzeit, aber auch später in dem Geschäftsbetrieb der Verlagsbuchhandlung, in der ich tätig war, so vermißte" (SH 96/11f.).

***

1926 wurde Sophoni Herz auf eigenen Wunsch aus der Verlagsbuchhandlung entlassen, arbeitete als Schriftleiter und Reporter einer Lokalzeitung in Bad Homburg und als Korrespondent für andere Blätter, z. B. die ‚Frankfur-

4 Der ‚Stahlhelm, Bund deutscher Frontsoldaten', 1918 von F. Seldte gegründet, war konservativ ausgerichtet und entwickelte sich zunehmend antidemokratisch.

ter Zeitung‘. 1927 unterstützte er die Gründung der Bezirks-Pressestelle des Reichsbanners, ‚Republikanische Abwehrstelle‘. 1929 wurde er Mitglied der SPD. Als 1931 auch in Bad Homburg die ‚Eiserne Front‘ gegründet wurde, engagierte sich Sophoni Herz als Mitglied, Redner und Redakteur. Am Tag des Machtantritts Hitlers marschierte die ‚Eiserne Front‘ durch Bad Homburg, entschlossen, für die Republik zu kämpfen. Doch als am nächsten Tag der Kampf von der oberen Führung der ‚Eisernen Front‘ abgesagt wurde, verbrannte Sophoni Herz alle Akten des Reichsbanners, vor allem die Mitgliederlisten.

Nach den Märzwahlen 1933 entzog ihm sein Verleger die Verantwortung für den redaktionellen Teil der Zeitung. Am 31. März 1933 wurde er auf Druck des Ortsgruppenleiters der NSDAP aus der Redaktion entlassen, seine Gehaltsansprüche konnte er sich selbst vor Gericht nicht erstreiten. Er musste auch seine Korrespondententätigkeit für andere Zeitungen einstellen. Aus finanziellen und politischen Gründen gab er seinen Plan, das Abitur nachzuholen, auf. Er fand Arbeit als Volontär bei einem ihm bekannten Buchbindermeister in Bad Homburg, engagierte sich für die jüdische Jugend (Freizeitgestaltung und Nachhilfe) und hielt Vorträge über jüdische Geschichte in jüdischen Kulturvereinigungen.

Aus Furcht vor Nachstellungen der Nationalsozialisten zog er 1935 zu seinen Geschwistern nach Berlin. Im Januar 1936 fand er dort Arbeit bei einem Buchbinder. Im April 1936 wurde er Leiter und Erzieher in einem viermonatigen Ferienlager Berliner Schüler in Sachsen. Anschließend arbeitete er als Hauslehrer und Buchbinder wieder in Berlin.

Im Herbst 1937 nahm ihn die ‚Reichsvertretung der Juden in Deutschland‘ für eine heimpädagogische Ausbildung an, und er leistete ein Praktikum in einem Waisenhaus in einer Kleinstadt nahe dem Ruhrgebiet ab. Als die Ausbildung aus politischen Gründen nicht stattfinden konnte, blieb er als Erzieher in diesem Waisenhaus und übernahm im September 1938 die Gesamtleitung. Am 10. November erlebte er mit den Kindern das Pogrom. Nach einigen entsetzlichen ‚Schutzhaft‘-Tagen wurden die Kinder am 17. November durch das Eintreten von Sophoni Herz in das Lehrlingsheim einer 120 km entfernten Großstadt gebracht. Von hier aus organisierte er in den nächsten acht Wochen ihre Auswanderung nach Belgien und Holland. Im Februar 1939 übernahm er die Nachfolge des ausgewanderten Erziehers im Lehrlingsheim. Am 20. Juli 1939 emigrierte er selbst nach Nordirland und lebte anschließend in Belfast.

David Kollander

„Deutsch ist unsere Sprache. Es ist der Ausdruck und Beweis, dass wir eingegliedert sind und zum deutschen Volke gehoeren“

David Kollander wurde im Jahre 1908 in Leipzig als Sohn jüdischer Eltern geboren. Seine Familie lebte sowohl ihr Deutschtum als auch ihr Judentum mit Stolz und Selbstbewusstsein. Von seinem Vater war bekannt, dass er „immer mit besonderem Behagen seinen Vornamen Salomon ausschrieb“ (DK 117/9). Nachdem er „in Wien das Rechtsanwaltsexamen nicht bestand“, war er nach Leipzig gekommen und hatte, „den vaeterlichen Spuren“ (ebd.) folgend, ein Holzgeschaeft“ (ebd.) eröffnet. Er war ein sehr erfolgreicher Geschäftsmann.

David Kollander hatte drei ältere und drei jüngere Brüder.

> „Meine Mutter hatte keine leichte Arbeit mit uns sieben Jungens. [...] Sie hatte ihre Haende voll mit uns wilden Burschen, die sieben Fahrraeder beanspruchten, sieben Radioapparate und sieben verschiedene Antennen, trotzdem hob Emilie [die Mutter] niemals eine Hand gegen einen auf, aber desto mehr mein Vater“ (DK 117/25).

David Kollanders Großeltern sowohl väterlicherseits als auch mütterlicherseits stammten aus der Provinz Posen. Als Posen 1919 durch den Versailler Vertrag von Preußen an Polen fiel, siedelten die Eltern seines Vaters nach Leipzig über. Wenn der Großvater nach dem Grund für diese Entscheidung gefragt wurde, so erklärte er, dass er „dem polnischen Bauern im allgemeinen und dem polnischen Staate im besonderen“ (DK 117/15) misstraue.

> „Deutschland ist das Land ohne Uniformen geworden welchem ich dienen will und dort in Polen faengt die alte Geschichte wieder von vorn an“ (ebd.).

Als Fünfjähriger – im Jahre 1913 – hatte David Kollander einen schweren Unfall. Auf dem Weg zum Leipziger Turnerfest wurde er von einer Straßenbahn angefahren. Um die Amputation des Beines zu verhindern, stimmten die Eltern einem chirurgischen Experiment zu. 1914 wurde David Kollander eingeschult. Die drei ersten Schuljahre waren für ihn eine qualvolle Zeit. Er musste einen „orthopaedischen Apparat“ tragen, „mit welchem ich gleich einem Ritter in Ruestung herumhinkte und Geraeusch machte“ (DK 117/3). Dieses Geräusch versetzte die Klassenkameraden immer wieder „in unbaendigen Jubel“ (DK 117/4). Der Klassenlehrer brachte kein Verständnis für die Behinderung des Jungen auf. David Kollander wurde häufig bestraft. Durch die Ängste verschlechterten sich seine Leistungen. Auf Grund seiner Gehbehinderung war er von den Spielen der Klassenkameraden ausgeschlossen.

Die Situation änderte sich schlagartig im Jahr 1917: Bei einer Schuluntersuchung fragte ihn der Arzt nach den Ursachen für die Narben an seinem Bein.

> „Meiner Antwort zufolge hiess er Lehrer sowie Schueler antreten und hiess mich in Front vor ihnen zu stehen. Auf mich weisend, erklaerte er mich als das Objekt, welches den groessten Einfluss auf die Kriegschirurgie ausgeuebt hatte, da an mir eine Operation vorgenommen wurde, die die Transferierung einer Tiersehne anstatt einer menschlichen an dem menschlichen Koerper vornahm. Er beschrieb meine Eltern als Patrioten, die mit ihrem Kinde fuer das geliebte Vaterland experimentieren liessen. Alles aenderte sich von dann an, bedeutend. Bei der Rueckkehr zum Klassenzimmer wurde ich mit Hurrah empfangen. Ich muss gestehen, dass ich mich sehr geschmeichelt fuehlte. Der mich am meisten ignorierende Lehrer streichelte meinen Kopf und nannte mich ‚seinen kleinen Helden‘. Ich wurde zu allen moeglichen Haeusern eingeladen, wo ich meine Geschichte der Operation erzaehlen musste. Heldenhungrige priesen meine Eltern fuer den Patriotismus, mit welchem sie bereit waren mich auf dem Altar deutscher Wissenschaft darzubringen. Meine Eltern waren sprachlos, wenn sie davon hoerten und kamen sich sehr erbaermlich vor“ (ebd.).

Am Kriegsende war David Kollander zehn Jahre alt. Er erlebte den Zusammenbruch der bis dahin gültigen Werte.

> „[U]nd eines Tages, an einem Freitag Nachmittage wurden des Kaiser‘s Bilder und Buesten von den Schulraeumen entfernt oder mit Papier ueberdeckt. Die Revolution begann fuer mich, wenn ich einen Soldaten sah, der die schwarz-weiss-rote Konkarde von seiner Solda-

> tenbedeckung entfernte und dabei mit einem schiefen Laecheln nach mir schaute. Ich erinnere mich, wenn Matrosen Matratzen in einem Hotelfenster unweit vom Hauptbahnhofe aufschlitzten und das rote Tuch wartenden Demonstranten herabwarfen, die es als Fahnentuch zu benutzen.
>
> Der Vater einer meiner Mitschueler, der zum ersten male nach vier Jahren nach Hause gekommen war, da er von Front nach Front transportiert wurde ohne Urlaub erhalten zu haben, erschoss sich waehrend einer Unterrichtspause im Angesichte der entsetzten Schueler.
>
> Es kam die Zeit, als die meisten von uns von den Quaekern gespeist wurden. Diese Organisation hatte in allen Schulen Kuechen eingerichtet, mit welchen sie die unterernaehrte Jugend ohne Ansehen und Unterschied speiste. Es kam die Zeit der Rhein- und Ruhrbesetzung und der Inflation, es war das Gesicht eines Deutschlandes des Hungers und der Fahrbaren Esskuechen der Heilsarmee, der Unterdrueckung und der Gummiknueppel der Polizei, der Dekadenz und der kaeuflichen Frauen und Maenner der Sinne; und einer sinnlosen Tapferkeit mit ihren agents provocateurs fuer die Deutsche Republik arbeitend (DK 117/5).

Ende April 1919 bekam David Kollander die politischen Wirren der Nachkriegszeit unmittelbar zu spüren: Sein Vater wurde für kurze Zeit in München verhaftet, als er einem langjährigen adeligen Freund zu Hilfe kommen wollte.

> „Es war in der Zeit der kommunistischen Raeterepublik unter Bela Kuhn, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Ernst Toller, dass mein Vater ein Telegramm vom Gute des Grafen erhielt, das in Bayern lag. Der Inhalt des Telegramms war die Mitteilung, dass der Graf als Geisel verhaftet worden sei. Mein Vater machte sich sofort auf dem Wege nach München. Er war der Annahme, bei Bela Kuhn die Freilassung seines alten Freundes erwirken zu koennen. Nach endlosen Passkontrollen gelang es ihm ueber die bayrische Grenze zu gelangen. Eine Reise nach Bayern war genau so, als eine Reise nach Frankreich zur Zeit der Raeterepublik. Alle seine Versuche die Freilassung des Grafen zu erwirken schlugen fehl. Mein Vater wurde selbst verhaftet, nachdem er mit Bestechungen seinen Erfolg versuchte. Bevor es zu einer Verhandlung kam, wurde die Raeterepublik abgesetzt und mein Vater befreit. Mein Vater‘s Freund wurde bevor der Erstuer-

> mung Muenchens mit den anderen 21 adligen Geiseln der Raeterepublik, im Muenchner Justizpalast erschossen“ (DK 117/10)[1].

Nach vier Grundschuljahren wechselte David Kollander auf eine höhere Schule, die auch sein älterer Bruder Max besuchte. Den Direktor und die meisten Lehrer empfand er als sehr positiv.

> „Die Lehrerschaft bestand zum groessten Teil aus den vom Kriege heimgekehrten Lehrern, welche in der Mehrzahl ein innigeres Verhaltnis herstellen wollten, das bis dahin noch immer das Motto trug: Befehl geben und gehorchen! Probleme besonderer Art wurden freizuegig besprochen und debatiert mit Entschlussfassenden Vorschlaegen beendigt“ (DK 117/8).

Die fortschrittlicheren Lehrer unterstützten die Einrichtung des Schülerrates, der „eine engere Gemeinschaft zwischen Lehrer und Schueler herstellen sollte“ (ebd.). Max Kollander wurde im Jahre 1922 zum Präsidenten des Schülerrates gewählt (vgl. DK 117/7). Bei der Übernahme der Präsidentschaft hielt er eine Antrittsrede, bei deren Abfassung sein Klassenlehrer ihn unterstützt hatte. David Kollanders Klassenlehrer dagegen reagierte negativ auf Max‘ Rede.

> „Nach der Rückkehr von der Aula wurde ich von meinem Klassenlehrer befragt, ob ich zu dem Sprecher verwandt sei, was ich bejahte. Herr Lesche mein Klassenlehrer begann mich zu ignorieren, was meinen Mitschuelern Anlass zu Witzeleien gab. Ich erzaehlte einem Mitgliede des Schuelerrates von Herrn Lesches ‚merkwürdigem‘ Verhalten, was dieser zum Anlass nahm, ihn vor dem Praesidium des Schuelerrates einzuladen. Meiner Beschwerde mehr Gewicht gebend legte mein Bruder das Praesidium nieder. Herr Lesche gab ohne Umschweife zu dass er uns als wesensfremd ablehne und es fuer das beste hielt, wenn die Schule von so juedisch eingestellten Elementen ‚gesaeubert‘ wuerde, da wir beide dem Religionsunterricht fernblieben. Letzteres war unser freies Recht, von welchem merkwuerdigerweise die anderen katholischen und juedischen Mitschueler keinen Gebrauch machten. Herr Lesche wurde von dem Direktor der Schule verwarnt.
>
> Im zweiten Jahre meines Schulbesuches wurde ein Wahlthema von einem Mitschueler dazu benutzt die Moerder Walter Rathenaus zu verherrlichen. Meine Religion wurde in seinem Aufsatze auf das ge-

1 Vgl. Blömer S. 234 in diesem Band.

> haessigste angegriffen. Ich protestierte zu Herrn Lesche und muss mich in der Aufregung zu einer Widerrede verstiegen haben, da ich eine Bemerkung wegen dieses Benehmens ins Klassenbuch erhielt, was sehr schwerwiegend fuer die naechste Versetzung zaehlte. Ein Zufall brachte die Angelegenheit zu Lichte, wenn am selben Tage der Direktor bei einer Inspektionsrunde unser Klassenzimmer betrat und meine Eintragung las. Auf sein Befragen hin erklaerte ich den Vorfall, worin ich von den meisten meiner Mitschueler unterstuetzt wurde. Dieses mal kam Herr Lesche nicht so glimpflich davon, da er von dem Direktor zu Gericht gebracht wurde. [...] Seine Bestrafung endete in einer Disqualifikation fuer ein Jahr. Mein Bruder verlangte die Vorladung meines Mitschuelers vor dem kombinierten Schuelerrates, was verweigert wurde. Eine Untersuchung stellte fest, dass der Vater des jungen Menschen und er selbst zu eine, der schon damals existierenden Femebunde gehoerte. Er wurde von der Schule entlassen. Bei der Jahresfeier erwaehnte der Direktor mit kurzen Worten den Vorfall und schloss: ‚In den langen Jahren meines Amtes, war es das erste mal, das ich einen Schueler entlassen musste. Als Deutscher habe ich es getan um die Wuerde dieser Schule zu erhalten'" (DK 117/8f.).

Obgleich David Kollander durch die Intervention des Direktors rehabilitiert worden war, fühlte er sich in der Schule nicht mehr wohl. Er empfand die „kalte Höflichkeit" (DK 117/9), mit der er von vielen Lehrern und Schülern behandelt wurde, als so quälend, dass er seinen Vater bat, ihn die Höhere Israelitische Realschule besuchen zu lassen. Diese Schule wurde vorwiegend von Schülern besucht, die sich „aus den oestlichen Gebieten Europas rekrutierten" (DK 117/6). Seine neuen Mitschüler hielt er für ziemlich weltfremd. Deshalb verstärkte er sein Bemühen, die Kontakte zu den Freunden aus seiner früheren Schule aufrechtzuerhalten.

> „Am Anfange trafen wir uns regelmaessig, welches ich aber spaeterhin vernachlaessigte. In den kommenden Jahren trafen wir uns unter den sinnlosesten Umstaenden. Wir begruessten uns gegenseitig, als ob es erst gestern gewesen sei, dass wir Abschied von einander genommen haetten" (ebd.).

Von der Untertertia an besuchte David Kollander die Höhere Israelitische Realschule. Eine besondere Verehrung brachte er Professor Dr. Menzel, seinem Mathematiklehrer, entgegen.

> „Ich danke Professor Dr. Menzel fuer jedes Wort, dass er mich gelehrt hatte. Ich bin der Vorsehung dankbar zu Fuessen dieses Lehrers unter Lehrern gesessen haben zu duerfen. [...] Mit seiner markanten Stimme alles in Gefangenschaft nehmend, ein Meter neunzig gross und der auffallenden Aehnlichkeit mit Einstein gab dem Unterrichte einen immer neuen Anreiz. Er unterrichtete uns in Mathematik. Es war seiner Faehigkeit des Unterrichtens zuzuschreiben, dass wir bei den Abgangspruefungen, ein Lehrjahr in der Erreichung des vorgeschriebenen Zieles voraus waren“ (DK 117/17).

Professor Menzel war Alkoholiker. „Unter dem Einflusse des genossenen Spirits liess er sich zu Vortraegen ‚herab‘, die uns zu leidenschaftlichen Zuhoerern machten“ (ebd.).

„Der Tradition gemaess“ (DK 117/18) machte Davids Kollanders Klasse im letzten Schuljahr eine mehrtägige Klassenfahrt, auf der Professor Menzel sie begleitete. Die Schüler, „eine richtige Abstinenzlerklasse“ (ebd.), hatte es sich zur Aufgabe gemacht, den verehrten Lehrer „von seinem Laster zu befreien“ (ebd.). Sie taten

> „alles moegliche ihn an den Genuss von Milch und Limonade zu gewoehnen. Die Folge war, dass er am ersten Abend sehr muerrisch wurde. Am naechsten Tage kam es zu einer Auseinandersetzung, welche damit endete, dass Prof. Menzel die Fahrt abbrechen wollte. Wir hielten einen Klassenrat, in welchem beschlossen wurde alles zu gewaehren, wozu er Lust verspuerte. Am selben Abende kam er totbetrunken zur Herberge zurueck und hielt uns eine Rede, die ungefaehr mit den Worten schloss: ‚Das Jute ist nicht immer das Beruhigende und das Beunruhigende, ist nicht immer das Schlechte‘“ (ebd.).

Einen Tag später stand eine Brockenbesteigung auf dem Programm. „Auf dem ‚Hexentanzplatz‘ erhielten wir die tragische Beichte seines Lebens“ (ebd.).

Professor Menzel stammte aus einer Arbeiterfamilie. Sein Vater war Lokomotivführer. Trotz seiner Begabung war es für den Jungen fast unmöglich gewesen, im Kaiserreich, in welchem „das Kastenwesen trotz sozialdemokratischer Partei existierte“ (ebd.), eine akademische Laufbahn zu ergreifen. Nach dem Abitur studierte Menzel an der Universität in Zürich und promovierte in Philosophie. In Deutschland studierte er Mathematik und Sprachen. „Politische Voreingenommenheit und Standeshindernisse“ (DK 117/19) waren Ursachen dafür, dass Menzel in Kiel keine ordentliche Professur erhielt,

sondern bis zum Ende des Ersten Weltkrieges außerordentlicher Professor mit geringem Gehalt blieb.

Nach dem Krieg setzte er sich für eine Arbeiterhochschule ein. Er war Abgeordneter im Arbeiter- und Soldatenrat und engagierte sich drei Jahre lang für die junge Republik. Er bewarb sich in Kiel, Köln, Bonn, Leipzig und in Berlin um eine Professur, ohne Erfolg. Untersuchungen ergaben, dass er auf der „schwarzen“ Liste stand.

> „Wohlgemerkt die Lehrerschaft der Republik stellte sich noch immer aus den alten Gardisten des Kaiserreiches dar, gleich den Gerichtsbeamten, die auf den Wechsel des Regimes hofften, welcher dann mit Hitler wirklich eintrat“ (ebd.).

Professor Menzel resignierte und nahm eine Stelle als Mathematiklehrer an der Höheren Israelitischen Realschule in Leipzig an.

In den letzten Schuljahren schloss sich David Kollander gegen den Willen seiner Eltern einem zionistischen Jugendbund und einem zionistischen Sportbund an. Hier hörte er zum erstenmal von Pogromen gegenüber Juden. „Es klang wie Erzaehlungen von einem anderen Sterne“ (DK 117/12). Der Gedanke an einen jüdischen Staat Palästina, in dem die unterdrückten jüdischen Massen in Freiheit leben konnten, begeisterte ihn. Es erschreckte ihn jedoch zutiefst, von Juden als „Jesusmoerdern“(117/13) sprechen zu hören. Es „erfuellte mich mit Bitterkeit ‚Ihn‘ als Anlass des Judenhasses und anderer Hasse betrachten zu muessen, da ‚Er‘ zum boesen ausgenutzt und verunstaltet wurde“ (ebd.).

Ende der zwanziger Jahre war die politische Situation in Leipzig noch relativ ruhig. „Hitler war nur als Clown bekannt“ (DK 117/12). So konnte im Jahre 1929 der Neubau der Synagoge unter Beteiligung von Vertretern aller öffentlichen Einrichtungen und unter Teilnahme der führenden Persönlichkeiten der Stadt Leipzig eingeweiht werden.

> „Die Einweihung der praechtigen Synagoge, welche fuer ungefaehr zweitausend Beter Platz aufwies war ueberfuellt. Ich sang im Chor. Alle gesetzlichen und staatlichen Vertreter der verschiedenen Koerperschaften nahmen teil und hielten Ansprachen von der juedischen Kanzel. Sie sprachen von der herrlichen Zeit in welcher wir lebten – von der Verstaendigung, das das deutsche Volk den juedischen Institutionen entgegenbrachten – von den gemeinsamen Opfern waehrend des Krieges und nach dem Kriege, sie sprachen von den Errun-

> genschaften der israelitischen Mitbuerger auf dem Gebiete der Wissenschaft, Kunst und Medizin. Der Rabbiner verlas ein Gebet fuer die Vertreter der gesetzlichen Koerperschaften, dem Praesidenten der Republik, dem deutschen Volke und den restlichen Juden. Ein ueberhebendes und verbindendes Gefuehl ueberrauschte mich. Der letzte Redner konnte sich nicht einer Redewendung enthalten, die spaeterhin aufgeregt und ausfuehrlich nach dem Verlassen der Staette diskutiert wurde. Er war der Vertreter des Reichsbundes Juedischer Frontsoldaten, welcher sagte: ‚Hebraeisch mag wohl die Sprache des Gebetes in dieser Halle wie so vieler anderer sein, aber Deutsch ist unsere Sprache. Es ist der Ausdruck und Beweis, daß wir eingegliedert sind und zum deutschen Volke gehoeren.' Er schloss mit den Worten: ‚Wir Frontkaempfer haben unser Blut gegeben um Jerusalem in Deutschland errichtet zu sehen'" (DK 117/11).

David Kollander legte vermutlich im Jahre 1926 oder 1927 das Abitur ab. Sein Berufswunsch gab Anlass zu heftigen Auseinandersetzungen mit seiner Familie.

> „Ich verliess die Schule mit der Idee zu studieren und Sportlehrer zu werden. Meine Familie legte mir die groessten Hindernisse im Wege, da es sehr unstandesgemaess war und ich dazu bestimmt war Medizin zu studieren. Die Situation zwang mich eine halbtaegige Stellung in einem Pelzwarengeschaeft anzunehmen um mich der anderen Haelfte des Tages meinem Studium eines Sportlehrers widmen zu koennen" (DK 117/12).

***

David Kollander besuchte mit einigen Unterbrechungen die Universitäten in Köln und Leipzig und legte in Berlin an der Hochschule für Leibesübungen das Examen als Sportlehrer ab.

In den Jahren um 1930 arbeitete er als Volontär in einer Kölner Holzhandlung. Er hatte diese Arbeitsstelle durch die Vermittlung seines Vaters erhalten. Bis zum Jahre 1935 engagierte er sich in der Organisation eines zionistischen Sportbundes, vermutlich in Leipzig. In verschiedenen Versammlungen trat er als Redner auf. Im Jahre 1935 fand in Leipzig zum letzten Mal ein Treffen aller jüdischen Sportvereine Deutschlands mit tausend Teilnehmern statt. David Kollander leitete den Aufmarsch der Vereine von der Rednertribüne. Kurze Zeit nach diesem Turnerfest wurden alle jüdischen Vereine aufgelöst und enteignet.

Im Herbst 1935 emigrierte David Kollander. Er erreichte die USA am 31. Oktober. Auch seinen Brüdern gelang es, Deutschland rechtzeitig zu verlassen.

Die Eltern emigrierten vermutlich Ende 1936 oder 1937 in die USA, „im letzten Augenblick, bevor die Tore zur Einwanderung geschlossen wurden“ (DK 117/30).

Harry Kaufmann

„Ich habe mich selbst immer als Deutscher betrachtet und habe als solcher gefühlt“

Harry Kaufmann wurde „in Westfalen als drittes Kind einer jüdischen Kaufmannsfamilie im Jahre 1912 geboren“ (HK 108/1)[1]. Seine Eltern zogen bald nach seiner Geburt in das Ruhrgebiet nach Essen, und er verbrachte dort seine Kindheit und Jugend. Seine Familie war in Deutschland verwurzelt:

> „Soweit ich die Reihen meiner Vorfahren verfolgen kann, so sind sie ebenfalls in Deutschland geboren und haben ihr ganzes Leben dort verbracht, sodass ich der sehr berechtigten Ansicht bin, dass meine Vorfahren seit Jahrhunderten in Deutschland ansässig sind“ (ebd.).

Mit sechs Jahren wurde Harry Kaufmann 1918 eingeschult. Vier Jahre besuchte er die Volksschule.

> „[Es] ist aus dieser Zeit nicht allzuviel zu berichten, da ich mich meiner Jugend entsprechend nur für Dinge interessierte, soweit sie mich direkt angingen“ (ebd.).

Hunger und Sorge um das tägliche Brot, der „klägliche Zustand der letzten Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre“ (HK 108/1a) sind das erste, an das sich Harry Kaufmann erinnerte. Am Ende des Krieges war sein Vater einer Verletzung wegen von der Front zurückgekehrt und in verschiedenen Essener Krankenhäusern behandelt worden; für Harry Kaufmann war es etwas ganz Besonderes, dass die Krankenschwestern ihn „mit gutem Essen und Süßigkeiten fütterten“ (ebd.), wenn er seinen Vater besuchte.

> „Gutes Essen war für längere Zeit nur ein Traumgebilde für mich gewesen, da in den letzten Kriegsjahren bekanntlich in Deutschland nur noch auf Schleichwegen und für unerschwingliche Preise Lebensmittel, die nicht auf Rationskarten erhältlich waren, zu bekommen waren.

1 Seine frühe Kindheit im Kaiserreich ist in Blömer/Garz 2000, S. 245ff. dargestellt.

> Ich entsinne mich z. B. noch ganz genau der Tatsache, dass unser Brot von meiner Mutter ganz genau aufgeteilt wurde, sodass jedes der Familienmitglieder einen seiner Grösse und seinem Alter entsprechendes Stück bekam, das für die Zeit ausreichen musste, bis wieder neues Brot erhältlich war. Die Hauptnahrungsmittel in dieser Zeit waren Steckrüben, Kartoffeln, Brot, Margarine und Kunsthonig. Als Kaffee wurde gebranntes Korn verwandt, Milch und Eier gab es fast garnicht und wenn nur für wahnsinnig hohe Preise, als Zucker wurde ein flüssiger Süsstoff verwandt. Ebenfalls Kleidungsstücke und Schuhe waren ungeheuer teuer und kaum erhältlich, Deutschland war im wahrsten Sinne des Wortes ausgeblutet und ausgehungert" (HK 108/1f.).

Unvergesslich war ihm die Auswirkung der Aufhebung der Blockade[2], als wieder Kredite und Lebensmittel nach Deutschland kamen:

> „Ich weiss z. B. noch ganz genau, dass wir Volksschüler für längere Zeit in den Schulen von der Quäker-Organisation[3], die ihre Gelder aus Amerika erhielten, ein Frühstück erhielten, bestehend aus einer Tasse Kakao und einigen Keksen. Wir Kinder waren zum grossen Teil unterernährt und war es das Bestreben der verschiedensten Organisationen, diesem Uebel abzuhelfen" (HK 108/1a).

Nach der Volksschule besuchte Harry Kaufmann ab 1922 eine Oberrealschule, die er mit dem „Einjährigen-Examen" (ebd.) 1928 verließ. Seine Eltern waren, wie so viele andere auch, durch den Krieg und die Inflation verarmt:

> „Das erste grössere Erlebnis aus dieser Zeit war die Inflation, die Entwertung der deutschen Mark. Es ist wohlbekannt, dass mit Ausnahme von Wenigen, die es besser verstanden, alle Deutschen das wenige Vermögen, das sie aus den schweren Kriegs- und Nachkriegsjahren hinübergerettet hatten, verloren. Zu diesen gehörten auch meine

---

2 Seit dem Sommer 1914 hatte die englische Flotte Deutschland von Importen aus neutralen Staaten abgeschnitten. Der Waffenstillstand beendete die Blockade nicht, erst mit der Ratifizierung des Versailler Vertrages wurde sie aufgehoben (vgl. Kolb 2000, S. 8f.).

3 George Fox begründete im 17. Jahrhundert die ‚Gesellschaft der Freunde', ‚Quäker' (Zitterer) genannt, eine enthusiastische, mystische Bewegung des Protestantismus. Toleranz, praktische Frömmigkeit und große Menschenfreundlichkeit sind ihre zentralen Anliegen. Als die amerikanischen Kirchen in und nach den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts die Unterstützung vieler Notleidenden in Europa und Asien organisierten, haben die Quäker sich besonders eingesetzt (vgl. Heussi 1960, S. 374, S. 533).

> Eltern, die alles, was sie noch besassen, einbüssten. Hinzuzufügen ist hier noch, dass meine Eltern während des Krieges viele Tausende als Kriegsanleihe gezeichnet hatten, die selbstverständlich auch verloren waren. Damit ist auch zu erklären, dass ich die höhere Schule nur bis zum Einjährigen-Examen besucht habe, obwohl es meine Eltern sehr gerne gesehen hätten, wenn ich zur Universität gegangen wäre. Meine Eltern waren aber nicht in der Lage, dass zum Studium notwendige Geld aufzubringen (Studiern ist in Deutschland eine verhältnismässige teure Angelegenheit) und so habe ich dann nach Beendigung meiner Schulzeit den Kaufmannsberuf ergriffen“ (ebd.).

Mit den ihm vertrauten Menschen verband ihn das Gefühl, dass Deutschland nach dem verlorenen Krieg Unrecht geschah. Vor allem die Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen empörte ihn:

> „Zusammen mit meinen Eltern, Lehrern und Freunden, habe ich den Einfall der Feinde aus dem Weltkriege in das Rheinland als grosses Unrecht und Vergewaltigung angesehen, ebenfalls den Versailler Vertrag als Schmach und Schande gefühlt. Mit allen meinen Freunden habe ich Protestversammlungen gegen den später erfolgten Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet besucht und habe vor dem besetzten Rathaus, Bahnhof und anderen wichtigen Gebäuden solange patriotische Lieder gesungen, bis wir alle von den Franzosen weggejagt wurden. Wir junge Burschen benutzten dann die Abenddunkelheit, um, durch an Mauern und Wänden in französisch geschriebenen Sätzen, die Besatzungssoldaten und das französische Volk zu beschimpfen“ (HK 108/2).

Mit der ganzen Klasse nahm er Anteil an den Auseinandersetzungen der Bevölkerung mit der Besatzungsmacht, an den Sabotageakten und an der Trauer über die Opfer:

> „Ich entsinne mich noch der masslosen Trauer und Empörung, die allgemein herrschten, als bei Besetzung der Krupp-Werke in Essen 13 der Kruppschen Arbeiter durch die Franzosen erschossen wurden.[4]

---

4 Während der Ruhrbesetzung durch französische und belgische Truppen, die am 11. Januar 1923 begann und die angeblich dem Schutz von Ingenieuren, die die Reparationsleistungen kontrollierten, diente, kam es zu passivem Widerstand der Bevölkerung und auch zu Sabotageakten. Am 31. März starben bei Auseinandersetzungen mit einer französischen Abteilung bei den Krupp-Werken 13 Arbeiter, 29 wurden verletzt (vgl. Der Große Brockhaus Bd. 16 1933, S. 191).

> An der Beisetzung dieser Opfer nahm unsere gesamte Klasse teil, und gab diese Beisetzung Anlass zu enormen Protestkundgebungen gegen die Franzosen. Es erfolgten Ueberfälle auf französische Soldaten und Beamte, die solchen Umfang annahmen, dass sich für längere Zeit Soldaten nur in Gruppen aus den Kasernen herauswagten und Beamte und Offiziere stets eine Leibwache mit sich hatten“ (ebd.).

Die Besatzungsmacht reagierte mit Verhaftungen und Ausgehverboten. Die Bevölkerung litt unter den Konsequenzen. Trotzdem bewunderten die Schüler die Mutigen, die den Besatzern widerstanden und ihnen durch Sabotage Schaden zufügten. Sie dachten nicht daran, dass ihre Stadt und ihr Staat die Kosten dafür zu tragen hatten. Besonders auf einen „Helden“ (ebd.) waren die Schüler stolz:

> „Wie bewunderten wir z. B. Leo Schlageter, der wohl der bekannteste dieser Männer geworden war, und wie traurig und betrübt waren wir alle, als er von den Franzosen gefasst, abgeurteilt und in Düsseldorf auf der Golzheimer Heide erschossen wurde. Ich selbst bin dort anlässlich eines Besuches in Düsseldorf gewesen, nachdem man Schlageter auf der gleichen Stelle, wo er gefallen ist, kurz nach Abzug der Besatzungsarmeen einen riesiges Gedenkkreuz errichtet hat. Er ist oftmals in späteren Jahren in Propagandareden der Nazis zum Nationalsozialisten gemacht worden, obwohl in diesen Jahren die Partei noch garnicht gegründet worden war und soweit mir bekannt ist, Schlageter Angehöriger der Deutsch Nationalen Partei gewesen ist“ (HK 108/2f.).

Als Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt wurde, feierte Harry Kaufmann mit seinen Kameraden das Ereignis, voller Erwartung für die Zukunft Deutschlands:

> „Wie waren wir Jungens seinerzeit begeistert, dass nun der erste Mann in Deutschland einer unserer bekannten Nationalen war, der Deutschland wieder grossen Zeiten entgegenführen würde, wie es uns auf den Schulfeiern gesagt wurde und was wir auch als ganz selbstverständlich hinnahmen. Alle trugen wir stolz an unseren Anzügen oder Mänteln das schwarzweissrote Band als Zeichen unserer nationalen Gesinnung, als von Hindenburg das Ruhrgebiet nach Abzug der Franzosen besuchte und wir Schüler auf den Strassen Spalier bildeten. Niemand gab mir s. Zt. zu verstehen, dass ich als Jude nicht dazugehöre, da ich kein Deutscher sei“ (HK 108/2a).

Harry Kaufmann war als deutscher Jude in den Kreis seiner Klassenkameraden und Freunde eingebunden, er wurde nicht abgelehnt oder verspottet.

> „Ich hatte eine grosse Anzahl von Kameraden und Freunden, zum grössten Teil Christen, die mir alle, bis auf wenige Ausnahmen, bis zu den letzten Tagen meines Lebens in Deutschland Freunde oder zumindestens gutgesinnte Bekannte geblieben sind. Hier schon will ich hinzufügen, dass sie alle in den Jahren nach der Erhebung Hitlers den verschiedensten nationalsozialistischen Gruppen und Verbänden angehört haben, bzw. angehören mussten. Ich habe mehreren Vereinen und Klubs angehört, war Mitglied des ‚Vereins für das Deutschtum im Ausland'[5], habe bei nationalen Feiern aktiv mitgewirkt und bin niemals wegen meines Judentums zurückgesetzt oder abgewiesen worden, weil niemand daran zweifelte, dass ich Deutscher sei. Ich habe mich selbst immer als Deutscher betrachtet und habe als solcher gefühlt. Ich war Deutscher und habe mein Judentum als Religion angesehen, genau so, wie es ein deutscher Protestant oder Katholik auch tut" (HK 108/1af.).

Harry Kaufmann wusste, dass es in Deutschland Antisemiten gab und dass auch sein Direktor antijüdisch eingestellt war, aber das belastete und bedrohte ihn nicht. Er entschuldigte einen Freund, als dieser ihn doch einmal durch eine antisemitische Äußerung beunruhigte:

> „Auch der Direktor unserer Schule liess sich durch seine bekannt nationale und antijüdische Einstellung nicht davon abhalten, auf der speziellen Feier zur Befreiung des Ruhrgebietes einen jüdischen Primaner, der eine hervorragende Stimme hatte, singen zu lassen. Hier muss ich hinzufügen, dass es in Deutschland immer schon eine antisemitische Strömung gegeben hat, deren Ideen von denen Hitlers allerdings sehr verschieden gewesen sind.

---

5 Dieser Verein wurde 1881 als ‚Allgemeiner Deutscher Schulverein für das Deutschtum im Ausland' gegründet und eröffnete deutsche Schulen u. a. in Böhmen, Mähren und Schlesien. Seit 1908 wurde er ‚Verein für das Deutschtum im Ausland' genannt, denn er unterhielt und unterstützte Schulen, Schülerheime, Kindergärten, Bücherein und auslandsdeutsche Studenten und förderte den volksdeutschen Gedanken besonders unter der Jugend (Vorträge, Sammlungen). Seit 1933 wurde er unter dem Namen ‚Volksbund für das Deutschtum im Ausland' für national-sozialistische Ziele genutzt. 1955 als ‚Verein für das Deutschtum im Ausland e.V.' neu gegründet, unterhält er in der Gegenwart zahlreiche Verbindungen im kulturellen, gemeinschaftsfördernden und wirtschaftlichen Bereich zu den Deutschen im Ausland (vgl. Der Große Brockhaus Bd. 19 1934, S. 656; Brockhaus-Enzyklopädie Bd. 23 1994, S. 155).

> Ein Beweis für den Gedankengang von Antisemiten erhielt ich, als der Minister Walter Rathenau, der ja bekanntlich Jude gewesen ist, erschossen wurde. Einer meiner Spielkameraden, der viel mit Angehörigen der Deutsch-Völkischen Bewegung zusammenkam, einer der antisemitischen Gruppen, sagte zu mir: ‚Da hat man einen von Deiner Sippschaft um die Ecke gebracht, es wurde aber auch höchste Zeit.' Ich war sehr erschrocken über diese Äusserung, da ich mir nun vorstellte, dass man Rathenau nur darum erschossen habe, weil er Jude war. Tatsächlich war es ja ein Mord aus politischen Gründen gewesen, nur war ich damals zu jung, um die wahren Hintergründe zu erfassen. Zur Entschuldigung meines Freundes muss ich noch hinzufügen, dass er diese Äusserung von einem seiner älteren antisemitischen Bekannten aufgeschnappt haben muss, da seine Eltern sowie er selbst fromme Katholiken und absolut nicht antijüdisch eingestellt waren" (HK 108/2af.).

Nachdem er die Oberrealschule mit dem ‚Einjährigen' abgeschlossen hatte, begann Harry Kaufmann seine Lehre. In den folgenden Jahren erlebte er an seinem Arbeitsplatz die wachsende Armut in Deutschland mit:

> „Wie ich schon vorher gesagt habe, begann ich meine kaufmännische Tätigkeit im Jahre 1928 in einem grösseren Schuhdetailgeschäft. Ich hatte Gelegenheit, in den folgenden Jahren, genauestens zu beobachten, wie die Armut im Volke ständig zunahm und die Kaufkraft ständig zurückging. Um dieser grossen Armut gerecht zu werden, waren Fabrikanten sowie Geschäftsleute gezwungen, ständig billiger und billiger zu fabrizieren und zu verkaufen. Als Beispiel aus meiner Branche möchte ich hier anführen, dass ein Herrenschuh, der im Jahre 1928 mit Mk. 19,50 verkauft wurde, im Jahre 1932 bei kaum schlechterer Qualität mit Mk. 12,50 zum Verkauf kam. Das gleiche Bild ergab sich bei allen anderen Branchen und die Folge war, dass in diesen Jahren hunderte von kleineren und grösseren Firmen, die nicht besonders kapitalskräftig waren, ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen konnten. Sie schlossen Zahlungsvergleiche ab oder waren sogar gezwungen ihre Unternehmen gänzlich aufzugeben. Die Folge davon war, dass andere Firmen an diese Unternehmen mehr oder weniger grosse Summen verloren und immer mehr Arbeitnehmer ihre Stellungen verloren. Es kam z. B. in unser Geschäft ein Arbeiter, der noch im Jahre 1928 verhältnismässig gut verdient hat, dagegen war er aber ein oder zwei Jahre später arbeitslos oder nur für zwei oder drei Tage in der Woche beschäftigt. Es gab Fälle, und das waren keine Seltenheiten, in denen Familien, die ein Einkommen von

> monatlich 400,- Mk. gehabt hatten, wenige Monate später nur noch die Hälfte und manchmal sogar nur noch 1/3 dieses Betrages als monatliches Einkommen hatten. Irgendwelche der Familienmitglieder waren arbeitslos geworden oder im Gehalt gekürzt und es war keine Seltenheit, dass Personen für drei, vier oder sogar noch für mehr Jahre vollkommen ohne jede Arbeit waren. Häufig kam es nun vor, dass z. B. ein Kunde sagte, der früher nur gute Qualitätsschuhe gekauft hatte: ‚Ich habe nur Mk. 6,- in der Tasche und kann nicht mehr für ein Paar Schuhe ausgeben'" (HK 108/3a).

Auch die Arbeit der Parteien und Regierungen, die die wachsende Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit im Volk nicht ändern konnten, nahm Harry Kaufmann in diesen Jahren wahr. Er hat sich selbst anscheinend politisch nicht betätigt.

> „Die Unzufriedenheit im Volke nahm von Tag zu Tag zu, da keiner der vielen Minister in der Lage war, die Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Gleichzeitig mit der steigenden Anzahl der Arbeitslosen nahm die Kaufkraft und der Lebensstandard des Volkes ab und hatte im Jahre 1932, kurz vor Regierungsantritt Hitlers, den Tiefstand erreicht. In diesen Jahren wurde der Boden für Hitler reif und stieg seine Anhängerschaft von nur wenigen im Jahre 1924 zu Millionen gegen Ende 1932. [...] Er verlangte nichts anderes als die Kanzlerschaft im Namen der Weimarer Verfassung und hütete sich sehr zu sagen, dass er eine Diktatur wünsche. Bekannt war sein antijüdisches Programm, sein Hass gegen Frankreich und England, seine Unreligiösität, und trotzdem glaubte keiner, dass er jemals seine Ideen mit solchen Gewaltmitteln, wie er sie später anwandte, durchdrücken würde. Sein Buch ‚Mein Kampf' war damals wohl schon bekannt, aber man sah es eher für Theorien eines wilden Mannes, als für die eines Staatsmannes an" (HK 108/3f.).

***

Bis zu seiner Auswanderung 1938 arbeitete Harry Kaufmann als Einkäufer und Manager in dem Schuhgeschäft, in dem er seine Lehre absolviert hatte. Dienstreisen führten ihn durch ganz Deutschland; er war im Gespräch mit vielen unterschiedlichen Menschen und erlebte mit, wie die Juden in Deutschland recht- und schutzlos wurden. Durch eine Denunziation geriet er zusammen mit seinen beiden Chefs zwei Tage in ‚Schutzhaft'. Er bereitete die Auswanderung vor. In der Pogromnacht wurde er in seiner Wohnung

nicht aufgesucht, aber die Zerstörungen in der Stadt und die Verhaftungen zahlloser jüdischer Männer veranlassten ihn, mit seiner Frau sofort die Stadt zu verlassen. Er reiste nach Stuttgart, wo er ein paar Tage später die Visa abholen wollte. Die Eheleute wurden unterwegs zweimal verhaftet, aber jeweils bald wieder frei gelassen, weil sie ihre Auswanderung betrieben. In Stuttgart wurde Harry Kaufmann noch einmal verhaftet, obwohl er schon im Besitz der Ausreisepapiere war. Ein Ausweis der Gestapo, dass er aus der ‚Schutzhaft' entlassen sei, weil er auswandern wolle, sicherte den Eheleuten die Rückkehr nach Essen. Harry Kaufmann legte seine Papiere am nächsten Tag bei der Gestapo in Essen vor und verließ, nach schwerem Abschied von seiner Mutter und ohne seinen Bruder noch einmal zu sehen, am gleichen Abend Deutschland aus Angst vor dem Konzentrationslager. Seine Frau folgte ihm sechs Tage später nach Holland. Mit dem Schiff setzten sie nach Amerika über.

Wolf Elkan

„Und ich war davon überzeugt, daß es nur ein Land gab, in dem ich leben wollte: Deutschland“

Wolf Elkan wurde am 9. Juli 1913 in dem kleinen Dorf Alsbach an der Bergstraße als Sohn jüdischer Eltern geboren. Er hatte eine drei Jahre ältere Schwester. Seine Mutter war bis zu ihrer Eheschließung Pianistin gewesen. Der Vater, Benno Elkan, galt als einer der führenden Bildhauer Deutschlands. In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg wurde in Frankfurt am Main ein Denkmal für die Gefallenen des Krieges errichtet, das von Benno Elkan gestaltet worden war. Es zeigte eine Mutter, die in unendlichem Schmerz um ihren gefallenen Sohn trauert.

> „Die einzige Inschrift war: ‚Den Opfern.‘ Dieses Denkmal wurde bald in Deutschland und jenseits der deutschen Grenzen ziemlich berühmt, weil es den universellen Schmerz und die universellen Opfer auszudrücken schien, die der Krieg für jeden, für jede Ehefrau und jede Mutter in jedem Land gebracht hatte. Aber schon bald nach der Enthüllung dieses Denkmals begannen einige kleinere Zeitungen einer Gruppe, die sich damals ‚Deutsch-völkisch‘ nannte, meinen Vater anzugreifen und sein Denkmal als ‚undeutsch‘ zu bezeichnen“ (WE 56/5).

In Mainz wurde eine Skulptur von Benno Elkan errichtet, die die Befreiung des Rheinlandes darstellte: eine riesenhafte Figur, die, wie aus einem bösen Traum erwachend, sich erhebt (vgl. WE 56/70).

Die ersten sieben Jahre seines Lebens verbrachte Wolf Elkan in dem Dorf Alsbach, etwa auf halber Strecke zwischen Frankfurt am Main und Heidelberg. Von seinem Elternhaus aus konnte man das Rheintal überblicken. Wolf Elkan wuchs sehr behütet auf. Seine „einzigen Kontakte“ (WE 56/2) bestanden aus denen zu seiner Familie – Vater, Mutter, Schwester und Großmutter –, zu Freunden der Familie, die ihnen gelegentlich einen Besuch abstatteten, sowie zu der Landbevölkerung. Die Bevölkerung in diesem Teil

von Deutschland empfand er als „recht freundlich, doch etwas engstirnig“ (ebd.).

Im Jahre 1920 zog die Familie Elkan nach Frankfurt am Main um. Hier wurde Wolf Elkan eingeschult. Nach der Grundschule besuchte er bis zum Abitur das Goethe-Gymnasium, „die älteste Schule in Frankfurt mit einer Geschichte von etwa 400 Jahren“ (WE 56/5) mit den Schwerpunkten auf „Latein, Griechisch, alte[r] Geschichte und Altphilologie“ (ebd.).

Wolf Elkan betonte, dass er in diesen ersten Jahren in Frankfurt niemals eine Ausgrenzung aufgrund seines Judeseins empfand.

> „Obwohl ich wußte, daß ich jüdisch war, bedeutete mir diese Tatsache nichts, da ich keinen Unterschied sah und mir nie ein Unterschied zwischen Juden und Nicht-Juden aufgezeigt worden war. In der Schule, die ich besuchte, waren wir alle zusammengewürfelt, und dies hatte offensichtlich keinerlei Einfluß auf irgendeinen von uns Jungen“ (WE 56/2f.).

Schon in der Kindheit unternahm Wolf Elkan mit seinen Eltern und seiner Schwester viele Reisen ins Ausland, vor allem nach Frankreich, nach Belgien und in die Schweiz. Die ersten Auslandsreisen, die die Kinder allein unternahmen, fielen in die Zeit der allmählichen innen- und außenpolitischen Stabilisierung der jungen Republik. Hier begann Wolf Elkan, bewusst seine Zugehörigkeit zum deutschen Volk zu reflektieren. In Belgien begegnete ihm und seiner Schwester zum erstenmal „politischer Haß, den wir vorher nicht gekannt hatten“ (WE 56/4).

> „Einige Bänke an der Küste trugen die aufgemalte Inschrift: pas pour allemands (nicht für Deutsche), und auf der Suche nach Unterkünften wurden wir einige Male mit dem Ausspruch zurückgewiesen: Des allemands!? Jamais! (Deutsche!? Niemals!) Wir erachteten das Ganze als sehr engstirnig und dumm, aber wir folgerten, daß die Bevölkerung durch den Krieg verbittert war und daß es an uns lag, ihnen durch ausgezeichnetes Verhalten zu zeigen, daß Deutsche doch nicht so schlechte Menschen waren.
>
> Als ich einmal nach den Ferien in die Schule zurückkam, schrieben wir einen Aufsatz über Reisen. Darin schrieb ich, daß eine Regel für das Reisen im Ausland lautete, daß man sich bei allen Gelegenheiten so zu verhalten hätte, als sei man der Repräsentant seines Landes“ (ebd.).

Bei seinen Auslandsreisen lernte Wolf Elkan Toleranz gegenüber Menschen anderer Länder. Aber sowohl die Erlebnisse im Ausland als auch der Unterricht in dem Goethe-Gymnasium förderten nur noch seine Bewunderung für Deutschland.

> „Diese Reisen bestärkten uns jedoch nur in unserer Vorstellung, die auch Teil unserer Schulausbildung in Geschichte, Literatur etc. war, daß es deutsche Initiative, Wissenschaft und Erfindung waren, die die Welt zu ihrem gegenwärtigen Zivilisations- und Kulturstandard geführt hatten.[...] [U]nd ich war davon überzeugt, daß es nur ein Land gab, in dem ich leben wollte: Deutschland, und ich war davon überzeugt, daß Deutschland in fast jeder Hinsicht die führende Nation war“ (WE 56/3).

Den Unterricht im Goethe-Gymnasium, vor allem in den Fächern Geschichte und deutsche Literatur, empfand Wolf Elkan als negativ.

> „Der Grund lag darin, daß unsere Lehrer überwiegend alte Lehrer aus der Vorkriegszeit waren, die dieselben preußisch-militaristischen Ideen beibehalten hatten, die vor dem Krieg allgemein gültig gewesen waren“ (WE 56/6).

Auf Schulausflügen ließen einige Lehrer die Schüler paramilitärische Spiele veranstalten, „z.B. eine Burg erstürmen, einen kleinen Wald auskundschaften, der von der Gegengruppe bewacht wurde usw.“ (ebd.). Wolf Elkan und seine Klassenkameraden hatten jedoch viel Spaß an diesen Spielen.

Zu dem Frankfurter Goethe-Gymnasium gehörte ein Schülerheim im Taunus. Einer der ältesten Lehrer, Professor W., hatte sich besonders für das Heim engagiert,

> „weil er überzeugt war, daß es zur Förderung des Geistes und der Moral der heranwachsenden Jugend von großem Wert war, und er hatte eine Menge aufopfernder Arbeit geleistet, damit dieses Heim wachsen und sich ausdehnen konnte. Er war der Vater des Schülerheims und hatte einen besonderen Geist und eine besondere Tradition der Kameradschaft zwischen den Jungen und sich geschaffen“ (WE 56/7).

Eine Gruppe von Schülern des Goethe-Gymnasiums traf sich regelmäßig an den Wochenenden und in den Ferien in diesem Schülerheim. Durch das Sammeln von Spenden und durch aktive Mitarbeit trugen sie zur Pflege des

Hauses bei. Es hatte sich auf diese Weise eine ‚Clique' gebildet. Diese Jungen hatten ihren Spaß daran, Mitschüler zu ärgern, die nicht zu ihrer Gruppe gehörten.

> „Einigen von ihnen ging es während ihres Aufenthaltes nicht gut, weil eine Gruppe von älteren und stärkeren Jungen sie ärgerten und ihnen das Leben, wo sie nur konnten, schwer machten. Besonders liebten sie ‚Prozesse', in denen irgendein Verstoß gegen irgendeine Regel als Entschuldigung dafür genommen wurde, den ‚Kriminellen' zu irgendeinem Versteck im Wald zu führen, wo sein ‚Verbrechen' ausführlich diskutiert wurde, während er mit zusammengebundenen Händen oder Füßen auf das ‚Urteil' wartete. Er wurde dann ganz oder teilweise entkleidet und erhielt seine ‚Strafe', die aus einer bestimmten Anzahl von Schlägen bestand.
>
> Kleinere Verhandlungen ähnlicher Art fanden häufig in den gemeinsamen Schlafräumen statt, wenn irgendein Verstoß gegen die Disziplin vorlag, aber diese Verhandlungen wurden von allen eher als Spaß aufgefaßt, und einige Jungen fanden offenbar Gefallen daran, denn sie verstießen jeden Abend gegen dieselben Regeln" (WE 56/8).

Gegen den Heimvater Prof. W. erfolgte eine Untersuchung „wegen unmoralischer und homosexueller Aktivitäten" (WE 56/7), nachdem einige Jungen, „die keinen vorherigen Kontakt mit dem Heim gehabt hatten und die keinerlei Wertschätzung für seine Tradition aufbrachten", sich „über einige Dinge" (ebd.) beschwert hatten.

Prof. W. „wurde mit fast allen Ehren in den Ruhestand versetzt" (ebd.).

Wolf Elkan und einige Klassenkameraden waren politisch sehr interessiert. Kritisch verfolgten sie alle politischen Aktivitäten in ihrer Schule, denn laut Verfassungsgesetz durfte „keine politische Partei in irgendeiner Hinsicht an einer Schule aktiv werden" (WE 56/9). Die Schüler protestierten deshalb dagegen, dass der V.D.A., der Verein für das Deutschtum im Ausland, von vielen Lehrern der Schule unterstützt wurde. Sie hielten diesen Verein für eine „rechtsorientierte politische Organisation" (WE 56/10) und protestierten heftig gegen die Beeinflussung durch die Lehrkräfte.

> „Das sah so aus, daß manche unserer Lehrer eine Rede hielten und uns erzählten, wie einige Gruppen oder Gemeinschaften der ‚Deutschen Brüder' die ‚Deutsche Kultur im Ausland' weit weit entfernt in fremden und unzivilisierten Ländern wie Ungarn oder Polen entweder förderten, oder wie ihr kulturelles Leben unterdrückt, ihre Schulen

> geschlossen, ihre Sprache verboten wurden. Wie sie kämpften und litten, um wenigstens ihre deutsche Sprache zu erhalten. Und daß jeder morgen eine Mark als Spende mitbringen sollte“ (WE 56/9f.).

Wolf Elkan und seine Klassenkameraden weigerten sich erfolgreich, den Verein für das Deutschtum im Ausland (V.D.A.) mit Spenden zu unterstützen.

Wolf Elkan und seine Mitschüler wurden in ihrer politischen Einstellung vorwiegend durch das Elternhaus sowie durch das familiäre Umfeld geprägt. Die Ausführlichkeit, mit der er die ‚Parteienlandschaft‘ um 1930 beschrieb, lässt auf ein reges politisches Interesse schließen.

> „An diesem Punkt möchte ich in Erinnerung rufen, daß sich die Anzahl der politischen Parteien in Deutschland auf 30 belief, wovon 6 die bedeutenderen waren. Sie bestanden aus den Nazis und den Kommunisten, die extrem rechts bzw. links orientiert waren, den Deutschnationalen, die den alt-preußischen nationalistischen Geist repräsentierten, dem Zentrum, einer katholischen Partei, die ihre mittlere Position dazu nutzte, zu ihrem eigenen Vorteil zwischen allen Parteien hin und her zu jonglieren, aus der ‚Demokratischen Partei Deutschlands‘, die von einem vergleichsweise kleinen Kern entweder Intellektueller oder ziemlich wohlhabender Menschen moderaten politischen Charakters unterstützt wurde, sowie aus den Sozialdemokraten, die die arbeitende Bevölkerung und jene Menschen repräsentierten, die bis zu einem gewissen Grad demokratische Vorstellungen, jedoch keine kommunistischen Tendenzen hatten“ (WE 56/13f.).

In den letzten Gymnasialklassen, in den Jahren bis 1932, kam es häufig zu politischen Diskussionen zwischen den Schülern in Wolf Elkans Klasse. Die meisten Mitschüler stammten aus „besser gestellten Bürgerfamilien“ mit der „allgemeinen Tendenz moderat, demokratisch oder deutschnational“ (WE 56/14). In seiner Klasse wurden 25 Schüler unterrichtet, davon waren „nur zwei oder drei Nazis, und sie sorgten eher für Belustigung als für Diskussionen“ (ebd.). Diese Jungen waren zwei bis drei Jahre älter als die meisten Schüler der Klasse, da sie aufgrund schwacher Leistungen einige Schuljahre hatten wiederholen müssen. Wolf Elkan schilderte sie als nette Jungen mit sehr guten sportlichen Leistungen und „offensichtlich harmlos“ (WE 56/15). Einige wortgewandte Klassenkameraden liebten es, die politisch und verbal wenig versierten ‚Nazi-Mitschüler‘ in Diskussionen zu verwickeln, aus denen diese sich mit den Worten herauszuwinden pflegten:

„Wenn erst das Dritte Reich kommt, dann werdet ihr schon sehn“ (ebd.). Wolf Elkan und seine Freunde amüsierten sich über diese Worte.

„Die witzigste Diskussion“ (ebd.) befasste sich mit der Möglichkeit einer Verwirklichung des nationalsozialistischen Programms. So hatten die Nationalsozialisten – je nachdem, welche Gruppe die Wahlversammlung gerade besuchte – einmal den Hauseigentümern höhere Mieteinnahmen und auf der anderen Seite den Mietern niedrigere Mietzahlungen versprochen (vgl. ebd.). Als Wolf und seine Mitschüler den ‚Nazi-Jungen‘ vorhielten, bei Nichteinlösen der Wahlversprechen würde eine mögliche ‚Nazi-Regierung‘ bald ihre Wähler und damit die Parlamentsmehrheit verlieren und regierungsunfähig werden, gab ein ‚Nazi-Freund‘ zur Antwort:

> „‚Oh, macht euch da keine Sorgen. Wenn wir eine Regierung bilden, dann brauchen wir den ‚Reichstag‘ nicht mehr. Wir werden ihn bestimmt auflösen‘. An diesem Punkt lachten wir alle, weil uns das so komisch vorkam“ (WE 56/16).

Wolf Elkan und seine Freunde deuteten die Worte ihres ‚Nazi-Freundes‘ als unzureichenden Einblick in parlamentarische Regeln.

Im März 1932 bestand Wolf Elkan das Abitur. Im April desselben Jahres begann er in Frankfurt am Main mit dem Medizinstudium.

***

Im Jahre 1933 geriet Wolf Elkan immer mehr unter politischen Druck. Nach dem dritten Semester beschloss er deshalb, sein Studium zu unterbrechen und eine Ausbildung zum Masseur zu machen. Er hoffte, mit Hilfe dieses Berufes seinen Lebensunterhalt verdienen zu können, falls er Deutschland verlassen müsste.

Ab November 1933 arbeitete Wolf Elkan in Berlin an einem renommierten privaten orthopädischen Krankenhaus, das unter jüdischer Leitung stand und zu dieser Zeit auch noch von einflussreichen Persönlichkeiten der NSDAP aufgesucht wurde. Hier machte Wolf Elkan sein Diplom als ‚Staatlich geprüfter Masseur‘.

Seine Bewerbung um einen Studienplatz an einer Berliner Universität wurde ohne Angabe von Gründen abgelehnt. Er setzte sein Medizinstudium in Heidelberg fort. Nach seinen Angaben wurde er hier zunächst noch von allen Professoren ‚fair‘ behandelt.

1935 erhielt Wolf Elkans Vater Benno Elkan Berufsverbot als Bildhauer. In der Begründung hieß es, er sei unfähig, ‚Deutsches Kulturgut' zu schaffen. Seine Skulpturen waren schon gleich zu Beginn des Hitlerregimes aus der Öffentlichkeit entfernt worden. Zu dieser Zeit lebten Wolf Elkans Eltern bereits in der Emigration in England, seine Schwester lebte in Paris.

Zwei Gründe bewogen Wolf Elkan, Deutschland im Jahre 1935 zu verlassen: Sein Freund wurde grundlos – es handelte sich um eine Verwechslung – für mehrere Monate inhaftiert. Zudem wurde Wolf Elkan die Arbeit am Forschungsinstitut der Heidelberger Universität untersagt, weil er Jude war. Er setzte sein Medizinstudium in Rom fort. Da er nur gelegentlich finanzielle Unterstützung durch Freunde aus Deutschland erhielt, arbeitete er neben dem Studium als Masseur und Deutschlehrer.

Als am 23. April 1938 Hunderte von deutschen Juden in Rom verhaftet wurden – offiziell eine ‚Vorsichtsmaßnahme', da für Anfang Mai Hitlers Besuch in Rom erwartet wurde – entging Wolf Elkan nur durch Zufall der Verhaftung.

Unter erheblichen Schwierigkeiten und Gefahren gelang es ihm, die Experimente für seine Dissertation zu Ende zu führen. Am 30. Mai 1938 beendete er diese Arbeit, am 12. Juli machte er seine Abschlussprüfung. Am 3. September 1938 gelang Wolf Elkan – wieder unter großen Schwierigkeiten und Gefahren – die Ausreise nach England. Ein paar Tage später wäre es nicht mehr möglich gewesen, ein Ausreisevisum zu erhalten.

Im Herbst 1938 erwarb Wolf Elkan Zusatzqualifikationen an den Medizinischen Hochschulen in Edinburgh und Glasgow. Im November emigrierte er in die USA und erhielt im Februar 1939 eine Anstellung als Assistenzarzt am Faulkner Hospital in Boston.

In den folgenden Jahrzehnten arbeitete Wolf Elkan als Chirurg an verschiedenen Krankenhäusern im Großraum New York. Neben Veröffentlichungen in unterschiedlichen Fachzeitschriften erschien im Jahre 1956 im *Life Magazine* ein Bericht über Operationen am offenen Herzen, an denen er beteiligt war (vgl. 'Who's Who in World Jewry' S. 218).

Wolf Elkan heiratete am 29. September 1946. Er und seine Frau Beverly bekamen zwei Söhne, Anthony und Mathew. Er starb am 19. August 1995.

Erica Stein

„Ich begann, Marx zu lesen, um meinen Mitschülerinnen das sozialistische Gedankengut überzeugend zu erklären“

Erica Stein wurde am 4. Februar 1914 in Berlin geboren. Ihr Großvater väterlicherseits war erst 1904 nach Berlin gezogen. Er hatte seinen großen landwirtschaftlichen Familienbesitz in Mittelschlesien verkauft, um Geschäftsmann zu werden.

> „Mein Vater stammt aus einer assimilierten jüdischen Familie in Schlesien. Unsere Vorfahren waren Bauern in Mittelschlesien. Sie bestellten ihr eigenes Land. Über dreihundert Jahre waren sie als Ackerbauern, Forstwirte und Viehzüchter tätig. Sie hatten Rinder (über 200 Kühe), züchteten aber auch Pferde und mästeten Schweine. Das Gehöft lag in der Nähe von Wilkau, einem Dorf mit 200 Familien. Das nahe gelegene Städtchen Namslau hatte 3000 Einwohner. Unser Hof lag etwa 8 Meilen von Breslau entfernt (meine Tante in Berlin ist noch im Besitz der Dokumente, die diese Fakten belegen). Im Jahre 1904 verkaufte mein Großvater den Hof und ging als Geschäftsmann nach Berlin. Er war bereits 1896 in Berlin auf der Handelsmesse zu Geld gekommen. Das hatte ihm so imponiert, daß er sein Leben als Landwirt aufgeben und Geschäftsmann werden wollte. Als Geschäftsmann war ihm jedoch kein Erfolg beschieden“ (ES 223/1).

Ericas Großvater mütterlicherseits hatte als Lehrer in einer kleinen Stadt in der Nähe von Frankfurt a.M. gearbeitet, und Ericas Mutter wäre auch gern Lehrerin geworden.

> „Sie war die einzige Tochter und hatte noch drei Brüder. Obwohl sie intelligenter war als ihre Brüder, wurde in ihre Ausbildung weniger Geld investiert. Sie durfte die Lehrerinnenausbildung nicht machen, denn es gab kein Lehrerinnenseminar in ihrer Stadt. Damals konnte ein junges Mädchen solch ein Seminar nur besuchen, wenn es bei Verwandten in der Stadt wohnen konnte. Meine Mutter kam erst nach

> dem Tode ihres Vaters nach Berlin. Ihre Brüder hatten sich dort geschäftlich etablieren können. So waren sie in der Lage, Mutter und Schwester finanziell zu unterstützen, da diese ihren Lebensunterhalt nicht allein bestreiten konnten“ (ES 223/1f.).

Ericas Eltern hatten sich an ihrem Arbeitsplatz in einer Porzellanfabrik in Berlin kennengelernt. Der Vater hatte hier das Handwerk der Porzellanherstellung und den Vertrieb gelernt. Die Mutter arbeitete als Sekretärin in der Firma.

> „Mein Vater war 26, meine Mutter 27 Jahre alt [bei Ericas Geburt]. Sie hatten 1913 entgegen den Willen beider Elternpaare geheiratet“ (ES 223/1).

Die Eltern hatten sich gleichzeitig mit der Heirat beruflich selbständig gemacht. Ericas Mutter hatte von ihrem Sekretärinnengehalt offenbar genug sparen können, so dass sie mit einem Geschäftspartner zusammen eine kleine Porzellanfabrik erwerben konnten:

> „Nach ihrer Heirat kauften meine Eltern von dem Geld meiner Mutter (ich glaube, es waren ein paar tausend Mark, es gab dazu nie genauere Angaben) eine kleine Porzellanfabrik mit zehn Angestellten. Ihr Geschäftspartner war offenbar ein Betrüger, und sie konnten als Unternehmer nicht reüssieren. Die Fabrik ging schon bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges in Konkurs. Damals wurde ich geboren“ (ES 223/2).

Bei Kriegsausbruch war Erica ein halbes Jahr alt. Ihre Mutter ging zur Arbeit aus dem Haus, und ihre Großmutter sorgte in der Wohnung für Erica. Erica war früh an allem, was sie sah, interessiert:

> „Meine frühesten Erinnerungen an öffentliches Leben sind mit einem Stuhl verbunden. Ich stand auf diesem Stuhl am Fenster, die Rückenlehne eines zweiten Stuhls war zum Schutz an mich herangeschoben, damit ich nicht fiel. Stundenlang stand ich auf diesem Stuhl, wenn ich meiner Mutter zum Abschied zugewinkt hatte. Sie arbeitete inzwischen als Büroangestellte in einem Versicherungsbüro. Ich beobachtete die Straße liebend gern. Nach einer Viertelstunde kam ein dicker Polizist in blauer Uniform mit Goldknöpfen und puterrotem Gesicht die Straße herunter geschlendert. Später dann sah ich Schulkinder und Frauen mit Einkaufstaschen: Manchmal blieben sie stehen und hielten ein Schwätzchen. Es gibt kaum Menschen, an die ich mich aus dieser

> Zeit erinnern kann. Meine Großmutter kümmerte sich um mich und hielt die Wohnung in Ordnung. Sie strickte Strümpfe für ihre Söhne an der Front. Briefe kamen von dort und Pakete wurden hingeschickt" (ES 223/4).

Erica Stein wuchs im Norden Berlins auf, in der Sonnenburgerstraße 27. Die Beschreibung ihrer Wohnsituation gibt Einblick in die politischen und sozialen Verhältnisse ihrer Umgebung:

> „Es war die übliche Mietskaserne. Wohnungen gab es zur Straßenseite, aus den rückwärtigen Wohnungen blickte man auf den Hinterhof. Die Wohnungen zur Straße hin waren die komfortableren und teureren Wohnungen mit Badezimmer. Dort lebten kleine Beamte, Ladeninhaber und Facharbeiter, in den Hinterwohnungen Arbeiter. Die Vorderwohnungen hatten zwei oder drei großzügig geschnittene Zimmer, Küche und Bad. Die Hinterwohnungen hatten nur ein oder zwei Zimmer mit Küche. Das vordere Treppenhaus war mit Teppich ausgelegt, das hintere nicht. Einige Vorderwohnungen hatten Balkone. Für deren Bepflanzung wurde viel Geld ausgegeben. Abends saßen die Bewohner dort, um das Leben auf der Straße zu beobachten oder um politische Demonstrationen zu verfolgen. Vor Wahlen waren die Balkone mit Fahnen und Spruchbändern dekoriert. Die Menschen in den Hinterwohnungen stellten grüne Balkonkästen vor ihre Fenster und bepflanzten sie mit Blumen. Wir lebten in einer Vorderwohnung. Dort hatten wir zwei geräumige Zimmer: ein Schlaf- und ein Eßzimmer mit strapazierfähigem Mobiliar, außerdem eine Küche mit einem großen Kachelofen, der mit Kohle beheizt wurde. Das Badewasser wurde einmal in der Woche ebenfalls mit Kohle heiß gemacht. Es gab noch ein kleines Hinterzimmer, das sogenannte Dienstbotenzimmer, wo vor meiner Geburt ein Dienstmädchen gewohnt hatte. Nach meiner Geburt wurde nie wieder ein Dienstmädchen bei uns eingestellt. Bevor ich Jahre später dieses Zimmer bezog, diente es als Abstellraum. Diese Wohnung kostete bis 1930 49 Mark, danach 60 Mark. Meine Eltern zogen im Jahr 1913 nach ihrer Hochzeit ein und lebten dort bis 1939. [...] In unserer Straße und auch in den umliegenden lebten außer uns keine Juden. Zu jeder Mietskaserne gehörten zwei Läden. Da wir in einem Arbeiterviertel wohnten, war der Eckladen eine Gaststätte. Parteien trafen sich dort regelmäßig und zwar immer in ein- und derselben Kneipe, die nur von einer bestimmten Partei als Treffpunkt genutzt wurde. Der Inhaber dieser Kneipe war nicht Mitglied dieser Partei, aber Sympathisant. In unserer Eckkneipe hielt die KP ihre Zellenabende ab. Der kommunistische Jugendbund durfte den

> Kellerraum benutzen; die jungen Leute konsumierten nicht genügend Bier, so daß ihnen das Hinterzimmer nicht zur Verfügung stand. Zwei arbeitslose Jungen weißten die Kellerwände. Portraits von Lenin, Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden angeheftet, zuweilen auch Karikaturen oder Zeitungsausschnitte. [...] Die Kneipe gegenüber wurde von den Sozialdemokraten genutzt. Keines dieser Gasthäuser wurde jemals von den Nazis besetzt“ (ES 223/2ff.).

Ericas Vater war als Soldat im Krieg. Dann kam er im Sommer 1917 plötzlich und offenbar unerwartet auf Heimaturlaub.

> „Eines nachts wachte ich auf und hörte Mutter und Großmutter streiten. Unsere Vermieterin stand im Schlafzimmer und sagte, Er stehe unten und man könne ihn nicht länger warten lassen. Kurz darauf bekam ich einen Kuß von einem schmutzigen, unrasierten Mann. Sie erklärten mir, das sei mein Vater. Ich äußerte, daß ich ihn nicht mochte. Wahrscheinlich war das der Anfang unserer gegenseitigen Verachtung, die sich bis ins Erwachsenenalter durchhielt“ (ES 223/4f.).

Ericas Mutter wurde schwanger, und im April 1918 kam Ericas Bruder zur Welt. Die Gesundheit der Mutter war schon während der Schwangerschaft in der Notzeit des Krieges angegriffen, nach der Geburt entwickelte sich durch mangelhafte Versorgung im Krankenhaus eine Brustentzündung. Im folgenden Jahr wurde die Mutter immer wieder an der Brust operiert. Der kleine Bruder musste darum nach der Geburt in einem Kinderheim bleiben. Erica setzte sich für ihren Bruder von Anfang an besonders ein, obwohl sie selber noch in den Kindergarten ging.

> „Als er nach Hause kam, übernahm ich die Verantwortung für ihn. Ich war zwar erst vier Jahre alt, aber ich tat alles für das Baby, außer es zu füttern. Wenn die Sonne schien, schob ich seinen Kinderwagen stundenlang vor unserem Haus hin und her. [...] Ich liebte meinen kleinen Bruder und war stolz auf ihn, aber es gab auch Schwierigkeiten“ (ES 223/6).

In der Kriegszeit war das Essen knapp, doch Mutter und Großmutter sorgten, so gut sie konnten, für Sicherheit und Geborgenheit. Einige Tage in der Kriegszeit aber blieben Erica in schlimmster Erinnerung:

> „Meine Großmutter lag im Krankenhaus, und meine Mutter mußte zur Arbeit. Von morgens bis abends war ich mit dem Baby allein in

> der Wohnung. Zwischendurch kam eine Frau und brachte uns heiße Milch. Sie schloß die Wohnungstür hinter sich wieder ab. Ich fühlte mich eingesperrt und überfordert mit dem Baby. Wir weinten beide, bis wir endlich auf dem Teppich einschliefen. Diese wenigen Tage aus meiner frühen Kindheit, an denen ich mich elend und hilflos fühlte, sind mir in unauslöschlicher Erinnerung geblieben“ (ebd.).

Nach dem Krieg erlebte Erica Stein Armut und Elend in noch viel größerem Ausmaß als vorher. Mit dem Kriegsende gab es massive Veränderungen für sie und die ganze Familie. Der Vater war aus dem Feld zurückgekehrt und ging nun zur Arbeit. Die Mutter hatte ihre Arbeitsstelle aufgegeben.

> „Wir waren sehr arm. Meine Mutter blieb zu Hause, mein Vater verdiente jetzt den Lebensunterhalt. Nur durch viele Überstunden konnte er in Friedenszeiten so viel verdienen wie meine Mutter zu Kriegszeiten“ (ES 223/7).

Die Mutter versorgte den Haushalt und versuchte, mit dem wenigen Geld durch besonders sparsame Haushaltsführung auszukommen. Aber trotz der vielen Arbeit der Eltern blieb die Armut in der Familie groß.

> „Es gab nicht viel zu essen, fast gar kein Obst, ab und zu mal Äpfel. Ich muß etwa zehn Jahre alt gewesen sein, als ich zum ersten Mal Apfelsinen und Bananen sah. Meine Mutter verbrachte viel Zeit mit Flicken. Sie flickte die Garderobe meines Vaters, sie änderte meine Kleider für meinen kleinen Bruder, bis er kurz vor seiner Einschulung rebellierte und sich weigerte, weiterhin Mädchenkleidung zu tragen. Alles wurde ausgebessert, Laken, Geschirrtücher. Wenn sie völlig zerschlissen waren, wurde aus Zweien eins genäht. Alte Oberhemden wurden zu Taschentüchern verarbeitet. Bis ich eigenes Geld verdiente, hatte ich kaum jemals etwas getragen, was für mich gekauft oder eigens für mich genäht war. Röcke und Blusen waren aus gebrauchten Kleidungsstücken zusammengeflickt worden“ (ebd.).

Erica Stein sah, dass es auch den anderen Menschen um sie herum nicht besser ging; die allgemeine Not half, die eigene Not auszuhalten.

> „Das alles war nur deshalb erträglich, weil es allen, die ich kannte, genauso erging. Wir waren arm, aber alle anderen, die ich kannte, auch. Erst später wurde mir bewußt, daß es Klassenunterschiede gibt“ (ES 223/7).

Eine große Belastung für die Familie war es, dass der Vater in dieser Zeit viel Alkohol trank.

> „Mein Glaube an den guten alten Gott war im Alter von acht Jahren bereits erschüttert worden. Mein Vater war zu dieser Zeit starker Trinker, meine Mutter weinte meistens. Gegen 18 Uhr wurde ich immer unruhig und war voller Angst. In welchem Zustand würde mein Vater an diesem Abend nach Hause kommen? Ich betete oft, er möge nüchtern nach Hause kommen. Ich hätte so gern an Gottes Güte geglaubt, aber Vater kam immer wieder betrunken nach Hause, und mein Glaube war ernsthaft gefährdet“ (ES 223/11).

Die Beziehungen zur Verwandtschaft spielten für Erica Stein „eine wichtige Rolle“ (ES 223/7). Die Großmutter mütterlicherseits lebte jahrelang, bis sie im Alter von 83 Jahren starb, mit der jungen Familie zusammen. Sie hatte eine schlechte Beziehung zu ihrem Schwiegersohn.

> „Sie war eine verbitterte, alte Frau, die nicht mit meinem Vater zurechtkam. Sie war mitschuldig daran, daß sein Leben und seine Ehe ruiniert waren“ (ES 223/7).

Unterstützung erhielt die Familie vom ältesten Bruder der Mutter, bis dieser später sein ganzes Geld verspielt hatte. Auch er scheint keine gute Beziehung zu seinem Schwager gehabt zu haben. Erica Stein verdankte ihm Ferienwochen an der See:

> „Er lud meine Mutter und uns Kinder oft zwei oder drei Monate an die See ein, kaufte unsere Kleidung und zahlte die Arztrechnungen. Aber unser Vater war kein einziges Mal mit in den Ferien“ (ES 223/7f.).

Vom jüngeren Bruder ihrer Mutter, der als Rabbi in einer kleinen Stadt arbeitete, wusste Erica als Kind nur, dass er auf der Suche nach einer reichen Frau war, die er heiraten konnte.

Bedeutend für Erica war die Schwester ihres Vaters. Diese lebte im Westen Berlins, kam selten zu Besuch und mischte sich in die Angelegenheiten der Familie Stein nicht ein. Doch ihrer Nichte wollte sie helfen.

> „Immer wenn zu Hause die Schwierigkeiten zu groß wurden, lud sie mich ein, und ich blieb ein paar Monate“ (ES 223/8).

Erica „liebte und bewunderte“ ihre Tante „als einen tapferen und kultivierten Menschen“ (ebd.).

> „Überall hatte sie Freunde. Sie sah immer das Gute im Menschen und versuchte zu helfen und zu trösten. Sie ist für mich das Vorbild einer großartigen Frau“ (ebd.).

Erst im Alter von sieben Jahren (1921) wurde Erica Stein eingeschult. Der Verwaltungsbezirksarzt hatte sie ein Jahr vom Schulbesuch zurückgestellt. Durch die Mangelernährung im Krieg war sie erkrankt, Rachitis hatte ihre Wirbelsäule verformt, sie musste ein halbes Jahr im Gipsbett liegen. Ihre Mutter sorgte dafür, dass viel für Ericas Genesung getan wurde. An der Berliner Charité bekam sie orthopädische Gymnastik und Massagen.

> „Dreimal wöchentlich brachte mich meine Mutter in die Berliner Charité (Uniklinik) zur orthopädischen Gymnastik und Massage. Der Weg dorthin dauerte fast eine Stunde, die Wartezeit nochmals eine Stunde, danach wurde eine Stunde behandelt. Bis wir wieder zu Hause waren, war der Tag gelaufen, und ich war völlig erschöpft. Wenn ich um 13 Uhr von der Schule nach Hause kam, war ich oft zu müde zum Essen und mußte vorher eine Mittagsruhe machen. Zehn Jahre lang zogen sich meine orthopädischen Anwendungen hin. Meine Genesung habe ich einzig und allein meiner Mutter zu verdanken“ (ES 223/10).

Ihrer Beschwerden wegen wurde sie vom Sportunterricht in der Schule befreit, nur beim Wandern und Schwimmen durfte sie mitmachen.

Sie war eine erfolgreiche Schülerin. Besonders gern schrieb sie, und sie las sehr viel.

> „Ich war eine gute Schülerin. Schon beim ersten Aufsatz (ich glaube, das war im 2. Schuljahr) fand ich besonders Gefallen am Schreiben. Ich mußte nicht lange nachdenken, bevor ich anfing zu schreiben. Alle möglichen Geschichten flossen mir aus der Feder – sehr zur Überraschung meiner Lehrer“ (ebd.).

Als sie nach drei Grundschuljahren auf ein Mädchenlyzeum wechselte, hatte sie „die meisten deutschen Klassiker gelesen“ (ES 223/11).

Religiöse Fragen interessierten sie so sehr, dass sie auf dem Mädchenlyzeum zwei Jahre am christlichen Religionsunterricht teilnahm und mit den Lehren-

den über Christentum und Judentum diskutierte, bis sie merkte, dass ihre Mitschülerinnen sich ärgerten, weil diese Diskussionen sie nicht interessierten.

Das Mädchenlyzeum war „eine konservative Schule für Kinder aus der Mittelschicht“ (ES 223/11), an der es jedoch schon das Amt der Vertrauensschülerin gab. Meistens wurde Erica Stein zu einer der beiden Vertrauensschülerinnen der Klasse gewählt.

> „[Ich] nahm mein Amt sehr ernst, kam aber häufig in Konflikt mit den Lehrern und der Schulleitung. Im Gegenzug gewann ich die fortschrittlichsten Lehrer als Vertraute. Zum ersten Mal in meinem Leben mußte ich die Erfahrung machen, daß andere, für die ich mich eingesetzt hatte, mir in den Rücken fielen. Sie wollten glauben machen, die Forderungen, die ich in ihrem Namen erhoben und durchzusetzen versucht hatte, seien meine eigenen“ (ES 223/12).

Deutsch, Geschichte und Englisch waren die Fächer, die Erica besonders interessierten. Aber andere Fächer, wie zum Beispiel Mathematik, vernachlässigte sie, weil sie ihr nicht gefielen. Darum waren ihre Schulleistungen nicht mehr so gut wie auf der Grundschule.

> „Ich war fortan keine gute Schülerin mehr“ (ebd.).

Als Erica Stein 11 Jahre alt war, wurde ihr politisches Interesse geweckt. Bei den Demonstrationen in den Straßen von Berlin in den Jahren 1925 bis 1927 waren Väter und Onkel der Mitschülerinnen beteiligt. In der Schule wurde davon erzählt und heftig darüber diskutiert.

> „Am nächsten Tag erzählten die Mädchen voller Stolz von den Stahlhelmdemonstrationen[1], an denen ihre Väter oder Onkel teilgenommen hatten. Die politischen Ansichten dieser Mädchen deckten sich mit denen ihrer Eltern, die sich abfällig über die zunehmend einflußreichen Arbeiterbewegungen äußerten. Sozialdemokraten oder Sozialisten waren die ‚Roten‘, für die man nur Hohn und Spott übrig hatte. Schon früh begann ich, die ‚Roten‘ in Schutz zu nehmen. Der ignoranten konservativen preußischen Beamtenmeinung setzte ich meinen Widerstand entgegen. Ich begann Marx zu lesen, um meinen Mitschülerinnen das sozialistische Gedankengut überzeugend zu erklären. Diese Mädchen hatten zwar keine Gegenargumente, dennoch konnte

1 Siehe zum ‚Stahlhelm, Bund deutscher Frontsoldaten‘ Fußnote 122.

> ich sie nicht überzeugen, wie ich zunächst gehofft hatte. Aber ich war durch meine Lektüre überzeugt worden“ (ebd.).

Erica Stein genügte das unwissenschaftliche Lehren der Mädchenschule nicht länger. Um das Schulgeld aufbringen zu können, musste ihre Mutter zu Hause hart arbeiten und jeden Pfennig sparen; so gab sie zum Beispiel die große Wäsche nicht außer Haus, sondern wusch sie trotz zweier Unterleibsoperationen in ihrer kleinen Küche. Erica sah sich nach anderen Schulen um und entschied sich für die Aufbauschule Friedrichshain[2], „die im Osten Berlins lag und vom Staat und der Kommune unterstützt wurde“ (ES 223/13).

Erica Stein bekam ein Stipendium in Höhe von 25 Mark monatlich, Freifahrten für die Straßenbahn und freies Mittagessen in der Schule. Obwohl sie diese Schule, insbesondere die Schulleiterin, auch kritisch beurteilte, erlebte sie hier doch positiv, dass „die Selbstbestimmung der Schüler weit größere Ausmaße“ (ebd.) annahm als auf dem Mädchenlyzeum vorher. Auf Schulversammlungen diskutierten Schüler und Lehrer unter dem Vorsitz eines Schülers miteinander über Themen, Regeln und Ideen, die die einzelnen Schulfächer und das gesamte Schulleben betrafen.

> „Die Idee der monatlichen Schulversammlung war, die Grundlagen der Weimarer Verfassung zu verankern. Das Interesse für schulische Belange sollte bei den Schülerinnen geweckt werden, deshalb wurde ihnen die Verantwortung in schulischen Bereichen teilweise übertragen. Das wiederum sollte sie darauf vorbereiten, sich später am öffentlichen Leben zu beteiligen“ (ES 223/14).

---

2 Am 1.4.1923 wurde die Städt. Aufbauschule Friedrichshain, Frankfurter Allee 37, an der I. Städt. Studienanstalt und am XII. Lyzeum, die beide miteinander verbunden waren, eröffnet. Diese Aufbauschule sollte den jungen begabten Menschen im Bezirk den Aufstieg ermöglichen, alle wirtschaftlichen Hindernisse sollten mit städtischen Mitteln überwunden werden. Der Abschluß berechtigte zum Studium. Der Unterricht begann mit Englisch (25 Std.), in der Untersekunda konnte zwischen Latein und Französisch (je 17 Std.) gewählt werden. Weitere Hauptfächer waren Deutsch (30 Std.), Mathematik (26 Std.) und Naturwissenschaft (27 Std.). Zur Aufbauschule gehörte die ‚Waldschule in Eichkamp‘. Besondere Arbeitsgemeinschaften, hauswirtschaftlicher Unterricht und Werkunterricht, Zusammenarbeit mit Kinderheimen und Kinderhorten, eigenes Lesezimmer, Schulgemeinde, Schülerausschuß intensivierten die Beteiligung der Schüler an der Schularbeit und das Interesse der Eltern an den schulischen Angelegenheiten. Nahezu 50 % der Eltern waren Arbeiter, angestellte Handwerker oder untere bzw. mittlere Beamte, etwa 7,5 % waren Volksschullehrer, höhere Beamte oder Akademiker, etwa 14 % Witwen, die übrigen selbstständige Handwerker, unselbständige und selbständige Kaufleute (vgl. Nydahl 1928, S. 118-120; Gensch 1930, S. 367).

Erica Stein war aufgefallen, dass es an dieser Schule keine Nationalsozialisten gab.

> „Nach 1930 waren praktisch in jeder Sekundarschule Deutschlands einige Lehrer und Schüler bekennende Nazis. In der Aufbauschule Friedrichshain gab es keine Nazis und meines Wissens wurde keiner nach 1933 Nazi“ (ebd.).

Die Folgen der Wirtschaftskrise wurden auch für Erica Stein spürbar.

> „Die Krise 1930 wirkte sich sehr schlecht auf unsere Schule aus. Väter wurden arbeitslos und Stipendien wurden reduziert“ (ES 223/15).

Erica selbst bekam am Ende nur noch 7 Mark Stipendium. In dieser Situation ergriff sie eine neue Chance:

> „Damals wandte sich die demokratische Zeitung ‚Berliner Tageblatt‘ an die Öffentlichkeit und bat, sich über die Bedingungen in Schulen zu äußern. Nie werde ich vergessen, wie ich dazu etwas schrieb: es sollte mein erster Zeitungsartikel werden“ (ebd.).

Sie schrieb in ihrem winzigen Zimmer zu Hause für die Zeitung, wie sie selbst die Bedingungen, unter denen sie die Schule besuchte, erlebte. Erica Stein wurde dadurch noch selbständiger, als sie bisher schon gewesen war. Sie verdiente bald ihr eigenes Geld, von dem sie sogar der Mutter für die Haushaltsführung etwas abgeben konnte, während sie vorher nicht einmal Taschengeld bekommen hatte. Die ganze Situation blieb ihr in lebhafter Erinnerung:

> „Mein Zimmer war die ehemalige Abstellkammer. Es war 3 m x 1,83 m groß, lag neben dem Badezimmer und hatte keine Heizung. Ganz nahe bei meinem Stuhl stand ein kleiner Ölofen, der die Wände rußig machte, aber zumindest meine Füße wärmen konnte. Ich schrieb meine Gedanken in mein Schulheft. Es war an einem Sonntagabend, meine Mutter schaute einmal kurz herein und schimpfte über den verschwenderischen Umgang mit Strom. Endlich war ich soweit: ich riß 12 vollgeschriebene Seiten aus meinem Heft und steckte sie in einen Briefumschlag. Aber eine Briefmarke fehlte mir. Ich bat meine Mutter um eine Marke. Im Alter von fast 15 Jahren bekam ich kein Taschengeld. Wenn ich auf dieses Thema zu sprechen kam, lachten meine Eltern immer. Sie hätten auch kein Taschengeld. Das Geld reichte nie, um die Miete oder andere Rechnungen pünktlich zu

> bezahlen. Wir standen bei unserem Kaufmann und Gemüsehändler ständig in der Kreide. Am Freitagabend bezahlte meine Mutter immer alle Rechnungen und samstags schon war fast alles Geld ausgegeben. Als meine Mutter bemerkte, daß auf dem Umschlag die Adresse einer Zeitung stand, schlug sie mir vor, ich solle alles noch einmal abschreiben, dann bekäme ich das Geld für eine Briefmarke. Das wollte ich nicht. Ein paar Tage trug ich den Brief mit mir herum. Irgendwie muß ich dann an Geld für die Marke gekommen sein. Zwei Wochen später sah ich den Artikel in der Zeitung abgedruckt. Ich erhielt dafür 50 Mark. In einem Brief bat mich der Chefredakteur um einen Anruf. Von da an schrieb ich bis 1933 regelmäßig für das ‚Berliner Tageblatt', später auch noch für andere Zeitungen und Zeitschriften, so daß ich mein Schulgeld selbst zahlen konnte. Ich gab sogar meiner Mutter jeden Monat etwas Geld und konnte meine Kleidung selbst kaufen" (ES 223/15f.).

In der Schule erlebte sie die Anerkennung der Mitschülerinnen, die Zurückhaltung der Lehrer und den Widerstand der Schulleiterin zu ihrem Artikel. Die Schulleiterin wollte sie sogar von der Schule weisen, fand aber letztlich keine rechtliche Grundlage dazu. Erica Stein fühlte sich jedoch so beschwert, dass sie freiwillig die Schule verließ. Sie hatte für die letzten drei Jahre bis zur Hochschulreife eine bessere Schule für sich gefunden, die Karl Marx Schule[3] im Arbeiterviertel Neukölln. Durch ihre Mitgliedschaft in einer sozialistischen Schülerorganisation hatte sie diese Schule kennengelernt. Jetzt nahm sie teil an deren pädagogischem Experiment und besuchte die Wirtschaftsklasse.

> „Die Schüler konnten sich im Rahmen des Lehrplans, der in allen Fächern ein breites Allgemeinwissen für die Hochschulreife vorschrieb, zum erstenmal spezialisieren. Es gab eine naturwissenschaftliche Klasse, eine neusprachliche, einen musischen Zweig mit den

3 Der entschiedene Schulreformer Fritz Karsen, Sozialdemokrat, war Leiter des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums in Berlin-Neukölln, dem eine Deutsche Oberschule, eine Aufbauschule und Abendkurse für Arbeiterabiturienten angegliedert waren. 1929 wurde der Schulkomplex in Karl-Marx-Schule umbenannt. Die Aufbauschule hatte keinen Lehrplan, sondern ein flexibles Kurssystem. Fortschrittliche Lehrende und sehr freie Lernmethoden machten sie berühmt. Ab 1929 entwickelte Karsen das Projekt einer ersten „‚Einheitsschule', die Kindergarten, Grundschule, Mittelstufe und Oberschule mit vier verschiedenen Spezialisierungen umfaßte und die traditionellen Klassenzimmer durch Lehrsäle und -kabinette ersetzte. [...] (Der letzte, auf drei Jahre verkürzte Kursus lief gerade noch rechtzeitig im Januar 1933 aus)" (Lange 1987, S. 656).

> Fächern Zeichnen, Musik und Theater sowie eine Wirtschaftsklasse, der ich mich anschloß. In allen Fächern spielte unser Spezialfach eine Rolle. Drei Jahre an der Schule bedeuteten das Studium dreier Spezialthemen: Landwirtschaft, Industrie und Verwaltung. Jeder Schüler studierte selbständig an seinem Jahresthema, referierte regelmäßig vor der Klasse über seine Fortschritte und mußte zum Schuljahrsende eine Arbeit verfassen. Für jedes Jahr wurde eine Auslandsaufenthalt geplant. Das Land, das unsere Studien erweitern konnte, wurde bevorzugt. Im ersten Jahr fuhren wir nach Dänemark. Ein Junge in meiner Klasse schrieb einen Bericht über Molkereien in Dänemark. Dieser Bericht wurde gedruckt und vom dänischen Botschafter in Deutschland als bester deutschsprachiger Beitrag zu diesem Thema anerkannt. Im zweiten Jahr fuhren wir nach England. Unsere dritte Fahrt in die U.S.A. ließ sich nicht mehr realisieren. Hitler intervenierte“ (ES 223/17f.).

Erica Stein war begeistert von diesem „ausgezeichneten Experiment moderner Bildung“ (ES 223/18), das die Schüler lehrte, „selbständig zu denken und unabhängig zu handeln“ (ebd.). Sie nutzte die Möglichkeiten ihrer Schule und freute sich daran, dass sie Auslandserfahrungen machen konnte. Nur unter großem Einsatz gelang den Schülern die Verwirklichung ihrer Pläne:

> „Für unsere Englandfahrt hatten wir ein Jahr lang alles Geld, das wir erübrigen konnten, gespart. Dennoch ließ sich diese Fahrt nur in die Tat umsetzen, weil wir Freifahrten auf Frachtern bekamen und Stiftungen uns als Gäste finanzierten“ (ebd.).

Durch ihre journalistische Tätigkeit konnte Erica Stein zu ihren Reisekosten beitragen. Dieser Arbeit und ihres politischen Engagements wegen wurde sie von den Nationalsozialisten beschattet.

> „Ich war in unserem Wohnviertel sehr bekannt und wurde bei all meinen Aktivitäten beobachtet. Ich hatte meinerseits die Aktivitäten der Nazis als Journalistin zur Kenntnis genommen und darüber berichtet. Artikel in der Presse, die vor Ort bekannte Nazis attackierten, konnten leicht als meine ausgemacht werden. Das alles war vor der Machtergreifung Hitlers. Als eine neue Nazikaserne in unserer Straße bezogen worden war, bedrohten mich wochenlang die bewaffneten Wachmänner, wenn ich an ihnen vorbeigehen mußte“ (ebd.).

Mit 19 Jahren gehörte Erica Stein zu den politischen Gegnern der Nationalsozialisten.

***

Nach den Wahlen im März 1933 nahm die Bedrohung Erica Steins durch die Wachen der Nazikaserne in ihrer Straße zu. Die Karl-Marx-Schule wurde bekämpft. Die dritte für 1933 geplante Exkursion in die U.S.A. wurde durch den Machtantritt Hitlers verhindert, alle Auslandsexkursionen waren verboten. Durch den Rundfunk verkündete Hitler 1933 die Entlassung des Schulleiters und der einflussreichsten Lehrer. Wenige Tage später erlebte Erica Stein mit, dass Nazis auf die Schule schossen und die vom stellvertretenden Schulleiter zum Schutz der Schüler herbeigerufene Polizei mithalf, die älteren Schüler zusammenzuschlagen.

Erica Stein wusste, dass ihr Leben in Gefahr war. Auf dem Heimweg von der Schule sah sie zwei Lastwagen vor ihrem Haus stehen, uniformierte Nazis warfen Sachen aus den Fenstern ihrer Wohnung. Ein Freund kam und berichtete ihr, dass sie verhaftet werden sollte und Mutter und Bruder an ihrer Stelle festgenommen worden seien. Ein Rechtsanwalt, den sie zu Rate zog, forderte sie auf, Deutschland so schnell wie möglich zu verlassen. Erica Stein versteckte sich, bis Mutter und Bruder nach einigen Wochen freigelassen wurden. Sie verabschiedete sich heimlich in einem Wald bei Berlin von ihrer Mutter und floh von Stadt zu Stadt zur niederländischen Grenze. Freunde versteckten sie unterwegs. Das Bewusstsein, dass viele andere Freunde verhaftet und zusammengeschlagen wurden, belastete Erica Stein sehr. Einen Brief an eine niederländische Firma akzeptierten die Grenzposten als Beweisstück für die Rechtmäßigkeit des Grenzübertritts. In der friedvollen Atmosphäre in den Niederlanden konnte Erica Stein in den ersten Tagen nach ihrer aufregenden Flucht weder sprechen noch essen noch schlafen. Freunde aus England luden sie zu sich ein. So kam Erica Stein als eine der ersten der politischen Flüchtlinge und Verfolgten schon 1933 in England an.

Margot Spiegel

„Ich wünschte mir oft, daß ich nicht als Jüdin zur Welt gekommen wäre“

Margot Spiegel wurde am 27. April 1914 in Konstanz geboren. Sie verlebte eine glückliche Kindheit und besuchte neun Jahre lang eine weiterführende Schule.

Ihr Vater war Rechtsanwalt und hatte sich nach dem Ersten Weltkrieg eine eigene, „ausgezeichnete Kanzlei“ (MS 207/3) aufgebaut. Die Klientel des Vaters setzte sich in überwiegendem Maße aus Nicht-Juden zusammen. In der Öffentlichkeit genoss die Familie großes Ansehen.

> „Wir waren gutsituiert, hatten genügend Essen und Kleidung. [...] Wir pflegten die besten Stoffe zu kaufen und trugen jahrelang dieselbe Kleidung. Über diese Tatsache waren wir sehr glücklich, weil es ein Zeichen dafür war, daß wir das Beste kauften. [...]
>
> Wir nahmen an verschiedenen Sportarten teil wie z. B. Tennis und Ski fahren, die sich in Deutschland nur reiche Menschen leisten konnten“ (MS 207/2).

Die Mutter stammte aus einem wohlhabenden Hause und stabilisierte mit ihrem Erbe die wirtschaftliche Situation der Familie, denn trotz des hohen Einkommens des Vaters reichte das Geld nicht aus, um sich finanzielle Rücklagen zu sichern. Margot Spiegel erfuhr früh von den gesellschaftlichen Unterschieden zwischen Juden und Nicht-Juden.

> „Mutter nannte die besten Familien unserer Stadt die ‚Haute volée‘ oder vielleicht Gesellschaft. Ich fragte Mutter, ob wir auch zu denen gehörten, weil wir nun wirklich nicht in enger Verbindung zu ihnen standen. Mutter sagte: ‚Wußtest du nicht, Schatz, daß Juden niemals zu der ‚Haute volée‘ gehören?‘ Das sagte sie schon vor langer Zeit, im Jahre 1924. Juden mischten sich fast nie unter Armeeoffiziere oder vielmehr, die Armeeoffiziere mischten sich nicht unter die Juden, sie

> erschienen weder auf ihren Bällen noch in ihren Tennisvereinen noch in den aristokratischen Klubs“ (MS 207/3).

Margot Spiegel war auf den Beruf ihres Vaters und dessen Liebe zur Gerechtigkeit sehr stolz.

> „[U]nd selbst an der höheren Schule fühlte ich mich so, als ob allein die Tatsache, daß er Anwalt war, ein gutes Licht auf mich warf. Denn jedesmal, wenn der Lehrer nach dem Beruf unseres Vaters fragte, rief ich stolz aus: ‚Er ist ein Anwalt‘, genau wie einige andere selbstbewußte Mädchen, deren Vater Arzt oder Professor war. Ich konnte das Prestige, das einem akademischen Menschen beigemessen wurde, alleine aus dem leisen, ängstlichen Flüstern der anderen Mädchen ‚er ist ein Schneider‘ oder ‚er ist ein Schuhmacher‘ heraus fühlen“ (ebd.).

Margot Spiegel hat in ihrer frühen Kindheit kaum diskriminierende Vorfälle wahrgenommen und selbst keine Erfahrungen mit der Diskriminierung von Juden gemacht.

> „Bis 1933 sind mir Diskriminierungen unter den Menschen kaum aufgefallen, wahrscheinlich weil ich in der Nähe der schweizerischen, französischen und italienischen Grenzen lebte, wo die Menschen aufgrund des sozialen und wirtschaftlichen Austausches nachsichtiger werden mußten“ (MS 207/1).

Als dann die Familie in der Zeit des Ersten Weltkrieges in die Nähe von Berchtesgaden zog und ihr Bruder die dortige Schule besuchte, erlebte sie erstmals antisemitische Angriffe auf ihre Familie.

> „Aber eines Tages kam mein Bruder sehr traurig nach Hause, weil einige Jungen mit Steinen nach ihm geworfen und ihn einen schmutzigen Juden genannt hatten. Meine Mutter, die sehr erschüttert war, suchte den Lehrer auf, der den betreffenden Jungen sofort hart bestrafte und einen solchen Vorfall hatte es all die Jahre nie gegeben“ (MS 207/2).

Auch von ihrer in der Nähe von Nürnberg lebenden Kusine und deren Bruder hörte Margot Spiegel „furchtbare Geschichten“ (MS 207/3). Sie hatten ihrer jüdischen Herkunft wegen unter dem Ausgestoßensein in ihrer Klasse zu leiden hatten.

> „Sie gehörten zu dem reservierten, ruhigen, feinen, intellektuellen, künstlerischen Typ Juden, auf den wir stolz sind. Aber keiner in der Klasse sprach mit ihnen, sondern behandelten sie wie Ausgestoßene “ (ebd.).

Die Familie Spiegel war eine „extrem assimilierte, moderne jüdische Familie“ (MS 207/1). Gottesdienste besuchte sie nur in den Ferien, womit sie den Erwartungen der Juden Genüge tat und bei den nicht-jüdischen Nachbarn kein Aufsehen erregte.

> „Mein Vater war in seinem Verhalten, seinen Gefühlen und Gedanken derart an die deutsche Kultur assimiliert, daß er niemals gesagt hätte, daß er ein Jude oder ein deutscher Jude war. Er war ein Deutscher und ein leidenschaftlicher Patriot. Er wurde im Krieg Vizeoffizier und mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet, das er mit Stolz hütete. Sein Vaterland genoß bei allen Überlegungen noch vor seiner Familie Priorität“ (ebd.).

Die Familie legte keinen Wert auf die Förderung des jüdischen Lebens in der Gemeinschaft. Der Vater vermied den Kontakt zu Ostjuden, weil er in deren Begleitung aufzufallen befürchtete.

> „Es war insbesondere mein Vater, der sich nicht mit den russischen und polnischen Juden austauschen wollte, denn nach ihren Bräuchen sprachen sie mit den Händen, sie hatten für ein ‚deutsches Ohr‘ einen unerträglichen jiddischen Akzent, sie nahmen es mit dem Betragen und der Kleidung nicht so genau, aber sie hatten ein Herz aus Gold. Letzteres zählt vielleicht in Amerika, aber nicht im alten, aristokratischen Deutschland“ (MS 207/4).

Margot Spiegel scheute sich, geprägt durch Familie und Freundeskreis, Umgang mit Ostjuden zu pflegen.

> „Selbst ich schämte mich, wenn einer dieser Mit-Juden mit mir auf der Straße plauderte und ich von einem meiner reservierten jüdischen oder nicht-jüdischen Freunde gesehen wurde“ (MS 270/4).

Die Haltung ihrer Eltern der jüdischen Gemeinschaft gegenüber führte auch dazu, dass die frühen Schulfreunde Margots vorwiegend Nicht-Juden waren.

> „Ich weiß nicht, warum, aber ich wünschte mir oft, daß ich nicht als Jüdin zur Welt gekommen wäre; und einer meiner ernsthaftesten Vor-

> sätze war es, niemals einen Juden zu heiraten und meine Eltern bestärkten mich in dieser Haltung“ (MS 207/6).

Ihre erste Freundin an der weiterführenden Schule war katholischen Glaubens. Als Tochter eines Grundschullehrers entsprach diese allerdings nicht den Vorstellungen der Eltern Margot Spiegels, die eine ihrem sozialen Status angemessene Freundin für ihre Tochter erwarteten. Für Margot Spiegel war diese Freundschaft deshalb auch ein erstes Auflehnen gegen bestehende Konventionen.

> „Sie hatte echte Kultur, ein starkes Interesse am Lernen und Leben und war voller puritanischer Ideale. [...] Ihr Einfluß war von großem Vorteil und verlieh mir dieses relativ starke Gefühl (wie ich es heute sehe), daß ich im Denken und Fühlen genauso deutsch bin wie sie und sie war so ein typisch blonder, blauäugiger Typ“ (MS 207/5).

In der Freizeit widmeten sie sich der Literatur Goethes und Schillers und versuchten, deren Gedanken zu verinnerlichen, um ihren eigenen Charakter positiv zu beeinflussen.

> „Wir führten beide ein Heft, in dem wir [...] große Sprichwörter und wichtige Gedanken von Autoren und lebenden Persönlichkeiten festhielten, und dies wurde zu meiner Lieblingsbeschäftigung; [...] aber wir waren auch sehr glücklich darüber, daß wir einen Versuch unternahmen, den Idealen des zweitgrößten deutschen Dichters nachzueifern, was beweisen würde, w i e v i e l wirklich deutscher Geist in uns steckte“ (ebd., H. i. O.).

Margot Spiegel wurde sehr autoritär erzogen. Sie befand sich ständig im Spannungsfeld zwischen anerzogener Autoritätsgläubigkeit Lehrern oder geistlichen Würdenträgern gegenüber und der inneren Ablehnung dieser sozial erwarteten Konventionen.

> „Ich fragte mich immer, ob eine solche Beziehung von Mensch zu Mensch gegenüber der Beziehung zwischen einem höhergestellten Menschen und einem Schüler nicht in die Schule und Zuhause eingeführt werden könnte; aber aus Angst vor der Antwort ‚wer bist du, ein lang bewährtes Kulturmuster zu kritisieren?‘ äußerte ich nie meinen Wunsch“ (MS 207/9).

Ihre Eltern, und dabei insbesondere ihr Vater, gewährten der Heranwachsenden keine Privatsphäre innerhalb der Familie, was Margot Spiegel als sehr schmerzvoll erlebte.

> „Meine Briefe jedoch wurden geöffnet und gelesen, weil es so im Gesetz stand, daß es nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht des Vaters ist, die Briefe der minderjährigen Tochter zu lesen“ (ebd.).

Obwohl sie keine gravierenden Unterschiede zu Erziehungsmethoden anderer Familien erkennen konnte, gab es bei einigen Freundinnen doch „kleine Geheimnisse und Privatsphären“ (ebd.), die ihre Eltern ihr nicht zugestanden.

Die heranwachsenden jüdischen Mädchen suchten vorwiegend Kontakt zu nicht-jüdischen Jungen, die allerdings eher weniger an Freundschaften zu jüdischen Mädchen interessiert waren.

> „Die jüdischen Mädchen in unserer Stadt kamen hauptsächlich mit nicht-jüdischen Jungen zusammen; hierin lag ein gewisser Stolz, da wir Mädchen dachten, daß dies zu einer besseren Integration in die deutsche Kultur führte. Den Vorstellungen jüdischer Jungen, sich ausschließlich mit nicht-jüdischen Mädchen zu verbinden, lag etwas anderes zugrunde. Nicht-jüdische Mädchen galten meist als weniger hochtrabend und bescheidener; der Hauptgrund lag aber darin, daß Mischehen nicht dem kulturell erwarteten Muster entsprachen; [...] Die Mädchen erwarteten daher nicht, daß die Jungen sie heiraten würden, so daß beide nur auf Spaß und Vergnügen aus waren“ (MS 207/4).

Die Auseinandersetzung mit aktuellen Problemen förderte die Schule nicht. Zu Margot Spiegels Verwunderung änderten sich in der Zeit der Depression die Preise, und auch beim Übertritt der Grenze zur Schweiz nahm sie den jeweilgen Wechselkursunterschied wahr. Solche Beobachtungen wurden von schulischer Seite weder erklärt noch vertieft. Sie fragte sich, „ob die Schule nicht sehr wichtige Themen von uns fernhielt“ (MS 207/7).

> „Aber wir wurden nie aufgefordert zu beobachten, was in der Welt vor sich ging oder die Zeitung zu lesen; Staatsbürgerkunde wurde überhaupt nicht unterrichtet. – Ich wußte nichts über die Staats-, Landes- oder Stadtregierung“ (ebd.).

Das Schulwissen war weitgehend von unreflektierter Propaganda gekennzeichnet. Margot Spiegel erlebte ihre Lehrer als „extrem einseitig“ (MS 207/11).

> „In Geschichte lehrte man uns alles von den antiken Griechen bis zum Weltkrieg; schlechte Dinge über die französischen Nachbarn; sie versuchten, uns Einblick in die gerissenen Vorgehensweisen Englands zu gewähren, dem es immer gelang, Freunde durch kleine Geschenke zu gewinnen. Wenn aber die Freunde die Geschenke erst einmal angenommen hatten, gewann England den entscheidenden Vorteil. Amerika wurde kaum erwähnt. [...] Italien, so lehrte man uns, sollte, nach den Erfahrungen im Weltkrieg, nicht so ohne weiteres Vertrauen entgegengebracht werden. [...] Es wurde uns schlicht in unsere Köpfe eingebleut, daß wir ein unterdrücktes Volk waren und unseren Platz unter der Sonne wiederfinden mußten“ (ebd.).

In ihrer Klasse waren von 27 Schülerinnen drei jüdischer Religion. Sie gehörten zu den leistungsstarken und gutsituierten Schülern.

Die Tatsache, dass die jüdischen Schüler nie auf Schulausflüge oder andere außerunterrichtliche Unternehmungen verzichten mussten, erzeugte einen gewissen Neid unter den nicht-jüdischen Kindern, denn einkommensschwache Familien wurden nicht von der Schule mit finanziellen Mitteln unterstützt.

Ab 1931 bemerkten die jüdischen Mädchen, dass sich eine gesellschaftliche Veränderung vollzog. Sie verloren die gewohnte Sicherheit im Klassengefüge. Infolgedessen erhöhte sich die Aufmerksamkeit auf das, *was* man, und vor allem, *wie* man etwas äußerte.

> „In einer Geographiestunde sagte mir eines Tages mein geliebter Lehrer, daß wir keine Apfelsinen aus fremden Ländern essen sollten, wenn wir doch heimische Äpfel haben. ‚Aber warum sollte man nicht mit anderen Nationen Handel treiben?‘ fragte eine meiner jüdischen Freundinnen. Der Lehrer redete ihr die Idee aus, aber ich weiß nicht mehr genau, wie sie reagierte, denn meine ganze Aufmerksamkeit galt einigen meiner Mitschülerinnen, die flüsterten: ‘Siehst du jetzt, wie die Juden sind? Internationalisten und Kommunisten.‘ Ich glaube, daß zu der Zeit niemand von uns wußte, was solch große Worte zu bedeuten hatten, aber sie waren doch ein Hinweis darauf, daß wir aufpassen mußten, was wir in der Klasse sagten. Dies ereignete sich gegen Ende des Jahres 1932“ (MS 207/15).

Dennoch wies für Margot Spiegel das Verhalten nicht-jüdischer gegenüber jüdischen Schülern keine Veränderungen auf. Sie empfand es als guten Umgang miteinander.

> „Ich hatte das Gefühl, daß wenn eine von uns Mädchen diskriminiert wurde, dann war das nicht auf ihre Religionszugehörigkeit zurückzuführen, sondern vielmehr darauf, daß ihr Betragen der einen oder anderen vielleicht zu unausstehlich gewesen sein könnte; wir waren alle viel zu gebildet, um Dinge, für die wir persönlich nicht verantwortlich waren, uns beeinflussen zu lassen, denn das Studium der Altphilologie hatte uns gelehrt, echte Werte zu erkennen und vorzuziehen“ (ebd.).

Als Margot Spiegel im April 1933 die höhere Schule mit dem Ziel, Sprachen zu studieren, abschloss, erlebte sie die erste persönliche Verletzung durch den Nationalsozialismus. Während der Abschlussfeierlichkeiten, welche die jüdischen Schüler durch die Anwesenheit der Naziflaggen ohnehin schon als Zumutung empfanden, sollten Buchpreise für gute Leistungen vergeben werden.

Da sie selbst eine der besten Schülerinnen war, rechnete sie mit einem der ersten Preise.

> „Alle Namen wurden vorgelesen, aber mein Name wurde nicht erwähnt. Eine Freundin von mir jedoch bemerkte, daß in ihrem Buch zwei Etiketten übereinander geklebt waren und als sie das obere abriß, sah sie, daß mein Name darunter stand. Meine Klassenkameradinnen, die fast unglücklicher waren als ich, gingen der Sache nach“ (MS 207/16).

Bei den Nachforschungen ergab sich, dass Margot Spiegel auf Geheiß des Schulleiters nicht als eine der besten Schülerinnen ausgezeichnet werden durfte.

***

1934 ging Margot Spiegel nach England, um ihre Sprachkenntnisse zu erweitern. Sie lebte dort bis zu ihrer Rückkehr nach Deutschland im Sommer 1935 in einer Familie. Über ein Jahr lang erteilte sie danach Englischunterricht für Angehörige ihrer jüdischen Gemeinde, die eine Emigration anstrebten.

1936 emigrierte Margot Spiegel in die USA. Dort erhielt sie ein Stipendium, das es ihr ermöglichte, ein Hauswirtschaftsstudium an der Cornell University in Ithaca, N.Y., zu absolvieren und 1940 mit dem Bachelor of Science abzuschließen. Bis 1942 war sie jeweils für etwa ein Jahr als Diätspezialistin in der Cafeteria am Michigan State College und an der Universität in Seattle beschäftigt, im April 1941 arbeitete sie außerdem als ‚assistant manager' in einer Teestube in Grand Rapids (Michigan). Am 25. Juni 1944 heiratete Margot Spiegel Joseph Evans, mit dem sie zwei Söhne (Ronald und Ralph) bekam. Margot Spiegel bildete sich noch durch diverse Studien fort, so begann sie nach einer Beschäftigung als Ernährungswissenschaftlerin in Seattle (1942-43) Deutsch, später noch Französisch an der Michigan State University in East Lansing zu studieren; von 1957-58 studierte sie an der Universität in Wien. 1960 erlangte sie an der Michigan State University den Master of Arts-Abschluss. 1964 war sie in East Lansing als Französischlehrerin beschäftigt. Margot Spiegel war zudem als Künstlerin auf dem Gebiet der Aquarellmalerei tätig und präsentierte ihre Bilder auf zahlreichen Ausstellungen sowohl in Amerika als auch in Europa (Wien und Paris). 1957 wurde sie für ihre Kunst mit dem Oldsmobile Purchase Prize ausgezeichnet.

Margot Littauer

„Wir wurden alle gleichmäßig deutsch erzogen“

Margot Littauer wurde 1918 in Posen als Tochter jüdischer Eltern geboren[1]. Als Posen durch den Versailler Vertrag 1919 von Preußen an Polen fiel, flüchteten die Eltern mit der kleinen Margot nach Königsberg. In dieser Stadt lebte die Familie bis zu ihrem Umzug nach Breslau im Jahre 1931.

In Königsberg verlebte Margot Littauer eine glückliche Kindheit. Große Bedeutung hatten für sie die gesellschaftlichen Kontakte ihres Elternhauses.

> „Meine Eltern hatten zu dieser Zeit gesellschaftlichen Verkehr fast nur mit sogenannten Ariern, die meinen Vater, wie ich von ihnen weiß, besonders hoch schätzten und von denen ich nie erfuhr, daß ich etwa anders oder minderwertiger sei als sie. Einer war Oberinspektor des Finanzamtes, der andere Vertreter einer großen Maschinenfabrik und gleichzeitig Leiter des Ostpreußischen Sängerbundes. Naturgemäß standen diese Leute, die Hitler nicht ernst nahmen, politisch der Deutschnationalen Partei nahe“ (ML 142/2).

Die Eltern sprachen offen über ihre politische Einstellung.

> „In der Zeit bis 1933 wurde ich von meinen Eltern oft zu Wahlen mitgenommen, da man mich als Kind nicht allein zu Hause lassen wollte. In den kleinen, abgeschlossenen Wahlzellen, in die ich immer mit hineinkroch, – vor den vielen Männern draußen hatte ich nämlich Angst –, konnte ich mich überzeugen, daß meine Mutter deutschdemokratisch und mein Vater sozialdemokratisch wählten. Der Unterschied zwischen den beiden Parteien bekümmerte mich damals nicht, da ich ganz andere Interessen hatte und mir erst einmal über für mich wichtigere Fragen Aufklärung beschaffen wollte, wie über die Frage meiner Entstehung, der Entstehung der Welt und der Fortentwicklung des Menschengeschlechts“ (ML 142/1).

---

1 Margot Littauers Mädchenname ist nicht bekannt.

1924 tauchten auf den Straßen von Königsberg die ersten SA-Männer auf. Ihre Erscheinung ängstigte die sechsjährige Margot zutiefst.

> „Mir flößten sie wegen ihres strengen Aussehens und der ungewohnten Uniform einen großen Schreck ein, so daß ich, wenn ich sie von weitem sah, auf die andere Straßenseite lief. Merkwürdigerweise hatten auch meine christlichen Freundinnen vor ihnen Angst“ (ebd.).

Schon frühzeitig reflektierte Margot Littauer die Ereignisse, die die junge Republik bedrohten und die schließlich zu ihrer Zersetzung beitrugen. Da waren auf der einen Seite die alten Strukturen, die aus der Kaiserzeit überlebt hatten, und auf der anderen Seite die Gefahren, die von den rechtsradikalen Kräften ausgingen.

> „Unserem Hause gegenüber befand sich das Gebäude der Königlichen Staatsbibliothek. An der Bezeichnung ‚Königlich‘ hatte die Weimarer Republik in ihrer großen Duldsamkeit keinen Anstoß genommen. Des öfteren kam es vor, daß in diesem Jahre schon die Worte ‚Heil Hitler‘ mit Kreide in Riesenbuchstaben an den Zaun dieses Gebäudes gemalt waren. Meine Eltern erschraken dann immer sehr, aber aus der Art, in der sie sich darüber unterhielten, ersah ich, daß sie sich zwar darüber sehr ärgerten, Hitler aber für etwas hielten, was ihrem Leben in keiner Weise zu nahe kommen konnte. Immerhin wurde mir jedoch befohlen, dem Kastellan der Bibliothek, dessen Tochter Dora meine Spielgefährtin war, möglichst aus dem Wege zu gehen. Man hielt ihn nämlich für durchaus fähig, die verpönten zwei Worte an den Zaun geschrieben zu haben, obgleich er von der Republik bezahlt wurde. So wirkten sich in dem kleinen Kreis meiner Kinderzeit schon Hitler und die durch ihn drohende Gefahr aus. Vom Münchener Putsch hörte ich damals garnichts, erst später in der Schule, – dann aber umsomehr!“ (ebd.).

Mit zehn Jahren kam Margot Littauer auf das Realgymnasium, wo sie sich sehr wohl fühlte. Sie war keinerlei Diskriminierungen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum ausgesetzt.

> „Lehrer und Mitschülerinnen hatten mich sehr gern. Die Lehrer, weil ich gut lernte, die Mädels, weil ich immer lustig und vergnügt war“ (ebd.).
>
> „Von 35 Schülerinnen waren 7 jüdisch. Von Rassefragen, irgendwelchen Unterscheidungen oder Zurücksetzungen merkten wir nichts. Wir wurden alle gleichmäßig deutsch erzogen“ (ebd.).

Ostern 1930 wurde Margot Littauer in die Quarta versetzt. „[U]nd damit begann mein eigentliches Leben“ (ebd.). Sie war in ihrer Klasse sehr beliebt. Für ihren Geschichtslehrer, Dr. F., empfand sie eine schwärmerische Bewunderung. Später beurteilte sie seine pädagogischen Fähigkeiten zwar kritisch – sein Unterrichten bestand ausschließlich darin, abschnittsweise aus dem Geschichtsbuch zu erzählen –, aber trotzdem durchzog die tiefe Verehrung für diesen Lehrer ihre ganze Jungmädchenzeit. Die Lehrer in ihrer Schule empfand Margot Littauer uneingeschränkt als positiv.

> „Im Gegensatz zu später, wo andauernd in jedes Klassenfach politische Dinge hineingetragen wurden, unterrichteten die Lehrer noch so, daß wir wirklich etwas lernten. Sie behandelten im übrigen ihre Schüler alle ganz gleichmäßig. Von keinem Lehrer war es etwa bekannt, daß er sich politisch betätigte oder gar im geheimen Nationalsozialist war“ (ML 142/2).

Sehr wichtig waren für Margot Littauer ihre Freundinnen. In der Quarta waren es Gerda von Z. und Steffi B. Gerda von Z. war „nicht nur arisch sondern sogar adlig....[was] für uns damals ganz belanglos“ (ebd.) war.

> „Sie war ganz einfach, geradezu puritanisch einfach von ihrem Vater, der Witwer war, erzogen worden, und sie schätzte mich wegen einer gewissen Großzügigkeit, die ich damals zeigte, d. h. in Spenden für alle möglichen Zwecke, soweit es mein kleines Taschengeld damals erlaubte“ (ebd.).

Im selben Schuljahr freundete Margot Littauer sich auch mit Steffi B. an.

> „Sie war das größte, frechste, ungezogenste und – ‚damenhafteste‘ Mädel in der Klasse, Tochter eines christlichen Sportarztes, Steffi B. Ich hatte nicht angenommen, daß ich mich einmal für sie erwärmen würde. Wir waren zu verschieden. Sie ging entweder in einen ganz saloppen Sportdress oder mit ausgesuchtester Eleganz gekleidet, außerdem verübte sie mir zuviel Ungezogenheiten. Aber wohl, weil sie mehrmals von mir bei Klassenarbeiten abgeschrieben hatte, lud sie mich zu ihrem Geburtstag ein“ (ebd.).

Ostern 1931 wurde Margot Littauer in die Untertertia versetzt. Die Schülerinnen mussten sich entscheiden zwischen dem Besuch der sogenannten ‚Studienanstalt‘ mit Latein und dem ‚Lyceum‘ mit Englisch. Da Margot Littauer den Wunsch hatte, später Philologie zu studieren, entschied sie sich

für die Studienanstalt, während Steffi B. und Gerda v. Z. das Lyceum besuchten. In ihrer neuen Klasse freundete sich Margot mit Lilli K. an, die gleich am ersten Schultag „zur Vertrauensschülerin, der Vermittlerin zwischen Lehrern und Klasse gewählt“ (ML 142/3) wurde. Margot Littauer schätzte an Lilli vor allem ihre religiöse Toleranz. Mit dem Judentum setzten sich die beiden Freundinnen intensiv auseinander.

> „Ihr Vater war Professor für Theologie an der Königsberger Universität. Von ihm hatte Lilli wohl das Interesse für religiöse Fragen und das Gefühl für religiöse Toleranz geerbt“ (ebd.).
>
> „Lilli ließ nur unseren Gottesgedanken gelten, den Gedanken der jüdischen Volksgemeinschaft, den der Zionismus vertrat, lehnte sie energisch ab. Sie war nicht der Ansicht, daß ich zu einem anderen Volk als sie gehören könnte. Der jüdische Gottesgedanke erschien ihr als besonders hochstehend“ (ebd.).

Die Dritte im Kreis der Freundinnen war Lieselott, die ebenfalls für den Geschichtslehrer Dr. F. schwärmte.

> „Als wir drei, Lilli, Lieselott und ich einmal in einer Pause auf dem Hof waren, war ich sehr stolz, als mich Dr. F. anrief. Er erkundigte sich nämlich nach der Reihenfolge der drei jüdischen Hauptfeiertage!“ (ML 142/4).

Der schon längere Zeit angekündigte Umzug von Königsberg nach Breslau, wo Margot Littauers Stiefgeschwister lebten, erfolgte Mitte Juni 1931. Der Abschied von der Stadt Königsberg und von der Schule fiel ihr sehr schwer.

> „Die Verabschiedungen begannen bei den Lehrern, zuerst bei Dr. F., um das Schwerste zuerst hinter mir zu haben. Ich wagte, ihn sogar zu bitten, an mich zu denken, wenn der Weg ihn in die Gegend von Breslau führen würde, und ihn dort sprechen zu dürfen. Er hat sein Versprechen tatsächlich eingelöst! Dann bekam ich sogar noch 2 Bücher geschenkt, eines von meiner Klasse: Jack London ‚Mondgesicht‘ in dem die Namen aller meiner Mitschülerinnen auf der ersten Seite zu lesen waren. Das zweite Buch erhielt ich von der jüdischen Religionslehrerin: Otto Abeles ‚Zehn Jüdinnen‘. Ich war ganz gerührt. Dann gab mir der Klassenlehrer, Herr G. das Abgangszeugnis mit Führungszeugnis, worin bestätigt war, daß ich der Klasse eine gute Kameradin und eine gute Schülerin gewesen sei. Auf dem Heimwege versuchte ich, mir die lang vertraute Gegend noch einmal genau einzuprägen“ (ebd.).

Margot Littauer hatte schon mehrere Male ihre Stiefgeschwister in Breslau besucht. Bei diesen Kurzurlauben hatte die Stadt einen guten Eindruck auf sie gemacht, so dass sie mit Spannung und freudiger Erwartung dem Ortswechsel entgegen sah und „der Kummer um die verlorenen Freunde nicht die Überhand gewann“ (ebd.). Um vier Uhr morgens erreichte der Zug Breslau. Die Ankunft war enttäuschend.

> „Niemand holte uns am Bahnhof ab, und der erste Eindruck, den ich von der Stadt hatte, war gar nicht mehr so freundlich, wie ich ihn von meinen flüchtigen Besuchen in Breslau gehabt hatte. Wir mieteten noch am Vormittag zwei dunkle, möblierte Zimmer bei einer alten Frau, von der ich zum ersten Mal den schlesischen Dialekt hörte. Ich mußte mir große Mühe geben, um die Sprache zu verstehen, da ich zu sehr an den ostpreußischen Dialekt gewöhnt war. Von meinen Geschwistern sah ich nicht viel, da sie offenbar anderweitig stark beansprucht waren“ (ebd.).

Aus dieser depressiven Stimmung heraus schrieb Margot Littauer an ihre Königsberger Klasse, an Lilli und an Gerda von Z. Lilli antwortete ihr, und zwischen den beiden Mädchen entspann sich eine lebhafte Korrespondenz. Margot wagte es auch, an den Geschichtslehrer Dr. F. zu schreiben. Als sie einige Zeit später eine Karte von dem verehrten Lehrer „mit der Überschrift: Meine liebe Margot“ (ML 142/8) erhielt, war sie überglücklich.

Die Wahl einer Schule stieß auf Schwierigkeiten, da in Breslau als erste Fremdsprache in der Sexta Englisch gelehrt wurde. In Königsberg hatte Margot Littauer mit Französisch begonnen. Auf Anraten des ‚Provinzial-Schulkollegiums‘ wurde sie in einer sogenannten Aufbauschule eingeschult, die in einer Arbeitergegend lag. Diese Schule war für Volksschulabsolventen eingerichtet worden und begann mit der Untertertia (vgl. ML142/5). Margot Littauer musste den Unterrichtsstoff von drei Monaten Englisch nachholen. Zu ihrem Entsetzen erfuhr sie, dass es sich bei dieser Aufbauschule um eine Oberrealschule mit den Schwerpunkten auf Mathematik und den Naturwissenschaften handelte, also auf Fächern, die ihr nicht lagen. Schon in der ersten Mathematikstunde bestätigten sich ihre Befürchtungen.

> „Hier gab es ein großes Fiasko. Diese Arbeiterkinder konnten alle besser mit dem Zirkel und der Abtragung von Strecken umgehen, als ich es in meiner früheren Klasse bei den Töchtern der höheren Beamten und Akademiker gesehen hatte“ (ML 142/6).

Margot Littauers Klasse wurde von 30 Schülern besucht, „fast alles Arbeiterkinder“ (ML 142/5). Sie fühlte sich in dieser Schule nicht wohl, Mathematik und die Naturwissenschaften lagen ihr nicht. Freude hatte sie nur an den Sprachen und an Geschichte. Der Geschichtsunterricht wurde von Dr. S. erteilt. Gleich in der ersten Unterrichtsstunde hatte sie ein großes Erfolgserlebnis in ihrem Lieblingsfach.

> „Die nächste Stunde war Geschichte, – der Lehrer, Dr. S., wiederholte den letzten Teil der römischen und den ersten der germanischen Geschichte nach Zahlen. Er war sehr erstaunt, daß ich die Zahlen ganz genau im Gedächtnis hatte. Dauernd sagte er zu einem riesengroßen, blonden Jungen: ‚Reichsaussenminister, sie durchsticht Dich mit der Lanze, sie hebt dich aus dem Sattel!‘ ‚Reichsaussenminister‘ war nämlich der Spitzname des Jungen, der einen recht begabten und sehr ehrgeizigen Eindruck machte und es sich in den Kopf gesetzt hatte, unbedingt in einem neuen Staat Außenminister oder Außenkomissar zu werden. Dr. S. hatte also vorhin mit seiner Geschichtskoryphäe gesprochen, die ich im Begriffe war zu enttronen“ (ebd.).

Bei Dr. S. erlebte Margot Littauer zum erstenmal, dass „moderne Politik“ (ML 142/6) in den Geschichtsunterricht mit einbezogen wurde.

> „Hauptsächlich beschäftigte er sich mit der damals bestehenden Regierung Brüning. Er schalt Brüning als zu nachgiebig und ließ keinen Zweifel daran, daß die Kommunisten ja einmal an die Macht kommen und alles in Ordnung bringen würden. Er glaubte tatsächlich daran, daß durch die Verbrüderung des deutschen Proletariats mit dem der anderen großen Völker ein goldenes Zeitalter anbrechen würde“ (ebd.).

Über den Nationalsozialismus stellte er die Behauptung auf, dass dieser

> „im Vergleich zum Kommunismus einen Rückschritt bedeute. Da diese Ansicht allgemein verbreitet würde, sei nicht zu befürchten, daß die Nationalsozialisten in Deutschland erfolgreich sein würden. Diese Beweisführung beurteilte ich zwar skeptisch. Da sie den anderen Kommunistenkindern aber scheinbar einleuchtete und ich als Neuankömmling mich nicht unangenehm bemerkbar machen wollte, schwieg ich, freute mich aber, in einer Gemeinschaft zu sein, in der sich kein Antisemitismus breit machen würde“ (ML 142/5).

Als sehr befremdlich empfand Margot Littauer die Einrichtung der Schülerselbstverwaltung, in der die Schüler ohne Anwesenheit der Lehrer über die Schulordnung, aber auch über die Strafmethoden einzelner Lehrer diskutierten. Margot Littauer, die Lehrkräfte grundsätzlich als Autoritäten anerkannte und für die der Leistungsgedanke einen hohen Stellenwert besaß, empfand diese Diskussionen, vor allem, wenn kein Ergebnis zustande kam, als verlorene Zeit.

Es gelang ihr nicht, sich in der Aufbauschule einzuleben. Auf ihre dringende Bitte hin wandten sich ihre Eltern an die Direktorin eines Breslauer Oberlyceums. Die Bedingungen für eine Aufnahme in diese höhere Mädchenschule bestanden in einer allgemeinen Aufnahmeprüfung sowie in einer Englischprüfung. Diese sollte ein Vierteljahr später abgenommen werden, also Ende des Jahres 1931.

> „In dieser Schule wurde von Sexta ab Englisch gelehrt (zehnjährige Kinder), und ich hätte also in einem Vierteljahr den Stoff von dreieinhalb Jahren nachzuholen. Ich willigte ein, da ich zu der Direktorin, einer geradezu majestätisch aussehenden Dame von freundlicher, herzlicher Art gleich Zutrauen gefaßt hatte“ (ML 142/6).

Auf der Suche nach einer geeigneten Nachhilfelehrerin, die ihr bei der Vorbereitung auf die schwierige Aufnahmeprüfung behilflich sein sollte, lernte Margot Littauer die Unterprimanerin Lotte H. kennen. Diese Bekanntschaft erwies sich als ein Glücksfall, da sie noch immer unter großer Einsamkeit litt.

> „Lotte war der erste Mensch, der mir das Leben in Breslau erträglich machte und mit dem ich mich über alles aussprechen konnte. Über Politik brauchten wir nicht zu sprechen, es war nach außen hin alles ruhig, und wenn wir auf religiöse Dinge zu sprechen kamen, zeigte sie weitgehendstes Verständnis für die jüdische Religion, auch für Zionismus, obgleich ihr meine eventuelle Verpflanzung nach dem Orient unsympathisch war“ (ebd.).

Margot Littauer musste Aufnahmeprüfungen in den Fächern Mathematik, Französisch, Erdkunde, Geschichte und Deutsch ablegen. Die Lehrerinnen und Lehrern gefielen ihr sehr. Der Unterricht in dieser Schule erschien ihr „noch durchdrungen von dem Recht der christlichen Lehre“ (ML 142/7). Besonders die Geschichtsprüfung blieb ihr in guter Erinnerung.

> „Sie [die Geschichtslehrerin Fräulein Z.] prüfte mich germanische Geschichte bis zu den Sachsenkaisern, wobei sie manchmal anerkennend nickte.
>
> Damals hieß der Frankenkönig Karl noch ‚Karl der Große', und niemand nahm daran Anstoß, daß er die Sachsen in so blutiger Weise heimgesucht hatte. Alle Institutionen und Zellen des Staates, besonders aber die Schulen im allgemeinen, waren noch durchdrungen von dem Recht der christlichen Lehre. Erst unter dem Hitler-Regime erfuhr ich, daß der Feldzug dieses Karl gegen die Sachsen eine Schurkerei und Barbarei sondergleichen gewesen war. Karl hätte kein Recht gehabt, das ‚verweichlichte' Christentum den Sachsen aufzudrängen, die doch den einzigen Glauben hatten, der den Germanen ‚artgemäß' war" (ebd.).

Margot Littauer bestand die Aufnahmeprüfung und kam in die Untertertia, in die Klasse U III a. Ihre neuen Klassenkameradinnen gehörten vorwiegend der Mittelschicht an.

Die meisten wollten

> „studieren, sehr viele Philologie, einige Medizin und einige wenige sogar Jura. Die später von den Nationalsozialisten so stark propagierten ‚Frauenberufe' wie Säuglingspflegerin und Kindergärtnerin oder auch Fürsorgerin wurden von den Mädels in meiner Klasse gar nicht in Betracht gezogen, da sie damals schon für überfüllt galten und außerdem den Töchtern anderer Bevölkerungsschichten vorbehalten waren" (ebd.).

Schon am ersten Schultag in der neuen Klasse fiel Margot Littauer die Mitschülerin Anneliese M. auf. Es entwickelte sich zwischen den beiden jungen Mädchen eine tiefe Freundschaft, die bis zu Margots Auswanderung im Jahre 1939 hielt (vgl. ML 142/8). Margot Littauer war sehr beeindruckt von Annelieses Äußerem.

> „Ihrem Aussehen, – ein kleines, dunkelhaariges Mädchen, exotischer Gesichtsschnitt, mit Ponyfrisur, dunkelgrüner Samtbluse im Russenschnitt, – merkte man nicht an, daß ihr Vater ein hoher deutscher Staatsbeamter war" (ebd.).

Von Anfang an ließ Margot Littauer sich auf die Freundschaft mit Anneliese ein, obgleich sie sich selbst als eher scheu und zurückhaltend im Umgang mit neuen Bekannten bezeichnete.

> „Sie [Anneliese] legte zu meiner Überraschung den Arm um meinen Hals, – und so sprangen wir zu Zweien die Schultreppe herunter. Unten angekommen unterhielten wir uns über den Belag unserer Frühstücksschnitten, über unsere Lieblingsgerichte und ähnliche Dinge, über die Mädchen in unserem Alter bei der ersten Bekanntschaft zu plaudern pflegten. Leider störte mich an ihr die zu herzliche Art, – ich war das von den zurückhaltenderen Ostpreußen nicht gewöhnt. Ich war damals überhaupt sehr zurückhaltend gegenüber neuen Bekannten. Ganz abgesehen davon, dass ich gar nicht verstehen konnte, wie man mir nach einer nur Minuten währenden Bekanntschaft die Arme um den Hals legen konnte, besass ich überhaupt eine instinktive Abneigung gegen Zärtlichkeiten und Berührungen irgend welcher Art durch andere“ (ebd.).

Die Mitschülerinnen warnten Margot Littauer vor einer Freundschaft mit Anneliese, da diese „eine ausgesprochene Nationalsozialistin und eingeschriebenes Mitglied der NSDAP“ (ebd.) sei. Margot Littauer ließ sich jedoch durch diese Warnungen nicht abschrecken. Die Freundschaft der beiden Mädchen wurde immer intensiver. Ihre gemeinsamen Interessen bestanden vorwiegend in der Liebe zu Büchern.

> „Wir schworen uns also einen Eid, dass wir unter keinen Umständen in absehbarer Zeit einen Roman anrühren würden. Nur Reisebeschreibungen und historische Darstellungen kämen in Frage. Das Mädchen, das als solche fanatische Nationalsozialistin galt, kam mir täglich näher. Eine Unehrlichkeit in unserer Stellungnahme zueinander kam garnicht in Frage“ (ebd.).

In Bezug auf den Umgang mit politischen Themen hatten Anneliese und Margot feste Absprachen getroffen.

> „Politische Gespräche zwischen uns beiden in den Jahren 1931 bis 1934 wurden im gegenseitigen Einverständnis verboten. In dem Augenblick, in dem Anneliese mit einem Gegner in ein politisches Gespräch kam, war sie wie umgewechselt. Sie bekam ganz harte, fast schwarze Augen und einen verkniffenen Mund. Mir verbot sie jedenfalls jede Äußerung über den Nationalsozialismus und die Gestalten, die ihn verkörperten. Mich nahm sie von den Juden, gegen die die Nazis kämpften, aus. Für sie war ich eben deutsch und ihre Freundin Margot. Im innersten hoffte sie, wie viele andere Parteianhänger fälschlich daran glaubten, daß vieles sich nach der Machtübernahme in der Judengesetzgebung mildern würde“ (ML 142/9).

Die Stimmungsschwankungen der Freundin belasteten Margot Littauer. Sie suchte nach Erklärungen für Annelieses – wie es ihr schien – blinden Fanatismus.

> „Jetzt möchte ich nur zwei Gründe anführen, einmal, eine Reaktion auf ihren jüdischen Großvater, von dem ich erst Jahre später erfuhr und dann eine persönliche Vorliebe für Hitler, wie es ja bei sehr vielen Frauen damals der Fall war. Beweis dafür war ihre große Freude und gute Laune bei einer Hitler-Rede. Von dem Inhalt hatte sie sich kaum etwas gemerkt, dagegen aber betonte sie mir immer wieder, wie glücklich sie gerade heute gewesen wäre, ihn zu hören, denn der Klang seiner Stimme hätte sie eine mißglückte Liebesangelegenheit vergessen lassen“ (ebd.).

Margot Littauer bewegte eine Frage, die bis zum heutigen Tage immer wieder gestellt worden ist: Wie war es möglich, dass so viele Deutsche – sie bezog sich hier auf die Jahre 1931/32 – unkritisch auf Hitler setzten. Sie war sich sicher, dass diese Menschen die volle Tragweite des nationalsozialistischen Programms nicht erfasst hatten.

> „Die Vernichtungslehre Hitlers wurde von vielen in jener Zeit noch nicht in ihrem vollen Umfange verstanden. Jeder der Menschen aus meinem näheren Blickfeld, der Hitler-Anhänger war, suchte sich aus dem Parteiprogramm heraus, was ihm am wichtigsten und erstrebenswertesten erschien. Einer schwärmte für den Nationalismus im Programm, ein anderer für den Sozialismus. Ein anderer wieder begeisterte sich an dem schönen Gedanken, nach der Machtübernahme sofort den polnischen Korridor verschwinden zu sehen, andere wieder sprachen von nichts anderem wieder als von der Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien. Den Hauptpunkt jedoch, der sich nach Hitlers Machtantritt für einen großen Teil des deutschen Volkes erschreckend bemerkbar machte, nämlich der Kampf gegen die Kirchen, hatte man vorher ganz übersehen. Ich kannte niemanden, der sich mit diesem Punkt beschäftigt hatte. Viele fromme Katholiken und Protestanten waren ja in der Partei, weil sie glaubten, daß der Nationalsozialismus einen Schutzwall gegen die religionszerstörende Kraft des Kommunismus darstellte. Auch die Judenfrage wurde vorher kaum beachtet. Man glaubte fest daran, daß Hitler nur etwas gegen die nach Kriegsende eingewanderten osteuropäischen Juden unternehmen würde, die deutschen Juden aber bestimmt in Ruhe lassen würde“ (ebd.).

Margot Littauer hatte sich jetzt in Breslau gut eingelebt. In der Schule war sie erfolgreich und erfuhr niemals Diskriminierungen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum.

> „Zu Ostern 1932 bekam ich wegen meiner guten Leistungen von der Direktorin einen Photo-Apparat als Schulprämie. Jetzt ist der Apparat mein treuer Begleiter in Palästina, – auf seinem Ledergriff steht noch immer eingegraben das Wort ‚Schulprämie‘ und auf seinem Etui: Ostern 1932. Ein Jahr später erschien es ganz märchenhaft, dass ein jüdisches Schulkind eine solche Prämie einmal früher bekommen konnte“ (ML 142/9f.).

Eine große Begeisterung hatte Margot Littauer für die englische Sprache und für amerikanische Filme entwickelt.

> „Ich sah den damals so ungeheuer populären Filmdarsteller Ramon Novarro in dem großen Film „Ben Hur“[2]. Meine Begeisterung für ihn nahm geradezu fanatische Form an. [...] Diese Liebe zum Film war für mich auch von praktischer Bedeutung. Naturgemäß mußte ich mich noch mehr mit der englischen Sprache beschäftigen. Wo ich nur konnte, besorgte ich mir amerikanische Schallplatten, schrieb englische Briefe nach Amerika, bekam englische Antworten, schließlich machten sich meine Fortschritte in Englisch auch in der Schule angenehm bemerkbar. Nebenbei eignete ich mir umfangreiche Kenntnisse in der amerikanischen Geschichte und Literatur an. Ramon Novarro hatte mein Weltbild erweitert“ (ML 142/10).

Margot Littauer registrierte zwar die Ereignisse, die Deutschland erschütterten, sie durchdrangen jedoch nicht wesentlich den ‚Schutzwall‘, den sie um ‚ihre Welt‘ aufgebaut hatte.

> „Darüber vergaß ich fast ganz die Dinge, die sich in Deutschland ereigneten; sie waren allerdings auch so unpopulär, daß einem das nicht schwer fallen konnte. Notverordnungen über Notverordnungen klebten an den Litfaßsäulen. Es gab keine Bevölkerungsschicht, war es der Mittelstand oder die Arbeiterklasse oder die Beamten, die nicht

---

2 Roman Novarro, eigentlich R. Samoniego, geb. am 6.2.1899 in Durango (Mexiko), gest. am 31.10.1968 in Hollywood, Tänzer und Schauspieler, spielte bes. Liebhaberrollen.
Filme u. a. Ben Hur (1926), Mata Hari (1931); letzte Filmrolle in der Serie ‚Bonanza‘ (Gastrolle in Folge 73 als Jose Ortega), vgl. Brockhaus Enzyklopädie Band 13, F.A. Brockhaus Wiesbaden 1971.

> entsetzlich auf Brüning schimpften. Niemand schien Verständnis für das Wirken dieses Mannes zu haben. Am meisten tobten die Arbeitslosen, da ihnen von der Wochen-Unterstützung etwas abgezogen wurde. Der Hass gegen Brüning ging so weit, daß bei einem seiner Besuche in Breslau sein Auto mit Steinen beworfen wurde. Mit Wehmut werden später dieselben Leute gemerkt haben, daß sie sich mit der gekürzten Unterstützung besser ernähren konnten als später, wo sie für viel weniger Lohn schwerste Arbeit leisten mußten. Äußerlich merkte ich damals von den Parteikämpfen nur soviel, daß sich gerade die Gegner Hitlers und zwar die Kommunisten und Sozialdemokraten am meisten bekämpften. Ihre ‚Zeitungsmänner' stritten sich solange um die Plätze, – sowohl um ihre Verkaufsplätze für Zeitungen wie auch um die Anklebestellen für ihre Propaganda-Zettel, – bis schließlich die braun gekleideten Austräger der Hitler-Zeitungen die Plätze einnahmen. Wie mir Anneliese gelegentlich frohlockend mitteilte, waren die Kämpfe der links eingestellten Zeitungsmänner nur ein getreues Spiegelbild der Parteikämpfe im Reichstag" (ebd.).

Die Unruhen, die Deutschland erschütterten, zeigten noch keine Auswirkungen auf Margot Littauers Schule. „In der Schule war noch immer alles beim alten" (ebd.). Noch war der Unterricht tendenzfrei, und die meisten Lehrer verhielten sich den jüdischen Schülerinnen gegenüber loyal.

> „Wir wußten zwar, daß unser Deutsch-Lehrer G. Nazi war. Da er aber meine jüdischen Mitschülerinnen und mich völlig loyal behandelte und er ganz guten Unterricht erteilte, nahmen wir davon keine Notiz. [...] Von Frl. Dr. D. (Französisch und Erdkunde) wußten wir, daß sie katholisch war und für das Zentrum stimmte, ihr Bruder war höherer Geistlicher in Ostpreußen, – E., der Mathematiklehrer war in der ganzen Stadt als Freimaurer und Sozialdemokrat bekannt. Unser Geschichtslehrer, ein älterer, harmloser Herr, neigte wieder mehr zu den Nazis. Im Unterricht merkte man nicht viel von seiner Gesinnung, nur gelegentlich leistete er sich eine kleine Spitze gegen die Kommunisten. Dagegen war der Geschichtsunterricht bei unserer Direktorin völlig frei von jeder nationalsozialistischen Tendenz. Bei unserer Lehrerin für Englisch, einer Jüdin, die ausgezeichnet Englisch sprach und eine vorzügliche Pädagogin war, lasen wir ‚The Bottle Imp' von Stevenson, das zu meinen schönsten Schulerinnerungen gehört. Um uns eine gute Aussprache beizubringen, spielte sie auf dem Grammophon eine Platte mit einer ganz besonders langsam und deutlich gesprochenen Geschichte. Ausgesprochen nationalsozialistisch eingestellt war die Geschichtslehrerin, Fräulein K., bei der wir vertretungs-

> weise Unterricht hatten. Die Unglückselige ahnte damals noch nichts von ihrer ‚jüdischen Großmutter'! Sie behandelte als einzige Lehrerin uns jüdische Mädchen sehr schlecht, – eigentlich ‚behandelte' sie uns garnicht, sondern sah über uns hinweg wie Luft, sie nahm uns im Unterricht nicht zu einer einzigen Antwort heran. Ausgerechnet von ihr hörten wir die erste Schimpfkanonade auf Karl den Großen wegen seines blutigen Feldzuges gegen die Sachsen. Ihre Begeisterung für die germanischen Helden nahm geradezu krankhafte Formen an. Ein besonderes Betätigungsfeld hatte sie im V.D.A. gefunden, dem ‚Verein für das Deutschtum im Ausland'. Mit größter Geschicklichkeit verstand sie es, uns Schulmädchen unser knapp bemessenes Taschengeld für die Zwecke des Vereins herauszulocken. Sobald sie außerhalb ihrer angesetzten Stunden in einer Klasse erschien, wußten wir, daß es für heute mit dem Eis- oder Schokoladenaschen vorbei war. Die dafür ausgesetzten Pfennige verschwanden in der Sammel-Büchse. Zu allem Unglück drängte sie uns kleine Spenden-Bücher auf. Damit mußten wir versuchen, bei allen Leuten, die wir kannten, kleine Spenden herauszubekommen. Ein probates Mittel, sich überall unbeliebt zu machen! Nebenbei gesagt, fand sie es dabei nicht unter ihrer Würde, uns jüdischen Mädchen ein solches Sammelheft in die Hand zu drücken" (ML 142/10f.).

Margot Littauers besonderes Interesse galt dem Kunstunterricht, der von Frau Sch., Lehrerin für Zeichnen und Kunstgeschichte, erteilt wurde.

> „Sie gab uns einen guten, systematischen Unterricht in Kunstgeschichte unter dem Leitgedanken: Kunst ist international. Sie sprach gleich warm über die alten deutschen Meister wie Dürer, Grünewald, Holbein, wie sie uns über die großen Künstler der italienischen Renaissance, die Niederländer oder die Spanier begeistert zu erzählen wußte. Aber auch über die großen jüdischen Maler wie Israels, Liebermann, Spiro, Lesser Uri wußte sie gut Bescheid" (ML 142/11).

Frau Sch. brachte den Schülerinnen die Impressionisten nahe. Die Expressionisten, den Kubismus, Futurismus und Dadaismus lehnte sie jedoch ab. Völliges Unverständnis brachte sie der Malweise von Marc Chagall entgegen.

> „Unsere Lehrerin erklärte es uns bei einer Anfrage ganz richtig damit, daß es sich hier um eine Art Atavismus handle, um einen Rückfall in frühere Entwicklungsstufen, also eine Erscheinung, die bekanntlich in der geistigen und körperlichen Entwicklung häufig auftritt, – die aber

> im künstlerischen Leben bisher nur selten beobachtet worden ist. Dies war auch die allgemeine Ansicht der künstlerisch interessierten Kreise, ob sie Nazis waren oder Gegner dieser Partei“ (ML 142/12).

Die politische Lage in Deutschland spitzte sich immer mehr zu.

> „Inzwischen näherte sich das Jahr 1933. Fast alle Parteien waren sich darüber einig, dass Brünings Abgang von der Leitung des Reichkanzleramtes gut war. Jede Partei glaubte nun eine Chance zu haben, demnächst an die Macht zu kommen, – die größeren Parteien natürlich nur, – die um Hugenberg und Düsterberg, die Thälmann-Leute und die Hitler-Anhänger. Schliesslich waren die letzteren so in der Mehrzahl, daß sie die beiden folgenden Regierungen Papen und Schleicher nur als ein kurzes Interregnum ansahen“ (ebd.).

Über die Ereignisse des 30. Januar 1933 schrieb Margot Littauer nur einen einzigen Satz in ihr Tagebuch:

> „Am 30. Januar stand in der Abendausgabe der ‚Breslauer Neuesten Nachrichten‘ die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler“ (ebd.).

Sie versuchte, die scheinbare Gelassenheit ihrer Familie und ihrer jüdischen Bekannten zu erklären.

> „Sie [die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler] wurde von uns durchschnittlich nicht so niederschmetternd aufgenommen, wie man es sich vielleicht im Ausland vorgestellt hat. Niemand von meinen jüdischen Bekannten hatte eine Ahnung von den furchtbaren Auswirkungen dieser Ernennung. Wir saßen am Radio und hörten zum ersten Mal eine der gigantischen Massenkundgebungen, die sich nicht legen wollenden Begeisterungskundgebungen und das Geschrei der Massen“ (ebd.).

Margot Littauers Mutter hielt Hitler für eine ‚Übergangserscheinung‘.

> „Die Sache wird nicht lange dauern. ‚Er‘ ist dann an der Macht gewesen, vielleicht haben wir dann endlich Ruhe“ (ebd.).

Margot Littauer selbst hatte Angst. Der Aufzug des Stahlhelms, der deutschnationalen Parteitruppe, zusammen mit der SA mag sie an die furchterregenden Kindheitserlebnisse in Königsberg im Jahre 1924 erinnert haben, als sie als sechsjähriges kleines Mädchen vor den SA-Männern davongelaufen war.

„Aber ich selber traute der Sache garnicht, – mir war sehr unheimlich zu Mute“ (ebd.).

***

Margot Littauers Familie begann schon bald nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler die Auswirkungen des antisemitischen Kurses zu spüren. Ihr Vater verlor seine Stellung bei der Zigarettenfabrik, als das Werk ‚arisiert‘ wurde.

Im Juli 1934 starb Margot Littauers Vater. Sie hatte nun die volle Verantwortung für sich und die kränkliche Mutter zu übernehmen. Bedingt durch diese Überbelastung erlitt Margot einen körperlichen Zusammenbruch. Zwischen ihr und dem behandelnden jüdischen Arzt Dr. L., ihrem späteren Mann, entwickelte sich eine freundschaftliche Beziehung.

1935 entschloss sich Margot Littauer, die Schule – in der Unterprima – zu verlassen. Am 1. Oktober 1935 trat sie offiziell eine Stelle als Hausangestellte bei Dr. L. an, nachdem sie schon längere Zeit vorher am Nachmittag in seiner Praxis als Sprechstundenhilfe tätig gewesen war.

Im Februar 1937 musste Margot Littauer ihre Tätigkeit bei Dr. L. nach einem Schlaganfall ihrer Mutter aufgeben. Nach der Genesung der Mutter nahm sie im Spätsommer 1937 die Möglichkeit in Anspruch, mit Hilfe eines Aufnahmegesuches eine Abiturklasse des jüdischen Reform-Realgymnasiums zu besuchen und nach einem halben Jahr das Abitur abzulegen.

Im März 1938 bestand Margot Littauer das Abitur. Danach arbeitete sie bis zu ihrer Emigration weiter in Dr. L.‘s Praxis und Haushalt.

Dr. L. hatte als ‚Frontkämpfer‘ trotz seiner Zugehörigkeit zum Judentum bis 1938 als Arzt praktizieren können. Als am 1. Oktober 1938 allen jüdischen Ärzten die Approbation entzogen wurde, bereitete er seine Emigration nach Palästina vor. Am 10. November 1938 wurde Dr. L. verhaftet. Durch die Vorlage eines Zertifikates für Palästina, das sie unter großen Schwierigkeiten mit Hilfe von Freunden beschafft hatte, gelang es Margot Littauer, seine Freilassung zu erwirken. Am 1. Dezember 1938 wurde Dr. L. entlassen. Am 6. Februar 1939 heirateten Dr. L. und Margot. Zwei Stunden nach der Trauung verließ er Deutschland, um nach Palästina zu emigrieren. Sie folgte ihrem Mann am 17. April 1939.

Oskar Scherzer

„Ueberlasst die Erziehung Eurer Kinder auch ein bisschen der freien Natur“

Oskar Scherzer wurde am 31. Dezember 1919 geboren. Seine Eltern kamen ursprünglich aus Galizien.[1]

> „Meine Geburtstadt ist Altona, neben Hamburg gelegen. Wie kam ich denn dort hin? Natuerlich weil meine Eltern dort wohnten. Wohnten sie immer dort, also deutsche Juden? Nein, sie kamen aus Polen, wo sie sich auch kennengelernt hatten. Mein Vater war damals Student, meine Mutter hatte 2 Jahre ihre Gymnasialstudien hinter sich. [...]
>
> Kaum verlobt, musste mein Vater in den Krieg. Sie bewahrten 4 Jahre einander die Treue. Am 30. Maerz 1919 heirateten sie in Wien und wanderten weiter, nach Deutschland“ (OS 200/2, H. i. O.).

Mit Hilfe einer „kleinen Mitgift“ (ebd.), die seine Mutter erhalten hatte, eröffneten die Eltern ein Geschäft – eine kleine Bildergalerie und Bilderrahmenhandlung –, das nicht sehr einträglich war. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation verließ Familie Scherzer Deutschland.

> „Ich weiss nicht, ob mein Vater ein *sehr* guter Schueler war. Das besagt aber noch lange nicht, dass er ein guter Kaufmann sein musste: [...] Es [das Geschäft] ging schlecht. Meine Eltern wanderten weiter. Sie fuhren nach Wien zurueck und nahmen mich mit, wie man mir erzaehlt. Ich erinnere mich natuerlich nicht daran, ich war 2 Jahre alt“ (ebd., H .i. O.).

In Wien, in der Praterstraße 51, besaßen seine Eltern ein Wäschehaus namens ‚Clarotti‘. Im Alter von „5 ¾“ (ebd.) kam Oskar Scherzer auf die

---

1 Auf dem Wiener Kongreß im Jahre 1815 verständigten sich die Staaten Preußen, Österreich und Rußland über eine weitere Teilung Polens. Polen, das schon vor diesem Zeitpunkt aufgeteilt war, wurde in kleinere Einheiten zerstückelt. Die Österreicher regierten in Galizien und Lodomerien (vgl. Frings 1993, S. 27f.).

Volksschule im 2. Bezirk von Wien. Er war ein „sehr guter Schüler“ (ebd.). Circa 1929 zog die Familie ein weiteres Mal um. Sie ging nach Elbing, einer Stadt in Ostpreußen, und lebte somit ein weiteres Mal in Deutschland. Oscar Scherzer war von Elbing fasziniert:

> „Eine wunderschoene Stadt ist dieses Elbing, nicht weit von Danzig und der Ostsee entfernt. Mit seinen rund 80000 Einwohnern bewarb es sich eifrigst um den Rang einer Mittelstadt, es baute ein Theater, jedes Jahr kam ein neues Kino dazu, es baute neue Schulen, z.B. die wunderschoene Jahnschule, in der einige tausend Kinder Platz haben“ (OS 200/3).

Elbing als Wohnort war nicht zufällig von den Eltern auserwählt. Drei Brüder des Vaters – erfolgreiche Kaufleute – arbeiteten in Ostdeutschland. Durch deren Hilfe gelang Familie Scherzer der Aufbau einer neuen Existenz – ein Herrenmodegeschäft. Oskar Scherzer besuchte zunächst die Jahnschule und wechselte anschließend auf das humanistische ‚Athenäum‘.

> „Elbing hatte auch ein humanistisches Gymnasium, das staatlich war. Im Jahre 1930 wurde mir, nach der glaenzend bestandenen Aufnahmepruefung, die Ehre zuteil, die hellblaue Schuelerkappe zu tragen, die in den ersten 3 Jahren aus Stoff, in den naechsten 3 aus Samt und von der Obersecunda bis zur Oberprima aus glaenzender Seide war“ (OS 200/3).

Obwohl die Schule ihm die Liebe zu Musik, Film und Theater nahebrachte und er insbesondere in Latein und Mathematik ein guter Schüler war, vermittelte ihm die Schulzeit auf dem Elbinger Gymnasium ebenfalls das Gefühl, ‚anders‘ zu sein.

> „Ich war der einzige Jude in meiner Klasse, was ich auch schon vor Hitler spuerte. Zuerst war dieses , J u d‘ etwas unangenehm, aber man gewoehnte sich auch an das. Christliche Schulkollegen, die meine Freunde waren, verteidigten mich gegenueber antisemitischen Kameraden, indem sie sagten, sie sollen mich nicht schlagen, denn ich sei, wenn auch Jude, so doch auch ein Mensch ....“ (OS 200/3, H. i. O.).

Oskar Scherzers Freunde waren „[d]ie zwei besten Schueler der Klasse [...]. Beide waren Lehrersoehne“ (OS 200/4).

> „Wir drei gruendeten einen Verein: T.C. ‚Theaterclub‘. Ja, theaterspielen war meine erste grosse Leidenschaft und wie man mir erzaehlt

> – auch erinnere ich mich noch – war ich ein sehr guter Schauspieler und bei allen Veranstaltungen fuer Kinder hatte ich die Hauptrolle“ (ebd.).

Sein Leben in Elbing wurde durch den Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland erschüttert:

> „Wenn ich in meinem Zimmer Klavier uebte und dabei ‚Dichter und Bauer‘ von Soupee spielte, erschien am gegenueberliegenden Fenster das herzige, blondgezopfte Trautchen, das jeder in unserem Hause liebte. Wenn ich mit der Ouverture zu Ende war, klatschte das liebe 12 jaehrige Maedchen froh in die Haende, rief mir ein lautes ‚bravo Ottchen‘ zu und sandte mir Luftkuesse. Diese Szene wiederholte sich jeden Abend, und da brannte der Reichstag und Hitler kam ans Ruder – doch ich spielte weiter den ‚Dichter und Bauer‘ und wartete auf das Bravo des huebschen Trautchens. Doch da scholl es zurueck: ‚Mein Vater hat mir verboten mit Dir zu sprechen, weil Du nicht arisch bist. Weißt Du, was das heisst?‘
>
> ‚Ja, Trautchen, ich weiss es schon, gute Nacht, schlaf wohl, Trautchen‘. Ich konnte in jener Nacht nicht schlafen“ (OS 200/5).

Als Oskar Scherzers Eltern erfuhren, dass das Leben des Vaters bedroht war, beschlossen sie, Deutschland zu verlassen.

> „Ich erinnere mich genau, es war an einem Donnerstag, als ich meine Mutter mit verweinten Augen beim Kuechenherd stehen sah: ‚Was ist geschehen Mama, warum weinst Du?‘
>
> ‚Ach, nichts, nichts.‘
>
> Ich wusste aber, dass etwas geschehen sein musste, befuerchtete schon das Aergste und begann furchtbar zu weinen. Da begann mich meine Mutter zu troesten und erzaehlte mir, was vorgefallen war: Ein Kunde unseres Geschaeftes in der Wasserstraße, ehemaliger Sozialdemokrat, der jetzt begeisterter Nationalsozialist war, die fruehere Freundschaft den Juden gegenueber aber noch immer nicht aufgegeben hatte, kam zu meinem Vater, um ihn zu warnen. Er sagte, dass Scherzer bereits auf der schwarzen Liste für Samstag stehe um ‚abgeholt‘ zu werden. Nur eine rasche Flucht aus der Stadt koenne ihn retten.
>
> Am Nachmittag begleitete ich meinen Vater zur Bahn. Er hatte sich entschlossen, nach Koenigsberg zu einem bekannten Herrn zu fahren. Ich wusste damals nicht genau, um was es sich dabei eigentlich recht handle, ich war kaum 13 Jahre alt. Ich konnte nur weinen, doch ver-

> stand ich, dass das jetzt nicht am Platze war, da ich dadurch meinem Vater das Herz noch schwerer machte“ (OS 200/15f.).

Nach einigen Tagen bekamen Oskar Scherzer, seine Mutter und seine im Jahr 1925 geborene Schwester Nachricht vom Vater aus Wien. Er war in Sicherheit. Anschließend verließ Oskar Scherzer Elbing.

> „Zu Beginn der grossen Ferien im Jahre 1933 fuhr ich zu meinen Verwandten nach Frankfurt an der Oder. – Mein Onkel in Wien lud mich zu sich ein, er wollte mich aus Frankfurt abholen – doch fuhr ich, ich war damals 13 ½ Jahre alt, ganz allein nach Österreich und verständigte meine Mutter dann, dass ich gut angekommen bin.
>
> Ich kam nach Wien nicht als Emigrant, denn wir waren oesterreichische Staatsbürger“ (OS 200/5).

Weil seine Eltern aus einer österreichischen Provinz stammten, verfügte Oskar Scherzer über die österreichische Staatsbürgerschaft. Er kam in ein Land, in dem viele Verwandte von ihm lebten. Diese schickten ihn sogleich zur Erholung aufs Land, nach Edlach an der Rax. Oskar Scherzer lebte sich sehr schnell ein. Er lernte seinen Cousin Armin kennen, mit dem er sich „sehr bald innigst befreundete“ (OS 200/5). Nach den Schulferien ging er auf das humanistische Gymnasium in der Zirkusgasse. Im Herbst 1933 kamen seine Mutter und seine Schwester ebenfalls nach Wien. Für Oskar Scherzer begann erneut eine Zeit, die von Erlebnissen mit Freunden, von Mädchenbekanntschaften und Schule geprägt war.

Oskar Scherzers Leben erfuhr eine Veränderung, als er 1937 Kontakt zur Jugendbewegung bekam. Diese Erlebnisse waren so einschneidend, dass er sein Tun der letzten Jahre folgendermaßen betrachtete:

> „Ich bedauere es sehr, dass ich zwischen meinem 14. und 17. Lebensjahr nicht in einer Jugendgruppe war, also in der Zeit, in der man in den ‚Flegeljahren‘ ist. Ich bin dessen sicher, dass ich oft mit grossem Ekel an jene Jahre zurückdenken werde, die viel schoener haetten sein koennen, wenn ich die Sonntage nicht bei Liebesfilmen sondern bei Ausfluegen in Gottes freier Natur, zusammen mit Burschen und Maedchen verbracht haette, wenn ich in den Pausen nicht den flegelhaften Schulkollegen geholfen haette, ordinaere Gedichte zu fabrizieren, sondern an das naechste Lager der Naturfreunde gedacht haette, wenn ich anstatt tanzen, schlittschuhlaufen gegangen waere und wenn ich mit 15 Jahren anstatt solcher Buecher wie zum Beispiel ‚Ariane‘ –

> ich sage nicht ‚Die Budenbrocks' [sic!] – Jules Verne gelesen haette" (OS 200/8).

Oskar Scherzer schloss sich einer Gruppe der Bergfreunde an. Dort lernte er das Leben in der Natur, ein gleichberechtigtes Miteinander-Umgehen und politische Diskussionen kennen.

> „Durch meinen Freund Armin kam ich [...] bald in andere Gesellschaft, die mich vom Tanzboden auf die gruenen Wiesen und Felder fuehrte, zu einer Abteilung der Bergfreunde, zu den ‚Scheiblingsteinern'. Wir waren eine Gruppe von ungefaehr 35 jungen Menschen, Burschen und Maedel. Jungens ohne Kravatte und ohne Hut. Maedchen ohne Schminke und ohne gefaerbte Haare. Wenn man mich fragt ob die Maedchen schoen waren, so werde ich erst nachdenken muessen, denn darauf schauten wir nicht in erster Linie. Ob die Mitglieder Juden oder Christen waren – das wusste ich bis Hitler nicht. Ob sie gute oder schlechte Menschen waren? Gute, denn die schlechten fuehlten sich bei uns nicht wohl.
>
> An dieser Stelle sei mir erlaubt, zu Eltern einige Worte zu sprechen. Zwingt Eure Kinder nicht, Sonntag Nachmittag, wenn die zukuenftige Schwaegerin des Nachbars Eurer Cousine zu Besuch kommt, Euren Kaffeeklatsch mit anzuhoeren. Ihr lasst sie ja nur deshalb nicht den Ausflug mit den Naturfreunden machen, weil ihr wollt, dass sie den Gaesten etwas am Klavier vorspielen und Ihr dann mit Euren begabten Kindern protzen koennt. Ja, noch einmal sage ich es: ueberlasst die Erziehung Eurer Kinder auch ein bisschen der freien Natur, dem Wasser, der Sonne und der frischen Luft. Dass der Junge beim Ausflug mit Maedchen zusammenkommt kann bestimmt nicht schaden, im Gegenteil! Die Burschen lernen dabei die Maedchen als Kameraden kennen. Wenn einem dann spaeter im Leben eine Frau entgegentritt, dann wird man sie nicht fuer so etwas ganz anderes halten als man selbst ist. Die Frauen sind nicht nur ‚auch Menschen', sondern Menschen" (OS 200/8f.).

Insbesondere der freundschaftliche Kontakt zu Mädchen beeindruckte Oskar Scherzer.

> „Wie ungezwungen und hemmungslos man doch mit Kily, Helly, Anni und Fanni über jedes Thema sprechen konnte! Wie viel doch die Lizzi, Mizzi und Fritzi von Sozialismus wussten, sie waren den politischen ‚Kanonen' im Lager der Maenner keineswegs unterlegen, im Gegenteil: manchmal stellten sie so verblueffende Fragen oder gaben

> so treffende Antworten, dass den Burschen ‚die Spucke wegblieb'" (OS 200/8f.).
>
> „Der Gesang erzieht! Wir sangen oft, besonders abends vor dem Schlafengehen, da stimmten wir, wenn wir rundherum um das Lagerfeuer sassen, all die bekannten Lieder an, die Ohr, Herz und Sinn erfreuten, Freundschaft war unser Gruss und wir waren auch Freunde.[2] [...].
>
> Ja, in Jugendgruppen lernte man den Partner richtig kennen und nicht durch Heiratsanoncen, nicht durch das beruehmte ‚Anrempeln' auf der Strasse und auch nicht am Tanzboden im Prater – Ausnahmen gibt es natürlich überall.
>
> Und dann, wenn sich zwei Menschen gefunden haben, die einander gefallen – warum sollen sie nicht immer zusammenbleiben? Weil sie erst zwanzig Jahre alt sind? Das ist kein Grund, die beiden Menschen, die die Natur und nicht das Geld zusammengefuehrt hat, auseinanderzureissen!" (OS 200/10f.).

Die Erlebnisse mit den Bergfreunden hatte zur Folge, dass im Leben von Oskar Scherzer die Schule und mit ihr die Schulkollegen in den Hintergrund traten. Darüber hinaus führten die Erfahrungen in der Gemeinschaft und den ihr innewohnenden Werten zu einer leichten Distanz zwischen Oskar Scherzer und seinen Mitschülern.

> „Ich gehörte zu den wenigen, die keinen richtigen Freund unter den Schulkollegen hatten. Mit einigen war ich zwar fast täglich, auch ausserhalb des Unterrichtes, beisammen, doch kann ich sie schwer als meine Freunde bezeichnen. Ich hatte einen Freund – der war aber nicht einer, der 12 Jahre lang die Schulbank gedrückt hatt – meinen Cousin, den Schneider Armin J. Er allein war es, dem ich manchmal meine Gedanken und Gefühle, meine Freude und mein Leid anvertraute. Ich fand ihn klüger als viele meiner Mitschueler und vor allem hatte er Charakter und Verständnis" (OS 200/23).
>
> „Ueber mich wusste niemand etwas Genaues zu sagen. Ich vertraute mich selten jemandem an. Man sah mich sehr oft in Maedchengesellschaft, man wusste, dass mich oft junge Maedchen zu Hause besuchten, doch wagte man nichts ‚Schlechtes', besser gesagt Interessantes zu denken. Oft sagten die Burschen, stille Wasser seien tief ..." (OS 200/28).

---

2 ‚Freundschaft' war der sozialistische Gruß (vgl. Bartmann S. 294).

Im Mai 1938 sollte die Maturaprüfung[3] stattfinden, womit – bei einem erfolgreichen Bestehen – die Schulzeit von Oskar Scherzer und der gesamten 8. Klasse zu Ende ging. Durch dieses bevorstehende Ereignis rückte die Schule wieder in den Mittelpunkt des Geschehens. Oskar Scherzer verfügte über eine kritische Position bezüglich der Lehrmethoden sowie der Lerninhalte. Ebenfalls beschäftigte ihn das Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler.

Bild 4: Oskar Scherzer

> „Ich frage mich immer: Lernt man Griechisch, um den Geist griechischer Kultur zu erfassen oder um am nächsten Schultag kein ‚nicht genügend' zu bekommen? Lernt man lateinische Vokabeln, um Horaz lesen zu können, oder um bei der Matura durchzukommen? Prägt man sich die Daten der französischen Revolution ein, um zu wissen, seit wann wir die Liberté, Egalité und Fraternité in Frankreich haben oder um in der Geschichtsstunde durch sein Wissen glänzen zu können?
>
> Und schliesslich, ich frage Euch, Ihr Lehrer, beinahe unter Tränen in den Augen: ‚Warum soll man vor Euch Angst haben, wenn man in die Schule geht? Warum soll man vor Euch zittern? Wir ehren Euer Alter und schätzen Euer Wissen, sollen wir Euch f ü r c h t e n ?' [...]
>
> Dürft Ihr leichtfertig einem Schüler das gefürchtete ‚Nichtgenügend' geben, weil er nicht wusste, wann Gustav Freytag gestorben ist? Er hat diese Jahreszahl nicht gelernt, da er die ganze Nacht hindurch – nicht gebummelt – sondern ‚Soll und Haben' gelesen hat. Dürft Ihr am Konferenztisch sagen, X.Y. bringt nicht das geringste Interesse für die Psychologie auf, weil er nicht fliessend die Muskel aufzählen konnte, die das Auge bewegen, die Werke Freuds aber, wie Sie wissen, nicht schlechter kennt als Sie?" [...] Warum bemühen Sie sich nicht, meine Herren Professoren, ein wenig Einblick zu nehmen in die Seele Ihrer Zöglinge? Wäre es nicht gut, wenn Sie der Sache nach-

3 Abitur in Österreich.

> gingen, warum der eine oder der andere ‚faul' ist. Vielleicht hat dieser unvorbereitete Schüler eine kranke Mutter zu Hause, doch traut er sich nicht, das zu sagen, da man ihm die dumme Ausrede nicht glauben würde" (OS 200/22, H. i. O.).
>
> „Ein schlechter Mensch kann weder ein guter Arzt, noch ein guter Lehrer sein – er sollte Politiker werden in einem faszistischen Staate.
>
> Wenn Ihr uns erziehen wollt dann fanget zuerst bei Euch an. Behandelt uns Schüler nicht wie Eure Sklaven, sondern wie freie Menschen, die in die Schule kommen, um etwas fürs Leben zu lernen" (OS 200/22f.).

Der Klassenverband bestand aus 30 Schülern, die meisten waren 18 Jahre alt, einige älter. „Der grösste Teil meiner Schulkollegen stammte aus ziemlich unbemittelten Familien, deren Väter gewöhnliche Arbeiter oder kleine Kaufleute waren. Von den 30 zahlten nur 3 das volle Schulgeld" (OS 200/21). Auch wenn es verschiedene politische Orientierungen unter den Schülern gab, trübte dies nicht die Atmosphäre der Klassengemeinschaft.

> „Mit ganz wenigen Ausnahmen waren alle Burschen sehr kameradschaftlich, was ja in einer 8. Klasse eine Selbstverständlichkeit ist. Die politische Gesinnung, soweit Gymnasiasten ueberhaupt eine haben, war ganz verschieden: Von 5 bis 6 wusste man, dass sie Hitler zu ihrem Ideal gewaehlt hatten. Noch weniger, Soehne von Arbeitern, bekannten sich zum Kommunismus; auch Schuschnigg zaehlte in der 8. Klasse des Bundesgymnasiums Wien 2. Zirkusgasse 48 zwei Anhaenger. Von den Juden fuerchteten drei Stalin mehr als Hitler. Drei waren zionistisch taetig. Am linken Flügel klebten nur zwei von den 13 Juden. Alle übrigen Schueler hatten keine Ahnung von Politik und beschaeftigten sich auch nicht damit.
>
> Wie aber auch die Einstellung war – es gab wegen Rasse, Religion oder politischer Anschauung keine Streitigkeiten und es wurden keine Unterschiede gemacht. Wenn ich von ‚Rasse' gesprochen habe, so ist das Anachronismus, denn bis zu Hitlers Einmarsch existierte bei uns der Begriff ‚Rasse' nicht" (OS 200/28).

Kurz vor der Annexion Österreichs trat eine Veränderung in dem Klassenverband ein. Die politischen Ereignisse zwischen Deutschland und Österreich nahmen Einfluss auf den Schulalltag. Nach dem Treffen von Schuschnigg und Hitler in Berchtesgaden[4] am 12. Februar 1938 gaben sich 12 Mit-

4 Vgl. Bartmann S. 334.

schüler des Klassenverbandes als Nazis zu erkennen. In den folgenden Wochen war eine verstärkte Aktivität der nationalsozialistischen Schüler zu bemerken.

> „Anfang Maerz begann für uns Juden die Taetigkeit der Nazi unangenehm zu werden: Es wurden Karikaturen auf die Tafel gezeichnet, Nazilieder wurden in den Pausen laut gesungen, allerdings hueteten sie sich, antisemitische Gesaenge anzustimmen. Trotzdem Schuschnigg noch am Ruder war, erlaubten sie sich sogar w a e h r e n d der Geschichtsstunde, w a e h r e n d des Vortrages des Professors Dr. Fr., der getaufter Jude war, ihre Lieder zu singen. Der eingeschuechterte Lehrer wagte anfangs nicht sich beim Direktor Dr. Batha, der Nationalsozialist war, zu beschweren. Schliesslich blieb ihm doch nichts anderes uebrig. Der Direktor kam in die Klasse und bat die Schueler in sanften Toenen, die Gesaenge waehrend der Stunde einstellen zu wollen, da man i h m dadurch Unannehmlichkeiten bereiten koennte“ (OS 200/30, H. i. O.).

Kurz vor dem Einmarsch der deutschen Truppen trat insgesamt in Wien eine Phase der Entspannung ein. Oskar Scherzer konnte diesen Stimmungswandel nicht teilen, insbesondere deshalb nicht, weil er jeglichen Ansatz von Sorglosigkeit als eine Unterschätzung Hitlers auffasste.

> „Man schimpfte mich einen dummen Pessimisten als ich an der Freude nicht Anteil nehmen wollte, oder besser gesagt: nicht Anteil nehmen konnte, die sich in so manches Herz eines wahren Sozialdemokraten eingeschlichen hatte, als er seine ‚Drei Pfeile‘[5] an den Rock oder Mantel stecken durfte. Wenn ich auch mit frohem Auge dieses Zeichen der Freiheit bei den von Kakran marschierenden Arbeitern sah und gern den Freundschaftsgruss den Vorbeiziehenden zurief, so war ich doch der festen Ueberzeugung, dass es das letzte Aufflackern einer Flamme war, die ausloeschen musste. Die vielen Rechte, die man dem Arbeiter ganz ploetzlich in den letzten Tagen vor der Besetzung Oesterreichs durch Hitler zugestand, die freie Sprache der Zeitungen, das alles schien mir so, wie wenn man den Einsturz eines Hauses dadurch verhindern wolle, indem man das Gebaeude neu

5 Das Kampfsymbol ‚Drei Pfeile‘ geht auf den russischen Sozialdemokraten und Psychologieprofessor Sergej Tschachotin zurück, der es 1932 als Symbol gegen den immer stärker auftretenden Nationalsozialismus in Deutschland vorschlug. Die drei Pfeile stehen für den Kampf gegen Kapitalismus, Faschismus und Reaktion und wurden von der österreichischen Sozialdemokratie ab dem Sommer 1932 als sozialistisches Kampfabzeichen getragen (vgl. Exenberger 1993).

> anstreicht, das alte, morsche Gebaelk aber unveraendert laesst“ (OS 200/13).

Der weitere Verlauf der Ereignisse bestätigte die Befürchtungen Oskar Scherzers. Das Ende der Republik Österreichs erlebte er wie folgt:

> „An jenem Freitag Abend [11. März 1938] unterrichtete ich gerade meinen Schueler Herbert. [...] Gegen 6 Uhr abends kam die Mutter Herberts ins Zimmer, mit blassen Gesicht und erzaehlte, dass die Wahl verschoben waere. Das kann nur ein schlechtes Zeichen sein, dachte ich mir, packte meine Buecher und rannte, so schnelle ich konnte nach Hause. Bei der Nepomukkirche musste ich stehenbleiben: Hunderte von Menschen zogen demonstrierend durch die Strasse. Vorne die Vaterlaendischen[6], rueckwaerts junge Naziluemmel, die hie und da verpruegelt wurden. Die Polizei schritt wenig ein. [...]
>
> Mit aengstlichen Gesicht oeffnete meine Mutter die Tuer: Ob ich auch davon gehoert haette, dass die Wahl verschoben waere? Ein bekanntes Fraeulein ging in das Parteilokal der ‚Vaterlaendischen Front‘, das sich in unserem Haus befand. Doch niemand wusste etwas von der verschobenen Wahl.
>
> So waren wir nun etwas beruhigt, doch bei weitem nicht so, dass wir haetten nachtmahlen koennen. Das Radio spielte eine Musik, die die Nerven keineswegs beruhigen konnte. Der Ansager wiederholte nun die Meldung, dass die Wahl verschoben wird und verkuendete nach einer kurzen Pause, dass in einigen Minuten eine wichtige Regierungserklaerung erfolgen werde.
>
> Schuschnigg sprach zum letzten Mal an das oesterreichische Volk. Seine Wort gingen jedem zu Herzen, auch wenn man nicht sein Anhaenger war. Nach seinem ‚Gott beschuetze Oesterreich‘ brachte die traurig gespielte oesterreichische Hymne die Augen zum Weinen.
>
> Als nach vielleicht einer Stunde Seiss-Inquart den ‚allfaelligen Einmarsch der deutschen Truppen‘ meldete, wussten wir, wieviel es geschlagen hatte. Meine Mutter brach in Traenen aus. Mein Vater und ich versuchten sie zu troesten, obwohl uns selbst das Herz so schwer war. W i r kannten Hitlerdeutschland genug“ (OS 200/13ff., H. i. O.).

***

6 Vgl. Bartmann, S. 327.

Kurz vor der Maturaprüfung (8. Juni 1938) wurde Oskar Scherzers Vater verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau verschleppt. Trotz der psychisch belastenden Situation bestand Oscar Scherzer die Matura. Anschließend – am 24. August 1938 – flüchtete Oskar Scherzer mit einem 14 Tage gültigen Touristenvisum nach Paris, wo er sich nahezu ein Jahr und somit die meiste Zeit illegal aufhielt. Seine Mutter und seine Schwester konnten in der Zwischenzeit nach New York emigrieren. Sein Vater wurde aus dem KZ Buchenwald, wohin er von Dachau aus transportiert worden war, entlassen und folgte Frau und Tochter. Am 21. Juli 1939 – fünf Wochen vor Beginn des Krieges – erreichte Oskar Scherzer mit dem Schiff New York. Die Familie war wieder beisammen. Nach 1945 erfuhr Oskar Scherzer, dass viele Mitglieder der großen Familie durch die Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten umgekommen waren.

Nach seiner Ankunft in New York begann er als Tellerwäscher zu arbeiten. Anschließend konnte er mit finanzieller Unterstützung des ‚Council of Jewish Women' am ‚Standard Watchmaker Institute' eine Ausbildung zum Uhrmacher absolvieren. Nebenbei arbeitete er in einem Kiosk als Zeitungsverkäufer.

Seine erste Stelle fand er 1942 bei ‚Savoy Watch', einer Schweizer Uhrenfirma. In diesem Unternehmen blieb er 18 Jahre; ab 1944 übte er die Position des Geschäftsführers aus. In demselben Jahr heiratete er die in New York geborene Estelle Ziperman. Im Mai 1949 kam ihre Tochter Diane Joyce auf die Welt, im Februar 1954 wurde die Tochter Suzanne Ruth geboren.

Ab 1949 studierte Oscar Scherzer – parallel zu seiner Arbeit – an der New Yorker Universität Banking and Finance. 1957 konnte er sein Abendstudium mit Auszeichnung beenden. Aufgrund dieser Ausbildung konnte er 1960 zu einer anderen Schweizer Firma wechseln, der ‚Zodiac Watch & Co', wo er im Jahre 1970 Vizepräsident wurde. 1977 geriet die Firma in große finanzielle Schwierigkeiten, und Oscar Scherzer musste sich mit 57 Jahren nach einer anderen adäquaten Arbeit umsehen. In dem gleichen Jahr starben seine Eltern.

Er fand Arbeit bei ‚Seiko Watch & CO' und konnte vom Credit and Collection Manager zum Direktor des Finance Department aufsteigen. 1994 wurde er pensioniert.

Oscar Scherzer lebt mit seiner Frau Estelle in Croton on Hudson im Bundesstaat New York.

Walter Sussmann

„Zum ersten Mal wurde mir richtig bewußt, daß ich Jude war, und daß diese Tatsache für manche Leute einen Unterschied machte“

Walter Sussmann wurde in den letzten Monaten des Ersten Weltkrieges in Wien geboren. Der Familie ging es in den ersten Nachkriegsjahren sehr schlecht, die Eltern konnten ihr Kind kaum ernähren.

> „Mein Vater [...] hatte beträchtliche Schwierigkeiten, Milch und andere Nahrung für mich zu besorgen, die für ein Kleinkind doch so wichtig ist. Es herrschte Elend und Hunger in Wien in diesen Tagen, aber sogar die verrückten Jahre der Inflation gingen vorüber, und Recht und Ordnung kehrten in der Regierung und der Währung ein“ (WS 231/1).

Anfang der zwanziger Jahre normalisierte sich die Situation. Sein Vater führte eine eigene Firma, die Familie verbrachte ihre freie Zeit auf dem Land. Aber dort kam es zu einem Zwischenfall, der das Sicherheitsgefühl der Familie erschütterte.

> „Es gab ein Ereignis in meiner frühen Kindheit, das großen Eindruck auf mich machte. Es war einer der Vorfälle, die sich in deinen Geist einprägen und dort für dein ganzes Leben präsent bleiben. Mein Vater war im Holzhandel tätig, ihm gehörten einige Holzlager in Wien und ein Sägewerk in den Bergen Niederösterreichs, etwa drei Stunden von Wien entfernt. In der Nähe dieses Sägewerks [...] besaß er außerdem einen Bauernhof, auf dem unsere Familie die Sommer verbrachte, bis zu diesem schicksalhaften Sommer im Jahre 1922, als ich vier Jahre alt war. Das Sägewerk meines Vaters und der Hof waren die einzigen jüdischen Güter im ganzen Tal. (Antisemitismus war immer mehr oder weniger vorhanden in Österreich). An einem Sonntag nachmittag, als sich etwa zehn Gäste in unserem Haus aufhielten, brach plötzlich ein Feuer im Sägewerk aus, das sich schnell ausbreitete und schon nach kurzer Zeit auch das Bauernhaus erreichte. Wir konnten

> alle in den letzten Sekunden entkommen, und das Dach stürzte ein, zwei Minuten, nachdem die letzte Person das Haus verlassen hatte. Das Sägewerk und das Bauernhaus brannten bis auf die Grundmauern ab und damit auch der größte Teil des Familienbesitzes. Zwei Wochen später fand die Polizei den Mann, der das Feuer gelegt hatte. Er gab alles zu und bekam zwei Jahre Gefängnisstrafe von einem milden Richter und unter einem milden Gesetz. Wir hingegen zogen es vor, diese Gegend zu verlassen“ (WS 231/1f.).

Die Familie lebte fortan ständig in Wien, wo Walter Sussmann im Alter von sechs Jahren eingeschult wurde. Aufgrund seiner guten Leistungen wechselte er auf das Gymnasium, wo er seine Schulzeit sehr genoss. Seine Mitschüler schätzten ihn, und seine Wahl zum Klassensprecher erfüllte ihn mit Stolz. Die Familie Sussmann praktizierte ihre jüdische Religion nicht, für Walter hatte sie so wenig Bedeutung, dass er kaum Kontakt zu anderen Juden hatte und seine jüdische Herkunft für ihn unwichtig war.

> „In diesen jungen Jahren war mir überhaupt nicht bewußt, daß ich Jude war, und daß es Unterschiede zwischen mir und meinen christlichen Freunden geben könnte. Tatsächlich war ich so unschuldig in meiner Unwissenheit, daß ich vor meinem sechzehnten Geburtstag nicht einen einzigen jüdischen Freund hatte und meine ganze Zeit mit meinen nicht-jüdischen Freunden verbrachte, mit denen ich großartig auskam. Wir schlossen uns zu einer Bande zusammen, und ich war der Anführer. [...] Jeden Nachmittag spielten wir Fußball [...], die Jungen kamen zu mir nach Hause, ich ging zu ihnen; wir machten überall Krach und Unordnung, und wir waren ein ‚unmöglicher Haufen von Lausbuben‘, wie der Vater einer der Jungen einmal sagte, nachdem wir ein Fenster in seinem Eßzimmer zerbrochen hatten“ (WS 231/2).

Seine Freunde betrachteten ihn als gern gesehenen Spielkameraden, der sich von ihnen nicht unterschied.

> „Ein anderer Grund für mein gutes Auskommen mit den nicht-jüdischen Jungen mag gewesen sein, daß niemand mich für einen Juden hielt – wegen meines nicht-jüdischen Aussehens. Ich war groß und hatte hellblondes Haar und sprach den Wiener Dialekt so gut wie jeder andere Junge. Übrigens erwies sich die Tatsache, daß ich ‚arisch‘ aussah, als große Hilfe für mich in verschiedenen Situationen, später, in den dunklen Tagen der Naziherrschaft“ (ebd.).

Schon gegen Ende der zwanziger Jahre wurden die ersten Erfolge, die Hitler in Deutschland erzielte, für Walter Sussmann auch in Österreich spürbar. Besonders die Jugend fand Gefallen an den Parolen und dem Auftreten der neuen Partei.

> „Aber im Laufe der Jahre veränderte sich die Lage allmählich. Der Aufstieg Hitlers und seiner Nazi-Partei in Deutschland hatte einen wachsenden Einfluß auch auf Österreich. Ein großer Teil der Jugend, stets leichter geneigt, radikalere Ideen zu akzeptieren, erlag dem Zauber der neuen Partei und genoß es, die neuen Jubelrufe und Parolen zu brüllen. Besonders die Jugendlichen aus dem Mittelstand, Söhne von Büroangestellten und kleinen Geschäftsleuten, wandten sich in großer Zahl den Nazis zu, während die Nazis nicht viele Anhänger unter den Arbeitern und den Jugendorganisationen der Sozialisten fanden. Bei der letzten Stadtwahl, abgehalten in Wien 1932, erreichten die Sozialisten 60 % der Stimmen, die Christlich-Soziale Partei, die Partei der Nationalregierung, 20 % und die Nationalsozialisten ebenfalls 20 % der Stimmen“ (WS 231/3).

Durch die Parolen der Nationalsozialistischen Partei Österreichs wurde Walter Sussmann immer stärker mit Antisemitismus konfrontiert.

> „Aber das Neue an den Nazis war ihr antisemitisches Programm, wie es sonst von keiner anderen österreichischen Partei ernsthaft zu dieser Zeit verfolgt wurde. Es erwies sich als wirklich Stimmen fangender Punkt, besonders weil es durch dreiste Lügen und demagogische Propaganda verbreitet wurde, die auf die niedrigsten Instinkte der Massen zielten“ (ebd.).

Da sein Wohnbezirk eine „Hochburg der Nazis“ (ebd.) war, hielten nationalsozialistische Anschauungen früh Einzug in seiner Schule. Sussmanns jüdische Herkunft brachte ihn in eine Außenseiterrolle, was er besonders deutlich spürte, als er sein Sprecheramt verlor.

> „Dieses war auch in meiner Schule zu spüren, wo eine große Anzahl von Lehrern Nazis und viele Schüler Mitglieder der Hitler-Jugend, der Jugendorganisation der Nazis, waren. Unsere Klasse erhielt einen Zustrom von älteren Jungen, die ein Jahr oder ein Semester wiederholen mußten, weil sie in ein oder zwei Fächern durchgefallen waren, und diese waren vorwiegend Nazis. Sie begannen, die jüngeren Jungen in der Klasse zu beeinflussen und überredeten sie, der Hitler-Jugend beizutreten. Ihre Zahl wuchs, und bald waren sie in der Klasse

> in der Überzahl. Ich war gewählter Klassensprecher in vier aufeinanderfolgenden Jahren gewesen, wurde 1933 aber nicht wiedergewählt. Einer der älteren Jungen, ein Führer in der Hitler-Jugend, nahm meinen Platz ein. Die Klasse hatte seit jeher eine Einheit gebildet, aber nun spaltete sie sich nach und nach in verschiedene Cliquen" (WS 231/2f.).

Dennoch hielt ein großer Teil seiner alten Freunde zu ihm. Walter Sussmann begann, das Verhalten der anderen Schüler und besonders der Lehrer zu beobachten. Er selbst war zwar bei der Wahl zum Klassensprecher benachteiligt worden, litt aber sonst kaum unter Diskriminierung. In Bezug auf einige seiner jüdischen Mitschüler machte er jedoch andere Beobachtungen.

> „Alle diese Vorfälle machten einen großen Eindruck auf mich und öffneten zum ersten Mal meine Augen für verschiedene Dinge, die ich vorher nicht wahrgenommen hatte. Zum ersten Mal wurde mir richtig bewußt, daß ich Jude war, und daß diese Tatsache für manche Leute einen Unterschied machte. Ich fand heraus, daß es mehrere Lehrer gab, die Nazis waren und die Nazi-Jungen besser, die jüdischen Schüler schlechter behandelten als den Durchschnitt. Mich jedoch betraf dieses nicht in großem Umfang, da ich immer ein guter Schüler war und, nebenbei, einer der Nazi-Lehrer mich zu mögen schien und mich einige Male zu sich nach Hause einlud. Aber einmal gab es in der Klasse dieses Lehrers vier Schüler, die in Gefahr waren durchzufallen, zwei von ihnen waren jüdisch und zwei Nazis. Er ließ die beiden jüdischen Schüler durchfallen und versetzte die Nazis, was eine klare und deutliche Bevorzugung war, da allgemein bekannt war, daß die jüdischen Jungen die besseren Schüler waren" (WS 231/4).

Stärker waren die Diskriminierungen, unter denen die jüdischen Lehrer zu leiden hatten. Sie wurden von den Schülern, die dem Nationalsozialismus anhingen, stark provoziert. Die Schüler

> „machten ständig Lärm und legten Nadeln auf ihre Stühle, nicht so sehr, weil sie Lehrer, sondern weil sie Juden waren. Und wenn diese Jungen bestraft wurden, kamen ihre Eltern in die Schule und beschwerten sich über ‚die Juden', die ihre armen Jungen ungerecht behandelten, und diese Beschwerden fanden meistens sehr bereitwillige Ohren, und die jüdischen Lehrer wurden vom Direktor verwarnt. Einer der Lehrer, Prof. T., erlitt einen Nervenzusammenbruch, nachdem er diese Behandlung zwei Jahre lang ertragen hatte, und mußte das Unterrichten aufgeben. Der andere, Prof. S., der im Weltkrieg

> gekämpft und einen Gasangriff erlebt hatte und von den Russen gefangen genommen worden war und zwei Jahre in Sibirien verbracht hatte, ein Mann von starkem Charakter und Nerven, wurde zu einer ängstlichen und eingeschüchterten Person, die Stück für Stück ihre Autorität als Lehrer einbüßte und die Fähigkeit zum Unterrichten verlor“ (WS 231/5).

Da seine Schule in einem Bezirk mit vielen Anhängern der Nationalsozialisten lag, war diese Form der Diskriminierung im direkten Umfeld von Walter Sussmann stärker ausgeprägt als andernorts. Er war erleichtert, als ab 1933 unter den Regierungen Dollfuss und Schuschnigg die Nationalsozialisten aus dem öffentlichen Leben und aus der Schule zurückgedrängt wurden. Für seine persönliche Entwicklung blieben die Erfahrungen mit Antisemitismus dennoch von großem Einfluss. Er begann, sich mit seiner jüdischen Identität auseinanderzusetzen.

> „Der Einfluß all dieser Dinge auf meine innere Entwicklung war beträchtlich. Ich wandte mich zum ersten Mal den jüdischen Jungen in meiner Klasse zu und freundete mich mit ihnen an. Ich begann mich für jüdische Kultur und Geschichte zu interessieren. Ich fing an, modernes Hebräisch zu erlernen, und interessierte mich für den Zionismus. Ich wußte, daß viele meiner Freunde eine ähnliche Veränderung zu dieser Zeit durchmachten. Dennoch trat ich keiner jüdischen Jugendorganisation bei, da ich seit meinem zwölften Geburtstag ein begeistertes Mitglied der Pfadfinderbewegung gewesen war“ (WS 231/6).

Seine Sportlichkeit und sein Ruf als guter Schüler halfen ihm, weiterhin im Klassenverband Anerkennung zu finden.

> „Die neuen Entwicklungen veränderten meinen Rang in der Klasse nicht sehr. Ich gab meine Ämter auf, wie Spielführer der Basketballmannschaft, und hielt mich an meine Freunde und an meine Studien. Meine Nazi-Klassenkameraden haben mich in Ruhe gelassen, da ich eine unbestrittene Meisterschaft errungen hatte, die Meisterschaft im Ringen“ (ebd.).

Walter Sussmann war offen für die Argumente der Nazis und ließ sich auf Diskussionen mit seinen Mitschülern ein. Die Gräben zwischen den beiden Gruppen waren noch nicht so tief, dass eine entgegengesetzte Meinung in jedem Fall den gegenseitigen Respekt beeinträchtigt hätte.

„Als ich mich jüdischen Freunden zuwandte, beendete ich meine Freundschaften mit nicht-jüdischen Freunden nicht, und ich hatte sogar einige gute Freunde unter den Nazis. Es gab besonders einen Jungen, Helmut S., mit dem ich sehr häufig gesprochen habe. Er war der geistige Kopf der Nazis in der Klasse, und es gab eine aufrichtige Freundschaft zwischen uns beiden, wir mochten und respektierten einander. Wir hatten jeden Tag den gleichen Nachhauseweg und sprachen immer über politische Fragen. Unsere Debatten hatten sich in der Regel so erhitzt, wenn wir vor meinem Haus angekommen waren, daß wir sie nicht unterbrechen wollten und normalerweise beschlossen, einmal mehr um den Block zu gehen. [...] Helmut war ein zu 100 % überzeugter Nazi und kämpfte für seine Überzeugungen mit Eifer und Beredsamkeit. Er war von bäuerlicher Abstammung und hatte etwas von der bäuerlichen Schwerfälligkeit, aber genauso viel von ihrer Hartnäckigkeit. Seine Argumente waren unkultiviert, hatten aber eine Kraft und Direktheit, der oft sehr schwer zu begegnen war. Ich hatte mehr gelesen als er, und meine Argumente waren oft scharfsinniger. Er glaubte an das Programm der Nazis wie an Glaubenssätze und sprach von Hitler wie von einem Gott. Sein Hauptargument war die Ungerechtigkeit, die Deutschland im Frieden von Versailles angetan worden war, die gerächt werden müsse. Er war ein überzeugter Antisemit. Einmal fragte ich ihn, ob er schon immer gegen die Juden gewesen war. Da erzählte er mir von dem Ereignis, das ihn zu einem Antisemiten gemacht hatte. Ein jüdischer Lehrer hatte ihm einst eine schlechte Note gegeben, unverdient, wie er behauptete, mit der Konsequenz, daß er ein halbes Jahr in der Schule verloren hatte. Seit diesem Tag glaubte er, daß alle Juden getötet oder aus Deutschland vertrieben werden sollten. Als ich ihn fragte, ob er es nicht für eine extreme Generalisierung halte, daß alle Juden schlecht seien aufgrund der Erfahrungen mit einen einzigen, antwortete er, daß das Buch des Führers ‚Mein Kampf' die Korruptheit der restlichen Juden bestätigte, und das war genug Beweis für ihn. Er fügte jedoch hinzu, daß er glaube, daß ich eine Ausnahme von der Regel sei, und daß er mich nicht vertreiben würde, wenn er etwas zu sagen hätte. Ich dankte ihm für seine gute Meinung von mir. Ich bin mir sehr sicher, daß Helmut S. mit seinem Verstand bei den Nazis weit aufsteigen wird, wenn sie in Deutschland die nächsten zehn Jahre an der Regierung bleiben" (WS 231/6f.).

Auch mit seinem nicht-jüdischen Freund Eduard hielt Walter Sussmann den Kontakt aufrecht. Eduard war ein gläubiger Katholik, der den nationalsozia-

listischen Ideen ablehnend gegenüberstand. Seine Meinung brachte ihn in den Gegensatz zu seiner Familie, die begeisterte Anhänger der Nationalsozialisten wurden. Während seiner Kindheit hatte Walter Sussmann auch mit ihnen oft zu tun gehabt. Diese Verbindung brach aber nach 1933 jäh ab.

> „Später wurde Eduards ganze Familie fanatische Nazis, aber er schloß sich ihnen nie an, sondern blieb in der Gegenposition zu seiner Familie und ihren Überzeugungen. Er hatte eine Schwester, zwei Jahre jünger als er, und ich verliebte mich in sie, als ich fünfzehn und sie dreizehn war. Es war meine erste Liebe und wir hatten eine herrliche Zeit zusammen für einige Monate. Später wurde sie ein Nazi und trat dem B.D.M. bei, und wurde eine Führerin in dieser Organisation. Das verursachte eine solche Veränderung in unseren Gefühlen füreinander, daß ich sie nicht einmal grüßte, wenn ich sie auf der Straße traf und sie ihr riesiges Hakenkreuzabzeichen trug. Aber alle politischen Veränderungen konnten nicht meine Freundschaft zu ihrem Bruder Eduard beeinträchtigen“ (WS 231/7f.).

Unter der Diktatur Schuschniggs ab 1934 kam es auch an der Schule, die Walter Sussmann besuchte, zu einer Entspannung der Lage. Nachdem die Nationalsozialistische Partei schon unter der Dollfuß-Regierung verboten worden war, sorgte auch die Betonung der österreichischen Identität dafür, dass die Juden nicht mehr so stark als Außenseiter wahrgenommen wurden.

> „Die Umstände besserten sich schon beträchtlich, nachdem die Nazi-Partei von Kanzler Dollfuss für illegal erklärt worden war. Und später unter der Diktatur Schuschniggs verschwand die Diskriminierung der Juden völlig – zumindest äußerlich. Alle sollten unter der Österreichischen Flagge geeint sein, und von jedem wurde bei besonderen Anlässen verlangt, das rot-weiß-rote Band zu tragen, das Abzeichen der ‚Vaterländischen Front‘. Diese Situation änderte sich nicht, solange ich das Gymnasium besuchte“ (WS 231/5).

Im Juli 1936 beendete Walter Sussmann seine Schulzeit mit dem Abitur.

***

Nach dem Abitur bewarb sich Walter Sussmann erfolgreich um die Aufnahme an die Wiener Konsularakademie[1] für Politik und Ökonomie und

1 Diese Schule war 1753 von Kaiserin Maria Theresia als ‚Akademie der Orientalischen Sprachen‘ gegründet worden und diente der Vorbereitung auf den diplomatischen Staats-

schrieb sich zudem zum Wintersemester 1936/37 für Jura an der Universität Wien ein. Sein Hauptaugenmerk legte er auf die Absolvierung der diplomatischen Ausbildung, die Universität besuchte er fast ausschließlich zum Ablegen der Prüfungen. Im August 1937 leistete er den vierwöchigen Militärdienst, der allen Studenten vor dem Abschluss ihres Studiums per Erlass vorgeschrieben war, in einem Ausbildungslager in Velden ab. Anfang 1938 bestand er sein Erstes Staatsexamen in Rechtswissenschaft. Der ‚Anschluss' Österreichs an das Deutsche Reich brachte große Veränderungen für die Juden Wiens. Die ersten jüdischen Geschäfte wurden geplündert und Gegner des neuen Regimes verhaftet. Am 14. März besuchte Hitler Wien. Obwohl den Juden nahegelegt worden war, zu Hause zu bleiben, schlich sich Walter Sussmann unter die Zuschauer. Im Laufe der nächsten zwei Wochen kam es zu zahlreichen Durchsuchungen jüdischer Wohnungen, wovon auch die Familie Sussmann betroffen war. Ein SA-Mann durchwühlte sämtliche Schränke und nahm Schmuck und Geld mit. Außerdem zog er den Pass des Vaters ein, der nicht mehr zurückgegeben wurde. Neben diesen Willkürhandlungen kam es in Wien zu öffentlichen Demütigungen von Juden. Walter Sussmann entkam einer solchen Zurschaustellung nur knapp, als er sich zu einer Verabredung mit Freunden verspätete und vom Hausmädchen rechtzeitig gewarnt wurde. Im Zuge der Arisierungswelle erhielt ein ehemaliger Mitarbeiter des väterlichen Betriebes großen Rückhalt von Seiten der Partei, als er die Firma zu ruinieren begann und schließlich für wenig Geld übernehmen wollte. Da Sussmanns Vater jedoch einem Verkauf nicht zustimmte, kam es zu einer erneuten Hausdurchsuchung, bei der die Wohnung nach verdächtigen Büchern und Schriften durchforstet wurde. Walter Sussmann bereitete sich in dieser Zeit auf die Abschlussprüfung an der Konsularakademie vor, die er zu bestehen hoffte, bevor der Besuch dieser Schule für Juden verboten würde. Doch nach der Hälfte der Prüfungen wurden er und sein Vater verhaftet und in verschiedene Gefängnisse gebracht. Walter Sussmann musste im stark überbelegten Gefängnis „Rossauerlaende" (WS 231/30) seine sogenannte Schutzhaft absitzen, ohne den Grund seiner Verhaftung zu erfahren. Im Gefängnis lernte er viele interessante Personen kennen. Darunter waren zahlreiche jüdische Geschäftsleute, die sich ebenso wie sein Vater weigerten, ihre Geschäfte zu verkaufen. Nach sieben Wochen wurde er zur

---

dienst. Später wurde sie in ‚Konsularakademie' umbenannt, bevor sie kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Österreich von diesen aufgelöst wurde. 1962 wurde die ‚Diplomatische Akademie' als Nachfolgerin eröffnet.

ersten Anhörung abgeholt. Hier traf er seinen Vater wieder, der wie alle anderen unterschreiben musste, dass er innerhalb einer Frist von wenigen Wochen auswandern würde. Kurz nach dieser Anhörung wurden beide aus der Haft entlassen. Da man ihm seinen Pass abgenommen hatte, war Walter Sussmann fast bis zum Ablauf der Frist damit beschäftigt, die nötigen Papiere für die Ausreise zu besorgen. Anfang September verließ er als erstes Mitglied seiner Familie Wien, während sein Vater noch auf ein Visum warten musste. Über Deutschland und Belgien erreichte er London, wo er für sieben Monate blieb. Seinen Eltern gelang es erst nach der Reichspogromnacht, ihrem Sohn nach England zu folgen. Dort blieben sie, während Walter Sussmann ein Visum in die USA bekam. Von März 1939 an lebte er in Syracuse im Staate New York, danach bekam er ein Stipendium an der Universität von Louisville, wo er sein wirtschaftswissenschaftliches Studium fortsetzte.

Robert B. Lawrence

„Ich erklärte ihm unumwunden, dass ich zwar meiner Religion nach Jude sei, mich aber bisher immer für einen ebensoguten Österreicher gehalten habe wie jeden anderen“

Robert B. Lawrence wurde 1911 in Wien geboren. Sein Vater war Offizier in der österreichisch-ungarischen Armee, und die Familie gehörte zur „guten Gesellschaft“ (RL 129/1). Er wurde „in der jüdischen Religion erzogen“ (ebd.), obwohl die Familie die Glaubensregeln nicht orthodox befolgte und beispielsweise Schweinefleisch aß und deutsch betete. Dass er sich „durch irgend etwas von andern Kindern unterschiede“ (RL 129/2), merkte Robert Lawrence schon in den ersten Kriegsjahren, als er, wie viele andere Kinder auch, an Scharlach erkrankte und ins Spital musste. Er kam in ein katholisches Klosterkrankenhaus. Da er „an den religiösen Übungen keinen Anteil nehmen durfte“ (ebd.), begannen die Kinder ihn zu hänseln und Spottlieder auf ihn zu singen. Er konnte auf diese Angriffe krankheitsbedingt kaum reagieren, aber einige Kinder ergriffen für ihn Partei, und auf diese Weise wurde er doch noch in die Gemeinschaft aufgenommen. Keinen Zugang fand er allerdings zu einem deutschen Turnverein, in den seine Mutter ihn einschreiben lassen wollte. Hier konnten nur christliche Kinder Mitglied werden.

Das letzte Kriegsjahr erlebte er ab 1917 hautnah mit, nachdem sein Vater ihn, seine Mutter und den kleinen Bruder zu sich in die „Etappe“ (ebd.), die Versorgungslinie einige Kilometer hinter der Front, geholt hatte. Der Grund für die Versetzung zu dieser Einheit waren mehrere Verletzungen, die der Vater an der Front erlitten hatte. Robert Lawrence freundete sich mit den Offizieren an, lernte „auch reiten und schiessen“ (ebd.). Ein junger Unteroffizier, der kurz vor Kriegsende noch in Italien fiel, war in dieser Zeit sein „bester Freund“ (ebd.).

Nach dem Krieg übernahmen die Sozialdemokraten die Regierung, als Folge davon „verschwand jeder Antisemitismus aus dem öffentlichen Leben“

(RL 129/3). Lawrence war zufrieden mit den Lehrern, die er jetzt bekam. Er besuchte bis 1920 die „sogenannte öffentliche Schule“ (ebd.), die für alle Schüler verpflichtend war. Staatsbürgerliche Freiheit und Rechtsgleichheit wurden hier groß geschrieben.

> „Wir waren etwa 30 bis 35 Jungens in einer Klasse, darunter etwa vier jüdische Kinder. Ich persönlich hörte selten ein abfälliges Wort wegen meines Glaubens. Das Schulgebet, das jeden Morgen und mittags beim Verlassen der Klasse gesprochen wurde, war ein allgemeines Gebet, das sowohl christliche, wie auch jüdische Kinder mitbeteten. Die Lehrer sahen darauf, dass keine wie immer gearteten Unterschiede gemacht wurden. Die Grundsätze der allgemeinen Freiheit und Gleichheit aller vor dem Gesetz wurde uns Kindern gründlichst eingeprägt. Mit Stolz betonten unsere Lehrer: ‚Jeder von Euch, ohne Unterschied der Religion und des Vermögens kann in unserem Lande die höchste Stelle (des Präsidenten) erreichen. Massgebend ist nur die Tüchtigkeit!‘“ (ebd.).

Dennoch kam es außerhalb des Unterrichts vereinzelt zu antijüdischen Schmähungen von Seiten der christlichen Mitschüler. Diese Anfeindungen waren aber selten, und die jüdischen Jungen gingen selbstbewusst mit ihnen um.

> „Manchmal, aber sehr selten, hörte man auf der Strasse den Ruf:
>
> Jidelach, Jidelach, hepp, hepp, hepp.
>
> [...] Aber, wie gesagt, das war nicht häufig. Wir kehrten uns nicht daran. Derartige Rufe lösten höchstens manchmal aus, dass einer von den kräftigeren Jungen sich umdrehte und den Rufer gründlich verbläute. Der Durchschnitt der christlichen Kinder verkehrte mit jüdischen Spielkameraden und niemand fragte nach religiösen Unterschieden. Ich selbst hatte weit mehr christliche Freunde, als jüdische. Der Bezirk in dem meine Eltern wohnten, war wenig von Juden besiedelt und so ergab es sich, dass meine kleinen Spielfreunde meist aus christlichen Familien stammten. Ich habe mit ihnen lange Jahre treue Freundschaft gehalten und nie gab es aus religiösen Gründen irgend einen Disput zwischen uns“ (ebd.).

Das Mehrheitsverhältnis von christlichen und jüdischen Schülern änderte sich, als Lawrence die Prüfung zum humanistischen Gymnasium bestand. Auch an der neuen Schule erlebte er keinen Antisemitismus, was an der sozialdemokratischen Besetzung des Wiener Stadtschulratsamt und Landschul-

ratsamt lag. „Die Schulen wurden modernst reformiert und sowohl der Lehrplan, als auch die Verwaltung waren mustergebend – ich darf wohl sagen – für die ganze zivilisierte Welt“ (RL129/4). Darüber hinaus traf er hier aber nur noch wenige christliche Mitschüler an. Der größte Teil der Jungen war jüdischen Glaubens.

> „In unserer Schule war ein starker Überschuss an jüdischen Schülern, obwohl diese Schule keineswegs in einem Bezirk mit vorwiegend jüdischer Bevölkerung gelegen war. Es war nur einfach so, dass hauptsächlich die Kinder jüdischer Familien die ebenso lange dauernde wie kostspielige Mittelschulerziehung genossen. [...] Wie gesagt, die Mehrzahl meiner Kameraden waren jüdischen Glaubens. Das Verhältnis war besonders in meiner Klasse ausserordentlich ungewöhnlich. Bei circa 35 Schülern in der ersten Klasse waren mehr als 2/3 Juden, der Rest evangelisch und katholisch. Und von den christlichen Kindern schieden im Laufe der Jahre prozentuell mehr aus, so dass das Resultat in der achten Klasse, also bei der Matura, so war, dass von 18 Schülern sechzehn Juden waren und bloss zwei Nichtjuden“ (ebd.).

Die Ursachen für dieses ungleiche Verhältnis in der Klasse sah Lawrence in der Geschichte der Berufsverbote für Juden und in der Befürwortung einer höherwertigen und teureren Ausbildung durch viele jüdische Eltern.

> „Von jeher war besonders in Deutschland und Österreich den Bürgern jüdischer Religion (nach Hitler: Rasse) der Zutritt zu allen Berufen bis auf die sogenannten freien Berufe, wie Ärzte, Anwälte, Kaufleute – sehr erschwert. Nur wenige Juden kamen in den Staatsdienst oder in den Dienst der Gemeinden, ebenso war ihnen das Handwerk gesperrt, da die mittelalterlichen Handwerkszünfte Juden nicht aufnahmen. Eisenbahnen, Post, Telefon u. s. weiter waren immer staatlich und nahmen auch nur sehr beschränkt Juden auf. So blieb also nur der Kaufmannsstand und die intellektuellen Berufe, wie eben Doktoren, dann auch die Presse, Bankwesen, Versicherungswesen und dergleichen. Zur Fabriksarbeit und sonstigen Handarbeit gelangten sie nicht, weil eben die jüdischen Eltern alles daransetzten, ihren Kindern schwere körperliche Arbeit zu ersparen. Es ist eine Tatsache, dass Söhne von armen kleinen Hausierern studierten, eben weil die Eltern sich jeden Bissen vom Munde absparten, um ihren Kindern das Studium zu ermöglichen. [...] [Arbeiter aller Schichten] hatten Kinder; aber diese Kinder waren gezwungen, von ihrem 14. Jahre an hart zu arbeiten. Der österreichische Proletarier verdiente nicht zu schlecht,

> dennoch war es ihm nicht der Mühe wert, sich auch nur ein Viertel Liter Wein abzusparen, um seinen Kindern eine bessere Zukunft zu gönnen. Sie gingen so lange in die Schule, als es nichts kostete, das war bis zum 14ten Jahre. Dann wanderten sie in die Lehre, d. h. sie begannen ein Handwerk oder einen Fabriksberuf zu lernen und zu verdienen“ (ebd.).

Auch an seiner neuen Schule wurde auf die Gleichheit aller Schüler Wert gelegt. Niemand durfte beispielsweise seine politischen Präferenzen in das Schulleben hineintragen. Auch die Religionszugehörigkeit war unbedeutend. Innerhalb der Klassengemeinschaft gab es andere Dinge, die wichtiger waren.

> „Wir hätten aber nicht einmal gewusst, wer Juden und wer Nichtjuden waren, hätten wir nicht Religionsunterricht gehabt, so dass es sich von selbst ergab. In all meiner Mittelschulzeit hat es, soweit ich mich entsinnen kann, niemals eine Auseinandersetzung unter uns Mitschülern gegeben, wo die Religionsfrage irgend eine Rolle gespielt hätte. Wir hatten, wie alle Jungen, unsere kleinen Leidenschaften. Wir sammelten Marken und Münzen, das sogenannte Notgeld, das eine Zeitlang im Umlauf war; wir gingen eislaufen und skilaufen, radfahren. Wir bauten uns Morse Empfänger und Sender, als das Radio aufkam, sogar Detektor und Röhrenapparate. Ich hatte auch in dieser Zeit zumindest ebensoviel christliche, wie jüdische Freunde, ich verkehrte in christlichen Häusern und war dort genau so gern gesehen, wie in jüdischen“ (RL 129/4f.).

Dies sollte nicht so bleiben. Die Ideen der Nationalsozialisten fanden auch in Österreich Anhänger. Insbesondere Studentenverbindungen nahmen rassistische Denkweisen an. Das österreichische Volk zerfiel in verschiedene Lager – in Anhänger der Demokratie und ihre Gegner. Robert B. Lawrence sah in einer diffusen Unzufriedenheit mit der Politik die Hauptursache für die Erfolge der Nationalsozialisten.

> „Es gab natürlich politisch Unzufriedene, also jene Kreise, aus denen sich dann später die nationalsozialistischen Parteigänger (aus Überzeugung) rekrutierten. In kurzen Worten bestanden die aus folgenden Schichten: Der Grossteil der christlichen Studentenschaft war streng deutschnational, antisemitisch, antidemokratisch und antisozialistisch. Der Grossteil der Staatsbeamtenschaft, die einen bedeutenden Teil der Bevölkerung ausmachte, weil alle die alten Beamten der Riesen-

monarchie in den neuen Zwergstaat übernommen worden waren, war antisozialistisch meist auch antisemitisch, noch nicht deutschnational, aber immerhin zumindest österreichisch nationalistisch, jedenfalls streng gegen die Arbeiterschaft eingestellt.

Die Grosskaufmannschaft und Grossindustrie, soweit sie nicht jüdisch war, war zum grösseren Teile antisemitisch, durchwegs antisozialistisch und, soweit es die Schwerindustrie betraf auch antipazifistisch und antidemokratisch.

Die Bauern waren meist antisemitisch – aus Erziehung – antisozialistisch weil sie sich von den Priestern einreden liessen, die österreichischen Sozialdemokraten wollten die Religion abschaffen und gegen den Staat eingestellt aus Tradition. Alle Bauern waren i m m e r gegen den Staat eingestellt – ich fürchte, das ist nicht nur in Österreich so gewesen.

Diesen vier gewaltigen Gruppen standen eigentlich nur die Arbeiter der Industrien gegenüber, die mit Leib und Seele für Demokratie und Sozialismus eintraten, weil sie die grössten Vorteile, wie bessere Wohnungen, bessere Löhne, Schulbildung u.s.w. davon hatten, ferner die Kleinbürger, kleine Kaufleute, Privatbeamte, Angestellte und ferner alle Minderheiten, die Czechen, die Magyaren und die Slovenen, die doch ungefähr zusammen mit den Juden eine halbe Million Köpfe zählten.

Das war also ungefähr das politische Kräfteverhältnis, das zweifellos schon irgendwie zur Auswirkung gekommen wäre – ich meine zu Gunsten der Unzufriedenen, die weitaus mächtiger waren als die ‚Zufriedenen' – wenn sie irgendwie organisiert gewesen wären. Aber das waren sie nicht und hatten ausserdem tausend Gründe, nicht zusammenzugehen, denn die Interessen der Staatsbeamten gingen weder mit denen der Industrie, noch der Bauern konform, von den Studenten ganz zu schweigen. Letztere zählten ja als politischer Machtfaktor gar nicht, bildeten aber immerhin eine Kadettenähnliche Truppe, die mindestens die Stosskraft des Überfalls für sich hatte" (RL 129/6f., H. i. O.).

Dass diese weltanschauliche Front auch mitten durch Familien laufen konnte, erlebte Robert B. Lawrence am eigenen Leib, als er sich zum ersten Mal verliebte.

„Als wir ins Obergymnasium kamen, begannen wir mit Mädchen befreundet zu werden. Mädchenschulen luden uns zu ihren Kränzchen und Bällen ein und auch wir veranstalteten Kränzchen und luden wie-

> der die Mädchen dazu ein. Ich erinnere mich an einen Fall – ich dürfte damals sechzehn Jahre alt gewesen sein und war ein sehr langer Bursche, sah weit älter aus – wo ich mit einem sehr lieben Mädchen aus alter christlicher Familie befreundet wurde. Sie hatte zwei ältere Brüder, beides schon Universitätshörer, und wir unternahmen alle zusammen viele Bergtouren in den Alpen. Der jüngere ihrer Brüder gehörte einer deutschnationalen Studentenverbindung an und war schon damals das, was man als einen Rassenschützer bezeichnete, d. h. er huldigte dem Prinzip der arisch-deutschen Rasse und ihrer absoluten Superiorität. Er wusste nicht, was seine Schwester wusste, dass ich Jude sei und so begann er, mich in seinem Sinne zu beeinflussen. Als mir klar wurde, worauf er hinauswollte, erklärte ich ihm unumwunden, dass ich zwar meiner Religion nach Jude sei, mich aber bisher immer für einen ebensoguten Österreicher gehalten habe wie jeden anderen. Er war darüber sehr verblüfft – er glaubte es im Anfang gar nicht – dann aber erklärte er mir, er halte es nicht für wünschenswert, dass ich mit seiner Schwester weiter befreundet bleibe. Kämpferisch, wie jeder Junge, erklärte ich, ich würde mich daran nicht halten. Ich erklärte die Sache seiner Mutter. Diese war sehr entsetzt über die Taktlosigkeit ihres Sohnes und bat mich in seiner Gegenwart, weiter in ihrem Hause zu verkehren“ (RL 129/5).

Diese Einstellung der Mutter nützte nicht viel. Ende der zwanziger Jahre war die Stimmung so angeheizt, dass auch vor offener Gewalt gegen Juden nicht zurückgeschreckt wurde.

> „Als ich einmal mit meiner kleinen Freundin zu einem Schulball ging – es war Winter und sehr kalt – wurde ich beim Durchschreiten eines Parks von einer Gruppe Burschen überfallen. Ihr jüngerer Bruder war darunter. Ich setzte mich zur Wehr so gut es ging, hätte aber zweifellos fürchterliche Prügel bekommen, wenn nicht ein Polizist die Angreifer verscheucht hätte. Das war das erste Mal, wo ich meiner Religion wegen eine ‚handgreifliche‘ Auseinandersetzung hatte. Es sollte nicht das letzte bleiben. Obwohl ich genau wusste, dass das kleine Mädchen nichts dafür gekonnt hatte, ging die Freundschaft doch in die Brüche. Ich konnte nicht gut irgendwo Besuche machen, wo man mich nicht leiden konnte, wenn es auch nur ein Mitglied der Familie war, das mir feindlich gesinnt war. Ich habe von da ab nur mehr sehr selten mit Mädchen verkehrt, die nicht der jüdischen Religion angehörten. Nicht aus Furcht, sondern vielmehr aus dem unsicheren Gefühl heraus, dass ich durch meine Religion dem Mädchen Unannehmlichkeiten verursachen könnte“ (ebd.).

Obwohl er sich kaum für Politik interessierte, begann Robert B. Lawrence die Entwicklung der Nationalsozialistischen Partei zu beobachten. Viele ihrer Argumente leuchteten ihm nicht ein, ihre Symbolik verwunderte und belustigte ihn.

> „Solange ich in die Mittelschule ging [...] war ich politisch gänzlich uninteressiert. Dennoch aber fiel mir da und dort so manches auf. Das Aufkommen der Nationalsozialistischen Partei – damals noch in den Anfängen und von keinem denkenden Menschen ernst genommen – in Deutschland hatte zunächst zwar nicht die Folge, dass in Österreich auch so eine Partei gewachsen wäre. Immerhin begannen die Leute darüber zu sprechen. Man konnte da und dort schon das Hakenkreuz sehen. Zunächst war die ganze Sache eher lächerlich und beschränkte sich lediglich auf jene immer schon extrem nationalen Kreise, wie die Hörerschaften der Technik und der Universität. Einer meiner Mitschüler – Arier natürlich – zeigte mir noch im Gymnasium ein Abzeichen, das die Aufschrift: National sozialistisch deutsche Arbeiterpartei – Hitlerbewegung. trug. Es war in den – zur Zeit der sogenannten Weimarer Republik streng verbotenen Farben schwarz weiss rot gehalten, den Farben der Kaiserlichen deutschen Kriegsflagge, während die Farben der Republik schwarz rot und gold waren, freiheitlich und national zugleich, denn sie verkörperten die Tradition der Napoleonischen Freiheitskriege und die Kämpfe der Revolution des Jahres 1848. Vom Hakenkreuz hatte ich bis dahin sehr wenig mehr gewusst, als dass es ein altindisches Zeichen für den Feuergott sei. Das Emblem selbst kam, wie wir gelernt hatten, in den verschiedensten Kulturkreisen vor, auch die Inkas, bzw. Azteken verwendeten es, ferner die Perser, schliesslich aber soll es auch in althetitischen und semitischen Bauwerken vorkommen. Nun sah ich es als das Symbol des Rassenantisemitismus, den ich aus eigener Erfahrung verlachen musste“ (RL 129/5f.).

In seiner Schule fassten Rassismus und Antisemitismus kaum Fuß. Ebensowenig wie die jüdischen Schüler waren die christlichen von der neuen Rassenlehre überzeugt. Sie fanden in ihren Reihen sogar eindeutige Gegenbeispiele.

> „Wir hatten ein später dann auch besprochenes Beispiel für die Unsinnigkeit der Rassenhypothese in unserer Klasse. Einer meiner jüdischen Mitschüler – ein Junge, der noch dazu aus Polen stammte, wo eine Mischung mit der christlichen Bevölkerung undenkbar ist – zeigte ganz die Zeichen der sogenannten arischen Rasse. Er hatte

> weissblondes Haar, lichte Gesichtfarbe, hellblaue Augen, eine kräftige, hohe Gestalt, während der einzige Vollblutarier (die anderen christlichen Mitschüler hatten alle einen mehr oder minder hohen Prozentsatz jüdisches Blut) ein kleiner, schwarzhaariger Junge mit typisch ‚jüdischen' Gesichtszügen war. Dieser Junge selbst lachte darüber und führte sich und den grossen, blonden Juden stets als Beispiel für die Unhaltbarkeit eines Rassenprinzips an" (RL 129/6).

Auch die Lehrer ließen keinerlei Parteinahme für oder gegen jüdische Schüler erkennen. Christliche wie jüdische Lehrer waren gleichermaßen um gerechte Behandlung und Beurteilung bemüht.

> „Unter unseren Lehrern – wir hatten in den meisten Klassen sechs bis sieben verschiedene Professoren – waren meist etwa zwei bis drei jüdische Lehrer. Ich persönlich muss ausdrücklich erklären, dass ich niemals weder eine Bevorzugung der jüdischen Schüler durch jüdische Lehrer, noch eine Zurücksetzung der ersteren durch christliche Lehrer beobachten konnte. Im letzteren Falle eher noch das Gegenteil. Unsere christlichen Lehrer, mögen sie im Herzen vielleicht nicht alle judenfreundlich gewesen sein, äusserlich merkte man ihnen bestimmt nicht das Geringste an. Sie waren von absoluter Parteilosigkeit bei allen Beschlüssen und Handlungen" (ebd.).

Durch seine gute schulische Integration drangen Robert B. Lawrence trotz einiger antisemitischer Erlebnisse die „Fragen der Religion und Rasse" (ebd.) kaum ins Bewusstsein.

> „Alle diese Probleme lagen so fern von uns, dass wir nicht die geringste Veranlassung sahen, sie in unseren Interessenbereich zu ziehen. [...] Es ging dies so weit, dass wir zur Feier unserer Abgangsprüfung von der Mittelschule, der Matura, ein Lokal wählten, das [...] als deutschnationales Restaurant und Hotel bekannt war. Es war das ‚Deutsche Haus' in Wien, schon zu dieser Zeit ein Nazitreffpunkt" (ebd.).

Nach Beendigung der Schulzeit schrieb Robert B. Lawrence sich 1929 an der Wiener Universität ein, um Jura zu studieren.

***

Während des Jura-Studiums in Wien reiste Robert B. Lawrence im Frühjahr 1932 nach Berlin und beobachtete die politischen Auseinandersetzungen der

Linken und der Rechten in Deutschland. Nach der Rückkehr legte er seine erste Staatsprüfung ab; anschließend arbeitete er neben dem weiteren Studium in einer Obstkonservenfabrik, um Erfahrungen über die österreichische Arbeiterklasse zu sammeln. Politisch betätigte er sich nicht, beobachtete aber die Entwicklung der nationalsozialistischen Partei in Österreich. Im Frühjahr und Sommer 1933 bestand er die nächsten Staatsprüfungen, Anfang 1934 seine Doktorprüfung. Im Rechtsbüro einer großen Versicherungsgesellschaft nahm er eine gut bezahlte, verantwortungsvolle Stellung an, weil er als Jude im Staatsdienst keine Aussichten hatte. Daneben gründete er eine kleine Papierfabrik, die er bis zur Machtergreifung Hitlers in Österreich führte; er arbeitete auch im Rechtsbüro einer großen Papierfabrik. Geschäftsreisen führten ihn wieder nach Deutschland. Am 12. März 1938, dem Tag des Einmarsches der deutschen Truppen in Österreich, wurde sein Auto wie die Wagen aller Juden konfisziert. Er verkaufte sofort sein Geschäft für den zehnten Teil des Wertes, beantragte beim amerikanischen Konsulat ein Visum für die USA in der Hoffnung auf ein Affidavit[1] durch seinen Onkel und kümmerte sich um alle notwendigen Papiere zur Ausreise. Er beobachtete die Verfolgung und Demütigung der Juden in Wien; viele Bekannte und Freunde waren betroffen. Er wurde am 4. Juni 1938 in seiner Wohnung verhaftet, Ende Juni nachts wieder entlassen; er hatte seine Ausreisepläne zu Protokoll gegeben und erhielt zwei Monate Zeit bis zur Auswanderung. Täglich musste er sich beim zuständigen Polizeikommissariat melden. Seine Ausreisefrist lief am 25. August ab, ohne dass sein Affidavit eingetroffen war. Er erreichte eine Verlängerung der Frist bis zum 1. November. Seine Wohnung wurde konfisziert; seine Möbel verkaufte er weit unter Wert und mietete mit seiner Frau ein Zimmer bei einer jüdischen Familie. Er besuchte einen Kurs für Photographie, den die Wiener Israelitische Kultusgemeinde unter vielen anderen Kursen für Auswanderer angeboten hatte. Um sich zu beschäftigen, gab er Englischunterricht. Das Novemberpogrom erlebte er noch in Wien. Bis zum 3. Februar lebte er zurückgezogen in der Stadt – alle seine Freunde waren schon im Ausland oder inhaftiert –, dann reiste er über die Schweiz und Frankreich mit seiner Frau in die USA.

---

1 In den USA ist das Affidavit „die Bürgschaftserklärung zur Übernahme des Unterhalts für einen Einwanderer“ (Brockhaus-Enzyklopädie, Bd. 1 1986, S. 168).

Rose Marie Papanek

„Aber in den ersten Jahren der jungen oesterreichischen Republik fanden wir uns alle in unserer Liebe fuer dieses kleine ‚befreite' Vaterland"

Rose Marie Papanek wurde 1904 in Wien geboren. Ihre Familie war „seit Jahrhunderten in Oesterreich ansaessig, alle ihre Traditionen und Erinnerungen waren an dieses Heimatland gebunden" (RMP 175/1). Die Familie ihres Vaters war groß und lebte in einer tschechischen Gegend. Der Großvater war Wildhändler. Die Familie war nicht wohlhabend. Sie verzehrte zum Beispiel auch das Wild, das der Großvater nicht verkaufen konnte, obwohl das gegen die jüdischen Speisegesetze verstieß. Auch im Haushalt ihrer Eltern spielten jüdische Religionsvorschriften kaum eine Rolle.

> „Ich bin auch Juedin, aber was das heisst und bedeutet, davon habe ich in meiner Kindheit und Jugend sehr wenig gewusst. Man gehoerte dem juedischen Religionsverband an, weil die Vaeter und Grossvaeter Juden gewesen waren, im uebrigen aber lebte man genau so wie die anderen oesterreichischen Buerger, die katholisch oder protestantisch waren" (ebd.).

Der Vater finanzierte aus eigener Kraft seine Schulausbildung in Wien, begann dann eine kaufmännische Ausbildung und bereiste Amerika, bevor er seine Frau kennenlernte und sich mit ihr in Wien als Journalist niederließ.

Rose Marie hatte noch zwei Schwestern. Ihre Eltern waren wegen der beruflichen Tätigkeit ihres Vaters als Chefredakteur bei einer bekannten illustrierten Wochenzeitung viel außer Haus, so dass die Töchter in der Obhut der Wirtschafterin aufwuchsen. Die Familie lebte trotz des guten Einkommens des Vaters in einer relativ einfachen Wohnung. Geld wurde hauptsächlich in die Mitgift der Töchter und in häufige Reisen investiert. Auf einer dieser Reisen erfuhr die Familie vom Kriegsausbruch. Wegen seiner Tätigkeit bei einem „Propagandawerkzeug im Dienste der Kriegsbegeisterung" (RMP 175/7) erhielt der Vater im Gegensatz zu vielen anderen Verwandten keinen

Einrückungsbefehl. Die Mutter wurde Leiterin einer wohltätigen Küche. Hier traf Rose Marie erstmals auf polnische Juden, die sie insgeheim für „minderwertiger“ (RMP 175/8) hielt. Sie besuchte die von Eugenie Schwarzwald gegründete Schwarzwaldschule, wo großer Wert auf kulturelle Bildung gelegt wurde. Auch hier kam sie in Kontakt mit jüdischen Flüchtlingskindern. Da diese Schwierigkeiten hatten, sich in die „ja eigentlich recht versnobte Atmosphaere“ (ebd.) ihrer Schule einzuleben, organisierte sie aus Mitgefühl ein besonders hochwertig besetztes Konzert für einen Unterhaltungsabend, der für die neuen Mitschüler veranstaltet wurde.

Ab 1917 schlug die Stimmung im Land um. Zwar waren die älteren Bürger nach wie vor absolut kaisertreu, doch zeichnete sich deutlich die bevorstehende Niederlage ab. Die Zivilbevölkerung litt unter Hunger und Entbehrungen und musste fast alle Energie darauf verwenden, Nahrung und Brennstoff zu besorgen. Der größte Teil der Jugend sehnte das Ende des Krieges herbei. Rose Marie Papanek hörte von einem jungen Verwandten leidenschaftliche Vorträge über Pazifismus, Demokratie und Sozialismus. Der Zeit nach Kriegsende blickte sie voll Optimismus entgegen.

Wie andere Jugendliche interessierte sie sich für Politik und die neue Staatsform. In der Schule und im privaten Freundeskreis wurde eifrig über die Probleme der Nation und der unmittelbaren Umgebung debattiert.

> „Die 1918er Revolution sah mich als ueberzeugten Anhaenger. Wir bildeten eine Mittelschulverbindung, und ich wurde Obmann meiner der fuenften Klasse eines Maedchengymnasiums. Die Diskussionen ueber allgemeine Probleme nahmen kein Ende. Allabendlich kamen Burschen und Maedeln zwischen 14 und 20 Jahren zu uns, das heisst in die Wohnung unserer Eltern, heisshungrig auf etwas Essbares hoffend und dabei voll von grossen Problemen“ (RMP 175/12).

Die Familie Papanek profitierte in der Nachkriegszeit von ihren verwandtschaftlichen Verbindungen zu einem italienischen General. Als dieser Stadtkommandant von Mailand geworden war und die „italienische Mission nach Wien kam, liess er [...] durch die Soldaten alle moeglichen Nahrungsmittel schicken. Und so sassen wir jeden Abend um den Speisezimmertisch und hielten harten italienischen Schiffszwieback und suesse Kondensmilch fuer die groessten Delikatessen der Welt“ (RMP 175/13).

Die Entbehrungen setzten die Jugendlichen in politische Energie um. Das Erleben der Gemeinschaft und die Möglichkeit, sich äußern zu dürfen, glich die materielle Notlage ideell aus.

> „Wir waren Kinder, die seit Jahren nicht genug zu essen hatten und deren Kleider aus Papierstoffen bestanden. Jetzt in den Jahren 1918 und 1919 hatten wir den Ersatz fuer alle Entbehrungen gefunden, wir glaubten und schwaermten fuer ein republikanisches Oesterreich. Wir Mittelschueler gehoerten genau so drei Parteien an wie die Erwachsenen, ein Teil war christlichsozial, ein zweiter sozialdemokratisch und ein dritter kleiner grossdeutsch. Aber in den ersten Jahren der jungen oesterreichischen Republik fanden wir uns alle in unserer Liebe fuer dieses kleine ‚befreite' Vaterland" (RMP 175/13f.).

Die Erwachsenen standen dieser Begeisterung mit gemischten Gefühlen gegenüber. Die Organisation von Jugendlichen in Gruppen der Jugendbewegung war zwar schon in der Vorkriegszeit verbreitet. Neu war aber der Drang, sich auf altersgerechte Weise mit der veränderten politischen Situation auseinanderzusetzen.

> „Dabei erschreckte diese Nachkriegsjugend, die gemessen an dem, was sie durchgemacht hatte, wirklich lammfromm und brav war, die Erwachsenen ungeheuer. Wenn wir revolutionaere Lieder singend durch die Waelder zogen, auf Waldwiesen an Sonntagen Parlamentssitzungen mit viel Geschrei und Aufregung abhielten, war das eigentlich nichts anderes, als wenn Kinder heute Krieg oder Gangster spielen. Nur waren wir wirklich mit viel Ernst bei der Sache, waehrend ein anderer Teil der damaligen Jugend im Tanzen und Trinken Vergessen und Freude fand" (RMP 175/14).

Bei aller Begeisterung für die Umschwünge brachte die neue Zeit auch unangenehme Veränderungen für die Familie mit sich. Diese waren vor allem materieller Natur.

> „Ohne dass wir es gemerkt hatten, waren wir inzwischen aus wohlhabenden Leuten zu ‚Mittelstaendlern' geworden. Mein Vater hatte fast sein ganzes Vermoegen in Staatspapieren angelegt, und unser Geld, das von uns Kindern, war nach dem Tode meines Grossvaters muendelsicher beim Vormundschaftsgericht hinterlegt worden, wie es im Gesetz stand. Dort wurde es fuer Kriegsanleihe gezeichnet, was uebrig blieb, war gerade genug, um sich an Eiscreme richtig satt zu essen. Da mein Vater aber immer weiter als Chefredakteur gut ver-

> diente und an unserer Lebensfuehrung nichts geaendert wurde, kuemmerte uns das sehr wenig“ (RMP 175/14f.).

Die Familie stand finanziell vergleichsweise gut da. Dennoch blieben die Nachkriegsjahre von einem kontinuierlichen Mangel gekennzeichnet, der vor allem die Kinder traf. Deshalb fand die Familie Mittel und Wege, die Töchter zur Erholung ins Ausland fahren zu lassen.

> „Langsam kamen die Kinderhilfsaktionen in Gang, und ein Freund meines Vaters, ein Hollaender, lud uns alle drei fuer einige Zeit in sein Haus. Ich war im Jahre 1920 sechzehn Jahre alt, und eigentlich durften nur Kinder bis 14 zur Erholung nach Holland. Die aeltern wurden von den Tschechen nicht ueber die Grenze gelassen. Aber wir waren alle drei nicht gerade in der besten physischen Verfassung, und so wie uns ging es noch einer Menge anderer Maedeln und Buben. Da fanden die Hollaender, Schweden und Daenen auch dafuer einen Ausweg, sie liessen uns aeltern unter dem Titel von Jugendbegleitpersonen anfordern, und so fuhr ich im Juni 1920 wirklich nach Holland in das Land, wo man soviel von allem essen konnte, wie man wollte. Meine beiden Schwestern waren auch da, wenn auch in einer andern Stadt“ (RMP 175/14).

Die neue Republik Österreich hatte unter allen Nachfolgestaaten der Habsburger Monarchie neben Ungarn die Hauptschuld für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu übernehmen. Sie galt als Erbe der alten Monarchie mit ihrem großräumigen Herrschaftsanspruch. Von den neuen Nachbarstaaten, wie Ungarn, der Tschechoslowakei und Jugoslawien, wurde Österreich entsprechend kritisch beäugt. Dieses äußerte sich beispielsweise in einer harten Kontrolle und Zensur der Presse. Auch Rose Marie Papaneks Vater musste sich auf die veränderte Situation einstellen.

> „Natuerlich schrumpfte die Auflage unserer Zeitung nach der Aufloesung der Monarchie ungeheuer ein. Die Regierungen der neugebildeten Nationalstaaten sahen auch ausserdem haeufig das kleine Oesterreich als eigentlichen Nachfolger des grossen an und vermieden moeglichst, ihre Mitbuerger an das alte Heimatland erinnern zu lassen. Langsam, ganz langsam kehrte aber ein Teil der alten Leser doch wieder zurueck. Fuer die Pfarrer, Lehrer und Gasthausbesitzer, die deutsch sprachen und irgendwo in Siebenbuergen (Ungarn und Rumaenien), dem Sudetenland oder in Suedtirol zu Hause waren, war Wien immer der Mittelpunkt der Welt gewesen. So versuchten sie

> auch jetzt den Kontakt aufrecht zu erhalten. Nun erwies sich, was fuer ein faehiger, glaenzender Zeitungsmann mein Vater war. Dass er vor dem Krieg das Intressante Blatt gross gemacht hatte, war seinem Fingerspitzengefuehl fuer das, was den Leser intressierte, zuzuschreiben gewesen. Jetzt brauchte man etwas Neues dazu, um eine Zeitung zu fuehren, die ueber die Grenzen unseres kleinen Landes hinausgehen sollte. Man brauchte politische und diplomatische Begabung. Die neuen Staaten waren allem, was oesterreichisch hiess und deutsch gedruckt wurde, nicht wohl gesinnt. Die Zensur an Druckwerken war unglaublich streng. In Jugoslawien konfiszierte man jahrelang zum Beispiel ganz einfach jedes Druckwerk, in dem der Name des ermordeten Thronfolgers Erzherzog Ferdinand, ganz gleichgueltig in welchem Zusammenhang, vorkam. Die Tschechoslovakei liess keine Habsburgerbilder ueber ihre Grenzen, und im italienischen Suedtirol konnte das Wort Bozen zur Konfiskation einer ganzen Auflage fuehren, es musste Bolzano heissen“ (RMP 175/15f.).

Nach der Matura eroberte Rose Marie Papanek Anfang der zwanziger Jahre eine für Frauen vor dem Krieg verschlossene Domäne als Berufsfeld. Sie schrieb sich an der Hochschule für Bodenkultur ein, um Landwirtschaft und vor allem Obstbau zu studieren.

***

Rose Marie Papanek absolvierte in ihren letzten beiden Studienjahren an der Hochschule für Bodenkultur zusätzlich die Akademie für soziale Verwaltung. Mit 22 Jahren war sie ausgebildete Landwirtin und Fürsorgerin. Da die Inflation das Vermögen ihrer Familie vernichtet hatte, wollte sie bald Geld verdienen. Sie bekam Arbeit in der Fürsorgeabteilung der Gemeinde Wien, zunächst als Aushilfe in Kinderheimen, anschließend in der Tuberkulosefürsorge. Nach einer Bronchitiserkrankung verbot ihr der Arzt diese Arbeit. Einige Monate war sie zur Aushilfe Sekretärin eines Versicherungsagenten. Dann trat sie als Mitarbeiterin in die Redaktion der Zeitschrift ihres Vaters, ‚Das Interessante Blatt‘, ein und übernahm die Stelle, die vorher ihre mit 19 Jahren plötzlich verstorbene Schwester innegehabt hatte. Sie arbeitete bald selbständig als Redakteurin, und zwar im Theaterreferat. Auf privaten und dienstlichen Reisen und durch Kontakte zu Flüchtlingen lernte sie ab 1933 die Auswirkungen der Nazi- und der Sowjet-Diktatur kennen. Als für den 9. März 1938 die Abstimmung über den Anschluss an Deutschland angesetzt war, wies sie die Aufforderung ihrer Schwester, nach Holland zu kommen, zurück, weil sie fest mit einer Abweisung des Anschlusses rech-

nete; ihr Vater, inzwischen 70-jährig und Pensionär, lehnte es ab, Geld in den Niederlanden in Sicherheit zu bringen. Nach der Annexion Österreichs am 11. März verbrannte sie alle ihre Bücher und Schriften, die sich gegen Hitler richteten. Am 14. März verlor sie ihren Arbeitsplatz, ohne das ihr zustehende Geld (ca. 5 000 Mark) ausgezahlt zu bekommen. Sie verkaufte ihre gerade eingerichtete Wohnung und zog zu ihren Eltern zurück. Zufall, Glück, gute Beziehungen und eigene Klugheit bewahrten sie und ihren Verlobten, der als Verleger für antinationalistische und antifaschistische Presseorgane verantwortlich zeichnete, vor Gefangennahme und Demütigung. Zur Erleichterung der inzwischen beschlossenen Ausreise setzten sie für den 26. April 1938 ihre Hochzeit an, und trotz des Pogroms, das am 24. April begann, konnten sie heimlich in der Synagoge getraut werden. Einige Tage später erhielten sie von einem Freund der Familie das Affidavit für die USA. Zwei Monate nahmen die Reisevorbereitungen, vor allem die Beschaffung der Papiere in Anspruch. In Italien warteten sie auf die Visa; Reiselira und die Schiffahrt nach USA hatten sie noch von ihrem Geld in Österreich gekauft. Nach Monaten in Venedig, Rom, Positano und Capri bekamen sie in Neapel der Kriegsgefahr wegen schon am 20. September ihre für Oktober/ November zugesagten Visa für die USA mit der Auflage, nicht vor dem 1. Oktober überzusetzen; sie erhielten die Erlaubnis zum Grenzübertritt nach Holland und konnten sich in Rom ihre Visa für Frankreich und Belgien noch besorgen, ehe die Grenzen geschlossen wurden. Am 26. September trafen sie in Holland ein, eine Stunde bevor die Grenzen für Ausländer gesperrt wurden. Am 19. Oktober setzten sie nach England über, am 30. Oktober kamen sie in New York an.

III. Historische Rahmung

Bild 5

Ursula Blömer

Die Weimarer Republik: Politische Entwicklung, Regierungen, Parlament und Parteien

Nach dem verlorenen Krieg und den revolutionären Ereignissen im November 1918 trat am 9. November Reichskanzler Prinz Max von Baden unter dem Druck der Bevölkerung von seinem Amt zurück, Kaiser Wilhelm II. mußte abdanken. Der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann rief die ‚Deutsche Republik' aus, zwei Stunden danach proklamierte Karl Liebknecht die ‚freie sozialistische Republik Deutschland'. Friedrich Ebert, der Führer der Mehrheitssozialdemokraten, übernahm die Regierungsgeschäfte. In allen deutschen Staaten und Städten hatten sich Arbeiter- und Soldatenräte gebildet, die die Macht übernahmen; dominiert wurden sie von den Mehrheitssozialdemokraten (MSPD) und den Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD)[1].

Am 11. November 1918 wurde der Waffenstillstand von dem Zentrumspolitiker Matthias Erzberger in einem Eisenbahnwaggon im Wald von Compiègne unterzeichnet. Der Erste Weltkrieg war beendet, und das Kaiserreich existierte nicht mehr.

Die nach Frieden hungernden Menschen brachten der jungen Republik zunächst Vertrauen entgegen und übertrugen den Parteien, die sich für den neuen Staat engagierten, die Verantwortung. Doch die Hypothek, mit der die junge Republik von Anfang an belastet wurde, war schwer. Der Krieg hatte die deutsche Gesellschaft nachhaltig verändert. Einerseits verstärkten sich

1 1917 hatte sich der linke Flügel der SPD von der Partei getrennt und sich im April 1917 in Gotha in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) zusammengeschlossen. Sie verweigerte im Reichstag neue Kriegskredite und forderte die sofortige Beendigung des Krieges. Eine 1916 gebildete, dem äußersten linken Flügel der SPD angehörende Gruppe, der Spartakusbund, schloß sich 1917 der USPD an. Ihre Führer, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, gründeten am 1. Januar 1919 mit anderen Linksstehenden die KPD.

die Unterschiede und erhöhten sich die Spannungen zwischen den gesellschaftlichen Gruppierungen: Die Bevölkerung in der Stadt war durch die katastrophale Ernährungssituation gegenüber der Landbevölkerung massiv benachteiligt, ‚Kriegsgewinnler' standen ‚Kriegsverlierern' gegenüber. Gegensätze zwischen der Arbeiterschaft und den Unternehmern bzw. der Staatsbürokratie traten deutlicher hervor, ebenso jene zwischen Militärs und Zivilisten sowie der ‚Frontgeneration' und den anderen Generationen, die zu jung oder zu alt für den Kriegsdienst gewesen waren.

Andererseits wurden durch den Krieg die sozialen Gegensätze nivelliert. Die vielfachen Verlust- und Mangelerfahrungen führten zu einer Solidarisierung, die nicht zuletzt im ‚Schützengrabenmythos' zum Ausdruck kam.

Auf der politischen Ebene veränderte sich die Parteienlandschaft. Durch den vergrößerten Einfluß während der Kriegsjahre erhielten die Sozialdemokraten eine Aufwertung, auf der anderen Seite bildete sich ein eigenständiges rechtsradikales Milieu.

Besonders stark wirkte sich jedoch der durch den Krieg entstandene Zivilisationsbruch aus. Der massive Einsatz von Technik hatte eine bislang nicht gekannte Tötungsmaschinerie in Gang gesetzt, durch die Menschen massenhaft und anonym vernichtet wurden. Diese Kriegserfahrungen trugen zur Verrohung der Gesellschaft bei.

Hinzu kam die durch die unerwartete Niederlage herbeigerufene Verletzung des Selbstwertgefühls der deutschen Nation. Die Friedensbedingungen, die im Versailler Vertrag unterzeichnet wurden, lösten einen Schock in der Bevölkerung aus und verstärkten das Minderwertigkeitsgefühl.

Die Regierung mußte sich gegen Angriffe aus dem linken und rechten politischen Lager wehren. Die Revolution wurde von den Linksstehenden als nicht weitgehend genug betrachtet, sie hatten sich für die Arbeiterschaft mehr versprochen. Und auf der rechten Seite meldeten sich die alten Eliten aus der Kaiserzeit, die nach wie vor viele Positionen in den Ämtern und anderen gesellschaftlichen Organisationen besetzten. Schon kurz nach Kriegsende war aus dem militärischen Lager die ‚Dolchstoßlegende' verbreitet worden, die nicht dem Militär die Niederlage des Krieges anlastete, sondern den Krieg durch mangelnde Unterstützung, ja Gegenwehr in der Heimat als verloren begründete. Diese Voraussetzungen machten das Regieren schwer (vgl. Longerich 1995, S. 29ff.; Müller 1994, S. 213ff.; Schulze 1996, S. 158ff.; Ullmann 1995, S. 228ff.; Wehler 1994, S. 211ff.).

Von den Historikern wird die Geschichte der Weimarer Republik in drei Phasen eingeteilt:

1. Phase: 1918-1923

Diese Phase war gekennzeichnet von den Bemühungen, der jungen Republik Stabilität zu verleihen. Die Weimarer Verfassung wurde verabschiedet, die Parteienlandschaft konsolidierte sich. Durch die bürgerkriegsähnlichen Unruhen, die sowohl von den linken wie auch den rechten Gegnern der Republik provoziert wurden, war die Existenz des Staates jedoch immer wieder bedroht.[2] Eine Reihe von Politikern fiel Mordanschlägen zum Opfer.[3] Krisenpunkte in dieser Phase waren außerdem die Besetzung des Ruhrgebietes, die Inflation, der Währungszusammenbruch, die kommunistischen Aufstände in Sachsen und Thüringen und der andauernde Konflikt zwischen dem Freistaat Bayern und der Reichsregierung.

---

2 Ein Beispiel ist der bei mehreren Autoren erwähnte ‚Spartakusaufstand' in Berlin. Zwischen dem 5. und 12. Januar kam es zu den ‚Januarkämpfen'. Sie wurden ausgelöst durch die Entlassung des Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn. Bei der Demonstration am 5. Januar wurden Verlagsgebäude und Druckereien besetzt. Die Berliner Arbeiter wurden zum Generalstreik und zum Kampf gegen die Regierung aufgerufen. Der sogenannte ‚Spartakusaufstand' wird von Winkler als „führerlos", jedoch nicht als ziellos bezeichnet: „Die Parole ‚Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann' bedeutete nichts Geringeres als die Verhinderung der Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung und die Errichtung der Diktatur des Proletariats" (Winkler 2000, S. 389). Nach gescheiterten Verhandlungen wurde der Aufstand von Freikorps-Truppen unter Führung von Gustav Noske am 11./12. Januar niedergeschlagen. Zu den Opfern dieser Unruhen gehörten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Sie wurden beim Abtransport am 15. Januar im Auftrag von Hauptmann Waldemar Pabst von Offizieren ermordet.

3 Vor allem der Mord an Walter Rathenau löste eine Erschütterung in der Republik aus. Die nationalistischen Rechten sahen vorrangig in dem Außenminister den Ausführer der Erfüllungspolitik; zudem lehnten sie ihn aufgrund seiner jüdischen Herkunft ab. Rathenau wurde am 24. Juni 1922 von zwei der ‚Organisation Consul' und dem ‚Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund' angehörenden Attentätern erschossen. Die ‚Organisation Consul' war eine geheime Terrorgruppe, die von Kapitän Ehrhardt geleitet wurde. Die Mörder waren der Oberleutnant zur See a. D. Erwin Kern und der Leutnant der Reserve Hermann Fischer. Die beiden wurden am 17. Juli auf Burg Saaleck bei Kösen von der Polizei ausfindig gemacht. Kern starb bei dieser Aktion an einer Schußverletzung, Fischer beging daraufhin Selbstmord (vgl. Winkler 2000, S. 425).
Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund rief nach dem Attentat zu Demonstrationen auf, an denen auch die Mitglieder der MSPD, USPD und KPD teilnahmen. Reichskanzler Wirth sagte anläßlich einer Gedenkfeier für den ermordeten Minister am 25. Juni im Reichstag: „Da steht (nach rechts) der Feind, der sein Gift in die Wunde eines Volkes träufelt. Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: Dieser Feind steht rechts" (zit. in ebd., S. 426).

Am 10. November 1918 wurde die erste provisorische Regierung der neuen Republik gebildet: der Rat der Volksbeauftragten. Ihm gehörten Mitglieder von der MSPD und der USPD an. Der Rat der Volksbeauftragten regierte bis zum 10. Februar 1919, an diesem Tag wurden die Regierungsgeschäfte an die Nationalversammlung übergeben.

Diese Regierungszeit unterliegt ambivalenten Bewertungen, da sie sowohl von Leistungen als auch von Versäumnissen gekennzeichnet ist. Zu den Leistungen zählen u. a. die friedliche Überleitung der Macht, die Zurückführung der Truppen und Wiedereingliederung der Demobilisierten, der Abschluss des Waffenstillstandes, die Erhaltung der Einheit des Reiches, die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung, die Einführung des Achtstundentags und des Systems der Erwerbslosenunterstützung, das aktive und passive Wahlrecht für Frauen und die Vorbereitung der Verfassung. Allerdings wurden die vorhandenen Handlungsspielräume und die Machtpotentiale von den Mehrheitssozialdemokraten nicht ausgeschöpft und somit die Möglichkeit zu einigen grundlegenden Reformen vergeben. Sie arbeiteten mehr als nötig mit den alten Eliten aus der Kaiserzeit zusammen, mit den Militärs, den hochkonservativen Beamten in der Verwaltung und im Staatsapparat. Strukturen und Macht blieben in einem großen Umfang erhalten. Auch eine Änderung der bestehenden Eigentumsordnung oder eine Bodenreform wurden nicht in Angriff genommen. In erster Linie ging es Ebert und seinen Gefährten darum, die Reichseinheit sowie Ruhe und Ordnung zu erhalten und ein ‚bolschewistisches Chaos', wie es die Revolution in Rußland hervorgebracht hatte, zu vermeiden. Die Volksbeauftragten fühlten sich als „Konkursverwalter des alten Regimes"[4] und wollten der Nationalversammlung nicht vorgreifen. Winkler zieht das Resümee: „Sie fühlten sich zu einschneidenden politischen und gesellschaftlichen Veränderungen demokratisch nicht legitimiert" (Winkler 2000, S. 384; vgl. Longerich 1995, S. 81; vgl. Winkler 2000, S. 382ff.).

Die Wahlen zur Nationalversammlung fanden am 19. Januar 1919 statt. Erstmals in der deutschen Geschichte durften auch die Frauen wählen. Die bürgerlichen Parteien konnten bei den Wahlen im Januar 1919 eine Mehrheit der beiden sozialistischen Parteien verhindern, dennoch erhielten die Sozialisten die meisten Stimmen: MSPD 37,9 % und USPD 7,6 %, zusammen also

4 Friedrich Ebert in seinem Rechenschaftsbericht am 6. Februar 1919 vor der Nationalversammlung (zit. in Winkler 2000, S. 384).

45,5 %. An zweiter Stelle standen die Parteien des politischen Katholizismus, Zentrum und BVP mit 19,7 %, danach folgte die DDP mit 18,5 %. Alle diese Parteien konnten gegenüber den Wahlen von 1912, bei denen sie allerdings z. T. in anderen Formationen angetreten waren, Stimmengewinne verbuchen. Verluste gegenüber 1912 mußten die Deutschnationalen und die Rechtsliberalen hinnehmen. Erstmals waren in den Reichstag weibliche Abgeordnete gewählt worden, von den 423 Volksvertretern waren 41 (9,6 %) weiblich. Die Stimmenverteilung machte den Wählerauftrag deutlich: soziale Reformen, die innerhalb einer parlamentarischen Demokratie umgesetzt werden sollten, ohne radikale gesellschaftliche Veränderungen (vgl. Müller 1994, S. 230ff.; Schulze 1996, 164f.; Vogt 1998, 134ff.; Winkler 2000, 390ff.).

Die Parteien der Weimarer Republik sind zwei verschiedenen Lagern zuzuordnen: Die eine Seite stand fest hinter dem neuen Staat und war bereit, ihn mitzutragen und aufzubauen, während die andere Seite das parlamentarische System und die Demokratie ablehnte und bekämpfte. Dem einen Lager gehörten SPD, Zentrum und DDP an, dem anderen auf der linken Seite die USPD und KPD und auf der rechten Seite DVP und DNVP, in den 20er Jahren kam die NSDAP hinzu. Außerdem waren beiden Lagern noch eine Reihe von Splittergruppen zuzuordnen.

Die DVP entwickelte sich unter Stresemann zu einer staatstragenden Partei und gehörte späteren Regierungen an. Auch die DNVP war Mitte der 20er Jahre zeitweise an Regierungsbildungen beteiligt; ab 1928 radikalisierte sie sich jedoch unter ihrem neuen Vorsitzenden Alfred Hugenberg und wandte sich massiv gegen die Weimarer Republik.

Am 8. Februar 1919 wurde die Regierungskoalition, die sogenannte ‚Weimarer Koalition‘, aus Zentrum, SPD und DDP gebildet. Diese Parteien bzw. ihre Vorläufer hatten schon im letzten Reichstag im Kaiserreich die Mehrheit besessen, und die meisten Regierungsmitglieder waren schon im Kabinett von Max von Baden und/oder in der Regierung der Volksbeauftragten vertreten. Nachdem am 10. Februar 1919 die provisorische Verfassung von der Nationalversammlung verabschiedet worden war, wählten die Abgeordneten am 11. Februar Friedrich Ebert (SPD) zum Reichspräsidenten, der noch am gleichen Tag Philipp Scheidemann (SPD) mit der Regierungsbildung beauftragte. Am 13. Februar nahm die Regierung ihre Arbeit auf, ihr gehörten Minister der SPD, des Zentrums und der DDP an, aber auch der parteilose Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau als Außenminister. Die ‚Weimarer

Republik‘ war geboren. Die Stadt Goethes war als Ort gewählt worden, weil in Berlin Unruhen nicht ausgeschlossen werden konnten, außerdem diente sie als „gutes Symbol für die junge deutsche Republik“ (Philipp Scheidemann zit. in Winkler 2000, S. 395), und Friedrich Ebert sah es auch außenpolitisch als Vorteil an, „wenn man den Geist von Weimar mit dem Aufbau des neuen Deutschland verbindet“ (ebd.).

Die ersten Monate der jungen Republik waren von Streikbewegungen und einer zweiten Welle der Revolution begleitet. Schon Ende 1918 war es zu Streiks im Ruhrgebiet gekommen, sie griffen auf Mitteldeutschland und im Frühjahr 1919 auch auf andere Regionen wie Oberschlesien, Württemberg u. a. über. In Berlin kam es im März 1919 zu Kämpfen zwischen Streikenden und Regierungstruppen, bei diesen ‚Märzkämpfen‘ fanden mehr als 1 000 Menschen den Tod.[5] In Bayern trugen die Unruhen im Zusammenhang mit den beiden Münchner Räterepubliken zu einer Instabilisierung bei.[6]

---

5 Nachdem der Stab der Gardekavallerieschützendivision die Falschmeldung, es seien 60 Polizisten durch Spartakisten ermordet worden, herausgegeben hatte, erließ Reichswehrminister Noske den Befehl: „Jede Person, die mit Waffen in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist sofort zu erschießen“ (zit. in Longerich 1995, S. 89).

6 In München hatte sich am 7. November 1918 ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet mit Kurt Eisner (USPD) als Vorsitzendem. Bayern wurde zur Republik ausgerufen. USPD und MSPD bildeten nun eine Koalitionsregierung mit Kurt Eisner als Ministerpräsident und Erhard Auer (MSPD) als Innenminister. Bei der Landtagswahl am 12. Januar 1919 erlitt Eisners Partei eine vernichtende Niederlage. Als Eisner nach langem Zögern am 21. Februar seinen Rücktritt erklären wollte, wurde er auf dem Weg zum Parlament von Graf Arco auf Valley erschossen.
Am 17. März wählte das aus den demokratischen Wahlen hervorgegangene Parlament Johannes Hoffmann von der MSPD zum Ministerpräsidenten, entgegen den Vorstellungen der Augsburger und Münchner Räte, die für eine Räterepublik votierten. Unterstützung erhielt der Münchner Zentralrat aus Ungarn. Am 21. März 1919 hatten die dortigen Kommunisten unter Bela Kun die bürgerliche Regierung gestürzt und eine Räterepublik ausgerufen. Bela Kun rief nun die bayerischen Räte auf, dem Vorbild Ungarns zu folgen. In der Nacht vom 6. auf den 7. April wurde in München die Räterepublik proklamiert. Die Regierung Hoffmann wich nach Bamberg aus. Die Regierungstruppen versuchten erfolglos, die Räterepublik zu stürzen. Die ‚Rote Armee‘ ging als Sieger aus den Kämpfen hervor. Am 13. April übernahmen nun die bayerischen Kommunisten unter Führung von Eugen Levine in München die Macht. Ernst Toller, der dem weniger radikalen Flügel der KPD angehörte, übernahm am 27. April die Führung. Er versuchte vergeblich, Verhandlungen mit der Regierung Hoffmann aufzunehmen.
Als Racheakt auf die Ermordung von fünf Rotarmisten in Dachau wurden am 30. April in München 10 Geiseln von den Rotgardisten erschossen. Um München zu befreien, forderte Hoffmann bei Reichsminister Gustav Noske Truppen an. Daraufhin erhielten die bayerischen Freikorps militärische Unterstützung von Württembergischen Freikorps sowie von Truppen der sich neu formierenden Reichswehr. Sie rückten am 1. Mai in München ein.

Doch auch nach Beendigung dieser zweiten Phase der Revolution kam das Land nicht zur Ruhe. Am 7. Mai 1919 wurden die Friedensbedingungen von Versailles bekannt und lösten in der Bevölkerung Entsetzen aus. Weitreichende Gebietsabtretungen[7], einschließlich der Aufgabe der Kolonien, massive Beschneidungen im militärischen Bereich[8] und Reparationsleistungen, die allerdings erst später in ihrem Ausmaße deutlich wurden, waren die Bestimmungen, die die Alliierten im Friedensvertrag festlegten.

Nach der Ratifizierung des Versailler Vertrages und der Verabschiedung der Verfassung kam es im Sommer 1919 vorübergehend zu einer Beruhigung der politischen Lage. Reichsfinanzminister Matthias Erzberger konnte eine Finanzreform auf den Weg bringen. Doch sowohl von rechter als auch von linker Seite gab es Bestrebungen, die parlamentarische Demokratie zu stürzen, um entweder wieder eine Monarchie, eine nationalistische Diktatur oder eine Diktatur des Proletariats zu errichten. Auf beiden Seiten gab es Radikalisierungstendenzen. Innerhalb der KPD spaltete sich der radikale linke Flügel ab und schloß sich im Februar 1920 zur Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands zusammen, aus dem entgegengesetzten politischen Lager kam es zu einer ‚Welle von rechts', die nach Longerich „insbesondere in der protestantischen Kirche, im akademischen Bereich sowie in den Mittelschichten immer stärkere Resonanz fand" (1995, S. 103).

Die rechte Propaganda trug gezielt zur Verbreitung von zwei Legenden bei, die zu einer schweren Belastung für die junge Republik wurden. Zum einen wurde die ‚Kriegsunschuldslegende' kolportiert, mit der Rechte und Natio-

---

Dem zuvor ausgeübten ‚Roten Terror' folgte nun der ‚Weiße Terror'. Am 3. Mai 1919 war die Münchner Räterepublik niedergeworfen. Eugen Levine wurde wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und am 5. Juni hingerichtet. Ernst Toller wurde zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt (Longerich 1995, S. 90f.; Winkler 2000, S. 396f.; Large 1998, S. 118ff.).Vgl. dazu die autobiographischen Erinnerungen von Rudolf Steiner und David Kollander in diesem Band.

7 Deutschland verlor über ein Siebtel seines Gebietes und ein Zehntel seiner Bevölkerung, 15 % der landwirtschaftlichen Produktion, etwa 20 % des Bergbaus und der eisenerzeugenden Industrie und ca. 7 % der verarbeitenden Industrie (vgl. Kolb 1998, S. 31; Winkler 2000, S. 399).

8 Die Truppenstärke des Heeres wurde auf 100 000 und die der Marine auf 15 000 beschränkt; durch die Abschaffung der Wehrpflicht bestand die Reichswehr aus längerdienenden, freiwilligen Berufssoldaten, die zum Teil zuvor den Freikorpsverbänden angehört hatten. Luftwaffe, Unterseeboote, Panzer und Gaswaffen durfte Deutschland nicht mehr besitzen. Der Übergabe der Hochseeflotte kam die Marine durch die Selbstversenkung der Flotte am 21. Juni 1919 im britischen Stützpunkt Scapa Flow zuvor (vgl. Müller 1994, S. 238; Winkler 2000, S. 399).

nalisten die deutsche Kriegsschuld bestritten bzw. den Deutschen nicht mehr Schuld zuschreiben lassen wollten als den anderen Beteiligten am Krieg, zum anderen die ‚Dolchstoßlegende', die schon im letzten Kriegsjahr entstanden war und mit der behauptet wurde, daß die Armee nicht im Felde besiegt, sondern in der Heimat, so eine Formulierung von Hindenburg, „von hinten erdolcht worden [wäre]" (Winkler 2000, S. 402)[9]. Die politische Rechte bezichtigte schon bald die Parteien der Weimarer Koalition, durch die Unterzeichnung Verrat an der Nation begangen zu haben, das Wort ‚Novemberverbrecher' hielt Einzug.

Am 6. Juni 1920 wurde durch die erste Reichstagswahl nach der Revolution die Nationalversammlung aufgelöst und ein regulärer Reichstag gewählt. Dabei mußten die Parteien der Weimarer Koalition starke Verluste hinnehmen, sie büßten ihre Mehrheit ein. Es hat fortan in der Weimarer Republik keine stabilen Mehrheiten mehr gegeben. Entweder gab es homogene Minderheitsregierungen oder breite Koalitionen, in denen sich stark differierende Parteien wiederfanden. Dadurch wurde der häufige Regierungswechsel bedingt: insgesamt gab es zwischen 1919 und 1933 zwanzig Regierungsbildungen.

Die nun folgenden Jahre bis 1923 waren vor allem von den Reparationsleistungen und der Inflation belastet, wobei sich beides gegenseitig bedingte, denn eine Ursache für die Inflation waren die Kriegsfolgekosten. Die Reparationsverhandlungen zwischen den Alliierten und der Reichsregierung bestimmten überwiegend die Außenpolitik, hatten aber auch Auswirkungen auf die innenpolitischen Verhältnisse. Die Arbeiter und Angestellten hatten unter der ‚Hyperinflation' massiv zu leiden, die Lohn- und Gehaltserhöhungen konnten mit den Preissteigerungen nicht mithalten. Sowohl bei Arbeitern als auch bei Angestellten und bei den Beamten war auf allen Ebenen eine Nivellierung der Löhne und Gehälter festzustellen. Große Teile des Mittelstandes und dort vor allem die, die Sparguthaben und Wertpapiere besaßen und davon lebten, waren noch stärker betroffen und verarmten teilweise. Der soziale Friede in der Republik wurde zunehmend mehr gefährdet, zumal die Arbeitslosigkeit sehr hoch war; 28 % der Gewerkschaftsmitglieder waren Ende 1923 ohne Arbeit. Diejenigen, die Sachwerte auszuweisen hatten,

---

9 Vor dem Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung, der damit beauftragt war, die Ursachen für den Zusammenbruch Deutschlands aufzuklären, zog Hindenburg, der als Zeuge geladen war, am 18.11.1919 diese klassische Folgerung. Angeblich hatte ein ungenannter englischer General sich entsprechend geäußert (vgl. Winkler 2000, S. 402).

waren von der Inflation kaum betroffen, z. T. konnten Unternehmer ihre Betriebe sogar vorteilhaft ausbauen, und Inflationsspekulanten machten erhebliche Gewinne.[10]

Im Herbst 1923 war es immer wieder und an verschiedenen Orten zu Aufstandsbewegungen, Putschversuchen und Diktaturplänen gekommen, wobei sich drei Regionen als besonders unruhig hervortaten: Bayern, Mitteldeutschland und das Rheinland. In München kam es dann am 9. November zum ‚Hitlerputsch'. Hitler versuchte zusammen mit Erich Ludendorff, die bayerische Regierung zu stürzen und rief die ‚nationale Revolution' aus, mit der Absicht, die Macht auf das gesamte Reich auszudehnen. Beide marschierten am Morgen des 9. November an der Spitze eines Demonstrationszuges zur Feldherrnhalle, der Zug wurde von der Reichswehr und der bayerischen Polizei zusammengeschossen. Hitler und seine Mitverschwörer wurden verhaftet. Nach diesem letzten Putschversuch im Herbst 1923 trat eine Stabilisierung der innenpolitischen Situation ein.

Die nur ‚100 Tage' der Kanzlerschaft Stresemanns gelten gleichwohl als die erfolgreichste Regierungszeit der Weimarer Republik. Sie setzte ein Ende unter die ‚Katastrophenjahre' von 1914-1923. Es war gelungen, die Putschversuche sowohl von links als auch von rechts abzuwehren und die Inflation zu stoppen. Zu Stresemanns Politik schreibt Winkler: „Als Reichskanzler im Krisenherbst 1923 trug er mehr als jeder andere dazu bei, daß die Einheit des Reiches und die Staatsform der demokratischen Republik bewahrt wurden. Als Außenminister war er der Vorkämpfer einer Politik der friedlichen Verständigung mit dem Westen" (2000, S. 470). Innenpolitisch zeichnete sich eine Beruhigung ab, und außenpolitisch ergaben sich erste Anzeichen für eine Entspannung (vgl. zu Phase 1 Kolb 1998, S. 41ff.; Longerich 1995, S. 113ff.; Müller 1994, S. 238ff.; Schwabe 1998, S. 97ff.; Winkler 2000, 415ff.).

2. Phase: 1924-1929

In diesen Jahren setzte eine Erholung der Wirtschaft ein; es erfolgte eine politische Konsolidierung, wobei jedoch das instabile Verhältnis der Parteien

10 Zu den Kriegs- und Inflationsgewinnlern par excellence zählte der bei Hettie Shiller genannte Industrielle Hugo Stinnes, der in den Jahren der Inflation enorm expandierte und als rücksichtsloser und egoistischer Kapitalist beschrieben wird. 1924 soll die Zahl seiner Beteiligungen 1.664 betragen haben (vgl. Benz/Graml 1988, S. 330f.).

zueinander nicht aufgehoben werden konnte. Auf außenpolitischer Seite waren Annäherungen zu verzeichnen: Das Reparationsproblem wurde im Dawes-Plan zu Gunsten der Deutschen verändert, durch das Vertragswerk von Locarno wurde Deutschland in den Kreis der europäischen Großmächte aufgenommen, die Aussöhnung mit Frankreich nahm ihren Anfang, und Deutschland konnte dem Völkerbund beitreten.

Innerhalb des politischen Systems der Weimarer Republik gelang es nicht, stabile Mehrheiten zu erreichen. Durch die ständig wechselnden Koalitionen kam keine längerfristige Zusammenarbeit zustande, und auch die Regierungen konnten sich nicht immer der Unterstützung der an der Regierung beteiligten Koalitionsparteien sicher sein. Die drei unterschiedlichen Regierungsmodelle, die in der Weimarer Republik praktiziert wurden, hatten ihre spezifischen Schwächen: Sowohl in der Großen Koalition als auch im Bürgerblock gab es in grundlegenden Fragen immer wieder krasse Meinungsverschiedenheiten, und die Kanzler der Minderheitskabinette mußten sich von Fall zu Fall stets erneut um Mehrheiten bemühen. Dies trug nicht zur Stabilisierung des Parlamentes und zu einer breiten, langfristig gesicherten Zustimmung zum demokratischen Parlamentarismus innerhalb der Gesellschaft bei.

Die Parteien waren an dieser Entwicklung nicht unschuldig. Es fiel ihnen schwer, die ihnen in der parlamentarischen Demokratie zugedachte Rolle auszufüllen, denn sie waren noch zu sehr von der antiparlamentarischen Tradition des Kaiserreichs geprägt. „Auch ‚staatstragende' Parteien verhielten sich immer wieder so, als verlaufe die maßgebliche Trennungslinie wie einst, in der Zeit vor dem Oktober 1918, zwischen Regierung und Reichstag und nicht, wie es der Logik des parlamentarischen Systems entsprach, zwischen Regierungsmehrheit und Opposition: Die Regierung wurde oft auch dann als ‚gegnerisch' empfunden, wenn die eigene Partei maßgeblich an ihr beteiligt war" (Winkler 2000, S. 474).

Am 28. Februar 1925 starb der erste Reichspräsident der Weimarer Republik, Friedrich Ebert. Die Reichspräsidentenwahl fand am 29. März 1925 statt. Mit der Übernahme des Präsidentenamtes durch Hindenburg verbanden sowohl Republikaner als auch der altpreußische Adel und die Militärs Hoffnungen: Einige Republikaner hofften, daß durch die Wahl Hindenburgs Teile der Rechten mit der Republik versöhnt werden könnten, die anderen waren erfreut, nun wieder einen der ihren im Machtapparat zu haben. Entgegen den Erwartungen seiner Anhänger kam es jedoch nicht zu einem sofortigen drastischen Rechtsruck, da der Reichspräsident sich an seinen Eid auf die Ver-

fassung gebunden fühlte. Dennoch wirkte er auf die Regierungsbildungen ein, und dort kam seine konservative rechte Einstellung zum Tragen. Winkler bewertet die Wahl Hindenburgs folgendermaßen: „Von ‚rechts' aus gesehen, bedeutete das einen großen Schritt nach vorn, und ein Schritt weg vom Weimar des Jahres 1919 war es ohne Zweifel. Was sich im Frühjahr 1925 vollzog, war nichts geringeres als ein stiller Verfassungswandel, eine konservative Umgründung der Republik" (ebd., S. 461).

Während im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung in der Zeit von 1923-1929 von einer „relativen Stabilisierung" gesprochen wird, kann die wirtschaftliche Entwicklung als „relative Stagnation" (Longerich 1995, S. 160) bezeichnet werden. Trotz Stabilisierung der Währung und einer hohen Wachstumsrate wurde das Produktionsniveau aus der Vorkriegszeit nur mit Mühe erreicht. Ein Grund dafür waren die weltwirtschaftlichen Folgen des Krieges, die das Exportgeschäft beeinträchtigten, ein anderer die wirtschaftlichen Restriktionen, die mit dem Versailler Vertrag verbunden waren. Hinzu kamen mehrere binnenwirtschaftliche Gründe. Da sind die geringe oder falsche Investitionsbereitschaft der deutschen Industrie zu nennen, eine starke Konzentrations- und Kartellisierungswelle innerhalb der Industrie, die restriktive Währungspolitik der Reichsbank und Kostenbelastungen durch Steuern und Sozialabgaben. Inwieweit die Lohnentwicklung für die ‚relative Stagnation' mitverantwortlich ist, ist umstritten (vgl. ebd., S. 159ff.; Schwabe 1998, S. 127).

Die Bezeichnung ‚Goldene Zwanziger Jahre', mit der dieser Zeitraum in der Weimarer Republik häufig benannt wird, gründet sich nicht auf wirtschaftlichen Erfolgen oder politischer Stabilität, sondern auf der kulturellen Entwicklung: Kultur, die Deutschland überschwemmte mit ihrer Vielfalt an Themen und Ausdrücken, wobei allerdings vieles seine Wurzeln „in der Avantgarde des wilhelminischen Deutschlands" hatte (Schulze 1996, S. 178) und somit nicht grundlegend neu war. Vor allem die Reichshauptstadt Berlin entwickelte sich zum Zentrum dieser neuen Kultur-Epoche. Dieser Kultur-Aufschwung erfaßte jedoch nicht die gesamte Bevölkerung gleichermaßen, traditionelle Stilrichtungen waren nach wie vor vertreten, und sie übertrafen quantitativ die Avantgarde (vgl. Peukert 1987, S. 168).

Dennoch kann von der Entfaltung einer ‚modernen Massenkultur' gesprochen werden, da es vor allem in der Presselandschaft nicht nur eine quantita-

tive Zunahme gab, sondern auch neue Erzeugnisse den Markt eroberten und neue Medien wie der Tonfilm und der Rundfunk[11] hinzukamen, wodurch z. B. auch Sportgroßveranstaltungen der breiten Masse zugänglich wurden. Die Erweiterung der Medienlandschaft bewirkte eine Veränderung in den Lebensgefühlen und -stilen der Bevölkerung und brachte neue, z. T. freiere Regeln im Zusammenleben der Menschen hervor.

Jedoch sahen nicht alle in den gewonnenen Freiheiten etwas Positives: Von Kultur- und Sittenverfall, vom „erdrückenden Kollektivismus“ und „zersetzenden Pluralismus“ (Winkler 2000, S. 463) war die Rede, und dies wurde von konservativer Seite dem demokratischen System der Weimarer Republik angelastet. Die rechtsintellektuellen ‚Konservativen Revolutionäre‘ traten gegen bürgerlichen Liberalismus und westlichen Demokratismus ein und forderten einen starken Staat mit einer starken Staatsspitze. Breite Schichten der Bevölkerung standen der ‚modernen Kultur‘ und der lockeren Einstellung bezüglich der Lebensführung ablehnend gegenüber und unterstützten die kulturkonservativen und antimodernen Kräfte in der Gesellschaft (vgl. Longerich 1995, S. 183).

Auch unter den linken Intellektuellen fanden sich wenige, die die Republik vorbehaltlos unterstützten. „Da die Weimarer Gesellschaft [...] vom Zustand der Gleichheit weit entfernt war, konnte die Republik die Linke nicht zufriedenstellen. Kritik an den bestehenden Verhältnissen blieb infolgedessen das hervorstechende Kennzeichen linker Intellektueller der Weimarer Republik“ (Winkler 2000, S. 467). Kolb schreibt dazu: „Zahlreiche Exponenten der ‚Weimarer Kultur‘ übten ätzende Kritik an der konkreten Erscheinungsform der republikanischen Staatsordnung und waren weit davon entfernt, sich mit der ‚Weimarer Republik‘ zu identifizieren“ (1998, S. 93).

Die zweite Phase, der Zeitraum zwischen 1924 und 1929, wird häufig auch als die ‚Ära Stresemann‘ bezeichnet. Stresemann hat in diesen Jahren die deutsche Politik maßgeblich mitgeprägt und war, so Müller, „in allen folgenden Kabinetten die überragende Persönlichkeit“ (1994, S. 245). Er war zwar als Kanzler gestürzt worden, blieb aber Außenminister und konnte eine Reihe außenpolitischer Erfolge verbuchen. Unter seiner Regie kam der Vertrag von Locarno zustande, der die Aussöhnung mit Frankreich brachte, Deutschland wurde in den Völkerbund aufgenommen, und an dem Abschluß des Kellogg-Paktes hatte Stresemann ebenfalls seinen Anteil. Für seine

11 Der Rundfunk nahm in Deutschland 1923 seinen regelmäßigen Sendebetrieb auf.

Arbeit wurde ihm, zusammen mit dem französischen Außenminister Briand, 1926 der Friedensnobelpreis verliehen. Doch seine außenpolitischen Erfolge brachten ihm in Deutschland selbst nicht die gebührende Anerkennung. Von nationalistischer Seite, aber auch aus den eigenen Reihen, wurde er immer wieder angegriffen.

In der Reparationsfrage zeichnete sich Ende 1923 eine Verständigung ab. Nachdem die Amerikaner sich wieder verstärkt in die Verhandlungen eingeschaltet hatten, wurde im Frühjahr 1924 der nach dem amerikanischen Finanzexperten Charles G. Dawes benannte Dawes-Plan vorgelegt, der erträglichere und leichter zu erfüllende Bedingungen für Deutschland beinhaltete und der deutschen Wirtschaft eine Erholungsphase zugestand. Gleichwohl wurde er von den rechten Parteien wiederum als Instrument der ‚Erfüllungspolitik' kritisiert, letztlich jedoch auch mit Stimmen der DNVP, die von den industriellen und agrarischen Interessenverbänden dazu genötigt wurde, im Reichstag angenommen.

Die Verträge von Locarno, am 16. Oktober 1925 unterzeichnet, waren zum einen ein deutsch-französisch-belgischer Sicherheitspakt, in dem eine gegenseitige Anerkennung der bestehenden Grenzen garantiert wurde; überwacht werden sollte die Einhaltung von Großbritannien und Italien. Zum anderen beinhalteten sie Schiedsverträge zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien, Polen und der Tschechoslowakei. Während die Verträge international als Grundlage für eine neue europäische Ordnung gerühmt wurden, erhob sich starke Kritik bei den Nationalisten in Deutschland, die Stresemann als dem Hauptinitiator eine unnötige Aufgabe deutscher Ansprüche vorhielten.

Als Folge der Locarno-Verträge konnte Deutschland am 9. September 1926 dem 1919 auf der Pariser Friedenskonferenz gegründeten Völkerbund beitreten, dessen Ziel es war, Kriege zu verhindern. Mit dem Eintritt in den Völkerbund wurde Deutschland wieder zum anerkannten und gleichberechtigten Mitglied innerhalb der Nationen und erhielt seine außenpolitische Handlungsfreiheit zurück.

Am 24.4.1926 wurde der Berliner Vertrag mit der Sowjetunion besiegelt, in dem sich beide Länder gegenseitige Neutralität zusicherten. Zudem gab es ein geheimes Beistandsabkommen zwischen Reichswehr und Roter Armee im Falle eines polnischen Angriffes.

Als Auswirkung der Verträge von Locarno wurde 1925 die erste Zone des Rheinlandes geräumt, die alliierte Militärkommission zog 1927 aus Deutsch-

land ab, und zwischen Deutschland und Frankreich kamen verschiedene wirtschaftliche Abkommen zustande.

Am 27. August 1928 unterzeichneten 15 Nationen in Paris den Kellogg-Pakt, 45 weitere Länder schlossen sich diesem ‚Kriegsächtungspakt' an. Das auf Vorschlag des französischen Außenministers Briand initiierte und von dem amerikanischen Außenminister Kellogg ausdifferenzierte Friedenssicherungsabkommen sah statt militärischer Einmischung die friedliche Lösung von Problemen zwischen den Staaten vor einem Schiedsgericht vor (vgl. Kolb, S. 64ff.; Longerich 1995, S. 231ff. u. S. 251ff.; Müller 1994, S. 244ff.; Winkler 2000, 453f., 469f., 485ff.).

Stresemann war es auch, der in diesem Zeitraum in der Politik für Kontinuität stand. Die sechs Regierungen, die bis Mitte 1928 gebildet wurden, bestanden aus bürgerlichen Kabinetten, abwechselnd von den bürgerlichen Kanzlern Luther und Marx geleitet. Die SPD blieb bis 1928 in der Opposition, hatte jedoch Anteil an der Macht durch die von Otto Braun geführte Regierung in Preußen (vgl. Müller 1994, S. 245f.; Schulze 1996, S. 175f.).

Waren in der Außenpolitik Erfolge zu verzeichnen, konnte dagegen innenpolitisch nur von einer „relativen Stabilisierung" (Kolb 1998, S. 72) gesprochen werden. Es konnten weder ein stabiles parlamentarisches Regierungssystem gebildet noch eine befriedigende Wirtschafts- und Sozialpolitik durchgeführt werden.

Die Weltwirtschaftskrise, ausgelöst durch den Börsenkrach an der New Yorker Börse, der am 25. Oktober 1929, dem ‚Schwarzen Freitag', in Deutschland seine Folgen hinterließ, zeigte ihre Auswirkungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich und führte zu einer Verschärfung der Probleme. Hinzu kam, daß die DVP nach dem Tod Stresemanns im Oktober 1929 ihren Rechtskurs verschärfte. An den sozialpolitischen Gegensätzen zerbrach dann am 27. März 1930 die große Koalition. Mit dem Ende dieses Regierungsbündnisses wurde den nun folgenden autoritären Präsidialkabinetten[12] der Weg geebnet. „Im Rückblick gibt es keinen Zweifel, daß an diesem Tag die Zeit relativer Stabilität definitiv zu Ende ging und die Auflösungsphase der

12 Als Präsidialkabinette wurden die Kabinette bezeichnet, die unabhängig von Parlament und Fraktionen gebildet wurden. Da ihre Kanzler viele Gesetze nur mit präsidialen Notverordnungen durchsetzten, waren sie abhängig von der starken Macht des Präsidenten. Die Präsidialregierungen hatten systemverändernden Charakter, da Parlament und Parteien entmachtet und die parlamentarische Demokratie ausgeschaltet wurde.

ersten deutschen Demokratie begann“ (Winkler 2000, S. 487f.; vgl. zur Phase 2 Kolb 1998, S. 54ff.; Longerich 1995, S. 145ff.; Winkler 2000, S. 450ff.).

3. Phase: 1930-1933

Die Phase der Beruhigung endete im Oktober 1929 durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise. Es trat eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation ein, die Arbeitslosenzahlen stiegen drastisch an. Durch die Einführung des autoritären Präsidialregimes wurde die Auflösung der demokratischen Fundamente eingeleitet und sukzessive das parlamentarische System aufgehoben. In diesen Jahren erhielten die Nationalsozialisten einen großen Zulauf und konnten 1932 als stärkste Fraktion in den Reichstag einziehen (vgl. Müller 1994, S. 226f.).

Schon vor 1930 hatte es wieder Unruhen in der Republik gegeben. Am 1. Mai 1929 war es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Polizei und kommunistischen Demonstranten gekommen. In der politischen Landschaft zeichnete sich eine Radikalisierung ab, die zum einen durch die im Oktober ausgelöste Wirtschaftskrise und das sich dadurch aufbauende soziale Konfliktpotential und zum anderen durch das instabile politische System begünstigt wurde. Die Kommunisten bekamen mit zunehmender Arbeitslosigkeit mehr Anhänger. Die Rechten hatten sich im Juli 1929 gebündelt, indem sie den ‚Reichsausschuß für das Deutsche Volksbegehren‘ gegründet hatten, mit dem Ziel, die Annahme des Young-Plans[13] zu verhindern.

Die wirtschaftliche Entwicklung war dramatisch. Es kam zu Bankenzusammenbrüchen, Unternehmen gerieten in Konkurs, die Produktion brach ein, die Aktienkurse fielen, die Arbeitslosenzahlen erhöhten sich dramatisch.[14] Die privaten Einkommen verringerten sich, und das Lebenshaltungsniveau

---

13 Durch den Young-Plan wurde eine Revision der deutschen Reparationsverpflichtungen unternommen. In ihm wurden endgültig die Höhe und der Zeitplan der Zahlungen vereinbart. Demnach sollten nun in 59 Jahresraten 112 Milliarden Goldmark (statt der 1921 festgelegten 132 Milliarden Goldmark zahlbar in 30 Jahren) gezahlt werden, die internationalen Kontrollen entfielen. Die rechten Parteien votierten heftig gegen diesen Plan und verlangten ein Volksbegehren, der anschließende Volksentscheid scheiterte.

14 Im September 1929 betrug die Zahl der Arbeitslosen – laut offizieller Statistik – 1,3 Millionen, im September 1930 3 Millionen, im September 1931 4,3 Millionen und im September 1932 5,1 Millionen, Anfang 1933 betrug sie dann mehr als 6 Millionen Arbeitslose, bei einer Zahl von 12 Millionen Beschäftigten. In diesen Zahlen waren die Langzeitarbeitslosen und die Kurzarbeiter nicht erfaßt (vgl. Kolb 1998, S. 119).

sank. Nach Kolb (1998, S. 119) war jede zweite Familie von der Wirtschaftskrise betroffen. Die so Gebeutelten erlagen den Agitationen der linken und rechten Opposition, die den ‚Weimarer Staat' und ‚sein System' für die Misere verantwortlich machten.

Nach dem Rücktritt der Regierung Müller ernannte Reichspräsident von Hindenburg am 30. März 1930 den Fraktionsvorsitzenden des Zentrums, Heinrich Brüning, ohne Einbeziehung des Parlamentes zum Reichskanzler. Brüning stellte eine Regierungsrunde zusammen, die nicht an Fraktionen gebunden war, das ‚Hindenburg-Kabinett'. Damit war das parlamentarische System unterhöhlt – die rechten Kräfte hatten ihr schon seit längerem verfolgtes Ziel erreicht: Das Präsidialregime war errichtet. In den folgenden Jahren kam es zu einer Machtverlagerung von den Parteien und dem Parlament hin zur Präsidialgewalt.

Im Sommer 1931 erschütterte eine schwere Finanzkrise das Land, und auf Grund der immer schlechteren Wirtschaftslage erhielt das Kabinett Brüning immer weniger Unterstützung durch die Bevölkerung. Auch die gegnerischen Kräfte formierten sich. Am 11. Oktober 1931 schlossen sich die DNVP, der Stahlhelm-Bund-der-Frontsoldaten, einige andere nationalistische Verbände und die NSDAP in der ‚Harzburger Front' mit dem Ziel zusammen, den gemeinsamen Kampf gegen die Weimarer Republik und die Regierung Brüning zu forcieren.

Nach der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 wurde die NSDAP die stärkste Fraktion. In der bürgerlichen Mitte konnten nur noch das Zentrum und die BVP einige Mandate hinzugewinnen, die anderen Parteien sanken fast bis zur Bedeutungslosigkeit ab. Die SPD hatte einige wenige Mandate verloren, während die KPD Gewinne zu verzeichnen hatte. NSDAP und KPD verfügten zusammen über die Mehrheit im Parlament. Hitler forderte eine Neubildung der Regierung unter seiner Führung, Schleicher dagegen versuchte Hitler in das Kabinett Papen einzubinden. Beides scheiterte, Hindenburg wies Hitlers Ansinnen ab, so wie Hitler es ablehnte, sich an der Regierung von Papen nur zu beteiligen.

Ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung am 12. September 1932 hatte die Auflösung des erst kurz bestehenden Reichstags zur Folge, am 6. November erfolgte die Neuwahl. Die NSDAP konnte ihren großen Erfolg nicht wiederholen, sie mußte 34 Mandate abgeben. Neben der SPD hatten auch das Zentrum, BVP und DSTP Stimmen verloren, dagegen konnten KPD, DNVP und DVP einige Mandate dazugewinnen. Da keine Koalitionsmöglichkeiten vor-

handen waren, wurden verschiedene Modelle der Regierungsbildung verhandelt. Franz von Papen, von Hindenburg für das Kanzleramt favorisiert, gelang es nicht, seine Vorstellungen durchzusetzen, und Kurt von Schleicher wurde am 3. Dezember 1932 zum Reichskanzler ernannt. Schleicher konnte zwar ebenfalls nicht mit einer parlamentarischen Mehrheit für sein Kabinett rechnen, doch hatte er gegenüber von Papen einen breiteren gesellschaftlichen und politischen Rückhalt. Schleicher erkannte sehr bald, daß ein längerfristiger Erhalt des Präsidialregimes nur durch die Proklamierung eines Staatsnotstandes und die Verhängung eines Ausnahmezustandes möglich war. Während für diese Maßnahmen strikt geheim gehaltene Vorbereitungen anliefen, betrieb Schleicher eine Politik des Ausgleichs, die jedoch bei den unterschiedlichen Interessengruppen auf Unbehagen stieß. Es wurde befürchtet, Schleicher könne sich als „Sozialist in Generalsuniform“ (Kolb 1998, S. 142) entpuppen, und die rechten Kräfte suchten nach einer anderen Lösung. Im Zusammenspiel von Papen und Hitler und unter Einbezug von Hindenburgs Sohn wurde Schleichers Sturz betrieben. Am 28. Januar 1933 reichte Schleicher seinen Rücktritt ein. Die von Seiten Hindenburgs immer wieder erfolgte Ablehnung, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen, konnte von Papen aufweichen, als er Hindenburg mitteilte, daß eine Reihe bewährter konservativer Politiker dem Kabinett angehören würde. Am 30. Januar erfolgte die Vereidigung des Kabinetts Hitler.

An die Macht war ein Mann gekommen, der einen skrupellosen Kampf gegen die Republik geführt hatte und dessen Ziel die Abschaffung der Demokratie war. Winkler konstatiert, daß Hitlers Kanzlerschaft „weder ein zwangsläufiges Ergebnis der vorangegangenen politischen Entwicklung noch ein Zufall [war]. Hitlers Massenrückhalt machte seine Ernennung möglich, aber erst durch den Willen Hindenburgs und des Milieus, das er verkörperte, wurde er Kanzler“ (2000, S. 550). Als eine Ursache für den Zusammenbruch der Weimarer Republik sieht Winkler die „Ungleichzeitigkeit der politischen Modernisierung Deutschlands: der frühen Demokratisierung des Wahlrechts und der verspäteten Demokratisierung des Regierungssystems“ (ebd.).

Das Manko der Weimarer Republik war, daß sie keine ausreichende parlamentarische Demokratie entwickeln konnte und dass die demokratischen Parteien keine stabilen Mehrheiten gewinnen konnten. Schon die Ausgangsbedingungen erwiesen sich als ungünstig: Viele, die der gesellschaftlichen Elite angehörten, waren antidemokratisch ausgerichtet. Das war bei den

überwiegend monarchistisch gesinnten Professoren oder den national ausgerichteten Pastoren nicht anders als bei der Beamtenschaft, die größtenteils noch durch Staatsdiener aus der Kaiserzeit repräsentiert war, die der Republik distanziert gegenüberstanden und der Monarchie und einer konservativen Staatsauffassung anhingen. Auch das Bürgertum und die Wohlhabenden konnten in der großen Überzahl keine Sympathien für den Weimarer Staat entwickeln, da sie sich durch die Finanz- und Sozialpolitik in ihrem Besitzstand bedroht fühlten. In der wirtschaftlichen Krise und der politischen Situation der 30er Jahre „schien die NSDAP vielen politisch Enttäuschten eine Alternative zu bieten“ (Longerich 1995, S. 356). Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler schlug jedoch die „Todesstunde der Republik von Weimar“ (Schulze 1996, S. 195; vgl. zur Phase 3 Kolb 1998, S. 107ff.; Longerich 1995, S. 264ff.; Müller 1994, S. 253ff., Schulze 1996, S. 191ff.; Winkler 2000, S. 488ff.).

Bild 6

Sylke Bartmann

Die Erste Republik und der Ständestaat Österreichs

In der folgenden Darstellung der Ereignisse in der Entwicklung Österreichs – angefangen im Jahre 1918 bis hin zum März 1938 – taucht eine Frage immer wieder auf: Was sind die Österreicher – Deutsche oder Österreicher? (vgl. Kreissler 1970, S. 15). Als eigenständiger Staat und als Republik ist Österreich im Rahmen des St.-Germain Friedensvertrages 1918/19 entstanden, ein Prozess, der im weiteren dargelegt werden wird. Die Frage nach der Zugehörigkeit Österreichs war im Land selbst von Beginn an zentral. Konkret standen Zweifel im Raum, ob Österreich als eigenständiger Staat überhaupt überlebensfähig sei oder ob nicht ein Anschluss an das Deutsche Reich der bessere Weg wäre. Diese im Kern nationale Frage – Nation verstanden als eine historisch kulturelle Kategorie, die in Anlehnung an den französischen Philosophen Renan ein geistiges Prinzip, ein moralisches Bewusstsein beinhaltet (vgl. ebd., S. 273) – konnte in der Folgezeit nicht eindeutig gelöst werden. Und so klang es in der damaligen Bundeshymne, gedichtet von Ottokar Kernstock:

> „Deutsche Arbeit, ernst und ehrlich,
> deutsche Liebe, zart und weich,
> Vaterland, wie bist du herrlich,
> Gott mit dir, mein Österreich!“ (zit. in Skalnik 1983, S. 16).

Die Verknüpfung der Begriffe deutsch und Österreich mag aus heutiger Sicht irritierend wirken. Um so mehr ist es die Intention des vorliegenden Beitrages, einen Einblick in die damals geführten politischen Diskussionen zu geben und somit einen Nachvollzug der historischen Entwicklung zu ermöglichen. Ein chronologisches Entlangschreiten an ausgewählten Ereignissen wurde mit dem Versuch verbunden, eine Hintergrundfolie zu skizzieren, vor der eine Einordnung der Biographien von Oskar Scherzer, Walter Sussmann, Robert B. Lawrence und Rose Marie Papanek möglich wird.

Die ideologischen Grundlagen der Parteien

Die für die Erste Republik bedeutenden Parteigruppierungen[1] – drei an der Zahl – waren die Christlichsozialen, die Sozialdemokraten und die Deutschnationalen. Ihre fast zeitgleiche Entstehung geht zurück in das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts. Gemeinsam war ihnen der Protest gegen den Liberalismus, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die herrschende Ideologie in Österreich darstellte.[2]

Die christlichsoziale Bewegung

Katholische Kreise um Karl von Vogelsang glaubten – entgegen dem Liberalismus als Wirtschaftsdoktrin –, die soziale Lage des Kleinbürgertums durch ethisch-religiös begründete sozialreformerische Pläne verbessern zu können. Politische Vereine, die dieser Lehre nahestanden, schlossen sich 1890/91 zur Christlichsozialen Partei (CP) zusammen. Der eigentliche Begründer dieser Partei war Karl Lueger. Lueger, der von 1897 bis zu seinem Tod im Jahre 1910 Bürgermeister von Wien gewesen ist, war für seinen verbalen Antisemitismus bekannt. „So wurde die Christlichsoziale Partei aus einer Mischung von Antisemitismus, christlichen Reformideen, Kaisertreue und Großösterreichertum geboren und [war] zunächst eine Partei des Kleinbürgertums, und zwar des Wiener Kleinbürgertums, das sich von dem aufsteigenden Großkapitalismus bedroht fühlte und dem man im ‚Juden' den Feind schlechthin darstellte, den es zu schlagen galt" (Kreissler 1970, S. 40).

Das Element der sozialreformerischen Ideen trat immer mehr in den Hintergrund. Parallel dazu wurde die Verquickung der Partei mit dem Finanzkapital und dem Adel stärker. War die Christlichsoziale Partei – zumindest vom Ansatz her – bis etwa 1907 sozialreformerisch orientiert gewesen, so wurde

---

1 Die Gruppierungen werden in der österreichischen Zeitgeschichtsforschung oft als Lager bezeichnet. Laut Ernst Hanisch bringt dieser Begriff zum Ausdruck, dass die österreichischen Parteien eher von einer Weltanschauung geleitet waren. „Auf der Straße grüßte man – je nach Lager – mit Grüß Gott, Freundschaft oder Heil! Darüber hinaus verweist der Lagerbegriff auf den militanten Charakter des politischen Systems in Österreich. Das jeweilige Lager produzierte stereotype Feindbilder, die aggressiv getönt, das ‚Andere' vom ‚Eigenen' möglichst deutlich und möglichst negativ abhoben" (1990, S. 74). Dagegen benutzt Alfred Georg Frei den Begriff eher neutral und versteht darunter „die gesamte politische, wirtschaftliche und soziale Bewegung" (1984, S. 23).

2 Ohne Kenntnis der vorherigen Entwicklung ist das Agieren der Parteien in der Ersten Republik schwer nachzuvollziehen. Deshalb werden zunächst die ideologischen Wurzeln dargelegt.

sie anschließend eine konservative Reichspartei, die die Interessen „des deutschsprachigen besitzenden katholischen Bauern- und Bürgertums“ (Staudinger 1983, S. 250) vertrat.

Die CP erlitt 1911 eine schwere Wahlniederlage, die vor allem auf ihre Orientierung an den ‚Besitzenden‘ zurückzuführen war. Während des Weltkrieges unterstützte die CP weitestgehend die jeweiligen Regierungen, sie verstand sich selbst als Stütze der Dynastie. Die Zustimmung zur Republik war zwar innerhalb der Partei umstritten, wurde aber letztlich einhellig getroffen. Diese Entscheidung für eine Republik war „von der antimilitaristischen und antimonarchistischen Verbitterung der christlichsozialen Wählerschaft, insbesondere der Bauern, über die verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen des kriegsabsolutistischen Regimes, das durch das monarchistische System repräsentiert wurde“ (ebd., S. 253), bestimmt. Grundsätzlich sei gesagt, dass in der Folgezeit die CP zwar in ihrer Praxis an der parlamentarischen Demokratie orientiert war, es aber zahlreiche Vorbehalte gab. Diese Vorbehalte waren zum einen durch Angst vor dem Bolschewismus bedingt – es wurden bolschewistische Tendenzen innerhalb der Sozialdemokratie diagnostiziert –, und zum anderen existierten eindeutige antidemokratische Ideologien innerhalb der Partei. „[B]ei den Christlichsozialen motivierten ideologisch fundierte Zielsetzungen eine Abwertung der parlamentarischen Demokratie. [...] Konservative [träumten] von der Wiederherstellung des konfliktfreien organisch gegliederten Ständestaates, den es im Mittelalter gegeben haben soll“ (Simon 1984, S. 93).

Die Sozialdemokratie

1867 gründete sich der erste Arbeiterbildungsverein in Wien. In den folgenden zwei Jahrzehnten bildeten sich in vielen Städten weitere Vereine, aus deren Zusammenschluss die Sozialdemokratische Partei entstand. Sehr schnell entwickelten sich innerhalb der Partei zwei Hauptströmungen: zum einen die eher vom anarchistischen Gedankengut getragene, auch genannt die ‚Radikale‘, sowie zum anderen die als ‚Gemäßigte‘ bezeichnete, zu der u. a. Karl Kautsky gehörte. Die daraus folgenden Auseinandersetzungen – heute würde man es Fraktionskämpfe nennen – sollten durch die Schaffung einer Partei mit Programm sowie ordnungsgemäßen Statuten beendet werden. Dieser Prozess fand auf dem sogenannten Hainfelder Parteitag statt, dem Gründungsparteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), der um die Jahreswende 1888/89 abgehalten wurde. Die Beilegung des skiz-

zierten Richtungsstreits und damit die Einigung der Partei leistete federführend Victor Adler, der – zusammen mit Karl Kautsky – das Programm ausarbeitete. Auf der Hainfelder Tagung stellte sich die Sozialdemokratie auf eine marxistische Basis – ähnlich wie die sozialdemokratischen Parteien in anderen Ländern. Ebenfalls wurde eine zentralistisch aufgebaute, legale Massenorganisation beschlossen. Als wichtigste Reform galt die Durchsetzung des Wahlrechts, verbunden mit dem Ziel einer Demokratisierung Österreichs.

In den folgenden Jahren wuchs die Partei rasant. Im Februar 1906 wurde das allgemeine gleiche Männerwahlrecht eingeführt. In der ersten Wahl danach, 1907, wurde die SDAP zweitstärkste, 1911 stärkste Partei. Inzwischen fühlten sich nicht nur Menschen aus dem Proletariat der Partei zugehörig, sondern ebenfalls Handwerker, Angestellte und Intellektuelle.

Was sich hier als eine beispielhafte Erfolgsgeschichte liest, hatte auch eine Kehrseite. „Als dieses allgemeine Männerwahlrecht 1907 die Sozialdemokratie zu einem bedeutenden innenpolitischen Faktor gemacht hatte, begann ein Prozess der Integration in den Staat, der aus der verbal revolutionären Partei die ‚k.k. Sozialdemokratie' machte, deren staatserhaltende Grundtendenz nicht mehr ernstlich bezweifelt werden konnte" (Konrad 1990, S. 109).

Das eher revolutionäre Programm des Hainfelder Parteitages in Verknüpfung mit der tendenziell reformistischen Praxis legte den Grundstein für eine zukünftige charakteristische Struktur sozialdemokratischer Politik. „In Österreich hielt die Sozialdemokratische Partei offiziell an den revolutionären Doktrinen fest, doch wurde auch da, [...] in der Praxis weitgehend einem ‚schleichenden', versteckten Revisionismus gehuldigt. Der Widerspruch zwischen der doktrinären Sprache, die fortgesetzt wurde, später sprach man von ‚revolutionärer Phrase', und pragmatischer Praxis ist eines der Elemente jener besonderen Spielart der Sozialdemokratie, die man *Austro-Marxismus* nennt, wobei später – in der Ersten Republik – Otto Bauer einer der hervorragendsten Führer werden sollte" (Kreissler 1970, S. 49, H. i. O.).[3]

Beim Kriegsausbruch 1914 kristallisierten sich zwei Flügel innerhalb der Partei heraus: die Sozialpatrioten (rechter Flügel) und die Internationalisten

3 Zu den vor allem auch theoretischen Grundlagen des Austromarxismus vgl. Frei 1984, S. 35-43.

(linker Flügel).[4] War die Position der Linken zunächst die schwächere, so wuchs ihr Einfluss parallel mit der immer stärker werdenden Verbitterung der Bevölkerung. Die Radikalisierung nach links erfolgte aber nur insoweit, als sie die Einigkeit der Partei nicht grundsätzlich in Frage stellte. Diese Haltung zur Partei begründete ein weiteres wichtiges Merkmal – den Einheitswillen – zukünftiger sozialdemokratischer Politik, das sich in den Worten von Otto Bauer – wenn auch erst einige Jahre später formuliert – widerspiegelt: „Hundertmal lieber einen falschen Weg einig gehen – denn Fehler kann man wieder korrigieren – als um des rechten Weges willen uns spalten" (zit. in Frei 1984, S. 20).[5]

Der diagnostizierte Kurs nach links zog eine stärkere Distanzierung von der Monarchie nach sich. Jegliche Teilnahme an Regierungsverantwortung wurde abgelehnt. Darüber hinaus sollte diese Ablehnung „deutlich eine ‚politische Unschuld' gegenüber den ‚Sünden' des verlöschenden Staates unterstreichen" (Goldinger/Binder 1992, S. 15). Erst in der Stunde der Not und einige Wochen vor der Ausrufung der Republik sprach sich die Sozialdemokratie für eine Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung aus.[6] Weil sie aufgrund ihrer vorherigen Distanzierung zur Monarchie von der Verantwortung für Krieg und Niederlage frei war, trat die SDAP als anerkannte Autorität in den Vordergrund.

Das ‚nationale' Lager

Als drittes Lager – neben den beiden großen Parteien – galten die Großdeutschen, die sich selbst die ‚Nationalen' nannten. Sie bestanden aus einer Vielzahl von Gruppen und kleinen Parteien mit zum Teil wechselnden Bezeichnungen. Weil die Anzahl der Gruppierungen die Darstellung sprengen würde, seien die grundlegenden Gemeinsamkeiten genannt: das Bekenntnis

---

4 Zu den Sozialpatrioten gehörte Karl Renner, der im Laufe der Kriegsjahre immer deutlicher den Anschluss an Deutschland befürwortete. Die Linken versammelten sich um Friedrich Adler, Sohn von Victor Adler.

5 Entsprechend war es im Januar 1918 möglich – wenn auch unter dem heftigen Widerstand der Linken –, dass die Sozialdemokratie der von einer Million Arbeitern getragenen Jännerstreikbewegung eher beschwichtigend gegenübertrat. Sozialdemokraten setzten „die Beendigung des Streiks durch und trugen so zum Durchhalten der Donaumonarchie bis in den Oktober 1918 bei" (Frei 1984, S. 19).

6 Die Beteiligung war von Seiten der SDAP an Bedingungen geknüpft, u. a. an die Amnestie von Friedrich Adler. Adler hatte am 21. Oktober 1916 den Ministerpräsidenten Graf Stürgkh erschossen. 1918 wurde er aus dem Gefängnis entlassen, was von der sozialistischen Arbeiterschaft stürmisch bejubelt wurde.

zum Pangermanismus[7] sowie die Ideologie Georg von Schönerers, der als Vordenker und Gründer der Deutschnationalen bezeichnet werden kann. Zusammengefasst enthielt das Programm Schönerers folgende Punkte:

- alles Deutsche soll Vorrang und Macht haben,
- die deutsche Sprache ist Voraussetzung zur Erlangung von Universitätsgraden,
- ein Wahlsystem, das die ‚deutschen' Österreicher bevorzugt,
- die Erziehung der Jugend im völkischen Sinn,
- den Ausschluss der Juden aus der Gesellschaft.

Schönerers Ideologie übte Einfluß auf zahlreiche verwandte Gruppierungen und politische Formationen aus, auch wenn diese sich später abspalteten. Zu nennen sind beispielsweise die ‚Deutschradikalen', gegründet von Karl Hermann Wolf. Nachdem sich Schönerer 1907 aus der Politik zurückzog, bildete sich eine Reihe von kleineren Parteien wie die ‚Deutsche Agrarpartei' und die ‚Deutsche Arbeiterpartei'.

Nach der Reichstagswahl von 1911 – die 1918 bestimmend für die Zusammensetzung der provisorischen Nationalversammlung war[8] – gab es 102 deutschnationale und deutschliberale Abgeordnete.[9] Die Mehrheit der Abgeordneten war lose unter dem Dach des ‚Deutschen Nationalverbandes' zusammengefasst, einem Bündnis, das nicht gerade vor Einigkeit strotzte. So charakterisierte Karl Hermann Wolf selbstironisch den Verband „mit dem bald zum geflügelten Wort gewordenen Verslein [...]: ‚Der eine saß, der andere stand; der stimmte für, der wider. Das ist der Nationalverband, stimmt an das Lied der Lieder'" (zit. in Wandruszka 1983, S. 279).

Die nationalliberalen und deutschnationalen Gruppierungen spielten – trotz Uneinigkeit – eine wichtige Rolle bei der Gründung der Republik. So war es

---

7 Pangermanismus meint „die Annahme, daß allen Völkern germanischer Herkunft ein gemeinsames Stammesbewußtsein zu eigen ist, [...] [und] die Bestrebungen nach einer Vereinigung aller Deutschsprechenden in einen Staat" (Brockhaus Enzyklopädie 1972, S. 171).

8 Die provisorische Nationalversammlung setzte sich aus den im Jahre 1911 in den deutschen Siedlungsgebieten für den Reichsrat gewählten Abgeordneten zusammen. Durch ein kaiserlich sanktioniertes Gesetz war das Mandat bis zum 31. Dezember 1918 verlängert worden.

9 Dieses zahlenmäßige Übergewicht rekrutierte sich zum einen aus dem in der Monarchie geltenden Mehrheitswahlrecht, das Massenparteien benachteiligte, zum anderen aus der Tatsache, dass die Anzahl der Abgeordneten aus den deutschsprachigen Gebieten größer war.

Viktor Waldner von der Deutschen Agrarpartei, der die provisorische Nationalversammlung einberief, und der deutschnationale Linzer Bürgermeister Franz Dinghofer, der am 12. November 1918 vor dem Parlament an der Ringstraße die Republik ausrief.

Die Geburtsstunde der Republik

Mit dem Ende des Krieges befand sich die Habsburger Monarchie politisch wie militärisch in voller Auflösung. Nach dem Willen der Siegermächte sollte das Selbstbestimmungsrecht der Völker die Grundlage des kommenden Friedens bilden. Kaiser Karl I.[10] erklärte in einem Manifest vom 16. Oktober 1918 die Nationalitäten der Doppelmonarchie zu Trägern eigener Staatswesen. Für die dominant deutschsprachigen Gebiete – Deutschösterreich – trat am 21. Oktober 1918 eine provisorische Nationalversammlung zusammen. Sie bestand aus 208 Mitgliedern, 65 Christdemokraten, 37 Sozialdemokraten und 106 Vertretern deutschnationaler sowie liberaler Gruppen. Die Versammlung beschloss, einen 20köpfigen Vollzugsausschuss zu wählen. Diesem Vollzugsausschuss, der später Staatsrat genannt wurde, gehörten die drei Präsidenten der Nationalversammlung Franz Dinghofer (Deutschnationaler), Jodok Fink (Christlichsozialer) und Karl Seitz (Sozialdemokrat) an. Dem Ausschuss stand die volle Regierungsgewalt zu.

Das endgültige Ende der Habsburger Monarchie dokumentiert die Verzichtserklärung Kaiser Karls I. vom 11. November 1918, die folgenden Passus enthielt:

> „Im voraus erkenne Ich die Entscheidung an, die Deutschösterreich über seine künftige Staatsform trifft.
>
> Das Volk hat durch seine Vertreter die Regierung übernommen. Ich verzichte auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften.
>
> Gleichzeitig enthebe Ich Meine österreichische Regierung ihres Amtes“ (zit. in Goldinger/Binder 1992, S. 24).

Dieser Verzichtserklärung vorausgegangen war die am 28. Oktober 1918 verkündete Proklamation der unabhängigen tschechoslowakischen Republik sowie die am 1. November von der ungarischen Regierung erklärte Unabhängigkeit. Die Wiener Regierung schloss am 3. November mit den Alliier-

10 Kaiser Karl I. hatte 1916 die Nachfolge von Kaiser Franz Joseph I. angetreten.

ten einen Waffenstillstand, womit die geforderte Auflösung der Donaumonarchie anerkannt wurde. Staatsrechtler nannten die Art der Auflösung „Dismembration“ (ebd., S. 25). Diese Bezeichnung bedeutete, „daß der von acht gleichberechtigten Volksstämmen besiedelte und gemeinsam regierte Gesamtstaat in von einander unabhängige Bestandteile zerfiel“ (ebd.), eine Auffassung, die für die folgenden Friedensverhandlungen von Bedeutung war.

Einen Tag nach der Verzichtserklärung von Karl I., also am 12. November 1918, proklamierte die provisorische Nationalversammlung die Republik Deutschösterreich. Auch wenn einzelne Länder der Republik Deutschösterreich ihre Beitrittserklärung abgaben und somit ihren Willen für eine Eingliederung in einen gemeinsamen Verband zum Ausdruck brachten, sahen viele Menschen den Staat als ein Provisorium. Durch den Zerfall der Monarchie war Österreich u. a. aus seinen wirtschaftlichen Zusammenhängen herausgerissen, viele Produktionsstätten lagen nun außerhalb des Landes. Ein Großteil der Bevölkerung glaubte nicht, dass ein Kleinstaat überleben könne. Die Eingebundenheit in ein größeres Gebilde wurde für erstrebenswert gehalten, weshalb die provisorische Nationalversammlung am 12. November die Republik Deutschösterreich zum Bestandteil der Deutschen Republik erklärte.

Nachdem Ende Oktober Massendemonstrationen in Wien stattgefunden hatten, kam es am 12. November 1918 – am Tag der Republikverkündung – zu mehreren Zwischenfällen. An diesem Tag herrschte völlige Arbeitsruhe, und Hunderttausende von Menschen fanden sich vor dem Parlamentsgebäude ein. Im Anschluss an die Verkündung der Republik, die jubelnd begrüßt worden war, sollten rot-weiß-rote Fahnen – die Farben der Republik – gehisst werden. Andere wollten wiederum die rote Fahne als Zeichen der sozialistischen Republik sehen und versuchten, das weiße Mittelstück herauszureißen. Später kam es zu einer Schießerei vor dem Parlament, wobei über 40 Menschen verletzt wurden; in der einsetzenden Panik sind zwei Menschen zu Tode getreten worden.

Während des schon erwähnten Jännerstreiks 1918 war es spontan zur Bildung von Arbeiterräten gekommen, die anschließend bestehen blieben. Im Laufe des Jahres bildeten sich in vielen Städten weitere Arbeiterräte heraus. Sie existierten rund zwei Jahre und werden in der Geschichtsschreibung als ein wichtiger Faktor mit Macht und Einfluss bewertet (vgl. Kreissler 1970, S. 61). Mit ihnen zusammen arbeiteten die Soldatenräte, die sich aus den

Hunderttausenden von der Front geflüchteten Soldaten rekrutierten. Unter anderem war es die katastrophale Versorgungslage, eine Hungersnot, die zu Protesten in der Armee und in der Bevölkerung geführt hatte.[11]

Am 3. November 1918 wurde die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) gegründet, Vorsitzender war der Buchdrucker Karl Steinhardt. Im Vergleich mit anderen Ländern nahm die KPÖ keine zentrale Rolle ein,[12] nichtsdestotrotz galt sie – obwohl sie im Februar 1919 nur über 3 000 Mitglieder verfügte – für die Sozialdemokratie wie auch für die staatliche Exekutive als eine Bedrohung.

In der Volkswehr, also in der Armee der neuen Republik, waren viele versammelt, die radikale Positionen vertraten. In Wien und in anderen Industriestädten bildete sich aus bewaffneten Soldaten die sogenannte ‚Rote Garde', „die den Arbeiterräten halfen, die lokale Verwaltung praktisch zu übernehmen und die staatliche Autorität auszuüben" (ebd., S. 63). Diese drei Elemente, die Arbeiter- und Soldatenräte, die KPÖ sowie die ‚Rote Garde' bestimmten zusammen den Puls der Bewegung.

Die Frage, wohin die Umwälzungen führen sollten – zu einer bürgerlich demokratischen Republik oder zu einer sozialistischen Staatsform, d. h. Räterepublik –, war in jenen Tagen zentral. Anders formuliert lautete die Frage, ob es neben der politischen Revolution auch eine soziale geben könnte und sollte. Einschränkend bleibt anzumerken, dass der Begriff Revolution für die damaligen Prozesse in Österreich unter den Historikern nicht unumstritten ist.

Laut Beschluss der provisorischen Nationalversammlung sollte zügig eine neue Nationalversammlung gewählt werden. Der Wahltermin war für den 16. Februar 1919 festgelegt, und schon im November 1918 begannen die Parteien mit ihren Werbekampagnen. Die Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung beinhaltete zum ersten Mal das Frauenwahlrecht und ergab folgende Mandatsverteilung:

---

11 „Die Bevölkerung erhielt im Oktober 1918 nur noch 40 Gramm Fett und ein Kilogramm Kartoffeln pro Woche; das rationierte Brot war ungenießbar, Milch und Bier eine Seltenheit, Kohlen wurden überhaupt nicht mehr ausgegeben und Petroleum nur ein halber Liter pro Woche" (Kreissler 1970, S. 60).

12 Ihr mangelnder Einfluss ist vor allem auf den starken Einheitswillen der Sozialdemokratie zurückzuführen, es gab keine Abspaltung von Linken, die zur Kommunistischen Partei wechselten.

Sozialdemokraten (SDAP)	72
Christlich Soziale Partei (CP)	69
Deutschnationale Gruppen	26
Andere	3

Die demokratische und republikanische Staatsform wurde durch die konstituierende Nationalversammlung bestätigt. Am 15. März konnte die erste Regierung gewählt werden, die sich aus Christlichsozialen und Sozialdemokraten zusammensetzte. Staatskanzler wurde Karl Renner (SDAP), Jodok Fink (CP) gehörte der Regierung als Vizekanzler an, und Otto Bauer (SDAP) fungierte als Staatssekretär für Äußeres. Julius Deutsch (SDAP) übernahm das Heeresamt, und Joseph Schumpeter wurde zum Staatssekretär für Finanzen gewählt. Renner betonte in seiner Regierungserklärung, dass die Koalition eine „Arbeitsgemeinschaft der großen Parteien [sei], die keine geschlossene Mehrheit hinter sich habe" (Goldinger/Binder 1992, S. 30).

Die Nationalversammlung erklärte am 12. März 1919 ausdrücklich, dass Deutschösterreich ein Teil der Deutschen Republik sei. Am 3. April wurden alle Herrscherrechte des Hauses Habsburg aufgehoben und dessen Vermögen eingezogen. Alle Habsburger, die nicht auf ihre Vorrechte verzichteten, wurden des Landes verwiesen (Habsburger Gesetze). Der Exkaiser Karl I. ging mit seiner Familie in die Schweiz ins Exil.

Demokratische Republik oder Räterepublik

Nachdem am 21. März 1919 in Budapest und am 5. April in München die Räterepublik ausgerufen worden war, lag die Spekulation nahe, die ‚geographische' Lücke zwischen diesen beiden Räterepubliken zu schließen. Als lenkende Kraft bot sich die Kommunistische Partei an, als organisatorische Basis gab es die Arbeiter- und Soldatenräte. Für die erste Hälfte des Jahres 1919 kann den Arbeiter- und Soldatenräten eine führende Rolle in der Innenpolitik zugeschrieben werden – ja, es hatte fast den Anschein, als stellten sie eine Art „Überregierung" (ebd., S. 33) dar. Darüber hinaus erreichte die Hungersnot, besonders in Wien und in den Industriegebieten im Osten, ihren Höhepunkt, so dass sich die sozialen Spannungen weiter verschärften.[13]

13 Durch den Zerfall der Monarchie war Österreich aus seinem wirtschaftlichen Zusammenhang herausgerissen, ein Großteil der Produktion lag nun außerhalb des eigenen Landes, ebenfalls stiftete der Zusammenbruch des einheitlichen Währungsgebietes Verwirrung. Die Geldentwertung verlief rasant, so dass Güter aus dem Ausland extrem teuer wurden. In

Am 17. April 1919 (Gründonnerstag) kam es zu Versammlungen und Demonstrationen von Kriegsheimkehrern und Arbeitslosen. Die sich daraus entwickelnde Belagerung des Parlaments führte zu blutigen Zusammenstößen. Diese bewaffneten Auseinandersetzungen fanden vor allem statt zwischen dem Volkswehrbataillon 41[14] plus Marinesoldaten auf der einen Seite und der staatlichen Exekutive sowie den staatsloyalen Volkswehreinheiten auf der anderen Seite. Es gab sechs Tote und 30 Schwerverletzte. Die Kommunisten versuchten, die Gunst der Stunde zu nutzen und die Räterepublik auszurufen, doch sie scheiterten an dem Widerstand der sozialdemokratischen Führer. Dieser gescheiterte Versuch war ein Rückschlag für die kommunistische Bewegung, und sie geriet immer mehr ins Abseits.

Die Sozialdemokratie begründete ihre Ablehnung der Räterepublik mit den vom russischen Vorbild grundverschiedenen wirtschaftlichen Bedingungen. Letztlich ging es um die Position der Bauern. Am Klassenkampf orientierte Räte würden, mit den Worten von Max Adler, an dem „antikollektivistischen Bauernschädel“ (zit. in ebd., S. 33) scheitern. Obwohl es innerhalb der Sozialdemokratie Kräfte gab, die theoretisch eine Räterepublik für möglich hielten, konnten sie dem Argument, dass ein Eingreifen „von Ententetruppen zur Wahrung der staatlichen Ordnung“ (Stadler 1983, S. 79) wahrscheinlich die Folge wäre, wenig entgegensetzen.

Wien stieg in den Monaten Februar bis April 1919 die Zahl der Arbeitslosen von 24 503 auf 113 905 (vgl. Botz 1983, S. 39).

14 Julius Deutsch, der die mit Sicherheit nicht einfache Aufgabe inne hatte, in revolutionären Zeiten eine Art Ordnungsmacht aufzubauen, gliederte die sogenannte ‚Rote Garde‘ in die Volkswehr ein, dort trug sie den Namen Bataillon 41.

Nach der gewalttätigen Auseinandersetzung am Gründonnerstag kam es zu weiteren blutigen Zwischenfällen in den Industrieorten in Niederösterreich und in der Steiermark. Eine Zuspitzung der Situation trat Anfang Juni ein, als die Waffenstillstandskommission darauf drängte, die Volkswehr von 56 000 auf 12 000 Mann abzubauen.[15] Die Gefahr einer weiter steigenden Arbeitslosigkeit verursachte Erregung sowohl in der Bevölkerung als auch in der Volkswehr. Der Einfluss der Kommunisten wuchs wieder an, und sie riefen, mit Unterstützung der ungarischen Räterepublik, zu einer Demonstration am 15. Juni 1919 auf (vgl. Kreissler 1970, S. 70) bzw., wie es u. a. Goldinger/Binder ausdrücken, legten sie „den Termin für einen neuen Putsch [...] fest" (1992, S. 36). Die Sozialdemokraten riefen zur Verteidigung der Republik auf und konnten den Kreisarbeiterrat in Wien und den Soldatenrat überzeugen. Es wurde eine Konsignierung der Volkswehr, inklusive des Bataillon 41, in den Kasernen beschlossen. Der Polizeipräsident Johann Schober wollte die Demonstration verbieten lassen, was aber von den Sozialdemokraten abgelehnt wurde. Daraufhin handelte Schober eigenmächtig und verhaftete in der Nacht vor dem 15. Juni 1919 122 Personen, Führer und Vertrauensleute der kommunistischen Bewegung (vgl. ebd., S. 37). Am nächsten Tag begaben sich mehrere tausend Demonstranten auf den Weg zum Polizeigefängnis. Als sie bei der Hörlgasse eine Absperrungskette durchbrechen wollten, wurden sie von der sozialdemokratisch organisierten Stadtschutzwache unter Beschuss genommen, 20 Demonstranten wurden erschossen, 50 schwer verletzt. Die Nachricht von diesem Zusammenstoß drang in die Kaserne und das Bataillon 41 musste bei dem Versuch einzugreifen von den anderen Einheiten mit Gewalt zurückgehalten werden.

In Wien und in ganz Österreich ging nach dem 15. Juni 1919 der Einfluss der Kommunisten rapide zurück. Das Volkswehrbataillon 41 wurde Anfang August – ohne großen Widerstand – aufgelöst. Die Sozialdemokratie hatte sich insgesamt als Ordnungsmacht und damit „als Alleinvertretung innerhalb des linken Lagers durchgesetzt" (ebd., S. 40). Ihre Ideologie und Strategie kann beschrieben werden als ein Weg „der zielbewussten allmählichen Eroberung der politischen Macht. Radikalismus sei erwünscht, er müsse aber

15 Es muss insgesamt beachtet werden, dass parallel zu den oben beschriebenen Ereignissen die Friedensverhandlungen in Frankreich stattfanden. Dieses Ereignis hing wie ein Schatten über dem im obigen Kapitel dargestellten Verlauf und wirkte sich, besonders nach der Verlautbarung der Friedensbedingungen, niederschmetternd auf die allgemeine Stimmung aus.

im Rahmen der Organisation vertreten werden“ (ebd., S. 38). Die Einheit der Partei war erhalten geblieben, und fast die gesamte Arbeiterschaft stand hinter ihr. Die Macht der Arbeiterräte sank „parallel zur Konsolidierung der bürgerlichen Ordnung und der Umwandlung der Rätebewegung in die Institution der Betriebsräte“ (Stadler 1983, S. 80).

Zwischen Waffenstillstand und Frieden

Im Namen des Obersten Rates der Alliierten lud die französische Regierung am 2. Mai 1919 die österreichische Regierung ein, ihre bevollmächtigten Vertreter am 12. Mai zu entsenden. Die Friedensverhandlungen fanden in Saint-Germain-en-Laye statt.

Die konstituierende Nationalversammlung hatte Staatskanzler Renner als bevollmächtigten Vertreter bestimmt, der Christlichsoziale Alfred Gürtler und der Großdeutsche Ernst Schönbauer standen ihm als politische Berater zur Seite. Darüber hinaus bestand die Delegation aus circa 30 Personen; Diplomaten, Vertreter der besetzten oder bedrohten Gebiete sowie Experten wie z. B. Heinrich Lammasch, ein Experte für das Völkerrecht.

Am 2. Juni fand die Überreichung des ersten Teiles der Friedensbedingungen statt, der überwiegend territoriale Bestimmungen enthielt. Sofort kristallisierte sich ein grundlegender Unterschied in der rechtlichen Auffassung des internationalen Status der Republik Österreich heraus. Die Alliierten sahen Österreich als Rechtsnachfolger der Donaumonarchie an, wogegen die österreichische Delegation die folgende Position vertrat: „Deutschösterreich sei wie die anderen Sukzessionsstaaten durch revolutionäre, originäre Neubildung entstanden. Dieser am 12. November 1918 entstandene Neustaat hätte sich mit keiner Macht im Kriegszustand befunden und sei als neutraler Staat anzusehen, mit dem ein Friedensvertrag gar nicht abgeschlossen werden könne“ (Goldinger/Binder 1992, S. 43). Doch die Alliierten ließen sich nicht umstimmen, und Österreich wurde – gemeinsam mit Ungarn – als Nachfolger des alten Staates begriffen und hatte dementsprechend die Last der Niederlage des Ersten Weltkriegs zu tragen. Die skizzierte Argumentation auf Seiten der Österreicher beinhaltete darüber hinaus einen Widerspruch, der die Verhandlungsposition in Bezug auf die Grenzfestlegung sowie die Protesthaltung gegenüber den von den Alliierten auferlegten Verpflichtungen schwächte. „Denn wenn [...] Österreich bis zum Abschluss des Vertrages eigentlich nicht bestanden hat, so kann es auch keine Gebiete verloren haben“ (Kreissler 1970, S. 80f.).

Am 20. Juli 1919 wurden Österreich die weiteren und damit vollständigen Friedensbedingungen übergeben, zu denen es sich bis zum 6. August äußern konnte. Eindeutig zeigte sich, dass der besonders von Otto Bauer vorangetriebene Anschluss an Deutschland von den Alliierten nicht akzeptiert wurde. Der Artikel 88 des Vertrages von St.-Germain verbot den Anschluss für alle Zeiten. Nur wenn der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmen würde, könne ein Anschluss an Deutschland vollzogen werden.[16] Die endgültigen Friedensbedingungen wurden am 2. September überreicht; am 6. September berichtete Karl Renner der Nationalversammlung über die monatelangen Verhandlungen. Neben den schon erwähnten Bedingungen waren die Grenzen festgelegt worden. Österreich musste Südtirol bis zum Brenner abtreten, darüber hinaus Triest, Istrien und Dalmatien sowie Teile von Krain und Kärnten. Gleichzeitig wurde ihm ein neues Gebiet zugesprochen, ein Teil vom sogenannten Westungarn, das später in Burgenland umbenannt wurde.[17] Ebenfalls wurde Österreich zur ‚Wiedergutmachung' verurteilt und musste – gemeinsam mit Ungarn – die Vorkriegsschulden und die Kriegsanleihe übernehmen. „Somit hatte Österreich eine Schuldenlast von 50 bis 55 Milliarden Kronen zu tragen" (ebd., S. 82).[18] Außerdem musste eine fast hundertprozentige Abrüstung vorgenommen werden.

Die Debatte in der Nationalversammlung verlief stürmisch. Die Bedingungen wurden als Diktat empfunden. Trotzdem gab Renner „der Nationalversammlung den Rat, den Friedensvertrag anzunehmen, denn ‚wie groß die moralischen und politischen Opfer sein mögen, wir könnten weder den Krieg wiederaufnehmen noch in dem Zustand, in dem wir uns befinden, weiterleben'" (ebd., S. 79f.). Die Nationalversammlung stimmte, mit Ausnahme der Deutschnationalen, für die Unterzeichnung der Friedensbedingungen.

Am 10. September fand die feierliche Unterzeichnung des Friedensvertrages statt. Obwohl Österreich alle wichtigen Bedingungen der Alliierten ange-

16 Dieser Beschluss der Alliierten kam für Österreich nicht wirklich überraschend, da Deutschland schon am 22. April 1919 im Friedensvertrag zur Anerkennung der österreichischen Unabhängigkeit verpflichtet worden war.

17 Ungarn wurde ebenfalls, im Friedensvertrag von Trianon am 4. Juni 1920, als Nachfolgestaat der Donaumonarchie und als Kriegsstifter eingestuft. Westungarn musste teilweise an die Tschechoslowakei und teilweise an Österreich abgetreten werden. Dieser Vertrag enthielt auch den Kriegsschuldparagraphen sowie Bestimmungen über Wiedergutmachung, Abrüstung und Rüstungsbeschränkungen.

18 Nachdem der Völkerbund Österreich 1920 aufgenommen hatte, wurden die restlichen Reparationsschulden gestrichen.

nommen hatte, gab es in einer Frage nicht nach: Es bezeichnete den Vertrag nicht als Friedens-, sondern als Staatsvertrag, da es als neu gegründeter Staat keinen Krieg geführt hatte.

Am 21. Oktober 1919 kam die Nationalversammlung den Verpflichtungen des Vertrages von St.-Germain nach und ließ die strikte staatspolitische Trennung zwischen den beiden Staaten in einem Gesetz verankern. Österreich erhielt als demokratische Republik den Namen ‚Republik Österreich'.

Der Versuch der Stabilisierung

Die sozialdemokratisch-christlichsoziale Koalition wurde hauptsächlich aufgrund der wirtschaftlichen Notlage und aus einem Verantwortungsgefühl heraus, also im Interesse des Staates, aufrechterhalten. Beide Parteien wussten, dass sie dafür auf wichtige Programmpunkte verzichten mussten und dass dieser Verzicht von ihren Anhängern nicht begrüßt wurde. Nach Abschluss des Friedensvertrages und der damit einhergehenden Normalisierung der Verhältnisse zeigten sich die Differenzen immer deutlicher. „Der Hauptvorwurf der Sozialisten gegen die Christlichsozialen bestand darin, daß sie zwar in der Regierung säßen und, wie man sich drastisch ausdrückte, aus der Krippe fräßen, dafür aber nicht die Verantwortung tragen wollten und die Regierung als eine rein sozialistische hinstellten, für deren Fehler und Unterlassungen die Linke allein schuldtragend sei" (Goldinger/Binder 1992, S. 85). Gleichzeitig gab es innerhalb der Sozialdemokratie Kreise, die immer noch eine soziale Revolution wollten und nicht nur sozialpolitische Rechte[19].

Nach vielen Auseinandersetzungen brach am 10. Juni 1920 die Koalition auseinander. „Dieser Tag war gewiß einer der folgenschwersten in der Geschichte der Republik" (ebd., S. 89). Von da an blieb die Sozialdemokratie – als Opposition – ohne wirkliche Einflussnahme auf die Staatsgeschäfte.

---

19 Höhepunkt der sozialpolitischen Gesetzgebung waren die Jahre 1918 bis 1921; das Achtstundentagsgesetz, Arbeitslosenversicherung, Einrichtung von Arbeiterkammern, bezahlte Urlaubsregelungen, Betriebsrätegesetz u. ä. sind in dieser Zeit entstanden. Bunzl/Martin schreiben diesem Sozialgesetzgebungswerk einen Doppelcharakter zu: „Einerseits kam darin die unerhörte Stärke der Arbeiterbewegung zum Ausdruck, welche der Bourgeoisie die fortschrittlichsten Sozialgesetze Europas abringen konnte, andererseits fallen die Gesetze im historischen Kontext hinter die revolutionären Möglichkeiten der Situation weit zurück und sollten gerade vom Ausnutzen dieser Möglichkeiten abhalten" (1983, S. 39).

Weil feststand, dass im Oktober Neuwahlen stattfinden würden, musste nach dem Ende der Koalition zunächst eine Übergangslösung gefunden werden. Nach längeren Verhandlungen wurde eine sogenannte Proporzregierung[20] eingeführt. Die Proporzregierung wies eine ähnliche Zusammensetzung wie die Koalitionsregierung auf, nur dass jetzt die großdeutschen Vertreter mit im Kabinett saßen.

Als nächste Aufgabe rückte die Schaffung der Verfassung in den Mittelpunkt. Zentraler Klärungsbedarf existierte in Bezug auf das Verhältnis der Länder zum Staat. Trotz des Anschlussverbotes an Deutschland gab es nach Abschluss des St.-Germain Vertrages weiterhin Tendenzen zur Verbindung mit Deutschland, besonders in Vorarlberg, Tirol, Oberösterreich und der Steiermark.[21] Diese Haltung ging einher mit einer partikularistischen Einstellung. Schon bei dem Zusammenbruch der Monarchie gab es in den „einzelnen historisch entstandenen Länder[n] Österreichs“ (Kreissler 1970, S. 85) Bestrebungen, eigenständig über die Zukunft entscheiden zu wollen und sich in diesem Sinne auf das Selbstbestimmungsrecht zu beziehen. Deshalb gab es im Jahre 1919 lang anhaltende Diskussionen über die staatsrechtliche Position der Länder. Der Partikularismus der Länder zeigte sich in unterschiedlichster Form. Einige Länder sperrten sich wirtschaftlich voneinander ab, wodurch beispielsweise die Hungersnot in Wien verschärft wurde. Anstatt eines Zusammengehörigkeitsgefühls herrschten eher Verwirrung und Egoismus.

Vor diesem Hintergrund fanden die Verhandlungen über die Verfassung statt. Aufgrund des beschriebenen Kräfteverhältnisses im Parlament war abzusehen, dass die Ausarbeitung der Verfassung auf der Grundlage eines Kompromisses vollzogen werden würde. Dieser Kompromiss bewegte sich zwischen einer zentralistischen und einer föderalistischen Position. Der Völkerrechtler Hans Kelsen wurde mit der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfes beauftragt, und am 24. September 1920 konnte der Entwurf im

---

20 „Das war eine Regierung, in der alle im Parlament vertretenen Parteien ihrer Stärke entsprechend teilnahmen. Jede Partei wählte nur ihre Vertreter und übernahm keinerlei Verantwortung für die anderen Regierungsmitglieder“ (Kreissler 1970, S. 95).

21 Tirol erklärte sich zeitweise für unabhängig (was die Wiener Regierung nicht akzeptierte), anschließend wurde der Anschluss an Deutschland propagiert. In Vorarlberg beispielsweise gab es ein privates Komitee, das für den Anschluss an die Schweiz warb. Am 11. Mai 1919 kam es sogar zu einer offiziellen Volksabstimmung, bei der circa 80 % für diesen Anschluss votierten. Die Wiener Regierung erklärte ein weiteres Mal, dass kein Landesteil das Recht besäße, sich vom Gesamtstaat zu trennen.

Nationalrat vorgelegt werden. Ignaz Seipel war Berichterstatter. „Seipel unterstrich, daß es darum gegangen war, die Prinzipien des Bundesstaates und der Demokratie miteinander in Einklang zu bringen“ (ebd., S. 96). Dementsprechend hatte man sich sozusagen auf einer mittleren Linie geeinigt. Der Bundesstaat Österreich bekam zwei Kammern: den durch allgemeine Wahlen gewählten Nationalrat und eine Länderkammer (Bundesrat), die indirekt, bestimmt durch die Machtverhältnisse in den Landtagen, gewählt wurde. Der Bundesrat bekam ein suspensives Vetorecht, konnte also nur ein Veto mit aufschiebender Wirkung aussprechen. Außerdem wurde das Amt des repräsentativen Bundespräsidenten eingeführt, der von der Bundesversammlung (Nationalrat und Bundesrat) gewählt wurde. Die Regierung wurde vom Nationalrat gewählt. Österreich hatte somit ab dem 1. Oktober 1920 eine Verfassung, die am 10. November in Kraft trat. Sie wurde einige Male novelliert, zum Beispiel wurde Wien am 1. Januar 1922 ein selbständiges Bundesland.

Die Nationalversammlung, die ihre Aufgabe erfüllt hatte, löste sich auf, und am 17. Oktober 1920 fanden Neuwahlen statt. Die Wahl endete mit einer Niederlage für die Sozialdemokraten, verbunden mit einem Sieg für die Christlichsozialen.

Die Mandatsverteilung sah folgendermaßen aus:

Christlichsoziale	79 Sitze (+10)
Sozialdemokraten	62 Sitze (-10)
Großdeutsche[22]	18 Sitze

Eine christlichsoziale-sozialdemokratische Koalition stand nicht zur Debatte. Die Wege der beiden Parteien trennten sich und – dies sei hier schon angemerkt – in den folgenden Jahren wurde die Kluft immer größer bis hin zum offenen Bürgerkrieg im Februar 1934. Die CP wuchs zu einer Staatspartei empor, die Sozialdemokraten zu einer Oppositionspartei; beides ging mit einer Erstarrung der politischen Ansichten in der Wählerschaft einher.[23]

---

22 Die Deutschnationalen hatten sich im Jahre 1920 als Großdeutsche Volkspartei formiert. Von den 18 Sitzen gingen sechs an Mitglieder der Deutschen Bauernpartei.

23 Obwohl die Sozialdemokratie auf Bundesebene in der Opposition blieb, war sie im Bundesland Wien bis 1934 stärkste Partei und sie leitete die Gemeindeverwaltung, weshalb Wien oft als das ‚rote Wien‘ bezeichnet wurde. Der Anteil Wiens an der gesamtösterreichischen Bevölkerung betrug circa 33 % (vgl. Frei 1984, S. 54). Weil Wien ab dem Januar 1922 den Status eines unabhängigen Bundeslandes besaß, verfügte es u. a. über die Finanz-

Michael Mayr (CP), der schon den Vorsitz in der Proporzregierung hatte, wurde am 22. Oktober Bundeskanzler und stellte somit die Führung der bürgerlichen Regierung dar. Die erste Aufgabe der neuen Regierung war die Organisation der Wahl des Bundespräsidenten. Weil keine Partei über eine Mehrheit in der Nationalversammlung verfügte, wurde der Nichtparlamentarier und Großgrundbesitzer Michael Hainisch gewählt. Hainisch blieb – nach Wiederwahl im Jahre 1924 – bis 1928 im Amt.

Bundeskanzler Mayr stand vor einer Anzahl von Problemen: Hauptaufgabe war die Eindämmung der Inflation; ebenfalls besorgniserregend waren strittige Grenzfragen mit Ungarn[24] sowie der weiterhin in einigen Bundesländern propagierte Anschluss an Deutschland. Mayr setzte alle seine Anstrengungen auf die Erlangung einer Kredithilfe aus dem Ausland. Mehrere Versuche schlugen fehl (vgl. Goldinger/Binder 1992, S. 102; Kreissler 1970, S. 99f.). Als eine weitere Steigerung der Lebensmittelpreise drohte, kam es am 1. Dezember 1921 zu einem „elementare[n] Verzweiflungsausbruch der Arbeiterschaft“ (Goldinger/Binder 1992, S. 103), der zu Ausschreitungen und zu einer Verwüstung der Innenstadt und der Mariahilferstraße in Wien führte. In Österreich dachten viele Menschen an das Ende des neuen Staates. Der Anschlussgedanke an Deutschland wurde wieder lauter verkündet, die schon erwähnten Volksabstimmungen erschütterten den Staat schwer. Gerade durch die Verlautbarungen bezüglich eines Anschlusses sank die Kreditwürdigkeit Österreichs.[25] In dieser Situation stellten die Großdeutschen im Parlament den Antrag, im ganzen Land eine Volksabstimmung über den Anschluss an Deutschland durchzuführen. Bundeskanzler Mayr sah als einzigen Ausweg nur noch den Rücktritt, den er am 1. Juni 1921 aussprach. Sein Nachfolger wurde der Polizeipräsident von Wien, Johann Schober, der

---

hoheit der Ländereinnahmen und besaß Gesetzgebungskompetenz. Der städtische Finanzreferent Hugo Breitner führte ein neues Steuersystem ein, wodurch Reiche mehr Steuern zahlen mussten. Mit diesen Steuern wurde beispielsweise das Wiener Wohnungsbauprogramm finanziert. Von 1923-1933 wurden rund 60 000 neue Wohnungen gebaut. Ebenfalls wurden die Bereiche Kinder- und Jugendfürsorge, Gesundheitsfürsorge, Schul- und Bildungsarbeit sowie Kultur ausgebaut (vgl. Frei 1984; Kreissler 1972, S. 134ff.; Pohanka 1998, S. 196-203; Czeike 1981, S. 270-274).

24 Es ging um die von den Alliierten festgelegte Übergabe des sogenannten Burgenlandes von Ungarn an Österreich.

25 Hinzu kam, dass der Exkaiser Karl Ostern 1921 unerkannterweise über Österreich nach Westungarn reiste und dort den Versuch eines Staatsstreichs unternahm. Auch dies setzte die Kreditwürdigkeit herab, da das Ausland an ein Nichtwissen seitens Österreich kaum glauben konnte.

mit den Großdeutschen sympathisierte ohne Mitglied zu sein. Er wurde am 21. Juni 1921 zum Bundeskanzler gewählt. Schober gelang der erste außenpolitische Erfolg. Am 16. Dezember kam es mit der Tschechoslowakei zu einer Unterzeichnung eines Handels- und Freundschaftsabkommens (Vertrag von Lana). In diesem Rahmen erhielt Österreich einen Kredit von 500 Millionen Tschechenkronen, der für den Kauf von Kohle und Zucker bestimmt war. Gleichzeitig wurde damit die wirtschaftliche Blockade zum ersten Mal gebrochen.

Die beiden großen Parteien stimmten dem Vertrag zu, die Großdeutschen aber zogen ihre Vertreter zurück. Sie warfen Schober Verrat vor, „hatte er doch mit dem ‚Erbfeind' paktiert" (Kreissler 1970, S. 102). Schober musste sein Kabinett umbilden und verfügte im Parlament nur noch über eine Dreistimmenmehrheit. Ein weiterer außenpolitischer Erfolg gelang ihm im April 1922, parallel zur Konferenz der Großmächte in Genua. Die Alliierten sicherten den Verzicht auf das im St.-Germain-Vertrag zugesprochene Pfandrecht zu. Damit war für Österreich der Weg für einen Sanierungskredit offen, da es nun über die Einnahmen aus Steuern und Zöllen verfügte und diese potentiellen Kreditgebern als Pfand in Aussicht stellen konnte.

Nach seiner Rückkehr nach Österreich geriet Schober in einer Abstimmung aufgrund des Verhaltens der Großdeutschen in die Minderheit. Die Christlichsozialen hätten ihm zwar behilflich sein können, doch da sich ein möglicher Sanierungskredit am Horizont abzeichnete, sahen sie ihre Stunde gekommen. Schober trat am 24. Mai 1922 zurück. Am 31. Mai 1922 wurde Ignaz Seipel (CP) zum Bundeskanzler gewählt, und eine neue Epoche begann.

Ignaz Seipels Sanierungswerk

Die Voraussetzung für den Beginn einer Sanierung des Staates war eine stabile Regierungsmehrheit. In den Augen Ignaz Seipels kamen in erster Linie die Deutschnationalen in Frage, also diejenigen, die es seinem Vorgänger Schober so schwer gemacht hatten. Mit 308 gegen 58 Stimmen stimmte der Parteitag der Großdeutschen für eine Koalition mit der CP, die in einem gemeinsamen Pakt besiegelt wurde.

Seipel reiste ins Ausland, um die Kreditfrage in Angriff zu nehmen. Nach unzähligen Verhandlungen und zwei eindrucksvollen Reden vor dem Völkerbund gelang eine Vereinbarung mit den Vertretern der britischen, französischen, italienischen und tschechoslowakischen Regierungen. Diese Ver-

einbarung, die unter dem Namen ‚Drei Genfer Protokolle' bekannt wurde, kam am 4. Oktober 1922 zustande.

Im 1. Protokoll garantierten die vier Regierungen die politische und territoriale Unabhängigkeit Österreichs. Österreich sagte zu, die eigene Unabhängigkeit in den nächsten zwanzig Jahren nicht aufzugeben.

Protokoll Nr. 2 enthielt die Garantie für eine Staatsanleihe von 650 Millionen Goldkronen, die von den vier Mächten im Namen des Völkerbundes gegeben wurde. Deren Ertrag durfte „nur unter Verantwortlichkeit eines vom Rate des Völkerbundes eingesetzten Generalkomissärs verwendet werden" (Goldinger/Binder 1992, S. 114). Ebenfalls durfte Österreich nicht ohne Zustimmung weitere Anleihen aufnehmen.

Im 3. Protokoll waren die politischen Verpflichtungen Österreichs benannt. Binnen eines Monats musste ein Reform- und Sanierungsprogramm ausgearbeitet werden. Dieses Programm sollte gewährleisten, dass nach zwei Jahren das Gleichgewicht im Staatshaushalt hergestellt werden könnte. Als Pfänder zum Garant der Anleihe galten die Bruttoeinnahmen aus den Zöllen und dem Tabakmonopol. „Schließlich mußte sich die Regierung dazu verpflichten, was Seipel nur allzu gern unterschrieb, ‚alle Vorsorgen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe zu treffen'" (Kreissler 1970, S. 108).

Nach der Unterzeichnung in Genf musste Seipel das Abkommen im eigenen Parlament ratifizieren lassen. Weil einige Punkte als Verfassungsartikel galten, war zu deren Beschlussfassung eine Zweidrittelmehrheit – also auch die Stimmen der Sozialdemokratie – nötig. Aus sozialdemokratischer Perspektive stellte das Abkommen einen Angriff auf die Demokratie dar und bedeutete eine Auslieferung an das ausländische Kapital. Doch die Sozialdemokratie verfügte nicht über einen Alternativvorschlag. Und so war in der *Arbeiter-Zeitung* zu lesen: „Österreichs Volk befindet sich in einer Zwangslage, zu wählen zwischen Verzicht auf die Freiheit oder der wirtschaftlichen Katastrophe" (zit. in ebd., S. 109). Die Sozialdemokratie entschied sich gegen die wirtschaftliche Katastrophe. Sie stimmte für die Gesetze, bei denen ihre Stimme benötigt wurde, die anderen lehnte sie ab; in der Gesamtabstimmung – am 2. Dezember 1922 – enthielt sie sich. Somit konnten die Genfer Protokolle verfassungsgemäß verabschiedet werden.

Seipel selbst sah das Abkommen als den eigentlichen Grundstein für die Konstituierung des Staates, weil sich so ein Vertrauen in die Zukunft Österreichs entwickeln könne. „So hat die Sanierung, deren Fragwürdigkeit in

vielen Punkten auch Seipel nicht verborgen blieb – er betrachtete sein Werk bloß als einen schwankenden Notsteg über einen gähnenden Abgrund –, im geistigen Bereich den großen Erfolg gezeitigt, daß sich die Republik zum erstenmal seit ihrer Errichtung auf sich selbst besann“ (Goldinger/Binder 1992, S. 115).

Am 18. Dezember 1922 begann die Tätigkeit des vom Völkerbund ernannten holländischen Generalkommissärs Alfred Zimmermann. Die Gründung der Nationalbank vollzog sich am 1. Januar 1923, die neue Währung, der Schilling, konnte erst zwei Jahre später eingeführt werden. Diese zwei Jahre waren von den strengen Maßnahmen der Finanzsanierung geprägt. 100 000 Stellen der Bundesangestellten wurden abgebaut; Steuern wurden erhöht; die Arbeitslosigkeit stieg. Alle anstehenden Fragen wurden von der Regierung Seipel autoritär gelöst. Vor allem waren es Sparmaßnahmen, „die tatsächlich die Ärmsten der Armen und die wirtschaftlich Schwächsten mit größter Härte trafen“ (Simon 1984, S. 92).

Im Frühjahr 1924 kam die Frage auf, wie lange die Genfer Kontrolle noch ausgeübt würde. Der Generalkommissär Zimmermann hielt ein langfristiges Gleichgewicht des Staatshaushaltes für noch nicht gewährleistet. Die Regierung wurde angehalten, stärker auf der Gemeinde- und Länderebene Einsparungen zu erwirken, wodurch die Stellung der Länder innerhalb des Bundes wieder Thema wurde. Seipel und Finanzminister Viktor Kienböck sahen in den Genfer Forderungen eine Chance, ihren Einsparungskurs auch in den kleinsten Einheiten durchsetzen zu können. Doch es kam anders – die Regierung von Seipel wurde gestürzt. Zum einen brach im November 1924 ein Streik der Eisenbahner aus, zum anderen – was den Ausschlag gab –, spürte Seipel Widerstand in seiner eigenen Partei. Die CP-Vertreter in den Landesregierungen waren nicht bereit, das Sanierungskonzept weiter mitzutragen. Seipel, der durch ein Attentat im Sommer 1924 gesundheitlich angeschlagen war, trat am 8. November zurück. In den Grundstrukturen war die Finanzsanierung abgeschlossen. Am Jahresende konnte jeder Einwohner für 10 000 Kronen einen Schilling eintauschen.

In die sich neu bildende Regierung zogen Vertreter der Länder ein. Rudolf Ramek (CP) aus Salzburg wurde Bundeskanzler, der aus der Steiermark kommende Jakob Ahrer (CP) Finanzminister. Als Außenminister trat Heinrich Mataja (CP) der Regierung bei. Die christlichsoziale-großdeutsche Koalition wurde fortgesetzt. Ihre Ära ist von Finanz- und Korruptionsskandalen

gekennzeichnet, die zu noch stärkeren politischen und sozialen Gegensätzen führten.

Die Krise der Demokratie

In der Regierungszeit von Ramek gab es eine Reihe von Finanzskandalen, in die regierungsnahe Persönlichkeiten und Mitglieder des Kabinetts verwickelt waren. Devisenvergehen, Steuerhinterziehungen sowie Börsenspekulationen aktiver Politiker bildeten dabei den Anfang. Es begann eine Zeit, die für ihre anrüchige Verbindung von Politik und Geschäft bekannt wurde. Die Verquickung zwischen Geldinstituten und Politikern der Regierungsparteien sowie die Tatsache, dass die Allgemeinheit die schweren finanziellen Opfer zu tragen hatte, führten zu einer Vertrauenskrise. Bundeskanzler Ramek konnte sich nicht weiter im Amt halten. Er dankte am 25. Oktober 1926 ab.

Die Bankenskandale waren nicht die einzigen kritischen Ereignisse in der Regierungsära Ramek gewesen. Aufgrund einer verstärkten Wirtschaftskrise und einer sprunghaft angestiegenen Arbeitslosenzahl stellte sich ein weiteres Mal die Frage nach der Überlebensfähigkeit Österreichs. Weil der Völkerbund weiterhin die Sanierung überwachte, wurden zwei Experten nach Österreich gesandt, die die wirtschaftliche Situation untersuchen sollten. Deren Bericht im September 1925 besagte sinngemäß, „der Staat sei lebensfähig, leide nur in besonderem Maße unter den Schwierigkeiten, mit denen im Grunde ganz Europa zu kämpfen habe“ (Goldinger/Binder 1992, S. 122). Am 30. Juni 1926 stellte Generalkommissär Zimmermann seine Tätigkeit ein.[26]

Trotz der amtlichen Bestätigung einer Überlebensfähigkeit wurde mit dem Argument der Wirtschaftskrise erneut der Anschluss an Deutschland propagiert. Zu den Verfechtern der Anschlussidee gehörten die Industrie- und Wirtschaftskreise. Als Argument diente die wirtschaftliche Notwendigkeit. Es verbreitete sich eine „allgemeine Deutschtümelei“ (Kreissler 1970, S. 143), die in Sängerfesten, in Verbrüderungsreden bei kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenkünften, in pangermanistischen Studentenkreisen und Zeitungsartikeln ihren Niederschlag fand. Nur wenige erwarteten eine bal-

26 Zwar wurde mit dem Ende der Tätigkeit Zimmermanns die Kontrolle des Völkerbundes aufgehoben, doch gab es zu erfüllende Bedingungen. Zum einen bekam die Nationalbank für weitere drei Jahre einen Berater an die Seite gestellt, zum anderen konnte in den folgenden 10 Jahren die Kontrolle wiederbelebt werden.

dige Entscheidung auf politischer Ebene. Wer aber sehr wohl in dieser Kategorie dachte, war Ignaz Seipel. Er verkündete, „daß Österreich an der durch die Gleichheit der Sprache und Kultur zum Ausdruck kommenden Blutsund Schicksalsgemeinschaft festhalten wolle“ (ebd.).

War es vorher die Linke gewesen, die sich für die Idee des Anschlusses – im Sinne eines gesamtdeutschen Sozialismus – erwärmte, so standen jetzt die wirtschaftlichen Interessen im Vordergrund. Diese Tendenz ging einher mit dem Ziel, die Auswirkungen der Revolution von 1918 in Österreich rückgängig zu machen. „[D]ies geschah vor allem im Zeichen des ‚Antimarxismus‘, aber auch des Antisemitismus und einer immer lautstarker werdenden Bewegung gegen die ‚parlamentarische Quatschbude‘, gegen die Parteien im allgemeinen, aber vor allem gegen die Sozialdemokratie, die Austro-Bolschewisten“ (ebd.).

Verschiedene bewaffnete Organisationen traten immer öfter in Erscheinung. Auf sozialdemokratischer Seite gab es den ‚Republikanischen Schutzbund‘, von Seiten der Rechten die sogenannten ‚Heimwehren‘. Neben kleineren antiparlamentarischen Organisationen gab es noch die ‚Frontkämpfervereinigung‘. Sie diente als Sammelbecken für viele konservativ Gesinnte und umfasste Monarchisten ebenso wie Nationalsozialisten (vgl. Goldinger/Binder 1992, S. 139-144; Kreissler 1970, S. 143-147).

Die Abdankung Rameks machte Platz für die zweite Regierung Seipel. Insgesamt hatten sich die sozialen Spannungen im Staatsinneren verschärft; die Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der Regierung und der Opposition gewannen an Bedeutung. Ein Gesetz über die Altersversicherung der Arbeiter wurde am 1. April 1927 auf den Weg gebracht. Sein Inkrafttreten war mit einer Klausel verbunden: Nur wenn die Arbeitslosenzahl unter 100 000 sank, würde die Altersversicherung in Kraft treten. Vor diesem Hintergrund verstärkte sich der Streit über die Wirtschaftspolitik. Der neue Finanzminister Kienböck setzte mit kompromissloser Härte auf einen Kurs der Währungsstabilität, eine Linie, die die Gefahr höherer Arbeitslosigkeit barg. Im Zuge der anstehenden Neuwahlen trat darüber hinaus die Frage des Mieterschutzes in den Vordergrund, eine Errungenschaft, die seit 1922 die Höhe der Mieten in Grenzen hielt und nun von der Regierung abgeschafft werden sollte.

Im November 1927 fand ein Parteitag der Sozialdemokraten statt, auf dem das sogenannte Linzer Programm verabschiedet wurde. Dieses verband – in austromarxistischer Tradition – eine tendenziell revolutionäre Sprache mit

eher reformistischen Zielen. „Die wesentliche Zielsetzung wurde [...] folgendermaßen formuliert: ‚Die Sozialdemokratische Partei erobert durch die Entscheidung des allgemeinen Wahlrechtes die Staatsmacht'" (Kreissler 1970, S. 148). Gleichzeitig enthielt das Programm aber Passagen, die – sollte sich die Bourgeoisie der sozialistischen Revolution widersetzen – die Diktatur des Proletariats und andere radikale Formulierungen beinhalteten. So konnte die Gegenseite in Person Seipel das Linzer Programm als ein Bekenntnis zum Bolschewismus deuten. „Diesem Austro-Bolschewismus setzte Seipel sein Programm einer ‚echten ständischen Demokratie' anstatt parlamentarischer ‚Scheindemokratie' gegenüber" (ebd.). Seipel entschloss sich zu einer Einheitsliste. Das Vorhaben gelang zum Teil. Zur Wahl am 24. April 1927 taten sich die christlichsoziale-großdeutsche Koalition und „die Reste des liberalen Bürgertums" (Goldinger/Binder 1992, S. 136) zusammen; die Einheitsliste – auch Bürgerblock genannt – war entstanden. Der Landbund hatte eine Beteiligung abgelehnt.

Die Wahl insgesamt wurde zu einem Erfolg der Sozialdemokratie, was nicht zuletzt auf die schon erwähnte Mietenfrage zurückzuführen war. Die Mandatsverteilung sah folgendermaßen aus:

Christlichsoziale	73 Mandate (-9 Mandate)
Großdeutschen	12 Mandate (+2 Mandate)
Sozialdemokraten	71 Mandate (+3 Mandate)
Landbund	9 Mandate (+4 Mandate)

Die Sozialdemokraten erreichten 42 % der Stimmen, wodurch der Glaube, den Sozialismus auf parlamentarischem Wege erreichen zu können, gestärkt wurde.

Seipel, der von seinen Parteifreunden harte Kritik einstecken musste, gelang ein taktisches Meisterstück: Er konnte den Landbund für den Regierungseintritt gewinnen. Landbundführer Karl Hartleb wurde Vizekanzler und Innenminister.

Die dann folgenden Ereignisse am 15. Juli 1927 trafen die Politiker aller Lager unvorbereitet: Nichtorganisierte Großdemonstrationen, der brennende Justizpalast und 90 Tote veränderten die politische Landschaft Österreichs.

Der 15. Juli 1927

Die Vorgeschichte zum 15. Juli ereignete sich in der burgenländischen Gemeinde Schattendorf. Im Sommer 1926 gründete sich hier eine Ortsgruppe der ‚Frontkämpfervereinigung', darauf erfolgte die Gründung des ‚Republikanischen Schutzbundes'. Nach einer sozialdemokratischen Versammlung kam es am 30. Januar 1927 zu einem Zusammenstoß. Sozialdemokraten zogen an dem Stammlokal der ‚Frontkämpfer' vorbei, Beschimpfungen wurden gegenseitig ausgesprochen, das Gebäude mit Steinen beworfen. „Obwohl kein einziges Fenster beschädigt wurde, eröffneten die ‚Frontkämpfer' Gewehrfeuer. [...] Ein Kriegsinvalide und ein achtjähriger Bub starben infolge der Schusswunden" (Simon 1984, S. 107). Die Schüsse wurden allseits als eine überzogene Reaktion auf die Schutzbundprovokation und nicht als Notwehr empfunden.[27]

Am 14. Juli 1927 wurden die drei angeklagten ‚Frontkämpfer' – die ihre Tat nicht bestritten – von einem Geschworenengericht in Wien freigesprochen.[28] Nachdem dieses Urteil am Abend öffentlich verkündet worden war, reagierte die Wiener Arbeiterschaft mit großer Erregung. Am frühen Morgen des 15. Juli wurde spontan von den Betriebsräten der Elektrizitätswerke der Strom abgestellt. Es kam zu Protestversammlungen und Demonstrationsmärschen. Der Justizpalast brannte, herbeigeeilte sozialdemokratische Funktionäre scheiterten mit ihren Beschwichtigungsversuchen. Karl Seitz, Bürgermeister von Wien, versuchte, der Feuerwehr Zugang zum Justizpalast zu ermöglichen. Er wurde beschimpft und musste sich zurückziehen. Anschließend erfolgte der Schießbefehl. Die Polizei schoss zunächst über die Köpfe hinweg und anschließend direkt in die Menge der Demonstranten. „Die zum größten Teil völlig unerfahrenen Polizeischüler, die wegen ihrer Verläßlichkeit in politischer Hinsicht eingesetzt wurden, schossen zunehmend blind, [...] und sie schossen auch, als die Menge flüchtete" (Goldinger/Binder 1992, S. 148f.). Innenminister Hartleb sprach von einer Hasenjagd. 86 tote Demonstranten, vier tote Polizisten und mehrere hundert Verletzte waren an diesem Tag zu beklagen. Seit Gründung der Republik hatte zum ersten Mal

---

27 Die Begräbnisfeierlichkeiten am 2. Februar 1927 waren von einem landesweiten fünfzehnminütigen Generalstreik begleitet.

28 „Die Geschworenen verneinten nicht nur die Schuldfrage auf Totschlag und auf ‚Verbrechen der schweren Körperbeschädigung', sondern auch die Frage bezüglich ‚Vergehen gegen die körperliche Sicherheit'. Letztere allerdings mit sieben ‚Ja' gegen fünf ‚Nein'. Auch dieses Urteil führte zum Freispruch, da Verurteilungen von Geschworenengerichten Zweidrittelmehrheiten erfordern" (Simon 1984, S. 107).

eine bewaffnete Regierungsmacht auf sozialdemokratische Arbeiter geschossen.

Die Sozialdemokraten forderten den Rücktritt der Regierung, was von Seipel abgelehnt wurde. Kurz gab es die Überlegung, den ‚Republikanischen Schutzbund' zu bewaffnen, doch die Sozialdemokraten wollten keinen Bürgerkrieg. Deshalb einigte man sich auf einen 24-stündigen Generalstreik sowie einen – u. a. im Verkehrswesen – unbefristeten Streik. „Am 18. Juli wurde der Verkehrsstreik bedingungslos abgebrochen und besiegelte so die schwere Niederlage der österreichischen Sozialdemokratie und der gesamten Arbeiterbewegung" (Kreissler 1970, S. 154).

Die Heimwehren profitierten von den Ereignissen des 15. Juli 1927. Ihr Auftrieb begründete sich vor allem in der Erfahrung, dass ein energisches Auftreten von Erfolg gekrönt sein könnte. Entsprechend wurden Aufmärsche auf den Straßen begrüßt, Präsenz sollte gezeigt werden. Neu erwachtes Selbstbewusstsein machte sich breit; Drohungen wurden gegen Parteien und Parlament geäußert. Die Heimwehren sollten in die Lage versetzt werden, weitere Erhebungen zu verhindern. Dementsprechend wurde die Organisation zentralisiert. Der Innsbrucker Rechtsanwalt Richard Steidle übernahm die Spitze der Bundesführung.[29] „Von da an verloren individuelle Gewaltakte von isolierten Einzelgängern [...] an Bedeutung, während lokale Zusammenstöße wiederholt den inneren Frieden bedrohten und das Land an den Rand des Bürgerkriegs brachten" (Simon 1984, S. 111). Die Heimwehren erhielten finanzielle Unterstützung von der Industrie und anderen geldkräftigen Kreisen, später auch von Italien.

Am 6. April 1929 erklärte Seipel zur Überraschung vieler den Rücktritt seines Kabinetts. Es begann ein großes Rätselraten um die wirklichen Gründe für den Rücktritt, ein Vorgang, den Seipel nie aufklärte.

Seipel, obwohl zurückgetreten, wirkte politisch weiter und wurde zu einem Förderer der Heimwehrbewegung. Am 15. Juli 1929 – also am 2. Jahrestag der blutigen Ereignisse – hielt Seipel einen Vortrag an der Universität Tübingen „und erklärte: ‚Bei uns in Österreich gibt es eine starke Volksbewegung, welche die Demokratie von der Parteienherrschaft befreien will. Die Träger

29 Ihm zur Seite stand kein anderer als Waldemar Pabst, der 1920 in dem Kapp-Putsch in Deutschland eine Rolle gespielt und Asyl in Tirol gefunden hatte.

dieser Volksbewegung sind die Heimwehren'" (zit. in Kreissler 1970, S. 160).

Das Ziel der Heimwehrbewegung war in ihren Worten die Niederschlagung des Austro-Bolschewismus, also der Sozialdemokratie, sowie die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie. Zwei verschiedene Linien innerhalb der Bewegung kamen dabei zum Vorschein: die eine tendierte zu den Christlichsozialen, die andere zu den Nationalsozialisten (vgl. ebd., S. 159).

Die wechselnden Regierungen

Nach dem Rücktritt Seipels gestalteten sich die Bildung der neuen Regierung und die Wahl eines Bundeskanzlers schwierig. Schließlich gab es eine Regierungsmehrheit für Ernst Streeruwitz (CP), die eine Verlegenheitslösung darstellte.

Nach einem Zusammenstoß zwischen Heimwehrlern und Mitgliedern des Schutzbundes in St. Lorenzen kam es am 18. August 1929 zu zwei Toten und mehreren Verletzten (vgl. Simon 1984, S. 114f.; Kreissler 1970, S. 161f.; Goldinger/Binder 1992, S. 161). „Während dieser Zeit sprachen die Führer der Heimwehr unaufhörlich von einem geplanten ‚Marsch auf Wien' und forderten eine Reform der Verfassung in ihrem Sinn" (Simon 1984, S. 114f.). Bundeskanzler Ernst Streeruwitz brachte für die umstürzlerischen Pläne der Heimwehr wenig Sympathie auf und musste unter Druck zurücktreten. Am 25. September 1929 wurde der Wiener Polizeipräsident Johann Schober zum Bundeskanzler gewählt, ein Mann mit guten Kontakten zur Heimwehr. Heeresminister Karl Vaugoin (CP) wurde Vizekanzler.

Für die anstehende Verfassungsreform wurde eine Zweidrittelmehrheit – also auch die Stimmen der Sozialdemokratie – benötigt. Nach langen Verhandlungen kam ein Kompromiss zustande, den Kurt von Schuschnigg, der Berichterstatter, als „Übergang von der rein parlamentarischen Demokratie zum parlamentarischen-präsidialen Freistaat" (zit. in Kreissler 1970, S. 163) bezeichnete.[30]

Am 7. Dezember wurde die Verfassungsreform verabschiedet; in erster Linie wurde die Einflussnahme des Bundespräsidenten erhöht. Die gerade von den

30 In der Literatur wird die Reform unterschiedlich bewertet. Während Goldinger/Binder kein „Abgehen von der demokratischen Republik" (1992, S. 163) diagnostizieren, nennt Kreissler die Reform „weder faschistisch noch eindeutig demokratisch" (1970, S. 163).

Heimwehren geforderte rechtliche Einschränkung Wiens – der Hochburg der Sozialdemokratie – wurde nur ansatzweise erfüllt. Neben der Heimwehr wandten sich noch andere Kreise gegen Schobers Kompromissbereitschaft. „[D]er Gedanke beherrschte, was geschehen würde, wenn die Sozialdemokratie auf demokratischem Wege einmal die Mehrheit gewinnen sollte“ (Goldinger/Binder 1992, S. 165).

Bundeskanzler Schober vermied zwar einen offenen Bruch mit der Heimwehr, doch ließ er keinen Zweifel daran, dass er einen Putsch nicht dulden würde. „Da die Heimwehr unter der Regierung Schober nicht zu Taten schreiten konnte, artikulierte sie im sogenannten ‚*Eid von Korneuburg*‘ ihr Programm“ (Simon 1984, S. 115, H. i. O.). Dieses am 18. Mai 1930 aufgestellte Programm enthielt im Kern ein Bekenntnis zu den Grundsätzen des Faschismus’, negierte die bestehende Staatsform und brachte das Machtstreben der Heimwehr auf den Punkt (vgl. Kreissler 1970, S. 165f.; Goldinger/Binder 1992, S. 171).

Österreich brauchte dringend finanzielle Hilfe, und Schober versuchte, diese in Form einer ausländischen Anleihe zu erreichen. Hierfür war eine gewisse Ruhe im Land und eine innere Abrüstung vonnöten, weshalb der Bundeskanzler ein sogenanntes Abrüstungsgesetz – bezogen auf den Schutzbund und die Heimwehr – in das Parlament einbrachte. Obwohl das beschlossene Gesetz kaum konkrete Auswirkungen nach sich zog, wurde Schober stark von der Heimwehr attackiert. Schober reagierte auf seine Weise. Er distanzierte sich öffentlich von der Heimwehr und ließ ihren Stabschef Pabst verhaften. Weil Pabst keine österreichische Staatsbürgerschaft besaß, wurde er ausgewiesen. Der Bruch war vollzogen. Große Teile der Christlichsozialen waren über den eingeschlagenen Kurs verstimmt. Die nächstbeste Gelegenheit für einen Sturz Schobers wurde genutzt. Er trat am 25. September 1930 zurück.

Die Heimwehrbewegung steckte durch interne Rivalitäten in der Krise. Am 2. September waren die bisherigen Bundesführer – Richard Steidle und Walther Pfrimer – zurückgetreten. Fürst Ernst Rüdiger Starhemberg war zum neuen Bundesführer gewählt worden, was aber noch kein Ende der Krise bedeutete. Der Plan von Seipel und Vaugoin sah vor, mit der Heimwehr eine Regierung zu bilden. So sollte der Zerfall aufgehalten werden.

Am 30. September 1930 wurde Starhemberg Innenminister, Seipel Außenminister und Vaugoin Bundeskanzler. Somit war die Heimwehr zum ersten Mal an der Regierung beteiligt. Weil die Regierung Vaugoin im Kabinett

keine Mehrheit finden würde, ließ Bundespräsident Miklas[31] den Nationalrat auflösen. Die Neuwahlen wurden für den 9. November angesetzt. Es setzte ein scharfer Regierungskurs ein. Zeitungen wurden beschlagnahmt, Putschgerüchte schwirrten herum, und Starhemberg ließ in ganz Österreich nach den Waffen des Republikanischen Schutzbundes suchen.

Eine bürgerliche Einheitsliste kam für diese Wahl nicht zustande. Ein Teil der Heimwehrführer kandidierte zusammen mit den Christlichsozialen, die anderen bildeten mit Starhemberg eine Heimatblockliste. Großdeutsche und Landbund kandidierten – unter Führung von Schober – als Nationaler Wirtschaftsblock. Die Nationalsozialisten hatten sich 1926 neu gegründet und kandidierten ebenfalls.

Die Mandatsverteilung sah folgendermaßen aus[32]:

Christlichsoziale	66 (-7 Mandate)
Nationaler Wirtschaftsblock	19 Mandate
Heimatblock	8 Mandate
Sozialdemokraten	72 Mandate (+1 Mandat)[33]

Durch die Wahlniederlage konnte sich Bundeskanzler Vaugoin nicht weiter halten. Eine Arbeitsgemeinschaft aller bürgerlichen Parteien kam nicht zustande. Schober lehnte eine gemeinsame Regierung mit der Heimwehr ab. Deshalb beauftragte Bundespräsident Miklas den Landeshauptmann von Vorarlberg, Otto Ender (CP), mit der Regierungsbildung. Ender war als Gemäßigter bekannt, weshalb die CP ihn nicht für eine gute Wahl hielt. Doch die Regierungsbildung gelang, und Schober wurde Vizekanzler und Außenminister.

Aufgrund der sich verschärfenden Wirtschaftskrise trat die Sorge um die Staatsfinanzen von Regierungsbeginn an in den Vordergrund. Die wirtschaftliche Situation förderte darüber hinaus den Anschlusswunsch. Seipels „außenpolitische Formel [...]: ‚Keine Kombination ohne Deutschland'" (Kreissler 1970, S. 178) wurde zum geflügelten Wort. Die wirtschaftliche Situation verschärfte sich durch den Zusammenbruch der Creditanstalt in

31 Wilhelm Miklas (CP) war am 5. Dezember 1928 zum Bundespräsidenten gewählt worden.

32 Die Nationalsozialisten bekamen 111 000 Stimmen, konnten aber in keinem Kreis ein Grundmandat erringen. Dementsprechend stellten sie keinen Vertreter im Nationalrat.

33 Damit war die Sozialdemokratie zum ersten Mal seit 1919 wieder stärkste Partei im Parlament.

Wien. Am 8. Mai 1931 hatte die Bilanz einen Verlust von 140 Millionen Schilling ergeben. Die Creditanstalt hatte infolge vorheriger Zusammenbrüche anderer Banken eine Monopolstellung und kontrollierte 80 % der Industrie. Ebenfalls war ausländisches Kapital mit der Anstalt verknüpft.

Nach der Verkündung des Zusammenbruchs der Creditanstalt am 8. Mai setzte ein Sturm auf die Kassen der Bank ein. Die Erklärung der Regierung, die Schulden zu übernehmen, konnte die Schließung nicht verhindern. „In der Tat riß der Zusammenbruch dieser letzten altösterreichischen Großbank, die noch auf dem Boden des neuen Staates bestand, nicht nur die österreichische Wirtschaft in den Abgrund, zerstörte ihre noch immer bestehenden engen Beziehungen zu den Nachfolgestaaten und löste letzten Endes auch ähnliche Erscheinungen in Deutschland aus. Die Stabilität mehrerer Währungen, nicht bloß des österreichischen Schillings, geriet ins Wanken, über Mitteleuropa, das seit seiner Zerreißung 1918/1919 nicht zur Ruhe gekommen war, brach das wirtschaftliche Chaos herein“ (Goldinger/Binder 1992, S. 180).

Infolgedessen war der Bundeskanzler gezwungen, den Rücktritt der Gesamtregierung zu erklären. Nun stand die Frage im Raum, welche Regierungskonstellation den Ernst der Lage meistern könne.

Bundespräsident Miklas gab Seipel den Auftrag, eine Konzentration aller Parteien herbeizuführen. Seipel unterbreitete den Sozialdemokraten ein Regierungsangebot, in dem der Führungsanspruch der CP aber gewahrt blieb. Nach längerer Diskussion lehnten die Sozialdemokraten ab (vgl. Goldinger/Binder 1992, S. 184f.; Kreissler 1970, S. 171f.). Die Bildung einer Mehrheitsregierung der bürgerlichen Parteien scheiterte an dem Widerstand der Großdeutschen. Seipel bestand auf Kienböck als Finanzminister, den die Großdeutschen ablehnten. Bundespräsident Miklas drohte mit der Ernennung einer Beamtenregierung. Letztlich konnte der erfahrene Taktiker Karl Buresch die Christlichsozialen, die Großdeutschen und die Landbundler auf ein gemeinsames Programm vereinigen. So wurde Buresch am 20. Juni 1931 Bundeskanzler, Schober blieb Vizekanzler und Außenminister.

Die Lage im Inneren erfuhr keine Verbesserung. Aus dem Hintergrund traten die Nationalsozialisten immer mehr in die Öffentlichkeit. Aus allen Lagern strömten ihnen Mitglieder zu. Unter ihrem Dach fanden sich vor allem viele Anschlussfreunde zusammen. Nun machte sich bei den Großdeutschen die Befürchtung breit, ihr eigenständiges Profil zu verlieren. Am 9. Januar 1932 sprachen sie deshalb bei Bundeskanzler Buresch vor. Sie wollten die Zusage,

dass der deutsche Kurs in der Außenpolitik, also die Anschlussfrage, weiterhin Bestand haben würde. Buresch, der in erster Linie notwendige Kredite von Frankreich im Auge hatte, gab keine zufriedenstellende Antwort. Mit seinem dann folgenden Rücktritt versuchte Buresch, „Schober auszubooten oder wenigstens auf ein anderes Ressort zu schieben“ (Goldinger/Binder 1992, S. 188). Die Großdeutschen zogen sich zurück. Die zehnjährige christlichsoziale-großdeutsche Zusammenarbeit war zu Ende. Buresch verfügte im Januar 1932 über sein zweites Kabinett, das aber nur noch aus den Christlichsozialen und dem Landbund bestand. Sie verfügten dementsprechend über keine Mehrheit im Parlament und waren auf die Duldung durch die Sozialdemokratie angewiesen. Dagegen protestierte die Heimwehr, Putschdrohungen machten die Runde. In die neue Regierung trat Schuschnigg (CP) als Justizminister ein, Engelbert Dollfuß (CP) führte – wie schon unter Ender – das Landwirtschaftsressort. Auch wenn beide Männer noch kein umstürzlerisches Programm vertraten, zweifelten sie doch an dem Parlamentarismus in vorliegender Form.

Die Aprilwahlen 1932

Am 24. April 1932 fanden in Wien, Niederösterreich und Salzburg die Wahlen zum Landtag, in der Steiermark und in Kärnten die Wahl der Gemeinderäte statt. Somit waren mehr als drei Viertel der österreichischen Wählerschaft zur Stimmenabgabe aufgerufen. Sieger dieser Wahlen wurden die Nationalsozialisten. In den Landtagswahlen erreichten sie 336 000 Stimmen.[34] Die Christlichsozialen erlitten starke Verluste, die Großdeutschen und der Landbund waren „fast völlig aufgerieben“ (Kreissler 1970, S. 187). Die Sozialdemokraten verbuchten leichte Verluste. „Sich als antikapitalistische, antimarxistische, antidemokratische, antisemitische und antiklerikale Kraft stilisierend, gelang es der NSDAP, Protestwähler widersprüchlicher Richtung anzusprechen und gleichsam unter negativen Vorzeichen zu einer modernen ‚Volkspartei‘ zu sammeln“ (Goldinger/Binder 1992, S. 192).

Nationalsozialisten sowie Sozialdemokraten forderten Neuwahlen, Buresch und die Christlichsozialen verfolgten aber eher eine Verzögerungstaktik. Sie befürchteten weitere Verluste. Der Bundespräsident beauftragte Buresch mit der Neubildung der Regierung, was diesem nicht gelang. Deshalb wurde

34 1930 hatten die Nationalsozialisten bei den Wahlen für den Nationalrat – also auf ganz Österreich bezogen – 112 000 Stimmen.

Dollfuß – der bisherige Landwirtschaftsminister – mit der Regierungsbildung beauftragt. Am 20. Mai 1932 wurde Dollfuß zum Bundeskanzler ernannt. Die Regierung, bestehend aus Christlichsozialen, Landbund und Heimatblock, verfügte über eine Einstimmenmehrheit. Durch den Regierungsbeitritt des Heimatbundes ging die Sozialdemokratie wieder stärker in die Opposition und gab damit ihre eher duldende Haltung auf.

Hauptaufgabe der neuen Regierung war die Stabilisierung der finanziellen Lage. Entsprechend bemühte sich Dollfuß um eine Anleihe, die nach vielen Hindernissen vom Völkerbundrat in Höhe von 300 Millionen Schilling bewilligt wurde. Diese Anleihe – genannt die Lausanner Protokolle – musste durch ein Zustimmungsgesetz im Nationalrat verabschiedet werden. Die Anleihe war an Bedingungen geknüpft. Besonders die strikten Rückzahlungsklauseln sowie die Verlängerung des Anschlussverbotes um weitere zwanzig Jahre sorgten für Protest und machten die Mehrheitsfindung im Parlament kompliziert. Anhand der Verabschiedung der Lausanner Protokolle zeigte sich zweifelsfrei, dass Dollfuß auf diese Weise nicht lange regieren können würde. Das Zustimmungsgesetz konnte im Parlament verabschiedet werden, weil nach dem Tod Seipels am 2. August, dessen Stimme bis dato gefehlt hatte, der Ersatzmann einspringen konnte. Da der Bundesrat, in dem die Regierung in der Minderheit war, das Gesetz ablehnte, musste es ein weiteres Mal im Nationalrat verabschiedet werden. Schober, der das Gesetz abgelehnt hätte, starb am 19. August. Sein Nachfolger, ein Landbündler, stimmte dafür.

Die Regierung Dollfuß

Bundeskanzler Dollfuß bemühte sich zur Stärkung seines Kabinetts um die Regierungsbeteiligung der Großdeutschen. Doch die Großdeutschen schätzten ihre Position in der Opposition als ein Mittel vor der Konkurrenz der Nationalsozialisten ein und lehnten deshalb ab. Somit blieb Dollfuß nur noch die Wahl zwischen zwei Wegen: dem demokratischen, der seinen Rücktritt und Neuwahlen bedeutet hätte, oder dem autoritären, der im Endeffekt die Ausschaltung des Parlaments nach sich gezogen hätte. Er entschied sich für den letzteren.

Im Zuge der immer stärker werdenden autoritären Bestrebungen bekam der Wiener Heimwehrführer Emil Fey das Amt eines Staatssekretärs für das Sicherheitswesen. Fey, der sich für eine faschistische Diktatur und für eine Vernichtung der Opposition (vgl. Kreissler 1970, S. 195) aussprach, gewann

somit Einfluss auf die gesamte staatliche Exekutive. Die endgültige Krise des Parlaments vollzog sich über einen anderen Weg: Im Kontext eines Misstrauensantrages gegen Dollfuß – man bedenke die Einstimmenmehrheit der Regierung – kam es zum Streit über die Gültigkeit eines Stimmzettels. Der Sozialdemokrat Renner legte seine Stelle als Erster Präsident des Nationalrates nieder, denn ohne diese Funktion konnte er bei der nächsten Abstimmung mitstimmen. Aus dem gleichen Grund zog der Zweite Präsident, der Christlichsoziale Ramek, nach. Anschließend legte der Dritte Präsident, der Großdeutsche Sepp Straffner, ebenfalls sein Amt nieder. Der Nationalrat war ohne Präsidium. „In Erregung gingen die Abgeordneten auseinander. Nur wenige waren sich in diesem Augenblick der Tragweite des Ereignisses bewußt. Ein Abschnitt der Geschichte der Republik ging damit zu Ende" (Goldinger/Binder 1992, S. 201).

Ohne Präsidium oblag es der Regierung, den Nationalrat einzuberufen, wovon diese aber keinen Gebrauch machte. Fortan gab es einen legalen Grund, ohne Parlament weiterzuregieren.

„[A]m 14. März 1933 kündigte Dollfuß im Rundfunk [...] den neuen ‚autoritären Ständestaat' an. ‚Österreich hörte als Demokratie zu bestehen auf und wandelte sich in einen autoritär-diktatorisch regierten Staat um'" (Kreissler 1970, S. 200). Mit Hilfe des ‚Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes' von 1917 (vgl. Goldinger/Binder 1992, S. 198) konnte Dollfuß seinen autoritären Kurs weiter durchsetzen. Am 31. März wurde in ganz Österreich der Republikanische Schutzbund verboten, die Heimwehr bekam den Status einer Notpolizei. Das Streikrecht wurde stark beschnitten, die Kundgebungen zum Ersten Mai untersagt. Am 26. Mai wurde die Kommunistische Partei in die Illegalität gedrängt und die Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt. Zwar gab es vereinzelt Widerstand gegen die aufgezählten Maßnahmen, zu einer von der Sozialdemokratie geführten Bewegung kam es jedoch nicht. Die Vertreter der Sozialdemokratie wollten mit der Regierung verhandeln. Sie befürchteten einen Bürgerkrieg und hielten weitere Beratungen der Lage für angemessener. Der zuvor im März 1933 stattgefundene Parteitag der Sozialdemokraten wird von Neck folgendermaßen skizziert: „Wenn man davon absieht, daß der Anschlußparagraph endlich aus dem Parteiprogramm gestrichen wurde, war das Ergebnis mager. Man beriet, als Dollfuß, Schuschnigg und ihre Mitarbeiter bereits an den gesetzlichen Fundamenten für die Galgen ihrer Gegner zimmerten" (1983, S. 242).

Die dargelegte Entwicklung verlief selbstverständlich nicht unbeeinflusst von den parallel stattfindenden Ereignissen in Deutschland. Die Wahlen in Deutschland vom 5. März 1933 hatten den Sieg der Nationalsozialisten endgültig besiegelt. Dies bestärkte und ermutigte die NSDAP in Österreich. In Form eines ‚Kampfbündnisses' schlossen sich die Großdeutschen am 15. Mai 1933 der NSDAP an.

Nachdem sich Dollfuß vergeblich um eine Verständigung mit den deutschen Nationalsozialisten bemüht hatte, trat er der Bedrohung der österreichischen Unabhängigkeit energisch entgegen. Sein Handeln war von zwei Leitgedanken geprägt:

- Eine Verteidigung der Unabhängigkeit kann nur mit diktatorischen Methoden wirksam sein.
- Die Verteidigung kann erfolgreich ohne die Unterstützung der Sozialdemokratie und der österreichischen Arbeiterschaft geführt werden.

Die skizzierte Haltung Dollfuß' hatte darüber hinaus noch einen weiteren außenpolitischen Aspekt: sein freundschaftliches Verhältnis zu dem faschistischen Italien in Person Benito Mussolinis. Knapp formuliert trat Mussolini für die Unabhängigkeit Österreichs ein und positionierte sich damit gegen die Politik Hitlers. Als Gegenleistung für diese Unterstützung stellte Mussolini Forderungen bezüglich der Gestaltung der österreichischen Innenpolitik (vgl. Goldinger/Binder 1992, S. 209; Kreissler 1970, S. 211ff.).[35]

Der von Dollfuß initiierte Abwehrkampf innerhalb Österreichs richtete sich gegen den „latenten Bürgerkrieg" (Goldinger/Binder 1992, S. 205), der von den Nationalsozialisten betrieben wurde. Terrorakte wie Bombenanschläge, Brandstiftungen und Gewaltakte gegen jüdische Kaufleute und Regierungsanhänger waren an der Tagesordnung. Am 19. Juni 1933 warfen Nationalsozialisten Handgranaten auf eine Gruppe christlicher Turner, die als Hilfspolizisten eingesetzt waren. 16 Schwerverletzte und ein Toter waren die Folge. Am darauffolgenden Tag wurde die NSDAP samt ihren Nebenorganisationen verboten und alle Mandate in den öffentlichen Körperschaften annulliert.

In der Folge wurde das Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland immer gespannter. Im Mai 1933 führte die deutsche Regierung eine soge-

35 Damit kam es unter Dollfuß zu einer Wende in der Außenpolitik. Seit Entstehung der Republik waren insbesondere unter Seipel international zwar freundschaftliche, aber neutrale Beziehungen gepflegt worden.

nannte ‚Tausend-Mark-Sperre' ein, derzufolge jeder Deutsche, der nach Österreich in Urlaub fuhr, tausend Mark zahlen musste. Indem der Fremdenverkehr geschwächt wurde, sollte die Destabilisierung Österreichs beschleunigt werden.[36] Darüber hinaus wurden nach Deutschland flüchtende österreichische Nationalsozialisten in einer sogenannten ‚österreichischen Legion' – nah an der deutsch-österreichischen Grenze – zusammengefasst und für den Einmarsch ausgebildet. Auch sie stellten eine Bedrohung dar.

Nachdem am 3. Oktober ein fanatischer Nationalsozialist ein Attentat auf Dollfuß verübt hatte, bei dem dieser nur leicht verletzt wurde, kam es zu weiteren Maßnahmen. Dollfuß ließ ein sogenanntes ‚Anhaltelager' einrichten, in das Nationalsozialisten ohne vorherigen Prozess eingeliefert wurden. Am 11. November trat mittels Notverordnung die Todesstrafe (wieder) in Kraft: Mord, Brandstiftung und öffentliche Gewalttätigkeit konnten mit dem Tode bestraft werden.

Parallel zu den oben dargestellten Ereignissen gründete Dollfuß im Mai 1933 die ‚Vaterländische Front'. Diese sollte eine Massenorganisation werden und an die Stelle der Regierungsparteien treten. Am 31. Mai wurden alle Österreicher zum Eintritt in die ‚Vaterländische Front' aufgerufen. Am 11. September 1933 hielt Dollfuß eine Rede vor der ‚Vaterländischen Front', in der er „die Abkehr vom parlamentarischen Parteienstaat und die Errichtung einer berufsständischen Ordnung für Österreich" (Staudinger 1983, S. 271) öffentlich ankündigte. Am 20. September erfolgte eine Regierungsumbildung. Vaugoin, der Obmann der CP war, musste „wegen der Befreiung der Regierung von jeglichen Merkmalen des parlamentarischen Systems aus der Regierung ausscheiden" (ebd., S. 272). Franz Winkler, der Obmann des Landbundes, ging ebenfalls. Der aus der Heimwehr kommende Fey wurde Vizekanzler, ein weiterer Heimwehrführer, Odo Neustädter-Stürmer, Staatssekretär. Die Christlichsozialen schieden als Partei aus dem Kabinett aus.

Ein weiterer Aspekt in der erwähnten Rede von Dollfuß ist beachtenswert. Hinter seinen Worten: „Wir sind uns immer bewußt, daß wir Deutsche sind" (zit. in Kreissler 1970, S. 222) verbirgt sich der Gedanke eines „zweiten

36 Die Arbeitslosigkeit in Österreich hatte im Winter 1932/33 – mit mehr als 600 000 Betroffenen – ihren Höhepunkt erreicht. Somit traf die Schwächung des Fremdenverkehrs das Land an einem empfindlichen Punkt.

deutschen Staat[es]“ (Skalnik 1983, S. 18).[37] Trotz des Einsatzes für die Unabhängigkeit Österreichs kam es nicht zur Herausbildung eines von Deutschland unabhängigen Nationalbewusstseins, das nicht mit dem deutschen verbunden war. Vor diesem Hintergrund ist ebenfalls zu begreifen, warum es immer wieder Verhandlungsversuche von Dollfuß und anderen Regierungsmitgliedern mit Deutschland gegeben hat.

Der Untergang der linken Opposition

Im Januar und Februar 1934 nahmen die Gerüchte über einen drohenden Bürgerkrieg zu. Vizekanzler Fey ordnete Waffensuchungen an, sozialdemokratische Funktionäre wurden verhaftet, die Heimwehr überfiel sozialdemokratische Parteiheime. Am 12. Februar wollte die Polizei das Arbeiterheim in Linz auf Waffen durchsuchen. Der Republikanische Schutzbund setzte sich gegen den Willen des Parteivorstandes zur Wehr. Daraufhin trat der Exekutivausschuss der SDAP zur Beratung zusammen und beschloss einen Aufruf zum Generalstreik. Julius Deutsch (SDAP), der oberste Befehlshaber des Schutzbundes, schilderte die Ereignisse folgendermaßen:

> „Nach den inzwischen eingetroffenen Nachrichten stand Linz bereits im Kampf. Die Exekutive des Parteivorstandes und der Gewerkschaften habe – wie ich nun vernahm – beschlossen, die Arbeiterschaft von Österreich aufzurufen. Es ist bereits die Weisung gegeben worden, den Generalstreik zu proklamieren. Man habe auf mein Eintreffen gewartet, um den Schutzbund unter die Waffen zu rufen. Es war mir klar, daß sich die führenden Männer der Partei und Gewerkschaften in einer schicksalshaften Zwangslage befanden. Die fortgesetzten Rechtsbrüche, Provokationen und Verfolgungen hatten an irgendeiner Stelle des Landes zum Zusammenstoß führen müssen. Das war in Linz geschehen, gewiß sehr gegen den Willen der Parteiführung. Aber konnte man nun, da die Würfel gefallen waren, die Linzer Arbeiter in Stich lassen? Würde das nicht auf alle Fälle die schwerste Niederlage, vielleicht sogar das Ende einer selbständigen Arbeiterbewegung für Jahrzehnte bedeuten? Man durfte sich nicht mehr verhehlen: Wir standen mit dem Rücken an der Wand; wir mußten kämpfen oder kapitulieren. Etwas anderes gab es nicht“ (zit. in Kreissler 1970, S. 226f.).

37 „‚Christlich-deutsch, gerecht und frei von Klassenhaß und Tyrannei‘ heißt es im Dollfuß-Lied, das dem Horst-Wessel-Lied der Illegalen entgegengesetzt wird“ (Skalnik 1983, S.18).

In Wien streikten die Arbeiter des Elektrizitätswerks, und viele Einheiten des Schutzbundes leisteten gegen die Exekutive und die freiwilligen Wehrverbände hartnäckigen Widerstand. Zu einem Generalstreik – und damit zu einer Massenbewegung – kam es jedoch nicht. Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit hatten die Arbeiterbewegung zermürbt, fehlendes Vertrauen in die eigene Kraft sowie in die Parteiführung kam hinzu. Die kämpfenden Schutzbündler trafen überall auf Sympathie, aber nicht auf aktive Unterstützung, so kam es zur Niederlage. Am selben Tag wurden die SDAP, die freien Gewerkschaften und alle angeschlossenen Verbände für aufgelöst erklärt und verboten. Der Wiener Gemeinderat und Landtag wurden ebenfalls aufgelöst. Einige Sozialdemokraten – unter ihnen Karl Renner – wurden verhaftet, Otto Bauer und Julius Deutsch konnten in die Tschechoslowakei fliehen. In den folgenden Wochen wurden neun Schutzbündler ohne Verfahren hingerichtet.

Der österreichische Ständestaat von 1934-1938

Nach den Februaraufständen bemühte sich die Regierung Dollfuß um die Fertigstellung des ständischen Aufbaus des Staates; eine dementsprechende Verfassung wurde am 1. Mai 1934 beschlossen. Die Präambel lautete: „Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht, erhält das österreichische Volk für seinen christlichen, deutschen Bundesstaat auf ständischer Grundlage diese Verfassung“ (zit. in Simon 1984, S. 161). Auf eine detaillierte Darstellung der Verfassung wird verzichtet, da sie nie vollständig in Kraft getreten ist. Anzumerken bleibt, dass es keine vom Volk direkt gewählten Vertreter mehr gab. So sollte der Bundespräsident von den Bürgermeistern gewählt werden. Eine autoritäre Staatsführung, verbunden mit einer berufsständischen Volksvertretung, war kennzeichnend für die neue Verfassung. Im Mai 1934 war aber ein Aufbau der berufsständischen Gliederung noch gar nicht in Sicht. „So blieb es bei einer Vollmacht für die Regierung, die volle Staatsgewalt mit Ausschaltung des Bundespräsidenten auszuüben. An die Stelle des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes trat jetzt das Verfassungsübergangsgesetz“ (Goldinger/Binder 1992, S. 231).

Ebenfalls im Mai setzte eine weitere Terrorwelle der österreichischen Nationalsozialisten unter Leitung von Theo Habicht[38] ein. Der Fremdenverkehr

38 Weil die österreichischen Nationalsozialisten im Frühjahr 1933 über keinen geeigneten Führer verfügten, übernahm Habicht – ein Reichsdeutscher – diese Aufgabe. Am 12. Juni

sollte gestört werden, schwere Sprengstoffanschläge waren das Mittel. Durch die Rückendeckung Mussolinis und eine Unterstützungszusage des französischen Außenministers, diplomatische Hilfe zu leisten, schien Österreich gegen Bedrohungen von außen abgeschirmt zu sein. Die Lage im Inneren spitzte sich weiter zu. Am 25. Juli 1934 kam es zu einem Putschversuch der Nationalsozialisten. Die SS-Standarte 89[39] besetzte das Bundeskanzleramt und die Radiostation RAVAG. Weil es den Putschisten unter anderem nicht gelang, die gesamte Regierung sowie den Bundespräsidenten gefangen zu nehmen – im Bundeskanzleramt befanden sich Fey, Dollfuß und Karl Karwinsky –, scheiterte der Putsch (vgl. Goldinger/Binder 1992, S. 234ff.; Botz 1983, S. 266ff.; Kreissler 1970, S. 240ff.). Dollfuß wurde bei der Besetzung des Kanzleramtes durch Pistolenschüsse schwer verletzt und starb wenige Stunden später.

Noch während das Kanzleramt besetzt war, trafen sich die nichtbetroffenen Regierungsmitglieder. Bundespräsident Miklas übertrug Schuschnigg, dem bisherigen Unterrichtsminister, die Regierungsführung. In den Verhandlungen mit den Putschisten sagte man ihnen einen freien Abzug zur Grenze zu, eine Zusage ohne Bestand. Stattdessen wurden sie verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet.

In einigen Provinzen Österreichs kam es zu weiteren Aufständen der Nationalsozialisten, die zu blutigen Kämpfen führten und viele Verletzte und Tote forderten. Nach wenigen Tagen gewann die Exekutive die Oberhand, die Putschisten erlitten eine Niederlage.

Mussolini bekräftigte den Schutz der österreichischen Unabhängigkeit, schickte Divisionen an die Tiroler und Kärntner Grenzen und setzte die Land- und Luftstreitkräfte in Alarmbereitschaft. Angesichts dieser Lage ließ Hitler verlauten, nicht an den Vorgängen in Österreich beteiligt gewesen zu sein. Der deutsche Gesandte in Wien wurde abberufen, Habicht abgesetzt, und Franz von Papen wurde deutscher Abgesandter in Wien. „Die von ihm beabsichtigte Politik ‚umriß er dahin, daß es sein Bestreben sein werde, die ‚Lösung der deutschen Frage‘ dem Eingriff auswärtiger Mächte mehr und mehr zu entziehen und das *Zusammenwachsen* der beiden Länder auf evolu-

---

1933 war Habicht in Österreich verhaftet und ausgewiesen worden. Danach agierte er von München aus.

39 Die SS-Standarte 89 setzte sich überwiegend aus ehemaligen Bundesheerangehörigen zusammen, die aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu den Nationalsozialisten entlassen worden waren.

tionärem Wege unter Ausschaltung der Gewalt zu fördern“ (Eichstädt zit. in Kreissler 1970, S. 263, H. i. O.).

Am 30. Juli 1934 wurde Schuschnigg Bundeskanzler und Starhemberg Vizekanzler. In der Vaterländischen Front, inzwischen das einzige Organ der politischen Willensbildung, übernahm Starhemberg den Vorsitz, Schuschnigg nahm den Platz des Stellvertreters ein. Weitere der Heimwehr angehörige Minister traten der Regierung bei. Dies war ein Beleg für die von Schuschnigg im Sinne von Dollfuß weiterverfolgte Ausrichtung an Italien.[40]

Der fehlgeschlagene Putschversuch der Nationalsozialisten führte zu vermehrten Zwistigkeiten innerhalb der Bewegung, so dass sie ihre illegalen Tätigkeiten verminderten. Allerdings nahmen die Machtkämpfe innerhalb der Regierung zu. Am 17. Oktober 1935 wurde Fey im Rahmen einer Regierungsumbildung gestürzt. Anschließend beherrschte die Rivalität zwischen Schuschnigg und Starhemberg das Geschehen. Ende Oktober 1935 wurden alle Wehrverbände in der ‚Wehrfront‘ zusammengefasst, deren Führung Starhemberg übernahm. Am 1. April 1936 verkündete Schuschnigg die allgemeine Bundesdienstpflicht (12 Monate), die die privaten Wehrverbände überflüssig erschienen ließ. Mit dieser Pflicht begann gleichzeitig die – wenn auch langsame – Aufrüstung Österreichs.

Der skizzierte Machtkampf stand einer Konsolidierung der Regierung entgegen.[41] Am 10. Mai 1936 wurden die Differenzen in die Öffentlichkeit getragen. Anlässlich eines Aufmarsches des ‚Freihandbundes‘ – in dem Schuschnigg mitmarschierte – gab es Gegenkundgebungen seitens der Heimwehr. Schuschnigg reagierte, nachdem Starhemberg in einem Telegramm an Mussolini die Westmächte indirekt beleidigt hatte, in der Form, dass er die Regierung zurücktreten ließ. An demselben Tag, dem 14. Mai, bildete Schuschnigg ohne Starhemberg sein nächstes Kabinett. Der Bundeskanzler übernahm die Landesverteidigung, das Außenministerium und wurde Führer der Vaterländischen Front. Damit vereinigte sich in Schuschnigg eine „dikta-

40 Insgesamt sind die folgenden Ereignisse in Österreich stark mit außenpolitischen Entwicklungen verwoben, so dass Goldinger/Binder die Überschrift „Österreich als Objekt totalitärer Außenpolitik“ (1992, S. 249) für diese Zeitspanne wählten.

41 Darüber hinaus kam zu diesem Zeitpunkt ein Finanz- und Korruptionsskandal an die Öffentlichkeit. Die Versicherungsanstalt ‚Phönix‘, die 330 000 Personen versicherte, hatte durch Fehlspekulationen und Bestechungsgelder Unsummen verschleudert. Zahlreiche Politiker und hohe Beamte waren in den Skandal involviert.

torische Machtfülle“ (ebd., S. 250). Die Heimwehr, auch genannt Heimatschutz, wurde am 9. Oktober aufgelöst.

Das Abkommen vom 11. Juli 1936

Papens Aktivität als deutscher Gesandter in Österreich – ab August 1934 – war zunächst nicht von Erfolg gekrönt. Im Frühsommer 1935 legte er „einen ersten konkreten Vorschlag über ein Versöhnungsabkommen zwischen Deutschland und Österreich“ (ebd., S. 264) vor, der schon ernsthaft von der Regierung Schuschniggs geprüft wurde. Die Tendenz, sich mit Deutschland zu verständigen, erfuhr Verstärkung. Die sich anbahnende Entwicklung wurde im folgenden von außenpolitischen Faktoren enorm beschleunigt. Hatte es noch im Februar und September 1934 sowie im April 1935 von Italien und anderen Ländern eine gemeinsame Erklärung über die österreichische Unabhängigkeit gegeben, so veränderte sich die Lage ab Herbst 1935 entscheidend. Italien begann einen Krieg gegen Abessinien[42], der zu einer Annäherung zwischen Italien und Deutschland beitrug. Italien war „als Garant für Österreich ausgefallen“ (ebd., S. 265). Mussolini selber sprach sich für eine Versöhnung zwischen Deutschland und Österreich aus, ebenso der Vatikan. Und so kam es am 11. Juli 1936 zur Unterzeichnung eines Vertrages zwischen Deutschland und Österreich, der unter dem Namen ‚Juliabkommen‘ Bekanntheit errang. Der Form nach stellte das Abkommen einen „Nichteinmischungspakt“ (Goldinger/Binder 1992, S. 259) dar, also eine Anerkennung der Selbständigkeit Österreichs. Innenpolitik wurde als eine interne Angelegenheit des jeweiligen Staates deklariert. Darüber hinaus bekannte sich Österreich zum „zweite(n) deutsche(n) Staat [...], wie auch zur Verpflichtung, als solcher die Interessen des Deutschen Reiches in seiner Politik zu berücksichtigen“ (Kreissler 1970, S. 266). Weitere geheime Abkommen widersprachen aber der Grundtendenz des Vertrages (vgl. Goldinger/Binder 1992, S. 259). Dazu gehörten die vereinbarte Amnestie für Nationalsozialisten sowie die Verpflichtung, mindestens zwei Vertreter der nationalen Opposition in die Regierung aufzunehmen. An demselben Tag veränderte Schuschnigg das Kabinett. Der ‚national‘ gesinnte Emund Glaise-Horstenau trat als Minister bei. Deutschland hob die Tausend-Mark-Sperre auf, womit nicht nur Touristen, sondern ebenfalls Propagandisten Tür und Tor geöffnet wurden.

42 Heute Äthiopien.

Das ‚Juliabkommen' bedeutete eine Weichenstellung für den österreichischen Kampf um Unabhängigkeit. Seit Entstehung der Republik war die nationale Frage – deutsch oder österreichisch – in ihrer tiefen identitätsstiftenden Bedeutung ungeklärt. In Erinnerung gerufen sei, dass einzig Kommunisten und Legitimisten, also im Kern zwei Randgruppen, durchgängig den Anschlussgedanken ablehnten. Dollfuß und Schuschnigg nahmen nach 1933 ebenso wie die Sozialdemokraten aufgrund staatspolitischer Überlegungen Abstand von der Anschlussidee.

Durch die im ‚Juliabkommen' erlassene Amnestie kamen 20 000 Menschen frei, die teilweise eine Verstärkung für die illegale Nazibewegung bedeuteten. Daneben gab es die ebenfalls durch das ‚Juliabkommen' legal und öffentlich arbeitenden „‚Betontnationalen'" (Kreissler 1970, S. 281), von denen Arthur Seyß-Inquart und Hugo Jury zu Staatsräten ernannt wurden.

Das Ende des Staates

Zwischen Oktober und Dezember 1936 fand bundesweit die Wahl der Vertrauensmänner für die Werksgemeinschaften statt. Die illegalen ‚Freien Gewerkschaften' beteiligten sich verdeckt und konnten knapp die Hälfte der Mandate mit sozialdemokratischen Anhängern besetzen. Anfang 1937 wollte die illegal organisierte Arbeiterbewegung der Regierung eine Denkschrift mit mehreren zehntausend gesammelten Unterschriften übergeben. In dieser Schrift brachte sie ihre unterstützende Bereitschaft für den österreichischen Unabhängigkeitskampf zum Ausdruck, sofern ihr Organisationsfreiheit und Selbstverwaltung zugesprochen würde. Schuschnigg nahm dieses Memorandum nicht entgegen. Auch wenn man in Rechnung stellt, dass eine Öffnung nach links außenpolitische Schwierigkeiten nach sich gezogen hätte, belegt Schuschniggs Ablehnung seinen immer noch vorhandenen Glauben, die Unabhängigkeit Österreichs ohne die Beteiligung der Arbeiterbewegung verteidigen zu können.

Die nationalsozialistischen Kräfte in Österreich drängten immer mehr an die Oberfläche. Mussolini gab Hermann Göring die Zusicherung, sich für die strikte Einhaltung des ‚Juliabkommens' in Österreich einzusetzen. Die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien wurde immer enger. Durch die bisherige starke Bindung Österreichs an Italien konnte Schuschnigg keine wirksamen Kontakte zu den Westmächten mehr herstellen. Zur Jahreswende 1937/38 stand Österreich außenpolitisch ohne Rückendeckung da. „Es war also der Zeitpunkt gekommen, da Österreich nur mehr auf sein

Recht und seine moralischen Kräfte hoffen durfte“ (Goldinger/Binder 1992, S. 272f.). Das Land war von den inneren Gegensätzen gezeichnet. Die ‚Vaterländische Front', deren Ursprungsaufgabe die Bündelung der Kräfte gewesen war, gestaltete sich als ein „ineffizientes Vehikel“ (ebd., S. 273), die Regierung selbst war gespalten. Innerhalb Österreichs kursierte ein politischer Witz, der die damalige Stimmung gekonnt wiedergibt:

> „Als unser *Herrgott* auf Erden wandelte, sah er einen Mann, der am Wegrand saß und weinte. Sprach der *Herr*: ‚Warum weinst Du? Wenn Du krank bist, kann ich Dich heilen. Wenn Du gesündigt hast, kann ich Dir vergeben. Wenn Du trauerst, kann ich Dich trösten. Ich bin *der Herrgott*.‘ Da sagte der Mann unter Tränen: ‚Ich bin der Bundeskanzler Schuschnigg!‘ Da setzte sich unser *Herrgott* neben ihn und weinte mit“ (Simon 1984, S. 169, H. i. O.).

Nachdem am 26. Januar 1938 geheime Unterlagen für einen nationalsozialistischen Umsturzversuch gefunden worden waren, spitzte sich die innenpolitische Lage ein weiteres Mal zu. Die Schriftstücke beinhalteten den sogenannten Tavs-Plan. Leo Tavs gehörte zu dem radikalen Flügel der Partei, der sich zusehends von dem vorgegebenen Kurs eines schrittweisen Vorgehens hin zum Anschluss entfernte. Dieses strategische Vorgehen wurde sowohl von Papen als auch von Hitler und Göring vertreten. Der beabsichtigte Tavs-Plan sollte Hitler zum Eingreifen animieren. Papen geriet in Misskredit und stand kurz vor seiner Abberufung. Doch dann gelang es ihm, ein Treffen zwischen Schuschnigg und Hitler in die Wege zu leiten. Auf Mussolinis Anraten fuhr Schuschnigg zusammen mit seinem Außenminister Guido Schmidt am 12. Februar nach Berchtesgaden, wo sie von Hitler empfangen wurden. Schuschnigg wurde ein Entwurf für ein Abkommen vorgelegt, das mit einem militärischen Ultimatum verbunden war und u. a. folgende Punkte enthielt (vgl. Goldinger/Binder 1992, S. 276; Kreissler 1970, S. 286f.; Simon 1984, S. 169f.):

- eine Generalamnestie aller Nationalsozialisten,
- uneingeschränkte Betätigungsmöglichkeiten der Nationalsozialisten,
- Angleichung des österreichischen an das deutsche Wirtschaftssystem,
- Verpflichtung zur außenpolitischen Absprache,
- Aufnahme von Seiss-Inquart in die Regierung (Sicherheitswesen).

Mit dem Verweis darauf, daß einige Punkte noch der Bestätigung des Bundespräsidenten bedurften, unterschrieb Schuschnigg das Abkommen. Er war

sich sehr wohl der Tatsache bewußt, daß er damit den Untergang Österreichs besiegelte. Trotz seiner Ambition, die Unabhängigkeit Österreichs zu verteidigen, griff er nicht zu den letztmöglichen Mitteln. „Schuschnigg unterließ die notwendigen militärischen und politischen Abwehrmaßnahmen ..., da er zutiefst überzeugt war: ‚Deutsche dürfen nicht auf Deutsche schießen'" (Heer, zit. in Kreissler 1970, S. 270).

In den letzten Wochen der Ersten Republik bzw. des Ständestaates Österreichs kam es noch zu einer zögerlichen Annäherung Schuschniggs an die Linken. Außerdem wurde für den 13. März eine Volksbefragung verkündet, ein letzter Versuch Schuschniggs zur Rettung Österreichs. Hitler, als oberster Befehlshaber der Wehrmacht, gab daraufhin die Weisung zur Vorbereitung der Besetzung Österreichs und setzte ein Ultimatum. Schuschnigg trat am 11. März zurück, die Volksabstimmung wurde verschoben, und in der Nacht vom 11. auf den 12. März wurde Österreich von den deutschen Truppen annektiert.

Bild 7

Ilse Ernst

Antisemitismus in der Weimarer Republik

Das folgende Kapitel beschreibt Erscheinungsformen des Antisemitismus in Deutschland während der Zeit der Weimarer Republik und Reaktionen der deutschen jüdischen und nichtjüdischen Gesellschaft auf den Antisemitismus. Es beginnt mit einer kurzen Darstellung der Situation und Organisation der Juden in Deutschland, schildert die Entwicklung des Antisemitismus in der Nachkriegszeit bis zum Krisenjahr 1923, stellt die Bedeutung der Ostjuden heraus und berichtet dann über die Entwicklung des Antisemitismus bis 1932. Die Stellung der wichtigen Parteien der Weimarer Republik zum Antisemitismus wird kurz aufgezeigt, ausführlicher wird die Tätigkeit der verschiedenen jüdischen Abwehrorganisationen dargestellt, die geringe Beteiligung der nichtjüdischen Bevölkerung an der Abwehr des Antisemitismus wird am Ende deutlich.

Juden in der Weimarer Republik

Demographische und wirtschaftliche Situation der Juden

Die Juden waren in der Weimarer Republik eine kleine Minderheitengruppe von nicht einmal einem Prozent der Gesamtbevölkerung. Der Auswanderungsprozess am Ende des 19. Jahrhunderts und der vorwiegend mittelständische, großstädtische Charakter der jüdischen Bevölkerung führte zum Geburtenrückgang bei den deutschen Juden. Außerdem nahm die jüdische Bevölkerung durch Mischehen und Assimilation ständig ab. Nur durch die Zuwanderung wurde das Geburtendefizit ausgeglichen. Mindestens 60 000 ethnische Juden bekannten sich nicht zum Judentum (vgl. Zimmermann 1997, S. 13).

Vor allem aus den nach dem Krieg an Polen abgetretenen Gebieten waren reichsdeutsche Juden in das verkleinerte Reichsgebiet gezogen. Dazu waren

ausländische und staatenlos[1] gewordene Juden aus Osteuropa – Ostjuden – eingewandert. Während des Krieges hatten die deutschen Militärbehörden etwa 30 000 Juden aus Polen und Rußland, die Hälfte davon unter Zwang, nach Deutschland zur Arbeit in der Kriegswirtschaft geholt. Die meisten dieser Ostjuden blieben nach dem Krieg in Deutschland. Einerseits konnten sie nicht in die USA, in andere westliche Länder oder nach Palästina ausreisen, weil ihnen die nötigen Papiere fehlten, andererseits konnten sie auch nicht in ihre Heimatländer zurück, weil sie fürchteten, dort der Zusammenarbeit mit den Deutschen angeklagt und verfolgt zu werden. Andere waren vor Pogromen aus Osteuropa geflohen – schon während des Kaiserreiches aus Rußland, nach dem Krieg aus Polen und aus der Ukraine. Ab 1924 wanderten vor allem aus wirtschaftlichen Gründen mehr Juden aus Deutschland aus als ein (vgl. Maurer 1986, S. 26ff., S. 46ff., S. 63ff.).

Hatte es vor dem Krieg noch 2 283 jüdische Gemeinden gegeben, so waren 1932 nur noch 1 611 existent; nicht alle waren so groß, dass regelmäßig Gottesdienst gefeiert werden konnte (vgl. Zimmermann 1997, S.1). Nicht nur der Rückgang der jüdischen Bevölkerung, auch Gebietsverluste nach dem Krieg und die innerdeutsche Wanderungsbewegung der Juden hatten dies verursacht (vgl. Schmelz 1989, S. 18ff.).

1925 lebten etwa 564 000 Juden – 0,9 % der Gesamtbevölkerung – in Deutschland, etwa 108 000 davon waren ausländische Juden. Trotz ihrer kleinen Zahl waren die Juden in der deutschen Bevölkerung relativ auffällig: Mit dem steten Rückgang an der deutschen Gesamtbevölkerung verband sich eine steigende Konzentration auf bestimmte Regionen und Städte, dort wieder auf bestimmte jüdische Wohnviertel. Gleichzeitig fiel – vor allem in Berlin und Leipzig – der wachsende Anteil an ausländischen Juden auf.

Die Wanderungsbewegung der Juden innerhalb Deutschlands war nach dem Krieg stark angewachsen. Nicht nur aus den abgetretenen Gebieten, auch aus Süddeutschland zogen Juden in die Handels- und Industriezentren: nach Berlin, in das Ruhrgebiet und nach Hessen-Nassau. Auf dem Land und in den Kleinstädten blieben die älteren Juden zurück, während die jüngeren sich

---

1 Ostjuden aus Rumänien waren schon vor dem Krieg in Rumänien nicht mehr als Staatsbürger anerkannt (vgl. Maurer 1986, S. 42), Juden aus Polen stammten zum Teil „aus Gegenden [...], in denen die Staatsangehörigkeit nicht feststand“ (ebd., S. 58), viele Ostjuden waren „durch die politischen Veränderungen der Nachkriegszeit“ (ebd., S. 68) staatenlos geworden. 1925 waren 9 908, das sind 9,2 % der ausländischen Juden in Deutschland, staatenlos, 1933 waren es 19 746, 20 % (vgl. ebd., S. 74).

an den Rändern der Industriezentren ansiedelten (vgl. ebd., S. 36f.). In Berlin lebten 1925 173 000 Juden, das waren 4,3 % der Berliner Gesamtbevölkerung und 30 % aller Juden in Deutschland. 80 % davon wohnten in den Stadtteilen Berlin-Mitte, Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg und Prenzlauer Berg (vgl. Brenner 2001, S. 139ff.).

1925 waren etwa 1 % aller Erwerbstätigen Juden. Sie waren im Handel und in Banken- und Versicherungsgeschäften besonders stark vertreten; nach 1925 sank ihr Anteil an diesen Berufen, weil andere Erwerbspersonen zunehmend in diese Tätigkeiten drängten. Am Bekleidungsgewerbe, besonders an der Kürschnerei, waren Juden auffallend stark beteiligt. Dazu waren sie in freien und gelehrten Berufen „wie Jurisprudenz, Heilkunde, Hochschullehrämter, Literatur, Theater und Musik“ (ebd., S. 55; vgl. S. 52ff.) überproportional vertreten; 1925 waren in Preußen 26,6 % aller Rechtsanwälte und 15,5 % aller Ärzte Juden; in Berlin waren 30 bis 50 % aller Ärzte Juden (vgl. Barkai 1989, S. 337).

Der Anteil an Selbständigen unter den Erwerbstätigen betrug 1925 51 % bei Juden und 17 % bei der Gesamtbevölkerung. Die wachsende Bedeutung der Großbetriebe ließ den Anteil der Selbständigen sowohl bei der Gesamtbevölkerung als auch bei den Juden zunehmend sinken. Bei der arbeitnehmenden Bevölkerung war der Anteil der Juden unter den Angestellten überproportional hoch, unter den Arbeitern geringer als im allgemeinen (vgl. ebd., S. 56f.). Durch diese Berufsverteilung wurden die Juden vor allem vom Mittelstand als Konkurrenten empfunden: als selbständige Geschäftsleute, Handelsvertreter oder Ladenbesitzer, als Warenhaus- oder Filialbesitzer und als Inhaber der freien Berufe wie Mediziner oder Juristen, denn diese Berufe wurden auch von den Söhnen des kleinen Mittelstandes als Chance zu sozialem Aufstieg angesehen. In den Zeiten der Wirtschaftskrisen, zuerst nach dem Krieg und während der Inflation und dann vor allem ab 1930, wurde dieser Konkurrenzkonflikt von allen Beteiligten als bedrohlich empfunden. Der Mittelstand war durch die Inflation stärker betroffen als andere Gesellschaftsschichten; er hatte keine Rücklagen mehr, um die Krise zu bestehen. Boykotte und Veränderungen im Wirtschaftssystem verdrängten Juden aus Bereichen der deutschen Wirtschaft. „Besonders in der Provinz, wo die Juden dem antisemitischen Boykott stärker ausgesetzt waren als in der Großstadt, häuften sich die Insolvenzen und Geschäftsschließungen jüdischer Firmen“ (Barkai 1989, S. 339). Auch unter den Juden war die Arbeitslosigkeit hoch; viele Angestellte verloren ihren Arbeitsplatz. Die Gründung von

jüdischen Wohlfahrtsorganisationen war eine Antwort der Juden auf die Not, von der zunehmend auch viele zuvor wohlhabende deutsche Juden betroffen waren (vgl. ebd., S. 332ff.).

Ideologische Aufspaltung und Organisationen der Juden

Die Juden, die sich zu ihrem Judentum bekannten, teilten sich in unterschiedliche weltanschauliche Richtungen, die Jost Hermand als Liberale, Patrioten, Zionisten, Kosmopoliten und Linke benennt (vgl. 1986, S. 16).

- Etwa 60 000 gehörten dem ‚Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens' (CV) an, der für die Mehrheit der deutschen Juden sprach. Diese Juden betonten die Symbiose zwischen Deutschtum und Judentum, sie gehörten zum Reformjudentum[2] und suchten jüdische Traditionen und modernes Leben miteinander zu verbinden. Durch die Begegnung mit den Ostjuden und durch den Kampf gegen die Antisemiten erhielt für sie in den zwanziger Jahren das Judentum wieder eine wichtigere und tiefere Bedeutung.
- Etwa 35 000 Mitglieder zählte der ‚Reichsbund jüdischer Frontsoldaten' (RjF), der offen für alle ideologischen Richtungen war, aber dem CV besonders nahe stand.
- Etwa 3 500 Mitglieder gehörten zu dem ‚Verband Nationaldeutscher Juden'. Er hatte sich 1920 vom CV abgespalten unter der Leitung von Max Naumann, der von den jüdischen Deutschen als einem ‚deutschen Stamm' sprach (vgl. Rheins 1980, S. 249 Anm. 24).
- Etwa 20 000 Mitglieder hatte 1930 die ‚Zionistische Vereinigung für Deutschland' (ZVD), die die nationale Einheit des jüdischen Volkes über alle Grenzen hinweg betonte und einen jüdischen Staat in Palästina anstrebte (vgl. Hermand 1986, S. 17f.).
- Die Kosmopoliten und Linken – ihre Zahl nennt Hermand „recht beträchtlich" (ebd., S. 21) – organisierten sich nicht in formellen Gruppen, sondern schlossen sich unterschiedlichen politischen Parteien an. Die ‚Welt-

2 Das Reformjudentum entstand unter dem Einfluss der Aufklärung in Deutschland. Es bildeten sich drei Richtungen heraus: das ‚positiv-historische Judentum', das einen unantastbaren Kern der geoffenbarten Religion jenseits aller historischen Kritik zu bewahren trachtete, das ‚liberale Judentum', das mit seinem religiös-progressiven Element den größten Teil der deutschen Juden für sich gewann, und die Berliner ‚Reformgemeinde', die am Sonntag in deutscher Sprache Gottesdienst feierte (vgl. Meyer 1992, S. 384f.).

bühne‘war ihr zentrales Organ, in dem sie sich unter anderem auch mit den ideologischen Richtungen des Judentums auseinander setzten.

Soweit die Mitglieder der verschiedenen weltanschaulichen Gruppierungen religiös gebunden waren, konnten sie sowohl orthodox und konservativ als auch liberal und reformiert gesinnt sein.

Der Artikel 137 der Weimarer Verfassung regelte die rechtliche Stellung der Religionsgesellschaften; noch nach der Verabschiedung der Verfassung bestanden Meinungsverschiedenheiten über die Rechte und Pflichten, die einer Religionsgemeinschaft daraus entstanden, dass sie ‚öffentlich-rechtliche Körperschaft‘ war. Die jüdischen Gemeinden waren seit Mitte des 19. Jahrhunderts ‚Körperschaften des öffentlichen Rechts‘ (vgl. Brenner 2001, S. 142). Preußen erwartete während der Zeit der Weimarer Republik eine Gesamtvertretung aller jüdischen Gemeinden als Voraussetzung staatlicher Leistungen an die jüdische Religionsgemeinschaft. Der ‚Deutsch-Jüdische Gemeinde-Bund‘ (DJGB) und der ‚Verband Deutscher Juden‘ (VDJ) – beide Vereine hatten schon vor dem Krieg existiert – bemühten sich vergeblich um die Gründung einer Dachorganisation aller Juden. Meinungsverschiedenheiten zwischen Orthodoxen und Liberalen, zwischen Liberalen und Zionisten, aber auch Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertretern der Juden und den Behörden sowie zwischen den Behörden Preußens und des Reiches verhinderten diese Gesamtorganisation (vgl. Hildesheimer 1979, S. 341ff.).

In den jüdischen Gemeinden waren die Vertreter der Gemeindeorthodoxie, die Vertreter des Reformjudentums, die Zionisten und die ausländischen Juden miteinander verbunden und kämpften für ihre jeweiligen Interessen. 1920 entstand der ‚Bund gesetzestreuer jüdischer Gemeinden Deutschlands‘ aus orthodoxen Austrittsgemeinden[3] und anderen orthodoxen Gemeinden. 1922 wurde der ‚Preußische Landesverband jüdischer Gemeinden‘ gegründet, parallel dazu entstand auch der ‚Preußische Landesverband gesetzestreuer Gemeinden‘ (vgl. Auerbach 1972, S. 7ff.). In verschiedenen Regionen Deutschlands bestanden schon Landesverbände jüdischer Gemeinden. Der

3 Austrittsgemeinden hatten sich am Ende des 19. Jahrhunderts von den jüdischen Großgemeinden gelöst, um nicht durch ihre Steuerleistungen Institutionen zu unterstützen, die nicht nach streng gesetzlichen Vorschriften geführt wurden. Die liberalen Juden waren in den Einheitsgemeinden in der Mehrzahl und konnten die Orthodoxen überstimmen. Die Mehrheit der Orthodoxen, die ‚Gemeindeorthodoxie‘, verblieb in der Großgemeinde (vgl. Philippsthal/Wolff 1927, Sp. 605f.; Auerbach 1972, S. 11ff.).

‚Ostjudenverband‘ förderte die Aufgaben und Interessen der Juden aus Osteuropa (vgl. Maurer 1986, S. 681ff.).

Entwicklung des Antisemitismus bis 1923

Die Errichtung der Weimarer Republik brachte den deutschen Juden die volle Gleichberechtigung. Sie sollten mit allen Rechten am politischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, übernahmen führende Positionen und waren am Anfang überproportional hoch an der Regierung beteiligt. Trotz der rechtlichen Gleichstellung blieb allerdings der ganz alltägliche Antisemitismus der Kaiserzeit (vgl. Djuren/Hummel 2000, S. 74ff.) in der Bevölkerung präsent; die gesellschaftliche und kulturelle Trennung der Juden von den Nicht-Juden wurde nicht aufgehoben (vgl. Zimmermann 1997, S. 39ff.).

Die Schüler der Antisemiten Adolf Stoecker und Heinrich Treitschke hatten sich in der Provinz und in den großen Städten, in Standesverbänden und politischen Organisationen etabliert und den Antisemitismus ‚gesellschaftsfähig‘ erhalten. In dem ‚Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband‘ (DHV)[4] und im ‚Bund der Landwirte‘ (BdL)[5] verbanden sich rassisch-religiöse Vorstellungen der völkischen[6] Ideologie mit praktischen politischen Bestrebungen. Vertreter der völkischen Bewegung[7] mit ihrem Bekenntnis „zum deutschen oder germanischen Blut und christlichen Geist“ (Greive 1983, S. 81) agitierten gegen die ‚jüdischen Kriegsgewinnler‘ und ‚Drückeberger‘ und benutzten „die Juden als Blitzableiter für alles Unrecht“ (zit. in Jochmann

4 Der ‚Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband‘ war die größte gewerkschaftliche Angestellten-Organisation (vgl. Brockhaus-Enzyklopädie, Bd. 5 1988, S. 424f.).

5 Der ‚Bund der Landwirte‘, 1893 in Berlin gegründet, war ein Interessenverband der Landwirtschaft, der die Großgrundbesitzer aus Ost- und Mitteldeutschland vertrat. Er nahm Einfluss auf Parlament und Gesetzgebung mit der Forderung nach steuerpolitischer Begünstigung und hohen Schutzzöllen. 1921 schloss er sich mit dem ‚Deutschen Bauernbund‘ zum ‚Reichslandbund‘ zusammen (vgl. Brockhaus-Enzyklopädie, Bd. 4 1987, S. 136).

6 „Ab dem letzten Drittel des 19. Jh. bes. als Eindeutschung für ‚national‘ verwendet, diente der Begriff speziell zur Kennzeichnung eines das eigene Volk heraushebenden, meist antisemit. Nationalismus“ (Brockhaus-Enzyklopädie, Bd. 23 1994, S. 411).

7 Die völkische Bewegung, eine heterogene Sammelbewegung mit Antisemitismus als integralem Element, war auf der „Suche nach den angeblich durch jahrhundertelange Überfremdungsprozesse verschütteten ursprünglichen Wesens- und Charaktermerkmalen des Deutschen, seines Gemeinschaftswesens und seiner Kultur“ (Puschner/Schmitz/Ulbricht 1996, S. XVIII).

1988, S. 120), wie es die Führung des ‚Alldeutschen Verbandes' (ADV)[8] im Oktober 1918 beschlossen hatte. In den Kirchen und auch bei den Bevölkerungsschichten, die sich innerlich und äußerlich längst von den Kirchen entfernt hatten, wirkte die jahrhundertealte Judenfeindschaft nach.

Die Antisemiten fürchteten am Anfang der Weimarer Republik, dass nicht allein die Emanzipation Bestand haben würde, sondern dass darüber hinaus die Segregation der Juden, die sich im Kaiserreich verstärkt hatte, im Laufe der Zeit aufgehoben sein würde. Auf Grund der staatsbürgerlichen Rechte in einer demokratischen Verfassung mussten für die deutschen Juden alle Wirkungsbereiche offen stehen. Nur eine Änderung des politischen Systems konnte ihnen ihre Rechte wieder entziehen (vgl. Walter 1999, S. 15). Während die Verfassung und die neue Regierung konstituiert wurden, die alten Eliten in Wirtschaft, Verwaltung und Kirchen sich wieder etablierten, die Menschen ihr Überleben sicherten, sammelten sich die zahlreichen antisemitischen Gruppen aus der Kaiserzeit, um sich in der neuen Situation zu orientieren und zu organisieren (vgl. Greive 1983, S. 104ff.).

Die Organisation der völkischen, antisemitischen Verbände war noch im Aufbau, da traten schon aggressive, pogromantisemitische Kleinstgruppen mit ihren Flugblättern an die Öffentlichkeit: „Schlagt sie Tot! [sic!]", „Die Not der Stunde schreit nach Taten" (zit. in Walter 1999, S. 33). Heinrich Pudor[9] veröffentlichte 1919 ein Flugblatt mit dem Titel: ‚Kultur-Antisemitismus oder Pogromantisemitismus?' und schrieb darin: „Der ernsthafte Antisemitismus will keine Pogrome. Er will [...] durch die Gesetzgebung [...] das deutsche Volk bewahren vor einer vollständigen Verjudung. [...] Mittel der Gesetzgebung gegen das Judentum sind heute, da die Gesetze von Juden oder unter Kontrolle der Juden gemacht werden, nicht vorhanden ... Die Zeit, mit Hilfe von Gesetzen die Juden zu bekämpfen, war [...] gegeben, sie ist aber verpasst worden. [...] Alledem gegenüber erklären wir ganz offen, dass

---

8 Der ‚Alldeutsche Verband' wurde 1891 gegründet mit dem Ziel, das Nationalbewusstsein zu stärken, das Deutschtum im Ausland zu unterstützen und die Kolonial-, Flotten- und Außenpolitik zu fördern. Heinrich Claß leitete den Verband seit 1908 (vgl. Peters 1996, S. 302ff.).

9 Heinrich Pudor hatte am ‚Hammer' (Zeitschrift des 1912 gegründeten, patriotisch-nationalistischen völkischen ‚Reichshammerbundes', die antisemitische und germanisch-gläubige Ideen verbreitete) mitgearbeitet und veröffentlichte 1923 für kurze Zeit ‚Die Deutsche Partei' (sic!), die „ausdrücklich die *Ungleichheit* und Nicht-Gleichberechtigung als Grundsatz aufgestellt hat [...], nachdem die Juden Jahrhunderte und Jahrtausende lang die arischen Völker mit dem Köder der Gleichheit und Gleichberechtigung irregeführt und betrogen, zersetzt und zerspalten haben" (zit. in Hartung 1996, S. 35, H. i. O.).

uns jedes Mittel recht ist, von den Juden befreit zu werden und dass wir gegen Pogrome, wenn sie ihren Zweck erfüllen, nichts einzuwenden haben" (zit. in ebd., S. 35). Er löste damit eine Diskussion unter den Antisemiten über das Für und Wider von Pogromen aus, an der auch Hitler beteiligt war. An vielen Orten gab es Pogromgerüchte. Das Wort ‚Pogrom' wollten Antisemiten als Warenzeichen für ein Mittel gegen Ungeziefer eintragen lassen; das Reichspatentamt untersagte es auf Antrag des CV. Im Kaiserreich hatte es Aufrufe zu Pogromen noch nicht gegeben, und auch nach 1918 verwahrten sich viele Antisemiten dagegen. Das Thema aber wurde nun in der allgemeinen Presse diskutiert, nicht nur in den antisemitischen Kreisen (vgl. ebd., S. 35ff.).

Die Führungsgruppen der Alldeutschen wie auch anderer völkischer Verbände wollten auf legalem Weg den Umsturz der parlamentarischen Regierung bewirken. Dazu brauchten sie die Unterstützung der Bevölkerung. Schon die Revolutionswirren nutzten sie zur antisemitischen Agitation mit Zeitungsartikeln und – das war neu – mit einer Flut von Flugblättern. Der ‚Deutsche Schutz- und Trutzbund' wurde im Februar 1919 als Kampfbund von Antisemiten und Republikgegnern gegründet. Auftrag des Bundes war es, „‚über Wesen und Umfang der jüdischen Gefahr aufzuklären' und die Juden mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen" (Jochmann 1988, S. 133). Heinrich Claß hatte in seiner 1912 unter Pseudonym veröffentlichten Schrift ‚Wenn ich der Kaiser wär' die Handlungsanweisung zum Kampf gegeben: Verhinderung von neuer Einwanderung, Ausweisung ausländischer Juden und Aberkennung der Staatsbürgerschaft der deutschen Juden (vgl. Walter 1999, S. 29). Am 1. Oktober 1919 vereinigte sich der Deutsche Schutz- und Trutzbund mit anderen völkischen Bünden zum ‚Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund' (DVSTB), dem sich später andere antisemitische Gruppen anschlossen. In diesem DVSTB waren bürgerliche Kreise vertreten. In den Leitungspositionen gab es einen hohen Anteil an Akademikern und Vertretern aus dem Großbürgertum und dem gehobenen Mittelstand; die Mitglieder kamen weitgehend aus dem unteren Mittelstand. Die Hamburger Deutschvölkische Verlagsanstalt bot günstige Voraussetzungen zur Agitation. Neben den Agitationsblättern ‚Deutschvölkische Blätter' und ‚Deutschvölkische Warte' erschienen zahllose Schriften mit antijüdischen Angriffen, alte Schriften wurden neu aufgelegt.[10] Die

10 Einige Schriften seien hier genannt: ‚Hammerschläge', ‚Politisch-Anthropologische Monatsblätter', ‚Judas Schuldbuch: Eine deutsche Abrechnung von Wilhelm Meister' von

Fälschung ‚Protokolle der Weisen von Zion' fasste alle Vorwürfe und Verdächtigungen gegen die Juden zusammen und wurde auch innerhalb der deutschen Rechten diskutiert; erst nach dem Mord an Rathenau distanzierten sich die Deutschnationalen davon (vgl. Berding 1988, S. 178ff.; Jochmann 1988, S. 132ff.; Walter 1999, S. 46ff.).

Die völkische Bewegung erreichte mit ihrer antisemitischen Propaganda[11] Menschen in vielen Verbänden und Institutionen. Das Heer war antisemitisch durchsetzt, in der Truppe gab es nach dem Krieg kaum noch Juden. Nach ihrer Entlassung aus dem Heer waren viele antisemitisch gesinnte Offiziere und Soldaten in den Polizeidienst übernommen worden. Bei antisemitischen Ausschreitungen zögerten sie oft ihren Einsatz hinaus, sympathisierten mit den Antisemiten und unterstützten sie. Vor allem unter der Jugend, unter Schülern und Studenten, in Gruppen der bürgerlichen Jugendbewegung sowie in Sportgruppen wurde antisemitisch agitiert. Viele Lehrer waren völkisch-antisemitisch gesinnt. Die Völkischen kooperierten mit antisemitischen Interessenverbänden, wie dem DHV, dem BdL, dem Verein deutscher Studenten und vielen Handwerker- und Mittelstandsvereinigungen. Bürgerliche Frauenvereine, Wohltätigkeitsorganisationen und Vereine, die geistige und kulturelle Interessen pflegten, gerieten unter den Einfluss der antisemitischen Propaganda der völkischen Bewegung. Die völkischen Schriften erreichten zwar im wesentlichen nur die Mitglieder der völkischen Vereinigungen, aber die allgemeinen Zeitungen und Zeitschriften waren nicht frei von antisemitischem Gedankengut. Journalisten trugen aus Gedankenlosig-

---

Paul Bang, ‚Das Judentum in der Musik' von Richard Wagner. Artur Dinters Roman ‚Die Sünde wider das Blut' erreichte durch Neuauflagen eine Verkaufszahl von etwa 200 000 Exemplaren und etwa 1,5 Millionen Leser (vgl. Greive 1983, S. 108f.; Berding 1988, S. 181ff.). In seiner Schrift ‚Der Talmudjude' versuchte der katholische Theologe August Rohling 1871, die Ritualmordbeschuldigungen wissenschaftlich zu begründen. 1922 erschien diese Schrift in der 17. Auflage. Der katholische Bonifatius-Verein verteilte sie kostenlos (vgl. Blaschke 1991, S. 245).

11 Ein Beispiel antisemitischer Agitation war am 25. Juni 1919 in der ‚Ostdeutschen Rundschau', einem völkischen Blatt aus Bromberg, zu lesen: „Die Juden haben unseren Siegeslauf gehemmt und uns um die Früchte unserer Siege betrogen. Die Juden haben die Axt an die Throne gelegt und die monarchische Verfassung in Stücke geschlagen. Die Juden haben die innere Front und dadurch auch die äußere zermürbt. Die Juden haben unseren Mittelstand vernichtet, den Wucher wie eine Pest verbreitet, die Städte gegen das Land, den Arbeiter gegen den Staat und (das) Vaterland aufgehetzt. Die Juden haben uns die Revolution gebracht, und wenn wir jetzt nach dem verlorenen Kriege auch noch den Frieden verlieren, so hat Juda sein gerüttelt Maß von Schuld. Darum, deutsches Volk, vor allem das Eine – befreie dich von der Judenschaft" (zit. in Winkler 1997, S. 343).

keit, Schwäche oder aus kommerziellem Interesse in den großen und angesehenen bürgerlichen Zeitungen, in Zeitschriften, Fachorganen und Familienmagazinen zur Ausbreitung antisemitischer Tendenzen bei. Es gab unter den Journalisten außerdem eine große Zahl überzeugter Antisemiten (vgl. Jochmann 1988, S. 142ff.).

Nicht alle, die sich von der antisemitischen Propaganda überzeugen ließen, wurden eingetragenes und aktives Mitglied. Doch die Mitgliedschaft der völkischen Gruppen wuchs. Über 20 000 neue Mitglieder wurden bis Ende 1919 für den Deutschen Schutz- und Trutzbund gewonnen, nach dem Zusammenschluss der Bünde stieg die Mitgliederzahl des DVSTB bis Ende 1920 auf 110 000, bis 1921 auf 150 000, Ende Juni 1922 waren es schon 200 000 Mitglieder (vgl. Jochmann 1988, S. 134).

Es kam in der Weimarer Republik zu kriminellem und gewalttätigem Vorgehen gegen Juden und jüdische Einrichtungen, was im Kaiserreich noch undenkbar gewesen war. Die Brutalisierung der Gesellschaft durch den Krieg war eine Ursache dieser Gewalt. Dazu sollte Gewalt auch genutzt werden, das System zu destabilisieren und einem Umsturz der Verhältnisse näher zu kommen. Obwohl die Zahl der radikalen Radauantisemiten nicht hoch war, war der Resonanzboden für gewaltsame Aktionen gegen Juden in der Weimarer Republik beträchtlich (vgl. Walter 1999, S. 15ff.).

Ab Frühsommer 1919 wurden Demonstrationen und Protestaktionen veranstaltet, zum Beispiel gegen die angebliche Bevorzugung von Juden bei der Wohnungsvergabe, gegen jüdische Künstler und gegen einen jüdischen Stadtrat (vgl. Jochmann 1988, S. 137). Es gab Synagogenschändungen und wiederholt tätliche Angriffe auf Juden, die sich gegen antisemitische Flugblätter oder Plakate und gegen Hetzreden auf den Straßen wehrten. Die deutsche Gesellschaft war polarisiert bei solchen Vorfällen. Viele lehnten die Gewalttaten ab (vgl. Walter 1999, S. 23ff.).

Die Mitglieder des DVSTB wurden allmählich durch ihre Führung, besonders durch Alfred Roth und Heinrich Claß, immer stärker radikalisiert. Die Agitation der Völkischen ging von massiver Hetze über die allgemeine Aufforderung zur Tat gegen Juden bis zur Veröffentlichung von Namenslisten zum konkreten Angriff gegen einzelne Personen – Rathenau und Harden standen zum Beispiel auf solch einer Liste (vgl. Berding 1988, S. 184ff.; Jochmann 1988, S. 130). Bei den Veranstaltungen des Bundes kam es zu Gewalttaten gegen Andersdenkende und zu Prügelszenen, im Anschluss an die Veranstaltungen zu Ausschreitungen, Plünderungen, Überfällen und

Misshandlungen von Juden und politischen Gegnern (vgl. Jochmann 1988, S. 135).

Nachdem die völkische Propaganda große Teile des Bürgertums erreicht hatte, wollten die Führer der Völkischen auch die Arbeiter für sich gewinnen. Als Adolf Hitler in München Aufsehen erregte, suchten sie die Zusammenarbeit mit ihm, um an die Arbeiter heranzukommen. Dieses Ziel wurde zwar nicht erreicht, aber Hitler gewann dadurch Einfluss unter den Mitgliedern des DVSTB**.** Aus der völkischen Bewegung war die antisemitische ‚Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei' (NSDAP) hervorgegangen. Hitler, der am 29.7.1921 die Leitung übernahm, war u. a. von den deutsch-österreichischen Völkischen beeinflusst und übernahm Teile aus dem Programm der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Böhmen (vgl. Hartung 1996, S. 31f.). Er vertrat einen aggressiven völkischen Antisemitismus. Das Parteiprogramm der NSDAP war radikal antisemitisch. Die entscheidenden Punkte lauteten: „4. Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein. 5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muss unter Fremdengesetzgebung stehen. [...] 24. Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen. Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, dass eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage: Gemeinnutz vor Eigennutz" (zit. in Deuerlein 1968, S. 108ff.). Auch andere Punkte nahmen deutlich die antisemitischen Vorurteile und Forderungen auf: Ausweisung, Verhinderung von Einwanderung, Einzug aller Kriegsgewinne, Kommunalisierung der Warenhäuser, Todesstrafe für Wucherer und Schieber, keine Finanzierung von Zeitungen oder Mitarbeit an Zeitungen durch Nichtdeutsche (vgl. ebd.). Die NSDAP stand mit ihren Ordnungstruppen, seit 1921 ‚Sturmabteilung' (SA) genannt, in der Tradition paramilitärisch operierender Kräfte und setzte auf den Umsturz des Systems. Mit ihren militanten Kampfmethoden zog die Partei Soldaten und die Jugend an; sie gewann viele Anhänger aus den radikalen völkisch-antisemitischen Gruppen. Das Hakenkreuz wurde zu einem gefürchteten, verachteten und auch bewunderten Symbol (vgl. Jochmann 1988, S. 152ff.). Zum DVSTB und zur ‚Deutschvölkischen Freiheitspartei'

(DVFP) stand die NSDAP in Konkurrenz, und sie unterhielt gleichzeitig persönliche Kontakte zu ihnen durch Doppelmitgliedschaft und Zusammenarbeit (vgl. Berding 1988, S. 189f.).

Die protestantischen Kirchen mussten sich in der Weimarer Republik neu organisieren. Das landesherrliche Kirchenregiment war verloren. Die Kirchen suchten Rückhalt in der Bevölkerung, um im politischen Raum ihre Rechte beanspruchen und durchsetzen zu können. Stoeckers Agitationsmethoden wurden jetzt genutzt. „Reproduktion und zeitgemäße Weiterentwicklung antisemitischer, antisozialistischer und antidemokratischer Stereotype“ (Jochmann 1982, S. 187) erreichten auch politisch Uninteressierte. In einem Bochumer Kirchenblatt schrieb Pfarrer Zauleck am 19.1.1919: „Was unsere Kirche jetzt mobil macht – es ist die Angst um das, was für unser Volk auf dem Spiele steht, wenn statt des Christentums jetzt das Judentum die beherrschende Macht im öffentlichen Leben würde oder das moderne Heidentum, das doch schließlich von dem Judentum und seiner Presse geistig gespeist wird“ (zit. in ebd., S. 187). Redakteure evangelischer Sonntagsblätter wiesen ihre Leser auf antisemitische Traktate und Hetzschriften hin; sie informierten über antijüdische Aktionen und über die Veranstaltungen antisemitischer Verbände. Die antisemitischen Parteien und Gruppen galten den von Stoecker geprägten Protestanten „als Bundesgenossen bei der Verteidigung christlicher und nationaler Interessen“ (ebd., S. 188). Die protestantische Kirche wollte nach der Arbeiterschaft nicht auch noch die nationalistisch und antisemitisch geprägten Bürger verlieren. Besonders in Preußen, wo die Mehrheit der Christen protestantisch war und die große Mehrheit der Juden lebte, ist dieser Einfluss nicht zu unterschätzen (vgl. ebd., S. 185ff.).

Die katholische Kirche war auf Grund ihrer hierarchischen Ordnung und ihrer Verbindung mit Rom organisatorisch durch die Ausrufung der Republik nicht so stark getroffen wie die protestantischen Kirchen; dazu blieb ihr der politische Rückhalt im Zentrum. Antisemitische Vorurteile, judenfeindliches Argumentieren und völkischer Antisemitismus waren jedoch auch unter katholischen Christen verbreitet.[12] Der junge Jesuit und Alttestamentler

12 Von 1913-1931 erschien die kath. Zeitschrift ‚Das Heilige Feuer. Religiös-kulturelle Monatsschrift‘, deren Untertitel in den Jahrgängen 2-8 lautete: ‚Monatsschrift für naturgemäße, deutsch-völkische und christliche Kultur und Volkspflege‘ (vgl. Reinecke 1996, S. 165). Der ‚Judenspiegel im Lichte der Wahrheit‘ von Dr. Justus und seinem Bruder, dem katholischen Theologen Jakob Ecker, ein Pamphlet des DVSTB, wurde in der katholischen Bonifatius-Druckerei (Paderborn) verlegt (vgl. Greive 1983, S. 116f.).

August Bea, später Kardinal, der zwar in seiner Untersuchung über ‚Antisemitismus, Rassentheorie und Altes Testament' den völkischen Standpunkt kritisierte, weil sich viele Völkische von der Kirche lossagten, konnte trotzdem ein „judenfeindliches Minimalprogramm, das keiner Kritik mehr bedurfte und auf das man sich einigen konnte" (Greive 1983, S. 118), beschreiben: „Die Rolle, die zahlreiche Juden, teilweise in führender Stellung, im Kriege und in der Revolutionszeit spielten, die Überflutung unseres Vaterlandes mit allerlei fragwürdigen jüdischen Ausländern, die Durchdringung eines großen Teiles der Presse mit jüdischem Geist und jüdischem Geld, die wirtschaftlichen Missstände in den Kriegs- und Schiebergesellschaften, in denen das jüdische Element eine wesentliche Rolle spielt, die zionistische Bewegung, die sich an die heiligsten Stätten des Christentums herandrängt: all dies lässt es nur zu begreiflich erscheinen, wenn Kreise, die es mit ihrer Religion und mit ihrem Vaterlande gut meinen, in eine entschiedene Abwehrstellung hineingedrängt werden" (zit. in Greive 1983, S. 118).

Von der kirchlichen Publizistik wurden antisemitische Kulturkampfparolen gegen den ‚typisch jüdischen Geist der Zerstörung' in Kunst und Literatur aufgegriffen. Die avantgardistischen Tendenzen in der modernen Kunst, Literatur und Wissenschaft hatte viele Menschen schockiert. Geistliche und Laien beider Konfessionen beteiligten sich an von Antisemiten organisierten Demonstrationen und Protesten gegen moderne Inszenierungen klassischer Dramen oder Aufführungen von Werken jüdischer Autoren (vgl. Jochmann 1988, S. 148ff.).

Der Mordhetze und dem Terror gegen Juden und verhasste Politiker waren schon 1919 bekannte Politiker der Linken wie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht (der, obwohl er nicht jüdischer Abstammung war, vielen als Jude galt), Gustav Landauer und Kurt Eisner zum Opfer gefallen. Nicht nur Juden, sondern auch ‚Judengenossen', die ihnen Respekt und Gleichberechtigung garantierten, waren zum Angriffsobjekt geworden. Die Mörder von Matthias Erzberger (26.8.1921) und Walter Rathenau (24.6.1922) und die Täter des Mordanschlags auf Philipp Scheidemann (4.6.1922) standen in Verbindung mit der ‚Operation Consul', einer geheimen Nachfolgeorganisation der Brigade Ehrhardt[13] (vgl. Sabrow 1999, S. 42ff., S. 79, S. 183ff.). In

13 Der Oldenburger Buchhändler Albert Grenz versuchte, seinen Auftrag zum Attentat auf Maximilian Harden als Mordauftrag der ‚Operation Consul' erscheinen zu lassen. Das Attentat misslang am 3.7.1922, Harden überlebte schwer verletzt (vgl. Sabrow 1999,

ihrem politischen Programm strebte die ‚Operation Consul' die Bekämpfung der Weimarer Verfassung, vor allem der Sozialdemokratie und des Judentums an. Der DVSTB war ebenso in zahlreiche politische Attentate und Morde verwickelt; auch die Mörder Rathenaus hatten Beziehung zu ihm. Darum wurde der DVSTB nach der Ermordung Rathenaus verboten und dieses Verbot vom Staatsgerichtshof im Januar 1923 bestätigt (vgl. Greive 1983, S. 121; Jochmann 1988, S. 137ff.).

Im Krisenjahr 1923 häuften sich Überfälle auf Juden und pogromartige Vorfälle. In Nürnberg und anderen bayerischen Städten kam es im Herbst 1923 mehrere Wochen lang zu Überfällen auf jüdische Geschäftsleute und Straßenpassanten. Während des Hitlerputsches nahmen der Stoßtrupp Hitlers und das Freikorps ‚Bund Oberland' Juden als Geiseln in Haft. Nach der Niederschlagung des Putsches wurde kein Prozess gegen die Geiselnehmer eröffnet (vgl. Walter 1999, S. 137ff.). Im Berliner Scheunenviertel plünderten aufgebrachte Arbeitslose zwischen dem 3. und 7. November 1923 Geschäfte und schlugen auf Passanten ein, die sie für Juden hielten. Im diesem Viertel hatten sich besonders viele Ostjuden angesiedelt. Von den Krawallen und Plünderungen im Berliner Scheunenviertel waren jüdische und nichtjüdische Ladenbesitzer betroffen. Nicht nur Angehörige völkischer Gruppen, sondern auch Arbeitslose, die zur SPD tendierten, hatten sich beteiligt, um ihrer Empörung über die wachsende Not Ausdruck zu geben und sich durch Plünderungen Besitz zu verschaffen. Der soziale Protest war zu antisemitischen Ausschreitungen missbraucht worden (vgl. ebd., S. 151ff.).

Die Bevölkerung, die Presse, die Verantwortlichen bei der Polizei und bei der SPD schreckten durch diese pogromartigen Übergriffe im Scheunenviertel auf. Der ganz alltägliche Antisemitismus hatte in Deutschland eine lange Tradition und wurde hingenommen, der gewalttätige Antisemitismus beunruhigte und bedrohte viele Menschen. Es entwickelte sich Widerstand gegen die antisemitischen Agitatoren, Gegenmaßnahmen und Aufklärungsveranstaltungen wurden eingeleitet.

S. 119f.). Vgl. dazu auch Bd. 3 der Oldenburgische Beiträge zu Jüdischen Studien: Sabine Armbrecht: Verkannte Liebe. Maximilian Hardens Haltung zu Deutschtum und Judentum.

Die Bedeutung der Ostjuden in Deutschland

Antisemitische Vorurteile und ihre Widerlegungen

Die Antisemiten nahmen immer wieder die Ostjuden zum Anlass und Ziel ihrer Agitationen und Ausschreitungen. Ostjuden wurden als Ursache aller Alltagsnöte herausgestellt. Vielen Deutschen war es leichter, an ihnen den Hass festzumachen als an den assimilierten deutschen Juden. Die Ostjuden waren in ihrem ganzen Erscheinungsbild fremder, sie sprachen jiddisch, die Männer trugen den Kaftan und Schläfenlocken. Für die Antisemiten waren die Ostjuden das Gegenbild des fleißigen, sauberen, anständigen Deutschen. Sie galten ihnen als faule Schnorrer, als schmutzige Seuchenträger, als unanständige Verbrecher und Sittenstrolche. Der angeblich rassisch minderwertige und kulturell niedrig stehende Ostjude wurde für die Engpässe der Nachkriegszeit, für Lebensmittel- und Wohnungsknappheit verantwortlich gemacht; er zerstöre die deutsche Wirtschaft durch Wucher- und Schiebergeschäfte. Da er aus dem Osten käme, trüge er noch dazu revolutionären, bolschewistischen Geist in das deutsche Volk hinein.

Die Einstellung der deutschen Juden zu den Ostjuden war ambivalent. Auch viele unter den deutschen assimilierten Juden waren nicht frei von Vorurteilen gegen die ‚rückständigen' Ostjuden. Die nationaldeutschen Juden lehnten die Ostjuden ab. Im Gegensatz dazu hatten Zionisten und Orthodoxe ein intensives Interesse an dem religiösen und nationalen Leben der Ostjuden. Die Vertreter der Liberalen und des CV hatten vor allem wirtschaftliche und soziale Vorbehalte. Doch der CV verteidigte die Ostjuden, weil er erkannte, dass mit dem Angriff auf die Ostjuden auch die deutschen Juden gemeint waren. In der Tat verbanden die radikalen Antisemiten mit der Ostjudenfrage immer auch die Frage nach dem Staatsbürgerrecht der deutschen Juden (vgl. Maurer 1986, S. 161ff.).

Die jüdische Abwehr des Antisemitismus versuchte, die Vorurteile gegen die Ostjuden zu widerlegen und die den Deutschen fremden Lebensäußerungen der Ostjuden geschichtlich oder mit ihrer gegenwärtigen elenden Lebenssituation zu erklären. Für ungesetzliches Handeln seien die einzelnen ostjüdischen Täter verantwortlich, nicht die gesamte Gruppe der Ostjuden, so wie auch einzelne deutsche Verbrecher nicht das ganze deutsche Volk zu Verbrechern stempelten. Außerdem wies die jüdische Abwehr auf das positive Gegenbild hin, das sie bei den Ostjuden entdeckte: Trotz ihrer wirtschaftlichen Not und zivilisatorischen Rückständigkeit beeindruckten die Ostjuden durch Reinheit, Selbstlosigkeit, Wohltätigkeit, Genügsamkeit, Gastfreund-

schaft, Hilfsbereitschaft, Familiensinn, Sittenstrenge ostjüdischer Frauen, Heimatliebe, Religiosität, geistige Regsamkeit, Intelligenz, Wissbegier und starkes Bildungsstreben. Die jüdische Abwehr machte auf die spezifischen Kulturleistungen der Ostjuden aufmerksam, zeigte sie als Vertreter deutscher Kultur im Osten und als Fürsprecher für Deutschland in den westlichen Einwanderungsländern. In Deutschland trügen Ostjuden zum Aufbau bei, und etwa 40 000 Ostjuden könnten unter 60 Millionen Deutschen die Ernährungslage nicht wirklich verschlimmern. Gegen den Vorwurf der bolschewistischen Unterwanderung wies die Abwehr darauf hin, dass der Bolschewismus die jüdische Religion verfolge und nur wenige nichtreligiöse Juden Anhänger der Revolution gewesen seien (vgl. ebd., S. 104ff.). Natürlich konnten die jüdischen Gegenargumente die antisemitische Agitation nicht zum Schweigen bringen.

Politische Auseinandersetzungen

In der öffentlichen Berichterstattung kamen Vorurteile und Vorbehalte gegen Ostjuden, aber auch Solidarität mit ihnen und Kampf gegen die Vorurteile häufig zur Sprache. Am ausführlichsten wurde die Ostjudenfrage in der antisemitischen und jüdischen Presse thematisiert. Doch auch die verschiedenen politischen Gruppierungen veröffentlichten ihre Haltung und politischen Forderungen zur Ostjudenpolitik. Alle betonten die soziale und wirtschaftliche Belastung durch die Einwanderer und wollten nicht, dass sie auf Dauer in Deutschland blieben. Die antisemitischen Gruppierungen und die ‚Deutschnationale Volkspartei' (DNVP) verlangten nicht nur, die Einwanderung zu verhindern, sie forderten auch die Ausweisung der Ostjuden, ihre Internierung als vorläufigen Ersatz für Ausweisung und den Widerruf der Einbürgerung, sofern diese schon geschehen war. Dadurch, dass vor allem DNVP und NSDAP immer wieder Anfragen und Forderungen über Maßnahmen gegen die Ostjuden an die Regierung richteten, blieb das Thema in der gesamten Öffentlichkeit des Reiches virulent – nicht nur in Berlin und Leipzig und im Ruhrgebiet, wo die meisten Ostjuden angesiedelt waren (vgl. ebd., S. 233ff.).

Der Erlass des preußischen Innenministers Wolfgang Heine vom 1.11.1919, in dem die Duldung von ‚persönlich einwandfreien' Ostjuden aus völkerrechtlichen und menschlichen Gründen ausgesprochen wurde, erwies sich für die Ostjuden in Deutschland als entscheidend wichtig. Rechtskräftig verurteilte Personen sowie Personen, die die öffentliche Sicherheit gefährdeten,

die keine Unterkunft und keine nutzbringende Tätigkeit nachweisen konnten, sollten ausgewiesen werden. Massenausweisungen sollte es aber nicht geben, schon um das Ansehen Deutschlands im Ausland nicht zu schädigen. Vor jeder Ausweisung sollten jüdische Fürsorgeeinrichtungen die Interessen der Betroffenen wahrnehmen. Dieser Erlass wurde von der Reichsregierung und auch in Kreisen der preußischen Regierung als ein ‚Sonderrecht' zu Gunsten der Ostjuden angegriffen. Vor allem bekämpften die Antisemiten diesen Erlass, der Ostjuden das Bleiben und weitere Zuwanderung ermögliche. Die jüdischen Zeitungen würdigten ihn, und die jüdischen Gemeinden und Verbände organisierten mit großem Einsatz Fürsorgeeinrichtungen, um Ausweisungen zu verhindern oder sie mindestens erträglich zu gestalten. Vielfältig sorgten sie für Arbeit oder halfen bei der Beschaffung von Ausreisepapieren zur Weiterreise in den Westen. Sie engagierten sich auch in den Internierungslagern für Ostjuden. Im Dezember 1919 wurde in Preußen der Beschluss zur Errichtung eines Internierungslagers gefasst, und im November 1920 und Februar 1921 wurden die Lager Stargard und Cottbus für Ostjuden, deren Ausweisung noch nicht vollzogen werden konnte, eröffnet. In Bayern waren Ostjuden schon seit März 1920 unter unwürdigen Umständen im Lager Ingolstadt interniert (vgl. ebd., S. 281ff., S. 508ff., S. 416ff.).

Welche Interessen sich bei den Antisemiten mit diesen Internierungslagern verbinden konnten, zeigt die Denkschrift, die der Freiwillige Hans Knodn, Angehöriger des Schützenregimentes 41 in Passau, der später die NSDAP-Ortsgruppe in Passau gründete, mit der Forderung nach einer ‚Lösung der Judenfrage' an den bayerischen Ministerpräsidenten von Kahr sandte: „1. Innerhalb 24, längstens 48 Stunden habe sich ‚der größte Teil der Juden' mit den ‚notwendigsten Bekleidungsstücken' versehen an ‚bestimmten Sammelstellen' einzufinden. ‚Von diesen Plätzen aus hätte dann der Abtransport in die Konzentrationslager zu erfolgen.' 2. ‚Juden, die sich durch Flucht oder durch Bestechung dieser Internierung zu entziehen suchen', sollten zum Tode verurteilt werden. Ihr Vermögen sei einzuziehen. 3. ‚Deutsche, die den Juden zur Flucht' verhelfen, sollten ‚das gleiche Schicksal zu gewärtigen' haben. 4. ‚Eröffnet die Entente die Feindseligkeiten gegen uns, so muss unverzüglich mit Repressalien an den Juden geantwortet werden. Bei Verhängung der Blockade müssen die Juden dem Hungertode ausgeliefert werden. Erfolgt der Vormarsch der Feinde, so muss die Niedermetzelung der Juden stattfinden, bis der Vormarsch eingestellt wird.' 5. Die Internierung sollte so lange aufrecht erhalten werden, wie Deutschland von ‚inneren und äußeren Feinden bedroht' bleibt. Für den Fall, dass Juden noch überlebten, sollte

nach der Beseitigung der ‚inneren und äußeren Gefahren' deren ‚restlose Abschiebung' und zwar ‚nach Palästina' erfolgen, selbstverständlich unter Zurücklassung ihres Besitzes und Vermögens. Eine Rückkehr nach Deutschland habe als todeswürdiges Verbrechen zu gelten" (Jochmann 1988, S. 144).

Entwicklung des Antisemitismus bis 1932

In der Stabilisierungsphase der Weimarer Republik veränderte sich das Erscheinungsbild des Antisemitismus. Das Verbot des DVSTB nach dem Mord an Rathenau wirkte sich aus, Mord und Terror nahmen ab. Aber die Zurücksetzung und bewusste Ausgrenzung von Juden aus der Gesellschaft setzten sich fort. Arbeitsbedingungen und Arbeitsmöglichkeiten für Juden verschlechterten sich an Universitäten, in Behörden und auch für Ärzte. In Teilen der Provinz hatten jüdische Ärzte kaum noch eine Chance zur Anstellung (vgl. Jochmann 1988, S. 180f). In Urlaubs- und Kurorten wurden Juden diskriminiert, z. B. blieb Borkum weiterhin, wie bereits in der Kaiserzeit, ‚judenfrei' (vgl. Bergmann/Wetzel 1998, S. 183).

Am 27.2.1925 gründete Hitler die NSDAP neu. Die Partei wuchs bis Ende 1928 in ganz Deutschland auf 100 000 Mitglieder. Der Antisemitismus blieb zentraler, funktionaler Bestandteil der nationalsozialistischen Bewegung, die mit ihren pseudoreligiösen Zügen[14], dem ‚Führerkult' und der Monopolstellung Hitlers die Massen in ihren Bann zog: „Führer befiehl, wir folgen Dir!" (Berding 1988, S. 200, vgl. S. 198ff.). Die bürokratische und personale Organisationsstruktur der Partei sorgte dafür, dass Hitler alle Fäden in der Hand behielt und trotzdem auf den unteren Ebenen Eigeninitiative möglich blieb. Der Antisemitismus als – wie Gottfried Feder sagte – „der gefühlsmäßige Unterbau unserer Bewegung" (zit. in ebd., S. 204) äußerte sich in den unterschiedlichen Facetten, die damals möglich waren. Von der brutalen primitiven Propaganda des Julius Streicher im NS-Kampfblatt ‚Der Stürmer' rückten viele Parteimitglieder ab, aber auch die Propaganda des Joseph Goebbels war vulgär und brutal. Alfred Rosenbergs ‚Mythus des 20. Jahrhunderts' und Adolf Hitlers ‚Mein Kampf' propagierten als Standardwerke der nationalsozialistischen Ideologie den Antisemitismus. Als die NSDAP 1930 in Thüringen an der Regierung beteiligt war, wurde an der Universität

14 Hitler nannte das Parteiprogramm am 14.2.1926 auf der Bamberger Führertagung „Gründungsurkunde unserer Religion, unserer Weltanschauung" (zit. in Berding 1988, S. 201).

Jena ein Lehrstuhl für Rassenfragen und Rassenkunde errichtet und mit dem antisemitischen Rassenforscher Hans F.K. Günther besetzt. Dieser lehrte, dass das deutsche Volk wie jedes bestehende Volk aus verschiedenen Rassen gemischt sei, seine Kultur aber nur der nordischen Rasse verdanke, die „mit allen Mitteln positiver Eugenik gefördert“ werden müsse (Hartung 1996, S. 37).

Vielfältig gaben die Antisemiten ihrem Hass gegen die Juden Ausdruck:

- An die Stelle der offenen Gewalt gegen Personen trat nach 1923 die Gewalt gegen Sachen: Synagogen und Friedhöfe, auch Kriegerdenkmäler für jüdische Soldaten wurden geschändet. Immer wieder waren jugendliche Täter beteiligt. Oft geschahen die Schändungen spontan, ungeplant und als Nachahmungstat, aber sie wurden auch von antisemitischen Gruppen vorbereitet. Seit 1930 beteiligten sich Anhänger der NSDAP in starkem Maße daran. Dirk Walter hat errechnet, dass von 1923 bis zum Ende der Republik etwa alle zweieinhalb Wochen eine Synagoge oder ein Friedhof betroffen waren (vgl. 1999, S. 164). In der Bevölkerung wurden solche Taten vielfach mit Abscheu verurteilt, auch von Menschen, die andere Formen des Antisemitismus begrüßten. Das Gespräch über den Antisemitismus blieb durch diese Übergriffe in weiten Kreisen der Bevölkerung aktuell. Dirk Walter urteilt: „Der Stellenwert von Antisemitismus in der politischen Diskussion war sehr groß – aber es war ein strittiges, mit Tabus behaftetes Thema, es gab keinen gesellschaftlichen Konsens“ (ebd., S. 176).
- Parallel zur Schändungswelle wurde heftige antisemitische Propaganda betrieben, die die alten Vorwürfe aufgriff, dass Juden Ritualmorde und sexuelle Verfehlungen begingen. Die Tatsache, dass die Ritualmordpropaganda wieder aufbrach, zeigt, wie virulent der Antisemitismus auch in den ruhigeren Jahren der Republik blieb. Bei den extremen Antisemiten fand diese Propaganda Zustimmung, in der Bevölkerung – auch bei gemäßigteren Antisemiten – regte sich Protest. Aus taktischen Gründen versuchten Mitglieder der NSDAP, diese vulgären Äußerungen des Antisemitismus zurückzudrängen. In den ‚Nationalsozialistischen Briefen‘, die von den Brüdern Gregor und Otto Strasser herausgegeben wurden, erschien 1928 eine Artikelserie über ‚Radau und Antisemitismus‘, darin schrieb Herbert Bühler im Juli: „Denn wir wollen das Judentum ja nicht beschimpfen, noch irgendein paar gleichgültige Einzeljuden verprügeln, sondern es vernichten“ (zit. in ebd., S. 185).

- Außer der Schändungswelle und der Ritualmordpropaganda nahm seit 1927 die Straßengewalt gegen Juden wieder zu, vornehmlich von Mitgliedern der SA-Gruppen, die gegen Ende der zwanziger Jahre vermehrt gegründet wurden. Nicht immer endete diese Gewalt mit Körperverletzungen. Das Auftreten der geschlossenen SA-Gruppen genügte, um unter Juden Angst zu erzeugen, zumal wenn skandiert wurde: „Deutschland erwache, Juda verrecke, wer hat uns verraten, Sozialdemokraten, wer macht uns frei, die Hitlerpartei“ (zit. in ebd., S. 202).
- Boykottaufrufe waren schon seit 1925 erfolgt. Die NSDAP veranlasste sie 1927, indem sie mittelständische Organisationen gegen jüdische Konkurrenten mobilisierte. In Ländern, in denen die NSDAP schon an der Macht war, zum Beispiel Thüringen, wurde der Boykott jüdischer Geschäfte auch offiziell eingesetzt (vgl. Zimmermann 1997, S. 43f.).
- Schon seit langem gab es bei den Deutschen eine lange Liste jüdischer Namen, die zur Namenspolemik gegen Juden benutzt wurden. Bestimmte Vor- und Nachnamen waren unter der jüdischen Bevölkerung besonders häufig und wurden für persönliche Kränkungen und gesellschaftliche Verunglimpfungen missbraucht. Die ersten Namen in dieser Liste waren: Cohn, Lev(w)y, Moses, Itzig, Salomo(n), Schmul. Goebbels inszenierte einen sechsjährigen Namenfeldzug gegen den Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Bernhard Weiß, den er ‚Isidor‘ schmähte (vgl. Bering 1987, S. 16f.).

Die Wirtschaftskrise, die sich schon 1928 abzeichnete, führte zu veränderten Lebensbedingungen, die die Bevölkerung radikalisierten, und brachte der NSDAP starken Zulauf. Die Agitation der Partei gegen den Young-Plan, der die Reparationszahlungen neu regelte, fand große Zustimmung. Allgemein hatte die Judenfeindlichkeit in der Bevölkerung wieder zugenommen und führte der NSDAP neue Mitglieder zu. Hitler wurde trotz der Radikalität seiner Partei auch von Bürgerlichen gewählt. Arbeitslose Arbeiter traten der SA bei. Teile der protestantischen Landbevölkerung wurden u. a. durch gezielte judenfeindliche Propaganda für die NSDAP gewonnen. Im Kampf gegen den Kommunismus und Bolschewismus agitierte die NSDAP mit der Lüge, daß die Weltherrschaftspläne der Juden hinter dem Kommunismus lauerten. So gewann sie zugleich Antisemiten und Antikommunisten. Judenfeindlichkeit und Ablehnung des Kommunismus und Bolschewismus führten Christen in die NSDAP, weil sie glaubten, daß die Partei dem Christentum im öffentli-

chen Leben zu neuer Wirksamkeit verhelfen würde. Die NSDAP setzte ihre antisemitische Propaganda gezielt und wirkungsvoll ein, um die unterschiedlichen Gruppen der Bevölkerung in der Partei zu vereinen und neue Mitglieder zu gewinnen. Hitler verkündete seine Entschlossenheit zum Einsatz für die ‚deutsche Volksgemeinschaft' und zum Kampf gegen das Weltjudentum. Wenn es politisch zweckmäßig erschien, wurde der Antisemitismus auch zurückhaltender geäußert, um nicht einflußreiche Gruppen wie etwa die Großindustrie, die man noch gewinnen wollte, abzuschrecken. Im Wahlkampf war der Antisemitismus kein zentrales Agitationsthema (vgl. Berding 1988, S. 209ff.; Greive 1983, S. 128ff.).

In der evangelischen Kirche entstanden in diesen Jahren Arbeitsgemeinschaften nationalsozialistischer Pfarrer und Gemeindemitglieder, die ihre völkisch-christlichen, antisemitischen Ideen in der Kirche pflegen und ausbreiten wollten. Durch die Initiative von Wilhelm Kube, dem Vorsitzenden der nationalsozialistischen Fraktion im preußischen Landtag und märkischen Gauleiter, der die evangelische Kirche auch als Mitglied eines Gemeindekirchenrates und einer Stadtsynode in Berlin kennengelernt hatte, wurde 1932 zu den Kirchenwahlen in Preußen die Kirchenpartei ‚Deutsche Christen' gegründet. Der junge Berliner Pfarrer Joachim Hossenfelder formulierte die ‚Richtlinien' dieser Gruppe, in denen klare antisemitische Forderungen festgelegt waren, wie Reinhaltung der Rasse, Schutz des Volkes vor Unfähigen und Minderwertigen, Verbot der Eheschließung zwischen Christen und Juden, Ablehnung der Judenmission in Deutschland, „solange die Juden das Staatsbürgerrecht besitzen und damit die Gefahr der Rassenverschleierung und -bastardisierung besteht" (zit. in Scholder 1977, S. 264). Die ‚Richtlinien' wurden vielfach nachgedruckt und weit verbreitet; die preußische Kirchenleitung protestierte nicht gegen sie. Joachim Hossenfelder gründete als Propagandainstrument das Sonntagsblatt der Deutschen Christen ‚Evangelium im Dritten Reich'[15], das bald hohe Auflagen erzielte und dazu diente, die Kirche zu politisieren (vgl. ebd., S. 265ff.). In der katholischen Kirche gab es keine entsprechende Gruppierung.

Gegen den Radauantisemitismus wandten sich Teile der rechten Intelligenz an den Universitäten, die volkstumspolitischen Aktivisten. Wilhelm Stapel gehörte zu ihren Vordenkern. Die volkstumspolitischen Aktivisten lehnten

15 Die erste Ausgabe erschien am 16. Oktober 1932. Der Begriff ‚Drittes Reich' war schon in den zwanziger Jahren zu einem politischen Schlagwort geworden und kennzeichnete die angestrebte neue Ordnung nach Überwindung der Republik.

den Radauantisemitismus, seine Gewalttaten und ‚Gesinnungsrohheit' ab. Sie wollten die Zionisten unterstützen, einen jüdischen Staat in Palästina aufzubauen. Sie bekämpften die ‚Assimilationsjuden', die ihrer jüdischen Religionsgemeinschaft treu blieben und zugleich in Deutschland mitentscheiden wollten, also den CV, aber auch diejenigen, die sich vom Judentum gelöst hatten und in Deutschland den ‚deutschen Volkskörper zersetzten'. Die volkstumspolitischen Aktivisten planten letztlich die Entfernung der Juden aus der deutschen Gesellschaft, sie hatten aber noch keine konkreten Vorstellungen, wie das zu verwirklichen sei. Gewaltanwendung lehnten sie ab. Sie forderten erreichbare realistische Schritte zur Entfernung der Juden. Zur NSDAP hatten sie ein ambivalentes Verhältnis. Anfang der dreißiger Jahre fanden sie Zugang zu den Kreisen der NSDAP, die einen radikalen und politikfähigen Antisemitismus gegen einen planlosen Radauantisemitismus vertraten. Nach ihrer Ansicht war eine Systemveränderung zur Verwirklichung ihrer Forderungen notwendig. Verfassungs- und Verwaltungsreformgedanken der Regierung 1932 brachten den volkstumspolitischen Antisemiten die Chance, ihre Forderungen in die Verfassungsdiskussion und in die Öffentlichkeit hineinzutragen. Eine Revision des deutschen Staatsangehörigkeitsrechtes wurde angestrebt. Die NSDAP wollte alle Juden unter Fremdenrecht stellen. Aber noch wurden diese Vorstellungen politisch nicht umgesetzt (vgl. Walter 1999, S. 222ff.).

Trotz der Kräfte, die auch in der NSDAP den Radauantisemitismus ablehnten, kam es immer wieder zu geplanten Gewalttaten. 1930 organisierte die NSDAP gewaltsame Ausschreitungen bei der Reichstagseröffnung am 13. Oktober in Berlin; viele Schaufenster jüdischer Geschäfte gingen zu Bruch. Am Abend des jüdischen Neujahrsfestes, am 12. September 1931, kam es zum Krawall auf dem Kurfürstendamm, an dem etwa 500 SA-Leute beteiligt waren, die mit brutaler körperlicher Gewalt jüdisch aussehende Menschen verletzten. Der Kurfürstendamm galt den Nationalsozialisten als ‚jüdische Schweiz', als wohlhabendes Pendant zum jüdischen Scheunenviertel. Die SA wollte mit ihren Gewalttaten die Straße von Juden ‚säubern'. Sie setzte dabei keine Waffen ein, obwohl diese bei politischen Auseinandersetzungen mit der KPD durchaus benutzt wurden. Diese Zurückhaltung, so urteilt Dirk Walter, gründete auch in der Annahme der antisemitischen Täter, „daß Waffengebrauch gegen Juden gesellschaftlich inakzeptabel war und nicht geduldet, toleriert oder gar begrüßt werden würde" (ebd., S. 221). Eine Terrorwelle, die zum Teil die politische Linke, zum Teil die jüdische Bevölkerung traf, durchzog im Sommer 1932 Deutschland, vor allem Preußen,

Ostpreußen, Oberschlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein und die Städte München und Braunschweig. Politische und persönliche Motive überschnitten sich bei einzelnen Taten. Die Synagoge in Kiel wurde getroffen, ein Siedlungshaus des Reichsbundes in Groß-Gaglow bei Cottbus wurde gesprengt. Die Anhänger der NSDAP hatten wohl schon im Zusammenhang mit den Reichstagswahlen 1932 mit einer Machtübernahme gerechnet (vgl. ebd., S. 236ff.).

Die gefährliche Situation wurde von einzelnen Juden und republikanisch gesinnten Personen erkannt. Theodor Lessing beispielsweise schrieb damals: „Niemals war es erlaubt, dass die Majorität im Staate die wehrlose Minderheit in Wort und Schrift als hassenswert und parasitär dem Masseninstinkte preisgeben durfte. Wir stehen auf verlorenem Posten. Viele werden die Heimat verlieren“ (zit. in ebd., S. 243).

Stellung der wichtigen Parteien der Weimarer Republik zum Antisemitismus

- In der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) war der Antisemitismus stark vertreten. Die völkischen und radikal antisemitischen Gruppen versuchten, die DNVP für ihr Programm zu gewinnen und mit ihr in der Republik die judengegnerischen Maßnahmen politisch durchzusetzen. Es entwickelten sich Auseinandersetzungen zwischen gemäßigten und radikalen Antisemiten innerhalb der Partei im Zusammenhang mit der Diskussion um den ‚Judenparagraphen‘, der die Mitgliedschaft von Juden in der DNVP ausschließen sollte. Austritte und Ausschlüsse folgten. Am 13. Oktober 1919 setzten die völkischen Vertreter folgenden Beschluss im Hauptvorstand[16] der Partei durch: „Die Deutschnationale Volkspartei steht auf dem Boden des deutschen Volkstums. Von dieser Grundlage aus kämpft sie gegen jeden zersetzenden undeutschen Geist, mag er von jüdischen oder anderen Kreisen ausgehen. Sie wendet sich besonders gegen die Vorherrschaft des Judentums, die seit der Revolution in Regierung und Öffentlichkeit immer verhängnisvoller hervortritt“ (zit. in Striesow 1981, S. 145). 1924 wurde Juden die Mitgliedschaft in der Partei untersagt. Als sich 1921 der Verband Nationaldeutscher Juden unter der Lei-

16 Der Hauptvorstand war das einflussreichste Gremium der DNVP. Es wählte den Parteivorstand. Unter den mehr als 200 Mitgliedern hatten die Vertreter der Landesverbände die ausschlaggebende Mehrheit (vgl. Striesow 1981, S. 72f.).

tung von Max Naumann vom CV trennte, hielten die gemäßigten Kräfte in der DNVP fortan während der gesamten Zeit der Weimarer Republik den Kontakt zu den nationaldeutschen Juden aufrecht, obwohl die radikal antisemitischen Mitglieder der Partei damit nicht einverstanden sein konnten. Um so vehementer bekundeten diejenigen, die die Integration nationaldeutscher Juden befürworteten, ihre Ostjudenfeindschaft, um damit die radikalen Kräfte in der Partei zu befriedigen, und traten mit entsprechenden Anfragen und Anträgen an die Regierung hervor. Nur vereinzelt setzten sich Mitglieder der Partei für einen Pogromantisemitismus ein. Um die Antisemiten in der Partei zusammenzuhalten, wurde ein ‚Völkischer Reichsausschuß' gegründet, der von 1925 bis 1927 besonders aktiv war.

Die radikalen Extremisten Wilhelm Henning, Reinhard Wulle und Albrecht von Graefe traten zum Ärger von Claß nach dem Mord an Rathenau aus der DNVP aus und gründeten am 16.12.1922 die ‚Deutschvölkische Freiheitspartei' (DVFP), die im Bereich Nord- und Mitteldeutschland alle Antisemiten aus dem verbotenen DVSTB sammelte. Die DVFP kooperierte mit der NSDAP und erfüllte so die aggressiven Bedürfnisse ihrer jüngeren Anhänger (vgl. Jochmann 1988, S. 155ff.; Walter 1999, S. 49f.).

Zum Ende der Weimarer Republik verlor die DNVP sehr viele Mitglieder und Wählerstimmen an die NSDAP. Jüdische Wähler unterstützten diese Partei nicht, abgesehen von Mitgliedern aus dem Verband Nationaldeutscher Juden (vgl. Zimmermann 1997, S. 26f.).

- Die Parteileitung der ‚Deutschen Volkspartei' (DVP) hielt sich von offenem Antisemitismus zurück, vor allem, solange Gustav Stresemann den Vorsitz innehatte. Aber sie bekämpfte ihn auch nicht, um nicht die konservativen Juden an sich zu binden, damit zur ‚Judenpartei' zu werden und Wähler zu verlieren. Getaufte Juden konnten als Kandidaten aufgestellt werden. Nur wenige Juden aus dem Verband Nationaldeutscher Juden wählten diese Partei. Einzelne Gruppen und Personen in der DVP unterstützten auch antisemitische Gruppen. Nach dem Tod Gustav Stresemanns 1929 driftete die Partei insgesamt nach rechts ab (vgl. Greive 1983, S. 113; Zimmermann 1997, S. 26).

- Die Mehrheit der Juden unterstützte die ‚Deutsche Demokratische Partei' (DDP), eine liberale Partei, die gegen Rassenhass und Volksverhetzung auftrat. Die DDP stellte Juden als Kandidaten auf. Schon bei der ersten Wahl waren 10 von 75 Abgeordneten Juden oder jüdischer Abstammung,

1928 und 1930 waren es 20 % der Reichstagsabgeordneten. Aus taktischen Erwägungen wurde jedoch auch darauf geachtet, nicht zu viele Juden zu nominieren. Bei den Gegnern war die DDP als ‚Judenpartei' verschrien. Bekannte jüdische Mitglieder waren Hugo Preuß, der die Weimarer Verfassung im wesentlichen formuliert hatte, Walther Rathenau und Bernhard Weiß. Selbst in der DDP gab es antisemitische Tendenzen und Kritik an Juden, weil diese angeblich durch ihre fürsorgerische Betreuung die Einwanderung der Ostjuden begünstigten und dadurch die Ausbreitung des Antisemitismus förderten. Als sich die Partei 1930 mit dem antisemitischen Jungdeutschen Orden zur Deutschen Staatspartei verband, wurde sie nur noch bis 1932 von Juden unterstützt. Sie fiel in politische Bedeutungslosigkeit (vgl. Greive 1983, S. 113, S. 135; Jochmann 1988, S. 160f.; Paucker 1969, S. 94f.; Zimmermann 1997, S. 26).

- Das ‚Zentrum' und stärker noch ihre bayerische Schwesterpartei, die ‚Bayerische Volkspartei' (BVP), waren nicht frei von antisemitischen Strömungen. Sie kooperierten mit völkischen und radikal antisemitischen Gruppen bei kulturpolitischen Protestaktionen gegen jüdische Künstler und Pädagogen. Auf einem Treffen des ‚Verbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands'[17] klagte man 1918 über die ‚Aufforderung zum Judenhaß' in der Zentrumspresse. Die Partei vermied eine klare Absage an die Judenfeindschaft, jedoch wandten sich führende Vertreter des Zentrums nach der Revolution gegen den Antisemitismus. Der Führer, Ludwig Windhorst, betonte die Parallelität der Minderheitssituation von Katholiken (ca. 36 %) und Juden (ca. 1 %) im Reich und behauptete sich damit gegen die innerparteiliche antisemitische Majorität (vgl. Blaschke 1991, S. 237). Eine Minorität trat ins judenfeindliche und nationalistische Lager über. Immer mehr Juden unterstützten das Zentrum, am Ende der Republik fanden sie in dieser Partei noch einen letzten Ort politischer Zuflucht (vgl. Greive 1983, S. 112, S. 135; Jochmann 1988, S. 182; Paucker 1969, S. 92ff.; Zimmermann 1997, S. 27).
- Auf dem rechten Flügel der ‚Sozialdemokratischen Partei' (SPD) breiteten sich antisemitische Ansichten aus; es gab Übertritte in die völkischen Verbände, sogar in der Reichstagsfraktion war Abneigung gegen Juden zu spüren. Doch die große Mehrzahl in der Partei war nicht antisemitisch.

17 Dieser Verband wurde 1909 gegründet, er hatte vorwiegend jugendpflegerischen Charakter (vgl. Lubinski 1929, Sp. 482).

Die radikalen Antisemiten wurden nicht wirklich ernst genommen, sondern eher lächerlich gemacht. Die Rechte der Juden schienen den meisten Verantwortlichen in der Partei nicht wirklich gefährdet. Der sozialen Struktur wegen waren zu Beginn der Republik nur wenige Juden in der SPD und USPD aktiv, diese wenigen spielten allerdings durchaus eine bedeutende Rolle in der Partei. Je mehr der Liberalismus an Bedeutung und Kraft verlor, um so mehr der bürgerlichen Juden wandten sich der SPD zu, weil diese Partei den Antisemitismus ablehnte. Die SPD verlor zwischen 1928 und 1933 11,5 % an Stimmen, vermutlich auch, weil sie sich nicht gegen die Juden engagierte (vgl. Greive 1983, S. 113f., S. 136; Jochmann 1988, S. 183; Zimmermann 1997, S. 27).

- Die ‚Kommunistische Partei Deutschlands' (KPD) benutzte im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Kapitalismus auch antisemitische Parolen. Insgesamt aber erwartete sie, dass sich das Judenproblem in der neuen Weltordnung aufheben werde. Viele nichtreligiöse Juden waren in der Parteiführung aktiv, nach dem Zusammenschluss mit der USPD 1922 vergrößerte sich die Unterstützung durch die Juden noch. Am Ende der Republik erwarteten viele Juden, dass die KPD ein Gegengewicht gegen die NSDAP bilden könne und unterstützten sie verstärkt (vgl. Greive 1983, S. 114f.; Jochmann 1988, S. 183; Zimmermann 1997, S. 27).
  Insgesamt waren Juden zu Beginn der Republik in den demokratischen Parteien, die sie unterstützten, in herausgehobenen Positionen stärker vertreten als zum Ende. Die Parteien nahmen bei der Aufstellung ihrer Kandidaten Rücksicht auf die antisemitischen Stimmungen in der Bevölkerung und ließen ihre jüdischen Mitglieder weniger in Erscheinung treten. In der KPD waren z. B. 1924 sechs von 62 Reichstagsabgeordneten jüdischer Herkunft, 1932 gab es keinen Juden mehr unter ihren 89 Abgeordneten (vgl. Greive 1983, S. 115; Zimmermann 1997, S. 27).

- Die radikal antisemitische NSDAP stand mit der SA in der Tradition paramilitärisch operierender Kräfte und setzte auf den Umsturz des demokratischen Systems. Es gelang ihr ab 1930, die Antisemiten trotz ihrer unterschiedlichen Ziele bei sich zu sammeln, auch weil die übrigen antisemitischen Parteien, die DNVP, die DVFP und die Deutsche Sozialistische Partei politisch relativ erfolglos waren. Der Antisemitismus der NSDAP wurde zum Mittel, die Massen für sich und für die Abschaffung der Republik zu gewinnen. In den frühen dreißiger Jahren war der Antisemitismus für die Mobilisierung der Wählerstimmen nicht mehr zentral, weil

er in der deutschen Öffentlichkeit weitgehend selbstverständlich geworden war und innerhalb der NSDAP ein radikaler politikfähiger Antisemitismus in Planung war (vgl. Walter 1999, S. 229ff.; Zimmermann 1997, S. 42). Viele Juden erkannten sehr bald, dass ihnen und der Republik von dieser Partei Gefahr drohte, auch wenn sie am Anfang der Republik nicht mit ihrem durchschlagenden Erfolg gerechnet hatten.

Abwehr gegen den Antisemitismus in der Weimarer Republik

Die Abwehr gegen die antisemitische Bedrohung ging vornehmlich von den Juden selbst aus. Schon während des Krieges und auch zu Beginn der Weimarer Republik stellte die Staatsführung den antisemitischen Kampagnen und Verleumdungen nichts entgegen. Die Regierung sah andere vordringlichere Aufgaben. Die Alldeutschen und ihre antisemitischen Verbündeten hatten wenig Gefolgsleute hinter sich. Es schien, als drohe den Juden keine wirkliche Gefahr. Die Verbindung von Antisemitismus und Republikfeindschaft wurde nicht ernst genommen. Es wurde für undenkbar gehalten, dass die Alldeutschen sich durchsetzen könnten. Nach der Revolution erschien die Bedrohung von links gefährlicher. Demokratische Politiker hatten Verständnis für die Ablehnung der Ostjuden und erkannten nicht, dass der Angriff auf diese auch die deutschen Juden meinte. Aggressive Aktionen wurden mit der wirtschaftlichen und sozialen Notlage erklärt; dass diese genutzt wurde, um die politische Ordnung zu destabilisieren, wurde nicht erkannt. Weder in der Kirche noch in den Parteien fanden sich entscheidende Kräfte zur Verteidigung der Menschenrechte der Juden. Erst nach der Ermordung des Außenministers Rathenau und ein Jahr später nach dem Pogrom im Scheunenviertel formierte sich Abwehr in den republikanischen Parteien. Es gab unterstützende Zusammenarbeit mit der jüdischen Abwehr[18] im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, im CV und in der ZVD. Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus verband jüdische und nichtjüdische Deutsche. Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold arbeitete mit der jüdischen Abwehr zusammen.

18 Der Begriff ‚jüdische Abwehr' wird in Anlehnung an Arnold Paucker (1969, S. 12ff.) verwendet.

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten

Jüdische Soldaten, die schon während des Krieges durch die ‚Judenzählung'[19] und die Vorwürfe der ‚Drückebergerei' sehr verletzt waren, fühlten sich nach dem Krieg bedroht durch die Forderung nach staatsbürgerlicher Entrechtung der Juden auf Grund ihres angeblichen Versagens im Krieg und durch die zunehmenden tätlichen Angriffe auf jüdische Personen, Versammlungen und Synagogen. Im Januar 1919 ergriff Dr. Leo Löwenstein, Hauptmann der Reserve, die Initiative und rief mit 51 anderen Frontsoldaten zur Gründung eines jüdischen Soldatenbundes auf. In Berlin und an anderen Orten entstanden Ortsgruppen, die im Jahr 1920 zum ‚Reichsbund jüdischer Frontsoldaten' (RjF) unter einer Bundesleitung zusammengeschlossen wurden. Der Reichsbund wuchs bis 1926 auf 500 Ortsgruppen mit 40 000 Mitgliedern in 16 Landesverbänden. Danach sank die Zahl der Ortsgruppen und der Mitglieder allmählich wieder ab (vgl. Dunker 1977, S. 27ff.).

Schon im Gründungsaufruf, der alle jüdischen Frontsoldaten, unabhängig von ihrer politischen und religiösen Einstellung, ihrem gesellschaftlichen Stand und Besitz zum Beitritt aufforderte, wurden Anlass und Ziel des RjF deutlich: „Kameraden! Als wir jüdischen Frontsoldaten in Reih und Glied mit unseren Kameraden ins Feld zogen, um das Vaterland zu schützen, da wähnten wir, aller Klassen- und Glaubenshaß, alle religiösen Vorurteile seien getilgt. Wir haben uns getäuscht. [...] Gewissenlose Verleumder begrüßen uns bei der Rückkehr von den Schlachtfeldern als ‚feige Drückeberger'; Schandbuben schmähen unsere Gefallenen. [...] Wir wollen unseren Verleumdern im politischen, wirtschaftlichen und geselligen Leben, überall, wo es geboten, mit allen erlaubten Mitteln mannhaft die Stirn bieten. Schon das Bestehen unseres Bundes wird ihnen und ihren verhetzten Mitläufern zu denken geben und klärend wirken." Gute Kameradschaft sollte gepflegt, Beistand mit Rat und Tat, insbesondere bei der möglichen Ansiedlung von Frontsoldaten geübt werden. Wenn „statt Haß und Verketzerung Recht und Gerechtigkeit" (abgedruckt in ebd., S. 186f.) erreicht sein würden, sollte der Bund wieder aufgelöst werden.

---

19 Im Oktober 1916 veranlasste der preußische Kriegsminister Adolf Wild von Hohenborn auf Drängen antisemitischer Kreise die Zählung der jüdischen Kriegsteilnehmer zum Nachweis der angeblichen jüdischen Minderbeteiligung am Krieg (vgl. Djuren/Hummel 2000, S. 76).

Die Mitglieder des Reichsbundes beteiligten sich an Bürger- und Einwohnerwehren, auch an Aktionen der Freikorps in Oberschlesien. In Berlin wurde der Reichsbund bald beispielhaft aktiv. Während des Kapp-Putsches war die Angst der Juden vor gewalttätigen Übergriffen besonders groß. Die Berliner Zionistische Vereinigung organisierte einen Wachtdienst, an dem die Mitglieder des Reichsbundes mitwirkten. Unbewaffnete Patrouillen sollten die jüdischen Bürger vor Übergriffen schützen und sie auffordern, sich von den Straßen zurückzuziehen, um nicht besonders aufzufallen. Mit Vertretern jüdischer Jugendvereine und jüdischer Studentenkartelle[20] bildete der Reichsbund einen permanenten Ausschuss, der den Selbstschutz jüdischer Bürger in Berlin koordinierte (vgl. ebd., S. 45ff.).

1921 organisierte der Reichsbund in Berlin eine sogenannte Selbstzuchtaktion, bei der er die jüdischen Mitbürger aufforderte, den antisemitischen Vorurteilen, dass die Juden sich als Kriegsgewinnler und Schieber am Krieg bereichert hätten, keine Nahrung zu geben. Sie sollten im Gegenteil durch Bescheidenheit und einfachen Lebenswandel diese Vorwürfe entkräften. Die Bundesleitung übernahm und verschärfte den Aufruf 1923 während der Zeit der Ruhrbesetzung in einem Flugblatt: „Wir fordern Sie nachdrücklich auf: In allem Ihrem Tun sich des *Anstandes*, der *Einfachheit* und des *Lebensernstes* zu befleißigen und nicht ein Gebaren an den Tag zu legen, das dem Judentum schadet. Gerade in unserer bitterernsten Zeit harter Bedrängnis wirkt jeder geschmacklose Luxus wie eine Herausforderung sittlich reiner Kräfte! Wer durch sein Verhalten der Allgemeinheit des deutschen Judentums Schaden zufügt, mit dem wird außer unseren Gegnern auch abrechnen *Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten*“ (zit. in ebd., S. 49, H. i. O.).

In Berlin war die Organisation des jüdischen Selbstschutzes Aufgabe der ‚Abwehrleitung‘ (AW); sie setzte sich im wesentlichen aus Mitgliedern des RjF zusammen, andere Juden waren aber auch beteiligt. Als es im November 1923 in Berlin zu den Ausschreitungen gegen Juden im Scheunenviertel kam, schickte der Reichsbund mit Gummiknüppeln und Pistolen bewaffnete Mitglieder in das genannte Viertel. Bei den Schlägereien und Zusammenstößen wurde ein Mensch durch ein Mitglied des RjF getötet. Es kam zur Gerichtsverhandlung; der Reichsbund sollte aufgelöst werden. Das Urteil konnte abgewehrt werden, da sich auch andere jüdische Organisationen an

20 Der ‚Kartell-Convent deutscher Studenten jüdischen Glaubens‘, der 1886 zur Bekämpfung des Antisemitismus in der Studentenschaft gegründet worden war, engagierte sich dabei. Er arbeitete auch mit dem CV zusammen (vgl. Paucker 1969, S. 33f.).

der Verteidigung der jüdischen Mitbürger beteiligt hatten (vgl. ebd., S. 52ff.).

An vielen Orten waren 1923 durch den RjF ähnliche Selbstschutzabteilungen wie in Berlin gegründet worden; im ganzen Reich wurden sie als ‚Reichs-AW' zusammengefasst. Die Mitglieder setzten sich ein für den Schutz von Synagogen und Friedhöfen, für den Schutz jüdischer Bürger und ihrer Versammlungen; sie besuchten auch antisemitische Versammlungen, um sie zu beobachten oder zu stören; sie rissen antisemitische Plakate und Klebezettel ab. Die Patrouillen des RjF sollten allein durch ihr Erscheinen für Ruhe sorgen, bei Gefahr schnell die Polizei rufen und Einfluss nehmen, dass die jüdische Bevölkerung sich unauffällig verhielt, um „alles zu vermeiden, was geeignet ist, die einmal in Lauf gesetzte antisemitische Welle zu stärken" (ebd., S. 54, vgl. S. 58).

1927 wurde in Berlin auf Veranlassung der jüdischen Gemeinde ein geheimer ‚Jüdischer Abwehrdienst' (JAD) gegründet. Seine 250-300 Mitglieder standen bereit zum Schutz von Synagogen und jüdischen Bürgern und zur Beobachtung nationalsozialistischer Verbände. Die Mitglieder absolvierten eine vormilitärische Ausbildung und bewirkten im Scheunenviertel und am Kurfürstendamm am 12. September 1931, dass es nicht zu noch schlimmeren Ausschreitungen kam. Der Reichsbund beteiligte sich führend am JAD. Diese Gründung im Jahr 1927 belegt, dass die Übergriffe gegen Juden wieder zugenommen hatten (vgl. ebd., S. 63ff.).

Zusätzlich zum Selbstschutz und zur Selbstzuchtaktion leistete der RjF Aufklärungskampagnen. Er bemühte sich um den statistischen Nachweis über die Beteiligung deutscher Juden am Weltkrieg und veröffentlichte seine Ergebnisse in seiner Bundeszeitschrift ‚Der Schild', auf Flugblättern, in Broschüren und in der Tagespresse. Er beteiligte sich mit Flugblättern und Plakaten an den Wahlkämpfen, um über die starke Beteiligung jüdischer Bürger am Weltkrieg zu informieren und zur Wahl der Parteien aufzufordern, die den Antisemitismus bekämpften. Er gab Bücher heraus.[21] Er veranstaltete Kundgebungen, Aufklärungsversammlungen und Rednerschulungen für seine Mitglieder, die gegnerische Versammlungen besuchten. Mit all diesen Aktivitäten sollten die antisemitischen Verleumdungen widerlegt, die Hetze

21 Ein Buch über jüdische Flieger im Weltkrieg, ein Gedenkbuch für die 12 000 jüdischen Gefallenen und noch 1935 eine Sammlung von Feldpostbriefen jüdischer Soldaten (vgl. Dunker 1977, S. 75ff.).

der Antisemiten bekämpft und das Recht auf Gleichberechtigung der Juden behauptet werden. Die Bundesleitung beurteilte die Wirkung der Aufklärungsaktionen des Jahres 1932 besonders positiv; im Oktober 1932 hieß es im ‚Schild', daß der Reichsbund „bereits eine tiefe Bresche in die Judenfeindschaft unsrer Tage geschlagen" habe (zit. in ebd., S. 80, vgl. S. 70ff.).

Als weiteres Mittel zur Abwehr antisemitischer Vorurteile nahm der RjF Berufsumschichtungsbestrebungen auf, die schon im 19. Jahrhundert von deutschen Juden gefordert worden waren. Um zu beweisen, dass Juden in der Lage seien, harte, produktive Arbeit zu leisten, sollten jüdische ebenso wie nichtjüdische Frontsoldaten auf dem Lande angesiedelt werden. Durch ihre Kriegsteilnahme hätten sie sich ein Recht auf Ansiedlung auf deutschem Boden erworben. Die Siedlung auf dem Lande vertrete den Anspruch auf Gleichberechtigung am besten und diene der Abwehr von Antisemitismus. Der Reichsbund pachtete 1925 das 170 Morgen große Gut Buckow bei Berlin und gab 20 jungen Menschen die Möglichkeit einer landwirtschaftlichen Ausbildung. Dieses Gut stand schon 1927 in der Verwaltung der Jüdischen Gemeinde Berlin, und der Reichsbund machte neue Pläne für eine ‚Siedlungsaktion'. 1930 wurde das 820 Morgen große Gut Groß-Gaglow in der Nähe von Cottbus gekauft, und 25 jüdische Bauern- und Gärtnerfamilien siedelten sich an. 1932 erlebten sie die Zerstörung eines Siedlungshauses durch antisemitischen Terror (vgl. ebd., S. 81ff.).

Der Reichsbund nahm nur Mitglieder auf, die an der Front gekämpft hatten. Er wollte aber seine Gesinnung an die Jugend weitergeben und brauchte Nachwuchs für die Selbstschutzarbeit. Darum griff er den antisemitischen Vorwurf vom ‚krummen und schwächlichen Juden' auf und propagierte sportliche Aktivitäten für die Jugend. Drei Ziele verband der Reichsbund mit dem Angebot körperlicher Ertüchtigung: 1. die Abwehr der antisemitischen Vorwürfe, 2. die handfeste Abwehr von antisemitischen Angriffen, 3. die Sicherung des Bestandes des deutschen Judentums. Vor allem in den Jahren 1923 bis 1928 wurde die Sportarbeit durch den Reichsbund gefördert; durch die Notwendigkeit des Selbstschutzes entstanden vor allem Box- und Jiu-Jitsu-Gruppen (vgl. ebd., S. 96ff.).

Mit allen seinen Arbeitsgebieten reagierte der RjF auf die antisemitischen Angriffe: „Den Vorwurf der Drückebergerei beantwortete er mit der Liste der gefallenen jüdischen Soldaten, den Vorwurf der Unproduktivität und der einseitigen Berufsstruktur mit der Schaffung eines Siedlungsgutes, und dem Vorwurf der körperlichen Minderwertigkeit begegnete er mit der Propaganda

für die körperliche Ertüchtigung der jüdischen Jugend“ (ebd., S. 105). In ihrer Verteidigung gegen den Antisemitismus gewannen die Mitglieder des Reichsbundes neues Selbstbewusstsein: „Das deutsche Judentum hat es nicht mehr nötig – das ist der Erfolg unserer Abwehr des Antisemitismus –, sich mit den Verunglimpfungen judenfeindlicher Rassentheoretiker auseinanderzusetzen. Es darf sich energisch verbitten, daß nach seinem moralischen Wert oder Unwert überhaupt noch gefragt werde“, so Löwenstein in seiner Rede zum zehnjährigen Bestehen des Reichsbundes (zit. in ebd., S. 109).

Ulrich Dunker urteilt über die Abwehr des RjF während der Weimarer Republik: „Abschließend kann man sagen, daß die jüdische Abwehr gegen den Antisemitismus auf Grund der Konstellation der gesellschaftlichen Kräfte, die hinter diesem standen, zum Scheitern verurteilt war. In einem anderen Bereich der Abwehr, auf dem Gebiet der Selbstwehr und des Schutzes der jüdischen Bevölkerung, waren der Reichsbund und andere jüdische Organisationen erfolgreicher. Daß die Ausschreitungen im Berliner Scheunenviertel im November 1923 keine größeren Ausmaße angenommen hatten, ist sicherlich auch auf das Eingreifen der Patrouillen des Reichsbundes zurückzuführen“ (ebd., S. 111f.).

Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens

Auf eine lange Erfahrung in der Abwehr judengegnerischer Argumente konnte der ‚Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens‘ (CV), gegründet am 26. März 1893, zurückgreifen, als er nach dem Krieg neu herausgefordert wurde. Strittig war nach 1918 im CV, ob die Abwehrarbeit sich an die Massen oder an die geistige Elite zu richten habe, wobei die ältere Generation auf die Beeinflussung der geistigen Elite, die jüngere Generation vor allem auf die Massenbeeinflussung setzte, um diese der NSDAP nicht allein zu überlassen (vgl. Paucker 1969, S. 31f.). 120 Mitarbeiter wurden in der Hauptgeschäftsstelle in Berlin und in den 15 Geschäftsstellen in der Provinz beschäftigt. Durch die Ortsgruppen in den Landesverbänden war die Zentrale sehr gut über alle Aktivitäten der Antisemiten und vor allem der NSDAP informiert, und das eigene Informationsmaterial konnte wirksam verteilt werden. Die Mitarbeiter hatten eine gute Bibliothek und ein großes Archiv zur Verfügung. Im eigenen Verlag erschienen Publikationen gegen den Antisemitismus. Das ‚Anti-Anti‘, ein wichtiges Handbuch über den Antisemitismus, wurde immer neu aktualisiert und war bis 1932 in ungefähr 30 000 Exemplaren verteilt oder verkauft worden. Die CV-Zeitung hatte

ebenfalls große Bedeutung, eine Monatsausgabe wurde als Informationsblatt für Nicht-Juden aus der wöchentlich erscheinenden Zeitung zusammengestellt. Neben zahllosen Broschüren erschien eine Fülle von Flugblättern und Plakaten. Öffentliche und geschlossene Abwehrversammlungen, Konferenzen mit Berufsgruppen-Vertretern, Schulungskurse für die Jugend, Rundfunk- und Pressearbeit, auch ins Ausland hinein, waren Elemente der CV-Abwehrarbeit (vgl. ebd., S. 45ff.).

Diese Abwehrarbeit des CV widerlegte Schuldvorwürfe der Antisemiten mit nachprüfbaren Argumenten. Die Vorwürfe beinhalteten die Rolle der Juden als Sündenbock für Niederlage und Revolution, die angebliche jüdische Verantwortung für Liberalismus, Kapitalismus, Kommunismus, Modernismus und Urbanisierung, die Behauptung der jüdischen Minderwertigkeit und Untüchtigkeit oder die der jüdischen Fremdstämmigkeit. Die Abwehr zeigte den pathologischen Charakter des Antisemitismus auf, nannte ihn ‚Gift' im Volkskörper und eine Kulturschande. Sie forderte die Befreiung der Politik von der Judenfrage und warnte vor der Unterdrückung der Juden als einem Weg in die Diktatur über alle Deutschen (vgl. ebd., S. 62ff.).

Bild 8

Der Kampf mit dem Wort um die Wahrheit war nur ein Teil der Abwehrarbeit. Der Rechtsschutz nahm eine weitere bedeutende Aufgabe wahr. Die völkische und nationalsozialistische Presse wurde unter der Fragestellung gelesen, ob eine strafrechtliche Verfolgung möglich sei; die Arbeit der Behörden wurde unter dem Gesichtspunkt beobachtet, ob die Weimarer Verfassung durch judenfeindliche Maßnahmen verletzt würde. Die Ortsgruppen des CV widmeten dem Antisemitismus an Schulen und Hochschulen große Aufmerksamkeit, um antisemitische Übertretungen von Schulvorschriften durch Schüler oder Lehrer ahnden zu können. Proteste bei Kultusministerien, Forderung von Disziplinarverfahren gegen Lehrer, Eindämmung der Aus-

breitung von nationalsozialistischen Schülerbünden waren die oft erfolgreich angestrebten Ziele. Die Rechtsschutzabteilung des CV erwirkte Gerichtsentscheidungen gegen Boykottaufrufe, die sich gegen jüdische Anwälte und Ärzte oder jüdische Geschäfte sowie Warenhäuser richteten. Aufrufe wie ‚Kauft nicht beim Juden!' wurden auf Klage des CV gerichtlich untersagt. 1932 waren mehr als 200 Verurteilungen gegen Boykottaufrufe erstritten worden. Der CV erwirkte eine Verfügung des preußischen Justizministers, dass gegen antisemitische Hetze des öffentlichen Interesses wegen Klage zu erheben sei und dass Juden als Klasse anzusehen seien im Sinne des § 130 des StGB (Aufreizung zum Klassenhass). Es gelang allerdings nie, eine Strafverfolgung wegen Kollektivbeleidigung zu erwirken. Die Schändungswelle gegen Friedhöfe und Synagogen versuchte der CV mit Strafverfolgung und Öffentlichkeitsarbeit zu bekämpfen. Auf Anregung des CV wurde 1931 das Presserecht durch den Reichstag geändert. Fortan konnten Parlamentarier nicht mehr als verantwortliche Redakteure für Presseorgane zeichnen. Es lagen nämlich 1931 209 Beleidigungsklagen wegen Verbreitung falscher Anschuldigungen in der Presse gegen einige Parlamentarier vor, die als verantwortliche Zeichner für die Presseorgane der NSDAP eingetragen waren. Die Immunität dieser Parlamentarier, u. a. gehörte Gregor Strasser dazu, hatte bis dahin die Verhandlung der Beleidigungsklagen vor Gericht verzögert. Der CV behinderte bis zu den Gerichtsverhandlungen die Weiterverbreitung falscher Behauptungen in der antisemitischen Presse, indem er einstweilige Verfügungen und Beschlagnahmungen erwirkte. Beleidigungsklagen führten oft dazu, dass Antisemiten die Gerichtsverhandlungen zu Propagandazwecken missbrauchten und wurden darum möglichst vermieden. Arnold Paucker urteilt über die Rechtsschutzarbeit des CV: „Die jüdische Abwehr hat durch sie zwar die schlimmsten Auswüchse der Nazipropaganda abgeschwächt und die wirtschaftlichen Interessen der jüdischen Gemeinschaft geschützt, aber sie war unfähig, den Justizapparat in genügendem Maße gegen die wachsende nationalsozialistische Bewegung zu mobilisieren" (S. 84; vgl. ebd., S. 74ff.).

Der CV wusste, dass die jüdische Gleichberechtigung nur mit dem Bestand der Republik zu erhalten war. Darum wurde es eine weitere wesentliche Aufgabe, die demokratischen Parteien auf die Bedrohung aufmerksam zu machen. Bei Wahlkämpfen gab der CV ihnen finanzielle Unterstützung, wenn diese auch nicht sehr hoch war. Wesentlicher war, dass der CV die Parteien mit anti-antisemitischem Propagandamaterial versorgte und dabei alle Parteien bedachte, die Juden nicht aus der Partei ausschlossen. Vor allem in

Wahlkampfzeiten stellte er Material bereit, unterstützte einzelne Kandidaten und mobilisierte die jüdische Wählerschaft. Am Ende der Republik waren dem CV die Wahlversammlungen für jüdische Bürger besonders wichtig, um keine Stimme für die Republik verlorengehen zu lassen. Die Kosten für Wahlmaterial und Propagandaliteratur waren sehr hoch. Die jüdische Bevölkerung hat „zweifellos erhebliche Mittel aufgebracht und hierdurch einen wesentlichen Beitrag zur Verteidigung der republikanischen Staatsordnung geleistet“, urteilt Paucker (S. 100f.; vgl. ebd., S. 85ff.).

Zusammenarbeit mit Behörden und mit der Polizei zur Bekämpfung des Rechtsextremismus blieb vor allem in Preußen bis Mitte 1932, bis zur Machtübernahme durch die Regierung Papen, selbstverständlich. Danach rechneten die Verantwortlichen offenbar mit einer Veränderung der gewohnten Staats- und Rechtsform und suchten trotz der Unterstützung der Wiemarer Republik Kontakt zu konservativen und nationalistischen Gruppen, die die antijüdische Politik ihrer Parteien ablehnten. Auch Kontakte zu führenden Industriellen, die die Nationalsozialisten unterstützten, nahmen sie auf (vgl. ebd., S. 103ff.).

Im Spätsommer 1929 wurde in Berlin ein neues Propaganda-Büro gegründet, ein Sonderbüro zu gezieltem Kampf gegen den Nationalsozialismus. Die Verbindung zum CV blieb verborgen, weil die Aufgabe des CV allgemeine Abwehrarbeit und nicht gezielte politische Arbeit war. Außerdem wäre das Propagandamaterial wirkungslos geblieben, weil sein jüdischer Ursprung Anlass zur Diffamierung gegeben hätte. Bei den Wahlen 1930 nutzte der CV das Sonderbüro, um die jüdische Urheberschaft seines Wahlmaterials und seiner Propagandaliteratur zu verbergen. Die CV-Ortsgruppen unterstützten das Büro durch die Beschaffung von Material über die NSDAP. Die Zusammenarbeit des Büros mit den republikanischen Parteien und den Gewerkschaften war gut und wurde immer enger. Das Büro erarbeitete Argumentations-Hilfen gegen die Nazi-Propaganda. Wichtig wurde das Handbuch ‚Anti-Nazi‘, das an mehr als 10 000 Funktionäre aller Parteien verteilt und so auch in Volkskreisen genutzt wurde, die dem CV nicht zugänglich gewesen wären. Die alte sachliche und argumentative Art der Abwehrarbeit wurde verlassen und die Abwehr zunehmend emotionalisiert, um die Anhängerschaft der NSDAP aufzurütteln. Peinliche und provozierende Äußerungen aus kleineren Parteiversammlungen sowie Informationen von Abtrünnigen der NSDAP, die beispielsweise über Auseinandersetzungen zwischen führenden Parteimitgliedern berichten konnten, kamen zur Veröffentlichung;

Vorleben und Straftaten von NSDAP-Politikern, Opportunismus und Widersprüchlichkeiten der NSDAP wurden aufgedeckt. Drei Jahre lang erschien die politisch-satirische Zeitschrift ‚Alarm', ein rücksichtsloses Kampfmittel, das den Stil der Nazi-Presse nachahmte, um das Massenpublikum zu erreichen. Das Büro und die Zeitschrift vertraten in erster Linie antifaschistische und prorepublikanische Ziele, die Anti-Antisemitismusarbeit trat zurück (vgl. ebd., S. 110ff.).

1932 gab der CV noch das ‚Weißbuch' heraus, eine Materialsammlung mit Hass-Dokumenten aus der Nazi-Literatur und einer Auflistung von Nazi-Missetaten. Das Weißbuch wurde dem Reichspräsidenten von Hindenburg übergeben, der darauf mit der Versicherung antwortete, dass er die verfassungsmäßigen Rechte aller Staatsbürger schützen wolle und solche Greuel verabscheue (vgl. ebd., S. 137ff.).

Die letzte große Abwehraktion 1932 war der vergebliche Versuch, das Recht des jüdischen Jura-Professors Ernst Cohn in Breslau zu schützen, dessen Berufung von Antisemiten bekämpft worden war, der in seinen Vorlesungen brutal niedergeschrien und bald unter einem Vorwand seines Amtes enthoben wurde (vgl. ebd., S. 141f.).

Zionistische Vereinigung für Deutschland

Der politische Zionismus entstand im Zusammenhang der Nationalbewegungen im 19. Jahrhundert, die ‚Zionistische Vereinigung für Deutschland' (ZVD) wurde 1897 gegründet. „Er [der Zionismus] steht für die Suche nach Freiheit und Selbstbestimmung [des jüdischen Volkes] unter den modernen Bedingungen von Säkularisierung und Liberalismus" (Avineri 1998, S. 27). Die führenden Vertreter des Zionismus waren zumeist nichtreligiöse, manchmal antireligiöse Sozialisten. Aber es gab von Anfang an – trotz der Ablehnung des Zionismus durch Orthodoxie und liberale Reformbewegung – auch eine religiöse Bewegung im Zionismus (vgl. ebd., S. 215f.). Theodor Herzl hatte mit seinen Werken ‚Der Judenstaat' (1896) und ‚Altneuland' (1902) sowie mit seinem politischen Engagement für die zionistische Bewegung entscheidenden Einfluss auf die Organisation und öffentliche Wirkung des Zionismus.

Die Zionisten lehnten die Assimilation der meisten Juden in Mittel- und Westeuropa ab. Antisemitismus war für sie ein Weltproblem. Ihrer Überzeugung nach traf der moderne Antisemitismus gerade die durch die Emanzipation vom Rand der Gesellschaft in ihre Mitte getretenen Juden und konnte

nicht wirksam durch Aufklärung und Verteidigung bekämpft werden (vgl. Paucker 1969, S. 39). Die Zionisten wollten der angefeindeten jüdischen Minderheit zu neuem Selbstbewusstsein und klarer Identität verhelfen, indem sie die Juden als eigenständiges Volk definierten, das Anspruch auf ein eigenes Territorium und einen eigenen Staat[22] besitze. Das Judentum sollte seine eigene Lage von Grund auf verändern, sich geistig und moralisch, körperlich und seelisch stärken. Dazu sollte eine eigene Heimstätte in Palästina beitragen: ein Ort, an dem heimat- und landlose Juden – vor allem aus dem Osten – neue Gemeinschaft und Spiritualität entwickeln konnten, indem sie ihr eigenes Land mit ihrer eigenen Hände Arbeit bebauten. Der zu gründende Staat sollte durch seine humanitäre, gerechte und tolerante Ordnung ein soziales Vorbild für die Staaten der Welt werden. Von diesem Zentrum in Palästina aus sollte auch den Juden, die in den Ländern Europas als Minderheit blieben, neues Selbstvertrauen zuwachsen.

Die deutschen Zionisten waren zumeist ‚Kulturzionisten', wie z. B. Martin Buber. Sie strebten nicht nach einem Staat, sondern wollten ‚ein antietatistisches, spirituelles Geisteszentrum in Palästina' aufbauen. Die Gedanken des jüdischen Sozialisten Gustav Landauer hatten starken Einfluss auf sie. In dem studentischen Verein ‚Bar Kochba' sammelten sich viele bedeutende Anhänger, die die Assimilation, wie sie vom CV vertreten wurde, entschieden ablehnten. Sie wünschten eine Renaissance des Judentums. In Palästina sahen sie seinen Kristallisationspunkt und erhofften dort ein friedliches Zusammenleben von Juden und Arabern. Doch die politischen Verhältnisse – schon die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Juden und Arabern 1929 – mehrten den Einfluss des revisionistischen Zionismus, der auf einen militärisch starken Staat setzte (vgl. Seemann 1997, S. 77f.; Wolf 1997, S. 210ff.).

Je mehr die Zionisten in Deutschland die Gefahr erkannten, die von den Nationalsozialisten für die Juden ausging, um so lauter wurden Stimmen unter ihnen, dass auch aufklärende Abwehrarbeit nötig sei. Angesichts der nationalsozialistischen Gefahr müssten sich auch die Nationaljuden zu Wort

---

22 Zur antisemitischen Propaganda gehörte auch der Vorwurf, dass kein jüdischer Staat existiere. In der Korrespondenz des BdL hieß es, als Haase, Landsberg und Preuß mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes beauftragt waren: „Das Volk, das in Deutschland einen von Hundert der Bevölkerung ausmacht, das seit 1 800 Jahren keinen Staat zu bilden fähig war, das sich in Geldleihgeschäften, Spekulationen, Advokatur und weltfremder, spitzfindiger Gelehrsamkeit fast allein zu betätigen verstand, gibt einem 70-Millionen Volk Gesetze" (zit. in Striesow 1981, S. 61).

melden und dürften nicht nur die Abwehrarbeit des CV kritisieren. Es kam im Zusammenhang mit den Reichstagswahlen 1930 im Sommer zu einer kurzfristigen, konfliktträchtigen Zusammenarbeit mit dem CV, an der sich auch der Orden B'nai B'rith[23], der RjF und die Berliner Jüdische Gemeinde beteiligten, um „die deutsche Judenheit politisch und finanziell für die Septemberwahlen zu rüsten" (Paucker 1969, S. 43). Nach dem überwältigenden Wahlsieg der Nationalsozialisten galt den Zionisten die Abwehrarbeit des CV wieder als sinnlos und gescheitert. Konkurrenzprobleme verhinderten eine weitere Zusammenarbeit zwischen den Organisationen. Erst 1932 gingen Zionisten und CV toleranter aufeinander zu, die jüdische Zusammenarbeit war noch dringender geworden und Abwehr keine Parteiangelegenheit mehr. Jetzt veröffentlichte auch die ‚Jüdische Rundschau', das Presseorgan der Zionisten, Auseinandersetzungen mit dem Antisemitismus (vgl. ebd., S. 40ff.). Bis 1932 war die zionistische Bewegung in Deutschland eine Minderheit unter den Juden.

Verein zur Abwehr des Antisemitismus

1890 war dieser Verein von Rudolf von Gneist, Theodor Mommsen, Wilhelm Foerster und anderen nichtjüdischen Männern gegründet worden. Von Anfang an waren viele Mitglieder Juden. Seit 1909 leitete Georg Gothein den Verein. Er vereinte in seiner Person drei Momente, die den Abwehrverein in den Augen vieler belasteten und den Antisemiten Anlass zu Angriffen boten: 1. ‚Judenschnüffler' hatten die jüdische Abstammung des Christen Gothein aufgespürt. 2. Im Krieg hatte Gothein sich für die Friedensbewegung und einen Verständigungsfrieden engagiert. 3. Er wurde Mitglied und 1920 sogar Vorsitzender im Untersuchungsausschuss, der die Ursachen des Krieges und die Rolle der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Führung bei der Verlängerung des Krieges untersuchen sollte; damit zog er den Hass der Bevölkerung auf sich, die ihn ‚Totengräber des Deutschen Reiches' nannte. Auch viele Juden waren der Ansicht, dass ein nichtjüdischer Leiter dem Verein mehr Glaubwürdigkeit verliehen hätte (vgl. Suchy 1985, S. 67ff.).

Der Abwehrverein war relativ klein, genaue Zahlen gibt es für die Spanne der Weimarer Republik nicht. Im Krieg hatte das Mitteilungsblatt des Ab-

23 Jüdischer Orden, der humanitäre Ideen unter Juden fördern will; 1843 in New York gegründet; in Logen organisiert, aber kein Freimaurer-Orden (vgl. Levitt 1992, S. 206).

wehrvereins eine Auflagenhöhe von 10 000 Exemplaren. Durch Presseaufrufe versuchte der Verein, seine Mitgliederzahl zu erhöhen. Die meisten Zeitungen veröffentlichten die Aufrufe nicht. Wo sie erschienen, erregten sie den Spott der Antisemiten: „Will der Anti-Anti-Verein mithelfen, den Kampf gegen das Judentum zu beenden, dann möge er seinen Schützlingen anraten, schnellstens die Zelte abzubrechen und nach Palästina auszuwandern", schrieben die Deutsch-Völkischen Blätter am 20.3.1918 (zit. in ebd., S. 80).

Information, Aufklärung und Widerlegung antisemitischer Vorwürfe war die Hauptaufgabe des Vereins; seine Arbeit glich also der Aufklärungsarbeit des CV. In seinen ‚Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus', später ‚Abwehrblätter' genannt, rief er Juden – ähnlich wie der RjF – zur Selbstzucht und Zurückhaltung auf; im November 1919 hieß es zum Beispiel in den Mitteilungen, die Beteiligung von Juden an der Regierung sei prozentual höher als ihr Bevölkerungsanteil, das provoziere den Antisemitismus, darum sollten nicht so viele Juden in politische Ämter drängen. Der Abwehrverein versuchte, seine Informationen zur Verteidigung gegen den Antisemitismus in der allgemeinen Presse zu veröffentlichen. Doch nur wenige Zeitungen machten Gebrauch von den ‚Abwehrkorrespondenzen', die der Abwehrverein an etwa 500 Zeitungen schickte. Selbst jüdische Zeitungsverleger verweigerten die Veröffentlichung, weil ihre Presseorgane schon als ‚Judenblätter' stigmatisiert waren. Für eigene Veröffentlichungen mangelte es dem Verein immer wieder an dem nötigen Geld. Durch die geringe Zahl der Mitglieder war er auf Spenden angewiesen, aber weder Mitgliedsgebühren noch Spenden kamen in der erwarteten Höhe herein. Zwar unterstützten vor allem begüterte Juden den Verein finanziell, die Inflation verzehrte jedoch alle Rücklagen. Gleichzeitig stiegen die Kosten für Papier und Druck. 1923 wurde die Auflösung des Vereins erwogen, doch es gelang ein Neuanfang. Einige neue Ortsgruppen entstanden und verbreiterten die Abwehrarbeit. 1925 wurde das ‚Abwehr-ABC' veröffentlicht, ein verständlich geschriebenes Handbuch zur Aufklärung gegen den Antisemitismus. Abwehrblätter wurden kostenlos an viele Institutionen geschickt, z. B. an Universitäten und Büchereien. Viel Zeit und Kraft verwandte der Verein darauf, einen Gerichtsbeschluss zu erwirken, der die antisemitische Schrift ‚Die Geheimnisse der Weisen von Zion' als Fälschung ausweisen sollte. Der dreijährige Prozess endete ergebnislos, weil das Amnestiegesetz für politische Straftäter – aus Anlass der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten – eine Verurteilung unmöglich machte. Der Abwehrverein bot Opfern von antisemitischen Übergriffen praktische Hilfe an.

Zum CV gab es Beziehungen; einige Juden waren Vorstandsmitglieder im CV und im Abwehrverein. Die beiden Organisationen arbeiteten zeitweise zusammen. Der CV unterstützte den kleineren Abwehrverein gelegentlich finanziell; aber er stellte auch in Frage, ob die Arbeit des Abwehrvereins neben der des CV noch nötig sei. Der CV kritisierte den Abwehrverein vor allem, weil es ihm nicht gelang, nichtjüdische Mitglieder für die Anti-Antisemitismusarbeit zu gewinnen. Gothein hatte sich mit wenig Erfolg bemüht, die politische und konfessionelle Basis des Vereins zu erweitern. Aus dem Zentrum traten einige Politiker dem Verein bei; die DVP hinderte Gustav Stresemann daran, dem Vorstand des Abwehrvereins beizutreten, um nicht als Judenpartei verschrien zu werden. Einige Personen, die Gothein fragte, lehnten eine öffentlich sichtbare Mitarbeit im Verein ab, andere reagierten gar nicht auf seine Anfrage. Nach Überzeugung des Abwehrvereins hätten gerade nichtjüdische Deutsche in ihrem eigenen Interesse den Antisemitismus, eine Kulturschande und ein großes Hindernis für die friedliche Erneuerung des Vaterlandes, bekämpfen sollen (vgl. ebd. S. 79ff.).

Nach 1930 wurde der Verein immer unbedeutender und schwächer. Die Abwehrblätter wurden nun in Umschlägen an die Mitglieder verschickt, sie verlangten dies aus Furcht vor Repressalien durch die wachsende NSDAP (vgl. ebd., S. 98f.).

Reichsbanner Schwarz Rot Gold, Bund republikanischer Kriegsteilnehmer

Am 22. Februar 1924 wurde in Magdeburg von Mitgliedern der SPD, u. a. von Otto Hörsing und Karl Höltermann, das ‚Reichsbanner Schwarz Rot Gold, Bund republikanischer Kriegsteilnehmer' gegründet. Das Reichsbanner war ein paramilitärischer Kampfverband zur Verteidigung der Republik, der von Anfang an auch Mitglieder aufnahm, die nicht an der Front gekämpft hatten. Es beteiligten sich auch Mitglieder aus anderen demokratischen Parteien. Das Reichsbanner schien den Gründern notwendig geworden, weil die Freikorps, die in der Revolutionszeit den Staat gegen den Linksradikalismus verteidigt hatten, immer stärker antidemokratisch und antirepublikanisch agierten. Ähnlich waren die meisten Selbstschutzverbände – Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände – nicht republikanisch gesinnt. Nur wenige sozialdemokratische Arbeiter hatten sich den Freikorps und Selbstschutzverbänden angeschlossen. Der Stahlhelm, die SA, der Jungdeutsche Orden, die

Orgesch[24] – eine erste Großbildung der nationalen Kräfte – waren aus den Freikorps und Selbstschutzverbänden entstanden und entwickelten sich allmählich zur ‚nationalen Opposition'. Die Linke, auch die Mehrheitssozialdemokratie, sah die Republik durch diese Verbände bedroht. Die Reichswehr verhielt sich distanziert zur Republik und schien keinen sicheren Schutz zu bieten (vgl. Rohe 1966, S. 17ff.).

Es hatte in verschiedenen Städten und Ländern Vorläuferorganisationen des Reichsbanners gegeben, Selbstschutzorganisationen mit Schutzfunktion für die SPD oder für Gewerkschaften und Republikschutzverbände, die sich aus Anlass überregionaler Ereignisse, etwa dem Kapp-Putsch, dem Mord an Rathenau oder dem Hitler-Putsch bildeten. Auch Juden, Mitglieder des RjF oder jüdische Sozialdemokraten beteiligten sich, zum Beispiel in Bremen, Hamburg und München (vgl. Toury 1992, S. 216ff.). Alle Zusammenschlüsse republikanischer Schutzorganisationen waren zur Verteidigung gegen die Formationen der Rechten gegründet; sie übten jedoch auch selbst politischen Terror und gewalttätige Übergriffe aus. Vor allem im Krisenjahr 1923 wurden sozialdemokratische Wehrverbände gegründet. Aus der Magdeburger Gruppe um Hörsing und Höltermann entstand die Initiative zur Gründung des Reichsbanners. Ende 1924 war die Organisation des Reichsbanners zu einem starken Verband abgeschlossen. Karl Rohe beurteilt die Funktion des Bundes für die Republik: „Der Beitrag des Reichsbanners liegt wohl vor allem darin, daß es dem Staat frische Energien zuführte, die Lethargie und Resignation in republikanischen Kreisen überwand und damit die Republik politisch-psychologisch festigen half. Gegenüber diesen ‚Verdiensten' tritt die militärisch-technische Schutzfunktion stark in den Hintergrund. Die Existenz des Bundes trug allerdings wohl mit dazu bei, daß die nationalen Kampfverbände veranlaßt wurden, auf direkte Putsch- und Diktaturbestrebungen zu verzichten und statt dessen den Weg der legalen Umbildung und einer mehr geistigen Einwirkung zu beschreiten" (ebd., S. 80, vgl. S. 29ff.).

Die Mehrzahl der Mitglieder des Reichsbanners gehörte der SPD an, bis zu 20 % gehörten zum Zentrum, zur DDP oder waren parteilos. Das Reichsbanner wollte für eine lebendige Volksgemeinschaft eintreten, die die Klassen-

24 Zur Zeit der Räterepublik entstand 1919 in Bayern eine Wehrorganisation, die 1920/21 von Georg Escherich geleitet wurde, daher ‚Organisation Escherich', ‚Orgesch', genannt. Bei ihrem Verbot 1921 hatte sie mehr als eine Million Mitglieder in Deutschland und Österreich (vgl. Brockhaus-Enzyklopädie, Bd. 6 1988, S. 577).

und parteipolitischen Gegensätze in einer freiheitlichen Demokratie überwinden und ein neues nationales Selbstbewusstsein entstehen lassen sollte (vgl. ebd., S. 245ff.). Es ging allen Mitgliedern um den Kampf gegen die nationalsozialistische und kommunistische Bedrohung der Demokratie, darin eingeschlossen war der Kampf gegen den Antisemitismus. Daher kam es auch zur Zusammenarbeit mit jüdischen Organisationen. Der CV unterstützte das Reichsbanner, weil es sich aktiv und nicht nur in Wahlkampfzeiten dem Nationalsozialismus entgegenstellte, mit erheblichen finanziellen Mitteln, mit Anti-Antisemitismus- und Anti-Nazipropaganda und bei der Organisation von Reichsbannerkundgebungen und -aktionen; Reichsbannerbroschüren wurden beim CV in Auftrag gegeben (vgl. Paucker 1969, S. 97f). In Krisenzeiten kooperierten Reichsbanner und RjF. Als sich die DDP 1930 mit dem ‚Jungdeutschen Orden' zur ‚Staatspartei' verband, waren die Reichsbannerleute geschockt. Erst als fünf wesentliche Fragen, darunter die Frage zur Haltung der Partei gegenüber dem Antisemitismus, befriedigend beantwortet waren, führte das Reichsbanner die Zusammenarbeit mit der Staatspartei weiter (vgl. ebd., S. 309ff.).

Ende 1931, nach der Gründung der Harzburger Front[25] durch die ‚nationale Opposition', schloss sich das Reichsbanner mit der SPD, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und einigen anderen kleineren Gruppierungen zur ‚Eisernen Front' zusammen. Die christlichen Gewerkschaften und die übrigen republikanischen Parteien traten nicht wie gewünscht bei. Im Frühjahr 1932 entstand jedoch die ‚Volksfront', eine katholische Parallelorganisation zur Eisernen Front, und es gab eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen. Die Eiserne Front übernahm die moderne Massenpropaganda in ihrem Kampf gegen die NSDAP. An der Führungsrolle der SPD und an der mangelnden Vorbereitung der Gewerkschaften zum Generalstreik scheiterten letztlich Schlagkraft und umfassendere Abwehrmaßnahmen der Eisernen Front. Nach dem ‚Preußenschlag'[26]

25 In der Harzburger Front hatten sich die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, der Stahlhelm und andere Verbände unter der Führung von Hitler, Hugenberg und Seldte gegen die Regierung Brüning zusammengeschlossen. Als die Deutschnationalen Hitler nicht zum Reichskanzler wählen wollten, fiel die Harzburger Front wieder auseinander.

26 Als ‚Preußenschlag' wird die Ernennung des Reichskanzlers Franz von Papen zum Reichskommissar für Preußen und die Absetzung des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun und des preußischen Innenministers Carl Severing durch den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg bezeichnet. Anlass war der nach Aufhebung des SA-Verbotes zunehmende Straßenterror im Reichstagswahlkampf 1932, an dem besonders Kommunisten und Nationalsozialisten beteiligt waren und für den die Reichsregierung die preußische Regie-

vom 20.7.1932 war die Möglichkeit zu einem Bürgerkrieg gegeben, aber die Eiserne Front hielt am Prinzip der Legalität fest (vgl. ebd., S. 426ff.).

Paucker urteilt über die jüdische Abwehr des Antisemitismus: „Die Abwehr bietet das Bild eines Rückzugsgefechts, das die deutsche Judenheit ehrenvoll gekämpft hat. Sie stellt eine Gesamtleistung dar, die für eine so kleine Schicht der deutschen Bevölkerung außerordentlich eindrucksvoll erscheint, besonders wenn man in Betracht zieht, daß sie auch unter den Juden selbst nur unzulänglich unterstützt wurde. [...] Die Malaise der deutschen Gesellschaft zu kurieren, war die kleine jüdische Minderheit außerstande. Sache der Republik selbst, der Demokratie und des Sozialismus wäre es gewesen, eine Alternative zu schaffen, die hinreißend genug war, die Massen um sich zu scharen“ (ebd., S. 144, S. 147).

Die gesamte Abwehrarbeit scheiterte letztlich an dem Sieg der NSDAP über die republikanischen Parteien. Die antisemitische Agitation, ein Kampfmittel gegen die Republik, erreichte ihr Ziel. Die demokratischen Parteien verloren die Mehrheit der Bevölkerung.

---

rung verantwortlich machte, weil Innenminister Severing der preußischen Polizei befohlen habe, die wachsende nationalsozialistische Bewegung zu bekämpfen (vgl. Winkler 2000, S. 512f.).

Bild 9

Sandra Kirsch

Berlin in der Weimarer Republik: Kultur und Zeitgeist

Einleitung

Fünf der in diesem Band vorgestellten Verfasser haben ihre Kindheit und Jugend ganz oder teilweise in Berlin verbracht[1]. Diese Stadt hatte sich, vor allem, seitdem ihr mit der Reichsgründung 1871 die Funktion der Hauptstadt zugekommen war, zu einer Metropole entwickelt, deren geistiges und kulturelles Leben jenes der Republik entscheidend mitprägte. Was den vielbeschworenen Glanz und die Vitalität Berlins in den 20er Jahren ausmachte, war vor allem die Vielfalt künstlerischer Stilrichtungen und die hohe Produktivität im gesamten Kulturbereich, in dem ein für Experimente, für Neues jeglicher Art offenes Klima herrschte und in dem jene Werke entstanden, die heute zur ‚klassischen Moderne' gezählt werden. Zahlreiche – man ist geneigt zu sagen: unzählige – Bücher sind seither über Berlin erschienen, in denen, teils euphorisch oder romantisch-verklärend, teils kritisch und differenziert argumentierend, nahezu ausnahmslos die besondere Bedeutung und Atmosphäre der Stadt in den ‚Goldenen' oder ‚Wilden Zwanzigern' hervorgehoben wird. Da Berlin im Hinblick auf das Kulturleben in der Weimarer Republik somit eine repräsentative Funktion zugesprochen wird, sollen hier in Ergänzung zu den politischen die kulturellen Entwicklungslinien im Zeitraum von 1918-1933 skizziert werden, die zum Metropolen-Image der Stadt beigetragen haben. Der Blick auf die alltäglichen großstädtischen Lebensbedingungen und ihre zeitgeistspezifische Prägung soll dabei im Mittelpunkt stehen und sich an einen allgemeinen Überblick über die drei Phasen der kulturellen Entwicklung anschließen, der ob seiner eher schlaglichtartigen Auswahl an Beispielen durchaus keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann.

1 Erica Stein, W. M. Citron, Hettie Shiller, Hilde Wenzel und Wolfgang Yourgrau.

Die Entwicklung Berlins zur Kulturmetropole

> „Berlin, im Anfang der zwanziger Jahre, war halbseiden, es roch nach Chypre, Abschminke und schlechtem Benzin, es hatte seinen imperialen Glanz verloren und wurde erst später zu einer grellen, hektischen Blüte hochgepulvert.
>
> ‚Warum denn weinen, wenn man auseinandergeht,
> Wenn an der nächsten Ecke schon ein andrer steht' –
>
> hieß der populärste Schlager, man grölte ihn angeberisch in jeder ‚Diele' [...], man bibberte vor Hysterie, wenn der neue Dollarkurs herauskam, und schoß sich beim ersten Krach mit seiner Freundin eine Kugel durch den Kopf" (Zuckmayer 1966, S. 307).

Die Erinnerung des Dramatikers Carl Zuckmayer ist nur eines von vielen Beispielen, in denen Berlin zur mit gegensätzlichen Bildern von Glanz und Elend hochaufgeladenen Metapher der ‚Weimarer Kultur' wurde. Es ist fraglich, inwieweit es sich – sofern von Berlin in der Literatur immer wieder als der ‚Weltstadt', der unvergleichlich pulsierenden Metropole der ‚Goldenen Zwanziger' die Rede ist – um einen Mythos handelt. Der Historiker Gerhard Brunn weist darauf hin, daß es zu unterscheiden gelte zwischen den realen Funktionen einer Stadt und ihrer nachweisbaren strukturellen Bedeutung innerhalb eines Städtesystems bzw. eines Landes einerseits und ihrem Image, den ihr zugeschriebenen Bildern und symbolischen Funktionen andererseits (vgl. Brunn 1991, S. 4f.). Brunn, Briesen et al. untersuchten „Berlin als deutsche Hauptstadt im Vergleich europäischer Hauptstädte 1871-1939" (ebd.) unter anderem darauf, welche Position die Stadt als Hauptstadt im deutschen Städtesystem innehatte und welche Bilder von der Stadt vorhanden waren bzw. durch die Medien verbreitet wurden. Briesen kommt dabei zu dem Schluss, daß es sich bei Berlin zwar um die „bedeutendste Stadt des Deutschen Reiches" (Briesen 1991, S. 172f.) gehandelt habe, sie habe aber keinen so zentralistischen Charakter entwickeln können wie Paris und London: „Die Reichshauptstadt erreichte weder als Bevölkerungszentrum, noch als zentraler Ort und schon gar nicht als Forum für die nationale Elite die Bedeutung ihrer europäischen Vorbilder" (ebd., S. 173). Tatsächlich war Berlin in kultureller Hinsicht nicht die einzige Metropole von Rang und Einfluss. Aufgrund der jahrhundertelangen Territorial- und Kleinstaatenstruktur des Deutschen Reiches hatten sich mit Städten wie Dresden, Leipzig, Hamburg und München jeweils eigene regionale, kulturelle Zentren entwickelt, deren Traditionen und Ansehen trotz des Berliner ‚Bedeutungsaufschwungs' in der

Weimarer Zeit weitgehend erhalten blieben. In Deutschland blühte seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts auch in vergleichsweise provinziell anmutenden Städten wie Darmstadt (mit der Künstlerkolonie) oder Hagen (Museum Folkwang)[2] die Kulturszene. Zugleich blieben die Berliner – oder allgemeiner: großstädtischen – Kulturphänomene der Landbevölkerung in der Weimarer Republik überwiegend fern und fremd (vgl. Willett 1984, S. 110f.). Die Stadt habe auch „nicht die Position einer erstrangigen Weltmetropole" besessen (Briesen 1991, S. 185).

Dennoch war Berlin, obgleich es faktisch nur in der Zeit von 1924 bis 1929 Anlaß zu (relativer) Sorglosigkeit gab, zweifelsohne insbesondere für Künstler und Intellektuelle eine Stadt von hoher Anziehungskraft, die offenbar zur Mythenbildung reizte und in der schon in den ersten Jahren „die unvergleichliche Intensität, der Hauch jenes stürmischen Aufschwungs zu spüren [war], der Berlin in wenigen Jahren zur interessantesten, erregendsten Stadt Europas machte. Er zeigte sich zuerst im künstlerischen und kulturellen Leben, vor allem im Theater" (Zuckmayer 1966, S. 307). Darüber hinaus geriet auch im Bereich der Wissenschaft vieles in Bewegung: Die Soziologie, eine vor dem ersten Weltkrieg „noch kaum anerkannte Wissenschaft", etablierte sich als Studienfach an den Universitäten (Lange 1987, S. 706); in Berlin lehrten bekannte Natur- und Geisteswissenschaftler wie Albert Einstein, Max Planck, Otto Hahn, Lise Meitner, Wolfgang Köhler, Erwin Schrödinger, Ernst Troeltsch und Paul Tillich. Die Verbreitung der zunächst so umstrittenen, da auf das unbewußte Triebleben und die psychischen Abwehrmechanismen fokussierenden Freudschen Psychoanalyse über Wiens Grenzen hinaus kann als ein weiteres Indiz für ein von mehr geistiger Offenheit und Innovation geprägtes Klima gewertet werden[3].

Die kulturelle Entwicklung jener Jahre läßt sich – wie auch das politische und wirtschaftliche Geschehen – anhand einer Einteilung in drei Phasen grob charakterisieren; es kann dabei jedoch nicht von einer exakt chronologischen Abfolge unterschiedlicher Stile gesprochen werden, da – wie eingangs schon ausgeführt – gerade das Nebeneinander unterschiedlichster Stilrichtungen

---

2 Das Museum Folkwang wurde 1901 in Hagen mit der Privatsammlung von Karl Ernst Osthaus begründet und 1922 durch Zusammenführung mit dem Essener Städtischen Museum an seinen heutigen Sitz, nach Essen, verlegt (vgl. Vogt 1983, S. 33ff.).

3 In Berlin war von der Internationalen Psychoanalytischen Gesellschaft bereits 1910 ein Institut eingerichtet worden, das von Hanns Sachs und Karl Abraham geleitet und 1920 selbständig wurde, und dem (als Analysanden wie als Lehranalytiker) u. a. Karen Horney, Melanie Klein, Wilhelm Reich und Otto Fenichel angehörten (vgl. Gay 1970, S. 57f.).

charakteristisch für diese Zeit war. Auch war vieles, was der ‚Weimarer Kultur' zugerechnet wird, nicht wirklich neu, sondern hatte – wie z. B. der Expressionismus und die Thematisierung von Generationskonflikten, aber auch Gropius' Bauhausidee – seinen Ursprung in der Vorkriegszeit (vgl. Gay 1970, S. 88). Erst durch die veränderte politische Situation nach 1918 jedoch fanden die Expressionisten, die zuvor eher ein Außenseiterdasein geführt hatten, eine Atmosphäre vor, in der die Menschen aufgrund der allen gemeinsamen Kriegserfahrung empfänglicher wurden für die expressionistischen Ausdrucksformen; das setzte Energien frei, die im Kaiserreich gebremst worden waren und nun auch zur Gestaltung der neuen Republik genutzt werden wollten: „Den Neuerern standen Möglichkeiten offen, die sie unter dem alten System nicht gehabt hatten" (Winkler 2000, S. 462).

Die ‚Turbulenzphase': 1918-1923

Unter dem Zeichen des Aufruhrs und der Neuerung stand das Kulturleben während der ersten Jahre der Republik, die von politischen Unruhen, Umsturzversuchen und inflationsbedingter wirtschaftlicher Not geprägt waren. Der bereits gegen 1910 entstandene Expressionismus gelangte zu voller Blüte und war – unter einer Vielzahl anderer von ihm hervorgebrachter ‚Ismen', z. B. Dadaismus und Konstruktivismus, Kubismus und Futurismus – die vorherrschende Stilrichtung. Der Expressionismus, der vor allem als Ausdruck der Suche nach Kulturerneuerung und ‚Wirklichkeit' zu verstehen war, stand in engem Zusammenhang mit der Ende des 19. Jahrhunderts einsetzenden Kulturkritik des Bildungsbürgertums. Diese Schicht befürchtete angesichts der rasanten wirtschaftlichen und technischen Entwicklung Deutschlands einen Verfall der vorkapitalistischen Werte humanistischer Bildungstraditionen. In der prosperierenden Industriegesellschaft, der Deutschland sein Erstarken seit der Reichsgründung primär zu verdanken hatte, erhielten mit der zunehmenden Orientierung an Rationalität und Materialismus vor allem wirtschaftlich nutzbare (z. B. technisch-naturwissenschaftliche) Bildungsinhalte Gewicht. Somit sah sich das Bildungsbürgertum einer veränderten Realität gegenüber und reagierte darauf zum einen mit Kulturpessimismus und Kulturkritik, zum anderen mit einer Idealisierung der Jugend, die in der bildenden Kunst auch im Jugendstil zum Ausdruck kam. Den jungen Menschen sprach man kulturerneuernde Kräfte zu und erhoffte sich von ihnen die Reintegration der alten Werte in die veränderte Gesellschaft.

Kritik an der modernen Industriegesellschaft und an mechanisierten Lebensabläufen war auch die Intention des Expressionismus, wie er in der bildenden Kunst in Deutschland von so unterschiedlichen Künstlern wie Paula Modersohn-Becker, Emil Nolde, Käthe Kollwitz sowie den Dresdner *Brücke*-Malern und den Künstlern des *Blauen Reiters* in München vertreten wurde[4]. Bei aller Vielfältigkeit der expressionistischen Ausdrucksformen waren wesentliche, allen gemeinsame Merkmale die antibürgerliche Tendenz, der Anspruch, zu mehr ‚Natürlichkeit' zu finden sowie das von den Kriegserfahrungen geprägte Streben nach mehr Menschlichkeit und Solidarität. „Nur im Kollektiv, so meinten die ‚Brücke'-Maler, waren die Stürme der Zeit zu überstehen, nur in der Gemeinschaft konnte der Entwurf einer neuen, besseren Welt und eines neuen Menschentyps formuliert und durchgesetzt werden" (Ruhrberg 2000, S. 52).

Im Dezember 1918 fand sich in Berlin die sogenannte ‚Novembergruppe' zusammen, bestehend aus bildenden Künstlern, Architekten, Schriftstellern, Regisseuren und vielen anderen Vertretern des Kulturbereiches[5]. Sie verstanden sich als Anhänger der Novemberrevolution und artikulierten gemeinsam das Anliegen, für eine in allen öffentlichen, gestalterischen Belangen einflussreiche, sozial orientierte Kunst einzutreten (vgl. Lange 1987, S. 156ff.).

Der Architekt Walter Gropius, der 1918 Leiter der Weimarer Kunsthochschulen wurde, setzte seine Vision der Synthese von freier und angewandter Kunst zugunsten einer menschlicheren, lebensfreundlichen Architektur schließlich um, indem er die Kunsthochschulen unter das Dach des am 31. März 1919 neugegründeten Staatlichen Bauhauses stellte (vgl. Lange 1987, S. 158).

Literatur- und Theaterwelt wurden in ganz unterschiedlicher Weise von der Aufbruchstimmung erfaßt: Heinrich Mann traf mit seiner Satire auf die wilhelminische Vorkriegsgesellschaft *Der Untertan* den Geist der Zeit. Dagegen fand Oswald Spenglers Studie über den *Untergang des Abendlandes* mit ihrer schon im Titel verkündeten These vor allem im Bürgertum Anklang,

---

4 Die Dresdener *Brücke* wurde 1905 von Fritz Bleyl, Ernst Heckel, Ernst Ludwig Kirchner und Karl Schmidt-Rottluff gegründet, dazu gehörten später u. a. auch noch Max Pechstein und Emil Nolde. Zur etwas loseren Vereinigung des *Blauen Reiters*, der es nicht so sehr um soziale Realitäten ging wie um Metaphysik und Geist in der Kunst, zählten Franz Marc, Wassily Kandinsky, August Macke, Paul Klee, Lyonel Feininger und Karl Hofer.

5 Gründer bzw. Angehörige waren unter anderen Künstler wie Pechstein, Belling, Grosz, Meidner, Dix und Architekten wie Gropius, Taut und Behrens (vgl. Lange 1987, S. 156ff.).

aus dessen Perspektive eine allgemeine, fatalistische Niedergangstheorie die Enttäuschung angesichts des verlorenen Krieges nivellieren konnte. Spengler ist den sogenannten konservativen Revolutionären zuzurechnen, die nicht mehr unbedingt an der Monarchie festhielten, jedoch durchaus nationalistisch gesinnt waren, einen starken Staat forderten und mit ihren eher theoretischen Vorstellungen von Revolution keineswegs einen proletarischen Umsturz verbanden.

Von Siegfried Jacobsohn wurde 1918 die von ihm herausgegebene, vormals auf das Theater konzentrierte Zeitschrift *Die Schaubühne* in *Die Weltbühne* umbenannt, in der Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky schrieben und fortan kritisch das Zeitgeschehen kommentierten[6]. Georg Kaiser übte in seinem 1918 uraufgeführten Stück *Gas I* Kritik an sozialem Elend infolge Krieg und zunehmender industrialisierungsbedingter menschlicher Entfremdung. Erwin Piscator gründete 1920 in Berlin das *Proletarische Theater*, bei dessen Aufführungen die Verbreitung der kommunistischen Idee im Zentrum stand, worin er von den ebenso heiter-anarchistischen wie kommunistischen Dadaisten wie Richard Huelsenbeck und Raoul Hausmann unterstützt wurde. Viel Aufsehen erregten auch die Aufführungen am Staatlichen Schauspielhaus in Berlin unter der Intendanz Leopold Jessners, der Klassiker wie *Wilhelm Tell* unter Verzicht auf aufwendige Kulissen, die Bühne nur ausgestattet mit der berühmt gewordenen ‚Jessnertreppe', expressionistisch-provokant inszenierte, um Kritik am militaristischen Preußentum zu üben, und dafür Schauspieler wie Fritz Kortner, Albert Bassermann und Helene Weigel verpflichtet hatte.

Auch eine sehr lebhafte Kabarettszene entfaltete sich. Bis 1925 wurden in Berlin über 150 Kabaretts von sehr unterschiedlichem Niveau eröffnet, von denen etliche jedoch auch schnell wieder schlossen (vgl. Scheub 2000, S. 55ff.). Von den erfolgreichen (aber nicht unbedingt beständigeren) seien hier nur genannt: Das *Schall und Rauch*, wo Blandine Ebinger, Trude Hesterberg und Gussy Holl auftraten, das *Cabaret Größenwahn* von Rosa Valetti und die *Wilde Bühne* Trude Hesterbergs, deren Programm vor allem aus Parodien, Szenenspiel, Tanz und Chansons von Kurt Tucholsky, Walter Mehring, Marcellus Schiffer und Friedrich Hollaender bestand.

---

6 Nach Jacobsohns Tod im Jahre 1926 übernahm Tucholsky die Herausgeberschaft der *Weltbühne*, Carl von Ossietzky wurde zunächst verantwortlicher Redakteur und ab 1927 sein Nachfolger als Herausgeber (vgl. Lange 1987, S. 827).

Das Theater, das Kabarett und die bildenden Künste, auf deren Werke das Publikum direkter reagieren konnte, fanden übrigens in der öffentlichen Debatte mehr Resonanz als die Literatur, wenngleich nicht wenig gelesen wurde. Ein zentrales Thema in Prosa wie Drama war in den ersten Jahren der Republik der Konflikt der Generationen, genauer: der Vater-Sohn-Konflikt, der schon seit längerem schwelte. Bereits 1914 hatte Walter Hasenclever das Drama *Der Sohn* verfaßt und darin die Auflehnung der kurz vor der Jahrhundertwende geborenen Söhne gegen die väterliche Autorität thematisiert. In den ersten Jahren nach dem Krieg erfuhr auch das Werk des bis dahin nicht sonderlich populären Heinrich v. Kleist wieder ein gesteigertes Interesse. Die Gründe dafür sieht der Kulturhistoriker Peter Gay[7] vor allem in der tiefgreifenden emotionalen Verwirrung und Todessehnsucht, von der viele Deutsche nach dem verlorenen Krieg erfaßt wurden und die sie bei Kleist ebenso fanden wie im expressionistisch-düsteren Film *Das Kabinett des Dr. Caligari*, der 1920 in Berlin uraufgeführt wurde (vgl. Gay 1970, 88ff. u. 138ff.; Hermand/Trommler 1978, S. 128f.; Lange 1987, S. 722ff.).

Die Phase der ‚relativen Stabilisierung': 1923-1929

In der Phase der *‚relativen Stabilisierung'* kristallisierte sich dann mit der allmählichen Konsolidierung der Wirtschaft eine Tendenz zur Mäßigung, zu mehr Nüchternheit und Rationalität heraus. Es soll hier noch einmal betont werden, daß diese relative Stabilität nur unter Berücksichtigung der noch krisenreicheren früheren und nachfolgenden Jahre auch tatsächlich als solche bezeichnet werden kann (vgl. Peukert 1987, S. 204). Die politischen Utopien, die sich nicht hatten realisieren lassen, traten in den Hintergrund; entweder versuchte man ganz pragmatisch, sich mit den Gegebenheiten der Republik abzufinden und sich „auf den ‚Boden der Tatsachen', das heißt auf den Boden der Weimarer Republik zu stellen" (Hermand/ Trommler 1978, S. 41), oder aber man bekannte sich nun tatsächlich zum republikanischen Staat. Diese Nüchternheit kam ebenso in den freien wie auch in den angewandten Künsten, z. B. der Bauhaus-Architektur und -Gebrauchskunst zum Ausdruck. Die ‚Neue Sachlichkeit' wurde propagiert, und eine Abwendung vom Expressionismus hin zum Realismus wurde erkennbar. Man wollte

7 Peter Gay, emeritierter Professor für Geschichte an der Yale University, wurde 1924 unter dem Namen Peter Fröhlich in Berlin geboren und verbrachte dort seine Kindheit und Jugend. 1939 sah sich seine Familie aufgrund ihrer jüdischen Religionszugehörigkeit gezwungen zu flüchten und emigrierte zunächst nach Kuba, dann in die USA.

nichts versachlichen oder neutralisieren, sondern vielmehr die Dinge unverhüllt darstellen, ohne dabei den sozialkritischen Anspruch aufzugeben. Diese Suche nach präzisem Realismus zeigte sich sowohl in der Fotografie (vor allem vertreten durch John Heartfield) als auch in Malerei und Zeichenkunst. Künstler wie George Grosz und Otto Dix porträtierten und karikierten mit großer Schärfe die vermeintlichen *Stützen der Gesellschaft* (Grosz 1926), die Kapitalisten, Spießer und Sozialdemokraten, und fingen in ihren überaus farbigen, detailreichen Bildern vom großstädtischen Gesellschaftsleben, von Tänzerinnen und Prostituierten das chaotische, morbide Durcheinander der Nachkriegsjahre ein. Die Portraits von Christian Schad erhielten durch die kalte, überscharfe, nahezu fotografisch anmutende Darstellung bisweilen fast surreale Züge.

Im Zuge der allgemeinen gesellschaftlichen Mäßigungstendenzen und des Ausklingens der expressionistischen Hochphase verringerte sich auch die bis dahin doch beträchtliche Diskrepanz zwischen den Konzepten von elitärer Kunst und einfacher Unterhaltungskultur ein wenig. Denn viele der hier genannten Künstler und Werke zählten eher zur Avantgarde und trafen, so sie von den einfachen Leuten überhaupt wahrgenommen wurden, nicht unbedingt immer den Geschmack der Masse. Die moderne expressionistische Malerei und vieles von dem, was beispielsweise im Theater Jessners zur Aufführung gelangte, verstörte die Menschen zunächst. Konservative bürgerliche Kreise hielten mehr von den hochwertigen, aber stärker der traditionellen höfischen Schauspielkunst verpflichteten Inszenierungen Max Reinhardts, während Arbeiter und Kleinbürger, wenn sie denn überhaupt ins (kostspielige) Theater gingen, eher Aufführungen von Piscator, der ein sehr gemischtes Publikum anzog, besuchten und ansonsten das Kabarett, die volkstümlichen Komödien oder Operetten bevorzugten. Von ihnen las wohl auch kaum jemand Thomas Mann, Robert Musil oder Jakob Wassermann, sondern beliebt waren unter anderem die berühmten Groschenromane der Hedwig Courths-Mahler, später Unterhaltungsromane von Vicki Baum.

Ab 1924 jedoch brach sich eine bis dahin ungekannte, schichtübergreifende Massenkultur Bahn und mit ihr ein neues Freizeit- und Konsumverhalten, ablesbar unter anderem an der Mode, der neuen Popularität öffentlicher Sportveranstaltungen, der Etablierung des Rundfunks und des Films. In liberalen Zeitungen wie dem *Berliner Tageblatt*, der *Frankfurter Zeitung*, der *Weltbühne* schrieben Autoren wie Siegfried Kracauer, Kurt Tucholsky, Carl von Ossietzky, Egon Erwin Kisch, Alfred Polgar, Alfred Kerr und – als eine

der wenigen Frauen – Gabriele Tergit vielbeachtete Reportagen, Essays und Kritiken, die häufig von literarisch hoher Qualität waren und Informationen übermittelten, die in der Massenpresse oftmals nicht zu finden waren. Nun entstanden Komödien wie Carl Zuckmayers *Fröhlicher Weinberg*, Revuen, Kabarettprogramme und Kinofilme wie der berühmte *Blaue Engel,* die ein sehr gemischtes Publikum anzogen.

Nach 1923 vollzogen sich also in der Kunst- und Kulturwelt Wandlungen, deren Auswirkungen auf die Künste bis heute sichtbar sind: So existiert in Deutschland seither keine ausgeprägte Stil-Kultur mehr, wie sie bis zum Ende des ersten Weltkrieges noch bestanden hatte; statt zeitlich aufeinanderfolgender Stil-Epochen oder nebeneinander bestehender, klar unterscheidbarer ‚Ismen' ist nunmehr stets eine Vielfalt künstlerischer Tendenzen vorhanden, die man jedoch nicht „als vollentwickelte Stile charakterisieren kann" (vgl. Hermand/Trommler 1978, S. 108f.).

Die Phase der ‚politischen Polarisierung': 1929-1933

In den letzten Jahren der Republik, in denen sich die ökonomische und politische Situation durch Wirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit und Aushöhlung des parlamentarischen Systems immer weiter zuspitzte, bewegte man sich auch im Kunst- und Kulturbereich zunehmend hin zu radikaleren Formen. Aus dem rechten wie dem linken Spektrum von Politikern, Künstlern und Intellektuellen hatte es fortwährend scharfe Kritik an der Republik und der gemäßigten Politik der mittleren Jahre gegeben. Kritik, die fast immer auch (mehr oder minder niveauvolle) Kulturkritik einschloß, denn den Ausdrucksformen der Neuen Sachlichkeit gegenüber hatte es stets Vorbehalte und Anfeindungen sowohl von rechtskonservativen Stilkunstvertretern als auch von den linken Gruppen gegeben, die weiterhin dem Expressionismus oder aber kommunistischen Idealen anhingen und sich mit der Republik ebensowenig identifizierten wie die reaktionären Monarchisten und Nationalisten. So wurde das pluralistische Ideal der Neuen Sachlichkeit von rechten wie linken Gruppen immer mehr in Frage gestellt. Auf beiden Seiten war schon seit längerem der Vorwurf der Amerikanisierung Deutschlands zu hören gewesen, da die Kunst der Etablierung von Massenkultur und Kommerz Vorschub geleistet habe, was den Rechten mißfiel, da sie (wie z. B. Heidegger) darin einen Ausdruck des „nivellierenden Kollektivismus [sahen], der die Masse über die Persönlichkeit triumphieren ließ" (Winkler 2000, S. 463). Aus linker Perspektive wurde für die Kunst eher eine Verein-

nahmung durch rechte Ideologen und gleichgesinnte Wirtschaftsmagnaten befürchtet (vgl. Hermand/Trommler 1978, S. 120).

Viele Deutsche hatten zur Politik im allgemeinen eher eine ambivalente Haltung entwickelt, die unter anderem aus Ungeübtheit im Hinblick auf politische Betätigung resultierte und die sich in einer Mischung aus Faszination, aber auch Ablehnung, Distanz und Resignation bemerkbar machte. Vor allem in den Jahren der relativen Stabilisierung, in denen die größte Not für die meisten erst einmal überstanden schien, hatten sich eine gewisse Indifferenz und der Wunsch nach einem ruhigen, sorglosen Leben bemerkbar gemacht, was bei manchem zur ‚Flucht in die Dichtung' führte. Aus dem Land der Dichter und Denker war, so Gay, „das Land geworden, wo Dichter höhergestellt wurden als Denker oder vielmehr Denker in Dichter verwandelt wurden, was dem Denken sehr schlecht bekam" (1970, S. 98).

Von linken Künstlern und Intellektuellen wurde nun die grundsätzliche Frage nach Sinn und tatsächlicher Wirkung der Kunst in der modernen Gesellschaft ebenso neu gestellt wie die Forderung nach einer stärkeren Einbeziehung des Publikums, insbesondere der Arbeiter, in die Formgestaltung. Diese Bestrebungen waren vor allem von dem Wunsch getragen, angesichts der prekären politischen und wirtschaftlichen Lage aktiv zu werden und auch andere dazu zu bewegen, Position zu beziehen. Impulse dazu kamen im Theater-, Film- und Musikbereich unter anderem von Bertolt Brecht, Ernst Toller (*Masse Mensch*), Georg Kaiser (*Gas I+II, Die Lederköpfe*), Erwin Piscator, Friedrich Wolf (*Cyankali*), Kurt Weill und Hanns Eisler; mit dem Lehrtheater verfolgten besonders Brecht, Weill und Eisler die direkte Einbeziehung und Aktivierung des Publikums, ähnlich wie die Agitprop-Gruppen, die sich aus kommunistischen Laienschauspielern bildeten.

Auf dem Feld der bildenden Kunst experimentierte John Heartfield in seinen Fotomontagen mit ungewohnten Zusammenschnitten, um den Betrachter zu Zustimmung oder Widerspruch herauszufordern. Im Bereich der Publizistik und Literatur wurde es für Autoren wie Ossietzky, Tucholsky und andere gegen Ende der 20er Jahre immer schwieriger, ungehindert zu publizieren, da der Staat ihnen gegenüber bereits immer häufiger zensierend eingriff, während die Veröffentlichungen rechter Stimmen geduldet wurden. In ähnlicher Weise unterlag die Filmproduktion einer – häufig allerdings zunächst firmeninternen – Zensur: Bei der Ufa, die dem riesigen Pressekonzern des deutschnationalen Hugenberg angehörte, wurden fast nur noch triviale Unterhaltungsstreifen oder aber Filme mit nationalistischem Einschlag pro-

duziert. Durch die 1929 erfolgte Gründung der ‚Deutschen Liga für den unabhängigen Film' wurde versucht, solche Zensureingriffe abzuwehren (vgl. Hartmann 1996, S. 226f.). Angesichts des wachsenden Einflusses der Nationalsozialisten wurde dies jedoch immer schwieriger. Die Aufführung des in Amerika verfilmten pazifistischen Romans *Im Westen nichts Neues* von Erich Maria Remarque rief im Dezember 1930 in rechten und nationalsozialistischen Kreisen empörte Proteste hervor; die Nationalsozialisten unternahmen auf Goebbels' Veranlassung hin massive Aktionen, um die weitere Aufführung des Films zu verhindern. Sie waren schließlich erfolgreich, da die Polizei sich gegenüber diesen Demonstrationen machtlos glaubte und den Film verbot (vgl. Glatzer 2000, S. 410f.).

Durch die ansteigende Wirtschaftsnot ging es schließlich im Kulturbereich bergab. Über die Hälfte der 45 Berliner Bühnen mußte letztlich geschlossen werden; umsomehr bemühte man sich jedoch zunächst noch, den Kulturbetrieb zu erhalten. Brechts 1928 uraufgeführte Fassung von John Gays *Beggar's Opera*, die *Dreigroschenoper*, war eines der erfolgreichsten Stücke der Weimarer Jahre und zugleich eines der letzten großen Theaterereignisse, das mit seinen bissigen, schwungvollen Liedern nicht nur eine avantgardistische Minderheit, sondern ein sehr gemischtes Publikum begeisterte (vgl. Hermand/Trommler 1978, S. 120ff. u. 183ff.; Lange 1987, S. 1051f.).

Berlin wird zur Großstadt: Veränderung städtischer Strukturen und Bevölkerungsanstieg

Mit der Ernennung Berlins zur Hauptstadt im Jahre 1871 war ein Gewinn an symbolischer Bedeutung innerhalb des Reiches ebenso verbunden wie – in ganz praktischer Hinsicht – die Ansiedlung von Parlament, Ministerien, zentralen Verwaltungsinstitutionen, Verbänden und Banken als den Insignien dieses Einflusses. Auf die starke quantitative Präsenz dieser Einrichtungen war dann übrigens der hohe Anteil der neuen ‚Schicht' der Angestellten an der Stadtbevölkerung zurückzuführen, der Siegfried Kracauer am Ende der 30er Jahre von Berlin als der „Stadt der ausgesprochenen Angestelltenkultur" sprechen ließ (vgl. Kracauer 1930/1959, S. 8).

Weitaus folgenreicher als die bloße Hauptstadtfunktion war zunächst jedoch die Industrialisierung für Berlin. Die um die Mitte des 19. Jahrhunderts mit etwa 400 000 Einwohnern noch recht beschaulich anmutende, bisweilen gar als provinziell verabscheute Residenzstadt Berlin wurde im Zuge der Indust-

rialisierung zu einer der wichtigsten Produktions- und Handelsstätten in Preußen; vor allem die Textil-, die Maschinen- und Elektroindustrie (Borsig, AEG, Siemens & Halske, Telefunken) seien hier genannt. Im Hinblick auf die Chemie- und Elektroindustrie handelte es sich bei Berlin um den modernsten Industriestandort Deutschlands. Seit etwa 1830 gewann die Stadt aufgrund der Arbeitsplätze in der zukunftsträchtigen Industrie an Attraktivität; sie erlebte durch Zuwanderung aus Brandenburg, Schlesien, Pommern, Sachsen, West- und Ostpreußen einen permanenten Bevölkerungsanstieg, der sich in den Jahren von 1871 bis 1918 noch verstärkte und erst in der Mitte der 20er Jahre zum Stillstand kommen sollte (vgl. Korff 1987, S. 650).

So entwickelte sich Berlin mehr und mehr zu einem Zentrum, das von stetig anwachsenden Vorstädten umgeben war: Hatte die Stadt 1871 an die 800 000 Einwohner, erhöhte sich diese Zahl bis zum Ende des Ersten Weltkrieges noch einmal um das Zweieinhalbfache. Um die Stadt herum hatte sich ein etwa zehn bis fünfzehn Kilometer breiter Städtegürtel entwickelt, der sich zum einen hinsichtlich der dichten Bebauung kaum vom Berliner Stadtkern unterschied und der sich zum anderen so eng daran anlagerte, daß Grenzen zwischen unterschiedlichen Stadtteilen und Bezirken kaum mehr auszumachen waren (vgl. Erbe 1987, S. 691). Infolgedessen waren die kommunalpolitischen Strukturen derart unübersichtlich geraten, daß die Erschaffung der Gemeinde Groß-Berlin nicht zuletzt angestrebt wurde, um bessere Voraussetzungen für die erforderlichen Bau- und Verkehrsmaßnahmen zu erreichen[8]. Nach dem Beschluß eines entsprechenden Gesetzes im April 1920 erfolgte dann im Oktober die Bildung Groß-Berlins aus acht bis dahin selbstständigen Stadtgemeinden (Berlin, Charlottenburg, Köpenick, Lichtenberg, Neukölln, Schöneberg, Spandau, Wilmersdorf), 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken[9]. Die Bevölkerungszahl von knapp 4 Millionen (3 850 000) ließ Berlin – nach New York und London – zur drittgrößten Stadt der Welt werden. Die Fläche erweiterte sich von 6 700 auf 87 810 ha, unter diesem Aspekt wurde Berlin zur größten Stadt der Welt (vgl. Lange 1987, S. 301ff.; Richter 1987, S. 131).

---

8 Der ursprünglich geplante Zusatz *Groß*-(Berlin) wurde schließlich weggelassen (vgl. Lange 1987, S. 303).

9 Die Stadt war nun in 20 Verwaltungsbezirke gegliedert: Charlottenburg, Friedrichshain, Köpenick, Kreuzberg, Lichtenberg, Mitte, Neukölln, Pankow, Prenzlauer Berg, Reinickendorf, Schöneberg, Spandau, Steglitz, Tempelhof, Tiergarten, Treptow, Wedding, Weißensee, Wilmersdorf und Zehlendorf.

Lebensbedingungen in der Großstadt

Wohnen

Mit dem dramatischen Bevölkerungszuwachs entstand insbesondere in Bezirken wie dem Wedding, Neukölln und Pankow ein verheerendes Wohnungselend, das zu großen sozialen Problemen führte. Schon in der Kriegszeit, in der weder neue Häuser gebaut noch renovierungsbedürftige vor dem Verfall bewahrt worden waren, hatte sich die Not verschärft; in den 20er Jahren spitzte sich die Situation noch weiter zu, da die Bautätigkeit durch den kriegs- und inflationsbedingten Mangel an Geld und Material weiterhin nahezu brach lag und die Bevölkerungszahlen (vor allem durch Zuwanderung) unvermindert anstiegen. Es fehlte also zum einen an Wohnraum, zum anderen war das beengte Leben in den vorhandenen Mietskasernen aufgrund des miserablen Zustandes vieler Häuser oft unhygienisch und begünstigte Ausbruch und Verbreitung schwerer Erkrankungen und Seuchen, besonders der Tuberkulose und der Cholera. Meistens waren es die Hinterhäuser, die sich in so schlechtem Zustand befanden: Während in den geräumigen Vorderhaus-Wohnungen Angehörige des Bürgertums, Beamte und Geschäftsleute wohnten, lebten in den dunklen und kleinen Hinterhaus-Wohnungen überwiegend Kleinbürger und Arbeiter. Obgleich es aufgrund dieser innerhäuslichen sozialen Differenzierung somit weniger ‚reine' Arbeiterhäuser gab, hatten sich Wohnviertel herausgebildet, in denen jeweils die eine oder die andere soziale Schicht vorrangig vertreten war; vor diesem Hintergrund ist der Gebrauch des Begriffs ‚Arbeiterviertel' zu betrachten, der besonders auf den Wedding im Berliner Norden zutraf, da dieser von allen Stadtteilen die geringste soziale Mischung aufwies. Der Bezirk Wilmersdorf im Südwesten galt umgekehrt als ausgesprochen bürgerliches Viertel mit entspannten Wohnverhältnissen; ähnlich verhielt es sich mit den Bezirken Charlottenburg und Schöneberg.

In diesen Vierteln gab es die meisten Haushalte mit Dienstboten, und in den Wohnungen, die überdurchschnittlich häufig über sechs und mehr Räume verfügten, wurden lediglich Zimmer vermietet, aber keine sogenannten Schlafgänger[10] aufgenommen (vgl. Geist/Kürvers 1984, S. 506ff.).

Bild 10

Vor allem in den Arbeitervierteln war es hingegen üblich, Schlafgänger – meist ledige, junge Arbeiter – aufzunehmen, was das Zusammenleben noch zusätzlich erschwerte. Bruno Schwan nannte in der 1929 erschienenen Schrift *Die Wohnungsnot und das Wohnungselend in Deutschland* für 1925 75 000 Haushalte, die ohne eigene Behausung waren (vgl. Schwan 1929, S. 115). Insgesamt wurde ein Wohnungsfehlbedarf von über 200 000 Wohnungen errechnet; bei dieser Zahl waren allerdings weder neue Unterkünfte berücksichtigt, derer es aufgrund unhygienischer Wohnverhältnisse und Häuserverfall bedurft hätte, noch hatte man die jährliche Nachfrage durch Neuzuziehende miteinbezogen (vgl. ebd., S. 114ff.). Eine Arbeiterfamilie mit drei Kindern verfügte 1925 in Deutschland über durchschnittlich 1,4 Wohnräume, während eine Familie in Frankreich 2,5, in England 3,0 und in Amerika 5,0 Räume bewohnte (vgl. ebd., S. 38f.)[11]. Auf einem Berliner Grundstück lebten im Schnitt 46 Menschen; beachtlich ist jedoch die bereits oben erwähnte große Diskrepanz zwischen einzelnen Stadtteilen: Während im Prenzlauer Berg und im Wedding

10 Die Schlafgänger mieteten, im Unterschied zu Untermietern, die ein separates Zimmer bewohnten, lediglich ein Bett.

11 Entsprechend ähnlich fielen Vergleiche im Hinblick auf die Bewohnerzahl eines Hauses aus: In London lebten durchschnittlich 7,89 Personen in einem Haus, in New York 20,2, in Breslau schon 51,97 und in Berlin 75,9 Personen (vgl. Schwan 1929, S. 38/39).

95 bzw. 93 Bewohner auf einem Grundstück wohnten[12], waren es in Wilmersdorf nur etwa 42 und im feinen Zehlendorf nur knapp 11 Bewohner (vgl. Geist/Kürvers 1984, S. 514).

Über 70 % der Berliner Bevölkerung lebte in Wohnungen, die aus höchstens drei Räumen, aus Küche, Stube und Kammer bestanden (vgl. Geist/Kürvers 1984, S. 510f.; Schwan 1929, S. 38f.). Alleinstehende bewohnten oft eine sogenannte Kochstube, also ein einziges Zimmer, in dem sich ein (Kachel-) Ofen befand, der auch zum Kochen genutzt werden konnte. Während die Küche in den großbürgerlichen Wohnungen tatsächlich nur zum Kochen und zur Verrichtung anderer hauswirtschaftlicher Tätigkeiten genutzt wurde und, sofern Dienstpersonal vorhanden war, von Familienangehörigen kaum betreten werden mußte, diente sie in den kleineren Behausungen notwendigerweise fast immer auch als Wohnraum. Häufig wurde auch darin geschlafen, denn es war keine Seltenheit, daß Familien mit zehn oder noch mehr Personen, die in Wohnungen auf Gemeinschaftsfluren lebten, mit einem oder zwei Zimmern auskommen und sich auch mit weit mehr als fünf anderen Familien das Klosett im Treppenhaus teilen mußten. Schwan zufolge waren noch 1929 feuchte Kellerwohnungen mit Schimmelbildung, Ungeziefer und Ratten keine Ausnahme, und er gab zu bedenken: „Es sind nicht Wohnungen eines sogenannten Lumpenproletariats, die wir hier schildern, es sind Wohnungen von Arbeitern, die bei der Ortskrankenkasse versichert sind“ (Schwan 1929, S. 103). Schwans Bericht über eine Wohnungsbesichtigung am Prenzlauer Berg im Januar 1929 soll hier zur weiteren Veranschaulichung damaliger Wohnverhältnisse folgen:

> „Marienburger Str. 17, 1 Treppe: Die letzten Wohnungen, die wir besichtigen. An der Korridortür prangen nicht weniger als sieben verschiedene Namen. Sieben Parteien wohnen an diesem einzigen Flur, der so dunkel ist, daß wir nur tastend die Stubentür finden. Die erste Wohnung hat Küche und Kammer. Kaum 1 ½ Meter breit und drei bis vier Meter lang ist die Kammer. So schmal ist sie, daß kein Stuhl vor den an der Längswand stehenden Betten Platz hat. Und triefend naß und verschimmelt ist diese Wand. Die Kammer hat keinen Ofen. Es bildet sich also Schwitzwasser an der kalten Wand, wenn in der Küche gekocht wird. Die Küche ist ganz klein und verwahrlost. Die

12 In einigen extremen Fällen waren diese Zahlen noch sehr viel höher: Es gab insgesamt 51 Grundstücke in Berlin, die jeweils von etwa 500 Menschen bewohnt wurden (vgl. Geist/Kürvers 1984, S. 514).

> Wohnung hat keinen Platz, ein Kleiderspind zu stellen; so hängen die Kleider der Leute an der Wand. Der Mann, der hier mit seiner Frau und zwei Kindern wohnt, ist Straßenarbeiter. Die Miete beträgt monatlich 15,50 M. Wand an Wand mit diesen wohnt ein Lederarbeiter mit seiner Frau. Ebenfalls ordentliche und saubere Menschen. Er verdient mit Heimarbeit durchschnittlich 46 M. in der Woche. Sie haben nur diesen einen, schmalen Raum. Auch hier läßt sich kein Spind stellen. Die Kleider hängen auf Kleiderbügeln sorgsam in Säcken an der Wand. Miete monatlich 12 RM.
>
> Gleich liegen die Verhältnisse in den übrigen Wohnungen, die an den finsteren Flur anliegen.
>
> Wir stehen einen Augenblick auf der Treppe, um das Leben dieser Mietskaserne zu belauschen. Da kommen heulende Kinder heraufgestolpert, Mütter, die ihre Kinderwagen mühsam über die vielen, vielen Stufen heraufzerren, Frauen, die eingeholt haben, Arbeiter, die müde von der Arbeit heimkehren, Handelsleute, die schimpfen, wenn ihnen nichts abgekauft wird. Ein fortwährendes Kommen und Gehen von freudlosen, ruhelosen Menschen. Wir sprechen in der Haustür mit einem dieser Hausbewohner. ‚Der da drin', sagt er plötzlich bitter, indem er auf einen vorüberfahrenden Leichenwagen hinstarrt, ‚der hat Ruhe, der hat endlich sein Einfamilienhaus bekommen. Na, so weit bringen wir es ja schließlich alle noch mal. Das ist unser Trost'" (ebd., S. 110f.).

Solche Zustände erschwerten auch die Entwicklung von Seßhaftigkeit oder begünstigten – positiv formuliert – die freilich notgedrungene Bereitschaft zur Mobilität, von der unter dem Aspekt der großstädtischen Mentalitätsprägung noch einmal die Rede sein wird.

Der Wohnungsnot versuchte man ab Mitte der 20er Jahre mit neuen Baumaßnahmen, Verordnungen und Finanzierungsformen zu begegnen. Während der Mietwohnungsbau früher überwiegend privat finanziert worden war, setzte nun unter dem Stadtbaurat Martin Wagner die Gründung von Baugenossenschaften sowie eine stärkere öffentliche Förderung ein: 1924 betrug der Anteil der öffentlichen Mittel an den getätigten Bauinvestitionen von 1 Million Reichsmark 50 %, er stieg in den beiden folgenden Jahren zunächst noch an (vgl. Kornemann 1995, S. 720); mit Einsetzen der Wirtschaftskrise wurde der regen Bautätigkeit dann allerdings wieder ein Ende gesetzt. Auch reichten – wie aus den oben genannten Zahlen der Wohnungssuchenden unschwer zu folgern ist – die staatlichen Subventionierungen nicht aus, um die Berliner ‚Wohnungsfrage' zufriedenstellend lösen zu kön-

nen. Der neue Mietwohnungsbau unterschied sich in der Wahrnehmung der Berliner allerdings deutlich vom bisher Gekannten, denn die 1925 verabschiedete Bauordnung sah ausdrücklich vor, daß im alten Stil der Mietskasernen nicht mehr gebaut werden durfte. In den neuen Häusern sollten in allen Wohnungen gleichermaßen gute Luft- und Lichtverhältnisse herrschen, auch Quer- und Seitenflügel durften nicht mehr wie bisher errichtet werden (vgl. Geist/Kürvers 1984, S. 506; Lange 1987, S. 611).

Das ‚Neue Bauen'

Als Walter Gropius 1919 das Staatliche Bauhaus in Weimar gründete, wurden die von ihm als Werkbund-Schüler[13] schon im Kaiserreich gehegten Ideen vom funktionalen, zweckorientierten Bauen zugunsten einer freieren, kreativeren Lebensweise ein wesentlicher Bestandteil des Bauhaus-Programms. Freie und angewandte Künste sollten wieder einen Bezug zur gesellschaftlichen Realität herstellen und gemeinsam wirken durch eine an sozialen Gesichtspunkten orientierte Neugestaltung der Architektur. Künstler und Handwerker sollten unter dem Dach des Bauhauses eine einheitliche Ausbildung erfahren, um eine moderne, ästhetisch erziehende Formensprache zu entwickeln. Als Lehrer wirkten am Bauhaus unter anderem Paul Klee, Oskar Schlemmer, Laszlo Moholy-Nagy und Ludwig Mies van der Rohe.

Den Bauhaus-Vertretern und anderen progressiven Architekten war es nun ein Anliegen, ihre Utopien vom Bauen für eine ‚bessere Welt' zu verwirklichen und auf städtischem Bauland moderne, helle, geräumige und gesündere Wohnsiedlungen zu bauen, die auch für Menschen mit geringem Einkommen erschwinglich sein sollten. 1925-1927 entstand mit der ‚Hufeisen-Siedlung' von Bruno Taut und Martin Wagner in Britz die erste der berühmt gewordenen Großsiedlungen, die 1 000 Wohnungen in einem dreigeschossigen, weiß-rot–blauen Gebäude beherbergte und sich ringförmig um Grünanlagen legte. Weitere Groß-Projekte des ‚Neuen Bauens', das in ganz Deutschland praktiziert wurde, waren in Berlin die Siedlung ‚Onkel Toms Hütte' in Zehlendorf (Bruno Taut), die ‚Weiße Stadt' in Reinickendorf

13 Der Deutsche Werkbund wurde 1907 von Architekten, Künstlern, Handwerkern und Industriellen gegründet mit dem Ziel, Kunst und industrielle Produktion zu verbinden sowie den Absatz deutscher Industrieprodukte auf dem Weltmarkt zu steigern. Angehörige waren neben Gropius u. a. die Architekten Peter Behrens, Hermann Muthesius, Bruno Paul und Hans Poelzig, später auch Marcel Breuer und Laszlo Moholy-Nagy (vgl. Buddensieg 1987, S. 13ff.).

(Wilhelm Büning/Otto R. Salvisberg/Bruno Ahrends) und die Siemensstadt (Hans Scharoun/Walter Gropius) bei Spandau. In die Siedlungen, die meistens etwas außerhalb im Grünen lagen, waren häufig auch gemeinschaftlich nutzbare Grün- und Sportanlagen, Wäschereien sowie Schulen, Kinderhorte, Cafés und Läden integriert. So entstanden bis 1932 über 140 000 Neubauwohnungen, mit denen sich zugleich eine neue Ästhetik etablierte (vgl. Geist/Kürvers 1984, S. 515; Lange 1987, S. 639). Man orientierte sich am Ideal eines demokratischen Kollektivs und versuchte dies auch gestalterisch umzusetzen: Nicht die Anonymität der Masse wurde angestrebt, sondern das gemeinschaftliche Miteinander, das zugleich der Individualität Raum lassen sollte. Bei der Gestaltung der Siedlungen, bei der weitestgehend auf individuelle, isolierte Hauseinheiten verzichtet wurde, waren sachlich, klar und gleichförmig konzipierte, miteinander verbundene Komplexe, sogenannte Typenbauten und Typenmöbel aus standardisierten, in großen Stückzahlen herstellbaren Bauteilen das neue Ideal. Das Ziel, vorrangig für die Arbeiter zu bauen, blieb allerdings weitestgehend unerreicht: Eine kleine Wohnung von 48 qm kostete in der Hufeisensiedlung zunächst 46 RM Monatsmiete, wurde jedoch bald teurer, da die Hypothekenzinsen anstiegen und das preisgünstige Wohnen nicht mehr finanzierbar war (vgl. Hüter 1988, S. 171). Der durchschnittliche Nettomonatslohn eines Arbeiters belief sich 1925 auf etwa 142 RM, ein einfacher kaufmännischer Angestellter verdiente im Schnitt 155 RM im Monat, weibliche Angestellte hingegen nur rund 146 RM. Alle lagen sie damit unter dem schon knapp berechneten Existenzminimum von 175 bis 180 RM[14]. So kamen vornehmlich Facharbeiter mit höherem Verdienst, Angestellte und Beamte in den Genuß der modernen Wohnungen, die in optischer Hinsicht zwar gewöhnungsbedürftig, ob ihres Komforts (mit Bad und bisweilen auch Zentralheizung) jedoch bald begehrt waren. Die nachfolgende Schilderung von der aus großbürgerlichem Milieu stammenden Hettie Shiller verdeutlicht zum einen, wie die Menschen die neue Architektur wahrnahmen und bewerteten, aber zum anderen auch, wie sehr Perspektiven und Nutzungsmöglichkeiten vom jeweiligen sozioökonomischen Lebenshintergrund abhingen:

---

14 In der Literatur sind jeweils unterschiedliche Informationen bezüglich Lohn und Existenzminimum zu finden, die Schwankungen sind allerdings nicht so beträchtlich, als daß man die oben genannten Zahlen nicht als tatsächliche Durchschnittswerte ansehen dürfte (vgl. Hartmann 1996, S. 216; Kuczynski 1982, S. 361; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1926, S. 274ff.).

> „Wer in seiner Wohnungswahl an keine bestimmte Gegend gebunden war, zog meist eine Neubauwohnung vor, die kleiner, moderner und mehr im Freien gelegen war. [...] Zunächst konnte man sich nicht an die niedrigen Decken und kleinen Räume gewöhnen, da Berliner Altbau-Räume im allgemeinen sehr geräumig waren. Leute mit grossen Möbelstücken hätten garnicht gewusst, wo sie sie hätten hinstellen sollen und blieben deshalb ihrer Altbau-Wohnung treu. Jungverheiratete hingegen, die sich grade neu einrichteten, kauften sich gleich die entsprechenden Möbel und zogen die Neubauten, die sich so leicht bewirtschaften liessen und so hübsch im Grünen lagen, durchaus vor“ (HS 210/45).

Arbeiter und Kleinbürger hatten sich bei der Einrichtung ihrer ‚guten Stube‘, dem nur bei Besuch geheizten Äquivalent des (groß)bürgerlichen Salons, stets am bürgerlichen Wohn-Ideal mit Plüsch und reichhaltiger Dekoration orientiert und ließen sich daher nicht vorbehaltlos zur praktischen, aber schnörkellosen ‚Neuen Sachlichkeit‘ erziehen: Da sie ohnehin nicht viel besaßen, wollten sie das wenige Überflüssige, was sie als schmückend ansahen, nicht einfach hinauswerfen. Das Befremden angesichts der Bestrebungen der Architekten und Künstler, den überladenen, repräsentationsorientierten wilhelminischen Stil abzulösen durch die Durchsetzung eines einfacheren, zweckmäßigen Wohnstils, war in Oberschicht und Mittelstand allerdings ebenso groß wie bei den sogenannten einfachen Leuten.

> „Damals wurden die sachlichen Möbel stapelweise gekauft und schafften eine für unseren Geschmack grässlich kalte Atmosphäre in den Räumen. Schnurgrade Linien, ganz helle, fast weisse Farben, unbequeme Stühle, oft aus Stahl, auch im Wohnzimmer, möglichst wenig Bilder und Zubehör gaben einem das Gefühl, beim Zahnarzt zu sitzen“ (HS 210/45).

Für die Anschaffung der neuen, modernen Möbel fehlte der Mehrheit ohnehin das Geld, denn mehr als Dreiviertel ihres Einkommens mußte eine Arbeiterfamilie für Nahrung, Miete, Gas und Elektrizität aufwenden (vgl. Hartmann 1996, S. 266). Die Lebenshaltungskosten waren im Gegensatz zu den Löhnen seit den Vorkriegsjahren stark angestiegen: Ein Brot kostete in Berlin 1925 beispielsweise mit etwa 38 Reichspfennigen zehn Pfennig mehr als in den Jahren 1913/14, für ein Kilogramm Butter, das 1913 2,70 RM

gekostet hatte, mußten 1925 4,41 RM bezahlt werden, und der Preis für ein Kilo Zucker war im gleichen Zeitraum von 45 auf 68 RPf gestiegen.[15] Mit einem Monatslohn von etwa 142 RM waren daher moderne Möbel kaum zu finanzieren: „Ein einfacher Klappstuhl des Bauhäuslers Marcel Breuer kostete 1930 21,20 Reichsmark“[16] (Hartmann 1996, S. 266).

Mit Entwürfen von Industrie- und Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kinos, Theatern und Geschäftshäusern waren Architekten wie Walter Gropius, Mies van der Rohe, Hans Scharoun, die Brüder Luckhardt, Hans Poelzig (Großes Schauspielhaus, Capitol, Haus des Rundfunks), die Brüder Bruno und Max Taut, Erich Mendelsohn (Einsteinturm in Potsdam, Umbau des Mosse-Verlagshauses) an der Umgestaltung der Stadt maßgeblich beteiligt. Das ‚neue Bauen‘ wurde jedoch sehr kontrovers diskutiert; die öffentlichen Debatten entzündeten sich häufig schon am neuen Typ des Flachdaches, da konservative Gemüter das ‚deutsche‘ Satteldach für das einzig Zulässige hielten. Die permanenten Anfeindungen, denen die Bauhaus-Avantgarde ausgesetzt war, manifestierten sich 1925 in der mangelnden finanziellen Unterstützung durch die konservative Regierung in Thüringen. Sie führte dazu, daß das Bauhaus 1925 von Weimar nach Dessau verlegt wurde, von wo es jedoch 1932 unter dem Druck der Nationalsozialisten nach Berlin umziehen mußte. Kurze Zeit später wurde es schließlich von Hermann Göring geschlossen (vgl. Glatzer 2000, S. 177ff.; Hüter 1988, S. 148ff.; Jacobeit 1995, S. 319ff.; Kuczynski 1982, S. 381ff.).

Städtischer Verkehr und Errungenschaften moderner Technik

1881 wurde in Berlin die erste elektrische, von Werner Siemens konzipierte Straßenbahn in Betrieb genommen, gegen 1902 folgten dann die ersten Hoch- und Untergrundbahnen (vgl. Hüter 1988, S. 259; Korff 1993, S. 74). In der Mitte der 20er Jahre verfügte die Stadt mit Bussen und den verschiedenen Bahnen über ein komplexes Verkehrsnetz, das 1927 (mit Ausnahme der zur Reichsbahn gehörenden Stadtbahn) kommunalisiert und bis in die 30er Jahre immer weiter ausgebaut wurde. 1929 wurden die kommunalen

15 Die Indexziffer für die gesamten Lebenshaltungskosten einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie (ohne Steuern und Sozialabgaben) lag 1925 bei 139,7; die Jahre 1913 und 1914 dienten mit der Ziffer 100 als Berechnungsgrundlage (vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1926, S. 259).

16 Zwar bezieht sich Hartmann hier auf das in wirtschaftlicher Hinsicht weitaus problematischere Jahr 1930, der finanzielle Spielraum der Arbeiter war jedoch auch in den relativ stabilen Jahren nicht größer.

Verkehrsmittel zum Verkehrsverbund BVG (Berliner Verkehrgemeinschaft) zusammengeschlossen, der einen einheitlichen Fahrpreis von 20 Pfennig bot und die unterschiedlichen Verkehrsmittel durch Umsteigemöglichkeiten miteinander vernetzte (vgl. Lange 1987, S. 601ff.). Da in der Großstadt tagtäglich mitunter ganz enorme Entfernungen zurückzulegen waren, wurde, wie der Berliner Journalist Walter Kiaulehn beschreibt, die optimale Ausnutzung dieser Transportmittel zur Herausforderung:

> „Wer auf die Massenverkehrsmittel angewiesen war, und das waren über 95 % aller Berliner, der konnte sich frühmorgens an einer Art von Frühsport beteiligen, das war der Verkehr. Er wurde unter Benutzung aller Verkehrsmittel betrieben, das große Einmannspiel gegen Zeit und Entfernung, gespielt von einigen hunderttausend Teilnehmern, ein Massenrausch. Um sich darin zu behaupten, mußte man ‚kombinieren' können, mußte Stadt- und Ringbahn, Hoch- und Untergrundbahn, Omnibus und Straßenbahn so ineinander übergehend benutzen, daß man am Schluß der Sieger über Zeit und Entfernung war" (Kiaulehn 1958, S. 22f.).

Automobilbesitzer waren in den 20er Jahren noch in der Minderheit – 1926 besaß nur einer von knapp hundert Berlinern ein Kraftfahrzeug (es gab etwa 49 000 Autos in der Stadt), während in Paris jeder 40. und in New York bereits jeder sechste Einwohner über ein Auto verfügte (vgl. Kiaulehn 1958, S. 21). So ist die häufig zu findende Bezeichnung des Potsdamer Platzes als ‚verkehrsreichster Platz Europas' insofern irreführend, als das Verkehrschaos an diesem Platz keineswegs charakteristisch für den gesamten Berliner Straßenverkehr war.

> „In den breiten Berliner Straßen hätten die fünfzigtausend Automobile kaum auffallen dürfen. Dennoch gab es am Potsdamer Platz immer Verkehrsstockungen. Der Grund dafür lag auf der Hand, doch war er schwer zu beseitigen: wegen der konfusen Entwicklung seines Stadtplans fehlten Berlin zwei wichtige Nordweststraßen, die man zur Entlastung der Leipziger und Potsdamer Straße gebraucht hätte. [...] Weil diese Durchbruchstraßen fehlten, war die Leipziger Straße überbelastet und immer von brodelndem Leben erfüllt, und die langsame Straßenbahn blockierte mit ihren Haltestellen den Autoverkehr. So kam es am Potsdamer Platz zu den ständigen Verkehrszusammenbrüchen. Er war ein kritischer Punkt erster Ordnung. Die Verkehrsstrategen ersannen den Kreisverkehr, man erwog, eine spinnenartige Fußgängerbrücke über den Potsdamer Platz zu schlagen und errichtete,

> um das ständige Chaos zu bändigen, schnell den ersten Verkehrsturm. Zum ersten Mal blitzten die roten, gelben und grünen Lichter auf, die ‚Schupos' bliesen auf Hörnern, wenn die Jagd losging und das Karussell sich wieder drehte.
>
> Der Verkehrsturm war sofort mächtig populär. Jeder wollte ihn sehen und den Kreisverkehr erleben, und so wurde das Gedränge noch größer. Am Potsdamer Platz entstand damals das Hochwertigkeitsgefühl der Berliner Automobilisten, über das Carl von Ossietzky in der ‚Weltbühne' notierte: ‚Der Führerschein III b ist heute schon mehr wert als der Dr. rer. pol., und beinahe schon so viel, wie früher das Leutnantspatent'" (Kiaulehn 1958, S. 21f.).

Obgleich das Chaos am Potsdamer Platz also eher einer rückständigen Verkehrsplanung zu verdanken war, gab die Turbulenz den meisten Berlinern doch Anlaß zu dem Gefühl, in einer progressiven Metropole zu leben, und andere, (wenngleich nicht von allen Einwohnern) täglich nutzbare moderne Errungenschaften wie Wasserleitungen, Abwasserkanäle und Elektrizität verstärkten diesen Eindruck. Der vollständig ‚elektrifizierte' Haushalt war allerdings noch in weiter Ferne: Vor dem ersten Weltkrieg waren nur 3,5 % der Wohnungen mit Stromleitungen für die Beleuchtung ausgestattet, Starkstromleitungen und Steckdosen gab es noch nicht. Ab 1924 jedoch versuchte man vor allem die Hausfrauen von den Vorteilen der Elektrizität zu überzeugen. „Regelrechte Werbefeldzüge fürs elektrische Kochen wurden inszeniert. Hausfrauenverbände, Elektrizitätswerke und Gerätefirmen arbeiteten Hand in Hand" (Hartmann 1996, S. 288). Mit dem Argument der Arbeitserleichterung versuchte man nun, Haushaltsgeräte an die (Mittelstands-)Frau zu bringen, für die ein Dienstmädchen infolge Kriegs- und Inflationsnot nicht mehr bezahlbar war. Man warb für Bügeleisen, Tauchsieder, Bohnermaschinen, Staubsauger, elektrische Heizöfen, Föne und Brennscheren, die jeweils über einen Zusatzstecker an das Lampenkabel angeschlossen werden konnten (vgl. Hartmann 1996, S. 286ff.). 1927 betrug der Anteil der mit Strom ausgestatteten Wohnungen in Berlin 43 % (vgl. Korff 1987, S. 658). Eine über das Notwendigste hinausgehende Nutzung der Elektrizität konnte sich wiederum nur eine Minderheit erlauben:

> „Im Grunewald und um die Havelseen herum entstand eine Fülle von modernen Häusern. Der Architekt Bruno Mendelsohn [sic!] baute sich selbst eins mit flachem Dach, wunderbar gelegen, das die Kleinigkeit einer halben Million gekostet hatte. Das Speisezimmer hatte eine Glaswand, die es vom Garten trennte. Drückte man auf einen

> Knopf, so verschwand die ganze Wand ins Souterrain und das Esszimmer war in eine offene Veranda verwandelt. Einmal auf den Knopf drücken kostete vierzig Pfennig elektrischen Strom!“ (HS 210/45).

Großstadtmentalität

Die hochentwickelte Urbanität beeinflußte das Lebensgefühl und das Verhältnis der Bewohner zur Stadt inzwischen mehr als der noch im Kaiserreich dominierende Stolz auf Berlin als Reichshauptstadt. Carl Zuckmayer bringt in seinen Erinnerungen prägnant zum Ausdruck, wie man versuchte, die konträren Erfahrungen von Elend und Anonymität einerseits, Glanz und Progressivität andererseits durch Optimismus zu integrieren: „Berlin schmeckte nach Zukunft, und dafür nahm man den Dreck und die Kälte gerne in Kauf“ (Zuckmayer 1966, S. 308).

Schnellere, aber auch routiniertere Arbeitsabläufe und die Einführung der 40-Stunden-Woche, mit der erstmals die Freizeit gesicherter Bestandteil des täglichen (Lohnarbeiter-) Lebens wurde, prägten Lebensführung und Mentalität ebenso wie die Mobilität in der Stadt und der temporeiche Rhythmus des städtischen Verkehrssystems, den Walter Kiaulehn, wenngleich ein wenig verklärend, so doch anschaulich, beschreibt:

> „Es gab damals vier Standardgeschwindigkeiten für den Mann der Masse: Fußgänger fünf, Straßenbahn vierzehn, Autobus sechzehn und Untergrundbahn fünfundzwanzig Stundenkilometer. Bedenkt man, daß die Luftlinie zwischen der Warschauer Brücke im Osten und dem Bahnhof Halensee im Westen nur zehn Kilometer mißt, dann konnte man mit diesen Geschwindigkeiten schon etwas ausrichten. Störend waren nur die Niveauunterschiede beim Übergang vom einen zum anderen Verkehrsmittel. Man mußte viele Stufen auf- und absteigen. Aber weil der Berliner durch die vier- und fünfgeschossige Bauweise seiner Häuser an diesen Briefträgersport gewöhnt ist, ging es gerade immer über die Treppen in großem Tempo, und der Fremde, der unversehens in diesen Sog des Berliner Frühsports geriet, blieb bald atemlos zurück, ließ den Anschlußzug abfahren und tröstete sich damit, daß er ja keine Telegramme auszutragen brauchte, während sich die Berliner doch alle offenbar als Depeschenboten fühlten. So ein Mann spürte natürlich niemals etwas von dem erregenden Fluidum der gemeinsamen Anspannung; eines der großen Lustgefühle des Mannes der Masse blieb ihm fremd. Wie verwirrend, wenn dieser Fremde am Nachmittag seine morgendlichen Eindrücke nachkontrol-

> lieren wollte und feststellen mußte, daß die wilde Jagd abends nicht stattfand. Der Weg nach Hause wurde nämlich in Berlin nicht gehetzt. Abends hat der Berliner immer Zeit und wenig Neigung zu ‚Tempo, Tempo'" (Kiaulehn 1958, S. 23).

Die Habitualisierung einer neuen Zeitpraxis, die schon mit Beginn der Industrialisierung eingesetzt hatte, gelangte durch die dem Taylorismus/Fordismus geschuldete Rationalisierung immer mehr zur Verfeinerung und bestimmte die tägliche Lebensgestaltung.

Mit der Mentalität der Großstädter haben sich zwei Berliner bereits zu Beginn des Jahrhunderts befaßt: der Arzt, Psychologe und DDP- Politiker Willy Hellpach sowie der Soziologe und Philosoph Georg Simmel. Letzterer machte in seinem 1903 verfaßten Essay *Die Großstädte und das Geistesleben* den für Großstädte charakteristischen „raschen und ununterbrochenen Wechsel äußerer und innerer Eindrücke" verantwortlich für eine „Steigerung des Nervenlebens" (Simmel 1957, S. 228), die dann kompensiert werden müsse durch emotionale Gleichgültigkeit, Rationalität und „Reserviertheit" (ebd., S. 233). Zugleich erlebe der Mensch in der Großstadt „eine so überwältigende Fülle kristallisierten, unpersönlich gewordenen Geistes, daß die Persönlichkeit sich sozusagen dagegen nicht halten kann" (ebd., S. 241). Das Erleben dieser Anonymität und der Vielfalt von Anregungen ringsum führe wiederum zu übersteigerten Ausdrucksformen, die der Wahrung der Individualität dienen: „damit dieses Persönlichste sich rette, [muß] es ein Äußerstes an Eigenart und Besonderheit aufbieten [...]; es muß dieses übertreiben, um nur überhaupt noch hörbar, auch für sich selbst, zu werden" (ebd.).

Ähnlich wie Simmel hatte Willy Hellpach in den 30er Jahren bei den Berlinern ein besonderes Wechselspiel von „sensueller Vigilanz" und „emotionaler Indifferenz" (Hellpach 1952, S. 74) beobachtet, konträre Verhaltensweisen, die sich beide durch das Leben in der Großstadt herausbilden und einander ergänzen: Die Überwachheit der Sinne, schnelles oberflächliches Erfassen sei notwendig zur „Bewältigung äußerlicher Abwicklung der Mengenbewältigung in der Enge" (ebd., S. 73), während gesteigertes Tempo und Mobilitätsbereitschaft dem Entkommen aus der Menge und der Bewältigung des Alltags diene, so aber die Entstehung und Vertiefung von Bindungen verhindere. Daher „ist es die ‚Kaltschnäuzigkeit' des Großstadtmenschen, die sich als sozialpsychologisches Resultat seiner Lebensform herausbildet" (ebd., S. 74; H. i. O.).

Die massenpsychologischen Betrachtungen Hellpachs und Simmels entsprachen zwar in ihren Typisierungen weitgehend der durch den amerikanischen Behaviorismus vertretenen Reduktion des Menschen auf ein passives Reiz-Reaktions-System ohne individuelle Seelenregungen und subjektive Handlungsstrategien, zugleich aber erschien die Großstadt in diesen Abhandlungen nicht mehr nur als verdammungswürdiger Moloch, sondern auch als Ort der gesellschaftlichen „Differenzierung, Verfeinerung, Bereicherung“ (Simmel 1957, S. 239).

Arbeit und Freizeit

Taylorismus/Fordismus

Ab 1923/24 wurde Amerika mehr und mehr zum großen Vorbild. Sicherlich hing dies zunächst auch mit dem Erfolg des Dawes-Plans und dem darauffolgenden Anstieg ausländischer Kapitalinvestitionen, dem Aufgehen der ‚Dollarsonne‘ zusammen (vgl. Lange 1987, S. 467ff.), doch die Weltmacht USA symbolisierte nicht nur Wohlstand, sondern stand auch für „eine wohlfunktionierende Demokratie mit voll ausgebildeter Massenkultur [...], die im Gegensatz zu Frankreich oder England alle veralteten Ideologiekonzepte der High Society einfach über Bord geworfen“ hatte (Hermand/Trommler 1978, S. 50). Im Hinblick auf die Wirtschaft wird diese Entwicklung vor allem ersichtlich an der Orientierung am sogenannten Taylorismus und dem darauf aufbauenden Fordismus. Das Prinzip des Taylorismus beruht auf der von Frederic Taylor zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelten Methode der Zergliederung komplexer Produktionsvorgänge in zahlreiche, kurze und einfache Einzelhandgriffe, jeweils auszuführen von unterschiedlichen Arbeitern, die nach Schnelligkeit bzw. der Fertigung möglichst hoher Stückzahlen entlohnt wurden, da sich durch Akkordarbeit die Produktion enorm steigern ließ[17]. Der Detroiter Autohersteller Henry Ford griff dieses Prinzip auf und ergänzte es 1913 noch durch die Einführung der Fließbandarbeit, die sowohl Arbeitskräfte sparte als auch die vorhandenen Arbeiter durch den mechanisierten, vorgegebenen Produktionsablauf nach der Stoppuhr fest an den Arbeitsplatz band. Dieses Prinzip des Fortschritts durch Technik und Rationalisierung, das infolge der hohen Produktionsgewinne für bessere Löhne

17 Die Arbeitsleistung pro Stunde und Arbeiter lag in Deutschland 1923 noch unter dem Niveau von 1913/14, stieg 1924 an und steigerte sich bis 1929 noch um etwa 40 % (vgl. Kuczynski 1982, S. 37).

sorgte, zugleich aber auch die Senkung von Arbeitslosigkeit bzw. Kurzarbeit verhinderte, wurde von vielen idealisiert und als die probate Lösung aller Probleme angesehen. Es setzte sich schließlich im gesamten Wirtschafts- und Handelsbereich durch und nahm so in erheblichem Maße Einfluß auf das tägliche Leben. Henry Fords 1923 erschienene Autobiographie *Mein Leben und Werk* wurde in Deutschland mit 200 000 verkauften Exemplaren gleichsam zu einem Bestseller (vgl. Hermand/Trommler 1978, S. 52) [18].

Zunächst brachte der Arbeitsalltag für die Beschäftigten aufgrund geringerer Qualifikationsanforderungen mehr Monotonie, in der gleichwohl Schnelligkeit und ständige Aufmerksamkeit gefordert waren, so daß eine Anspannung entstand, die ausgeglichen werden wollte. Mit der Einführung eines geregelten, rhythmischen Wechsels zwischen Arbeitszeit und Freizeit wurde dieser Ausgleich eher möglich – zumindest für die Männer, denen im Gegensatz zu den berufstätigen Frauen nicht auch noch die Haushaltsführung oblag. Das Leben wurde also einerseits stärker durch einen künstlichen, temporeicheren Arbeitsrhythmus bestimmt, es entstand aber auch mehr Freiraum, der gefüllt werden wollte. Den – ebenso segensreichen wie nachteiligen – Einzug der geradezu glorifizierten modernen Technik in Büro und Privatleben nahm am 18.09.1928 die Reporterin Gabriele Tergit anläßlich einer Büroausstellung in einer Glosse unter dem Titel ‚Heilige Ordnung, segensreiche...‘ für das *Berliner Tageblatt* aufs Korn.

> „Die Unternehmer, überhaupt Gewerbe und Handel, haben in der letzten Woche in dichten Scharen die Büroausstellung besucht. Es war die Ausstellung unserer Zeit.
>
> Gedächtnis wird überflüssig. ‚Normung, Ordnung, Sparnis‘ ist die Devise der Ausstellung. ‚Sparnis‘. Am treffenden Beispiel wird Sinn der Ausstellung klar: Weg mit dem Er-. Weg mit den überflüssigen Vor- und Nachsilben.
>
> Alles, was dem Menschen nötig, auf Karten mit bunten Reitern gebracht. Kein Suchen mehr, keine Wege, kein Nachdenken. Nichts mehr für moderne Menschen nötig, als alle Nervenkraft zur geistesgegenwärtigen Rede im Kampf mit dem Nebenmenschen aufsparen. Alles andere besorgt Kartei und Vertikalordner. Lärm und Störung werden ferngehalten. Ein Druck auf den Knopf, und über der Tür er-

18 Anknüpfend an diese Verklärung des Fortschritts entwarf Aldous Huxley 1931 seine satirische Utopie der beängstigend *Schönen Neuen Welt* im Jahre „632 n. F. [nach Ford]“ (Huxley 1999, S. 21).

> scheint rotes Licht. ‚Nicht stören‘, warnt eine Scheibe. Wieder ein Druck und grünes Licht erscheint: ‚Bitte eintreten‘. Auch dem modernen Brüllaffen, dem Telephon, kann man mit Druck auf den Knopf Schnauze stopfen. Kann es mit Scherenzug, bedarf man der Außenwelt, wieder zu sich heranholen, sitzend auf dem gefederten Sitz mit beweglicher Rückenlehne. Ebenso frisch wie am Morgen verläßt man nach Tagesarbeit auf dem Gesundheitsstuhl am Abend die Werkstatt. Besonders wenn die Schreibmaschine lärmlos ist.
>
> Auf diese Weise kann nicht nur Gewerbe und Handel, sondern auch eine gut geführte Schriftstellerei das Doppelte leisten. Ein Griff in die Kartei, und jedes Blatt aus den ältesten Jahrgängen ist schnell zu finden und etwas verändert dem Verlegermeister als neuer Schlager zu offerieren. Kein langes Suchen mehr nach Gedanken, schnelle Nutzbarmachung früher geleisteter grundlegender Vorarbeiten, ‚Sparnis‘ an Raum, Zeit und Geld.
>
> Endgültig vorüber ist zwar Biedermeiers Lebensstille. Endgültig vorüber ist der über die Postille gebeugte Greis, der Schwatz am Zaun: Aber glücklich und ruhevoll kann das Leben der Menschen wieder werden, wenn überall bis in die Familie der Druckknopf ‚Nicht stören‘ und ‚Bitte eintreten‘ eindringt. Wenn das Telephonfräulein zu Tante Lotte sagt oder zu dem Vetter Paul: ‚Verbindung unmöglich, rote Scheibe‘. Wenn der Lebensregler mit zwölf Rubriken: 1. Lesen. 2. Bearbeiten, 3. Diktieren, 4. Telephon, 5. Besuchen, 6. Erinnern, 7. Termine, 8. Besprechen, 9. Eilig!, 10. Antwort abwarten, 11. Gelegentlich, 12. Reise – in unser Dasein die wahre Normung eingeführt hat“.

Weiter fand das Prinzip der Rationalisierung unter anderem in der pragmatischen Stadtplanung und Architektur der 20er Jahre seine Entsprechung und wirkte so wiederum bis in die Alltagskultur hinein. Die sich immer deutlicher vollziehende Trennung von Arbeit und Freizeit spiegelte sich wider in der sukzessiven Entflechtung von Industrie- und Wohngebieten. Die Vereinheitlichung industrieller Fertigungsprozesse, die serienmäßige Produktion von Möbeln und anderen Gebrauchsgütern sollte nach der Vorstellung damaliger Architekten und Designer auch zur Annäherung an das Ziel gesellschaftlicher Gleichheit verhelfen. Das Ideal vieler war die radikaldemokratische Massenkultur, in der alle Lebensbereiche für alle Menschen zugänglich gemacht werden sollten. Ein prominentes Beispiel für das Hineintragen des Taylorschen Rationalisierungsprinzips in das private Alltagsleben ist auf dem Gebiet der Innenarchitektur das von Margarete Schütte-Lihotzky um

1926 entworfene Modell der *Frankfurter Küche*, das die Mitropa-Küche der Reichsbahn zum Vorbild hatte. Auf engstem Raum (2,90 m x 1,90 m), dessen Konzeption jedoch genauestens durchdacht war, konnten in dieser Bahnküche Hunderte von Mahlzeiten zubereitet werden. Entsprechend funktional sollten auch die Küchen mit den neuen Einbaumöbeln gestaltet werden, sie wurden ganz auf das Wirtschaften der Hausfrau zugeschnitten, denn jeder Handgriff der Hausfrau sollte ‚sitzen', jeder unnötige Schritt war zu vermeiden. Die Spüle befand sich neben dem Geschirrschrank, der Schubladen für Besteck und Utensilien enthielt, neben der Herdplatte gab es eine zusätzliche Abstellfläche, darüber das Gewürzregal. Am Arbeitstisch befand sich ein Abfalleinwurf, und darüber war eine Lampe angebracht, die man beliebig verschieben konnte, um stets unter optimalen Lichtverhältnissen arbeiten zu können. Außerdem waren zusätzliche ausziehbare Abstellflächen sowie ein an der Wand befestigtes ausklappbares Bügelbrett vorgesehen. Selbst die Farbgestaltung folgte zum Teil rationellen Gesichtspunkten: Zur Fliegenabwehr wurden die Türen der Holzschränke ultramarinblau gestrichen, da man wußte, daß die Tiere sich von dieser Farbe fernhalten. Der Prototyp dieser Küche war klein (1,87 m x 3,44 m) und verwandelte den Raum, der bislang oft zentraler Ort des Familiengeschehens gewesen war, in einen reinen Funktionsraum, der die Hausfrau isolierte. Bis 1931 wurden nach diesem Entwurf etwa 10 000 Küchen gefertigt, die in Ausstattung, Größe und Preis (zwischen 520 und 240 RM) variierten (vgl. Hartmann 1996, S. 275ff.).

Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise

Arbeit bzw. Arbeitslosigkeit war bekanntlich während der krisengeschüttelten Weimarer Zeit eines der zentralen Themen, das in den industriell geprägten Großstädten von weitaus größerer Dringlichkeit war als auf dem Land oder in den Kleinstädten. Die Arbeitslosenquote, die sich vor dem Krieg stets zwischen 1,2 % und 7,2 % bewegt hatte und im Oktober 1923 auf 30 % angestiegen war, sank zwar im folgenden Jahr auf 11,4 %, sie blieb aber auch in den nächsten Jahren etwa auf diesem Niveau, denn die Produktivität des Industriebereichs, in dem übrigens gewaltige Monopolisierungsmaßnahmen[19] durchgeführt wurden, erhöhte sich vor allem durch Rationalisierungen, die wiederum neue Arbeitslose zur Folge hatten (vgl. Hermand/

19 1927 waren bereits 65 % des deutschen Aktienkapitals in der Hand einiger weniger Großkonzerne und Kartelle der Montanindustrie, der metallverarbeitenden und der chemischen Industrie (z. B. Vereinigte Stahlwerke, IG Farben; vgl. Hermand/Trommler 1978, S. 28).

Trommler 1978, S. 26ff.; Kuczynski 1982, S. 90ff.). Ein großer Teil der Bevölkerung konnte also am unbeschwerten, kapriziösen Leben, am Ausprobieren neuer Freiheiten nur sehr eingeschränkt partizipieren, und von 1929 bis 1930 stieg die Arbeitslosenquote bereits wieder von 14,6 % auf 22,7 %. Die permanente Präsenz von Not und Verzweiflung in der Weimarer Republik ist auch abzulesen an der Zahl derer, die durch Selbstmord starben – in den Jahren 1918 bis 1933 stieg diese Zahl kontinuierlich an: Betrug die Zahl derer, die Suizid begingen, 1918 10 247, so war sie 1919 bereits auf 11 501 und 1920 auf 13 143 gestiegen. Das waren, im Vergleich zur Entwicklung vorangegangener Jahre, in denen die Zahlen höchstens um einige hundert Menschen anstiegen oder aber sanken, ungewöhnlich große Sprünge. Eine Verringerung dieser Zahl kam jedoch nach 1918 nicht mehr vor, bis 1932 stieg sie auf 18.936 (vgl. Bevölkerung und Wirtschaft 1972, S.120ff.).

Gegen Ende der 20er Jahre wurden mehrere Filme gedreht, die die Alltagsprobleme der Berliner Arbeiter wie auch den Selbstmord thematisierten: 1931 der Film *Kuhle Wampe oder Wem gehört die Welt?* von Bertolt Brecht und Ernst Ottwald, der das Leben einer arbeits- und wohnungslos gewordenen Familie in der Arbeitslosen-Zeltsiedlung Kuhle Wampe am Großen Müggelsee zeigt und die im Freitod endende Resignation des Sohnes der kämpferischen Haltung anderer Arbeiter gegenüberstellt. Dieser Film wurde zunächst wegen seines angeblichen Aufrufs zur Gewalt verboten und schließlich nur in abgeänderter Form und unter Jugendverbot freigegeben (vgl. Lange 1987, S. 995f.). Wie auch *Kuhle Wampe* hatte schon 1929 der unter Protektorat von Käthe Kollwitz, Hans Baluschek und Otto Nagel entstandene Stummfilm *Mutter Krausens Fahrt ins Glück* (nach Erzählungen von Heinrich Zille, Regie Piel Jutzi) den Blick auf die Lebensbedingungen der Arbeiter in der Krisenzeit gerichtet. Mutter Krause, die mit Sohn und Tochter in einer überfüllten Mietskasernenwohnung lebt, verzweifelt angesichts der Schulden, die entstehen, da der Sohn das wenige Geld, das sie verdient, vertrinkt und zum Kriminellen wird. Sie sieht im Aufdrehen des Gashahns ihre einzige Möglichkeit zur ‚Fahrt ins Glück', während ihre Tochter politisch aktiv wird und sich für den Kampf um bessere Wohnverhältnisse einsetzt. Dieser Film, der – ebenfalls als nicht jugendfrei, aber als künstlerisch wertvoll deklariert – international sehr erfolgreich war, fiel unter den Nationalsozialisten sofort der Zensur zum Opfer (vgl. Korte 1998, S. 242ff.).

Die innere soziale Struktur der Gruppe der Arbeitslosen veränderte sich zum Ende der 20er Jahre hin, längst waren nicht mehr nur Arbeiter von Erwerbs-

losigkeit bedroht, sondern auch Angestellte und Höherqualifizierte. In seinem 1932 erschienen Roman *Kleiner Mann – was nun?* erzählt Hans Fallada die Geschichte des Warenhausverkäufers Johannes Pinneberg, der mit seiner Frau Lämmchen von einem ruhigen glücklichen Familienleben nach bürgerlichen Maßstäben träumt und dem die Abgrenzung zum Arbeiterdasein äußerst wichtig erscheint. Doch der Traum vom bürgerlichen Leben wird durch die Wirtschaftskrise zerstört: Pinneberg verliert seine Arbeit und sieht sich von einem Tag zum anderen bedroht vom Ausstoß aus der Gesellschaft. Die Familie verliert die Wohnung und muß in eine Gartenlaube ziehen. Dort bleiben die sich längst als hohl erwiesenen bürgerlichen Moralvorstellungen von Rechtschaffenheit und gutem Benehmen für Pinneberg und seine Frau schließlich die letzten Überbleibsel des bürgerlichen Lebenstraums, an denen es nun zur Bewahrung der eigenen Würde um so energischer festzuhalten gilt.

Ein ebenso detailliertes Portrait der gesellschaftlichen Zustände gegen Ende der Weimarer Republik, wie es Fallada in seinem realitätsnahen (und darum auch äußerst erfolgreichen) Roman vom Kleinbürger Pinneberg gezeichnet hatte, veröffentlichte der Soziologe und Publizist Siegfried Kracauer 1930 mit seiner bereits zitierten Studie *Die Angestellten*, in der er eine „Proletarisierung der Angestellten" konstatierte, da diese im Zuge der wirtschaftlichen Rationalisierung einer Existenzangst ausgesetzt worden seien, wie sie früher nur die Arbeiter erfahren hätten (vgl. Kracauer 1930/1959, S. 6). Auch im Hinblick auf die Gehälter unterschieden sie sich kaum noch von den Arbeitern, doch wie Falladas Romanheld träumten die Angehörigen dieser Schicht „zwischen dem Proletariat und dem Bürgertum" von einer bürgerlich angepaßten, mittelständischen Existenz, ohne der Tatsache gewahr zu werden, daß selbst das Leben der bürgerlichen Beamtenschicht bereits seit der Nachkriegs- und Inflationszeit teilweise ganz erheblichen materiellen Verschlechterungen unterlegen war, so daß ihr die Aufrechterhaltung des alten Lebensstandards gar nicht mehr möglich war (vgl. Kracauer 1959, S. 61f. u. S. 75ff.)[20]. Infolge der Inflationsnot oder aber später im Laufe der Wirtschaftskrise mußten schließlich auch ehemals gutsituierte Bürger ihre Häuser

20 Die spießbürgerlichen Ideale der Angestellten und die gleichzeitige Nivellierung der Grenzen zwischen ihnen und der Arbeiterschicht kommen auch in der Bezeichnung des ‚Stehkragen-Proletariers' zum Ausdruck, mit der Kleinbürger in der Umgangssprache häufig bedacht wurden.

im Berliner Westen verlassen, da die Miete bzw. die Unterhaltung des eigenen Hauses nicht mehr zu finanzieren waren.

Siegfried Kracauer schrieb dazu am 03.10.1931 unter der Überschrift ‚Möbel auf Reisen' für das Abendblatt der *Frankfurter Zeitung*:

> „Am heutigen Tag hat in Berlin eine wahre Völkerwanderung der Möbel eingesetzt, es ist, als führen sie ins Weekend hinaus. Vor allem in den Großwohnungen des Westens und in den Grunewaldvillen hat sie die Unruhe gepackt. Dort standen sie jahrelang so sicher, als seien sie mit den Zimmerfluchten und Dielen verwachsen und rührten sich nicht. Jetzt aber sind sie, durch die Krise aufgescheucht, zu richtigen Wandermöbeln geworden, in denen allerdings nicht der Frühling juckt, sondern der Herbst. [...]
>
> Leerer Schmuck einer endgültig abgelaufenen Zeit: hier, an der Schwelle seines neuen Bestimmungsortes wird er ohne Erbarmen entzaubert.
>
> Ob die Stuhlbeine, die Platten, die Füllungen und Säulchen je wieder zu richtigen Möbeln gedeihen? Sie ziehen in Zimmer ein, die kleiner sind als die preisgegebenen, und gleich über ihnen beginnt schon die Decke. Ich fürchte, daß sie fortan mit den Quadratzentimetern genau so rechnen müssen wie ihre Besitzer mit den Pfennigen, und die Zeit des Glanzes unwiderruflich für sie dahin ist" (Kracauer 1996, S. 60f.).

Die neue Freizeit- und Massenkultur in der ‚Stadt der Angestellten'

Der Anstieg der Angestelltenzahlen in der Stadt stand, wie bereits zu Beginn angemerkt, in enger Verbindung mit der Entwicklung des kulturellen Lebens im Berlin der Mitte der 20er Jahre, in der sich deutliche Tendenzen zur Homogenisierung des Geschmacks und zur Herausbildung eines schichtübergreifenden Konsum- bzw. Freizeitverhaltens abzeichneten.[21] Literatur und Theater traten, insgesamt betrachtet, zurück hinter den Elementen der Unterhaltungskultur, dem Kino, den Illustrierten und Zeitungen, den Revuen, Kabaretts und dem Sport. Die vielen Angestellten der Stadt suchten in ihrer Freizeit hauptsächlich nach Zerstreuung, nach einem Gegenpol zur überwiegend monotonen Arbeitswelt. Am freien Wochenende – ein ganz neues Phä-

21 Kracauer spricht 1930 von einer Verfünffachung der Vorkriegszahl auf 3,5 Millionen in ganz Deutschland, 1,2 Millionen davon waren Frauen. Vor allem im Industriebereich gab es nun weit mehr Angestellte, während die Zahl der Arbeiter nicht einmal doppelt so hoch war wie vor dem Krieg (vgl. Kracauer 1959, S.4f.).

nomen – fuhr man Rad, wanderte, unternahm Ausflüge ins Grüne, zum Wochenendhäuschen oder an die Berliner Seen, wo große Strandbäder entstanden und das gemischtgeschlechtliche Baden erlaubt wurde. Besonders der Sport wurde nun, aktiv betrieben oder passiv erlebt, für viele zum Ausgleichs- und Kontrastprogramm gegenüber der täglichen Arbeitsmonotonie. Die großen öffentlichen Sportveranstaltungen, zu deren beliebtesten Fußball, Boxkämpfe, Sechstagerennen und Eishockey im neuen Sportpalast zählten, waren etwas ganz Neues (vgl. Kiaulehn 1958, S. 544ff.). Der Sport wie auch die aufkommende Begeisterung für amerikanische Tänze und Jazzmusik sowie die neue Mode, die (vor allem den Frauen-) Körper nicht mehr mit Rüschen bis zum Hals verhüllte und einzwängte, waren zugleich Ausdruck der Befreiung von den überaus rigiden Sittenvorstellungen und der Doppelmoral der Kaiserzeit, in der alles Körperliche schon mit gefürchteter Sexualität aufgeladen war und daher im Korsett versteckt und im Zaum gehalten werden mußte, so daß selbst der Sport noch sehr ‚angezogen' ausgeübt wurde und etwas Privates blieb.[22] Um so heftiger experimentierten die Jungen zum Entsetzen der Älteren nun auch im Hinblick auf das weniger verborgen stattfindende Liebes- und Sexualleben, doch das Streben nach Befreiung von der Prägung durch die wilhelminisch-prüde Erziehung ging nicht nur mit äußeren, sondern auch mit inneren Konflikten einher, da der Wille zur Freiheit vorerst häufig größer war als die Fähigkeit, diese auch tatsächlich auszuhalten.

Noch in anderer Hinsicht begann man, dem Körper mehr Beachtung zu schenken: Man legte auch zur Gesundheitserhaltung mehr Wert auf den Sport. Gesundheit, Schönheit und jugendliche Fitneß begannen insbesondere für die Angestellten bereits in dieser Zeit wichtiger zu werden, um sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten zu können. „Aus Angst, als Altware aus dem Gebrauch zurückgezogen zu werden, färben sich Damen *und* Herren die Haare, und Vierziger treiben Sport, um sich schlank zu erhalten" (Kracauer 1959, S. 18, H. i. O.). Äußerlichkeiten erhielten also ein neues Gewicht, dem die konsumorientierten Angestellten – halb notgedrungen, halb freiwillig –

22 Der freiere Umgang mit dem Körper zeigte sich in der Kulturszene auch in den Revuen und in den Tanzprogrammen der wüsten Anita Berber, die Bilder von Krieg, Tod und Wahnsinn in Tanz umsetzte, während Josephine Baker den Charleston populär machte und die Kabarettistin Valeska Gert ihre pantomimischen Tanzimprovisationen vor allem als politisch verstanden wissen wollte (vgl. Hartmann 1996, S. 211; Scheub, S. 70ff.). Die weitere Entwicklung des modernen Ausdruckstanzes wurde vor allem auch durch die von Gret Palucca und Mary Wigman gegründeten Schulen befördert.

unterlagen, da sie „nicht Gehalt, sondern Glanz“ suchten (Kracauer 1959, S. 85), ohne zu bemerken, daß ihnen der Glanz der Vergnügungen und der Revuen, die Schlager und Kinofilme von aufsteigenden ‚Privatsekretärinnen‘ und Kassenfräuleins[23] die tatsächliche Erfüllung nur kurzfristig vortäuschen konnten – sie blieben doch stets die kleinen, austauschbaren Angestellten (vgl. Kracauer 1959, S. 85ff.).

Obwohl Unterhaltung und Vergnügen also die (vor allem gegen Ende der 20er Jahre) durchaus prekäre Lage der Angestellten vielfach eher verschleierten, als daß sie Ausdruck echter ‚Freiheit‘ waren, erlebten die Menschen z. B. das Ausgehen und die öffentlichen Zusammenkünfte in Bars und Cafés auch als Möglichkeit, in anderer Form als bisher Kontakte zu knüpfen und zu pflegen. Und wenngleich die verschiedenen sozialen Gruppen weitgehend unter sich blieben, gab es doch infolge des öffentlicheren Lebens größere Berührungspunkte und Transparenz zwischen unterschiedlichen Milieus, wie sich Hettie Shiller erinnert.

> „Abends kam das Ausgehen mehr und mehr auf. Die Bekannten und Freunde riefen uns an, ob wir was vorhätten, ob wir ein nettes Stündchen im Café ‚So Und So‘ verplaudern wollten. Grosse und fashionable Cafes wurden in diesen Jahren zu Dutzenden neu eröffnet; die meisten davon am Kurfürstendamm, neben den neuen grossen Kinopalästen – und sie waren abends nach neun Uhr immer voll besetzt. Für wenig Geld konnte man bei einer Tasse Café in schönen gepflegten Räumen bei guter Musik nicht nur seine Freunde treffen, mit denen man eine Verabredung hatte, sondern man sah meistens auch noch eine Fülle von Bekannten, die auch ‚Stammgäste‘ dieses Cafés waren. Manche Cafés hatten Schachtische, wo sich allabendlich dieselben Partner zum Spiel trafen. Stammgast im Romanischen Café zu sein, hatte einen besonderen kleinen Beigeschmack: da verkehrten hauptsächlich Literaten oder solche, die es werden wollten oder sich einredeten, es bereits zu sein. Wir Frauen trafen uns auch nachmittags meist im Café zu einem Plauderstündchen; wir machten da auch unsere beruflichen Anknüpfungen bei einer Cigarette und ich habe bei dieser leichthändigen Art des Einander-Näher-Kommens mehr Chancen gefunden als in der kalten Atmosphäre des Büros.

---

23 *Die Privatsekretärin* hieß ein sehr erfolgreicher Film von 1929 (Regie: Wilhelm Thiele), in dem einer ehemals arbeitslosen Stenotypistin privates Glück und sozialer Aufstieg durch die Heirat mit ihrem Direktor zuteil wurden. Nach diesem sozialromantischen Muster entstanden zahlreiche andere Unterhaltungsfilme mit ähnlicher Thematik (vgl. Korte 1998, S. 322ff.).

> Das Berliner Arbeitscentrum mit seinen grossen Bürohäusern war in der Innenstadt, und jeder Strassenbezirk hatte seine ganz besondere Atmosphäre und seinen Ruf. Wenn man um die Mittagszeit in eins der Lokale am Dönhoffplatz ging, so traf man fast ausschließlich Konfektionäre und ihre Mannequins, die dort Mittag assen. Selbst ein besonderer Jargon hatte sich in diesem Kreise heraus gebildet. Jägerstrasse und Werderscher Markt sah die meisten Bankleute als Stammgäste. Die Friedrichstrasse hatte die Filmleute und die Kochstrasse, wo Mosse, Ullstein und Scherl waren, vereinte Journalisten“ (HS 210/42).

Die Häuser Mosse, Ullstein und Scherl gehörten zu den wichtigsten der rund 1000 Berliner Verlagshäuser, in denen über 100 Tages- und Regionalzeitungen und über 2000 Zeitschriften produziert wurden. Vom Verlagshaus Rudolf Mosse wurde unter Chefredakteur Theodor Wolff das linksliberale *Berliner Tageblatt* herausgegeben, von Ullstein neben zahlreichen Zeitschriften und Büchern unter anderem die *Berliner Morgenpost*, die *Vossische Zeitung* und die *B.Z. am Mittag,* während der von Hugenberg aufgekaufte Verlag des reaktionären Scherl unter anderem den sehr konservativen *Berliner Lokal-Anzeiger* herausgab. Zeitungen und Zeitschriften waren die wichtigsten Massenmedien, die in immer größerer Zahl erschienen, sich nahezu allen erdenklichen Themengebieten und Interessengruppen widmeten und so die Massenkultur mittrugen. Kinder- und Sporthefte, Feinschmecker- und Anglermagazine, Architektur- und Literaturzeitschriften wurden ebenso herausgegeben wie Frauen- und Modezeitschriften sowie Schnittmusterbögen von Ullstein, die dem neu entwickelten Körper- und Modebewußtsein und dem schichtübergreifenden Trend zur selbstgenähten Mode entgegenkamen (vgl. Hartmann 1996, S. 217; Lange 1987, S. 718ff.; Schrader/Schebera 1987, S. 6).

Als neues Massenmedium kam der Rundfunk hinzu: Am 29.10.1923 wurde die erste offizielle Sendung aus dem Berliner Vox-Haus ausgestrahlt. Zunächst wurde vorwiegend Musik gesendet, bald jedoch entwickelte sich ein reichhaltiges Programm aus Nachrichten, Musik, Vorträgen, Hörspielen und Sportübertragungen. Das Radio war teuer – 1924 kostete ein Rundfunkempfänger 400 RM, hinzu kamen Kosten von 60, später 24 RM für das sogenannte Jahreabonnement, die Rundfunkgebühr. Dennoch stieg die Zahl derer, die das neue Medium nutzten, schnell und kontinuierlich von 200 im Oktober 1923 auf über 500.000 registrierte Hörer im März 1926 (vgl. Glatzer 2000, S. 361ff.).

Was in den oben zitierten Erinnerungen Hettie Shillers an das veränderte Freizeitleben in Berlin auch kenntlich wird, sind die Wandlungen, die sich nach dem Krieg im Leben vieler Frauen zu vollziehen begannen. Diejenigen, die während des Krieges zunächst notgedrungen berufstätig geworden waren, weil die Positionen der abwesenden Männer ausgefüllt werden mußten, blieben es oft auch nach dem Krieg, da sie die neu erfahrene (zumindest partielle) Selbständigkeit und Unabhängigkeit nicht mehr missen mochten. Dies stellte – zusammen mit dem 1918 eingeführten Frauenwahlrecht und der Hochschulzugangsberechtigung – einen entscheidenden Schritt zur Gleichberechtigung der Frau dar. Darüber hinaus führte die Zunahme der vor allem im Angestelltensektor erwerbstätigen Frauen auch zu einer stärkeren Präsenz und einem veränderten Bild von Frauen in der großstädtischen Öffentlichkeit. Sie gingen aus, sie schminkten sich, tanzten, kleideten sich im berühmt gewordenen ‚Garçonne-Stil' und rauchten. Unter den Künstlerinnen waren es besonders die politisch orientierten Kabarettistinnen und Sängerinnen, die sehr selbstbewußt den ‚neuen Frauentyp' verkörperten. Die jungen Frauen begannen eine Ausbildung oder ein Studium und wollten, wenigstens bis zur Familiengründung, unabhängig sein. Das Ideal der guten Hausfrau und Mutter blieb in den meisten Fällen allerdings das früher oder später zu erreichende Ziel. Für die weiblichen Angestellten, die durch die Arbeit an Hollerith-Maschinen, als Stenotypistinnen, Telefon- und Kassenfräuleins in der Hierarchie noch unter den männlichen Angestellten rangierten, gab es somit kaum Aufstiegschancen; sie liefen in der wirtschaftlichen Krisenzeit auch eher Gefahr, entlassen zu werden, da man bei ihnen wie selbstverständlich von einer zeitlichen Begrenzung der Berufstätigkeit auf einige Jahre ausging, der sich dann eine Versorgung durch den Ehemann oder aber bei Ledigen durch die Eltern anschließen würde (vgl. Anselm 1987, S. 254; Kracauer 1959, S. 38f.). Insgesamt waren Frauen von der verschärften Arbeitslosigkeit ab 1929 jedoch weniger stark betroffen als Männer, was allerdings in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß ihr Lohn bzw. Gehalt bis zu 35 % unter dem der Männer lag (vgl. Kuczynski 1982, S. 308). Als die billigeren Arbeitskräfte waren sie somit in der Industrie stärker vertreten und wurden bei Rationalisierungsmaßnahmen häufig nicht sofort entlassen, sondern konnten bzw. mussten Kurzarbeit leisten (vgl. Kuczynski 1982, S. 304f.). Schon angesichts der geringeren Löhne, der spezifisch ‚weiblichen' Arbeitsfelder und der doppelten Belastung erwerbstätiger Frauen durch die Hausarbeit kann von Emanzipation oder einer ‚neuen Freiheit' der Frauen nur bedingt und auch nur im Blick auf die Großstadt ge-

sprochen werden; entscheidend ist hier jedoch eher, daß sich Veränderungen abzeichneten, die das Spektrum der Lebensgestaltungsmöglichkeiten für Frauen etwas erweiterten. Diese Veränderungen sind somit – wie die Entwicklung der vielfältigen Kulturlandschaft – als ein weiterer Ausdruck des freieren Klimas in den Weimarer Jahren zu sehen. Der ‚neue Geist' allerdings blieb ohne Einfluß auf die konservative, in weiten Teilen noch monarchistische Beamtenschaft, das Militär, die Rechtsprechung und das Bildungswesen. Dieser Umstand veranlaßte Peter Gay, von einer Kultur der ‚Außenseiter' (Gay 1970) zu sprechen, der es nicht gelingen konnte, das Fortbestehen der Demokratie zu sichern.

,

Bild 11

Sylke Bartmann

Die jüdische Gemeinde in Wien

Das folgende Kapitel beschreibt die demographische und wirtschaftliche Situation der Juden in Wien und stellt die jüdische Gemeinde und ihre Organisationen vor. Damit wird bewußt nur ein spezifischer Ausschnitt jüdischen Lebens in Wien dargestellt. Verzichtet wird auf die zahlreichen Größen des kulturellen Lebens und deren enormen Beitrag zur intellektuellen und kulturellen Geschichte Österreichs.

Demographische und wirtschaftliche Situation der Juden in Wien

Zu Beginn des Weltkrieges im Jahre 1914 wurde Galizien von Truppen des russischen Zaren besetzt, wodurch „die größte Flut jüdischer Flüchtlinge seit dem 17. Jahrhundert ausgelöst“ wurde (Pauley 1990, S. 223). Insgesamt 340 000 Flüchtlinge hatten Ende 1915 Galizien verlassen müssen, von denen 137 000 Asyl in Wien fanden. 60 %, also 77 000 von ihnen waren jüdisch (vgl. ebd.). Nach Ende des Krieges blieben 35 000 Flüchtlinge in Wien, 1921 waren es noch 26 000, und durch den Zustrom dieser galizischen Juden unterschied sich die Wiener Judengemeinde von jener vor dem Weltkrieg (vgl. Rozenblit 1989, S. 18).

Im Rahmen der Volkszählung von 1923 ordneten sich 201 513 Einwohner von Wien und somit 10,8 % der Bevölkerung der jüdischen Religion zu. In der Volkszählung von 1934 verringerte sich die Anzahl auf 176 034, also auf 9,4 % (vgl. Maderegger 1973, S. 1; Botz 1980, S. 607). Ungefähr 15 000 Juden und Jüdinnen wohnten 1923 in den anderen Bundesländern in Österreich. Somit lebten 91 % der jüdischen Bevölkerung Österreichs in Wien. Sie verteilte sich aber nicht gleichmäßig auf die 20 Bezirke der Stadt, sondern lebte größtenteils in vieren von ihnen: im Bezirk I ‚Innere Stadt‘ (24,3 % der Bevölkerung), Bezirk II ‚Leopoldstadt‘ (38,5 %), Bezirk IX ‚Alsergrund‘ (25,1 %) und Bezirk XX ‚Brigittenau‘ (19 %) (vgl. Maderegger 1973, S. 1; Pauley 1993, S. 262).

Die Verringerung der jüdischen Bevölkerung setzte sich in den folgenden Jahren weiter fort. Am 11. März 1938 war ihre Anzahl auf 169 978 gesunken (vgl. Rosenkranz 1978, S. 13). Gründe für diese Entwicklung waren ein starker Geburtenrückgang, eine erhöhte Sterblichkeitsrate, die auf die Überalterung der Gemeinde zurückgeführt werden kann, sowie Austritte aus der jüdischen Gemeinde, die nicht selten aufgrund der Eheschließung mit einem nichtjüdischen Partner oder Partnerin vollzogen wurden[1]. Zwischen 1919 und 1937 traten insgesamt 17 000 Juden und Jüdinnen aus ihrer Glaubensgemeinschaft aus, zur gleichen Zeit konvertierten 7 000 Personen (75 % von ihnen waren Frauen) zum Judentum (vgl. Pauley 1993, S. 261).

In den erwähnten Volkszählungen wurde nach der Religion und nicht, wie von antisemitischen Gruppen gefordert, nach ‚Rasse' gefragt, weshalb Antisemiten weitaus höhere Zahlen propagierten (zwischen 300 000-583 000). Darüber hinaus prangerten sie den von ihnen diagnostizierten jüdischen Einfluß auf die österreichische Gesellschaft an. Die Präsenz der Wiener Juden im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich wurde von den Juden selbst nicht bestritten, doch konzentrierte sich dieser Einfluß auf bestimmte Sektoren. Ende 1935 zahlten 47 782 Juden und Jüdinnen Kultussteuern[2]. Ungefähr 25 000 von ihnen waren Kaufleute und Gewerbetreibende, 15 000 hatten den Status Arbeiter und Angestellte, 4 500 übten einen freien Beruf aus und 750 waren im öffentlichen Dienst beschäftigt (vgl. Rosenkranz 1978, S. 15). 1936 waren 62 % der Wiener Anwälte und Zahnärzte, 47 % der Ärzte und 18 % der Bankdirektoren Juden. 94 % der Werbeagenturen und 85 % der Geschäfte im Möbeleinzelhandel waren im jüdischen Besitz. Über 70 % jüdische Beteiligung gab es in den Handelsbranchen Wein und Textil (vgl. Pauley 1990, S. 225)[3]. In der Zwischenkriegszeit in Österreich waren darüber hinaus Juden insbesondere in zwei Berufssparten besonders stark vertreten: die Schriftstellerei und das Verlagswesen (vgl. Pauley 1993, S. 269).

Die Konzentration auf bestimmte Berufszweige sowie die Bevorzugung der freien Berufe hatte konkrete Gründe. Bis zum Jahr 1848 war es für Juden nicht möglich, eigenes Land zu besitzen, weshalb beispielsweise die Bewirtschaftung eines Hofs wegfiel. Bis 1867 verfügte die jüdische Bevölkerung der Doppelmonarchie nur über eingeschränkte berufliche Möglichkeiten, die

---

1 Laut Gesetz konnte ein Paar mit verschiedenen Glaubensbekenntnissen nur heiraten, wenn eine/r der beiden die Religion des anderen oder die Konfessionslosigkeit annahm.

2 1926 waren es noch 60 000 gewesen (vgl. Gold 1966, S. 65).

3 Für eine weitere Detaillierung der Berufsgruppen siehe Maderegger 1973, S. 220.

Siedlungsfreiheit sowie die politischen und bürgerlichen Grundrechte waren beschnitten. 1867 erließ die damalige liberale Regierung ein Gesetz, in dem den Juden die gleichen politischen und religiösen Rechte wie der übrigen Bevölkerung zugesprochen wurden. In den folgenden Jahrzehnten kam es zwar zu einer Veränderung des jüdischen Berufsprofils, trotzdem gab es weiterhin von Juden bevorzugte Berufszweige. Christliche Unternehmer stellten selten Juden ein. Selbst nach 1867 war es kaum möglich, in den öffentlichen Dienst einzutreten, ohne im Vorfeld Christ zu werden. Gläubige Juden konnten zum Beispiel am Samstag nicht arbeiten, ebenso war die Beachtung der täglichen Rituale bei der Ausübung eines freien Berufes einfacher.

Die Herausbildung von Berufszweigen, in denen in größerer Anzahl Juden und Jüdinnen beschäftigt oder selbständig tätig waren, hatte sich spätestens in den ersten 14 Jahren des 20. Jahrhunderts etabliert. Viele Christen bevorzugten eine sichere Anstellung im Staatsdienst oder beim Militär, und so wurde die dominierende Rolle der Juden in einigen Berufszweigen nicht als besonders bedrohlich empfunden. Nach dem Zusammenbruch der Monarchie und der Entstehung der Republik herrschten veränderte wirtschaftliche Bedingungen. Gab es bis dahin sowohl für Juden wie auch für Nichtjuden genügend Arbeitsmöglichkeiten, so erfuhr die Situation ab 1918 eine Verschlechterung. Der neue Staat hatte sich geographisch enorm verkleinert, und der Zugang zu Märkten und Rohstoffen war erschwert. Darüber hinaus lebte in Wien eine große Anzahl von Beamten, die für den neuen Staat nicht mehr notwendig waren und die dementsprechend auf Arbeitssuche gingen. Ein stärkerer Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze und eine rasch wachsende Zahl von Arbeitslosen waren die Folge.

Obwohl, wie erwähnt, eine gesetzliche Grundlage existierte und der Friedensvertrag von St.-Germain ebenfalls die Verpflichtung enthielt, für den Schutz von religiösen und nationalen Minderheiten Sorge zu tragen, wurde jüdischen Bürger der Zugang zu bestimmten Berufszweigen verwehrt. So gab es in der Ersten Republik Österreichs keine jüdischen Schuldirektoren, Richter und höheren Offiziere. Unterrepräsentiert waren sie in der Lehrerschaft der Volks- und Mittelschule. Den 700 bzw. 850 jüdischen Beamten im Jahre 1934 standen 160 696 nichtjüdische Beamten gegenüber. Ungefähr 200 000 Christen fanden eine Anstellung bei Firmen mit jüdischen Besitzern, hingegen hatten nur wenige Juden einen christlichen Arbeitgeber (vgl. Pauley 1990, S. 226).

Statistiken über das Einkommen der jüdischen Bevölkerung aus dieser Zeit liegen nicht vor, doch es ist anzunehmen, daß viele jüdische Familien, insbesondere die aus Galizien eingewanderten, arm waren.

Der Journalist Bruno Frei führte im Auftrag des sozialen Organisationsamtes des jüdischen Nationalrates für die Jahre 1918 und 1919 eine Wohnungserhebung bei jüdischen Haushalten durch. Zu diesem Zweck besichtigte er 222 Wohnungen, die sich vornehmlich im 2. und 20. Bezirk befanden. Frei konstatierte 99 Wohnungen, die einzig aus einem Zimmer und Küche bestanden; 102 Wohnungen enthielten darüber hinaus ein Kabinett. Zwei Drittel dieser 222 Wohnungen wurden von 5-10 Personen bewohnt (vgl. John/ Lichtblau 1990, S. 208). 1934 erhielten nicht weniger als 55 000 Personen Unterstützung von jüdischen Einrichtungen der Fürsorge[4]. 65 % der Verstorbenen wurden ganz oder teilweise auf Kosten der Gemeinde bestattet (vgl. Maderegger 1973, S. 53).

Die jüdische Gemeinde und ihre Organisationen

Die Israelitische Kultusgemeinde (IKG) als die zentrale Organisation der Juden und Jüdinnen erhielt ihren gesetzlichen Status am 21. März 1890. Im § 1 ist u.a. zu lesen: „Aufgabe der Kultusgemeinde ist, innerhalb der durch die Staatsgesetze gezogenen Grenzen für die Befriedigung der religiösen Bedürfnisse zu sorgen und die durch dieses Ziel gebotenen Anstalten zu erhalten und zu fördern.‘

§ 2 lautet: ‚Jede Kultusgemeinde umfaßt ein örtlich begrenztes Gebiet; in denselben Gebieten kann nur *eine* Kultusgemeinde bestehen. Jeder Israelite gehört der Kultusgemeinde an, in deren Sprengel er seinen ordentlichen Wohnsitz hat‘“ (zit. in Pick 1982, S. 121, H. i. O.).

Die IKG behielt nach 1918 ihre Funktion als gesetzlich beauftragte Gemeinschaft weiter bei, so daß alle in Wien ansässigen Juden und Jüdinnen zur Kultusgemeinde gehörten. Die Aufgaben der IKG umfaßten alle grundlegenden religiösen und kulturellen Bereiche: Errichtung und Erhaltung von Synagogen, Anstellung der Rabbiner, Aufsicht über die religiöse Bildung der Jugend sowie über religiöse Belange wie koscheres Essen und rituelle Bäder, Erfassung der Geburts-, Todes- und Heiratsdaten, Aufsicht über den Friedhof

4 3 186 jüdische Flüchtlinge aus Deutschland erhielten von April 1934 bis April 1936 Unterstützung von der Fürsorge in Wien (vgl. Gold 1966, S. 72).

sowie die Einrichtung von verschiedenen Wohltätigkeits- und Fürsorgeinstitutionen. „Vom Standpunkt des Staates aus gesehen diente die IKG als Verwaltungseinrichtung. Vom Standpunkt der jüdischen Gemeinschaft aus diente die IKG als Hilfseinrichtung zur Befriedigung ihrer religiösen und wohltätigen Bedürfnisse“ (Weitzmann 1990, S. 182).

Wien gehörte zu den wenigen Großstädten Europas, in denen eine einzige Gemeinde die gesamte jüdische Bevölkerung einbezog. Somit gab es keine ‚Austritts‘- oder Parallelgemeinden[5]. Hingegen gab es eine Vielfalt von verschiedenen Vereinigungen. „Das soziale, wirtschaftliche und religiöse Leben der jüdischen Hauptstadtbevölkerung, die an Größe in Europa an dritter Stelle stand, äußert sich in einer Zahl von 444 Vereinigungen, die sich auf 88 Bethausvereine und 356 weltliche Vereine verteilten“ (Rosenkranz 1978, S. 13).

Die Kultusgemeinde war gesetzlich legitimiert, Steuern zu erheben. Entscheidungen wurden von einem 36-köpfigen Vorstand getroffen, der in der Regel alle drei Jahre neu gewählt wurde. Am 27. Juni 1920 fanden die ersten Neuwahlen des Vorstandes der IKG in der Republik statt. Aktives Wahlrecht galt nur für Männer, die über eine österreichische Staatsbürgerschaft verfügten und die ihre Kultussteuern in den letzten zwei Jahren bezahlt hatten. Die Wahlordnung erfuhr in den folgenden Jahren eine Novellierung. Bei der Wahl am 24. April 1924 verfügten über das aktive Wahlrecht „alle Kultussteuerträger der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, ohne Unterschied der Geschlechter“ (Pick 1982, S. 122). Die Voraussetzung der österreichischen Staatsbürgerschaft fiel weg, und der Mindeststeuersatz wurde stark herabgesetzt, so daß ärmeren Personen ebenfalls das aktive Wahlrecht zustand, wodurch sich die Zahl der zugelassenen Wähler fast verdoppelte (vgl. Weitzmann 1990, S. 219). In den folgenden Jahren konnten es sich aufgrund der wirtschaftlichen Depression immer weniger Juden und Jüdinnen leisten, Beiträge an die IKG zu zahlen. Waren es im Jahre 1927 noch 60 000 Personen gewesen, so sank die Anzahl in den nächsten sechs Jahren auf circa 48 000 (vgl. Pauley 1993, S. 264).

---

5 Die türkisch-sephardische Gemeinde wollte sich 1909 von der IKG trennen. Im gleichen Jahr kam es zur Vereinbarung eines Statuts. Sie mußte sich von der ‚Türkisch-Israelitischen Gemeinde‘ in ‚Verband der Türkischen Israeliten‘ umbenennen, erhielten aber Autonomie in bezug auf die Gemeindesteuer und die Führung ihrer Institutionen. Jegliche Veränderungen in der Gemeinde mußten der IKH gemeldet werden, ebenfalls konnten sie keinen direkten Kontakt zu Behörden aufnehmen.

Die jüdische Gemeinde Wiens stellte keine homogene Gruppe dar, und sie war in vielen Punkten uneinig. Diese Differenzen drückten sich beispielsweise in den Wahlen der Kultusgemeinde aus. Diverse Gruppen der Gemeinde organisierten sich nach dem Muster von Parteien.

Als die drei Hauptströmungen innerhalb der jüdischen Gemeinde sind die Verfechter der Assimilation, die Zionisten sowie die Orthodoxen zu nennen, wobei die Letztgenannten mit etwa 20 % der gesamten jüdischen Bewohnerschaft die kleinste Gruppe darstellten. Sie nahmen wenig Anteil an der Politik, weder an der jüdischen noch an der allgemeinen Politik in Österreich, und zogen sich 1932 ganz von der IKG zurück.

Die organisierten Assimilationsbefürworter trafen sich in der ‚Union Deutschösterreichischer Juden', einer Organisation, die sich 1931 umbenannte in die ‚Union österreichischer Juden'. Die Union wurde am 24. April 1886 (damals: Österreichische Israelitische Union) von jüdischen Politikern und Geschäftsleuten gegründet. Die Motivation der Gründer war die Integration der Juden in die österreichische bzw. deutsch-österreichische Gesellschaft. Diesem Ziel lag der Gedanke zugrunde, daß das „Judentum ein religiöses Bekenntnis sei, das in keiner Weise die volle Teilnahme an österreichischer Kultur und Gesellschaft behinderte" (Rozenblit 1989, S. 158f.). In diesem Sinn war die Union die Vertretung der Assimilationsbefürworter, eine Haltung, die sich auch in der Distanzierung vom Zionismus und zum jüdischen Nationalismus ausdrückte. Die Union war seit 1888 und somit ebenfalls zu Beginn der Republik die stärkste Fraktion in der Kultusgemeinde, eine Position, die sie bis 1932 beibehielt. Sie verfügte 1923 über 5 500 Mitglieder, 1938 waren es 3 000. In die Union traten vor allem Juden ein, die „bei weitem am wohlhabendsten und auch älter und ‚etablierter' als die meisten anderen österreichischen Juden" waren (Pauley 1993, S. 279). Liberal gesinnt, orientierte sich ihre Philosophie an den Gedanken der Aufklärung des 18. Jahrhunderts. Sie glaubten an die Vernunft des Menschen und dementsprechend „an die Überzeugungskraft guter Argumente" (ebd., S. 274). Aus dieser Auffassung heraus verstanden sie die gesellschaftlichen Veränderungen in den ersten Nachkriegsjahren und den damit verbundenen Wegfall traditioneller Wertesysteme als eine vorübergehende Erscheinung.

Die jüdische Gemeinschaft in Wien – wie auch im übrigen Europa und in den USA – war gespalten. Ein wichtiger Grund für diese Spaltung war der Aufstieg des Zionismus. Indem der Zionismus immer mehr Anhänger fand, verbreitete sich die Idee, eine eigenständige jüdische Kultur zu entwickeln.

Dieser Gedanke stand dem Anliegen der Assimilationsbefürworter und der von ihnen geforderten kulturellen wie politischen Loyalität zu Österreich diametral entgegen. Im Gegensatz zu der Union verfügten die Zionisten über keine einheitliche Organisation, da sie wiederum gespalten waren. Laut Sylvia Maderegger gab es nur eine einzige Gemeinsamkeit der Zionisten: „die Definition der jüdischen Gemeinschaft als Nation und das Ziel, jeden auswanderungswilligen Juden in Palästina anzusiedeln" (1973, S. 19). Darüber hinaus gab es innerhalb der zionistischen Gemeinschaft zum Teil fast unvereinbare Gegensätze.[6] Dementsprechend existierten in Wien mehrere zionistische Organisationen, die zugleich alle international waren. Diese politischen Organisationen umfaßten Mitte der zwanziger Jahre in Österreich ungefähr 10 000 Mitglieder, Mitte der dreißiger Jahre waren es 16 000 (vgl. Pauley 1993, S. 278). Ein Großteil der Mitglieder war in bürgerlich-konservativen zionistischen Parteien organisiert.[7] Von 1919 bis 1927 war die *Wiener Morgenzeitung* das Sprachrohr – im deutschsprachigen Europa war sie die einzige jüdische Tageszeitung. Ab 1928 erschien das Wochenblatt *Die Stimme*, ein für die Ideologie des österreichischen Zionismus entscheidendes Organ.

Daneben gab es von 1907 bis 1934 die sozialistische Partei ‚Poale Zion', die aufgrund ihrer Beziehungen zur sozialdemokratischen Partei 1934 von der österreichischen Regierung aufgelöst wurde. Ihr Organ war die Zeitung *Der jüdische Arbeiter*. Weiterhin existierten kleinere revisionistische Organisationen.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Zionisten, die selten speziell auf Österreich begrenzt waren, sollen hier nicht weiter skizziert werden, wohl aber die gegensätzlichen Positionen der Befürworter der Assimilation und der Zionisten innerhalb der Wiener Gemeinde. Denn „damals war es der Gegensatz zwischen Zionisten und Nicht-Zionisten, der das politische Leben der Gemeinde erfüllte" (Pick, 1982, S. 123). Schon vor dem Ersten Weltkrieg wollten die Wiener Zionisten eine Veränderung der Kultusgemeinde hin zu einer echten Volksgemeinde, verbunden mit dem Anliegen, das jüdische Nationalbewußtsein aller Gemeindemitglieder zu beleben. Bei den

---

6 Streitfragen waren beispielsweise die Art und Größe des neuen Staates in Palästina, welche Rolle die Religion dort einnehmen und wie der soziale Aufbau strukturiert sein sollte.

7 Damit unterschieden sich die österreichischen Zionisten von der Mehrheit der Zionistischen Weltkongresse und deren Exekutive, die eher liberal und nach links offen orientiert waren.

Wahlen im Jahre 1920 konnten sich die Zionisten zwar nicht durchsetzen, waren aber schon ein ernstzunehmender Herausforderer. Zum Präsidenten der IKG wurde der Nicht-Zionist Alois Pick gewählt, 1921 wurde der Zionist Desider Friedmann Vizepräsident. 1932 gelang es dann den Zionisten, die relative Mehrheit der Stimmen zu erreichen, Desider Friedmann erhielt die Position des IKG-Präsidenten. Die aus dem Wahlerfolg resultierende Vorstandsmehrheit der Zionisten besagte aber nicht, daß die Wiener Juden als eine zionistische Gemeinde angesehen werden konnten. Auch wenn die Wahlbeteiligung stetig stieg, nahmen viele Mitglieder ihr Wahlrecht nicht wahr.[8]

Der Machtantritt an die Nationalsozialisten 1933 in Deutschland führte in Wien zu einem stärkeren Hervortreten der unterschiedlichen Positionen zwischen den Assimilationsbefürwortern und den Zionisten, bzw. zu eindeutigeren und extremeren Formulierungen. Anhand eines Artikels vom 18. Februar 1938 aus der Zeitung *Wahrheit,* dem Organ der assimilierten Juden, lassen sich einige fundamentale Konfliktpunkte aufzeigen.

> „Zehn Gebote für Österreichs Juden, ein Appell an das christliche Österreich.
> Höre es, Jude von Österreich: Du bist Österreicher!
> Gleichzeitig der österreichischen und jüdischen Nation anzugehören – je nach Bedarf – ist unmöglich ...
> Eine jüdische Nation gibt es derzeit nicht.
> Der politische Zionismus ist der Judenfeinde liebstes Kind! Sich zum jüdischen Nationalismus bekennen, heißt, vor dem Hakenkreuz kapitulieren!
> Nur die jüdische Religion hat die Juden durch zweitausend Jahre als Juden erhalten.
> Nur die Aufnahme der deutschen Kultur hat Dich zum Europäer gemacht!
> Wer vaterlandslos ist, muß nach Palästina; wer sich vaterlandslos m a c h t , s o l l nach Palästina (In der Tat; nicht mit Worten!)
> Laß Dich nicht zurückdrängen, aber dräng Dich nicht vor!
> Du lebst im Glashaus. – Dein Leben sei ein Beispiel! Christliches Österreich! Sei ehrlich zu Deinen Juden! Du wirst Deine treuesten Bürger in ihnen haben“
>
> (zit. in Maderegger 1973, S. 7, H. i. O.).

8 1920 wurden 10 553 gültige Stimmen abgegeben, 1925: 14 863, 1928: 19 348, 1932: 26 178 (vgl. Pick 1982, S. 125).

Ein entscheidender Gegensatz zwischen Assimilierten und Zionisten begründete sich in dem Wunsch der Zionisten, auch außerhalb von Palästina eine jüdische Kultur zu schaffen und diese zu pflegen. Konkret bedeuteten diese Vorstellungen beispielsweise die Gründung von hebräischen Schulklassen, Sportvereinen, Klubs u. ä.. Damit verbunden war die Auffassung, daß die Juden als eine nationale Minderheit anzusehen seien, eine Position, die für die Assimilierten den ersten Schritt zur Verringerung ihrer Rechte als gleichberechtigte Staatsbürger bedeutete. „Die Juden als eigene Nation zu bezeichnen bestätige bloß, was die rassistischen Antisemiten immer schon sagten – daß nämlich Juden Fremde seien, die von der übrigen Gesellschaft abgesondert werden müßten“ (Pauley 1993, S. 276). Aus der Sicht der assimilierten Juden lieferten die Zionisten die Rechtfertigung für jegliche Art von Diskriminierung. Gleichzeitig hielten es die Zionisten für nutzlos, den Antisemitismus zu bekämpfen. Sie sahen ihn eher als ein Argument gegen die Philosophie der Assimilation. Festzuhalten bleibt, daß im Wien der Zwischenkriegszeit sowohl die assimilierten Juden wie auch die Zionisten ihre Unterschiede für wesentlicher hielten als ihre Gemeinsamkeiten.

Ilse Heinken

Das Schulwesen in der Weimarer Republik

Einleitung

Die meisten der in diesem Band vorgestellten Verfasser haben in der Weimarer Zeit die Schule besucht. Ihre Berichte spiegeln die Fülle der pädagogischen Ideen und deren Verwirklichung wider, die diese Zeit ermöglichte. Im folgenden wird zunächst ein Überblick über die schulpolitische Entwicklung in ihrem chronologischen Ablauf gegeben. In einem zweiten Teil soll das Schulsystem mit den unterschiedlichen Schultypen dargestellt werden.

Überblick über die schulpolitische Entwicklung

Manches, was heute im Schulwesen selbstverständlich ist, entstammt der Verfassung der Weimarer Republik (Verfassung des Deutschen Reichs) vom 11. August 1919:

Die vierjährige, für alle Kinder gemeinsame Grundschule; die erhöhte Bildungsbeteiligung von Kindern aus der unteren Mittelschicht und aus der Arbeiterschicht; Erziehungsbeihilfen bis zur Beendigung der Ausbildung.

Gemessen an den Forderungen der ersten provisorischen Regierung der neuen Republik vom 18. November 1918 – Aufbau der ‚organischen Einheitsschule' von mindestens achtjähriger Dauer, strikte Trennung von Kirche und Schule, Abschaffung von Privatschulen, Schulgeldfreiheit (vgl. Herrlitz u. a. 1993, S. 125) – stellten die in der Weimarer Verfassung verankerten schulpolitischen Forderungen jedoch nur einen Kompromiß dar – den „berühmt – berüchtigte(n) ‚Weimarer Schulkompromiß'" (Zymek 1989, S. 164). Unter dem Druck der bürgerlichen Parteien, vor allem des Zentrums, wurde hier ein Minimalkonsens verankert, der zudem durch seine Formulierungen Spielraum für unterschiedliche Auslegungen bot.

Die schulpolitischen Grundpositionen der Parteien der Weimarer Koalition waren sehr unterschiedlich (vgl. Kunz 1981, S. 129ff.).

- Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) forderte ein Einheitsschulprogramm, in dem das dreigliedrige Schulwesen durch ein einheitliches Schulsystem vom Kindergarten bis zur Universität ersetzt werden sollte, mit alleiniger staatlicher Schulaufsicht. Ferner trat die SPD für Schulgeldfreiheit und für großzügige Erziehungsbeihilfen ein.
- Das Zentrum mit einer vorwiegend katholischen Wählerschaft kämpfte um den Erhalt der Konfessionsschulen auf der Grundlage des individuellen Elternrechtes. Sie befürwortete den Religionsunterricht als ordentliches Unterrichtsfach und – wenn auch mit Einschränkungen – den Erhalt von Privatschulen.
- Die Deutsche Demokratische Partei (DDP) nahm eine Mittelstellung ein: Sie lehnte einerseits die Konfessionsschulen, andererseits aber auch das Einheitsschulkonzept ab.
- Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) und die Deutsche Volkspartei (DVP) kämpften für den Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems sowie für die Privatschulen, und sie unterstützten das Zentrum in der Forderung nach Konfessionsschulen.

Die Kirchen, die Unternehmerverbände und die ständischen Lehrerverbände (z. B. der Deutsche Philologenverband) standen auf der Seite des Zentrums und der konservativen Parteien. Die Gewerkschaften, der deutsche Lehrerverein (DLV), die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) unterstützten das Einheitsschulprogramm der SPD.

Den Entscheidungen über die Schulartikel der Reichsverfassung war ein hartes Ringen vorangegangen.„In den Koalitionsverhandlungen zur Regierungsbildung konnte die SPD das Zentrum für die Zustimmung zum Versailler Friedensvertrag nur um den Preis eines Schulkompromisses, der in der Verfassung verankert werden sollte, gewinnen“ (ebd., S. 130).

Trotz dieses Kompromisses stellte die Reichsverfassung vom 11. August 1919 einen Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Bildungswesens dar: „Zum ersten Male erhielt das Reich die Möglichkeit, im Wege der Grundsatzgesetzgebung das Schul- und Hochschulwesen zu ordnen“ (Führ 1970, S. 11).

Im Reichsministerium des Innern war 1919 die Kulturabteilung geschaffen worden. Es wurde der Reichsschulausschuss gebildet, dem es oblag, die Zusammenarbeit von Reich und Ländern zu koordinieren und somit das in der Verfassung verankerte Reformprogramm auszugestalten. Die Richtlinienkompetenz des Reichs – in Artikel 10 und 13 der Reichsverfassung verankert – wurde jedoch nur in Teilbereichen realisiert. Gründe dafür waren die zunehmende Verhärtung der schulpolitischen Positionen der verschiedenen Parteien, die zunehmende politische Kräfteverschiebung nach rechts sowie die Finanznot des Reiches. Somit fiel den Ländern zunehmend die Initiative für die Reformen sowie die Ausgestaltung des Schulwesens und der Lehrerausbildung zu.

Die Entwicklung des Schulwesens vollzog sich in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Das Reich hatte Anfang der zwanziger Jahre 62 Millionen Einwohner, davon lebten allein drei Fünftel (38 Millionen) in Preußen und ein Fünftel in Sachsen und Bayern. Das restliche Fünftel verteilte sich auf die übrigen 15 Länder und die Stadtstaaten (vgl. Führ 1970, S. 18). Die Länder unterschieden sich in ihrer Größe und Ballungsdichte, ihrer Tradition, der Finanzkraft, der Zusammensetzung der Parteien, vor allem aber in dem Einfluß, den die Kirchen ausübten – also Bedingungen, die einer reichseinheitlichen Ausgestaltung des Schulwesens entgegenstanden. Preußens Hegemonialstellung war zwar aufgehoben, es war jedoch durch seine Größe in vielen schulpolitischen Entscheidungen dominant.

Am Ende der Weimarer Zeit war das deutsche Bildungswesen uneinheitlicher und unüberschaubarer als zu Beginn.

Die schulpolitische Entwicklung während der Zeit der Weimarer Republik entspricht nach Lothar Kunz (vgl. Kunz 1981, S. 126) der Phaseneinteilung, wie sie von der Geschichtsschreibung für diese Zeit entwickelt worden ist.

1. Phase: 1918-1923

Die wenigen wirklich fortschrittlichen schul- und bildungspolitischen Neuerungen, die die Weimarer Republik zu verzeichnen hatte, erfolgten unmittelbar nach der Revolution bis spätestens Mitte 1920. „Was in diesem Zeitabschnitt nicht erreicht wurde, hatte später kaum noch Chancen auf Realisierung. Die Regelungen indes, die bis 1920 erfolgreich durchgesetzt werden konnten, unterlagen danach dem kontinuierlichen Druck der Konservativen und militanten Rechten“ (Herrlitz u. a. 1993, S. 124).

Für diese Zeit, in der die Weichen für die Schulpolitik des Reichs gestellt wurden, sind drei richtungweisende bildungs- und schulpolitische Ereignisse zu nennen: Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919 mit den entsprechenden Schulartikeln, die Ratifizierung des Grundschulgesetzes sowie die Reichsschulkonferenz vom 11. bis 19. Juni 1920 (vgl. Kunz 1981, S. 130ff.).

Bildungs- und schulpolitische Inhalte waren in den Artikeln 143 bis 148 der Reichsverfassung per Gesetz verankert.

In Art. 148 wurde die Völkerverständigung gesetzlich verankert: „In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erstreben. Beim Unterricht ist Bedacht zu nehmen, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden“.

In Art. 144 hieß es: „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates“. Art. 145 befaßte sich mit der allgemeinen Schulpflicht bis zum vollendeten 18. Lebensjahr („Volksschule mit mindestens acht Schuljahren und die anschließende Fortbildungsschule“) sowie mit der Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernmittel in diesen Schulen.

Art. 143,2 forderte eine reichseinheitliche Lehrerbildung nach „Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten“. Art. 148,3 verankerte Staatsbürgerkunde und Arbeitsunterricht als Lehrfächer der Schulen.

In Art. 135 wurde die Glaubensfreiheit verankert: „Alle Bewohner des Reichs genießen volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsübung wird durch die Verfassung gewährleistet und steht unter staatlichem Schutze. Die allgemeinen Staatsgesetze bleiben hiervon unberührt“.

Der zentrale Schulartikel der Reichsverfassung war Art. 146. In Abs. 1 wurde die vierjährige, für alle Kinder gemeinsame Grundschule verankert, auf der sich das mittlere und höhere Schulwesen aufbauen sollten. Das öffentliche Schulwesen sollte „organisch“ ausgestaltet werden. Nicht „die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern“ sollten maßgebend sein für die Aufnahme eines Kindes in die höhere Schule, sondern allein „seine Anlage und Neigung“. Durch staatliche Hilfen sollte Kindern aus ärmeren Schichten eine qualifizierte Ausbildung ermöglicht werden (Art. 146,3).

Der Verfassungsgeber hatte die Simultanschule, also eine gemeinsame Schule für Kinder unterschiedlicher Religionszugehörigkeit mit Religion als ordentlichem Schulfach, als Normalschule vorgesehen. Alle anderen Schulformen stellten Ausnahmen dar. In Art. 146,2 wurde jedoch das Bekenntnisschulwesen verankert. Diese Passage war ein Zugeständnis vor allem an das Zentrum und wurde Mitte der zwanziger Jahre von dieser Partei als „Reichsgesetz zum Schutze der Bekenntnisschule“ verstanden bzw. ausgelegt (vgl. Führ 1970, S. 68). In Art. 146,2 hieß es: „Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag der Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb, auch im Sinne des Abs. 1, nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen. Das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach den Grundsätzen eines Reichsgesetzes“. Das in diesem Artikel vorgesehene Reichsgesetz, das die Einzelheiten regeln sollte, ist niemals zustande gekommen. Auch daran ist zu erkennen, daß sich das Zentrum unter dem Druck der Kirchen durchsetzte.

In Art. 147,1 wurde der Weiterbestand des Privatschulwesens garantiert; dagegen wurden in Abs. 3 die privaten Vorschulen aufgehoben, in denen bis dahin die Kinder wohlhabender Eltern gesondert auf die höhere Schule vorbereitet worden waren.

Das zweite schulpolitische Ereignis in der Anfangsphase der Weimarer Republik war die Ratifizierung des Grundschulgesetzes. Am 19. April 1920 wurde dieses Gesetz in dritter Lesung gegen die Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) verabschiedet (vgl. Führ 1970, S. 44). Nach Führ ist das Grundschulgesetz das einzige Gesetz, das „über die parlamentarischen Hürden kam“ (ebd., S. 24). Mit der Ratifizierung des Grundschulgesetzes mit einer vierjährigen, für alle Kinder gemeinsamen Grundschule war der erste entscheidende Schritt zur „Überbrückung der bisher voneinander getrennten, klassenspezifisch ausgerichteten Institutionen der höheren und niederen Bildung“ (Herrlitz u. a. 1993, S. 125) getan. Lothar Kunz kommt zu folgender Einschätzung: „Trotz berechtigter Kritik an der ‚halben Reform‘ muß die Einführung der vierjährigen Grundschule und das gleichzeitige Verbot der Vorschulen als ein bildungspolitischer Fortschritt gewertet werden. Diese Einschätzung teilen auch die Grundschulreformer der Gegenwart“ (Kunz 1981, S. 134).

Das dritte schulpolitische Ereignis war die Reichsschulkonferenz vom 11. bis 19. Juni 1920. An ihr nahmen mehr als 700 pädagogische Sachverstän-

dige teil (vgl. Führ 1970, S. 45). Die Reichsschulkonferenz beinhaltete den Versuch, eine Verständigung über Inhalte, Methoden und Organisation im Hinblick auf die Reichsschulgesetzgebung zu erreichen. Eduard Spranger nannte die Reichsschulkonferenz später eine „achttägige Schlammschlacht" (ebd.). Themen dieser Konferenz, die mitunter kontrovers und ‚heiß' diskutiert wurden, waren u. a. die Einheitsschule, die vier- oder sechsjährige Grundschule, der Arbeitsunterricht, die Lehrerausbildung, das Reformschulwesen und die Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern.

Die Frage nach dem politischen Ertrag der Reichsschulkonferenz wurde unterschiedlich beantwortet. Es wurde jedoch deutlich, daß ein einheitliches deutsches Schulwesen über eine Sachverständigentagung nicht zu erreichen war.

Positive Ergebnisse waren die Entwürfe eines Reichsberufsschulgesetzes und eines Reichslehrerbildungsgesetzes sowie Entschließungen über Staatsbürgerkunde und über die Einführung des Arbeitsunterrichtes in den Schulen. Diese Entschließungen waren für die weitere Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern richtungweisend (vgl. ebd., S. 49).

In der Reichsschulkonferenz trat die Fülle der bildungs- und reformpädagogischen Konzeptionen der damaligen öffentlichen Diskussion zutage. „Was blieb, ist ein mehr als tausend Seiten umfassender amtlicher Bericht, der die Vielfalt der pädagogischen Richtungen zu Beginn des dritten Jahrzehnts in Deutschland dokumentiert" (ebd.).

2. Phase: 1924-1929

Die Zeit von 1924-1929 war von einer gewissen innen- und außenpolitischen Stabilität geprägt. Schulpolitisch kam es zu einer Verhärtung der Positionen der verschiedenen Parteien und einer Stärkung der konservativ-rechtsorientierten Kräfte. Die Schulreformen stagnierten. Das Schulwesen der einzelnen Länder entwickelte sich immer weiter auseinander.

Das Bekenntnisschulwesen erfuhr einen weiteren Ausbau. Im Jahre 1927 gab es im Reich 28 570 evangelische, 15 276 katholische, 8 413 simultane und 121 israelitische Schulen. Es wurden nur einige Hundert weltliche Schulen (weniger als 1 %) gegründet. Diese Schulen waren vorwiegend Reformschulen im Versuchsstadium (vgl. Kunz 1981, S. 143).

3. Phase: 1930-1933

Die Weltwirtschaftskrise verstärkte die schon früher begonnenen Sparmaßnahmen im sachlichen und personellen Bereich der Bildungspolitik. Viele junge Lehrer waren arbeitslos. Die Erziehungsbeihilfen wurden reduziert. Für die höheren Schulen bedeutete dies ein Abnehmen der Schülerzahlen. Zahlreiche höhere Schulen wurden geschlossen.

Die Sparpolitik im bildungs- und schulpolitischen Bereich, der die hohen Aufwendungen für die Rüstung entgegenstanden, empörte Eltern, Lehrer und Lehrerverbände. Ihre Proteste blieben wirkungslos.

Dem Aufkommen des Nationalsozialismus entsprach eine allmähliche Zunahme der nationalistischen und militaristischen Inhalte im Unterricht und in einigen Schulbüchern. Der Verfassungsauftrag in Art. 148 der Reichsverfassung – Erziehung „im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerverständigung" – wurde immer mehr im nationalsozialistischen und fremdenfeindlichen Sinne ausgelegt und angewendet.

So zitiert Lothar Kunz aus einem Geschichtsbuch für ‚Mittelschulen und verwandte Anstalten' aus dem Jahre 1928:

> „Noch gibt Frankreich sein Ziel nicht auf, und da gilt es für alle Deutschen, zusammenzustehen und der Eroberungslust des Erbfeindes den festen deutschen Willen entgegenzusetzen. Der Rhein ist von jeher Deutschlands Grenze gewesen" (Kunz 1981, S. 147).

Die Lehrerschaft und ihre Organisationen haben diese Entwicklung nicht entschieden bekämpft. Die ständischen Lehrerverbände (Philologenverband) hatten – wie auch breite bürgerliche Kreise – der Weimarer Republik von Anfang an skeptisch gegenübergestanden. Auch die im DLV gewerkschaftlich organisierten Lehrer entwickelten keine wesentlichen Aktivitäten gegen den aufkommenden Nationalsozialismus, sie verhielten sich neutral. Die reformerischen Verbände beschäftigten sich zu lange fast ausschließlich mit dem Problem der Reformschulen. Lediglich die sozialistischen Gewerkschaften sowie der Bund Entschiedener Schulreformer erkannten die Gefahr. Auf Grund ihrer geringen Mitgliederzahl gelang es ihnen jedoch nicht, ihren Einfluß geltend zu machen und eine breite Bewegung gegen den Nationalsozialismus innerhalb der Lehrerschaft in Gang zu setzen (vgl. Kunz 1981, S. 148f.; Dithmar 1981, S. 26).

Bild 12

Das Schulsystem

Volksschulwesen und Volksschullehrerbildung

Die Volksschule war nach der Weimarer Verfassung die Pflichtschule für alle Kinder vom sechsten bis zum zehnten Lebensjahr (Grundschule) und anschließend für die Kinder, die nicht auf die mittlere oder höhere Schule übergingen. Nach Art. 145 der Reichsverfassung betrug die Volksschulpflicht mindestens acht Schuljahre.

Der Grundschule kam nun die Funktion der Zuteilung der Schüler auf die voneinander getrennten Zweige der Gymnasien, der Mittelschulen sowie der oberen Klassen der Volksschule zu. Einheitliche Bestimmungen über ein Aufnahmeverfahren gab es nicht. Im günstigsten Falle wurde eine Entscheidung über die Schullaufbahn eines Kindes in Zusammenarbeit zwischen der abgebenden und der aufnehmenden Schule getroffen, wobei sich häufig die Mitwirkung des Klassenlehrers der Grundschule auf ein schriftliches Gutachten beschränkte. Eine Prüfung konnte auf Antrag der Eltern abgenommen werden. Wenn Prüfungen abgehalten wurden, so waren Grundschullehrer und Lehrer der aufnehmenden Schule zu gleichen Teilen beteiligt (vgl. Herrlitz u. a. 1993, S. 126f.).

Die Einführung der für alle Kinder gemeinsamen Grundschule war ein erster entscheidender Schritt auf dem Wege, die Kluft zwischen der höheren Schule und der Volksschule zu überbrücken. Diese Kluft konnte jedoch nur dann verringert werden, wenn es gelang, das Bildungsangebot für die Volksschüler zu erweitern sowie die Volksschullehrerbildung grundlegend umzugestalten, d. h. wenn die Volksschule mit einem entsprechenden Bildungsangebot ‚angehoben' wurde.

Die Entwicklung des Volksschulwesens vollzog sich in den einzelnen Ländern, aber auch in den Ballungszentren bzw. in den ländlichen Gebieten sehr unterschiedlich. In Berlin und Umgebung gab es z. B. gut ausgebaute mehrzügige Volksschulen. Die Lehrer waren gut ausgebildet, reformpädagogische Ideen wurden verwirklicht. In städtischen Gebieten auch der anderen Länder, besonders in Leipzig, entwickelte sich eine rege Mitarbeit der Elternbeiräte. In ländlichen Gebieten, auch in Preußen, herrschte dagegen die Konfessionsschule als Zwergschule vor, mit einem starken Einfluß der Ortsgeistlichen und mit autoritären Erziehungspraktiken, die auch vor der Prügelstrafe nicht Halt machten.

In Bayern war die Dominanz der Kirche noch stärker ausgeprägt als in den anderen Ländern des Reichs. Außer in München und Nürnberg gab es in diesem Land kaum weltliche Volksschulen. Die Elternschaft fühlte sich vor allem in ländlichen Gebieten an die Vorschriften der Kirche gebunden. Im ‚Codex juris canonici' von 1918 hieß es: „Katholische Kinder dürfen nichtkatholische, neutrale, simultane Schulen, die also auch Nichtkatholischen offenstehen, nicht besuchen" (Kunz 1981, S. 142).

In der Weimarer Zeit gab es – abgesehen von Bayern – sowohl für die konfessionellen als auch für die weltlichen Volksschulen weit gefaßte Lehrpläne, die Raum für Reformideen ließen.

Auch die Ausbildung der Volksschullehrer wurde in den einzelnen Ländern unterschiedlich gehandhabt. Das in Art. 143,2 der Reichsverfassung geforderte Gesetz, nach dem die Lehrerbildung nach den „Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten", reichseinheitlich geregelt werden sollte, kam nicht zustande. Bayern und Württemberg hielten an der herkömmlichen Ausbildung der Volksschullehrer in Präparandenanstalten und Lehrerseminaren fest. In Hamburg, Mecklenburg, Schwerin, Braunschweig, Hessen, Thüringen und Sachsen fand die Volksschullehrerbildung, mit dem Abitur als Voraussetzung, an den Landesuniversitäten bzw. Technischen Hochschulen statt. Preußen wählte einen Mittelweg: Auf dem Abitur als Studienvorausset-

zung bauten die Pädagogischen Akademien auf. Das zweijährige Curriculum war jedoch nicht an einem Universitätsstudium orientiert (vgl. Herrlitz u. a. 1993, S. 128f.).

Eine ‚Anhebung' des Volksschullehrerberufes stieß sowohl auf innere als auch auf äußere Widerstände: Es bestanden Vorurteile vor allem von Seiten der Philologen und Hochschullehrer, die sich durch eine Akademisierung des Volksschullehrerberufes in ihren traditionellen Privilegien bedroht fühlten.

Der andere Widerstand war finanzieller Art. Angesichts der angespannten Finanzlage des Reichs und der Länder sowie eines Überangebotes an Lehrern stieß eine Akademisierung des Volksschullehrerberufes auf Widerstand von Seiten der Finanzminister, wie das Beispiel Preußen zeigt: Eine Anhebung des Volksschullehrerberufes hätte erhöhte Einkommensforderungen zur Folge gehabt. Aus diesem Grunde wurde der Besuch der Oberstufe der höheren Schulen (in der Regel der Deutschen Oberschule, vgl. Abschnitt ‚Das Höhere Schulwesen') für die zukünftigen Volksschullehrer umfunktioniert. Die Allgemeinbildung der zukünftigen Lehrer reichte nicht bis zum Abitur, sondern nur bis zur Beendigung der Untersekunda. Die letzten drei Jahre bis zum Abitur dagegen stellten bereits den wissenschaftlichen Teil ihrer Ausbildung dar. Die höhere Bildung der Volksschullehrer war somit schon der erste Teil ihrer Berufsausbildung, an die sich der Besuch der Pädagogischen Akademien anschloß. Somit konnten die Lehrer nur Einkommensforderungen stellen, die allgemein für Absolventen der mittleren Reife galten.

Eine Ausbildung der Volksschullehrer, wie sie nach Art. 143,2 der Reichsverfassung gefordert wurde, ist in der Weimarer Republik nicht verwirklicht worden. „Trotz hochschulmäßiger Ausbildung (in anerkannt akademischen Kreisen ohnehin nicht ganz für voll genommen) blieb der Volksschullehrer in seiner Besoldung hinter dem Studienrat im ‚höheren Dienst' weit zurück (in Preußen Mitte der 20er Jahre um rund 40 %)" (ebd., S. 136; vgl. den folgenden Abschnitt).

Das mittlere Schulwesen

In der Weimarer Zeit bestanden eigenständige Mittelschulen mit einem zehnjährigen Gesamtlehrgang in Preußen, Anhalt, Bayern, Braunschweig, Freistaat Danzig, Mecklenburg, Oldenburg, Saarland und Thüringen. Die Länder Baden, Bremen, Hessen, Lippe, Lübeck und Sachsen verfügten über keine eigenständige Mittelschule.

Der sechsjährige Mittelschullehrgang baute auf der für alle Kinder gemeinsamen Grundschule auf. Der Erwerb der mittleren Reife war Vorbedingung für mittlere Berufe und Berufslaufbahnen in Verwaltung, Handel und Industrie. Der erfolgreiche Besuch der Mittelschule entsprach dem Untersekunda-Abschluss der höheren Schulen.

Neben den Lehrplänen für Mädchen und Jungen, die auf einen Abschluß nach Klasse 10 abzielten, gab es einen Plan, der den Schülerinnen und Schülern nach dem Erwerb der mittleren Reife den Besuch der Oberstufe des Gymnasiums ermöglichte. Die wichtigste Vorbedingung dafür war das Erlernen einer zweiten Fremdsprache. Es wurde laut preußischem Erlaß vom 1.6.1925 bei dieser Regelung vorwiegend an einen Übergang auf die Oberstufe der Oberrealschule, des Oberlyzeums und der deutschen Oberschule gedacht, nicht aber an einen Besuch der Oberstufe des Gymnasiums. Trotz dieser Einschränkung war hier eine erste Verzahnung zwischen mittlerer und höherer Bildung zu verzeichnen.

Der häufig im Volksmund verwendete Begriff des ‚Einjährigen' für den Erwerb der mittleren Reife stammte aus dem Kaiserreich. Der Abschluß berechtigte damals zum einjährig-freiwilligen Militärdienst. Im Zuge der Änderung der Militärverfassung des Deutschen Reiches im Jahre 1919 wurde dieser einjährig-freiwillige Militärdienst abgeschafft. Der Erwerb der mittleren Reife war nunmehr Grundlage für die Zulassung zu zivilen mittleren Berufen und Berufslaufbahnen (vgl. Herrlitz u. a. 1993, S. 132f.).

Das höhere Schulwesen

Schon in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg hatte sich in Deutschland ein neues Bildungsstreben angebahnt. Im zeitgenössischen Sprachgebrauch wurde diese Entwicklung als „aufsteigende Klassenbewegung" (Herrlitz u. a. 1993, S. 134) bezeichnet. Es hatte sich auch in den unteren und mittleren Bevölkerungsschichten immer mehr das Bewußtsein durchgesetzt, daß eine gute schulische und berufliche Ausbildung der Kinder die Basis für eine Verbesserung der sozialen Lage bedeutete.

Die professionelle Ausbildung der unterschiedlichen Lehrergruppen wurde vorangetrieben, neue Schulen wurden gegründet. Diese Entwicklung wurde beschleunigt vor dem Hintergrund starker Jahrgänge im schulpflichtigen Alter. Die schon im Kaiserreich begonnene stetige Zunahme an Schulen und Schülern sowie an Absolventen des höheren Schulsystems setzte sich in der Weimarer Zeit fort. Ein Höchststand der Schülerzahlen an höheren Schulen

war im Jahre 1926 zu verzeichnen (vgl. Kunz 1981, S. 146). Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die großzügige finanzielle Unterstützung, die begabten Kindern aus ärmeren Familien aufgrund Art. 146,3 der Reichsverfassung gewährt wurde.

Zudem erfuhr das Mädchenschulwesen nach dem Ersten Weltkrieg einen rasanten Ausbau. Während im Jahre 1921 in Preußen nur etwa 10 % der Mädchenschulen zum Abitur geführt hatten, waren es im Jahre 1931 schon fast 60 %. Das hatte zur Folge, daß im Jahre 1931 die jungen Frauen im Reichsdurchschnitt ein Fünftel, in Preußen ein Viertel und in Hamburg und Bremen sogar 40 % der Gesamtzahl der Abiturienten stellten (vgl. Zymek 1989, S. 156ff.; Herrlitz u. a. 1993, S. 136ff.).

Im Kaiserreich hatten sich drei gymnasiale Grundtypen herausgebildet, die gleichberechtigt nebeneinander zur Hochschulreife führten: das humanistische Gymnasium mit dem Schwerpunkt alte Sprachen, das Realgymnasium mit dem Schwerpunkt neue Sprachen und die Oberrealschule mit dem Schwerpunkt Mathematik und Naturwissenschaften. Während der Weimarer Zeit blieben diese Gymnasien in ihren Grundstrukturen und Inhalten im wesentlichen unangetastet.

In den zwanziger Jahren kam dazu ein neuer Typ, die sogenannte Deutsche Oberschule. Diese Form der höheren Schule war ursprünglich als Zubringerschule für den Beruf des Volksschullehrers konzipiert und wurde 1925 reichseinheitlich anerkannt. Sie schloß entweder an die 4. Klasse der Grundschule an oder als Aufbauschule an die 7. Klasse der Volksschule. Die Deutsche Oberschule führte ebenfalls zur Hochschulreife, sie hat jedoch während der Weimarer Zeit nie die gleiche Anerkennung erfahren wie die anderen Formen der höheren Schule.

In der Aufbauschule mit einem siebenjährigen Volksschulbesuch als Grundlage und einem sechsjährigen Aufbaukurs sollte nach einem verkürzten Lehrplan der Oberrealschule unterrichtet werden. Funktional und strukturell war sie eine Fortführung der bisherigen Institutionen der Volksschullehrerausbildung, sie bahnte jedoch durch die Erreichung der Hochschulreife eine Akademisierung der Volksschullehrerbildung im Vergleich zur bisherigen Seminarausbildung an.

In Kleinstädten sowie in ländlichen Gebieten war die Aufbauschule häufig das einzige weiterführende Schulangebot, das zum Abitur führte. Außer in

Bayern wurde sie in der Weimarer Zeit in allen Ländern des Reichs eingeführt.

Aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung des Schulsystems in den verschiedenen Ländern des Reichs hatte sich eine verwirrende Vielzahl unterschiedlicher Bezeichnungen für zum großen Teil gleiche Typen von Mädchen- und Knabenschulen herausgebildet: Bei den Knabenschulen gab es Gymnasien, Reformgymnasien, Realgymnasien, Reformrealgymnasien älterer Art sowie neuerer Art, Oberrealschulen, Deutsche Oberschulen in grundständiger Form und Aufbauform, alle Schultypen als neunstufige Vollanstalten bzw. als sechsstufige Proanstalten.

Bei den Mädchenschulen unterschied man Lyzeen, Studienanstalten mit dem Lehrplan des Gymnasiums, des Realgymnasiums, der Oberrealschule, neue Oberlyzeen und Aufbauschulen sowie Reformschulen, die den Reformschulen der Jungen entsprachen.

Die reinen Formen des Gymnasiums, des Realgymnasiums, der Oberrealschule sowie der Deutschen Oberschule waren nur in den Großstädten zu realisieren. In Kleinstädten und in ländlichen Gebieten mußten Mischformen akzeptiert werden, um überhaupt das Angebot einer höheren Schule machen zu können, die zur Hochschulreife führte. In diesen Schulen nahmen in Ausnahmefällen auch Mädchen am Unterricht der Knabenschulen teil, wenn für sie kein entsprechendes Schulangebot gemacht werden konnte (vgl. Zymek 1989, S. 172ff.).

Diese verwirrende auseinanderstrebende Entwicklung des höheren Schulwesens in der Weimarer Zeit wird „in der programmatischen Denkschrift des preußischen Kultusministeriums von 1924 als Symptom für unsere ‚zerrissene, uneinheitliche und zerklüftete Kultur‘ beklagt“ (Herrlitz u. a. 1993, S. 138). Nach der amtlichen Hochschulstatistik des Reichs wurden 1924/1925 Abiturienten aus 25 verschiedenen Schularten immatrikuliert (vgl. ebd.).

Die Expansion des höheren Schulwesens stieß nicht nur auf positive Resonanz. Konservative bildungsbürgerliche Kreise verstärkten ihre Kritik „angesichts der drohenden ‚Bildungs- und Abiturienteninflation‘“ (ebd.), sie warfen der Unterrichtsverwaltung vor, sie habe die Kontrolle über das Schulwesen verloren. Kennzeichnend ist folgende Aussage, die die vorherrschende Einstellung der Universitäten wiedergibt: Es sei eine „ungeheure Menge

leichtesten Mittelgutes aus der Unterschicht“ (ebd., S. 130) an die Universitäten gekommen.

Die unterschiedliche Entwicklung des höheren Schulwesens in den einzelnen Ländern des Reichs wurde vom Reichsministerium des Innern mit Besorgnis verfolgt. Die Arbeit des Reichsschulausschusses war im Februar 1923 auf Initiative Bayerns hin beendet worden mit der Begründung, die bisherige Zusammenarbeit sei ineffektiv gewesen. Um der Zersplitterung des deutschen Schulwesens entgegenzuwirken, lud der Reichsminister des Innern, Dr. Jarres, im August 1924 die Kultusminister erneut zu einer Aussprache über das deutsche Schulwesen ein. Die Reaktion der verschiedenen Länder auf die Einladung des Reichsministers war unterschiedlich. Die Kultusminister von Bayern, Württemberg und Hessen ließen sich durch leitende Beamte vertreten. Hamburg begrüßte eine Koordination der Schulpolitik mit dem Hinweis, „wenn diese wegfalle, sei Hamburg ganz dem guten Willen Preußens ausgeliefert“ (Führ 1970, S. 54).

Die Zusammenarbeit der Kultusminister wurde von 1924 bis 1933 im ‚Ausschuss für das Unterrichtswesen‘ fortgesetzt. Eine Vereinheitlichung in den wesentlichen Punkten des Schulwesens kam nicht zustande.

Angesichts der auseinanderstrebenden Schul- und Bildungspolitik der höheren Schulen wurde der Ruf nach einer neuen geistigen Orientierung laut. Unter der Federführung des preußischen Ministerialrats Hans Richert, DVP, wurden 1923/24 in Preußen eine Denkschrift zur Neuordnung des höheren Schulwesens und eine Lehrplanreform erarbeitet. Dieser Neuordnung lag die Idee einer deutsch-nationalen Bildungseinheit zugrunde, die für alle Typen der höheren Schulen verbindlich sein und im Mittelpunkt des Unterrichts stehen sollte. Sie gewann an Einfluß, nachdem das deutsch-nationale Bildungsprinzip 1924/25 in Preußen zur amtlichen Unterrichtskonzeption gemacht wurde. Das deutsch-nationale Bildungsgut sollte vor allem in den sogenannten deutschkundlichen Kernfächern – Religion, Deutsch, Geschichte, Erdkunde, Staatsbürgerkunde – gesichert werden und etwa ein Drittel des gesamten Stundenplans einnehmen. In diesen deutschkundlichen Kernfächern sollte die „Tiefe und Eigentümlichkeit des deutschen Geistes, der deutschen Seele und des deutschen Wesens im Sinne einer bildungsmächtigen Wert- und Schicksalsgemeinschaft“ (Herrlitz u. a. 1993, S. 139) beschworen werden.

Richerts Reformansatz bestand darin, die vier Grundtypen der höheren Schule durch Straffung, Neuprofilierung sowie durch die neue Bildungstheo-

rie zu stärken. Dieser Plan war zum Scheitern verurteilt, da durch die veränderten sozialen und lokalen Rahmenbedingungen und den starken Zulauf zu den höheren Schulen im ganzen Reichsgebiet neben den vier Grundtypen eine Vielzahl von kombinierten höheren Schulen entstanden waren. Richerts inhaltlicher Reformansatz des deutschkundlichen Unterrichts mit den deutschkundlichen Kernfächern, die wie eine Klammer oder wie eine konzentrische Mitte die vier Grundtypen der höheren Schule verbinden sollten, hatte jedoch einen starken Einfluß auf das Bildungssystem.

Die vier Grundtypen der höheren Schulen wurden nach Richert aus unterschiedlichen ‚Quellbezirken' der deutschen Kultur abgeleitet: „Das Gymnasium sei – so die Argumentation – den ‚Bildungsmächten' Antike und Christentum verpflichtet, das Realgymnasium dem ‚modernen Europäismus', insbesondere der Kultur Frankreichs und Englands, die Oberrealschule dem modernen ‚naturwissenschaftlich-mathematischen Lebensgebiet'. Der neue Schultyp der Deutschen Oberschule ist in diesem Begründungszusammenhang die Durchsetzung einer mächtigen ‚nationalen Zeitströmung' und die längst überfällige Anerkennung der deutschen Kultur als eines gleichberechtigten ‚Quellbezirks' der Bildung. Die Aufbauschule schließlich soll die Begabungsreserven der Landregionen ausschöpfen, aus denen der Nation wie aus einem ‚Jungbrunnen [...] völkische Ursprünglichkeit' zufließt, und ihren ‚Voluntarismus' dem ‚Intellektualismus' der ‚vorherrschenden Großstadtkultur' entgegensetzen" (Zymek 1989, S. 175).

Das deutschkundliche Unterrichtsprinzip soll im folgenden näher erklärt und seine Auswirkung am Beispiel des Französischunterrichtes dargestellt werden.

Der verlorene Krieg, die Novemberrevolution sowie der Versailler Vertrag hatten das deutsche Volk in eine tiefe Identitätskrise gestürzt. Als eine der Ursachen für die Niederlage wurde der Mangel an Nationalgefühl genannt (vgl. Dithmar 1981, S. 3). Man hoffte, durch die Stärkung des deutschen Volks- und Nationalgefühls und die Erziehung zum ‚deutschen Menschen' der Identitätskrise entgegenwirken zu können.

Schon im Kaiserreich hatten Kritiker gefordert, an die Stelle des ‚Humanismus' müßte in den höheren Schulen ein ‚Germanismus' mit dem Fach Deutsch als dem geistig bestimmenden Mittelpunkt treten. Im Jahre 1890 hatte Kaiser Wilhelm II. auf der Berliner Schulkonferenz eine vielbeachtete Rede gehalten: „Und da fehlt es vor allem an der nationalen Basis. Wir müssen als Grundlage für das Gymnasium das Deutsche nehmen: Wir wollen

nationale junge Deutsche erziehen und nicht junge Griechen und Römer.[...] Der deutsche Aufsatz muß der Mittelpunkt sein, um den sich alles dreht. [...] Ebenso möchte ich das Nationale bei uns weiter gefördert sehen in Fragen der Geschichte, der Geographie und der Sage“ (zit. in ebd., S. 5).

Das Richertsche deutschkundliche Bildungsprinzip knüpfte an diese Forderungen an. „In *Religion* muß die deutsche Art, Gott zu suchen, im Mittelpunkt stehen, in *Deutsch* das Werden deutschen Wesens in Sprache und Schrifttum, in *Geschichte* die Gestaltung des deutschen Lebenswillens, der zur Tat aufrüttelt, in *Erdkunde* das Werden deutscher Landschaft und Wirtschaft“ (ebd., S. 10, H. i. O.).

Das völkische Denken schlug sich nicht nur in der Konzeption des höheren Schulwesens, sondern auch in den Lesebüchern für die Volksschule nieder. Im Vorwort des von dem Leipziger Lehrerverein im Jahre 1923 herausgegebenen Lesebuches „Im Strome des Lebens“ hieß es:

> „Das Kind ist nicht nur Mensch, sondern werdender Volksgenosse. Es muß hineinwachsen in die Volksgemeinschaft. In ihr findet es die sittlichen Werte, die seine Seele stark und für das Leben tüchtig machen. Diese Schätze erschließen sich dem jungen Menschen nicht restlos durch das unmittelbare Erleben. Dazu ist der Lebenskreis des einzelnen zu eng. Darum muß die Jugend herangeführt werden an die Quellen, die im heimischen Schrifttum fließen. Aus ihnen soll sie die Begierde trinken, sich durch unablässiges Emporstreben zu vervollkomnen und den Besten unter den Volksgenossen nachzueifern. Die Sammlung ‚Im Strome des Lebens‘ will ein Führer zu diesem Ziele sein“[1].

Der Fremdsprachenunterricht hatte nach dem deutschkundlichen Bildungsprinzip – im Gegensatz zu den Kernfächern Deutsch, Religion, Erdkunde, Geschichte und Staatsbürgerkunde – keinen Wert an sich. Wohl wurde ein gründliches Erlernen der Fremdsprache gefordert. Einen wirklichen Wert jedoch erlangte der Unterricht nur dadurch, daß der junge Deutsche durch die Gegenüberstellung der eigenen Sprache, Kultur, Geschichte und Wesensart mit der des fremden Landes zu einem vertieften Verständnis für die Eigenart und den Wert seines eigenen, des deutschen Volkes gelangte.

---

1 Das Lesebuch war in folgende Kapitel eingeteilt: Kindheitsglück im Vaterhause – Sorgende Elternliebe – Unter Fremden – Bruder und Schwester – Der gute Kamerad – Böse Nachbarschaft – Freunde unter den Tieren.

In den Richertschen Richtlinien von 1923/24 herrschte im wesentlichen das ‚fremde' Frankreichbild vor, das noch ganz im Schatten des ‚Traumas' von Versailles stand. Der ‚Wert' der ‚germanischen Kultur' sollte gerade in der Konfrontation mit der fremden ‚romanischen Kultur' der Franzosen erkannt werden (vgl. Trabant 1981, S. 33). Statt einer ‚Befreundung' mit der fremden Welt und der fremden Sprache wurden nationale Vorurteile kultiviert (vgl. ebd., S. 37).

Widerstand gegen die Überbetonung des Deutschunterrichts und der Deutschkunde als Unterrichtsprinzip kam von seiten des Bundes Entschiedener Schulreformer, der schon zu Beginn der Weimarer Zeit „gegen Völkerverhetzung und Rassenhaß im Deutschunterricht" (Dithmar 1981, S. 26) protestiert hatte, sowie von der Universität Tübingen, die sich für den bildenden Eigenwert vor allem der Fremdsprachen aussprach. Die Kritik wurde verstärkt, als Mitte der zwanziger Jahre auch andere Länder des Reichs das deutschkundliche Bildungsprinzip übernahmen.

Bild 13

Reformpädagogische Bemühungen in der Weimarer Zeit

Schon im Kaiserreich, etwa seit 1900, hatte es in Deutschland reformpädagogische Bemühungen gegeben. Doch erst unter den schulpolitischen Bedingungen der Weimarer Republik konnten sich diese Bemühungen entfalten.

Auf der Reichsschulkonferenz vom 11. bis 19. Juni 1920 waren wesentliche Diskussionspunkte die Notwendigkeit einer Schulreform und die Einführung von Reformschulen. Den Befürwortern einer Schulreform, die „eine Befreiung der Lehrer aus Unmündigkeit und Bürokratie“ (Schmitt 1993, S. 13) forderten, standen konservative Kräfte gegenüber, die an den autoritären Vorkriegsstrukturen festhielten. Kontrovers wurde über den Wert von Versuchsschulen diskutiert. Linksorientierte Reformpädagogen stellten die Forderung auf, jede Schule sollte eine Versuchsschule werden. Demgegenüber gab es die Überzeugung, der Durchschnittslehrer sei mit reformerischer Arbeit überfordert und es sei eine Illusion, zu glauben, daß punktuelle Versuchsschulen einen wesentlichen Beitrag zur Reform des gesamten Schulwesens leisten könnten.

Der Bund Entschiedener Schulreformer trat für die Einrichtung von Reformschulen mit der Begründung ein, neue pädagogische Ideen müßten in Versuchsschulen ausprobiert werden, um die Ergebnisse später in die Neugestaltung des Schulwesens einfließen lassen zu können.

Einer der Hauptbefürworter der Einrichtung von Versuchsschulen war Georg Kerschensteiner, der in seiner Rede auf der Reichsschulkonferenz zugleich seine Kritik an dem alten Schulsystem formulierte: „Ich habe es auf das schmerzlichste gefühlt, daß unsere ganze Entwicklung im Schulwesen immer mehr zur Verknöcherung, zur Uniformierung, zur Zentralisierung geführt hat. [...] Gehen wir also – das ist meine Sehnsucht – zunächst den Weg des Versuchs, und bitten wir die Reichsregierung oder stimmen wir alle einstimmig darin überein, daß die zukünftige Reichsschulgesetzgebung den Weg des Versuches möglichst freimacht“ (ebd., S. 12).

Getragen wurde die Reformbewegung von reformorientierten Lehrern, von Leitern von Versuchsschulen, von Initiatoren von Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer sowie von einigen wenigen reformorientierten Beamten, die in der Schulverwaltung tätig waren. Neben ihrem Hauptziel, das Schulwesen von unten her zu reformieren, hofften sie, eine immer größere Öffentlichkeit für die Reformpädagogik zu interessieren. So verzeichneten z. B. die Besucherbücher des Landerziehungsheimes ‚Odenwaldschule‘ aus den Jahren

zwischen 1910 und 1933 11 500 Namen von Persönlichkeiten aus Kunst und Wissenschaft aus Deutschland, Europa und allen anderen Erdteilen (vgl. ebd., S.16f.)[2].

Neben den bekannten Reformern und Autoren wie Georg Kerschensteiner, Hugo Gaudig, Berthold Otto, Hermann Lietz, Maria Montessori, Peter Petersen und Paul Oestreich gab es eine Fülle von anderen Schulreformern mit ihren eigenen Reformvorhaben. Zwischen 1919 und 1930 waren im Deutschen Reich mindestens 200 genehmigte Schulversuche bzw. Versuchsschulen in privater oder öffentlicher Hand zu verzeichnen, inmitten der Großstädte oder in ländlichen Gebieten gelegen. Sie alle unterschieden sich von den Regelschulen durch größere Freiheit und Eigenaktivität der Lehrenden und Lernenden. Reformpädagogische Methoden wie Gruppenunterricht, Gesamtunterricht, Arbeitsunterricht, Epochenunterricht, Neigungskurse, Erziehung zur Selbsttätigkeit, Gemeinschaftserziehung, Reise- und Wanderpädagogik wurden verwirklicht (vgl. ebd., S. 16).

Über das ganze Reich verteilt gab es etwa 20 private Landerziehungsheime. Reformpädagogisch geprägte Volksschulen gab es vor allem in den Städten. Zentren mit mehreren Versuchsschulen waren Berlin, Hamburg, Bremen, Breslau, Dresden, Halle, Jena, Leipzig und Magdeburg. Eine Konzentration von Versuchsschulen auf dem Lande gab es – auf die Initiative des dortigen reformorientierten Schulrates hin – in der Nähe von Marburg. Etwa die Hälfte der Großstädte des Reichs hatten Versuchsschulen eingerichtet, es gab jedoch nur wenige höhere Versuchsschulen.

Viele Regelschulen, die nicht offiziell den Status einer Versuchsschule beantragt hatten, waren in der Gestaltung des Unterrichts, der Klassenräume sowie des Schullebens von reformpädagogischen Ideen beeinflußt. Dem ‚Jahresbericht der höheren Lehranstalten Preußens' von 1928 ist zu entnehmen, daß 383 höhere Schulen ein oder mehrere reformpädagogische Prinzipien aufzuweisen hatten. Solche Elemente waren u. a. Schülerselbstverwaltung, Arbeitsunterricht, Arbeitsgemeinschaften, Gruppenunterricht, Schul-

2 Die Odenwaldschule wurde 1910 als Landerziehungsheim in Oberhambach an der Bergstraße gegründet. Unter diesem Schultyp verstand man Heimschulen, in denen neben dem normalen Unterricht das gemeinschaftliche Leben der Schüler u. a. in Fach-, Werk-, Sport- und musischen Gruppen besonders gepflegt wurde. Heute ist die Odenwaldschule eine Heimschule für Jungen und Mädchen mit Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Werkstudienschule. Sie ist eine staatlich anerkannte private Schule und UNESCO-Modellschule.

feste, Monatsfeiern, Schulgarten, Studientage, Schülerzeitungen, Schülertheater, Wandertage, Schullandheimaufenthalte, Auslandsstudienreisen (vgl. Schmitt 1993, S. 16ff.). In 87 preußischen höheren Schulen wurde dem Jahresbericht von 1928 zufolge über verschiedene arbeitsunterrichtliche Projekte berichtet[3]: Es gehörten dazu u. a. Brieftaubenzucht, fotografische Gestaltung, Radio- und Wetterstation und Marionettentheater.

Kritiker des Arbeitsunterrichts bemängelten, daß „die Menge des sicher Gewußten" (Schmitt 1993, S. 24) bei dieser Art Unterricht geringer sei als bei der traditionellen Unterrichtsmethode, wobei jedoch auch die erhöhte Motivation der Schüler bei arbeitsunterrichtlichen Vorhaben herausgestellt wurde. Auch die Einrichtung der Schülerselbstverwaltung wurde kritisiert, sie habe nur in wenigen Regelschulen funktioniert: „Keine Pflichten, immer nur Rechte, das erwarten manche Schüler von der Schülerselbstverwaltung" (ebd., S. 25).

Zu Beginn der Weimarer Zeit hatte eine große Anzahl von Pädagogen, von engagierten Schulpolitikern und reformwilligen Kreisen des Bürgertums mit großem Engagement und einer gewissen Euphorie gehofft, durch die Reform des Schulwesens zu einer Veränderung, d. h. zu einer Demokratisierung der Gesellschaft beitragen zu können. Es war ein Bündel von Faktoren, das schließlich zu einer Ernüchterung und einer zunehmenden Stagnation der Schulreformen führte.

Die wesentlichen Faktoren waren:

- Entgegen den Hoffnungen und Erwartungen gelang es dem Reich nicht, eine kulturelle Einheit zu schaffen, „obschon sich die Reichsregierung noch 1924 der Bedeutung eines ‚einheitlich aufgebauten und von einheitlichem Geiste erfüllten Bildungswesens für die politische, wirtschaftliche und kulturelle Kraft der Nation' bewußt war" (Führ 1970, S. 120).
- Die ungeklärte Frage nach der Finanzierung der Reformen sowie durchgreifende Sparmaßnahmen vor allem gegen Ende der zwanziger Jahre wirkten sich besonders negativ auf die Schulreformen aus. Die reformerischen Impulse wurden dadurch insgesamt beeinträchtigt.

---

3 Über den Arbeitsunterricht heißt es in den preußischen Richtlinien von 1927: „Die natürliche Spannung zwischen dem Erwerb sicheren Wissens, ohne das höhere geistige Tätigkeit nicht möglich ist, und dem Erwerb der Fähigkeit selbständigen Arbeitens, ohne die bloßes Wissen unfruchtbar bleibt, zu überbrücken, ist die ernste und große Aufgabe des Arbeitsunterrichts" (zit. in Schmoldt 1981, S. 168).

- Selbst das Lager der Entschiedenen Schulreformer war gespalten. Ihr Leiter, Paul Oestreich, begründete schon 1922 seine Abkehr vom Versuchsschulgedanken mit den Worten: „Für die vereinzelte ‚Versuchsschule' vermögen wir Entschiedenen Schulreformer uns immer weniger zu erwärmen. Sie beweist nichts, täuscht nur Fortschritt vor". Und im Jahre 1929 faßte er seine Kritik an der Versuchsschulpraxis mit den Worten zusammen: „Mich ekelt alle ‚Schulreform', mit Ausstellungen, Photographien, Vorstellungsreigen und all dem ‚Betrieb', der ‚Erfolg' nachweist, aber die Wirkung vorschaukelt" (zit. in Schmitt 1993, S. 13).
- Die schulreformerischen Verbände beschäftigten sich zu lange ausschließlich mit der inhaltlichen Ausgestaltung der Reformschulen und nahmen wenig Einfluß auf die schulpolitische Entwicklung des Reichs.
- Breite konservative bürgerliche Schichten, einer obrigkeitshörigen Grundhaltung verhaftet, hatten den Schulreformen immer distanziert und kritisch gegenübergestanden.

Die meisten Reformschulen wurden 1933 geschlossen.

Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg waren große Erwartungen in ein einheitlich zu gestaltendes und von ‚einheitlichem Geiste' erfülltes Bildungswesen gesetzt worden (vgl. Führ 1970, S. 120). Die Bildungspolitik scheiterte letztlich – wie auch die Politik insgesamt – an dem fehlenden demokratischen Bewußtsein eines großen Teiles des deutschen Volkes, am Festhalten der alten Eliten an ihren Machtstrukturen, an der Distanz breiter bürgerlicher Kreise gegenüber der republikanischen Verfassung und einem zunehmenden Einfluß des Nationalsozialismus.

Bild 14

Karin Baumann / Ursula Blömer

Die Jugendbewegung

> „Jugend ist nicht lediglich Vorbereitungszeit, sondern sie hat ihren eigenen unersetzlichen Wert, ihre eigene Schönheit und infolgedessen auch das Recht auf ein eigenes Leben, auf die Möglichkeit der Entfaltung ihrer besonderen Art ...“ (Gustav Wyneken 1913, zit. in Mogge 1987, S. 251).

Einleitung

Die Zeit der Jahrhundertwende wird als Zeitalter des Kindes und der Jugendlichen bezeichnet. ‚Jugendforschung‘ wurde zum wissenschaftlichen Arbeitsfeld, die Jahrhundertwende markiert den Beginn der staatlichen Jugendpflege und eine neue Phase der Erziehungswissenschaft, in der die deutsche Reformpädagogik einen ungeheuren Bedeutungszuwachs erlebte. In der Psychologie wurde dem Entwicklungsstadium der Jugendlichkeit eine bisher nicht gekannte Bedeutung beigemessen. Die Literatur widmete sich der Jugend, und die bildende Kunst entdeckte den „Jugendstil“ (Döpp 1997, S. 13). Diese Tendenz war besonders zu Beginn der Weimarer Republik spürbar, die sich dann bis zu den 30er Jahren zu dem ‚Mythos der Jugend‘ entwickelte. Jugend gewann an Bedeutung. Parteien und Organisationen, die sich erstmals völlig frei entwickeln konnten, buhlten um die Gunst der Jugend, die Reformpädagogik erlebte einen neuen Aufschwung.[1]

Einen bedeutenden Beitrag zu dieser Entwicklung leisteten die Jugendlichen selbst. Die Jugendlichen der Weimarer Republik und der Ersten Republik in Österreich waren ebenso wie die des Kaiserreichs stark geprägt von der Jugendbewegung. Diese hatte sich durch ihren neuen Stil und ihre neuen Inhalte zu einer im öffentlichen Bewußtsein präsenten Organisation entwi-

1 Vgl. den Beitrag von Ilse Heinken.

ckelt. Daran knüpften die Jugendlichen nach dem Kriege an. Ihr Einsatz an der Front war ihnen Rechtfertigung genug, endlich mehr Einfluß in der Gesellschaft zu fordern. Außerdem schien die ‚junge Republik' nach jungen Demokraten zu verlangen. Nach dem ermüdenden Krieg lagen Aufbruch und Vitalität in der Luft. In dem republikanischen Staat, der in seinen Konturen erst geschaffen werden mußte, sahen die Jugendlichen eine Chance, ihre Vorstellungen von einem ‚Jugendreich', das sich an die Organisationsformen der Jugend anlehnte, zu verwirklichen.

Diese Hoffnungen wurden zum größten Teil enttäuscht. Statt die Idee eines ‚Jugendreiches' verwirklichen zu können, machten wirtschaftliche Krisen, Arbeitsplatzsorgen und politische Kämpfe vielen Jugendlichen zu schaffen. Einher mit diesen ökonomischen und sozialen Problemen und der zunehmenden politischen Polarisierung gingen Orientierungskrisen und Suchbewegungen. Der Zusammenschluß mit Gleichaltrigen und Gleichgesinnten bot in dieser Situation vielen Jugendlichen eine sinnvolle und verläßliche Basis im Leben.

In der Jugendbewegung reagierten die Jugendlichen sensibel auf die meisten Strömungen ihrer Umwelt. Laqueur stellt fest: „Es ist eine einzigartige Geschichte, die man kennen muß, will man das Deutschland des zwanzigsten Jahrhunderts verstehen. [...] Denn die Jugendbewegung war in ihrer Art ein Mikrokosmos des Deutschland des zwanzigsten Jahrhunderts. [...] Noch wichtiger [...] ist vielleicht die Tatsache, daß die Geschichte der Bewegung all die großen Probleme der Zeit widerspiegelt. Anfangs war die Bewegung in ihrem Wesen unpolitisch, oder besser, sie wollte unpolitisch sein; doch allmählich wurde sie immer mehr in die Auseinandersetzung mit den großen Problemen der Epoche gedrängt" (Laqueur 1962, S. 7).

Bei der Lektüre der Biographien wird deutlich, welche Bedeutung die Jugendbewegung für die Jugendlichen gehabt hat. Auch diejenigen, die nicht Mitglied einer Jugendorganisation waren, kamen mit Jugendbewegten, ihren Symbolen und Ansichten in Berührung. Im folgenden kann nur ein sehr kleiner Teil dieser vielgestaltigen Bewegung dargestellt werden.[2] Vor allem die Berührung von jüdischen Jugendlichen mit der Jugendbewegung und die die

2 Umfangreiche Arbeiten finden sich bei Laquer 1962; Giesecke 1981; Kindt 1974; Knoll 1988; Raabe 1961; Ziemer 1972; Koebner/Janz/Trommler 1985; Borinski/Milch 1982; Aufmuth 1979; Fröher 1984; Schröder 1996.

jungen Menschen prägenden Erlebnisse sind im Kontext dieses Bandes zu betrachten.

Wanderbewegung und Freideutsche Jugend

Die Jugendbewegung wird in ihrer Entwicklung häufig in drei Phasen aufgeteilt: die ‚Wandervogel-Ära' von 1901-1913, die Zeit der ‚Freideutschen-Jugend', die mit dem Jugendfest auf dem Hohen Meißner begann und die Epoche der ‚Bündischen Jugend' von 1923-1933.[3] Sie war zunächst eine unpolitische Protestbewegung gegen das ‚Bürgerliche' der älteren Generation, gegen Überzivilisation sowie den modernen technischen Fortschritt und bestand auf das Anrecht der Jugend auf ein eigenes Leben und der freien Selbstbestimmung.

Zunächst formierten sich Jugendliche in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts zu einer breit gefächerten, wenig organisierten Gegenbewegung zum wilhelminischen Kaiserreich und zur Elterngeneration. Die Jugendlichen, die sich in diesen Gruppierungen zusammenfanden, entstammten fast ausschließlich dem Bürgertum. Sie besuchten für gewöhnlich höhere Schulen oder befanden sich in der Ausbildung. Durch die zunehmende Industrialisierung stieg der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften. Entsprechend nahm die Phase der Ausbildung vor allem bei Jugendlichen aus dem Bürgertum zu. Die Jugend verlor ihren Status als Übergangsstadium in einem biologisch-physiologischen Sinne zwischen Kindheit und Erwachsenwerden, sie wurde als eigenständiger Lebensbereich und in einer mythologischen Überhöhung als Lebensform verstanden. Damit einher ging die Verlängerung der unbeschwerten Zeit des Heranwachsens und die Zunahme an Freizeit, die die Jugendlichen vor allem mit Gleichaltrigen verbrachten (vgl. Döpp 1997, S. 13).

Die wilhelminische Gesellschaft stieß bei vielen jungen Leuten auf Ablehnung. Sie wehrten sich gegen den ‚Verwertungscharakter' der Industrie und des Kapitalismus. Der staatliche Chauvinismus war ihnen zuwider, Begeisterung für Militär und ‚Hurra-Patriotismus' blieb ihnen fremd. Während im Schulsystem die restriktive Gesellschaft und deren Moral fortlebte, entstand in den Familien eine zunehmende Desintegration, in der die neuen Verhaltensmuster mit den traditionellen Wertvorstellungen kollidierten. Überhaupt

3 In einem Teil der Literatur zur Jugendbewegung werden nur zwei Phasen benannt: die ‚Wandervogel-Zeit' und die ‚Bündische-Zeit', wobei der Beginn der Bündischen Phase dann auf 1919 datiert wird.

war die Jahrhundertwende von einer Art ‚Kulturkrise' begleitet, die aus dem Spannungsverhältnis von modernem Nationalstaat und antiliberalen, feudalistischen Wertvorstellungen resultierte. Die Jugendlichen wandten sich gegen die geltenden bürgerlichen Moralvorstellungen und die starren Gesellschaftsnormen, sie strebten nach Freiheit, Wahrhaftigkeit und nach Verwandlung, wollten weg vom ‚ewig Gestrigen'. Sie suchten sich neue Handlungsfelder um der Anonymität und Naturfeindlichkeit der Städte durch Wanderungen zu entgehen. Mit Gleichgesinnten wollten sie Gemeinschaft und Natur erleben.

Keimzelle der Jugendbewegung war eine Schülergruppe aus Steglitz bei Berlin. Unter der Leitung von Hermann Hoffmann-Fölkersamb (später war es dann Karl Fischer), der zu dem damaligen Zeitpunkt Jura in Berlin studierte, veranstalteten die Schüler regelmäßige Wochenendwanderungen in die Berliner Umgebung. Aus dieser lockeren Verbindung wurde eine feste Gruppe, die auch den Rest der Freizeit zusammen verbrachte. 1901 wurde ein Verein gegründet, der ‚Wandervogel, Ausschuß für Schülerfahrten'. Bald fand diese Form der Freizeitgestaltung neue Anhänger, so daß sich die Bewegung zunächst im Raum Berlin, dann in Hamburg und schließlich in den meisten Großstädten sowie über fast ganz Deutschland ausbreitete. Die wichtigste Organisationsebene waren die zahlreichen Ortsgruppen, die relativ autonom und selbständig ihre Unternehmungen organisierten und ein eigenes Profil entwickelten. Die einzelnen Gruppen nahmen Mitglieder nur gemäß ihren Ausleseprinzipien auf. Diese elitäre Auslese hatte zur Folge, daß aus der Jugendbewegung keine Massenbewegung geworden ist, Schätzungen zufolge hatte sie nie mehr als 60 000 Mitglieder (vgl. Laqueur 1962, S. 28f.).

Die ersten ‚Wandervogelgruppen' hatten einen hierarchischen Aufbau. Um einen jugendlichen Führer, der etwa drei bis sechs Jahre älter war als die anderen Gruppenmitglieder, versammelte sich eine kleine Gemeinschaft von Zwölf- bis Neunzehnjährigen, die innerhalb der Gruppe eine Rangfolge innehatten.[4] Legitimiert wurde die Rolle des Führers durch das persönliche Charisma. Insofern war die Jugendbewegung eher aristokratisch angelegt als demokratisch. Der jeweilige Gruppenführer prägte das Leben in der Gruppe sehr viel stärker als die späteren Programme der einzelnen Bünde. Folglich

4 Die Bezeichnungen der Grade wechselten. Unter Hoffmann gab es Oberhäuptlinge, Häuptlinge, Wanderburschen und Wanderfüchse, während Fischer die Bezeichnungen Scholar, Bacchanten und Oberbacchanten einführte (vgl. Trefz 1999, S. 23)

entschied er auch im wesentlichen über die Aktivitäten der jeweiligen Gruppe. Diese bestanden in erster Linie in Wanderungen und sogenannten Nestabenden. Auf den Wanderungen, die in der Regel Sonntags und in den Ferien stattfanden, verabschiedeten sich die Jugendlichen aus der städtischen Anonymität und Dekadenz und suchten nach Vereinigung mit der Natur. Dieses Streben war stark von der deutschen Romantik beeinflußt. Nach dem Vorbild der mittelalterlichen Scholaren und Bacchanten reisten die Jugendlichen und suchten in der Einsamkeit der Wälder, im einfachen und bescheidenen Leben sowie in der bewußt gepflegten Unabhängigkeit vom Elternhaus und seinen Werten nach einem sinnvoll gestalteten Leben, nach Gemeinschaft, innerer Bewegtheit, Autonomie und Eigenerziehung. Verhalten und Sprache der Jugendlichen waren stark von metaphysischen und utopischen Vorstellungen geprägt. Sie suchten nach ‚Ganzheitlichkeit', und ‚Integrität', nach ‚Gefühl', ‚Vitalität', ‚Wärme' und nach neuen ‚Idealen' (vgl. Laqueur 1962, S. 14).

Der Kontakt zwischen den einzelnen Ortsgruppen wurde hauptsächlich auf den jährlichen Bundestagen aufrecht erhalten, dort wurden Absprachen zu gemeinsamen Zielen und die Programmatik des Bundes getroffen. Zeitschriften, die die jeweiligen Bünde herausgaben, aber auch Jugend- und Schülerzeitungen, waren beliebte Organe, um Richtungsfragen zu erörtern. Die meisten Jugendlichen beteiligten sich jedoch kaum an den weltanschaulichen Debatten. Sie verfaßten lieber Gedichte oder Lieder und gaben sich dem direkten Erleben hin. Auch wenn die Jugendbewegung aus einem Generationenkonflikt entstand, übten junge Männer wie Hans Blüher und Gustav Wyneken, aber auch Dichter wie Stefan George oder Schriftsteller wie Lagarde und Langbehn großen Einfluß aus. Zur öffentlichen Meinungsbildung trugen ebenfalls die Zeitschriften und Mitteilungsblätter bei, die fast jeder Bund herausgab. Über diese Medien wurde die Verbindung zwischen Bund und Ortsgruppen aufrecht erhalten; neben Gedichten und Berichten waren dort auch programmatische Beiträge abgedruckt.

Auch in anderer Hinsicht betrat die Jugendbewegung Neuland. Als ab 1907 Mädchen in die Wanderbünde eintraten, kam es in der Jugendbewegung zu einem kameradschaftlichen Kontakt zwischen den Geschlechtern. Zwar gab es in der Jugendbewegung vor allem getrennte Jungen- und Mädchengruppen, doch entstanden z. B. im ‚Wandervogel, Deutscher Bund', in der ‚Holdschaft', im ‚Jungkreuzbund' gemischte Gruppen, die auch gemeinsam auf Fahrt gingen. Einige Führer der Bewegung sahen darin zwar das Ende ihres

Bundes, da das typisch jungenschaftliche Element und die Rauheit verloren zu gehen drohe, die Idee gemischter Gruppen verbreitete sich aber immer mehr. Im Krieg übernahmen die Mädchen gar vielerorts die Leitung der Bünde, da die jungen Männer zum großen Teil an der Front waren. Von den Jungen wurde die Anwesenheit von Mädchen vielfach als angenehm empfunden, da sie extremes Verhalten positiv beeinflußten und sich als angenehme Kameradinnen entpuppten. Die Jungen hatten die Gelegenheit, Vertreterinnen des anderen Geschlechts näher kennenzulernen und die Beschränkungen der geschlechtsspezifischen Erziehung abzubauen. Dem Hang zu allgemeiner Abstinenz entsprechend, war ein platonisches Verhältnis die Regel, es gab aber immer wieder auch Überlegungen zur Liberalisierung der Sexualität (vgl. zu den Themen ‚Voreheliche Sexualität' Laqueur 1962, S. 69ff. und zur ‚Homoerotik der Bünde' Laqueur 1962, S. 76ff.).

Innerhalb der Wandervogelbewegung gab es bis zum Ersten Weltkrieg eine Vielzahl von Gruppierungen. Wegen Meinungsverschiedenheiten in Führungsfragen kam es 1904 zu einer Spaltung des ‚Wandervogels'. Im November 1904 formierten sich die ‚Steglitzer Wandervögel' unter Ludwig Gurlitt, die Reste des ‚Urwandervogels' faßte Karl Fischer unter dem Namen ‚Altwandervogel' zusammen. In der Folgezeit gab es verschiedene Teilungen und Neugruppierungen. Die Jugendbewegung emanzipierte sich schnell von ihren Initiatoren und Mentoren. Bald wurden nur noch die Gruppen als Jugendbewegung anerkannt, die auf selbständige Verwaltung Wert legten. Diese Gruppen verstanden sich als Elite der Jugend.

In die Wandervogelgruppen fanden auch die Ideen der aus England stammenden Pfadfinderbewegung Eingang, ab 1909 wurden in Deutschland eigene Pfadfindergruppen gegründet. Der Autonomiegedanke der Jugendbewegung drang auch in andere Jugendorganisationen ein, bei den konfessionellen (z. B. bei der katholischen Gymnasiastengruppe Quickborn) ebenso wie bei der Arbeiterjugendbewegung.

1913 fand auf dem Hohen Meißner, eine Berghöhe bei Kassel, ein Jugendfest der Bewegung statt, auf dem von den anwesenden Bünden nach langen Diskussionen die ‚Meißnerformel' verabschiedet wurde: „Die freideutsche Jugend will aus eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortung, mit innerer Wahrhaftigkeit ihr Leben gestalten. Für diese innere Freiheit tritt sie unter allen Umständen entschlossen ein" (zit. in Raasch 1991, S. 53). Dar-

über hinaus verpflichtete man sich zur politischen und weltanschaulichen Neutralität, bekannte sich zur Abstinenz von Nikotin und Alkohol[5] und propagierte das Recht der Jugend auf Eigenerziehung und Eigenverantwortlichkeit (vgl. Laqueur 1962, S. 44ff.). Mit der ‚Meißner-Formel' konstituierte sich die Freideutsche Jugend. Das Fest auf dem Hohen Meißner stellte nach Krabbe eine Zäsur dar, mit der die frühe Ära des Wandervogels zu Ende ging und „demonstrativ die Trägerschaft von der Schülergeneration der Wandervögel auf die Studentengeneration der Freideutschen übergehen ließ" (1995, S. 41). Damit setzte auch eine erste Politisierung innerhalb der Bewegung ein, die durch den Ausbruch des Krieges und die damit verbundenen Erlebnisse der Jugendlichen verstärkt wurde.

Weimar und die Bünde

Die Wandervogelzeit und damit „*die* Jugendbewegung als eine Lebensreform-, Bildungs- und Selbsterziehungsbewegung von Gymnasiasten und Studenten" (Hermann 1991, S. 33, H. i. O.) endete im Ersten Weltkrieg. Hermann betont, daß so es „die Beteiligten und die Zeitgenossen auch wahrgenommen [haben]" und „hinsichtlich des Wandels der Lebensformen und Lebensauffassungen [...] der Erste Weltkrieg als Epochenschwelle gar nicht hoch genug veranschlagt werden [kann]" (ebd.).

Am Beginn der Weimarer Republik war die Jugendbewegung zahlenmäßig dezimiert, da viele der Jugendführer, aber auch andere Mitglieder der Jugendbewegung, zum Wehrdienst einberufen wurden oder sich freiwillig gemeldet hatten und im Krieg gefallen waren.[6] Die Jugendlichen, die aus dem Krieg zurückkamen, waren durch die schweren Erlebnisse geprägt. Die schwärmerische Begeisterung fürs Vaterland und für das große Abenteuer Krieg, die auch viele Jugendliche bei Kriegsbeginn erfaßt hatte, war einer völligen Ernüchterung gewichen. Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches und den revolutionären Ereignissen war die Jugend in einer Aufbruchstimmung; insbesondere die ‚Kriegsjugend' (die Geburtsjahrgänge 1890-1900) (vgl. Böhnisch/Gängler 1991) forderte eine größere Einmischung in gesellschaftliche Belange. Von den Kriegsteilnehmern kehrte eine große

5 Da die Jugendbewegung zur gleichen Zeit entstand wie andere lebensreformatorische Bünde, war sie für viele Strömungen der Zeit, wie z. B. das Abstinenzlertum, offen.

6 Etwa 12 000 Wandervögel waren im Kriegseinsatz, von denen ca. 7 000 fielen. Das Dorf Langemarck in Flandern wurde für ihren Soldatentod zum Begriff und Mythos (vgl. Raasch 1991, S. 55).

Zahl nicht in die Jugendbewegung zurück, da die fronterfahrenen Jugendlichen älter als die anderen in der Gruppe waren und mit Fragen der Berufswahl und der politischen Präferenz konfrontiert wurden. Ihre Interessen hatten sich folglich verschoben und sie wollten keine Führungsrollen in den Vereinigungen und Bünden mehr übernehmen.[7] Einige von ihnen, die sich weiterhin für die Jugend engagieren wollten, traten beruflich in das Feld der Jugendpflege ein. Dadurch wurden Ideen und Anregungen aus der Jugendbewegung in pädagogische Arbeitsfelder und insbesondere auch in den Bereich der Reformpädagogik in der Weimarer Republik übertragen (vgl. Laqueur 1962, S. 112ff.; Hermann 1991, S. 39f.).

Die Räterepublik schien für die Jugendlichen – auch aus der Jugendbewegung – große Chancen zur politischen Partizipation zu bieten. Nach der Auflösung des alten politischen Systems sah die Jugend die Zeit eines Neubeginns zur grundlegenden Veränderung von Staat und Gesellschaft. Sie betrachtete es als ihre Aufgabe, Verantwortung und Führung bei der politisch-gesellschaftlichen Erneuerung zu übernehmen. „Der Neue Mensch als Träger der neuen Gesellschaft, darin waren sie [die Freideutschen, d. Verf.] sich mit der konfessionellen und der jungsozialistischen Jugend einig, bildete das Produkt und das Ziel ihrer kulturellen Sendung“ (Krabbe 1995, S. 36). Sehr bald wurden jedoch die Ideale der Jugendlichen durch die Realität enttäuscht, sie entwickelten das Gefühl, „Verlierer des Krieges zu sein und von der Revolution nicht profitiert zu haben“ (ebd., S. 37). Detlev Peukert spricht von der „überflüssigen Generation“ (1987, S. 94), die weder Chancen auf gute Arbeitsmöglichkeiten hatten noch an der politischen Macht partizipierten.

Für die Jugendbewegung war mit der neuen Republik ebenfalls ein Neuanfang verbunden. In den ersten wirren Jahren der Weimarer Republik spaltete sich die Jugendbewegung immer stärker auf, aufgrund der unterschiedlichen politischen Ausrichtungen gab es Gruppierungen von ‚links‘ bis ‚rechts‘. Durch die Auflösung der *bürgerlichen* Jugendbewegung entstanden unzählige Gruppierungen im Spannungsfeld zwischen sozialistischer und völki-

7 Bei den jüngeren Mitgliedern, die ihre neuen Formen beibehalten wollten, kam die ‚Älterenfrage‘ auf. Man plante, alle nichtführenden Älteren aus der Bewegung auszuschließen. So weit kam es zwar nicht, doch schlossen sich die fast erwachsenen Mitglieder in den sogenannten ‚Älterenbünden‘ zusammen, die stärker politisch ausgerichtet waren und andere Aktivitäten pflegten als die jüngeren.

scher Ideologie, zwischen Nationalismus und Pazifismus. (vgl. Böhnisch/ Gängler 1991, S. 50; Laqueur 1962, S. 114ff.).

Das Jahr 1919 leitete eine starke Neuorientierung der Nachkriegsbünde ein. In Jena versammelte sich der ‚Freideutsche Jugendbund', um den antizipierten ‚Bund der Deutschen Jugend' zu besiegeln. Dies scheiterte jedoch an den Divergenzen zwischen ‚links' und ‚rechts', zwischen den ‚Sozialisten' und den ‚Völkischen'. Die marxistisch orientierten Jugendführer gründeten die neue Gruppe ‚Entschiedene Jugend'. Die ‚Völkischen' schlossen sich auf dem Bundestag im August 1919 auf der Burg Lauenstein den ‚Jungdeutschen Bund' an. Ein weiterer Einigungsversuch 1920 in Hofgeismar war kein Erfolg beschieden und ab 1923 gab es nur noch einige kleinere Gruppen der ‚Freideutschen Jugend'.

Auch die ‚Pfadfinder' und die ‚Wandervogelbewegung' versuchten 1919 einen Neuanfang. Bei den Pfadfindern kam es ebenfalls zu Teilungen, aufgrund reformerischer Tendenzen einiger Gruppen, und auch bei den ‚Wandervögeln' gab es Richtungskämpfe und Neugruppierungen. 1926 kam es dann zur Vereinigung der ‚Wandervögel' und der ‚Pfadfinder', die sich ab 1927 ‚Deutsche Freischar' nannten. Dieser Bund wuchs in der Folge ständig und hatte 1929 12 000 Mitglieder. Sowohl innerhalb als auch außerhalb der jungen Generation gewann er eine Bedeutung in der Gesellschaft (vgl. Raasch 1991).

Die Organisation innerhalb der *bündischen Jugend* veränderte sich. Waren die ‚Wandervögel' noch lockere Gruppen gewesen, herrschte in den Bünden eine straffere Disziplin und ein elitäres Programm. Ein einheitliches Erscheinungsbild prägte die Bünde, die Organisation wurde komplexer und militärischer, Einflüsse des Pfadfindertums zeigten sich in Uniformen, Zeltlagern, Disziplin und Zucht. Führer und Gruppe gingen eine noch engere Bindung ein, die Strukturen wurden hierarchischer und autoritärer. Die Jugendbewegung wurde immer stärker ein Lebensbund, der den einzelnen mehr in die Pflicht nahm. Die individuelle Orientierung verschob sich hin zu einer kollektiven Ausrichtung, in der die persönlichen Belange dem übergeordneten Ziel der gesellschaftlichen und politischen Neuordnung von Staat und Volk untergeordnet wurden (vgl. Kneip 1974, S. 17f.; Trefz 1999, S. 24). Über die Verteilung der ideologischen und politischen Ausrichtungen der verschiedenen Gruppierungen bestehen widerstreitende Ansichten. Trefz weist darauf hin, daß es schwierig ist, „in diesem Zusammenhang von der Jugendbewegung schlechthin zu sprechen, da sie aus vielen verschiedenartigen Segmen-

ten mit unterschiedlichen Ansichten bestand“ (1999, S. 27). Er verweist auf die Aussage eines ehemaligen Mitgliedes, der die Meinung vertritt, daß „die bündische Jugendbewegung mit ihren vielen Abspaltungen und Neugründungen nachgerade ein Sinnbild für die ‚Zerklüftung Deutschlands nach 1918‘, in der sich wie in den ‚Facetten eines vielfach geschliffenen Glases fast alle Richtungen der in der politischen Unsicherheit handelnden Gesellschaft der Weimarer Republik‘ spiegelten“ (ebd.).

Antisemitismus in der Jugendbewegung

In vielen Gruppen und Bünden der Jugendbewegung herrschte eine starke nationale und völkische Orientierung vor. Die deutsche Kultur und das deutsche Brauchtum, die germanischen Mythen, wurden zum Bezugspunkt gemeinsamen Erlebens. Ebenso wie in der übrigen Gesellschaft fand sich auch in der bürgerlichen Jugendbewegung ein offener und verdeckter Antisemitismus (vgl. Seeck 1993).

1913 war der ‚Zittauer Fall‘ zum Auslöser einer Diskussion über die ‚Judenfrage‘ geworden. In Zittau war ein 13-jähriges jüdisches Mädchen trotz Bestehens aller Anwärterprüfungen nicht in den Wandervogel aufgenommen worden. Dieser Fall erlangte große Aufmerksamkeit in der Presse und in der Folge gab es Debatten unter den einzelnen Bünden. Radikale Antisemiten mischten sich in diese interne Auseinandersetzung ein und sorgten für zusätzlichen Sprengstoff. Besonders heftig wurde die Diskussion nach dem Erscheinen der sogenannten ‚Judennummer‘ der *Wandervogelführerzeitung* im Oktober 1913, in der von verschiedenen Führern der Wandervogelgruppen den Juden das Recht abgesprochen wurde, in den ‚Wandervogel‘ aufgenommen zu werden. Flugblätter (z. B. ‚Der Wandervogel deutsch‘ von Paul Erlach) erschienen, die den völligen Ausschluß der Juden aus dem Wandervogel forderten, weil diese wegen ihres jüdischen Blutes keine deutschen Patrioten sein könnten (vgl. Trefz 1999, S. 32ff.).

Mehrere Gaue, wie Sachsen, Nordthüringen und einige andere reagierten tatsächlich mit dem Ausschluß ihrer jüdischen Mitglieder. Andere, wie die Gaue Schlesien, Elsaß-Lothringen, Rheinland sowie der Jungwandervogel distanzierten sich scharf vom Antisemitismus. Die Führung des Bundes machte in einer Erklärung im Dezember 1913 deutlich, das innerhalb der Jugendbewegung religiöse und politische Neutralität zu wahren sei (vgl. ebd.).

Auf dem außerordentlichen Bundestagung des ‚Wandervogels e. V.' am 11. und 12 April 1914 in Frankfurt/Oder wurde dann hinsichtlich der Judenfrage eine fragwürdige Erklärung abgegeben. „Der Wandervogel E.V.' ist auf Grund seiner Satzungen in politische und konfessioneller Hinsicht neutral. Die Bundesleitung hat darüber zu wachen, daß die Satzungen beachtet werden. Sie kann also unter keinen Umständen dulden, daß von Gauen oder Ortsgruppen allgemeine Beschlüsse gefaßt werden, die dahin lauten, daß Juden grundsätzlich nicht aufgenommen werden. Sie wird auch alles tun, um zu verhindern, daß im Wandervogel die Religion oder die Rasse der Juden beschimpft werden. Andererseits denkt die Bundesleitung nicht daran, die persönliche Freiheit der Wandervögel einzuschränken. Sie lehnt es also entschieden ab, da einzuschreiten, wo eine Ortsgruppe von Fall zu Fall durch Mehrheitsbeschluß die Aufnahme von Juden ablehnt, etwa weil besonders ausgeprägte Rasseeigentümlichkeit ihr mit der Art des Wandervogels, die aus dem Tiefsten des deutschen Wesens hervorgegangen ist und in deutscher Vergangenheit wurzelt, unerträglich erscheint"[8].

Die Diskussion ebbte nach 1914 ab und wurde 1916 kurzfristig wieder virulent. Die jüdischen Jugendlichen reagierten mit weiteren Gründungen eigener Vereinigungen, wie den ‚Kameraden'. Dieser deutsch-jüdische Wanderbund entstand 1916 in Breslau und übernahm im wesentlichen die Ideologie des ‚Wandervogels' (vgl. Hetkamp 1994). Andere „Assimilationisten" (Laqueur 1962, S. 95) verblieben in den Bünden, die Juden aufnahmen. In der Weimarer Republik gab es keine öffentlichen Auseinandersetzungen hinsichtlich dieser Problematik, da viele jüdische Jugendliche sich den zahlreichen neu gegründeten jüdischen Jugendgruppen anschlossen.

Jüdische Jugendbewegung

Die jüdischen Gruppen der Jugendbewegung waren in ihren Zielsetzungen, von den Motiven und Inhalten her eng an die allgemeine deutsche Jugendbewegung angelehnt. Die Jugendlichen, die sich in ihr zusammenfanden, hatten die gleichen Bedürfnisse und Interessen wie ihre Altergenossen in den anderen Gruppierungen. Zentral waren auch hier das Erlebnis der Gemeinschaft und gemeinsame Unternehmungen in Form von Vortragsabenden, Nestabenden und vor allem Wanderungen und Ausflügen in die Natur. Auch

8 Protokoll der Bundeshauptversammlung, Sitzung am Ostersonntag, den 12. April 1914, zit. in Trefz 1999, S. 36.

die soziale Herkunft der Mitglieder war ähnlich. Sie entstammten ebenfalls in der Regel bürgerlichen Familien und besuchten höhere Schulen.

1913 kam es zur Gründung des ersten jüdischen Wanderbundes ‚Blau-Weiß'. Obwohl in der Satzung zu finden war, „daß der Bund keinen politischen und religiösen Zwecken dient" (Hetkamp 1994, S. 53) war er nach Hetkamp „eindeutig ein zionistischer Jugendbund mit zionistisch gesinnten Führern" (ebd., S. 54). Nach dem Ersten Weltkrieg lag der Schwerpunkt in der Erfüllung des zionistischen Ideals. Angesichts des Scheiterns dieser Perspektive fand 1926 eine Auflösung des Bundes statt.

Als Reaktion auf den zunehmenden Antisemitismus in der allgemeinen deutschen Jugendbewegung, der besonders im Vorfeld des Ersten Weltkrieges stark zugenommen hatte entstanden dann weitere jüdische Jugendgruppen. Zu den allgemeinen Forderungen nach ‚Gemeinschaft statt Gesellschaft', nach der Loslösung von der Strenge des Staates, des Elternhauses und der Moral, die von der gesamten Jugendbewegung geteilt wurden, kam bei einem Teil der jungen Juden die Suche nach der eigenen jüdischen Identität. Die vielfältigen Gruppierungen innerhalb der jüdischen Jugendbewegung zeichneten sich durch eine ideologische Bandbreite aus. Für eine – allerdings sehr grobe – Einteilung lassen sich drei ideologische Grundhaltungen ausmachen: die religiöse, die liberale und die zionistische Richtung (vgl. ebd., S. 42).

Der Erste Weltkrieg endete für die jüdische Jugendbewegung mit den gleichen Problemen wie bei allen anderen Gruppen auch. Waren viele Mitglieder mit großer Begeisterung und dem Willen in den Krieg gezogen, ihre deutsche Gesinnung endlich tatkräftig zu beweisen, wurde der Krieg für sie zur doppelten Enttäuschung: nicht nur hatten sie ihn als deutsche Patrioten verloren; sie wurden zudem als Juden diskriminiert (v. a. in der sogenannten ‚Judenzählung' von 1916) und am Ende für die deutsche Niederlage mitverantwortlich gemacht.[9]

Ab 1918 gab es neben den beiden bestehenden jüdischen Jugendbewegungen zahlreiche Neugründungen, mit den bereits oben erwähnten unterschiedlichen ideologischen Ausrichtungen.[10]

---

9 Vgl. Blömer.

10 Hetkamp führt in ihrer Arbeit 25 Gruppen auf, die kleinen, unbedeutenden hat sie jedoch nicht mit aufgenommen (vgl. S. 67f.).

Alles in allem waren die jüdischen Jugendlichen den gleichen Einflüssen ausgesetzt wie ihre nicht-jüdischen Altersgenossen. Jüdische Jugendliche waren jedoch nicht nur in den jüdischen Bünden aktiv. „Wie hoch die Zahl der Juden war, die außerhalb der speziell jüdischen Organisationen in der deutschen Jugendbewegung organisiert waren, ist wohl nicht mehr zu ermitteln und dementsprechend Gegenstand von Spekulationen. Die Schätzungen reichen von 250 Organisierten bis zu 40 % der Gesamtzahl, stets ohne Angabe der Schätzungsgrundlage“ (Mattenklott 1985, S. 343). Es ist aber zu vermuten, daß es sich um eine recht kleine Zahl handelte und daß sich diese Jugendlichen besonders in Gruppierungen sammelten, die entweder betont unpolitisch waren, das Wandern und Erleben in den Vordergrund stellten und entsprechend nicht auf die Debatte um die ‚Judenfrage‘ reagierten, oder eine klare Gegenposition zum Ausschluß von Juden aus der ‚teutschen Bewegung‘ bezogen. Nur in der ‚Freideutschen Jugend‘ gab es eine Dominanz von intellektuellen jungen Juden bei der Erstellung der Zeitschrift dieses Bundes.

Die Jugendbewegung in Österreich

Ab 1911 breiteten sich Jugendbünde auch in der Schweiz, in Elsaß-Lothringen und in Österreich aus. Österreich wies eine ähnliche Vielfalt der Bünde auf wie Deutschland. Diverse Bünde waren in Österreich durch Ortsgruppen vertreten, die keine eigenen Zusammenschlüsse bildeten, sondern der deutschen Bundesleitung unterstanden. Dominierend waren in Österreich die kirchlichen Bünde (vgl. Kneip 1974, S. 263). Vorbild für alle Bünde blieb der Wandervogel mit seinen Bemühungen um Erziehung und jugendliche Gemeinschaft. Deshalb wurde in allen Gemeinschaften das Wandern, das deutsche Brauchtum, Abstinenz, Kameradschaft, Gefolgschaft und das charismatische Führertum großgeschrieben. Vor dem Ersten Weltkrieg war es Schülern untersagt gewesen, irgendwelchen Vereinigungen beizutreten. Dennoch gab es verdeckt den DMB, der sich hauptsächlich für Schülerbelange einsetzte.

Die Österreichischen Bünde erließen 1913 einen ‚Arierparagraphen‘. „Die Deutschen in Österreich stehen auf Vorwacht gegen fremde Nationen und Rassen, und ein Bund, der so sehr deutsches Wesen betont, wie der Wandervogel, mußte naturgemäß bedacht sein, sich diesen Verhältnissen anzupassen. Darum haben wir auf dem heurigen Bundestag in Krems mit überwältigender Mehrheit kundgetan, daß wir weder Slaven, noch Wälsche, noch

Juden in unseren Reihen sehen wollen, weil wir, umbrandet von Fremden und durchsetzt von Mischlingen, unsere rassische Reinheit bewahren müssen. Wenn im heurigen Frühjahr ein Wanderbund ‚Blau-Weiß' ins Leben treten konnte, so gibt das auch uns das Recht, einen arischen Standpunkt einzunehmen" (zit. in Mattenklott 1985, S. 344).

Das Kriegsende löste vor allem in Wien große Unruhe unter den Jugendlichen aus. Die neue politische Lage und die Rückkehr der Jugendlichen von der Front wirkte sich auch hier auf das Bewußtsein der jungen Leute aus, die an den Veränderungen teilhaben wollten. Ihre konkreten Ziele waren Koalitionsfreiheit für die Mittelschüler (in Österreich zählen dazu die Schüler der höheren Schulen), Gewissensfreiheit/Religionsfreiheit und eine Schulreform. Es entstanden neue Jugendbünde, wie z. B. der ‚Deutsche Mittelschülerbund' DMB, die ‚Freie Vereinigung sozialistischer Mittelschüler' FVSM und der ‚Christlich-deutsche Studentenbund' CDSB. Trotz ihrer Anlehnung an die verschiedenen politischen Lager trafen sich diese Bünde, um gemeinsam im Zentralausschuß der Wiener Mittelschüler für ihre Ziele einzutreten (vgl. Kneip 1974, S. 263).

Der ‚Mittelschülerbund' vereinigte in sich mehrere Gruppieren, wie beispielsweise den ‚Wandervogel'. 1918 kam es zu einer Neugründung des Bundes, der sich ab dann stärker an der deutschen Jugendbewegung orientierte. Außergewöhnlich war jedoch das starke politische Interesse dieses Bundes, der sich sehr aktiv für die neue Republik einsetzte (vgl. ebd., S. 267f.).

Die konfessionellen Bünde waren die größten und einfußreichsten in Österreich. Die Mitglieder waren überzeugte Katholiken oder Protestanten, die eher nach einem Gottesreich als nach einem Jugendreich strebten. Dennoch hatten sich viele dieser Bünde eng an den Wandervogel angelehnt und betrieben die gleichen Aktivitäten wie die naturschwärmerischen Jugendlichen. Insbesondere im ‚Bund Neuland', dem ‚katholischen Wandervogel', sind die Parallelen zu erkennen. Neben der christlichen Lehre waren es vor allem das Wandern, die Kameradschaft und das Gruppenerleben, das die Mitglieder prägte.

Nach 1933 setzte eine immer stärker werdende Militarisierung der Umgangsformen und Aktivitäten ein. Es gab Appelle, Geländespiele und Übungen, die Mitglieder bekamen eine Uniform und wurden zu Gehorsam verpflichtet. Der Bund überlebte die Bemühungen der Dollfuß- und Schuschnigg Dikta-

tur, eine Staatsjugend einzuführen (vgl. ebd., S. 265ff., eine detaillierte Beschreibung der einzelnen Bünde findet sich bei ebd., S. 264-298).

Bei den Pfadfinderbünden kam es zu einer scharfen Trennung des Deutschen und des Österreichischen Pfadfinderbundes. Im Österreichischen Bund gab es eine größere Anzahl jüdischer Gruppenführer (besonders im Bereich Wien). Die ‚Jüdische Pfadfinderschaft' Wiens hatte sich ebenfalls dem ÖPB angeschlossen. Dies führte zu antisemitischen Zwischenfällen in einigen Pfadfinderkolonnen. Im großen und ganzen war der Bund jedoch nicht nationalistisch oder judenfeindlich. Während sich die österreichischen Pfadfinder internationalen Verbindungen angeschlossen hatten, war der deutsche Bund eher völkisch ausgerichtet. 1932 löste er sich auf, und seine Mitglieder traten zur Hitlerjugend über. Ebenfalls deutsch-völkisch eingestellt waren der mitgliederreiche ‚Deutsche Turnerbund', der ‚Katholisch-deutsche Studentenbund' und das ‚Deutsche Jungvolk'.

Auch die sozialistisch gesinnte Jugend hatte ihre Organisationen. Die Arbeiterjugend war z. B. in der ‚Freien christlichen Jugend Österreichs' und im ‚Österreichischen Jungvolk' organisiert. Ebenso wie die ‚Ostmarkjugend' standen diese Verbände der Österreichischen Republik nahe und kämpften für die Regierung Schuschniggs.

An jüdischen Bünden gab es mehrere Ortsgruppen des ‚Blau-Weiß, Bund für jüdisches Jugendwandern in Österreich'. Wie in Deutschland war er vor dem Krieg sehr stark vom Wandervogel beeinflußt und wollte das Bewußtsein für einen gesunden Körper und eine sittliche und moralische Verbesserung bei der Jugend bewirken. Nach Kriegsende wurde auch hier die zionistische Ausrichtung dominant, so daß der Bund eine größere Zahl seiner Mitglieder nach Palästina aussiedelte. Ebenso zionistisch war die Ausrichtung des ‚Schomer Hazair'. Dieser Bund war von galizischen Juden gegründet worden und lebte nach Grundsätzen der Pfadfinderbewegung. In Wien schloß sich der ‚Schomer Hazair' sogar dem ‚Österreichischen Pfadfinderbund' an. Beide jüdischen Bünde strebten nach Ansiedlung ihrer Mitglieder im Heiligen Land und beeinflussten sich bei ihrer chaluzischen Arbeit gegenseitig (vgl. ebd., S. 264 u. S. 295).

IV.

Literatur

ANGRESS, Werner T.: Generation zwischen Furcht und Hoffnung. Jüdische Jugend im Dritten Reich. Hamburg 1985.

ANSELM, Sigrun: Emanzipation und Tradition in den 20er Jahren. In: Anselm, Sigrun/Beck, Barbara (Hg.): Triumph und Scheitern in der Metropole. Zur Rolle der Weiblichkeit in der Geschichte Berlins. Berlin 1987: S. 253-274.

AUERBACH, H.B.: Die Geschichte des ‚Bund gesetzestreuer jüdischer Gemeinden Deutschlands' 1919-1938. Tel Aviv 1972.

AUFMUTH, Ulrich: Die deutsche Wandervogelbewegung unter soziologischem Aspekt. Göttingen 1979.

AVINERI, Shlomo: Profile des Zionismus: die geistigen Ursprünge des Staates Israel; 17 Portraits. Gütersloh 1998 (amerikanische Originalausgabe 1981).

BARKAI, Abraham: Die Juden als sozio-ökonomische Minderheitengruppe in der Weimarer Republik. In: Grab, Walter/Schoeps, Julius H. (Hg.): Juden in der Weimarer Republik. Stuttgart/Bonn 1986: S. 330-346.

BARTMANN, Sylke: Zwischen Autonomie und Heteronomie – zwischen Individuum und Kollektiv. Biographische Erfahrungsaufschichtungen von deutschsprachigen Emigranten im Nationalsozialismus. In: Bartmann, Sylke/Gille, Karin/Haunss, Sebastian (Hg.): Kollektives Handeln. Politische Mobilisation zwischen Struktur und Identität. Düsseldorf 2002: S. 191-208.

BARTMANN, Sylke/GARZ, Detlef: ‚Wir waren Vogelfrei'. In: Bonner Geschichtsblätter. Herausgegeben vom Bonner Heimat- und Geschichtsverein und dem Stadtarchiv Bonn. Band 49/50, 1999/2000 (2001). Bonn: S. 457-470.

BELLER, Steven: Wien und die Juden. 1867-1938. Wien/Köln/Weimar 1993.

BENZ, Wolfgang/GRAML, Hermann (Hg.). Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik. München 1988.

BERDING, Helmut: Moderner Antisemitismus in Deutschland. Frankfurt a.M. 1988.

BERGMANN, Werner/WETZEL, Juliane: ‚Der Miterlebende weiß nichts' Alltagsantisemitismus als zeitgenössische Erfahrung und spätere Erinnerung (1918-1933). In: Benz, Wolfgang/Paucker, Arnold/Putzer, Peter (Hg.): Jüdisches Leben in der Weimarer Republik. Tübingen 1998: S. 173-196.

BERING, Dietz: Der Name als Stigma: Antisemitismus im deutschen Alltag 1812-1933. Stuttgart 1987.

BEVÖLKERUNG UND WIRTSCHAFT: 1872-1972. Herausgegeben vom Statistischen Bundesamt. Stuttgart 1972.

BIOGRAPHISCHES HANDBUCH DER DEUTSCHSPRACHIGEN EMIGRATION NACH 1933. Band I+II. München/New York/London/Paris 1980.

BLASCHKE, Olaf: Wider die ‚Herrschaft des modern-jüdischen Geistes': Der Katholizismus zwischen traditionellem Antijudaismus und modernem Antisemitismus. In: Loth, Wilfried (Hg.): Deutscher Katholizismus im Umbruch zur Moderne. Stuttgart/Berlin/Köln 1991: S. 236-265.

BLÖMER, Ursula: Emigrantenbiographien. Biographische Untersuchungen zu Lebensverläufen deutschsprachiger Emigranten im Nationalsozialismus, Projektmitteilung. In: BIOS, Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History. Heft 1/1997, (10. Jahrgang): S. 128-132.

BLÖMER, Ursula/BARTMANN, Sylke: Dunkel war über Deutschland. Im Westen war ein letzter Widerschein von Licht. Oldenburg 2001.

BLÖMER, Ursula/GARZ, Detlef: ‚Es war ein langsames Getriebenwerden...'. Biographieanalyse eines nichtjüdischen Emigranten im Nationalsozialismus. In: BIOS Heft 1/1998a (11. Jahrgang): S. 76-102.

BLÖMER, Ursula/GARZ, Detlef: Jüdische Kindheit in Deutschland am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. In: Hyams, H.-U./Klattenhoff, K./Ritter, K./Wißmann, F. (Hg.): Jüdisches Kinderleben im Spiegel jüdischer Kinderbücher. Oldenburg, 1998b: S. 67-79.

BLÖMER, Ursula/GARZ, Detlef: Dem Vaterland verpflichtet. Biographische Untersuchungen zu Lebensverläufen von emigrierten Pädagogen im

Nationalsozialismus oder ›über die Banalität der Entwicklung des Bösen‹. In: Pädagogische Rundschau 1999/53: S. 577-596.

BLÖMER, Ursula/GARZ, Detlef: ‚Wir Kinder hatten ein herrliches Leben ...'. Jüdische Kindheit und Jugend im Kaiserreich 1871-1918. Oldenburg 2000.

BÖHNISCH, Lothar/GÄNGLER, Hans: Jugendverbände in der Weimarer Republik. In: Böhnisch, L./Gängler, H./Rauschenbach, T. (Hg.): Handbuch der Jugendverbände. Eine Ortsbestimmung der Jugendverbandsarbeit in Analysen und Selbstdarstellungen. Weinheim/München 1991: S. 49-57.

BORINSKI, Fritz/MILCH, Werner: Jugendbewegung. Die Geschichte der deutschen Jugend 1896-1933. Frankfurt a.M. 1982[2].

BOTSTEIN, Leon: Judentum und Modernität. Essays zur Rolle der Juden in der deutschen und österreichischen Kultur 1848 bis 1939. Wien/Köln 1991.

BOTZ, Gerhard: Wien vom ‚Anschluß' zum Krieg. Nationalsozialistische Machtübernahme und politisch-soziale Umgestaltung am Beispiel der Stadt Wien. Wien/München 1980.

BOTZ, Gerhard: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938. München 1983.

BRACHER, Karl Dietrich/FUNKE, Manfred/JACOBSEN, Hans-Adolf (Hg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Bonn 1998[3].

BRADLEY, Susan (rédigées par): Archives biographiques francaises. London/Paris/München/New York 1991-1992.

BRENNER, Michael: Die Weimarer Jahre (1919-1932). In: Nachama, Andreas/Schoeps, Julius H./Simon, Hermann: Juden in Berlin. Berlin 2001: S. 137-180.

BRIESEN, Detlef: Berlin – die überschätzte Metropole. Über das System deutscher Hauptstädte zwischen 1850 und 1940. In: Brunn, Gerhard/Reulecke, Jürgen (Hg.): Metropolis Berlin. Berlin als deutsche Hauptstadt im Vergleich europäischer Hauptstädte 1871-1939. Bonn/Berlin 1991: S. 39-77.

BRIESEN, Detlef: Weltmetropole Berlin? Versuch, sich einem deutschen Mythos über die Zeit zwischen den Weltkriegen empirisch zu nähern. In: Brunn, Gerhard/Reulecke, Jürgen (Hg.): Metropolis Berlin. Berlin

als deutsche Hauptstadt im Vergleich europäischer Hauptstädte 1871-1939. Bonn/Berlin 1991: S. 151-186.

BROCKHAUS-ENZYKLOPÄDIE in 24 Bänden. Mannheim 1886-1944.

BRUNN, Gerhard: Einleitung: Metropolis Berlin. Europäische Hauptstädte im Vergleich. In: Brunn, Gerhard/Reulecke, Jürgen (Hg.): Metropolis Berlin. Berlin als deutsche Hauptstadt im Vergleich europäischer Hauptstädte 1871-1939. Bonn und Berlin 1991, S. 1-38.

BUNZL, John/MARIN, Bernd: Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien. Innsbruck 1983.

DER GROßE BROCKHAUS. Handbuch des Wissens in zwanzig Bänden. Leipzig 15. Aufl. 1928-1935.

DEUERLEIN, Ernst (Hg.): Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten. Düsseldorf 1968.

DEUTSCHE BIOGRAPHISCHE ENZYKLOPÄDIE (DBE). Herausgegeben von Walter Killy. München/London/Paris 1995-1999.

DIE VERFASSUNG DES DEUTSCHEN REICHS. Vom 11. August 1919. Verlag der Reichsdruckerei. o. O.

DITHMAR, Reinhard: Der Deutschunterricht in der Weimarer Republik als Wegbereiter des Faschismus. In: Dithmar, Reinhard/Willer, Jörg (Hg.): Schule zwischen Kaiserreich und Faschismus. Darmstadt 1981: S. 3-32.

DJUREN, Andrea/HUMMEL, Nicole: Entwicklungslinien des Antisemitismus bis zum Ende des Kaiserreiches. In: Blömer, Ursula/Garz, Detlef (Hg.): ‚Wir Kinder hatten ein herrliches Leben ...‘ Jüdische Kindheit und Jugend im Kaiserreich 1871-1918. Oldenburg 2000: S. 67-77.

DÖPP, Suska: Jüdische Jugendbewegung in Köln 1906-1938. Münster 1997.

DUNKER, Ulrich: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919-1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins. Düsseldorf 1977.

ERBE, Michael: Berlin im Kaiserreich (1871-1918). In: Ribbe, Wolfgang (Hg.): Geschichte Berlins. Zweiter Band. Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart. München 1987: S. 690-793.

EXENBERGER, Herbert: Zeichen, Symbole der Partei. In: Der Sozialdemokratische Kämpfer. Nr.3/4, 1993: S. 6f.

FALLADA, Hans (1932): Kleiner Mann – was nun? Reinbek bei Hamburg 1983.

FÖLLING, Werner: Jüdische Familien in Berlin. In: Busemann, Daxner, Fölling: Insel der Geborgenheit. Die Private Waldschule Kaliski Berlin 1932–1939. Stuttgart/Weimar 1992.

FREI, Alfred Georg: Rotes Wien Austromarxismus und Arbeiterkultur. Sozialdemokratische Wohnungs- und Kommunalpolitik 1919-1934. Berlin 1984.

FRINGS, Ute: Polen. Reinbek 1993.

FÜHR, Christoph: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik. Weinheim/Berlin/Basel 1970.

GARZ, Detlef: Jüdisches Leben vor und nach 1933. In: Einblicke. Forschungsmagazin der Carl-von-Ossietzky Universität 2000, 32: S. 17-20.

GAY, Peter: Die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur in der Weimarer Zeit: 1918-1933. Frankfurt a.M. 1970.

GAY, Peter: Freud, Juden und andere Deutsche. Herren und Opfer in der modernen Kultur. Hamburg 1986.

GAY, Ruth: Geschichte der Juden in Deutschland: von der Römerzeit bis zum Zweiten Weltkrieg. München 1993.

GEIST, Johann Friedrich/KÜRVERS, Klaus: Das Berliner Mietshaus. 1862-1945. München 1984.

GENSCH, W./LIESIGK, H./MICHAELIS, H.: Der Berliner Osten. Berlin 1930.

GIESECKE, Hermann: Vom Wandervogel bis zur Hitlerjugend. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik. München 1981.

GIDAL, Nachum T.: Die Juden in Deutschland von der Römerzeit bis zur Weimarer Republik. Köln 1997.

GLATZER, Ruth: Berlin zur Weimarer Zeit. Panorama einer Metropole 1919-1933. Berlin 2000.

GÖTZ VON OLENHUSEN, Irmtraud: Die Krise der jungen Generation und der Aufstieg des Nationalsozialismus. In: Hermann, Ulrich (Hg.): ‚Neue Erziehung‘, ‚Neue Menschen‘. Erziehung und Bildung zwischen Kaiserreich und Diktatur. Weinheim/Basel 1987: S. 260-278.

GOLD, Hugo: Geschichte der Juden in Wien. Ein Gedenkbuch. Tel Aviv 1966.

GOLDINGER, Walter/BINDER, Dieter A.: Geschichte der Republik Österreich 1918-1938. München 1992.

GORZNY, Willi (Hg.): Deutsches Biographisches Archiv. Neue Folge. München 1989-1993.

GREIVE, Hermann: Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland. Darmstadt 1983.

HARTMANN, Kristiana: Alltagskultur, Alltagsleben, Wohnkultur. In: Kähler, Gert (Hg.): Geschichte des Wohnens. Band 4. 1918-1945: Reform, Reaktion, Zerstörung. Stuttgart 1996: S. 184-301.

HARTUNG, Günter: Völkische Ideologie. In: Puschner, Uwe/Schmitz, Walter/ Ulbricht, Justus H. (Hg.): Handbuch zur ‚Völkischen Bewegung' 1871-1918. München/New Providence/London/Paris 1996: S. 22-41.

HÄUSLER, Wolfgang: Toleranz, Emanzipation und Antisemitismus. Das österreichische Judentum des bürgerlichen Zeitalters (1782-1918). In: Drabek/Häusler/Schubert/Stuhlpfarrer/Vilmetti: Das österreichische Judentum. Voraussetzungen und Geschichte. Wien, München 1973: S. 83-140.

HELLPACH, Willy: Mensch und Volk der Großstadt. Stuttgart 1952[2].

HERLITZ, Georg/KIRSCHNER, Bruno (Hg.): Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in vier Bänden. Berlin 1927-1930.

HERMAND, Jost/TROMMLER, Frank: Die Kultur der Weimarer Republik. München 1978.

HERMAND, Jost: Juden in der Kultur der Weimarer Republik. In: Grab, Walter/Schoeps, Julius H.(Hg.): Juden in der Weimarer Republik. Stuttgart, Bonn 1986: S. 9-37.

HERMAND, Jost: Am Endpunkt der Emanzipation. Juden in der Kultur der Weimarer Republik. In: Hermand, Jost: Judentum und deutsche Kultur: Beispiele einer schmerzhaften Symbiose. Köln 1996: S. 136-159.

HERMANN, Ulrich: Jugendbewegung. In: Böhnisch, L./Gängler, H./Rauschenbach, T. (Hg.): Handbuch der Jugendverbände. Eine Ortsbestim-

mung der Jugendverbandsarbeit in Analysen und Selbstdarstellungen. Weinheim/München 1991: S. 32-41.

HERRLITZ, Hans-Georg/HOPF, Wulf/TITZE, Hartmut: Deutsche Schulgeschichte von 1800 bis zur Gegenwart. Eine Einführung. Weinheim/ München 1993.

HETKAMP, Jutta: Die jüdische Jugendbewegung in Deutschland von 1913-1933. Münster/Hamburg 1994.

HEUSSI, Karl: Kompendium der Kirchengeschichte. Tübingen 1960, 12. Auflage.

HILDESHEIMER, Esriel: Die Versuche zur Schaffung einer jüdischen Gesamtorganisation während der Weimarer Republik 1919-1933. In: Grab, Walter (Hg.): Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte. Bd. VIII/ 1979: S. 335-364.

HIRSCH, Samson Raphael: Von den Beziehungen der allgemeinen Bildungselemente zu der speziell jüdischen Bildung. In: Hans Thiel: Die Samson-Raphael-Hirsch-Schule in Frankfurt am Main. Frankfurt 2001.

HÖFER, Josef/RAHNER, Karl (Hg.): Lexikon für Theologie und Kirche. Bd. 3. Freiburg 1959.

HÜRTEN, Heinz: Bürgerkriege in der Republik. Die Kämpfe um die innere Ordnung 1918-1920. In: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Bonn 1998[3]: S. 81-94.

HUXLEY, Aldous (1932): Schöne neue Welt. Limit. Sonderausg. aufgr. der revid. Übers. v. Juni 1981, Frankfurt a.M. 1999.

HYAMS, Helge-Ulrike: Kindliche Reaktionen auf Antisemitismus in Deutschland vor 1933. In: Jüdisches Kinderleben im Spiegel jüdischer Kinderbücher. Oldenburg 2001, S. 315-385

JACOBEIT, Sigrid/JACOBEIT, Wolfgang: Illustrierte Alltags- und Sozialgeschichte Deutschlands. Münster 1995.

JAGSCHITZ, Gerhard: Der österreichische Ständestaat 1934-1938. In: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hg.): Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd.1. Graz/Wien/Köln 1983: S. 497-515.

JOCHMANN, Werner: Stoecker als nationalkonservativer Politiker und antisemitischer Agitator. In: Brakelmann, Günter/Greschat, Martin/Joch-

mann, Werner: Protestantismus und Politik: Werk und Wirkung Adolf. Hamburg 1982: S. 123-198.

JOCHMANN, Werner: Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870-1945. Hamburg 1988.

JOHN, Michael/LICHTBLAU, Albert: Schmelztiegel Wien – Einst und Jetzt. Zur Geschichte und Gegenwart von Zuwanderung und Minderheiten. Wien/Köln/Böhlau 1990.

KÄHLER, Gert (Hg.): Geschichte des Wohnens. Bd. 4. 1918-1945: Reform, Reaktion, Zerstörung. Stuttgart 1996.

KIAULEHN, Walther: Berlin. Schicksal einer Weltstadt. München 1958. Unveränderter Nachdruck 1980.

KINDT, Werner (Hg.): Die deutsche Jugendbewegung 1920 bis 1933. Die bündische Zeit. Quellenschriften. Düsseldorf/Köln 1974.

KNEIP, Rudolf: Jugend der Weimarer Zeit. Handbuch der Jugendverbände 1919-1938. Frankfurt a.M. 1974.

KNOLL, Joachim H.: Jugendbewegung. Phänomene, Eindrücke, Prägungen. Ein Essay. Opladen 1988.

KOEBNER, Thomas/JANZ, Rolf-Peter/TROMMLER, Frank (Hg.): ‚Mit uns zieht die neue Zeit'. Der Mythos Jugend. Frankfurt a.M. 1985.

KÖHLER, Henning: Berlin in der Weimarer Republik (1918-1932). In: Ribbe, Wolfgang (Hg.): Geschichte Berlins. Zweiter Band. Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart. München 1987: S. 797-921.

KOLB, Eberhard: Die Weimarer Republik. München 1988.

KONRAD, Helmut: Demokratieverständnis, parlamentarische Haltung und nationale Frage bei den österreichischen Sozialdemokraten. In: Drabek, Anna, M./Plaschka, Richard G./Rumpler, Helmut (Hg.): Das Parteienwesen Österreichs und Ungarn in der Zwischenkriegszeit. Wien 1990: S. 107-125.

KORFF, Gottfried: Mentalität und Kommunikation in der Großstadt. Berliner Notizen zur ‚inneren' Urbanisierung. In: Kohlmann, Theodor/Bausinger, Hermann (Hg.): Großstadt. Aspekte empirischer Kulturforschung. Schriften des Museums für Deutsche Volkskunde Berlin, Band 13. Berlin 1985, S. 343-361.

KORFF, Gottfried: ‚Die Stadt aber ist der Mensch...‘. In: Korff, Gottfried/ Rürup, Reinhard (Hg.): Berlin, Berlin. Die Ausstellung zur Geschichte der Stadt. Ausstellungskatalog. Berlin 1987: S. 643-663.

KORFF, Gottfried: Vibrationen der Mitte. Großstadtleben und Mentalitätsprägung. In: Engel, Helmut/Ribbe, Wolfgang (Hg.): Hauptstadt Berlin – Wohin mit der Mitte? Berlin 1993: S. 67-78.

KORNEMANN, Rolf: Gesetze, Gesetze... Die amtliche Wohnungspolitik in der Zeit von 1918 bis 1945 in Gesetzen, Verordnungen und Erlassen. In: Kähler, Gert (Hg.): Geschichte des Wohnens. Band 4. 1918-1945: Reform, Reaktion, Zerstörung. Stuttgart 1996: S. 599-723.

KORTE, Helmut: Der Spielfilm und das Ende der Weimarer Republik. Göttingen 1998.

KRABBE, Wolfgang: Die gescheiterte Zukunft der Ersten Republik. Jugendorganisationen bürgerlicher Parteien im Weimarer Staat. Opladen 1995.

KRACAUER, Siegfried (1930): Die Angestellten: eine Schrift vom Ende der Weimarer Republik. Frankfurt a.M. 1959[3].

KRACAUER, Siegfried: Straßen in Berlin und anderswo. Berlin 1987.

KRACAUER, Siegfried: Berliner Nebeneinander: ausgewählte Feuilletons 1930-1933. Herausgegeben von Andreas Volk. Zürich 1996.

KREISSLER, Felix: Von der Revolution zur Annexion. Österreich 1918 bis 1938. Wien/Frankfurt/Zürich 1970.

KUCZYNSKI, Jürgen: Geschichte des Alltags des deutschen Volkes: 1600 bis 1945. Studien 5: 1918-1945. Köln 1982.

KUNZ, Lothar: Reformerische und restaurative Tendenzen der schulpolitischen Auseinandersetzungen zur Zeit der Weimarer Republik. In: Dithmar, Reinhard/Willer, Jörg (Hg.): Schule zwischen Kaiserreich und Faschismus. Darmstadt 1981: S. 125-154.

LANGE, Annemarie: Berlin in der Weimarer Republik. Berlin (Ost) 1987.

LAQUEUR, Walter: The German Youth Movement and the ‘Jewish question‘. A Preliminary Survey. In: Yearbook of the Leo Baeck Institute 1961, (6. Jahrgang): S. 193-205.

LAQUEUR, Walter: Die deutsche Jugendbewegung. Eine historische Studie. Köln 1962.

LAQUEUR, Walter: Weimar. Die Kultur der Republik. Frankfurt a.M. 1976.

LEIPZIGER-LEHRER VEREIN: Im Strome des Lebens. Dritte Auflage. Altes und Neues zur Belebung der Jugendunterweisung. Leipzig 1923.

LEVITT, Cyril: Independent Order of B'nai B'rith (Söhne des Bundes). In: Schoeps, Julius (Hg.): Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh/München 1992: S. 206.

LIMBERG, Margarete/RÜBSAAT, Hubert (Hg.): Sie durften nicht mehr Deutsche sein: Jüdischer Alltag in Selbstzeugnissen 1933-1938. Frankfurt a.M./New York 1990.

LOHFELD, Wiebke: Es waren die dunkelsten Tage in meinem Leben. Krisenprozeß und moralische Entwicklung. Eine qualitative Biographieanalyse. Frankfurt 1998.

LONGERICH, Peter. Deutschland 1918-1933. Die Weimarer Republik. Hannover 1995.

LUBINSKI, Georg: Jugendbewegung, jüdische. In: Herlitz, Georg/Kürschner, Bruno (Hg.): Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in vier Bänden, Bd. III.. Berlin 1929: Sp. 477-484.

MADERREGER, Sylvia: Die Juden im österreichischen Ständestaat 1934-1938. Wien/Salzburg 1973.

MATTENKLOTT, Gerd: ‚Nicht durch Kampfesmacht und nicht durch Körperkraft ...' Alternativen Jüdischer Jugendbewegung in Deutschland vom *Anfang* bis 1933. In: Koebner, Thomas/Janz, Rolf-Peter/Trommler, Frank (Hg.): ‚Mit uns zieht die neue Zeit'. Der Mythos Jugend. Frankfurt a.M. 1985: S. 338-359.

MAURER, Trude: Ostjuden in Deutschland 1918-1933. Hamburg 1986.

MELZER, Wolfgang/NEUBAUER, Georg: Der Kibbutz als Utopie. Weinheim/Basel 1988.

MEYER, Michael A.: Reformjudentum. In: Schoeps, Julius H. (Hg.): Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh/München 1992: S. 384-386.

MICHAEL, Berthold/SCHEPP, Heinz-Hermann (Hrsg.): Politik und Schule von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. Band 2, Von der Weimarer Republik bis zur BRD/DDR. Frankfurt 1974.

MÖNCH, Walter: Weimar. Gesellschaft – Politik – Kultur in der Ersten Dt. Republik. Frankfurt a.M. 1988.

MOGGE, Winfried: Wandervogel, freideutsche Jugend und Bünde. Zum Jugendbild der bürgerlichen Jugendbewegung. In: Herrmann, Ulrich (Hg.): ‚Neue Erziehung', ‚Neue Menschen'. Erziehung und Bildung zwischen Kaiserreich und Diktatur. Weinheim/Basel 1987: S. 245-259.

MOMMSEN, Hans: Generationskonflikt und Jugendrevolte in der Weimarer Republik. In: Koebner, Thomas/Janz, Rolf-Peter/Trommler, Frank (Hg.): ‚Mit uns zieht die neue Zeit'. Der Mythos Jugend. Frankfurt a.M. 1985: S. 50-67.

MÜLLER, Helmut M.: Schlaglichter der deutschen Geschichte. Bonn 1994.

NECK, Rudolf: Sozialdemokratie. In: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hg.): Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik Bd.1. Graz/ Wien/Köln 1983: S. 225-248.

NEUE DEUTSCHE BIOGRAPHIE. Herausgegeben von der Historischen Kommission der bayerischen Akademie der Wissenschaften. Berlin 1953-2001.

NYDAHL, Jens (Hg.): Das Berliner Schulwesen. Berlin 1928.

PAUCKER, Arnold: Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Hamburg 1969².

PAULEY, Bruce F.: Politischer Antisemitismus im Wien der Zwischenkriegszeit. In: Botz, Gerhard/Oxaal, Ivar/Pollak, Michael (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert. Buchloe 1990: S. 221-246.

PAULEY, Bruce F.: Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung. Wien 1993.

PETERS, Elke: Nationalistisch-völkische Bildungspolitik in der Weimarer Republik. Weinheim/Basel/Wien 1972.

PETERS, Michael: Der ‚Alldeutsche Verband'. In: Puschner, Uwe/Schmitz, Walter/Ulbricht, Justus H. (Hg.): Handbuch zur ‚Völkischen Bewegung' 1871-1918. München/New Providence/London/Paris 1996: S. 302-315.

PEUKERT, Detlev J.K.: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne. Frankfurt a.M. 1987.

PHILIPPSTHAL, Herbert/WOLFF, Siegfried: Austrittsbewegung. In: Herlitz, Georg/Kürschner, Bruno (Hg.): Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in vier Bänden, Bd. I. Berlin 1927, Sp. 597-606.

PHYSICS TODAY. April 1980, Vol.33, No. 4: S. 69-70.

PICK, Anton: Zur Geschichte der Wiener Irsaelitischen Kultusgemeinde. In: Lohmann, Klaus (Hg.). 1000 Jahre österreichisches Judentum. Eisenstadt 1982: S. 112-132.

PULZER, Peter: Spezifische Momente und Spielarten des österreichischen und des Wiener Antisemitismus. In: Botz, Gerhard/Oxaal, Ivar/Pollak, Michael (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert. Buchloe 1990: S. 121-144.

PUSCHNER, Uwe/SCHMITZ, Walter/ULBRICHT, Justus H. (Hg.): Handbuch zur ‚Völkischen Bewegung' 1871-1918. München/New Providence/London/Paris 1996: S. 897-934.

RAABE, Felix: Die bündische Jugend. Ein Beitrag zur Geschichte der Weimarer Republik. Stuttgart 1961.

RAASCH, Rudolf: Deutsche Jugendbewegung 1900-1033 und westdeutsche Schuljugend um

REINECKE, Thomas: ‚Das Heilige Feuer' Eine katholische Zeitschrift 1913-1931. In: Puschner, Uwe/Schmitz, Walter/Ulbricht, Justus H. (Hg.): Handbuch zur ‚Völkischen Bewegung' 1871-1918. München/New Providence/London/Paris 1996: S. 164-171.

REULECKE, Jürgen: Geschichte der Urbanisierung in Deutschland. Frankfurt a.M. 1985.

RHEINS, Carl J.: The Verband nationaldeutscher Juden 1921-1931. In: Year Book Leo Baeck Institute. XXV 1980: S. 243-268.

RIBBE, Wolfgang (Hg.): Geschichte Berlins. Zweiter Band. Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart. München 1987.

RICHTER, Wilhelm: Berliner Schulgeschichte. Von den mittelalterlichen Anfängen bis zum Ende der Weimarer Republik. Berlin 1981.

ROCHARD, Patricia (Hg.): Der Traum von einer Neuen Welt. Berlin 1910-1933. Ausstellungskatalog. Mainz 1989.

ROHE, Karl: Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik. Düsseldorf 1966.

ROLLKA, Bodo/SPIEß, Volker/THIEME, Bernhard (Hg.): Berliner Biographisches Lexikon. Berlin 1993.

ROSENBLIT, Marsha L.: Die Juden Wiens 1867-1914. Assimilation und Identität. Wien/Köln/Graz 1988.

ROSENKRANZ, Herbert: Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938-1945. Wien/München/Herold 1978.

RUHRBERG, Karl: Malerei. In: Walther, Ingo F. (Hg.): Kunst des 20. Jahrhunderts. Malerei, Skulpturen und Objekte, Neue Medien, Fotografie. Köln 2000.

SABROW, Martin: Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution. Frankfurt a.M. 1999.

SAUER, Walther: Der Mythos des Naturerlebnisses in der Jugendbewegung. In: Knoll, Joachim H./Schoeps, Julius H. (Hg.): Typisch deutsch: Die Jugendbewegung. Beiträge zu einer Phänomengeschichte. Opladen 1988: S. 55-70.

SCHEUB, Ute: Verrückt nach Leben. Berliner Szenen in den Zwanziger Jahren. Reinbek bei Hamburg 2000.

SCHMELZ, Usiel O.: Die demographische Entwicklung der Juden in Deutschland von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933. In: Walk, Joseph/ Fraiman, Sarah/Shedletzky, Itta (Hg.): Bulletin des Leo Baeck Instituts. 83/1989: S. 15-62.

SCHMITT, Hanno: Topographie der Reformschulen in der Weimarer Republik: Perspektiven ihrer Erforschung. In: Amlung, Ullrich/Haubfleisch, Dietmar/Link, Jörg/Schmitt, Hanno (Hg.): ‚Die alte Schule überwinden'. Reformpädagogische Versuchsschulen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus. Frankfurt a.M. 1993: S. 9-31.

SCHMOLDT, Benno: Die Bedeutung der ‚Richertschen' Schulreform für die Entwicklung des ‚Höheren Schulwesens' im Deutschen Reich und nach 1945. In: Dithmar, Reinhard/Willer, Jörg (Hg.): Schule zwischen Kaiserreich und Faschismus. Darmstadt 1981: S. 155-175.

SCHOEPS, Julius H.: Sexualität, Erotik und Männerbund. Hans Blüher und die deutsche Jugendbewegung. In: Knoll, Joachim H./Schoeps, Julius

H. (Hg.): Typisch deutsch: Die Jugendbewegung. Beiträge zu einer Phänomengeschichte. Opladen 1988: S. 137-154.

SCHOEPS, Julius H. (Hg.): Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh, München 1998.

SCHOLDER, Klaus: Die Kirchen und das Dritte Reich, Band 1. Vorgeschichte und Zeit der Illusionen, 1918-1934. Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1977.

SCHRADER, Bärbel/SCHEBERA, Jürgen: Kunstmetropole Berlin 1918-1933. Berlin (Ost)/Weimar 1987.

SCHRÖDER, Peter: Die Leitbegriffe der deutschen Jugendbewegung in der Weimarer Republik. Eine ideengeschichtliche Studie. Münster 1996.

SCHÜLER-SPRINGORUM, Stefanie: Jugendbewegung und Politik – Die deutsch-jüdische Jugendgruppe *Schwarzer Haufen*. In: Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte, Bd. 28. Tel Aviv 1999 : S. 159-209.

SCHULZE, Hagen: Kleine Deutsche Geschichte. München 1996.

SCHWABE, Klaus: Der Weg der Republik vom Kapp-Putsch 1920 bis zum Scheitern des Kabinetts Müller 1930. In: Bracher/Funke/Jacobsen (Hg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Bonn 1998[3]: S. 95-133.

SCHWAN, Bruno: Die Wohnungsnot und das Wohnungselend in Deutschland. Deutscher Verein für Wohnungsreform. Schriften – Heft 7. Berlin 1929.

SCHWERDT, Ulrich: Martin Luserke (1880–1968). Reformpädagogik im Spannungsfeld von pädagogischer Innovation und kulturkritischer Ideologie. Frankfurt 1993.

SEECK, Dietmar: Nationalismus und Antisemitismus in der ‚Deutschen Bürgerlichen Jugendbewegung. In: Rundbrief Gilde Soziale Arbeit. 2/1993: S. 28-39.

SEEMANN, Birgit: ‚[...] denn wo kein Geist ist, ist Tod'. Gustav Landauers Judentum und seine Freundschaft mit Martin Buber. In: Heuer, Renate/ Wuthenow, Ralph-Rainer (Hg.): Antisemitismus – Zionismus – Antizionismus 1850 - 1940. Frankfurt a.M. 1997: S. 74-91.

SIMMEL, Georg: Die Großstädte und das Geistesleben. In: Georg Simmel: Brücke und Tür. Essays des Philosophen zur Geschichte, Religion, Kunst und Gesellschaft. Herausgegeben von Michael Landmann. Stuttgart 1957: S. 227-242.

SIMON, Walter B.: Österreich 1918-1938 Ideologien und Politik. Wien Köln Graz 1984.

SKALNIK, Kurt: Auf der Suche nach der Identität. In: Weinzierl, Erika/ Skalnik, Kurt (Hg.): Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik Bd. 1. Graz/Wien/Köln 1983: S. 11-24.

SOTTOPIETRA, Doris: Variationen eines Vorurteils. Eine Entwicklungsgeschichte des Antisemitismus in Österreich. Wien 1997.

SPRANGER, Eduard: Zur Geschichte der deutschen Volksschule. Heidelberg 1949.

STADLER, Karl R.: Die Gründung der Republik. In: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hg.): Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik Bd. 1. Graz/Wien/Köln 1983: S. 55-84.

STADT OLDENBURG (Oldb.) (Hg.): Geschichte der Stadt Oldenburg 1830-1995, Bd. 2. Oldenburg 1996.

STATISTISCHES REICHSAMT (Hg.): Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Fünfundvierzigster Jahrgang, 1926. Berlin 1926.

STAUDINGER, Anton: Christlichsoziale Partei.. In: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hg.): Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik Bd. 1. Graz/Wien/Köln 1983: S. 249-276.

STRIESOW, Jan: Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918 - 1922. Band 1. Frankfurt a.M., 1981.

SUCHY, Barbara: Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus (II) From the First World War to its Dissolution in 1933. Leo Baeck Institue Year Book 1985, (30. Jahrgang): S. 67-103.

TADDEY, Gerhard (Hg.): Lexikon der Deutschen Geschichte. Personen – Ereignisse – Institutionen von der Zeitwende bis zum Ausgang des 2. Weltkrieges. Stuttgart 1983.

TENORTH, Heinz-Elmar: Geschichte der Erziehung. Einführung in die Grundzüge ihrer neuzeitlichen Entwicklung. Weinheim/München 1992.

THUMS, Karl: Anfänge und Gestaltungskräfte bündischer Korporationen in Österreich. In: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung, 1973, (5. Jahrgang): S. 75-100.

TOURY, Jacob: Die Judenfrage in der Entstehungsphase des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. In: Heid, Ludger/Paucker, Arnold (Hg.): Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Tübingen 1992: S. 215-235.

TRABANT, Jürgen: Xenophobie als Unterrichtsfach. Das kulturkundliche Prinzip im Fremdsprachenunterricht und seine Folgen für das Fach Französisch. In: Dithmar, Reinhard/Willer, Jörg (Hg.): Schule zwischen Kaiserreich und Faschismus. Darmstadt 1981: S. 33-51.

TREFZ, Bernhard: Jugendbewegung und Juden in Deutschland. Frankfurt a.M. 1999.

TREZIAK, Ulrike: Deutsche Jugendbewegung am Ende der Weimarer Republik. Zum Verhältnis von Bündischer Jugend und Nationalsozialismus. Frankfurt a.M. 1986.

ULLMANN, Hans-Peter: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918. Frankfurt 1995.

VOGT, Martin: Parteien in der Weimarer Republik: In: Bracher/Funke/ Jacobsen (Hg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Bonn 1998[3]: S. 134-157.

WALTER, Dirk: Antisemitische Kriminalität und Gewalt: Judenfeindschaft in der Weimarer Republik. Bonn 1999a.

WALTER, Dirk: Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik. Bonn 1999b.

WANDRUSZKA, Adam: Das ‚nationale' Lager. In: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hg.): Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik Bd. 1. Graz/Wien/Köln 1983: S. 277-315.

WEHLER, Hans-Ulrich: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918. Göttingen 1994.

WEITZMANN; Walter R.: Die Politik der jüdischen Gemeinde Wiens zwischen 1890 und 1914. In: Botz, Gerhard/Oxaal, Ivar/Pollak, Michael (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert. Buchloe 1990: S. 181-220.

WHO'S WHO IN WORLD JEWRY: A Biographical Dictionary of outstanding Jews. New York 1976.

WHO'S WHO OF AMERICAN WOMEN: A Biographical Dictionary of Notable Living American Women. Chicago/Marquis 1966-67[4].

WILLETT, John: Die Weimarer Jahre. Eine Kultur mit gewaltsamem Ende. Stuttgart 1986.

WINKLER, Heinrich August: Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus – Juden als ‚Blitzableiter'. In: Benz, Wolfgang/Bergmann, Werner (Hg.): Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus. Freiburg/Basel/Wien 1997: ‚S. 341-362.

WINKLER, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik. München 2000.

WINNECKEN, Andreas: Ein Fall von Antisemitismus. Zur Geschichte und Pathogenese der deutschen Jugendbewegung vor dem 1. Weltkrieg. Köln 1991.

WOLF, Siegbert: ‚Sich der entstehenden Menschheit schenken!' Gustav Landauers Wirkung auf den deutschsprachigen Zionismus. In: Heuer, Renate/Wuthenow, Ralph-Rainer (Hg.): Antisemitismus – Zionismus – Antizionismus 1850-1940. Frankfurt a.M. 1997: S. 210-226.

WOLTMANN, Johanna: Gertrud Kolmar. Leben und Werk. Frankfurt a.M. 2001.

ZEITLER, Johanna: Gertrud Kolmar. Briefe an die Schwester Hilde (1938-1943). München 1970.

ZIEMER, Gerhard: Die Übergangszeit zwischen Wandervogel und bündischer Jugend. In: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung, 1973, (5. Jahrgang): S. 42-51.

ZIMMERMANN, Moshe: Die deutschen Juden 1914-1945. München 1997.

ZUCKMAYER, Carl: Als wär's ein Stück von mir. Horen der Freundschaft. 6. Auflage der Sonderausgabe. Frankfurt a.M. 1966.

ZYMEK, Bernd: Schulen, Hochschulen, Lehrer. In: Langewiesche, Dieter/ Tenorth, Heinz-Elmar (Hg.): Handbuch der Deutschen Bildungsgeschichte Band 5, München 1989: S. 155-208.

Bildnachweis

1. Privatsammlung von Esther Schwarz
2. Privatsammlung von Esther Schwarz
3. Schiller Nationalmuseum – Deutsches Literaturarchiv
4. Privatbesitz von Oscar Scherzer
5. Privatsammlung von Esther Schwarz
6. Privatsammlung von Esther Schwarz
7. Privatsammlung von Esther Schwarz
8. Jüdisches Museum Westfalen
9. Privatsammlung von Esther Schwarz
10. Privatsammlung von Esther Schwarz
11. Privatsammlung von Esther Schwarz
12. Schulmuseum Bohlenbergerfelde
13. Schulmuseum Bodenburgerfelde
14. Privatsammlung von Esther Schwarz